

# **Materialistischer Historismus?**

## **Geschichtswissenschaft an der Berliner Humboldt-Universität nach 1945**

---

Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades  
**doctor philosophiae**  
**(Dr. phil.)**

eingereicht an der Philosophischen Fakultät I  
der Humboldt-Universität zu Berlin

von Alexander Thomas M. A.

Gutachter: Prof. Dr. Wolfgang Hardtwig, Prof. Dr. Thomas Sandkühler  
Datum der Verteidigung: 18. April 2018.

Die Präsidentin der Humboldt-Universität zu Berlin: Prof. Dr.-Ing. Dr. Sabine Kunst  
Die Dekanin der Philosophischen Fakultät I: Prof. Dr. Gabriele Metzler



## **Zusammenfassung**

Die Ausgangsüberlegung der Dissertationsschrift: Wenn sich die Geschichtswissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin (HU) nach 1945 als „materialistischer Historismus“ beschreiben ließe, dann widerspräche dies den beiden gängigen Erklärungsmustern. Denn eine historistische Wissenschaft wäre, *erstens*, weder eine reine „Legitimationswissenschaft“ (Ilko-Sascha Kowalczyk), da die historistische Methodizität insbesondere der Quellenarbeit sowie das typische Selbstverständnis als ‚Forschung‘ (Offenheit, Arbeitsteilung, kumulativer Prozess) der politischen Instrumentalisierung der Historiographie entgegenstünden. *Zweitens* widerspräche der Idealtypus eines ‚materialistischen Historismus‘ dem Konzept der DDR-Geschichtswissenschaft als grundsätzlich anderem, nämlich sozialistischem Typ Geschichtswissenschaft: der von Martin Sabrow so genannten „historischen Normalwissenschaft“ mit eigener Fachlichkeit. Denn die Elemente des „Historismus“, die die DDR-Geschichtswissenschaft bewahrte, würden große Ähnlichkeiten mit der traditionellen sowie der westdeutschen Geschichtswissenschaft erzeugen.

Die Ergebnisse zeigen die „konstitutive Widersprüchlichkeit“ der DDR-Gesellschaft. Einige Vertreter der HU-Geschichtswissenschaft bewahrten bewusst Elemente des Historismus, was insbesondere anhand der mediävistischen Forschungen Eckhard Müller-Mertens’ offenkundig wird. Dagegen suchte z. B. Joachim Streisand, die DDR historisch zu legitimieren und arbeitete darüber hinaus intensiv dem Ministerium für Staatssicherheit zu. Jedenfalls scheinen die Resultate der Arbeit der These einer in sich geschlossenen, sozialistischen Normalwissenschaft zu widersprechen.

## **Abstract**

The thesis investigates the question, if the historians of the socialist GDR may be seen as successors of the traditional German „Historismus“ of the pre-war era. I focus on the „Fachrichtung Geschichte“ of the Humboldt-Universität zu Berlin and portray the work of historians such as Alfred Meusel, Joachim Streisand, Eckhard Müller-Mertens and Kurt Pätzold. The extend to that Joachim Streisand used German national history to legitimise the SED-dictatorship of his present was surprising. He used history as a means for political ideology and – as astounding files found in the archives show – used his position at the university to spy for the „Stasi“ (Minsterium für Staatssicherheit).

In contrast to this story, a number of historians emphasised research founded on sources and tried to keep some independence from SED-politics. A longer portrait of the thesis deals with medievalist Eckhard Müller-Mertens, who explored new methods in the analysis of the medieval ideas of the „Reich“. Müller-Mertens used the label „materialistischer Historismus“ to characterise the scientific tradition, in that he wanted to be seen.





## **Danksagung**

Diese Arbeit erscheint erst mit beträchtlicher Verzögerung und in digitaler Form, dies war anfänglich nicht beabsichtigt. Dennoch freue ich mich sehr, den Text der Öffentlichkeit nun zugänglich machen zu können.

Ich empfinde große Dankbarkeit für die anregenden Gespräche zur Geschichte der deutschen Geschichtswissenschaft, die keineswegs selbstverständlichen, geduldigen Ermutigungen und nicht zuletzt die institutionelle Unterstützung, die ich über viele Jahre hinweg durch Prof. Wolfgang Hardtwig erfahren habe.

Prof. Thomas Sandkühler übernahm freundlicherweise das Zweitgutachten und hat mich zudem mit wertvollen Hinweisen aus eigener Archivarbeit unterstützt.

Darüber hinaus danke ich sehr herzlich Kerstin Brudnachowski für ihre ungeheuer wichtige Unterstützung und die freundschaftliche Atmosphäre am Lehrstuhl.

Die Historiker Kurt Pätzold, Eckhard Müller-Mertens, Wolfgang Küttler, Günter Vogler und Winfried Schulze haben in Gesprächen gern und sehr freundlich Auskunft über die Geschichtswissenschaft der DDR gegeben.

Bei der Abfertigung des Manuskriptes haben mich Dietlinde und Michael Thomas unterstützt – ich weiß das sehr zu schätzen! Ein hervorragendes Lektorat verdanke ich Josefine Haubold. Für die Formatierung und Finalisierung des Manuskriptes sorgte Christian Thomas.

# Inhalt

Einleitung .....	3
A Anfänge einer „marxistischen“ Geschichtswissenschaft 1945–1951:	
Alfred Meusel und das alte „Historische Seminar“ .....	17
A.I Alfred Meusel: Vom Kieler „sozialistischen Milieu“ zum Universitätshistoriker in Berlin .....	17
A.II Geschichtspolitik und Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945–1951 .....	27
A.III Der Neubeginn in der Philosophischen Fakultät und am Historischen Seminar 1945–1948 .....	43
A.IV Alfred Meusel und das Institut für Neue Geschichte: Dekan mit neuem Geschichtsbild .....	63
B Die „Fachrichtung Geschichte“ bis 1968 .....	92
B.I Geschichtspolitik und Hochschulpolitik in der DDR seit 1952 und die Gründung der „Fachrichtung Geschichte“ an der Humboldt-Universität zu Berlin .....	92
B.II Überblick zu Personalentwicklung und universitären Qualifikationen .....	109
B.II.1 Statistische Analysen zur Personalentwicklung .....	109
B.II.2 Qualifikationsverfahren: Promotionen und Habilitationen .....	129
B.II.3 Die HU-Historiker in ihren Gutachten – Sprecher eines „Herrschaftsdiskurses“? ..	153
B.III Professoren der „Fachrichtung Geschichte“ 1952–1968. Kollektivbiografische Analysen .....	167
B.III.1 Bürgerliche Historiker .....	169
B.III.2 „Doppelstaatsbürger von Partei und Fach“ .....	175
B.III.3 Antifaschistische Kämpfer als Geschichtsprofessoren .....	183
B.III.4 Die „Aufbau“-Generation .....	208
B.III.5 Übergreifende biografische Aspekte der Professorengruppen .....	216
C Politik und Wissenschaft: Zur fachlichen „Praxis“ der HU-Historiker zwischen 1950 und 1970 .....	232
C.I Herrschaft als ‚Praxis‘ an der Universität: Drei biografische Erfahrungen .....	232
C.I.1 Heinz Kamnitzer – Überforderung durch Aufstieg .....	232
C.I.2 Günter Rosenfelds Lernprozess .....	241
C.I.3 Elisabeth Ch. Welskopf und die „Alte Geschichte“: Ein schwieriges Qualifikationsverfahren .....	245
C.II Vertiefung: Parallelbiografie zweier einflussreicher HU-Historiker .....	255
C.II.1 Joachim Streisand und die Staatssicherheit an der HU .....	255
C.II.2 Eckhard Müller-Mertens: Rückkehr zum „Historismus“ .....	280
C.III Exkurs: Kurt Pätzolds Faschismus-Forschungen .....	321
D. Fazit: Innere Widersprüchlichkeit und angeeignete Kontinuität des Historismus der HU-Geschichtswissenschaft – Stabilität und Zerfall der DDR .....	331
E Anhang .....	341
E.I Verzeichnis der Abkürzungen .....	341
E.II Verzeichnis der Tabellen .....	342
E.III Literatur und Quellen .....	343
E.III.1 Archivalien .....	343
E.III.2 Gedruckte Quellen .....	343
E.III.3 Wissenschaftliche Literatur .....	353

## Einleitung

Die Geschichtswissenschaft an der Berliner Universität war seit dem 19. Jahrhundert sicherlich immer etwas weniger anregend und wichtig gewesen als sie es sich selbst gewünscht hatte. Man kennt die großen Namen: Mommsen und Ranke, Droysen, Meinecke und Hintze; auch die berüchtigten Treitschke und Schäfer. Mit den Ausnahmen Otto Hintzes und vielleicht Leopold von Rankes war die Universität vor allem der Resonanzraum für die lauten Stimmführer des liberal-nationalen Bürgertums, weniger der Ort innovativer Forschungsarbeit von Geschichtswissenschaftlern. Doch ihre Seminare waren fruchtbare Institutionen historischer Lehre. Hier lernten nicht nur zukünftige Geschichtswissenschaftler, sondern auch Beamte und Gymnasiallehrer, deren Einfluss auf die gesellschaftliche Deutung von Geschichte nicht zu unterschätzen ist.

In der Zeit des Nationalsozialismus steuerten dann Fritz Rörig (1882–1952) und Fritz Hartung (1883–1967) neben einigen anderen Historikern ihren Kurs zwischen Anpassung und wissenschaftlicher Selbstbehauptung. Dies ist ein wichtiges Thema, allerdings nicht in dieser Arbeit zu bewältigen. Hier geht es um die *universitäre Geschichtswissenschaft nach 1945*, ihren Weg von einer bürgerlichen Disziplin zu einer sozialistischen Institution von Forschung und Lehre. Wir beginnen mit Rörig und Hartung, aber bald schon wird der ehrgeizige kommunistische Remigrant Alfred Meusel (1896–1960) die Fäden ziehen, um bald selbst von dem größeren Apparat der „Fachrichtung Geschichte“ abgelöst zu werden, der unter dem doppelten Einfluss von SED und sozialistischem Staat agierte.

Diese Geschichtswissenschaft an der nun so genannten Humboldt-Universität war schon bald wieder etwas weniger anregend und wichtig als sie es sich selbst gewünscht hatte. Leipzig und die Akademie hatten abseits der Macht das fruchtbarere Umfeld. Aber immerhin: Die Archivwissenschaft Botho Brachmanns, Günter Vogler in der Frühneuzeitforschung, die Faschismus-Studien Kurt Pätzolds,<sup>1</sup> vor allem aber die mediävistische Schule Eckhard Müller-Mertens' erzielten weithin beachtete Ergebnisse. Zugleich wurde die Universität als Lehranstalt für sozialistische Geschichtslehrer neu organisiert, sie wurde Teil des Überwachungsapparates von SED und Staatssicherheit. Die Institution der Geschichtswissenschaft war Teil einer Diktatur; die Institutionengeschichte ist Teil der Gesamtgeschichte der DDR.

---

<sup>1</sup> Alexander Thomas, „Mir kamen stets die Historiker lächerlich vor, die sich über Geschichte beschwerten!“. Interview mit Kurt Pätzold, in: Alexander Thomas u. a. (Hg.), *Verlorene Zeiten. DDR-Lebensgeschichten im Rückblick – eine Interviewsammlung*, Berlin 2010, 34–47.

## Perspektiven auf die DDR-Geschichte

Der homogenisierende Anspruch der SED und der diktatorische Charakter der SED-Herrschaft verleiten Historiker zur Reduktion der DDR-Geschichte auf einen Begriff, z. B. „Konsensdiktatur“ oder „Fürsorgediktatur“<sup>2</sup>. Dagegen soll hier *erstens* mit Detlef Pollack auch die „konstitutive Widersprüchlichkeit der DDR-Gesellschaft“ im Blick behalten werden.<sup>3</sup> Ein Ansatz hierfür ist die Orientierung am „Praxis“-Begriff Alf Lüttkes, der die je unterschiedlichen Weisen der ‚Aneignung‘ des umfassenden Anspruchs der SED auf „Durchherrschaft“ (Jürgen Kocka) der Gesellschaft fokussiert.<sup>4</sup> Ein weiteres Ziel der Analysen bleibt natürlich – *zweitens* – die Erhellung des scheinbaren ‚Paradoxes von 40-jähriger Stabilität und plötzlicher Revolution‘ (Sigrid Meuschel).<sup>5</sup>

Die Geschichte der DDR ist bislang vornehmlich isoliert von der deutschen Gesamtgeschichte des 20. Jahrhunderts betrachtet worden. Dies war u. a. im Fokus auf der „Aufarbeitung“ ihres Unrechtscharakters begründet und folgte darin den Bedürfnissen der gesellschaftlichen Erinnerungskultur. Dagegen soll hier am Fallbeispiel HU-Geschichtswissenschaft *drittens* auch nach Kontinuitätslinien gefragt werden, die die Geschichte der DDR mit ihrer Vorgeschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verbinden. Die Arbeit leistet damit am Beispiel der Geschichtswissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin einen Beitrag zur „Historisierung“ der DDR-Geschichte (Sabrow).<sup>6</sup>

## Historiografiegeschichtliche Perspektiven auf die Geschichtswissenschaft der DDR

Die Geschichtswissenschaft der DDR ist vor und nach 1989 von bundesdeutschen Historikern mit historiografie<sup>7</sup>- und diktaturgeschichtlichem Interesse intensiv erforscht und kontrovers interpretiert worden.<sup>8</sup> Der allgemeine Interpretationsrahmen bezog sich insgesamt auf das westliche Idealbild einer frei von politischen Zwängen arbeitenden Geschichtswissenschaft. Diese Deutungen bewegten sich zwischen zwei Polen. Auf der

---

<sup>2</sup> Vgl. den Literaturbericht in Arnd Bauerkämper, Die Sozialgeschichte der DDR, München 2005, 45–59.

<sup>3</sup> Detlef Pollack, Die konstitutive Widersprüchlichkeit der DDR. Oder: War die DDR-Gesellschaft homogen?, GG 24 (1998), 110–131. Vgl. auch die unterschiedlichen Perspektiven, die Mary Fulbrook verfolgt: Mary Fulbrook, Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR, aus dem Englischen von Karl Nicolai, Darmstadt 2008.

<sup>4</sup> Alf Lütke (Hg.), Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozial-anthropologische Studien, Göttingen 1991, Jürgen Kocka, Eine durchherrschte Gesellschaft, Sozialgeschichte der DDR 1994b, 547–553.

<sup>5</sup> Vgl. Sigrid Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989, Frankfurt a. M. 1992, 9. Vgl. zu dieser Verknüpfung von Historiografie- und Diktaturgeschichte Martin Sabrow, Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR 1949–1969, München 2001, 448.

<sup>6</sup> Thomas Lindenberger und Martin Sabrow, Zwischen Verinselung und Europäisierung: Die Zukunft der DDR-Geschichte, DA 37/1 (2004), 123–127; Martin Sabrow, Historisierung der Zweistaatlichkeit, APuZ 3 (2007), 19–24; ders., Die DDR in der Geschichte des 20. Jahrhunderts, DA 41/1 (2008), 121–130.

<sup>7</sup> Vgl. den Überblick bei Lutz Raphael, Geschichtswissenschaft im Zeitalter der Extreme. Theorien, Methoden, Tendenzen von 1900 bis zur Gegenwart, München 2003.

<sup>8</sup> Vgl. zum Folgenden die Überblicke zur Forschungsgeschichte bei Konrad H. Jarausch u. a., Störfall DDR-Geschichtswissenschaft. Problemfelder einer kritischen Historisierung, in: Georg G. Iggers, u. a. (Hg.), Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem, 1–53 und Sabrow, Diktat des Konsenses, 13–27; vgl. auch Jürgen John, DDR-Geschichtswissenschaft als prominenter Forschungsgegenstand, UTOPIE kreativ. 143 (September 2002), 837–844.

einen Seite stellten Beiträge aus den 50er und 60er Jahren<sup>9</sup> sowie den 90er Jahren<sup>10</sup> des 20. Jahrhunderts die ideologische Vereinnahmung der Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR in den Vordergrund.<sup>11</sup> Diese „normativ ausgrenzende“<sup>12</sup> Interpretation der DDR-Geschichtswissenschaft als „Legitimationswissenschaft“ (Kowalczyk) betonte vor allem deren befremdende Abweichung vom westlichen Wissenschaftsmodell. Auf der anderen Seite suchten normativ-„ökumenisch[.]“<sup>13</sup> argumentierende Beiträge zwischen den 70er und den 90er Jahren nach Indizien für eine Annäherung der ostdeutschen an die westliche Geschichtswissenschaft.<sup>14</sup> Zwar stellten auch sie die politisch-ideologische Gebundenheit der DDR-Historiker nicht in Abrede, interpretierten diese aber als erkenntnisgenerierende Standortgebundenheit<sup>15</sup> oder als allmählich zu überwindendes Hindernis.<sup>16</sup>

Mit einem kulturgeschichtlich-ethnologischen Ansatz beanspruchte dann Martin Sabrow, den Ausstieg aus dem normativen Bezugsrahmen der „freien“ westlichen Wissenschaft geleistet zu haben.<sup>17</sup> Zugleich schienen seine diskursgeschichtlichen Arbeiten einen neuen Trend zur Differenzierung und zur Einzelfallanalyse in der Erforschung der DDR-Geschichtswissenschaft zu versprechen. Sabrow versucht, die dem westlichen Modell inkommensurable Eigenart des Gegenstandsbereiches über eine Analyse der in ihm

<sup>9</sup> Vgl. zu diesem Deutungsansatz Sabrow, Diktat des Konsenses, 13f. und 20–23. Beispiele dafür aus den 1950er und 1960er Jahren: Fritz Kopp, Die Wendung zur „nationalen“ Geschichtsbetrachtung in der SBZ, München 1955; Walther Hofer, Geschichtsschreibung als Instrument totalitärer Politik, in: ders. (Hg.), Wissenschaft im totalen Staat, München 1964, 198–227; Hermann Weber, Ulbricht fälscht Geschichte, Köln 1964.

<sup>10</sup> Vgl. die Beiträge in: Rainer Eckert u. a. (Hg.), Hure oder Muse? Klio in der DDR. Dokumente und Materialien des Unabhängigen Historiker-Verbandes, Berlin 1994 sowie Ilko-Sascha Kowalczyk, Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 1997.

<sup>11</sup> Dabei wurde in den Forschungen der 90er Jahre die Rolle der Akteure neu bewertet. Der Akzent lag nun nicht mehr auf der ideologischen Vereinnahmung der Wissenschaft durch die Politik, die die Historiker entweder begrüßen, passiv erdulden oder bekämpfen konnten. Dagegen rückte die Selbstpreisgabe der Geschichtswissenschaft an die Politik durch die Historiker in den Vordergrund; vgl. Sabrow, Diktat des Konsenses, 20f.

<sup>12</sup> Sabrow, Diktat des Konsenses, 14.

<sup>13</sup> Ebd., 15.

<sup>14</sup> Günther Heydemann, Geschichtswissenschaft im geteilten Deutschland. Entwicklung, Organisationsstruktur, Funktionen, Theorie- und Methodenprobleme in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, Frankfurt a. M. 1980; Andreas Dorpalen, History in Marxist Perspective. The East German Approach, London 1985; Günther Heydemann, „Die andere deutsche Klio“. Geschichtswissenschaft in der DDR und deutsche Geschichte: in: Landeszentrale für politische Bildung [Düsseldorf] (Hg.), Streitfall Deutsche Geschichte. Geschichts- und Gegenwartsbewußtsein in den 80er Jahren, Essen 1988, 209–224; Alexander Fischer und Günther Heydemann (Hg.), Geschichtswissenschaft in der DDR, 2 Bde., Berlin 1988/90.

<sup>15</sup> Georg G. Iggers, Ein anderer Blick. Beispiele ostdeutscher Sozialgeschichte, Frankfurt a. M. 1991; Kurt Pätzold, Die Geschichtsschreibung in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) in der Retrospektive – ein Diskussionsbeitrag, in: Gustavo Corni und Martin Sabrow (Hg.), Die Mauern der Geschichte. Historiographie in Europa zwischen Diktatur und Demokratie, Leipzig 1996, 187–203.

<sup>16</sup> Vgl. etwa Alexander Fischer und Günther Heydemann, Weg und Wandel der Geschichtswissenschaft und des Geschichtsverständnisses in der SBZ/DDR seit 1945, in: dies (Hg.), Geschichtswissenschaft in der DDR. Bd.1, Berlin 1988, 3–32, 12.

<sup>17</sup> Vgl. die Monografie: Sabrow, Diktat sowie die Aufsätze: Martin Sabrow, „Beherrschte Normalwissenschaft“. Überlegungen zum Charakter der DDR-Geschichtswissenschaft, GG 24 (1998), 412–445; ders., Das Wahrheitsproblem in der DDR-Geschichtswissenschaft, Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 25 (1996), 233–257; ders., Der künstliche Konsens. Überlegungen zum Legitimationscharakter sozialistischer Herrschaftssysteme, Jahrbuch für historische Kommunismusforschung (1999), 191–224; ders., Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Fall Günter Paulus, Berliner Debatte Initial 4–5 (1995), 51–67; ders., Der „ehrliche Meinungsstreit“ und die Grenzen der Kritik. Mechanismen der Diskurskontrolle in der Geschichtswissenschaft der DDR, in: Gustavo Corni und Martin Sabrow (Hg.), Die Mauern der Geschichte. Historiographie in Europa zwischen Diktatur und Demokratie, Leipzig 1996, 79–117.

geltenden diskursiven Regeln zu erschließen. Dadurch erscheint die DDR-Geschichtswissenschaft insgesamt als eine andersartig verfasste „beherrschte Normalwissenschaft“<sup>18</sup>. Die von ihr erarbeiteten Erkenntnisse konnten innerhalb des Kontextes der DDR-Gesellschaft als wahres „Wissen“ gelten. Denn nach den herrschenden Diskursregeln schlossen sich ideologische Vorgaben und wissenschaftliche Wahrheit gegenseitig nicht aus, sondern bedingten einander.<sup>19</sup>

Sabrows These ist generalisierend auf „die Geschichtswissenschaft“ in der DDR zugeschnitten. In der konkreten Analyse beschränkt sich seine Untersuchung auf einen wichtigen Teilaspekt der DDR-Geschichtswissenschaft, nämlich die Arbeit an der Berliner Akademie der Wissenschaften zwischen 1949 und 1969. Auf der Grundlage von internem Aktenmaterial und programmatischen Aufsätzen rekonstruiert Sabrow die innerwissenschaftliche Kommunikation der Akademie-Historiker und deren Beziehungen zu politischen Entscheidungsträgern.

Sabrows Ergebnisse selbst haben dabei allerdings sehr deutlich gemacht, dass das Bild einer einheitlichen ‚DDR-Geschichtswissenschaft‘ zunächst einmal selbst ein Produkt des an Hegemonie und Konsens orientierten innerwissenschaftlichen Diskurses der ostdeutschen Geschichtswissenschaft war.<sup>20</sup> Es kann daher der weiteren Erforschung dieses Gegenstandes nicht mehr umstandslos zugrunde gelegt werden. Vielmehr stellt sich die Aufgabe, die scheinbare Einheit des Gegenstandsbereichs durch eine Anzahl weiterer Perspektiven und Einzelfallanalysen aufzubrechen. Dazu liegt zwar inzwischen eine Reihe von Einzelstudien vor.<sup>21</sup> Seit den Arbeiten Matthias Middells, Laurenz Müllers und Tobias Kaisers scheint nun aber leider der Faden der Historisierung der Geschichtswissenschaft der DDR abgerissen.<sup>22</sup>

---

<sup>18</sup> Martin Sabrow, Diktat des Konsenses, 432.

<sup>19</sup> Vgl. etwa ebd., 394–398.

<sup>20</sup> Vgl. Sabrow, Diktat des Konsenses, 406–413. Die Notwendigkeit, unterschiedliche lokale Kontexte zu analysieren, betont Matthias Middell, Geschichtswissenschaft in der DDR – Strukturgefängnis oder individuelle Handlungsmöglichkeiten im Wandel von 45 Jahren, in: Georg G. Iggers u. a. (Hg.), Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem, (Historische Zeitschrift: Beihefte; N.F., Bd. 27) München 1998, 159–204, 188.

<sup>21</sup> Vgl. Jan Herman Brinks, Die DDR-Geschichtswissenschaft auf dem Weg zur deutschen Einheit. Luther, Friedrich II. und Bismarck als Paradigmen politischen Wandels, Frankfurt a. M. und New York 1992; Ulrich Neuhäuser-Wespy, Die SED und die Historie. Die Etablierung der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR in den fünfziger und sechziger Jahren, Bonn 1996; H. Alexander Krauß, Die Rolle Preußens in der DDR-Historiographie: zur Thematisierung und Interpretation der preußischen Geschichte durch die ostdeutsche Geschichtswissenschaft, Frankfurt a. M. u. a. 1993; Marianne Zumschlinge, Geschichte der Historiographie der DDR. Das Einwirken von Partei und Staat auf die Universitäten 1945–1971, Pullach 1994; Joachim Käppner, Erstarrte Geschichte: Judenverfolgung und Judenvernichtung im Spiegel der Geschichtswissenschaft und Geschichtspropaganda der DDR, Hamburg 1999; Heike C. Mätzing, Geschichte im Zeichen des historischen Materialismus. Untersuchungen zu Geschichtswissenschaft und Geschichtsunterricht in der DDR (Studien zur internationalen Schulbuchforschung 96), Hannover 1999; Stefan Ebenfeld, Geschichte nach Plan? Die Instrumentalisierung der Geschichtswissenschaft in der DDR am Beispiel des Museums für Deutsche Geschichte in Berlin (1950–1955), Marburg 2001.

<sup>22</sup> Laurenz Müller, Diktatur und Revolution. Reformation und Bauernkrieg in der Geschichtsschreibung des ‚Dritten Reiches‘ und der DDR, Stuttgart 2004; Matthias Middell, Weltgeschichtsschreibung im Zeitalter der Verfachlichung und Professionalisierung. Das Leipziger Institut für Kultur- und Universalgeschichte 1890–1990, Bd.3, Leipzig 2005; Tobias Kaiser, Karl Griewank (1900–1953). Ein deutscher Historiker im ‚Zeitalter der Extreme‘, Stuttgart 2007.

Hoffentlich kann diese Studie zur Geschichtswissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin nach 1945 hier wieder neue Anregungen bieten.

Das anfängliche Ziel meiner Studie war es, das von Sabrow entworfene Bild einer „beherrschten Normalwissenschaft“ für den lokalen Kontext einer Universität zu überprüfen. Für die Erklärung der Geschichte der HU-Geschichtswissenschaft sind insbesondere die universitätsgeschichtlichen Untersuchungen Ralph Jessens heranzuziehen.<sup>23</sup> Nach ihrem Vorbild soll die Personalentwicklung bei Mittelbau und Professoren kollektivbiografisch untersucht werden. Ein Augenmerk gilt dabei nach Jessen den gewollten und unbeabsichtigten Folgen der SED-Hochschulpolitik. Welchen Einfluss hatte die (von Sabrow nicht beachtete) Universität als institutioneller Rahmen auf die Entwicklung der HU-Geschichtswissenschaft?

Die Geschichte der HU ist in Einzelstudien bislang nur sehr partiell erforscht worden,<sup>24</sup> wobei hinsichtlich der DDR-Zeit ein Augenmerk auf der Tätigkeit der Staatssicherheit lag.<sup>25</sup> Für die Geschichtswissenschaft an der Berliner Universität liegen insgesamt erstaunlich wenige Untersuchungen vor, die sich vorrangig auf den Zeitraum *vor* 1945<sup>26</sup> sowie auf die Umbruchphase Ende der 40er und Anfang der 50er Jahre des 20. Jahrhunderts konzentrieren.<sup>27</sup> Sie geben eine erste Orientierung für die Analyse der Neuordnung der

---

<sup>23</sup> Vgl. Ralph Jessen, Diktatorischer Elitewechsel und universitäre Milieus. Hochschullehrer in der SBZ/DDR (1945–1967), GG 24 (1998), 24–54; Ralph Jessen, Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära, Göttingen 1999; Ralph Jessen, Zwischen diktatorischer Kontrolle und Kollaboration. Die Universitäten in der SBZ/DDR, in: John Connelly und Michael Grüttner (Hg.), Zwischen Autonomie und Anpassung. Universitäten in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts, Paderborn [u. a.] 2003, 229–264.

<sup>24</sup> Vgl. zur Universität nach 1945: Konrad H. Jarausch u. a. (Hg.), Geschichte der Universität Unter den Linden. Sozialistisches Experiment und Erneuerung in der Demokratie – die Humboldt-Universität zu Berlin 1945–2010, Leipzig 2013; Carlo Jordan, Kaderschmiede Humboldt-Universität zu Berlin: Aufbegehren, Säuberungen und Militarisierung 1945–1989, Berlin 2001. Vgl. daneben den Längsschnitt bei Rüdiger vom Bruch, Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin. Vom Modell „Humboldt“ zur Humboldt-Universität 1810–1949, in: Stätten des Geistes, Köln 1999, 257–278. Aus der DDR- Zeit vgl. u. a.: Walther Mohrmann, Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin von 1945 bis zur Gegenwart: ein Überblick, Berlin 1980. Zu einzelnen Aspekten der HU-Geschichte: Konrad H. Jarausch, Gebrochene Traditionen: Wandlungen des Selbstverständnisses der Berliner Universität, Jahrbuch für Universitätsgeschichte 2 (1999), 121–235; Bernd Rabehl und Mechthild Günther, Wissenschaft und Universität als Ideologie: Zur Umwandlung und Funktionsweise der Humboldt-Universität als sozialistische Hochschule, in: Klaus Schroeder (Hg.), Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen, Berlin 1994, 180–210. Bernd Rabehl, Militarisierung und Modernisierung der Humboldt-Universität zwischen 1956 und 1968, Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat 2 (1996), 18–28.

<sup>25</sup> Vgl. Rainer Eckert u. a., „Klassengegner gelungen einzudringen...“. Fallstudie zur Anatomie politischer Verfolgungskampagnen am Beispiel der Sektion Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin in den Jahren 1968 bis 1972, Jahrbuch für historische Kommunismusforschung (1993), 197–225; Rainer Eckert, Die Berliner Humboldt-Universität und das Ministerium für Staatssicherheit, DA 26 (1993), 770–785; ders., Die Humboldt-Universität im Netz des MfS, in: Dieter Voigt und Lothar Mertens (Hg.), DDR-Wissenschaft im Zwiespalt zwischen Forschung und Staatssicherheit, Berlin 1995, 169–189; Hanna Labrenz-Weiß, Die Beziehungen zwischen Staatssicherheit, SED und den akademischen Leitungsgremien an der Humboldt-Universität zu Berlin, German Studies Review 17 (1994), 131–146.

<sup>26</sup> Vgl. Christian Simon, Staat und Geschichtswissenschaft in Deutschland und Frankreich 1871–1914. Situation und Werk von Geschichtswissenschaftlern an den Universitäten Berlin, München, Paris, Bern u. a. 1988, Bern u. a. ist Erscheinungsort. Zum Titel gehören Berlin, München, Paris; vgl. auch die Aufsätze in Reimer Hansen und Wolfgang Ribbe (Hg.), Geschichtswissenschaft in Berlin im 19. und 20. Jahrhundert: Persönlichkeiten und Institutionen, Berlin und New York 1992; Pavel Kolár, Geschichtswissenschaft in Zentraleuropa. Die Universitäten Prag, Wien und Berlin um 1900, 2 Bände, Leipzig 2008.

<sup>27</sup> Vgl. Hans Schleier, Die Berliner Geschichtswissenschaft – Kontinuitäten und Diskontinuitäten 1918–1952, in: Wolfram Fischer u. a. (Hg.), Exodus von Wissenschaften aus Berlin. Fragestellungen – Ergebnisse – Desiderate. Entwicklungen vor und nach 1933, Berlin 1994, 198–220; Winfried Schulze, Zur Entwicklung der Berliner Geschichtswissenschaft in den Nachkriegsjahren, ebd., 184–198; Peter Th. Walther, Zur



Universität nach 1945. Die auf sechs Bände angelegte ‚Geschichte der Universität unter den Linden‘ bietet einige Überblicksartikel sowohl zur Universität als auch der Geschichtswissenschaft nach 1945.<sup>28</sup> Parallel dazu entstand im Umfeld von Wissenschaftlern der DDR ein bemerkenswerter Band zur Geschichte der Universität in der DDR, dessen Beiträge zwischen (selbst-)kritischem Bemühen und stolzer Selbstbehauptung changieren.<sup>29</sup> Zuletzt hat Marko Demantowsky den Ausbau der Geschichtsmethodik u. a. an der Pädagogischen Fakultät der HU zwischen 1945 und 1970 genauer untersucht.<sup>30</sup> Für die Zeit ab der sogenannten III. Hochschulreform nach 1965 liegt eine Studie aus dem Umfeld des Potsdamer Instituts für Zeithistorische Forschung (ZZF) vor, in der Tobias Schulz anhand von Akten die staatliche Hochschulpolitik und deren universitätsinterne Aneignung und Umsetzung analysiert.<sup>31</sup>

### Hypothese der Studie

Um die besondere Perspektive meiner Studie deutlich zu machen, greife ich noch einmal auf Sabrows Thesen zurück, denen ich unwahrscheinlich viele Anregungen verdanke, gegen die ich mich aber auch abgrenzen möchte: Sabrows Paradigma-Modell dramatisiert jenen Gegensatz zwischen der Historie der Bundesrepublik und der DDR, der durch die unterschiedlichen politischen Standorte und Perspektiven entstanden war und den Zeitgenossen immer bewusst blieb. Völlig zu Recht macht der diskursgeschichtliche Ansatz auf die Denkstrukturen aufmerksam, die hinter den Geschichtsbildern stehen. Allerdings: Handelte es sich bei der DDR-Geschichtswissenschaft zuletzt tatsächlich um eine Disziplin vollkommen eigener Art, mit neuartigen Regeln der Fachlichkeit und politisch diktierten Denkmustern, die die Arbeit der Historiker entindividualisierte?<sup>32</sup> Eine Folge dieser These wäre, dass biografische Studien oder Studien über die Entstehung von

---

Entwicklung der Geschichtswissenschaften in Berlin: Von der Weimarer Republik zur Vier-Sektoren-Stadt, ebd., 153–183; Isolde Stark, Die Alte Geschichte in Berlin, DDR: Zur Bedeutung von Elisabeth Charlotte Welskopf, in: dies. (Hg.) Elisabeth Charlotte Welskopf und die Alte Geschichte in der DDR, Stuttgart 2005, 229–251.

<sup>28</sup> Heinz-Elmar Tenorth und Rüdiger vom Bruch (Hg.), Genese der Disziplinen. Die Konstitution der Universität, Berlin 2010; zur Geschichtswissenschaft nach 1945 im Besonderen: Wolfgang Hardtwig und Alexander Thomas, Forschung und Parteilichkeit. Die Neuzeithistorie an der Berliner Universität nach 1945, in: Heinz-Elmar Tenorth (Hg.), Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010: Praxis ihrer Disziplinen. Band 6: Selbstbehauptung einer Vision, Berlin 2010, 333–360 (mit weiterer Literatur); Wilfried Nippel, Alte Geschichte nach 1945, in: Heinz-Elmar Tenorth (Hg.), Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010. Selbstbehauptung einer Vision, Berlin 2010, 361–374; Michael Borgolte, Staatsideologie und Forschergeist. Die Produktivität der Mittelalterhistorie unter marxistischer Dominanz. Mit einem Ausblick auf die Zeit nach der „Wende“, 375–388 – alle in Heinz-Elmar Tenorth (Hg.), Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010, Bd. 6: Selbstbehauptung einer Vision, Berlin 2010.

<sup>29</sup> Wolfgang Girmus und Klaus Meier (Hg.), Die Humboldt-Universität Unter den Linden 1945 bis 1990. Zeitzeugen – Einblicke – Analysen, Leipzig 2010, darin: Eckart Mehls u. a., Die Geschichte Osteuropas an der Humboldt-Universität zu Berlin von deren Wiedereröffnung 1946 bis zum Ende der DDR, 577–597.

<sup>30</sup> Marko Demantowsky, Die Geschichtsmethodik in der SBZ und der DDR. Ihre konzeptuelle, institutionelle und personelle Konstituierung als akademische Disziplin 1945–1970, Idstein 2003.

<sup>31</sup> Tobias Schulz, „Sozialistische Wissenschaft“. Die Berliner Humboldt-Universität (1960–1975), Köln 2010.

<sup>32</sup> Vgl. Gerd Dietrich, Rez. zu: Martin Sabrow, Das Diktat des Konsenses, Geschichtswissenschaft in der DDR 1949–1969, in: H-Soz-u-Kult, 10.03.2002, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/ZG-2002-037>; Ralf Possekel, Kuriositätenkabinett oder Wissenschaftsgeschichte? Zur Historisierung der DDR-Geschichtswissenschaft, GG 24 (1998), 446–462.

Forschungsperspektiven an einzelnen Institutionen der DDR-Geschichtswissenschaft obsolet wären, da die ‚eigentlich‘ prägenden Faktoren der historiografischen Praxis bei den Geschichtspolitikern der SED gelegen hätten.

Aus einigen Gründen möchte ich Sabrow nicht folgen und keine derart strikte Grenze zwischen ostdeutscher und westdeutscher Historie ziehen.

Zunächst weckt es Zweifel, dass Sabrows umfassendes Erklärungsmodell an einem beschränkten Gegenstand (Akademie der Wissenschaften) und auf begrenzter Quellengrundlage (Akten zur internen Selbstverständigung der DDR-Historie) entworfen wurde. Insbesondere die eigentliche *Historiografie der DDR* wird im Gegensatz zu den in ihrem Einfluss überbewerteten offiziellen Lehrbuchbeiträgen kaum beachtet.

*Zweitens:* Es heißt allenthalben, von der Geschichtswissenschaft der DDR sei wissenschaftlich im Grunde nichts geblieben. So urteilte auch Hans-Ulrich Wehler in seiner Rezension zu Martin Sabrows Untersuchung über das Akademie-Institut für Geschichte: „[D]er allergrößte Teil der historischen DDR-Publikationen ist nun einmal im Mülleimer der Geschichte gelandet.“<sup>33</sup> Auch Sabrow scheint diese Sicht zu teilen, da er ja die Herausbildung eines ganz eigenen DDR-spezifischen Geschichtsdiskurses rekonstruiert, der das wissenschaftliche Arbeiten der Historiker anstelle der herkömmlichen, im Westen weiter tradierten Fachpraxis bestimmte. Es ist sicher richtig, dass die meisten historiografischen Produkte der Geschichtswissenschaft der DDR uns fachwissenschaftlich wenig zu bieten haben, zumal auch ohne den Einfluss der SED historische Forschungsarbeiten geschrieben werden, um überholt zu werden (Max Weber). Allerdings ist es auffällig, dass sogar Wehler Ausnahmen von seinem Verdikt machen muss. Er selbst nennt die Historiker der ostelbischen Agrargeschichte Hartmut Harnisch, Fritz Müller und Rudolf Berthold – der übrigens an der HU ausgebildet worden war – sowie natürlich die sozialgeschichtlichen Arbeiten Hartmut Zwahrs.

Ganz ähnlich produziert auch Martin Sabrows Konzeption eine ganze Reihe von darin nicht erfassbaren „Ausnahmen“ eigensinniger historiografischer Arbeiten, die nicht dem Historischen Materialismus folgen oder diesen als legitime erkenntnisleitende Perspektive benutzen. Diese Arbeiten folgen den Standards der von der Historie des 19. Jahrhunderts entwickelten Fachlichkeit; sie waren zu jeder Zeit auch für die westdeutsche Geschichtswissenschaft diskutabile Beiträge, keine Produkte einer fremden, unverständlichen Wissenschaftskultur: Die Geschichte der Kriegswirtschaft (Dietrich Eichholtz), die Faschismus-Arbeiten von Kurt Pätzold, Olaf Groehler über den II. Weltkrieg, Günter Voglers Frühneuzeitstudien, das Handbuch zur Parteiengeschichte aus dem Arbeitskreis um Dieter Fricke in Jena, Vergleichende Revolutionsgeschichte bei Walter Markov in Leipzig, Kulturgeschichte der Arbeiterklasse bei Dietrich Mühlberg an der HU, hier auch die Slawenforschung Karl-Heinz Ottos sowie die Archivwissenschaft mit Botho Brachmann, die

---

<sup>33</sup> Hans-Ulrich Wehler, Rez. zu: Martin Sabrow, Das Diktat des Konsenses, Süddeutsche Zeitung, 05. 12. 2001.

Bolzana-Studien Eduard Winters,<sup>34</sup> sogar der *hardliner* Ernst Engelberg wird immer wieder als Geschichtsschreiber geehrt. Es ist angesichts dessen wenig befriedigend, immer wieder apodiktische Urteile über „die“ DDR-Geschichtsschreibung zu fällen, die meist anhand der damals wahrscheinlich wenig gelesenen Lehrbücher gewonnen wurden,<sup>35</sup> nur um dann leuchtende Ausnahmen zu machen. Historiografiegeschichtliche Erklärungsansätze der ostdeutschen Historiker sollten diese Arbeiten als regelgerechte Möglichkeiten einer Disziplin mit sozialistischem Selbstverständnis in einer sozialistischen Diktatur verstehen und erklären können, anstatt sie als Ausnahmen von der ‚eigentlichen‘ Geschichte auszugrenzen.

Geschichtswissenschaft der DDR bedeutete trotz Zentralisierung eine Vielfalt von Wissenschaftlerbiografien, Institutionen, historiografischen Produkten. In einer früheren Arbeit hatte das auch Sabrow erkannt: „Denn die Historiographie östlich der Elbe war immer beides: einerseits Teil einer zweihundertjährigen Fachdisziplin mit spezifischer Erkenntnistradition und differenziertem methodischem [!] Untersuchungsapparat, andererseits Teil eines ideologisch geschlossenen Herrschaftssystems, dessen Träger ihre Macht aus einer vermeintlich wissenschaftlichen Erkenntnis der historischen Gesetzmäßigkeiten abzuleiten behaupteten.“<sup>36</sup>

Bis zum heutigen Tag erinnern viele Historiker der DDR ihre Arbeit vor allem als genuine Forschungsarbeit in der Tradition der deutschen Geschichtswissenschaft seit dem 19. Jahrhundert, die durchaus anschlussfähig an die westdeutsche Geschichtswissenschaft gewesen sei.<sup>37</sup> Meine Studie möchte diesen Impuls aufnehmen, ohne die Thesen von der „Legitimationswissenschaft“ oder der „beherrschten Normalwissenschaft“ zu vernachlässigen. Ihre Suchbewegung geht von den Strukturen in Richtung der Individuen, weshalb der Ansatz schon recht unfreundlich als ‚veraltet‘ bezeichnet wurde. Auch gibt es kein dominierendes Erklärungsmodell, sondern lediglich die Integration möglichst vieler, auch widersprüchlicher Dimensionen, um der Wirklichkeit der DDR gerechter zu werden und erstarrte Ansätze aufzubrechen. Womöglich bleibt mein Verfahren unbefriedigend, weil Brüche und Zweifel nicht in einer großen Theorie erlöst werden. Aber mehr war nicht möglich, wenn anders doch viele unterschiedliche Perspektiven verfolgt werden sollen. Und

---

<sup>34</sup> Vgl. Ines Luft, Eduard Winter zwischen Gott, Kirche und Karriere. Vom charismatischen Führer des katholischen „Staffelstein“ zum schulbildenden Osteuropahistoriker der DDR, Leipzig 2008.

<sup>35</sup> Vgl. Dietrich, Rez. zu Sabrow, Das Diktat des Konsenses.

<sup>36</sup> Martin Sabrow, Parteiliches Wissenschaftsideal und historische Forschungspraxis. Überlegungen zum Akademie-Institut für Geschichte (1956–1989), in: Martin Sabrow und Peter Th. Walther (Hg.), Historische Forschung und sozialistische Diktatur. Beiträge zur Geschichtswissenschaft der DDR, Leipzig 1995, 195–225, 197.

<sup>37</sup> Vgl. nur Mario Keßler, Geschichtswissenschaft nach 1945. Personelle Beharrung, Brüche und Neuanfang in beiden deutschen Staaten, in: Ulrich Pfeil (Hg.), Die Rückkehr der deutschen Geschichtswissenschaft in die „Ökumene der Historiker“. Ein wissenschaftsgeschichtlicher Ansatz, München 2008, 267–286; Eckhard Müller-Mertens, Existenz zwischen den Fronten. Analytische Memoiren oder Report zur Weltanschauung und geistig-politischen Einstellung; unveröffentlichtes MS, Privatarchiv Müller-Mertens 1995–1997 (inzwischen publiziert: Leipzig 2011); Peter Hoffmann, In der hinteren Reihe. Aus dem Leben eines Osteuropa-Historikers in der DDR, Berlin 2006; Kurt Pätzold, Die Geschichte kennt kein Pardon. Erinnerungen eines deutschen Historikers, Berlin 2008.

tatsächlich: Keine einzige historiografiegeschichtliche Forschungsarbeit seit dem Jahr 2000 mochte der anfangs so sehr gefeierten Theorie Sabrows folgen (von Kowalczyks simplem Modell ganz zu schweigen)! Es ist Zeit für neue Anregungen. Die kann ich hoffentlich bieten, indem ich altmodische biografische, quellenkundliche und erzählende Verfahren verwende. Die Anregung, Historiografiegeschichte über die Lektüre der publizierten Quellen bis in die lokalspezifischen Details hinein zu verfolgen, verdanke ich Philipp Müller.<sup>38</sup> Den Verbindungen von Autobiografie und Historiografie, die ich im Schlusskapitel untersuche, bin ich zuvor an anderer Stelle nachgegangen.<sup>39</sup> Ich schlage vor, die diskursgeschichtliche Perspektive Sabrows als einen fruchtbaren Ansatz zu betrachten, der bestimmte Mechanismen der Steuerung von Historikern und ihrer Geschichtsschreibung gut erklären, die jedoch die DDR-Historie nicht vollständig erfassen kann.

Neben diesem ‚historistischen‘ Interesse am Einzelnen war **meine eigene Arbeitshypothese** die schlichte Vermutung, dass die Erneuerung der Geschichtswissenschaft in der DDR nach 1945 nicht ohne erhebliche personelle, aber vor allem methodische und narrative Anleihen bei der traditionellen deutschen Geschichtswissenschaft gelungen war. Meine Vermutung gründete sich auf die Überlegung, dass das enge Konkurrenzverhältnis zur Geschichtswissenschaft in der BRD diese Bezugnahme nahelegte; zudem lässt sich so nur erklären, weshalb die Historie in der DDR nach einem unvergleichlichen personellen Einbruch nach 1945 und trotz ihres – bis dahin an deutschen Universitäten unerhörten – Versuchs eines konzeptuellen Neubeginns recht schnell wieder vergleichsweise leistungsfähig wurde. Allein, die angesprochenen Traditionslinien geraten leicht aus dem Blick, wenn man, wie Sabrow oder Kowalczyk, sich auf die Politisierung der Wissenschaft im Zeichen des Sozialismus konzentriert. Dagegen sprach schon Wolfgang Küttler vom „Historismus“ der DDR-Geschichtswissenschaft.<sup>40</sup> Ich habe diesen Begriff in den Titel meiner Arbeit übernommen, weil er als Bezeichnung für die ältere deutsche Geschichtswissenschaft noch immer gängig ist, auch wenn sein Gebrauch wohl nicht treffend ist.<sup>41</sup>

Die Historie der DDR als Fortsetzung des Historismus: Was wäre darunter zu verstehen? Mit dem Begriff ‚Historismus‘ in seinem engerem Sinne soll hier die bürgerliche deutsche Geschichtswissenschaft im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts bezeichnet werden, deren Herausbildung als Teilaspekt einer umfassenden Historisierung der Welt in der Moderne

---

<sup>38</sup> Philipp Müller, Geschichte machen. Überlegungen zu lokal-spezifischen Praktiken in der Geschichtswissenschaft und ihrer epistemischen Bedeutung im 19. Jahrhundert, *Historische Anthropologie* 12 2004, 415–433.

<sup>39</sup> Alexander Thomas, Geschichtsschreibung und Autobiographie: Hans Delbrück in seiner „Weltgeschichte“, in: Wolfgang Hardtwig und Philipp Müller (Hg.), *Die Vergangenheit der Weltgeschichte. Universalhistorisches Denken in Berlin 1800–1933*, Göttingen 2010, 194–215.

<sup>40</sup> Wolfgang Küttler, Marxistische Geschichtswissenschaft – was bleibt. Das Beispiel DDR, in: Konrad H. Jarusch und Georg G. Iggers (Hg.), *Geschichtswissenschaft vor 2000. Perspektiven der Historiographiegeschichte, Geschichtstheorie, Sozial- und Kulturgeschichte*; Festschrift für Georg G. Iggers zum 65. Geburtstag, Hagen 1991, 82–99.

<sup>41</sup> Vgl. Philipp Müller, *Erkenntnis und Erzählung. Ästhetische Geschichtsdeutung in der Historiographie von Ranke, Burckhardt und Taine*, Köln [u. a.] 2008, 337ff.

gesehen werden kann.<sup>42</sup> Der Geschichtsbegriff, der in der Zeit zwischen 1750 und 1850 zum „Kollektivsingular“ geworden war, wurde durch die historistische Geschichtswissenschaft mit Hilfe der Interpretamente „Ideen“, „Individualität“ und „Entwicklung“ als ideeller Geschehenszusammenhang gedeutet, der mehr sein sollte als eine bloße Summierung von einzelnen Ereignissen.<sup>43</sup> Grundlage des noch immer idealistischen Geschichtsbegriffs blieb auch nach der Abwendung von der Geschichtsphilosophie das Konzept des „Geistes“.<sup>44</sup> Im Gegensatz zur Geschichtsphilosophie der Aufklärungszeit ist die metaphysische Begründung „Ausdruck eines religiösen Zugangs zur Wirklichkeit“<sup>45</sup>, denn der geistige Zusammenhang wurde als von Gott gestiftet gedacht, „Geschichte“ war demnach von göttlicher Vorsehung gesteuert.

Diese neben der Empirisierung der Geschichtswissenschaft parallel fortexistierende religiöse Grundhaltung begründete den eigentümlichen Objektivismus der historistischen Wissenschaftspraxis. Zwar entwickelte man – am besten zu fassen bei Droysen – eine historisch-kritische Methode, als ein „leistungsfähiges Instrumentarium, das eine hochdifferenzierte Quellenkritik ermöglichte“.<sup>46</sup> Aber der Anspruch, mit Sacherkenntnis und Urteil eine auch überindividuell gültige Wahrheit erkannt zu haben, war zuletzt begründet in der prinzipiellen Adäquatheit von Gegenstandswelt und erkennendem Intellekt als Schöpfungen Gottes.<sup>47</sup>

Die gemeinsame Annahme der wissenschaftsgeschichtlichen Forschungen zum Historismus ist, dass dieser als politische Leitwissenschaft der Zeit Orientierungswissen für die Gesellschaft erarbeitete, indem er ihre Identität historisch erklärte.<sup>48</sup> Das Herkommen der föderalen Struktur des Reiches, des preußischen, dann des deutschen Staates und der Nation sollten wissenschaftlich erarbeitet werden und Bezugspunkte für zukünftiges Handeln bereitstellen. Das war auch eine geistige Bewegung gegen die politischen Freiheitsideale der Französischen Revolution. Indem historische Identität nicht mehr über eine Geschichte der Menschheit, sondern über die „Entwicklung“ von Kollektivindividuen politischer Gemeinschaft hergeleitet wurde, sollte auch den umfassenden revolutionären Gestaltungsansprüchen begegnet werden.<sup>49</sup> Die zunehmende Verengung dieser Perspektive, die Nationalisierung des Geschichtsbildes und die Absolutsetzung des obrigkeitlichen Staates

---

<sup>42</sup> Vgl. zum Folgenden besonders Otto G. Oexle, *Geschichtswissenschaft im Zeichen des Historismus. Studien zur Problemgeschichte der Moderne*, Göttingen 1996. Darin insb. *Die Geschichtswissenschaft im Zeichen des Historismus. Bemerkungen zum Standort der Geschichtsforschung*, 17–40 sowie *„Historismus“*. Überlegungen zur Geschichte des Phänomens und des Begriffs, 41–72; Jörn Rüsen und Friedrich Jäger, *Geschichte des Historismus. Eine Einführung*, München 1992, 1–66; Wolfgang Hardtwig, *Geschichtsstudium, Geschichtswissenschaft und Geschichtstheorie in Deutschland von der Aufklärung bis zur Gegenwart*, in: ders., *Geschichtskultur und Wissenschaft*, München 1990, 13–57; ders., *Geschichtsreligion–Wissenschaft als Arbeit–Objektivität: Der Historismus in neuer Sicht*, in: ders. (Hg.) *Hochkultur des bürgerlichen Zeitalters*, Göttingen 2005, 51–76.

<sup>43</sup> Vgl. Rüsen/Jäger, *Geschichte*, 39f.

<sup>44</sup> Ebd., 33.

<sup>45</sup> Hardtwig, *Geschichtsreligion*, 51; vgl. insgesamt zur „Geschichtsreligion“: ebd., 51–56.

<sup>46</sup> Ebd., 56.

<sup>47</sup> Vgl. ebd.

<sup>48</sup> Vgl. Hardtwig, *Geschichtsstudium*, 30–34; Rüsen/Jäger, *Geschichte*, 43f.

<sup>49</sup> Rüsen/Jäger, *Geschichte* 21f.

als Ordnungsmodell haben der historistischen Geschichtsschreibung Ideologiekritik eingetragen.<sup>50</sup>

Die Wissenschaftlichkeit der Geschichtserkenntnis sollte nach Meinung der Historisten sowohl gegen die metaphysischen Entwürfe der Geschichtsphilosophie als auch gegen das humanistische Modell der rhetorischen Geschichtsschreibung gesichert werden durch die Implikationen des Begriffes „Forschung“ sowie durch die Synthese der Geschichtsdarstellung als Erzählung.<sup>51</sup>

Mit dem Begriff der Forschung beschrieben die Historiker des Historismus ihre Arbeit. Der Kollektivsingular gewinnt dabei mehrere Bedeutungsanteile: Forschung als Methode der Sicherung von Einzeltatsachen durch Kritik der Quellen; Forschung als Erkenntnis des inneren Zusammenhangs der Tatsachen, die geleitet ist von der historischen Einbildungskraft des einzelnen Forschers; Forschung als überindividueller Prozess des historischen Erkennens durch die Summierung der Spezialforschung der Einzelnen. Damit charakterisiert „Forschen“ nun nicht mehr das Auffinden überlieferten Wissens aus den Quellen, sondern die Ermittlung eines bisher unbekanntes und neuen Wissens.<sup>52</sup> Die neuen Implikationen von Forschung sind nun, dass diese als „Rekonstruktion der Vergangenheit“ dem „Aufbau einer neuen, selbständigen Erzählung“<sup>53</sup> und nicht mehr der kritischen Reinigung einer im Kern zu bewahrenden alten Historie dient.<sup>54</sup> In der Abkehr von der Historie als literarischer Gattung wurde die historische Erzählung zu einer Erkenntnisform – sie rekonstruierte nicht mehr eine Zeitfolge, sondern verband die Darstellung der Zeitfolge mit dem Anspruch, den Wandel, das Geschehen auch erklären zu wollen.<sup>55</sup> Die bevorzugte Erzählform des Historismus war die „genetische Erzählung“, die auf Basis der Forschungsergebnisse die qualitativen Unterschiede des Erzählsubjekts (Staat, Nation) zwischen dem Anfang und dem Ausgang der Erzählung in der „Vorstellung eines kontinuierlichen Übergangs von der einen Qualität zur anderen“<sup>56</sup> zusammenschloss und so historische Orientierung ermöglichte. Der genetischen Erzählung des Historismus lag dabei in Form der Ideenlehre implizit eine Theorie historischen Wandels zugrunde.<sup>57</sup>

Geschichtsreligion und Objektivität, politische Sinnstiftung und genetisches Erzählen, Forschungscharakter und Methodizität – auf der Suche nach Kontinuitäten zu diesen

---

<sup>50</sup> Vgl. etwa Wolfgang Hardtwig, Von Preußens Aufgabe in Deutschland zu Deutschlands Aufgabe in der Welt. Liberalismus und borussianisches Geschichtsbild zwischen Revolution und Imperialismus, in: ders., Geschichtskultur und Wissenschaft, München 1990, 103–160, 111.

<sup>51</sup> Vgl. zum Folgenden: Rösen/Jäger, Geschichte, 41–53; Wolfgang Hardtwig, Die Verwissenschaftlichung der Geschichtsschreibung zwischen Aufklärung und Historismus, in: ders., Geschichtskultur und Wissenschaft, München 1990, 58–91, insbes. 67–91; ders., Geschichtsreligion, 66–76, ders., Konzeption und Begriff der Forschung in der deutschen Historie des 19. Jahrhunderts, in: Alwin Diemer (Hg.), Konzeption und Begriff der Forschung in den Wissenschaften des 19. Jahrhunderts, Meisenheim am Glan 1978, 11–26.

<sup>52</sup> Vgl. Hardtwig, Verwissenschaftlichung, 72f.

<sup>53</sup> Ebd., 73 bzw. 74.

<sup>54</sup> Vgl. dazu auch Rösen/Jäger, Geschichte, 49.

<sup>55</sup> Vgl. Hardtwig, Geschichtsstudium 24f.

<sup>56</sup> Jörn Rösen, Art. „Historisches Erzählen“, in: Klaus Bergmann (Hg.), Handbuch der Geschichtsdidaktik, Seelze-Velber<sup>4</sup>1992, 46–49.

<sup>57</sup> Vgl. Hardtwig, Verwissenschaftlichung, 87f.

Elementen einer Historie im Zeitalter der Verwissenschaftlichung möchte ich nach Gemeinsamkeiten suchen, ohne signifikante Unterschiede außer Acht zu lassen. Zugleich möchte ich betonen, dass diese Forschungshypothese nicht die Gesamtheit der Arbeit geleitet hat; denn daneben ging es immer auch um einen ersten Versuch einer umfassenderen Darstellung der Geschichtswissenschaft an der Humboldt-Universität seit 1945.

### Anlage und Gliederung der Arbeit

Die Arbeit widmet sich der Entstehung und Entwicklung der HU-Geschichtswissenschaft zwischen 1945 und der sogenannten III. Hochschulreform 1968. Sie verbindet darin Institutionengeschichte, Kollektivbiografie der Geschichtswissenschaftler, Analysen zur „Praxis“ sozialistischer Historiker mit genuin historiografiegeschichtlicher Forschung zum Fallbeispiel des Mediävisten Eckhard Müller-Mertens. Das Ende des Untersuchungszeitraums begründet sich aus der Annahme, dass bis 1968 die konstitutive Phase dieser Entwicklung beendet ist. Wenn es für die Erklärung entscheidender Sachverhalte unumgänglich ist, soll auch über diesen Rahmen hinausgegangen werden.

Die Arbeit ist in drei große Abschnitte gegliedert. Der Umbau des alten „Historischen Seminars“ der Friedrich-Wilhelms-Universität wurde seit 1946 vom kommunistischen Remigranten und Soziologieprofessor der Vorkriegszeit Alfred Meusel vorangetrieben, der dabei vor allem als Wissenschaftsorganisator wirkte. Im **ersten Abschnitt (A)** werde ich der Frage nachgehen, inwiefern in dieser Übergangszeit Meusel und seine Genossen nicht nur die Durchsetzung des neuen, angeblich marxistischen Geschichtsbildes betrieben, sondern dabei auch bewusst oder zwangsläufig Personen, Praktiken und Denkweisen der älteren deutschen Geschichtswissenschaft aufnahmen.

Meusel überließ nach seinem Weggang ans damals scheinbar wichtigere Museum für Deutsche Geschichte den Aufbau der neuen „Fachrichtung Geschichte“ seit 1952 Historikern, die teilweise den Kreisen der alten antifaschistischen Kommunisten, daneben aber schon der neu ausgebildeten sozialistischen Fachhistoriker angehörten. Allerdings entwickelte sich die Institution von einem kleinen Gebilde mit einzelnen einflussreichen Persönlichkeiten zu einer unheimlich betriebsamen, vielstrukturierten Organisation aus einzelnen Instituten, mehreren Leitungsebenen und einem Netz aus SED-Einrichtungen. Die Entwicklung der Fachrichtung als Teil der wachsenden Humboldt-Universität wird im **zweiten Abschnitt (B)** behandelt. Die zahlenmäßige Personalentwicklung bei den Assistenten und Professoren wird dargestellt, die zahlreichen Promotions- und Habilitationsarbeiten nach einigen Kriterien ausgewertet, die Praxis der Gutachter kurz beleuchtet. Zuletzt werden die zahlreichen Professoren der Jahre zwischen 1952 und 1968 in einer Kollektivbiografie erforscht, um die Karrieremuster der sich entwickelnden Geschichtswissenschaft an der sozialistischen Hochschule zu erschließen. Die zentrale Untersuchungsperspektive bleibt bei all dem: Welche Rolle spielen „neue“ Elemente von Wissenschaftlichkeit, etwa die persönliche

Anbindung an die SED oder die Orientierung am Historischen Materialismus bei Qualifikationsarbeiten, die Beurteilung des „Klassenstandpunktes“ bei Gutachten; und inwiefern bleiben Standards der älteren deutschen Geschichtswissenschaft erhalten?

Der Blick auf das Kollektiv bereitet die Individualisierung und Differenzierung vor. Im **dritten Abschnitt (C)** werden unter dem Allgemeinbegriff der ‚wissenschaftlichen Praxis‘ Situationen und Entwicklungen rekonstruiert, in denen einzelne Historikerinnen und Historiker die strukturellen Vorgaben von Universität, SED und kommunistischem Geschichtsdiskurs durch individuelles Handeln aufnahmen und ausgestalteten. Als Fluchtpunkt der gesamten Arbeit ergab sich die Doppelgeschichte der Historiker Joachim Streisand (1920–1980) und Eckhard Müller-Mertens (1923–2015). Beide begabt und erfolgreich, entwickelten sie vor dem Hintergrund unterschiedlicher biografischer Herkunft zwei grundverschiedene Praktiken, sich im System der Geschichtswissenschaft der DDR zu bewegen. Beide Geschichten besitzen dabei ihre eigene Tragik; der Stasi-Zuträger erscheint zugleich als Opfer zweier deutscher Diktaturen, der Bewahrer wissenschaftlicher Selbständigkeit zugleich als ehemaliger Stalinist und dann als Adept alter nationalistischer Begeisterung für das Mittelalter.

Das Abschlusskapitel über den Mediävisten Eckhard Müller-Mertens stellt zugleich in einer zweiten Hinsicht einen konzeptionellen Fluchtpunkt meiner Arbeit dar. Denn die historiografiegeschichtliche Forschung hat sich bislang – wie oben beschrieben – auf die aus heutiger Sicht befremdlichen Modi der Politisierung der Geschichtswissenschaft der DDR konzentriert. Historiografische Werke, die jenseits des Diskurses der DDR-Historie Aufsehen erregen, Anregungen geben oder sogar neue Wege öffnen konnten, wurden als Ausnahmen von der Regel abgetan. Mit der Geschichte des bahnbrechenden Buches „Regnum Teutonicum“ (1970) rekonstruiere ich den Entstehungsprozess eines langlebigen deutsch-deutschen Standardwerkes, der sich weder in einer ‚Nische‘, noch innerhalb der Schranken eines verordnet-angeeigneten sozialistischen Diskurses vollzog, sondern durch *höchst individuelle, biografisch und zeitgeschichtlich zu erklärende Erkenntnisinteressen* eines erfolgreichen Universitätsprofessors mit bedeutendem Lehrstuhl angetrieben wurde. Müller-Mertens nahm dafür methodische Impulse des sogenannten ‚Historismus‘ auf, profitierte wohl auch von der geschichtspolitischen Wende zur deutschen Nationalgeschichte und diskutierte im Vorfeld kritisch das Feudalismus-Konzept des eigentlich sakrosankten Historischen Materialismus. An diesem Fallbeispiel zerbrechen die Versuche, die DDR-Geschichte und ihre Historie mit einem geschlossenen historiografischen Erklärungsmodell deuten zu wollen. Es öffnet den Blick für Vieldeutigkeiten und Widersprüchlichkeiten einer modernen Gesellschaft.

Auslassungen sind unvermeidlich. Sie sind arbeitsökonomisch, aber vor allem mit der Quellenlage zu begründen. Denn für das ‚Differenzieren und Individualisieren‘ war ich vor allem auf Aktenfunde angewiesen: Ich konzentriere mich auf den Fachbereich Geschichte an der Philosophischen Fakultät und erforsche z. B. nicht die Abteilung



„Wirtschaftsgeschichte“ von Jürgen Kuczynski an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Sehr wenig wird gesagt über das Verhältnis von Akademie und Universität, da für die Ebene des Fachbereichs Geschichte kaum etwas in den Akten zu finden war. Leider konnten keine eingehenden werkgeschichtlichen Untersuchungen zu wichtigen historiografischen Arbeiten etwa von Eduard Winter, Karl Obermann oder Gerhard Schilfert geleistet werden. Bedauerlich ist vor allem, dass die Person Schilferts blass bleiben musste.<sup>58</sup> Kaum Beachtung finden die Erfahrungen der Studierenden. Die Lehrtätigkeit der HU-Historiker wird nicht intensiv erforscht.

---

<sup>58</sup> Der umfangliche Nachlass Schilferts befindet sich dem Vernehmen nach in den Händen der Familie.

## **A Anfänge einer „marxistischen“ Geschichtswissenschaft 1945–1951: Alfred Meusel und das alte „Historische Seminar“**

### ***A.1 Alfred Meusel: Vom Kieler „sozialistischen Milieu“ zum Universitätshistoriker in Berlin***

Der Mann, der die Geschichtswissenschaft an der Berliner Universität (BU) nach 1945 zunächst fast im Alleingang umgestalten sollte, meldete sich am 3. Juli 1946 aus London.<sup>59</sup> Alfred Meusel<sup>60</sup> bat den für die Universität zuständigen kommunistischen Politiker Otto Winzer um „Beschäftigung an der Universität Berlin“, „wenn möglich als Dozent für neuere Geschichte“.<sup>61</sup> Zwei Wochen zuvor war der Bewerber zu diesem Schritt durch Winzer ermutigt worden. Beide nutzten den Ausnahmezustand in der SBZ, der die traditionelle Selbstverwaltung der Universitäten außer Kraft gesetzt hatte. An der Universität sprach Meusel erst am 3. August des Jahres vor, und zwar nicht bei den Historikern oder der Philosophischen Fakultät, sondern beim Rektor Johannes Stroux.<sup>62</sup> Dieser signalisierte der mittlerweile zuständigen Deutschen Verwaltung für Volksbildung (DVV) das Interesse der Universität an der Einstellung des Wissenschaftlers und beraumte erst dann eine Besprechung mit dem eigentlichen Fachvertreter an.<sup>63</sup> Über Fritz Hartungs Reaktion ist nichts überliefert. Allerdings wurde Meusel anfangs nicht in die Reihen der Historiker aufgenommen, sondern von der DVV auf das neu geschaffene Ordinariat für „Politische und

---

<sup>59</sup> Zum Thema Exil und Remigration deutscher Historiker: Marita Krauss, Heimkehr in ein fremdes Land. Geschichte der Remigration nach 1945, München, Orig.-Ausg. 2001; Mario Keßler, Deutsche Historiker im Exil (1933–1945). Ausgewählte Studien, Berlin 2005; Mario Keßler, Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte Historiker in der frühen DDR, Köln 2001; Mario Keßler, Exil und Nach-Exil. Vertriebene Intellektuelle im 20. Jahrhundert, Hamburg 2002; Jessen, Akademische Elite, 309–335.

<sup>60</sup> Vgl. zu Meusel Keßler, Exilerfahrung, 50–90; Detlef Siegfried, Das radikale Milieu. Kieler Novemberrevolution, Sozialwissenschaft und Linksradikalismus 1917–1922, Wiesbaden, 2004; Horst Haun, Alfred Meusel. 1896–1960, in: Heinz Heitzer / Karl-Heinz Noack (Hg.), Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft. Biographien, Berlin 1989, 149–168; Beiträge zum neuen Geschichtsbild. Zum 60. Geburtstag von Alfred Meusel, [1. Aufl.], Berlin (1956); Joachim Streisand, Alfred Meusels Weg vom bürgerlich-demokratischen Soziologen zum marxistisch-leninistischen Historiker, in: ZfG 9 (1975), 1021–1031; Klaus Schwabe, Alfred Meusel 1896–1960, in: Klaus Habetha (Hg.), Wissenschaft zwischen technischer und gesellschaftlicher Herausforderung. Die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen, RWTH 1970–1995, Aachen 1995, 231–237.

<sup>61</sup> Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (ABBAW), Nachlass (NL) Alfred Meusel, 844: Meusel an Winzer, London, 3. Juli 1946: „[I]n der Anlage schicke ich Ihnen eine Abschrift des Lebenslaufes nebst Bitte um Beschäftigung an der Universität Berlin (wenn möglich als Dozent für neuere Geschichte), den ich an Herrn Dr. Middleton in Beantwortung seines Briefes vom 21. VI. gesandt habe. Gleichzeitig möchte ich Ihnen für den Brief danken, den Sie am 15. VI. in meiner Sache an Herrn Dr. Middleton schrieben. Ich brauche Ihnen kaum zu sagen, wieviel mir daran liegt, an geeigneter Stelle an der Ueberwindung der nationalsozialistischen Ideologie und der Entwicklung einer freiheitlichen und fortschrittlichen Denkweise mitzuarbeiten. Meine Frau und ich werden am 16. VII. von hier abreisen und direkt nach Berlin fahren. In der Hoffnung, Sie bald begrüßen zu dürfen [...]“

<sup>62</sup> Sören Flachowsky, Neubeginn und Wiederaufbau. Der Wissenschaftsorganisator Johannes Stroux an der Berliner Universität 1945–1947, Jahrbuch für Universitätsgeschichte 7 (2004), 191–214.

<sup>63</sup> Humboldt-Universität zu Berlin, Universitätsarchiv (HUUA), M 184, Bd. 3, Bl. 31.

soziale Probleme der Gegenwart“ berufen. Die Philosophische Fakultät und ihr Dekan Hartung stimmten der Ernennung nach Aufforderung zu.<sup>64</sup>

Tatsächlich war Meusel eigentlich kein professioneller Historiker, sondern Soziologe. Doch hatte er einen erneuten Ruf an die TH Aachen, an der er bis zu seiner Entlassung 1933 eine Professur für Volkswirtschaftslehre und Soziologie inne gehabt hatte, nach 1945 ausgeschlagen. In der SBZ waren die Möglichkeiten für einen linken Remigranten vielversprechender. Der Rückkehr linker Wissenschaftler aus der Emigration lag eine wissenschaftspolitische Strategie der KPD in der SBZ zugrunde.<sup>65</sup> Im November 1945 erging ein Aufruf des Kulturbundes für die demokratische Erneuerung Deutschlands an die Emigranten.<sup>66</sup> Doch auch zwischen den einzelnen Universitäten der SBZ waren die Unterschiede gewaltig. Der Einfluss der DVV auf die Universität Leipzig war damals noch recht gering. Hier steuerte der Rektor Hans-Georg Gadamer einen eigenen Kurs und verhinderte die Berufung Meusels auf eine Geschichtsprofessur an der Philosophischen Fakultät.<sup>67</sup> Dass Meusel sich nach Berlin wandte, hatte mit der Sonderstellung der Universität zu tun. Sie war anders – als die Landesuniversitäten – dem direkten Zugriff der DVV unterstellt und stand unter besonderer Aufmerksamkeit der Sowjetischen Militäradministration (SMAD). Die Personalverluste an der Universität nach 1945 waren ungleich größer als irgendwo sonst. Der erste Nachkriegsrektor Eduard Spranger war durch den anpassungsbereiteren Johannes Stroux ersetzt worden. Daher standen Meusels Chancen, durch die neuen Hochschulpolitiker in der SBZ von außen an der Universität platziert zu werden, hier besser.

Meusel konnte mit Unterstützung der KPD/SED als Teil einer Gruppe von England-Emigranten schon im Juli 1946 nach Deutschland zurückkehren. Auffällig ist die Häufung von England- bzw. Westremigranten an der späteren HU. In diese Gruppe gehören die Professoren Jürgen Kuczynski,<sup>68</sup> Josef Winternitz, Ernst Hoffmann, Karl Obermann,<sup>69</sup> Arthur Liebert und Heinz Kamnitzer.<sup>70</sup> Auch auf der Ebene der Wissenschaftspolitik gelangte

---

<sup>64</sup> HUUUA, M 184, Bd. 3, Bl. 32 und 35.

<sup>65</sup> Marita Krauss, Heimkehr in ein fremdes Land, 87. Vgl. auch Ursula Adam, Rückkehr nach Berlin. Aus dem britischen Exil zur Teilnahme am antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau (Dokumentation), in: Jahrbuch für Geschichte 35 (1987), 448f.

<sup>66</sup> Krauss, Heimkehr in ein fremdes Land, 74.

<sup>67</sup> ABBAW, NL Meusel, Mappe 7. Gadamer machte das Recht der Universität auf Selbstergänzung des Lehrkörpers nach wissenschaftlichen Kriterien geltend. Über eine Berufung Meusels sollte auf der Grundlage von Fachgutachten entschieden werden, für deren Erstellung Gadamer u. a. den schwer belasteten Johannes Kühn vorgesehen hatte.

<sup>68</sup> Auf Kuczynskis Engagement ging die Gründung einer Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät an der Berliner Universität zurück, die mit der Auflösung der alten Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät mit der hier angesiedelten traditionsreichen Historischen Nationalökonomie einherging; vgl. Christian Christ-Thilo, Die Etablierung der Wirtschaftsgeschichte als eine marxistisch-leninistische Gesellschaftswissenschaft an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Berliner Universität durch Jürgen Kuczynski (1946–1956), Beiträge zur Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin 10 (1984), 9–56, 12.

<sup>69</sup> Karl Obermann, Exil Paris. Im Kampf gegen Kultur- und Bildungsabbau im faschistischen Deutschland 1933–1939, Berlin 1983.

<sup>70</sup> Vgl. auch Jürgen Kuczynski, Die Erziehung des J. K. zum Kommunisten und Wissenschaftler, Berlin, 1973; Jürgen Kuczynski, „Ein linientreuer Dissident“. Memoiren 1945–1989, Berlin 1994. Übrigens wurden die Westremigranten argwöhnisch von der Stasi beobachtet: Bericht über Prof. Dr. Heinz Kamnitzer, BStU,

(neben Hoffmann) ein England-Remigrant an eine zentrale Position: Kurt Hager war nicht nur der hochrangige Hochschulpolitiker der DDR, sondern er hatte seit 1949 ein Lehramt für Dialektischen und Historischen Materialismus an der HU inne, zu dem ihm Alfred Meusel verholfen hatte. Hager und Meusel kannten sich schon aus England, ebenso wie Kuczynski, Kamnitzer und Arthur Liebert. Später kam noch der Wirtschaftshistoriker Hans Mottek dazu, den Meusel ebenfalls aus England kannte.<sup>71</sup>

### Meusels Werdegang bis 1934

Meusel war schon als Student in Berlin gewesen. Doch hauptsächlich hatte er in Kiel studiert, und zwar Philosophie, Geschichte, Nationalökonomie und Soziologie.<sup>72</sup> Dort war er am 19. Mai 1896 als Sohn eines freisinnig-liberal gesonnenen Studienrates geboren worden und hatte an der Oberrealschule im August 1914 das Abitur erworben. Im Zuge der bildungsbürgerlichen Begeisterung war er sofort freiwillig in den Krieg gezogen, allerdings vielleicht mit größerer Skepsis als seine Altersgenossen.<sup>73</sup> Meusel blieb die vollen vier Jahre bis 1918 im Waffenrock, machte einen Offizierslehrgang und wurde schon 1915 Leutnant der Reserve. Er erwarb sich Auszeichnungen, wurde verwundet und gegen Ende des Krieges sogar verschüttet. Davon behielt er eine Schüttellähmung des rechten Armes zurück, die ihn sein weiteres Leben lang beeinträchtigen sollte.

Die Kriegserfahrung hat Meusel rückblickend als politisches Erweckungserlebnis beschrieben.<sup>74</sup> In den Schützengräben lösten sich die Klassenunterschiede scheinbar auf. Meusel kam zum ersten Mal in Kontakt mit politisch bewussten Arbeitern und wandte sich der Linken zu. Für bildungsbürgerlichen Linksextremismus war Kiel gerade der richtige Ort. Meusel erlebte hier die Revolution der Soldatenräte mit und trat im November 1918 in die USPD ein. Am renommierten Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr bildete sich ein „radikales Milieu“ von Sympathisanten der linken Szene.<sup>75</sup> Meusel promovierte beim Institutsdirektor Bernhard Harms, und zwar über Karl Marx. In der Arbeit machte sich Meusel Kautskys Kritik am sowjetischen Weg in Russland zu eigen. Anstelle einer sozialistischen Gesellschaft sei hier eine neue, hierarchisch organisierte Staatsform entstanden, in der die arbeitenden Menschen einer übermächtigen Verwaltungsbürokratie gegenüberstünden. Als angehender Soziologie interpretierte Meusel die Marx'sche Theorie nicht als ökonomisches Modell des Kapitalismus, sondern als Gesellschaftslehre. Die

---

MfS-Zentralarchiv, Allg. P 2752/55, Bl. 42. Zit. nach Keßler, Exilerfahrung, 77.

<sup>71</sup> HUUA, M 184, Bd. 1, Bl. 91: Meusels positives Gutachten für Mottek, den er aus der Emigration kannte.

<sup>72</sup> Vgl. den Lebenslauf in HUUA, PA A. Meusel, Bd. 3, Bl. 2–10. Als dritten Studienort gibt Meusel Hamburg an. Vgl. zu Meusel v. a. Mario Keßler, Exilerfahrung. Vgl. daneben einige Selbstzeugnisse Meusels: Alfred Meusel, Lebenslauf (12. Juni 1951), in: ABBAW, NL Alfred Meusel, 1; ders., Jugenderinnerungen, ebd., 2; ders., Lebenslauf, in: HUUA, PA A. Meusel, Bd. 3, Bl. 2–10; N.N., Der Lebensweg eines Gelehrten, in: Forum 10 (1949), 12–15.

<sup>73</sup> Alfred Meusel, Kriegsfreiwilliger im Jahre 1914, in: ABBAW, NL Meusel, 3. Es könnte sich bei dieser Distanz allerdings um eine nachträgliche Stilisierung im Sinne der späteren politischen Überzeugungen handeln; das Dokument hat Meusel erst sehr viel später verfasst.

<sup>74</sup> Vgl. Keßler, Exilerfahrung, 51.

<sup>75</sup> Detlef Siegfried, Das radikale Milieu.

Begriffe „Kapital“ und „Produktionsverhältnisse“ eröffneten demnach den Blick für soziale Beziehungen zwischen Klassen. Den marxistischen Fortschrittsoptimismus, der im Denken des 19. Jahrhunderts wurzelt, konnte Meusel allerdings nicht mehr teilen. „Daß der Marxismus den Fortschrittsgedanken nicht auf eine technisch-ökonomische Dimension beschränkt, sondern mit der Vorstellung einer Aufhebung der Klassengegensätze verbunden habe, bliebe [zwar] sein größter Beitrag zur menschlichen Geistesgeschichte“<sup>76</sup>. Aber dass nach dieser Aufhebung sich die Idee der homogenen sozialistischen Gesellschaft realisiere, bleibe nur eine von vielen Möglichkeiten.<sup>77</sup>

Wenig später veröffentlichte Meusel schon seine Habilitationsschrift über „Die Abtrünnigen“, ein kurzer Aufsatz über „diejenigen Menschen, die aus einer sozial günstig gestellten Schicht zu einer aufstrebenden Gruppe übergehen in der Absicht, deren Kampf um gesellschaftliche Emanzipation mitzukämpfen.“<sup>78</sup> Neben „Partei- und Gewerkschaftsführer[n], Abgeordnete[n], Journalisten, Minister[n]“ hatte Meusel bei diesen „Wegbereiter[n] der neuen Zeit“ sicherlich sich selbst vor Augen (DA 156). Es lohnt sich, diesen Aufsatz noch etwas intensiver zu befragen, denn nach 1945 hat sich Meusel nicht mehr so deutlich über seine Sicht der Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens geäußert; zugleich skizziert Meusel hier die Option intellektuellen Handelns, die er selbst favorisiert.

Meusels Untersuchungsobjekt ist die Gesellschaft, die sich im „Fluß der Erneuerung“ in unterschiedlichen „Gesellschaftsformation[en]“ kristallisiert. Den Aufbau der Gesellschaft beschreibt er begrifflich-typisierend, nach unterschiedlichen Gruppen, Schichten, Klassen. Auf empirische Daten statistischer Art verzichtet der Soziologe. Die innere Dynamik der Gesellschaftsformationen sieht er geprägt durch den „struggle for life“, der durch den „Willen zum Leben“ (DA 164) und den „Wille[n] zur Macht“ (DA 166) der einzelnen Glieder angetrieben ist. Es ist das „Rasen des entfesselten menschlichen Eigennutzes“ (DA 169), der sich als „rücksichtsloser Drang zur Expansion auf Kosten“ der anderen Schichten und Klassen (DA 165) manifestiert. Die Geschichte, „oder noch volltönender: ‚Weltgeschichte‘ stellt [...] nichts anderes dar als ein Sammelsurium von Greuelthaten, die aus der Herrschaft jenes entfesselten Egoismus hervorgehen“ (DA 169).

Trotz dieser sozialdarwinistisch-nietzscheanisch erscheinenden Perspektive sieht der später überzeugte Marxist die Möglichkeit gesellschaftlichen Fortschritts. Dieser müsse sich die inneren Triebkräfte der Gesellschaft zunutze machen. Allerdings müsse er darauf achten, „daß das Mittel nicht stärker werde als der Zweck“ (DA 169). Meusel bejaht politische Gewalt und kritisiert sie zugleich. Sie ist zur Durchsetzung von fortschrittlichen Ideen notwendig, aber darf nicht Selbstzweck werden oder überhand nehmen. Vor diesem Hintergrund findet der linke Soziologe immer wieder kritische Worte für den Terror der

---

<sup>76</sup> Keßler, Exilerfahrung, 54.

<sup>77</sup> Alfred Meusel, Untersuchungen über das Erkenntnisobjekt bei Marx, Kiel 1922, 104.

<sup>78</sup> Alfred Meusel, Die Abtrünnigen, Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie 3 (1924), 152–169, 152, im Folgenden „DA“.

Bolschewisten in Sowjetrußland<sup>79</sup> wie für die Jakobiner der Französischen Revolution. Das politische Ideal für Westeuropa und Deutschland liegt in einer Verbindung von Liberalismus und Sozialismus (DA 168); Meusel erstrebt nach Errichtung der parlamentarischen „politischen Demokratie“ die volle Durchführung auch der „sozialen Demokratie“,<sup>80</sup> die Emanzipation der Massen. Der stärkste Fürsprecher auch der politischen Demokratie ist in der Gegenwart der Weimarer Republik die Arbeiterbewegung, nicht das Bürgertum.<sup>81</sup> Die reformerische Sozialdemokratie scheint ihm am ehesten diese Demokratisierung vollenden zu können.<sup>82</sup> Utopische Bilder der Zukunftsgesellschaft können zur Mobilisierung beitragen, doch müssen sie dafür inhaltlich offen bleiben für die ganz unterschiedlichen Bedürfnisse und Wünsche, die die Menschen mit ihnen verbinden (DA 167). Und die Demokratie ist bedroht: „Die Demokratie kann durch äußeren Eingriff eines zur Diktatur entschlossenen, mit der Vorstellung, Wegbereiter einer ‚wahren‘ Demokratie zu sein, umgürteten Sozialismus vernichtet werden.“<sup>83</sup> Daher dürfen sich weder Bürgertum noch Arbeiterklasse von der Demokratie zurückziehen.

Die Abtrünnigen sind für die Herbeiführung der Demokratisierung eine entscheidende Kraft.<sup>84</sup> Meusel prägt einen neuen Begriff, doch leistet er eigentlich einen weiteren Beitrag zur zeitgenössischen Diskussion um die gesellschaftliche Stellung der Intellektuellen. Die Abtrünnigen verlassen ihre angestammte soziale Schicht und Klasse um der Überzeugung willen. Sie werden zu den Wortführern des Neuen, „indem sie der revolutionären Klasse die geistigen Waffen schmieden“ (DA 155). Ihre nützlichste Befähigung ist der öffentliche Gebrauch der Sprache. Ihre historische Funktion ist bei Meusel ähnlich angelegt, wie die der charismatischen Führer bei Max Weber. Oft gehen sie in den gesellschaftlichen Kämpfen unter, wie die „Gracchen“, wie „Erzberger und Rathenau“ (DA 157).

Dabei gelangen die Abtrünnigen jedoch nicht zu einer neuen sozialen Bindung mit „der ihnen wahlverwandten Schicht“ (DA 157). Während Alfred Weber und Karl Mannheim in ihrer Charakteristik der freischwebenden Intelligenz vor allem auf die Freiheit des Geistes abheben sollten, stellt Meusel einen Mangel in den Vordergrund: Die abtrünnigen Intellektuellen seien „die eigentlich heimatlosen Elemente in der Gesellschaft“, bildeten selbst keine Gruppe, sondern seien „einsame Menschen“ (DA 158 bzw. 156).

Doch sie könnten ihrer Heimatlosigkeit entkommen. Meusel unterscheidet zwei Typen von Abtrünnigen. Der erste Typus ist der „ehrliche‘ Mittler“, „zwischen den Parteien“ stehend, der keinen endgültigen Bruch mit den Traditionen seiner bürgerlichen Herkunft vollzieht. Meusel definiert ihn in Hinblick auf die Politik als „Führer, der mit sicherem Instinkt für das

---

<sup>79</sup> Vgl. vor allem Alfred Meusel, Der Radikalismus, Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie 4 (1925), 44–68, 53 und 63–65, 67; Alfred Meusel, Zur Problematik der politischen und sozialen Demokratie, Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie 7 (1928), 143–156, 144.

<sup>80</sup> Vgl. etwa den Titel des Aufsatzes Meusel, Zur Problematik der politischen und sozialen Demokratie.

<sup>81</sup> Ebd., 149.

<sup>82</sup> Meusel, Zur Problematik, 155f.

<sup>83</sup> Meusel, Zur Problematik, 154.

<sup>84</sup> Vgl. auch Meusel, Zur Problematik, 151.

Machtverhältnis der sozialen Gruppen die Bewegung auf konkrete Ziele einzustellen wünscht, deren Erreichung innerhalb der Grenzen des Möglichen liegt.“ (DA 159) Deutlich ist hier das Echo von Webers Konzept der Verantwortungsethik zu hören. Meusel will gesellschaftliche Veränderung, aber keinen Radikalismus!<sup>85</sup> Den Gesinnungsethiker lehnt Meusel ab. Bei ihm heißt er der „radikale[.] Typus“ des Abtrünnigen, „Verteidiger der Guillotine und des roten Terrors“, „Anhänger der Doktrin, daß man die Nutznießer der alten Gesellschaftsordnung restlos vernichten, physisch ausrotten muß“ (DA 161). Anders als der ehrliche Mittler dient der Radikale nicht gesellschaftlichen Interessen, sondern er befriedigt letzten Endes im Kampf um die „Reinheit der Idee“ ein Erlösungsbedürfnis, das den Pathologien des „menschlichen Seelenleben[s]“ entspringe. Es mangelt ihm an „Intellekt“ und „Verantwortungsbewußtsein“ (DA 161). Ideale sind nicht in einer Revolution zu realisieren, nur „ihre materiellen Inhalte“ (DA 162). Hält der Radikale auch nach der Revolution an den Idealen fest, „so ist sein Schicksal besiegelt, seine Heimatlosigkeit in der Gesellschaft lebenslänglich geworden.“ (DA 163) Nach der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der Massen durch die Revolution erhält der verantwortungsbewusste Intellektuelle die von ihm vermisste Chance zu einer sozialen Bindung.

Generell bevorzugt Meusel Rationalität statt Gefühl.<sup>86</sup> Der Marxismus als politische Ideologie sei keine ernstzunehmende Wissenschaft: Die „bolschewistische Theorie“ stütze sich auf die Marx'schen Jugendschriften statt auf das „Kapital“, daher „trägt ihre Staatsphilosophie ein durch und durch voluntaristisches Gepräge und gipfelt in einer Verherrlichung der Macht des Menschen“<sup>87</sup>. Meusel teilt Max Webers skeptisches Streben nach methodisch geregelter Untersuchung von Werturteilen.<sup>88</sup> Dennoch bleibt seine Methode auf der Ebene der begrifflichen Untersuchung; immer wieder greift er dabei historisch in das 18. und 19. Jahrhundert und vergleichend in die v. a. politische Geschichte Frankreichs, Englands und Deutschlands aus. In der Politik bevorzugt Meusel Urteilskraft und Kompromiss, sie ist die Kunst des Möglichen.<sup>89</sup> Wie bei Weber ist sie auch Machtausübung, und der „Mächtige“ kann nicht die Reinheit seines Ideals bewahren (DA 164). Stattdessen „können wir verfolgen, wie jeder Schritt, den der Radikalismus vorwärts tut, ihn den Grundsätzen entfremdet, zu deren Bewahrung er auszog.“<sup>90</sup>

Der junge Alfred Meusel war ein historisch arbeitender Gesellschaftskritiker, der eine skeptische Sympathie für den Marxismus ausgebildet hatte, der Gewalt und Diktatur

---

<sup>85</sup> Er wendet sich gegen die Tendenz des „Radikalismus, die unendliche Mannigfaltigkeit der Erscheinungen [...] in ein höchst einfaches, lineare Koordinatensystem zu pressen“. Meusel, Der Radikalismus, 44.

<sup>86</sup> Zum Marxismus als „Ideologie der sozialen Bewegung unserer Zeit“: „Da das Gefühl nun in dem gleichen Wortkleid auftreten durfte, das vormals dem Gedanken gedient hatte, so konnte es sich als ‚wissenschaftlich‘ bezeichnen.“ Meusel, Der Radikalismus, 46.

<sup>87</sup> Meusel, Der Radikalismus, 65.

<sup>88</sup> Meusel bezieht sich auf Webers „Objektivitäts“-aufsatz“, Alfred Meusel, Vom „Sinn“ der sozialen Bewegungen, Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie 5 (1926), 13–34, 15.

<sup>89</sup> „[...] alles das, was den Politiker auszeichnet: das Sich-Anpassen an die gegebenen Verhältnisse (sich auf den ‚Boden der Tatsachen‘ stellen), die Fähigkeit Kompromisse zu schließen“ Meusel, Der Radikalismus, 45.

<sup>90</sup> Meusel, Der Radikalismus, 63.

ablehnte und der für seine wissenschaftlichen Interessen anstelle der konservativen Nationalhistorie auf das Fach Soziologie verwiesen wurde.

Das junge Fach der Soziologie bot in der Weimarer Republik auch einem linken Außenseiter erstaunliche Aufstiegschancen. Meusel war fleißig, profilierte sich mit Aufsätzen, Handbuchartikeln und seiner Habilitationsschrift als Spezialist für die wissenschaftlich-politischen Theorien der sozialistischen Bewegung.<sup>91</sup> Nachdem er 1926 außerordentlicher Professor an der RHTW Aachen geworden war, konnte er sich dort im Mai 1930 als Ordinarius für Volkswirtschaftslehre und Soziologie etablieren; schon 1931/32 übernahm er das Dekanat der Fakultät für allgemeine Wissenschaften.

Die Soziologie im Deutschland der Zwischenkriegszeit zeichnete sich durch ihre Nähe zur Geschichte, zur Nationalökonomie und zur entstehenden politischen Wissenschaft aus; dagegen blieb der empirisch-statistische Zweig unterentwickelt. Hier sammelten sich Gelehrte, die in den traditionellen Fächern Geschichte und Nationalökonomie keinen Raum für die neuen Themen der modernen bürgerlichen Gesellschaft und der Demokratie gefunden hatten. Meusel lehrte in Aachen „Geschichte und Theorie der sozialen Bewegungen, [...] Geschichte der sozialökonomischen Lehrmeinungen, [...] Finanzwissenschaft [...], Soziologie und Kritik der modernen Demokratie, [...] Entwicklung von Staat und Gesellschaft in England sowie [...] Geschichte der politischen Parteien in Deutschland“<sup>92</sup> – ein Programm, das innerhalb der wenig innovationsfreudigen Geschichtswissenschaft der Weimarer Jahre nach Meinung der heutigen Zeit als politische und soziale Zeitgeschichte seinen Platz hätte finden sollen.

Anhand eines Vergleichs der Auffassungen von Karl Marx und Friedrich List entwickelte Meusel ein Forschungsprogramm, das Geschichte und sozialwissenschaftliche Theorie miteinander in Einklang bringen sollte. Die „Hingabe an die Detailprobleme einzelwissenschaftlicher Spezialprobleme“, die Max Weber vorgeschlagen hatte, lehnte er ab. Im Anschluss an seine Marx-Interpretation plädiert der Soziologie 1928 für Arbeitsteilung: „[D]ie historische Forschung gibt ‚Daten‘, die Theorie erforscht dann, nach welchen Prinzipien“ und in welchem historischen Kontext die „sozialen Verkehrsbeziehungen verlaufen. Anders ausgedrückt: Die Geschichtswissenschaft steckt jeweils den Raum ab, innerhalb dessen die Frage nach den die Sozialwirtschaft beherrschenden Gesetzen sinnvoller Weise gestellt werden kann.“<sup>93</sup>

Zugleich hatte Meusel noch vor einer Kanonisierung von Marx gewarnt, wie sie in Sowjetrußland betrieben würde. Meusel war für die Jahre 1922 bis 1925 in die SPD

---

<sup>91</sup> Vgl. etwa Alfred Meusel, Das Bürgertum, in: Alfred Vierkandt (Hg.), Handwörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1931; Alfred Meusel, Der klassische Sozialismus. In: Götz Briefs (Hg.), Die Wandlungen der Wirtschaft im kapitalistischen Zeitalter, Berlin 1932, 36–79; Alfred Meusel, Karl Marx, in: Fritz Karl (Hg.), Gründer der Soziologie, Jena 1932, 96–108

<sup>92</sup> Keßler, Exilerfahrung, 56.

<sup>93</sup> Alfred Meusel, List und Marx. Eine vergleichende Betrachtung, Jena 1928, 79f.



eingetreten und hoffte auf die Verwandlung radikaler sozialistischer Parteien in „republikanische und demokratische [...] Reformparteien“.<sup>94</sup>

Doch gegen Ende der 1930er Jahre, der Zeit einer zunehmenden politischen Radikalisierung in Deutschland angesichts der Weltwirtschaftskrise, wandte der Soziologe sich dem Kommunismus zu und entwickelte ein positives Verhältnis zur Sowjetunion. Die Sozialdemokraten würden dagegen „allen wirklich entscheidenden Zusammenstößen mit dem Monopolkapitalismus“ ausweichen.<sup>95</sup> Meusel wurde führendes Mitglied bei der „Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland“ und 1931 Mitbegründer der „Arbeitsgemeinschaft zum Studium der russischen Planwirtschaft“, der u. a. auch Otto Hoetzsch und Emil Lederer, Georg Lukacs und Ernst Niekisch angehörten.<sup>96</sup> Er beschäftigte sich mit den Schriften Lenins und näherte sich der KPD an.

Wie Meusel in dieser Zeit den Faschismus einschätzte, bleibt unklar. Allerdings identifizierten ihn die Nationalsozialisten nach der Machtübertragung im Januar 1933 sofort als ihren Gegner. Meusel wurde zweimal in Schutzhaft genommen, verlor aufgrund des Gesetzes über das Berufsbeamtentum seine Stellung an der Hochschule. Zusammen mit seiner Frau Meta Meusel emigrierte er über Dänemark nach England. Sie erreichten London im Dezember 1934.

### Emigration seit 1934

Zunächst profitierte Meusel von einem Stipendium der britischen *Society for the Protection of Science and Learning*, die „von englischen Wissenschaftlern“ zur Unterstützung von „vertriebenen deutschen Gelehrten“ gegründet worden war.<sup>97</sup> Für den Lebensunterhalt des Emigranten wurden in den folgenden Jahren allerdings die Kommunistische Partei und die ihr nahe stehenden intellektuellen Institutionen immer wichtiger. Schon in Dänemark hatte Meusel den Wunsch geäußert, in die KPD einzutreten, und bei einer kommunistischen Gruppierung antifaschistische Aufklärungsarbeit geleistet. In einer Denkschrift stellte Meusel 1938 die KPD in Deutschland als den einzigen organisierten Gegner des Faschismus dar, während sozialdemokratische und bürgerlich-demokratische Gruppen zu passiv agierten.<sup>98</sup> Den Faschismus sah er in dieser Zeit im Einklang mit der Komintern-Definition als Steigerungsform des Imperialismus, und er befürwortete eine „antifaschistische Einheitsfront“, die die Spaltung der Arbeiterbewegung überwinden sollte. Im Herbst 1937 schloss sich Meusel einer kleinen KPD-Gruppe an, die unter Leitung Jürgen Kuczynskis stand. Dieser wurde auch zum Bürgen beim Parteieintritt.

---

<sup>94</sup> Keßler, Exilerfahrung, 59.

<sup>95</sup> Alfred Meusel, Der klassische Sozialismus, 168.

<sup>96</sup> Keßler, Exilerfahrung, 59f.

<sup>97</sup> Keßler, Exilerfahrung, 62, zur Emigrationszeit vgl. ebd. 62–70.

<sup>98</sup> Vgl. Keßler, Exilerfahrung, 63f.

Zugleich begann Meusel eine umfangreiche Vortragstätigkeit, vor allem auf dem Gebiet der deutschen Geschichte.<sup>99</sup> Als Initiator und Vorsitzender der „Freundeskreise der deutschen Volksfront in London“ schrieb Meusel außenpolitische Leitartikel für deren Organ „Germany Today“, er „hielt Kontakte [...] zu Horkheimers exiliertem Institut für Sozialforschung“, zum „linksliberalen Historiker Veit Valentin“, besonders aber zu KPD-nahen Institutionen wie dem Freien Deutschen Kulturbund und der Freien Deutschen Hochschule (FDH).<sup>100</sup> Nach ihrer Neugründung im Juli 1942 übernahm Meusel zusammen mit dem Philosophen Arthur Liebert deren Leitung, sein Sekretär wurde der spätere Historiker und Schriftsteller Heinz Kamnitzer. Die beiden letztgenannten sollten nach 1945 gemeinsam an der Berliner Universität eine Anstellung finden.

In den letzten Kriegsjahren kreisten die Debatten der Emigranten um den Neuaufbau Deutschlands nach dem bald zu erwartenden staatlichen Zusammenbruch. Eng verknüpft damit war die Frage, inwiefern die nationalsozialistische Ideologie die Bevölkerung in Deutschland hatte überzeugen und wie es überhaupt zum Nationalsozialismus hatte kommen können. Von der Vorstellung einer starken Opposition gegen Hitler in Deutschland hatte Meusel sich mittlerweile gelöst.<sup>101</sup> Stattdessen leitete er aus der tiefen Verstrickung der Deutschen in die nationalsozialistische Diktatur die Notwendigkeit einer „kulturelle[n] Wiedergeburt“ der Deutschen ab, bei der auch die emigrierten Intellektuellen mitwirken sollten.<sup>102</sup> Für das Aufkommen des Nationalsozialismus entwarf er eine historische Erklärung, die in die letzten dreihundert Jahre der deutschen Geschichte ausgriff. Die Nationalsozialisten gehörten demnach in eine lange Tradition „autoritärer Reglementierung“, die an die obrigkeitsstaatlichen Entwicklungen in Preußen wie im Kaiserreich anknüpften. Für das Bürgertum diagnostizierte Meusel mit Thomas Mann die verhängnisvolle Tradition des Rückzugs in eine „machtgeschützte Innerlichkeit“.<sup>103</sup>

Doch auch die traditionelle deutsche Wissenschaft sah Meusel als Bedingung für die Ermöglichung des Nationalsozialismus: Nach der gescheiterten Liberalisierung während der 1848er Revolution hätten sich die deutschen Gelehrten auf ein entpolitisiertes Wissenschaftsideal festgelegt, das zuletzt bei Max Weber und Karl Mannheim auf den Begriff gebracht wurde.<sup>104</sup>

---

<sup>99</sup> Vgl. die Manuskripte im Nachlass Meusels im ABBAW.

<sup>100</sup> Keßler, Exilerfahrung, 66.

<sup>101</sup> Ebd., 68.

<sup>102</sup> Ebd., 69.

<sup>103</sup> Alfred Meusel, in: Germany's Cultural Regeneration. Conference of the British Council for German Democracy London, unveröff. MS, February 1946, 5f., zitiert nach Keßler, Exilerfahrung, 69.

<sup>104</sup> Vgl. das Manuskript „Die Intellektuellen und die deutsche Kultur“, ABBAW, NL Meusel, 77. Voraussetzunglosigkeit führt nicht zu objektiver Erkenntnis; „sondern deshalb, weil sie mit den Tatsachen übereinstimmt, auf die sie sich bezieht. Ob man zu solchen Erkenntnissen gelangt, hängt davon ab, dass man den richtigen Standort wählt. Wir würden tragisch in die Irre gehen, wenn wir die nationalsozialistische Parteilichkeit mit einem Rückzug auf die Linie der ‚Werturteilslosigkeit‘ und der ‚unpolitischen Haltung‘ beantworten würden.“ „Wir deutschen antifaschistischen Intellektuellen müssen wissen, wohin wir gehören, von wo aus und für wen wir sprechen: wir stehen auf der Seite des ‚anderen‘ Deutschland, dessen Traditionen von Thomas Münzer über Kant, Fichte, Hegel, Marx und Engels bis zu Prof. Huber und den Münchener Studenten reicht“ (Bl. 16).

Den Ausweg sah Meusel in der Änderung der Mentalität durch die Erziehung zur parlamentarischen Demokratie. Dieses Ziel stand in Einklang mit dem Nahziel des VII. Weltkongresses der Komintern, der Errichtung einer „*Demokratische[n] Republik*“<sup>105</sup> in Deutschland. Sowohl bei der KPD als auch bei den kommunistischen Remigranten bestand jedoch auch kein Zweifel, dass die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft bald auf die Tagesordnung treten sollte.<sup>106</sup>

Bei Meusels wissenschaftlich-politischen Interventionen ist das stark ausgeprägte Nationalgefühl bemerkenswert, das sich auch nach 1945 immer wieder kristallisierte.<sup>107</sup> Sicher hätte es für den kommunistischen Wissenschaftler in der westlichen Welt nach 1945 kaum gute Arbeitsmöglichkeiten gegeben; Berufungen nach Mexiko oder Chile hatten sich schnell zerschlagen. Für die unbedingte Bereitschaft zur Rückkehr nach Deutschland, die den sonst skeptischen Meusel von den liberalen oder liberal-konservativen Historikern der Emigration unterschied, ist dieser Patriotismus verantwortlich: „[I]ch will wieder nach Deutschland zurück, weil ich Deutscher bin, [...] weil ich in D. geboren und aufgewachsen bin, weil Deutsch meine Muttersprache ist, weil Deutschland meine natürliche Wirkungsstätte war, ist und bleiben wird, immer, solange ich lebe.“<sup>108</sup>

Im Nachhinein lassen also zahlreiche Gründe Meusels Ankunft in Berlin 1946 sowie seine prompte Einbürgerung als Soziologe und dann als Erneuerer der Historie an der Berliner Universität sinnvoll erscheinen: die politische Tendenz zum Kommunismus, Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus, gleichwohl patriotische Gesinnung, Ehrgeiz für eine wissenschaftliche Karriere, Vernetzung mit wichtigen Männern der Nachkriegsuniversität während der Emigrationszeit, ein Konzept zur Erneuerung der Geschichtswissenschaft, der reflektierte Wille zur politischen Wirksamkeit als ‚gemäßigter Abtrünniger‘ der – wie es bald heißen sollte – spätbürgerlichen Gesellschaft. Dass KPD und SMAD im Osten Deutschlands keine tatsächlich demokratische Gesellschaft aufbauen würden, scheint Meusel kaum je klar geworden zu sein.

---

<sup>105</sup> Keßler, *Exilerfahrung*, 21.

<sup>106</sup> Keßler, *Exilerfahrung*, 46.

<sup>107</sup> Vgl. etwa die Zeilen, mit denen sich Meusel auf einer gedruckten Karte 1956 für Geburtstagsglückwünsche bedankte: „In den zehn Jahren, die seit meiner Heimkehr aus dem Exil vergingen, richteten sich meine Bemühungen vor allem auf vier Ziele: auf die Reform unseres Bildungswesens, die Neubegründung unseres Geschichtsbildes, die Verteidigung der Gemeinschaft der deutschen Kultur und die Wiedervereinigung unseres geliebten Landes in Frieden, Einheit und Freiheit. An diesen Zielen und an der Arbeit für sie werde ich unentwegt festhalten. Unsere deutsche Heimat gab uns so viel, daß wir ihr alles schuldig sind.“ HUUA, M 184 (Personalakte Meusel), Bd. 2, 105.

<sup>108</sup> Alfred Meusel, *Warum ich wieder nach Deutschland zurückkehre*, unveröff. MS, Januar 1946, zit. n. Keßler, *Exilerfahrung*, 69.

## ***A.II Geschichtspolitik und Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945–1951***

Für den Neuaufbau der Geschichtswissenschaft im Osten Berlins, dem Alfred Meusel sich bald verschreiben sollte, hatte die KPD/SED eigene Vorstellungen. Die Partei konnte diese mit der sukzessiven Übernahme der Macht durch öffentliche und gesteuerte geschichtspolitische Interventionen und durch hochschulpolitische Entwicklung geltend machen.

### Geschichtspolitik nach 1945

Die KPD hat sich in den Jahren zwischen 1933 und 1945 intensiv mit Fragen der Geschichte beschäftigt und konnte dabei an marxistische Diskussionen in der Arbeiterbewegung seit dem 19. Jahrhundert anschließen.<sup>109</sup> Neu war die Integration der Lenin'schen Imperialismustheorie. Sie bewertete den Imperialismus, der sich seit Ende des 19. Jahrhunderts herausgebildet hatte, als das letzte, monopolistische Stadium des Kapitalismus. Dementsprechend definierte der VII. Kongress der Komintern den Faschismus in Europa, besonders aber in Deutschland, als höchste Steigerungsform des Kapitalismus.

Die Frage nach der Schuld des deutschen Volkes und dem spezifischen Anteil der deutschen Geschichte an der Entstehung des Faschismus in Deutschland war das zentrale Thema der Geschichtsdebatte der KPD nach 1933. Auch wenn sich die Kommunisten allmählich zu der Erkenntnis durchdrangen, dass weite Teile der deutschen Bevölkerung – einschließlich der Arbeiter – der faschistischen Ideologie gefolgt waren, wurde eine gänzlich negative Sicht auf die Deutschen und ihre Geschichte nicht mehrheitsfähig.<sup>110</sup> Stattdessen entwarfen die Kommunisten ein geschichtspolitisches Programm, das neben den negativen Seiten auch die positiven Traditionen der deutschen Geschichte, v. a. die Anläufe zu Bauernkrieg und 1848er Revolution sowie die Entstehung einer deutschen Arbeiterbewegung, in den Vordergrund stellte. Das Nationalkomitee Freies Deutschland entwickelte noch in der Sowjetunion „Richtlinien für den Geschichtsunterricht“ nach der Machtübernahme durch die Kommunisten.<sup>111</sup> Der politisch-didaktische Aspekt dominierte; die Propagierung eines kommunistischen Geschichtsbildes sollte eine wichtige Rolle bei der Umerziehung der Deutschen spielen, die sich in der Mehrheit der faschistischen Ideologie angeschlossen hatten. Für Geschichtsforschung, zumal an den Universitäten, gab es zunächst keine Pläne. Die ersten Konferenzen in der SBZ, an der neben kommunistischen Politikern und Vertretern

---

<sup>109</sup> Vgl. die Überblicke in Kowalczyk, Legitimation sowie Ilko-Sascha Kowalczyk, Historiographie in der Diktatur. Zum Wandel der Geschichtswissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität Jena in: Uwe Hossfeld u. a. (Hg.), Hochschule im Sozialismus. Studien zur Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena (1945–1990), 2 Bände, Köln 2007, 1642–1685.

<sup>110</sup> Keßler, Exilerfahrung, 25.

<sup>111</sup> Vgl. Werner Berthold, Marxistisches Geschichtsbild – Volksfront und antifaschistisch-demokratische Revolution. Zur Vorgeschichte der Geschichtswissenschaft der DDR und zur Konzeption der Geschichte des deutschen Volkes, Berlin 1970, 209–212.

der SMAD auch bürgerliche Historiker wie Fritz Hartung und Friedrich Baethgen teilnahmen, galten der Gestaltung des Geschichtsunterrichts an den Schulen.<sup>112</sup>

In der Nachkriegszeit beteiligten sich kommunistische Autoren an der regen historisch-politischen Publizistik zu den Ursachen der „Deutschen Katastrophe“.<sup>113</sup> Walter Ulbricht,<sup>114</sup> Albert Norden, Alexander Abusch<sup>115</sup> und Anton Ackermann zogen „Lehren aus der deutschen Geschichte“, die deutlich auf eine kommunistische Zukunftsperspektive zielten.<sup>116</sup> Sie verbanden in ihren historischen Erklärungen allgemeine und deutsche Geschichte: Die gescheiterte Demokratisierung in Deutschland, die obrigkeitstaatliche Tradition und die Spaltung der Arbeiterklasse nach 1917 galten als nationalgeschichtliche Ursachen des Faschismus. Daneben wurde ein deutlicher Akzent auf die allgemeine Krise des Kapitalismus gesetzt. Das Fernziel einer kommunistischen Gesellschaftsordnung wurde gemäß der Einheitsfronttaktik der Komintern von durchaus mehrheitsfähigen Zukunftskonzepten überlagert, die eine durchgreifende Demokratisierung mit sozialistischen und humanistischen Elementen sowie ganz zentral die Wiedergewinnung der nationalen Selbstbestimmung in den Vordergrund rückten.<sup>117</sup> Für die Geschichtswissenschaft im Besonderen forderte etwa Anton Ackermann die Berücksichtigung des Historischen Materialismus, wenn er auch zunächst noch nicht als einzige Perspektive der Geschichtsforschung gelten sollte. Der Etablierung einer verbindlichen marxistisch-leninistischen Ideologie an den Universitäten und in der Wissenschaft seit 1948 ging eine offenere Phase voraus, in der auch kommunistische Politiker wenigstens taktisch ihre Überzeugungen als gleichgewichtiges Diskussionsangebot präsentierten.<sup>118</sup> Erst ab 1949 entwickelten sie einen eigenen Parteiapparat für Geschichtsfragen, innerhalb dessen der Historische Materialismus die Monopolstellung bekam, die ihm sicherlich von Seiten der kommunistischen Geschichtspolitiker längst zgedacht war. Hier wurden auch zukünftige HU-Historiker wie Erich Paterna oder Ernst Hoffmann ausgebildet.<sup>119</sup>

---

<sup>112</sup> Berthold, *Marxistisches Geschichtsbild*, 212–222. Vgl. die Richtlinien für den Unterricht in deutscher Geschichte. Ausgearbeitet von einer Gruppe demokratischer Lehrer im Auftrage der Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone, 3 Teile, Berlin/Leipzig 1946. Dazu Saskia Handro, *Geschichtsunterricht und historisch-politische Sozialisation in der SBZ und DDR. (1945–1961) Eine Studie zur Region Sachsen-Anhalt*, Weinheim 2002, 41f.

<sup>113</sup> Vgl. Kowalczyk, *Legitimation*, 48–82; Keßler, *Exilerfahrung* 30–35.

<sup>114</sup> Walter Ulbricht, *Die Legende vom „deutschen Sozialismus“*. Ein Lehrbuch für das schaffende Volk über das Wesen des deutschen Faschismus, Berlin 1946.

<sup>115</sup> Alexander Abusch, *Der Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte*, Berlin, 1.–20. Tsd. 1946.

<sup>116</sup> Albert Norden, *Lehren deutscher Geschichte. Zur politischen Rolle des Finanzkapitals und der Junker*, Berlin 1947.

<sup>117</sup> Jeffrey Herf, *Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland*, Berlin 1998; Jürgen Danyel, *Antifaschismus als Geschichtswissenschaft. Programmatischer Anspruch, Wissenschaftsmentalität und selbstverschuldete Unmündigkeit der ostdeutschen Zeitgeschichtsschreibung zum Nationalsozialismus*, in: Claudia Keller (Hg.), *Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag. Antifaschismus, Geschichte und Neubewertung*, Berlin 1996, 203–219.

<sup>118</sup> So Kowalczyk, *Legitimation*, 50.

<sup>119</sup> Vgl. dazu den Abschnitt B. Paterna leitete zwischen 1946 und 1953 den Lehrstuhl für Geschichte an der Parteihochschule der SED.

Während die Geschichtswissenschaft im Westen Deutschlands einen „politisch-moralisch gezähmten Historismus“ (Schulin) allenfalls durch Perspektiven der Geschichte des Parlamentarismus und der Zeitgeschichte ergänzen wollte, diskutierten in der SBZ vor allem kommunistische Remigranten die Vorzüge des Historischen Materialismus. Die Offenheit der Debatte kontrastiert mit der baldigen Festlegung der kommunistischen Politiker auf eine alleingültige marxistische Perspektive; wenigstens Walter Markov sprach sich öffentlich gegen eine Alleinstellung des Historischen Materialismus aus. Jürgen Kuczynski und Alfred Meusel machten dagegen recht bald deutlich, dass an diesem Ziel für sie kein Weg vorbei führte, auch wenn sie dafür auf Überzeugung und Diskussion statt auf autoritäre Verordnung setzten. In der SBZ gab es eine längere Phase der Zusammenarbeit mit bürgerlichen Historikern, die etwa von Fritz Hartung zunächst recht hoffnungsvoll bewertet wurde.<sup>120</sup> Neben den Konferenzen zum Geschichtsunterricht fand zwischen dem 21. und 23. März 1946 jene berühmte erste Nachkriegskonferenz statt, auf der nach Anton Ackermann wiederum Fritz Hartung zwei Grundsatzreferate zur Entwicklung der Geschichtswissenschaft halten konnte. Wie er billigten auch Fritz Rörig oder Ernst Hohl neuen sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Perspektiven einen wichtigen Stellenwert zu.<sup>121</sup> Paul Wandel, der Chef der neu gebildeten Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung, korrigierte eigenhändig die in Moskau entwickelten radikal-marxistischen Geschichtsvorstellungen, um den bürgerlichen Wissenschaftlern ein diskussionsfähiges Angebot präsentieren zu können.<sup>122</sup>

### Fritz Hartungs Geschichtspolitik

Auch außerhalb der Universität schien Hartung zunächst eine zentrale Rolle bei der Neuordnung der deutschen Geschichtswissenschaft, zumindest in der SBZ, zuzufallen. In außergewöhnlich prominenter Position wurde Hartung 1946 an einer weiteren Historikerkonferenz bei der DVV beteiligt. Als Antwort auf die Eröffnungsrede des kommunistischen Hochschulpolitikers Hadermann gestand Hartung zunächst zu, dass die Konzentration auf politische Geschichte und Rankes ‚Primat der Außenpolitik‘ eine Verengung des historischen Horizonts der Geschichtswissenschaft bedeutet hätten. Er verlangte stärkere „Berücksichtigung der Wirtschafts-, Gesellschafts- und Verfassungsgeschichte“.<sup>123</sup> Damit verwies Hartung die Reformbemühungen auf eben jene Felder, auf denen er im Anschluss an seinen Lehrer Otto Hintze schon lange tätig gewesen war. Weiterhin solle die deutsche Nationalgeschichte stärker in die Weltgeschichte eingebunden werden.

---

<sup>120</sup> Vgl. Staatsbibliothek zu Berlin–Preußischer Kulturbesitz, NL Fritz Hartung (1883–1967), passim.

<sup>121</sup> Vgl. Anke Huschner, Deutsche Historiker 1946. Aus dem Protokoll der ersten Historiker-Tagung in der deutschen Nachkriegsgeschichte vom 21. bis 23. Mai 1946, ZfG 41 (1993) 1993, 884–918.

<sup>122</sup> Berthold, Marxistisches Geschichtsbild, 210.

<sup>123</sup> Ebd., 224.

Im Verlauf der Konferenz übernahmen Hartung und Baethgen auch die Aufgabe, Lehrpläne für die Universitäten auszuarbeiten.<sup>124</sup> Auf einer weiteren Konferenz räumte Hartung dabei ein, dass die Historiker sich auch mit dem historischen Materialismus auseinandersetzen müssten. Auf der Grundlage dieser Pläne kam es bei der großen Konferenz vom 21. bis 23. März 1946 zu jenem Schlagabtausch zwischen Ackermann und Hartung.<sup>125</sup>

Hartung hielt auf dieser ersten größeren Tagung deutscher Historiker nach Kriegsende in Berlin das fachkundige Schlüsselreferat. Hier zeichnete sich jedoch schon eine entscheidende Konfliktlinie mit den neuen Machthabern ab. Denn das erste Referat über „Die gegenwärtige Lage Deutschlands und ihre Bedeutung für die Geschichtswissenschaft“ hatte der kommunistische Politiker Anton Ackermann gehalten.<sup>126</sup> Dessen Thesen widersprach Hartung freundlich, aber für die Anwesenden unüberhörbar.<sup>127</sup> Er nahm den zentralen Begriff der „Geschichtsklitterung“ auf, mit dem Ackermann die Geschichtswissenschaft der Weimarer Zeit bedacht hatte, und grenzte ihn auf die nationalsozialistische Ideologie ein. Zugleich wies er darauf hin, dass er selbst auf der Grundlage seines wissenschaftlichen Ethos’ sich schon 1935 als NS-Gegner profiliert habe.<sup>128</sup> Ackermanns Vorwurf lautete dagegen, die deutsche Geschichtswissenschaft trage „Mitschuld an der gegenwärtigen katastrophalen Lage unseres Volkes“, da sie durch „Vergötterung der Herrscher, die Anbetung ihrer absolutistischen Regierung, die Predigt der Untertanengesinnung und gleichzeitig einer blinden nationalistischen Überheblichkeit und grenzenlose Verherrlichung des Militarismus und des Krieges“, also durch „Geschichtsklitterung [...] direkt dem Nazismus den Weg zur Macht und zur geistigen Versklavung der Mehrheit unseres Volkes“ bereitet habe.<sup>129</sup>

Anders als Ackermann erkannte Hartung keine zentrale Verantwortung der Geschichtswissenschaft für die Heraufkunft des Nationalsozialismus. Der Historiker versuchte eine differenziertere Bilanz der historiografischen Entwicklung zu ziehen. Am Beispiel der Entwicklung des Preußenbildes von Droysen zu Hartungs Lehrer und Vorgänger Hintze demonstrierte er die Haltlosigkeit der Vorwürfe und nannte die verzerrten Urteile (in der Presse) über die deutsche Geschichtswissenschaft gar „törichte Behauptungen“.

Zwar habe es seit Ranke eine Abkehr von dessen universalgeschichtlicher Orientierung gegeben. Vom Nationalsozialismus aber habe sich „die wirkliche Wissenschaft [...] immer freigehalten.“ Ein partielles Versagen attestierte der Ordinarius seiner Zunft bei der politischen Erziehung der Nation nach der Niederlage von 1918. Auch hier beharrte Hartung

---

<sup>124</sup> Ebd., 225.

<sup>125</sup> Vgl. Berthold, *Marxistisches Geschichtsbild*, 228–243; mit einem Tagungsprogramm. Das Protokoll der Tagung mit der ausführlichen Wiedergabe der Rede Hartungs hat Anke Huschner veröffentlicht: Huschner, *Deutsche Historiker*.

<sup>126</sup> Huschner, *Deutsche Historiker*. Ackermann artikuliert in seiner Rede auch den Abstand zur und das Misstrauen der kommunistischen Hochschulpolitiker gegenüber der deutschen Universität.

<sup>127</sup> Negatives Fazit der Tagung von Marquardt. Vgl. aber Mario Keßler, *Exilerfahrung*, 32, der Hartungs Rede als Zustimmung zu Ackermanns Thesen wertet.

<sup>128</sup> Huschner, *Deutsche Historiker*, 898: „Als ich gegen die nat[ional]soz[ialistische] Geschichtsklitterung auftrat, wie sie C[arl] Schmitt [...] versucht hatte [...]“

<sup>129</sup> Ebd., 896.

dennoch darauf, dass seine Zunft die Ursachen des Weltkrieges „ernsthaft bemüht“ erforscht habe. Ihr Fehler war es jedoch, nicht „energisch genug Stellung genommen“ zu haben gegen die „aus politischen und militärischen Kreisen stammende Behauptung, daß wir den Krieg lediglich wegen der Schwäche unserer durch humanitäre Rücksichten allzu sehr gehemmten politischen Leitung verloren hätten“. Im Nationalsozialismus sah er daher eine parallele Erscheinung zum Imperialismus nach 1890, die beide durch „Überspannung des Nationalgefühls“ gekennzeichnet und nicht Ausdruck eines „hemmungslosen Eroberungstriebes“ sondern eines „Minderwertigkeitskomplex[es]“ gewesen seien. Für die Neuorientierung der Geschichtswissenschaft empfahl Hartung die universalhistorische Einbettung der Nationalgeschichte, die Untersuchung der „ökonomischen, geistigen, kulturellen Seiten“ und bezeichnete hierfür den Historischen Materialismus als unzureichend. Er schlug vor, Vorlesungen über die Geschichte der Geschichtsschreibung regelmäßig zu halten und forderte ansonsten die „Lehrfreiheit der Professoren“ und die Möglichkeit der „freien Aussprache und Kritik auf wissenschaftlicher Grundlage“. Schon zu Beginn seines Vortrages hatte sich Hartung – indem er eine eigene Einlassung gegen Carl Schmitt aus dem Jahr 1935 zitierte – auf Rankes Objektivitätsideal berufen. Er verteidigte auch dessen angebliches „Primat der Außenpolitik“ und verpflichtete die Geschichtswissenschaft am Ende auf die „methodisch strenge Forschung“, die sich „des Rankewortes bewußt ist, daß die Wissenschaft, um auf das Leben zu wirken, vor allen Dingen Wissenschaft sein muß“.<sup>130</sup> Durch den Verweis auf die Notwendigkeit, die Eigenlogik der Wissenschaft zu wahren, sowie die Zurückweisung einer disziplinären Verantwortung für den NS wollte Hartung den politischen Steuerungsabsichten Ackermanns die Legitimationsgrundlage entziehen. Der hatte die „Überprüfung aller bisherigen Geschichtswissenschaft“ gefordert und wollte die Historiker ermuntern, „die Aufmerksamkeit neuen Seiten der Geschichtswissenschaft zuzuwenden.“<sup>131</sup> Trotz dieser Totalrevision blieben Ackermanns drei (oder vier) Vorschläge zunächst recht bescheiden: 1. Sozialgeschichte, Wirtschaftsgeschichte, Erforschung der Lebensweise des Volkes; 2. „Erforschung und Darstellung der fortschrittlichen und freiheitlichen Kräfte“ und 3. der „Wechselbeziehungen“ mit anderen Völkern. Zu Ackermanns Geschichtsbild gehörte auch das Erbe dessen „was wirklich erhaben, groß und schön“ war. Erst zum Schluss verpflichtete Ackermann die Historiker zur Auseinandersetzung mit dem historischen Materialismus, mit Marx und Engels.<sup>132</sup> Mit seiner Antwort hatte Hartung deutlich gemacht, dass nach seiner Meinung diese Verbesserungen auf der Grundlage der alten Geschichtswissenschaft zu erreichen und – etwa bei ihm selbst oder Otto Hintze – schon angelegt waren. Seine Ausführungen liefen auf jenen „politisch-moralisch gezähmten“ Historismus hinaus, wobei Hartung – wie übrigens auch

---

<sup>130</sup> Ebd., 898–901.

<sup>131</sup> Ebd., 896.

<sup>132</sup> Ebd., 896–898.



Fritz Rörig in seinem eigenen Referat auf der Tagung<sup>133</sup> – deutliches Interesse an einer sozialhistorischen Perspektiverweiterung artikulierte.

In seiner ersten Entgegnung bestritt er wiederum, dass es eine „einheitliche Geschichtswissenschaft gegeben habe, die man als Ganzes für alle Fehler der Vergangenheit verantwortlich machen könne“<sup>134</sup>. Mit Bezug auf die Professoreneingabe von 1915 bezweifelte er, dass etwa Meinecke, Delbrück u. a. unterschrieben hätten. Vielmehr seien hier andere Disziplinen zur Rechenschaft zu ziehen. Er sprach sich für eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem historischen Materialismus aus, ohne in ihm „die endgültige und einzige Formel für das geschichtliche Leben“ erkennen zu können. Die „politische Geschichte wird doch gleichsam das feste Rückgrat für eine allgemeine Betrachtung bleiben müssen.“<sup>135</sup>

Hartung hielt auch das letzte große Referat der Tagung: „Die demokratischen Anläufe in der deutschen Geschichte und ihr Scheitern“. Der Historiker gab hier eine komplexe historische Deutung der Entstehung des Nationalsozialismus, den er als das Ergebnis des Zusammentreffens unterschiedlicher Entwicklungen interpretierte. Damit wandte Hartung sich implizit gegen gängige Deutungen eines ein-linearen Weges der deutschen Geschichte, etwa von Preußen zu Hitler.<sup>136</sup> Er verteidigte die preußischen Reformen und sah in den preußischen Wahlen nach dem Verfassungsoktroy 1848/1850 „überwältigende Siege des Liberalismus“. Die entscheidende Wende sei dann der „überschnelle Aufstieg“ der Industrie nach 1871 und die Entstehung der Arbeiterbewegung gewesen, deren Druck das Bürgertum vom Liberalismus abbrachte. Der Parlamentarismus habe keine Stütze gehabt und sei dann unter extrem ungünstigen Umständen 1917/18 als „Rettungsanker“ ausgeworfen worden. Trotz der Novemberrevolution sei die „gesellschaftliche Struktur des deutschen Volkes“ bestehen geblieben; erst durch die Inflation „erfolgte die Vernichtung des alten deutschen Mittelstandes“. Daher „fand die Weimarer Verfassung keinen demos vor, auf den sie die geplante Demokratie hätte aufbauen können“. Statt eines Staatsvolkes habe es nur „Interessehaufen“ gegeben, „die sich bekämpften“. „Nutznießer war der Nationalsozialismus, in dem sich die durch den Krieg und die Inflation Entwurzelten mit den Elementen der Reaktion und des Monopolkapitalismus zu einem seltsamen Bündnis zusammengefunden hatten.“<sup>137</sup>

Die kommunistischen Geschichtspolitiker spürten den Widerstand, der ihnen auf der Tagung, die übrigens im Senatsaal der Berliner Universität stattgefunden hatte, entgegengebracht

---

<sup>133</sup> „Die Stellung der Wirtschafts-, Sozial- und Verfassungsgeschichte im Rahmen der mittelalterlichen Geschichte“, ebd. 905–909. Der wandlungsfähige Rörig zitierte neben sich selbst u. a. Stalin, Marx und Gerhard Ritter. Weitere Redner waren u. a. Paul Wandel, Jürgen Kuczynski, Ernst Hohl (später an der HU). Anwesend von den Historikern der Berliner Universität: Karl Griewank, Eugen Meyer, Heinrich Mitteis, Friedrich Baethgen, Robert Holtzmann.

<sup>134</sup> Huschner, Deutsche Historiker, 904.

<sup>135</sup> Ebd., 905.

<sup>136</sup> Damals prominent, allerdings auch bei Kommunisten wie Ackermann nicht unangefochten: Abusch, Der Irrweg einer Nation.

<sup>137</sup> Huschner, Deutsche Historiker.

wurde: „Das Ergebnis dieser Konferenz ist für die Schulverwaltung als wesentlich negativ zu bewerten.“<sup>138</sup>

### Pläne an der Berliner Universität

Angesichts der auf kritischen Austausch bedachten Politik der kommunistischen Geschichts- und Hochschulpolitiker gingen die Berliner Ordinarien an ihrer Universität nach dem Prinzip der traditionellen universitären Selbstergänzung daran, selbst geeignete Kandidaten für den Neuaufbau des traditionsreichen Historischen Seminars zu suchen. Als bald waren der Wirtschaftshistoriker Wilhelm Treue, die Osteuropa-Experten Werner Philipp und Otto Hoetzsch, Rudolf Stadelmann, Hans Rothfels, Gerhard Oestreich, Eberhard Kessel, Peter Rassow, der Althistoriker Matthias Gelzer, und aus benachbarten Fächern etwa Otto Regenbogen, der Pädagoge Theodor Frings sowie Bruno Snell im Gespräch.<sup>139</sup> Sie hätten zusammen mit den verbliebenen Hartung und Rörig, Friedrich Baethgen, dem Neuzeitlehrer Karl Griewank und dem Hilfswissenschaftler Eugen Meyer unter den Augen des wieder lehrenden Friedrich Meinecke wohl eine Fortsetzung des leistungsfähigen, selbstbewussten, vielleicht etwas weniger innovationsfreudigen Berliner Historismus ins Werk setzen können. Doch dazu sollte es nicht kommen.

### Hochschulpolitik in der SBZ

Der Neubeginn an den Universitäten in Ostdeutschland wurde von unterschiedlichen Akteuren gestaltet, deren Ziele und Machtmittel sich unterschieden. Die Universitäten waren bald politischen Interventionen durch die SMAD und die kommunistische Hochschulbehörde bei der DVV ausgesetzt. Nur für kurze Zeit bestimmte auch der Berliner Magistrat mit dem kommunistischen Politiker Otto Winzer über Fragen der Berliner Universität.

Zugleich bildete jedoch die Universität selbst ein in sich differenziertes „Handlungsfeld“, aus dem heraus hochschulpolitische Impulse erfolgen konnten.<sup>140</sup> Grundsätzliche Übereinstimmung herrschte unter den Hochschulpolitikern und Hochschullehrern hinsichtlich ihres antifaschistischen Grundkonsenses und der Notwendigkeit eines Bruchs mit der Hochschulpolitik des Nationalsozialismus. Die Gestaltung dieses Neuaufbaus war allerdings ebenso umstritten wie die Analyse der Gründe des Aufstiegs des Nationalsozialismus und die politische Belastung der deutschen Universität.

Das Handlungsfeld der Universität war konfiguriert durch die erstarkte Position der Ordinarien. Da die erheblich stärker an die NS-Politik angepassten Dozenten und Extraordinarien in der ersten Welle der Entnazifizierung durch Beschlüsse des Alliierten

---

<sup>138</sup> Ebd., 888.

<sup>139</sup> Vgl. den Beginn des Abschnitt A.3.

<sup>140</sup> Jessen, Zwischen diktatorischer Kontrolle, 231. Vgl. zum folgenden insbesondere Ilko-Sascha Kowalczyk, Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin, 1. Aufl. 2003, 99–210; Andreas Malycha, Einführung, in: ders. (Hg.), Geplante Wissenschaft. Eine Quellenedition zur DDR-Wissenschaftsgeschichte 1945–1961, Leipzig 2003, 7–86.

Kontrollrats und einen Befehl des SMAD 1946 aus dem öffentlichen Dienst entlassen worden waren, war die „Nachkriegsuniversität [...] in einem Ausmaß ‚Ordinarienuniversität‘ wie schon lange nicht mehr“.<sup>141</sup> Die Ordinarien bildeten eine Gruppe mit einem hohen Grad an Homogenität hinsichtlich ihres bildungsbürgerlichen Hintergrundes und ihres gesellschaftlichen Geltungsanspruches als „*Wertelite*“.<sup>142</sup> An der Universität besetzten sie eine institutionalisierte Schlüsselstellung beim Zugang zu Wissen und akademischer Qualifikation. Für den Neubeginn der Universitäten verfolgten diese Ordinarien in Ost- und Westdeutschland ein klares Ziel: die Rückkehr zur korporativen Universitätsverfassung der Zeit vor 1933. Damit verband sich das Vertrauen in die aufklärerische Funktion der traditionellen akademischen Bildung, die sie durch die Herrschaft des Nationalsozialismus nicht in Frage gestellt sahen. Im Gegenteil: Bildungswissen und akademische Freiheit sollten auch jetzt den notwendigen Schutz vor politischer Radikalisierung bieten. Damit verband sich die Auffassung, dass diese traditionellen Ideale des deutschen Mandarintums auch dem NS widerstanden hätten und durch ihn nicht desavouiert seien. Sie kam deutlich zum Ausdruck in Karl Jaspers’ Denkschrift zur „Idee der Universität“ aus dem Jahr 1946, die etwa vom Rektor der Berliner Universität, Johannes Stroux, auf einer Rektorenkonferenz der ostdeutschen Universitäten als Orientierungshilfe verteilt wurde.

Die Machtposition der Universitätsprofessoren beruhte zu einem guten Teil auf ihrem für die Gesellschaft unverzichtbaren Fachwissen. Bei dessen Vermittlung kam ihnen als Hochschullehrern eine Schlüsselstellung zu. Mehr noch gilt dies für ihre Rolle bei der Vergabe der akademischen Bildungspatente. Angesichts der hochschulpolitischen Neuorientierung erlangten auch die Gremien und Ämter der korporativen Selbstverwaltung, d. h. vor allem der akademische Senat, die Fakultätsräte, der Rektor und die Dekane, eine vorher nicht gekannte Gestaltungsmacht bei der Formulierung und Umsetzung von Beschlüssen. Nicht zu unterschätzen war ebenfalls die von ihnen ausgeübte Macht des öffentlichen Worts als Gelehrtenpolitiker, der in der öffentlichen Kultur der Nachkriegszeit wegen des gesellschaftlichen Bedarfs an Orientierung eine besondere Bedeutung zukam.

Die Hochschulpolitiker der KPD/SED standen der Universität durch ihr eigenes Herkommen befremdet und misstrauisch gegenüber. Als Angehörige der kommunistischen Arbeiterbewegung galt ihnen die Universität traditionell als bürgerliche Institution des Klassengegners, die eine tragende Säule der kapitalistischen Gesellschaft gewesen war. Das objektivistische Bildungsideal galt ihnen als verschleierte Ideologie der herrschenden Klasse, die der Herrschaftssicherung diene. Zudem sahen sie, wie in der bürgerlichen Gesellschaft insgesamt, so auch in der deutschen Universität eine wesentliche Bedingung für den Aufstieg des Faschismus.

„Das nur längerfristig zu realisierende Konzept war auf die Schaffung eines akademischen Wissenschaftsbetriebs fixiert, das von politisch loyalen bzw. parteigebundenen Professoren

---

<sup>141</sup> Jessen, Zwischen diktatorischer Kontrolle, 33.

<sup>142</sup> Jessen, Zwischen diktatorischer Kontrolle, 25 (Hervorh. i. O.).

beherrscht wird und den Bedürfnissen eines zentral gelenkten Bildungs- und Wissenschaftssystems entspricht.“<sup>143</sup> Für eine Übergangszeit konnte man aber nicht auf bürgerliche Wissenschaftler verzichten. In der Tat waren auch die kommunistischen Hochschulpolitiker auf das Fachwissen der Ordinarien angewiesen. Auf Grundlage des antifaschistischen Grundkonsenses sprach Anton Ackermann daher von der Zielvorstellung einer „demokratische[n] Hochschule“. <sup>144</sup> Die Kernfrage der kommunistischen Hochschulpolitik richtete sich angesichts des Zielkonflikts zwischen leistungsfähiger Wissenschaft und politischer Zuverlässigkeit daher bald auf die Ausbildung eines regimetreuen Nachwuchses.<sup>145</sup>

Zu den wissenschaftspolitischen Steuerungsinstrumenten in der SBZ/DDR gehörten in der Anfangszeit verschiedene Instanzen. Seit April 1946 waren in der Berliner Zentrale der SED „Anton Ackermann und Otto Meier für die Bereiche Wissenschaft und Hochschule verantwortlich“, Ernst Hadermann für den Geschichtsunterricht und die Zusammenarbeit mit den Universitätshistorikern.<sup>146</sup> Zwischen 1949 und April 1955 leitete Fred Oelßner das Ressort „Wissenschaft und Propaganda“, die dem Politbüro bzw. dem Sekretariat des ZK der SED zugeordnet war. Der Apparat wurde bis in die fünfziger Jahre hinein mehrfach umstrukturiert. Seit Ende 1952 leiteten Kurt Hager und sein Stellvertreter Johannes Hörnig (seit 1953) die Abteilung „Wissenschaft und Hochschulen“, die ab 1955 wiederum „noch weiter aufgegliedert und personell erweitert“ wurde. <sup>147</sup> Die Übernahme der Hauptverantwortlichkeit für Hochschulfragen durch Kurt Hager markiert den Beginn eines neuen Abschnitts in der SED-Wissenschaftspolitik, die parallel zur später sogenannten II. Hochschulreform auf die endgültige Durchsetzung der marxistisch-leninistischen Weltanschauung zielte.

Zuvor hatte jedoch auch der staatliche Verwaltungsapparat erheblichen Einfluss auf die Hochschulpolitik. Damit setzte sich zunächst einfach der traditionelle Doppelcharakter der deutschen Universität als korporative Institution und als staatliche Anstalt fort. Seit 1946 war die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung (DVV) „das höchste Organ der Deutschen Verwaltung auf dem Gebiete der Volksbildung“. <sup>148</sup> Ihr Präsident war bis zur Auflösung der Behörde 1949 der ehemalige Lehrer an der Moskauer Kominternschule, Paul Wandel. Zu seinen wichtigsten Mitarbeitern für Hochschulfragen gehörten der parteilose Arzt Theodor Brugsch, Leiter des Hauptamtes für Wissenschaft und Forschung, sowie der Physiker Robert Rompe als dessen Stellvertreter und Nachfolger. Dem Hauptamt untergliedert war u. a. ein Referat für philosophische, theologische und juristische Fakultäten, das von Traugott Böhme

---

<sup>143</sup> Malycha, Einführung, 43.

<sup>144</sup> Kowalczyk, Geist, 141.

<sup>145</sup> Schon am 23. Oktober 1945 hatte der kommunistische Hochschulpolitiker Josef Naas die drei Aufgaben der Hochschulpolitik benannt: Wandel der Ausbildungsinhalte, Änderung der sozialen Zusammensetzung der Studierenden, Veränderung des Lehrkörpers (Kowalczyk, Geist, 109)

<sup>146</sup> Malycha, Einführung, 25f. sowie Berthold, Marxistisches Geschichtsbild, 208.

<sup>147</sup> Malycha, Einführung, 27.

<sup>148</sup> Barch, DR 2/1033, Statut der DVV, 1946; zit. nach Malycha, Einführung, 29.

geleitet wurde. Die DVV war auf Weisung der SMAD „für die Ausarbeitung von Lehrplänen und Bestätigung des wissenschaftlichen Personals an den Universitäten“ verantwortlich.<sup>149</sup> Jedoch blieb dieser Lenkungsanspruch de facto von zwei Seiten begrenzt: Die DVV war den hochschulpolitischen Vorgaben der SMAD verpflichtet; und ihre Mitarbeiter waren auf die Kooperationswilligkeit der Universitätsprofessoren bei der Personalbesetzung wie bei den Lehrplänen angewiesen, da jenen die Kompetenz hierfür weitgehend fehlte und die erfolgreiche Umsetzung und jeweils angemessene Interpretation der Anordnungen der DVV von den Rektoren, Dekanen, Institutsleitern und Ordinarien abhing.

Nach der Gründung der DDR 1949 ging die DVV im Ministerium für Volksbildung, wiederum unter Paul Wandel, auf. Die dortige Hauptabteilung Hochschule und Wissenschaft erhielt im Februar 1951 den Rang eines Staatssekretariats unter Leitung des Physikers und Wissenschaftshistorikers Gerhard Harig. Seit 1958 leitete dann das nun so genannte Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen der Literaturwissenschaftler Wilhelm Girnus. Doch bis 1949 war die DVV de facto ein Organ der SMAD, die ebenfalls eigene Hochschulpolitiker in unterschiedlichen Abteilungen beschäftigte. Unter der Leitung des in der Wissenschaftspolitik durchaus erfahrenen Pjotr W. Solotuchin arbeiteten in diesem Bereich u. a. Nikolaj M. Woronow und Pjotr I. Nikitin.<sup>150</sup>

### Ziele und Phasen der Hochschulpolitik

Die Ziele der sowjetischen Hochschulpolitiker waren jedoch ebenso diffus und unklar wie die sowjetische Deutschlandpolitik der Zeit.<sup>151</sup> Doch es lassen sich zusammen mit der Hochschulpolitik der DVV und der KPD/SED für den Zeitraum bis 1950/51 zwei Phasen der Hochschulpolitik in der SBZ/DDR unterscheiden. Zwischen 1945 und 1948 dominierten „formale Restauration“ und „institutionelle Differenzierung“.<sup>152</sup> Zunächst strebten die Verantwortlichen – durchaus im Einklang mit den bürgerlichen Professoren – die Rückkehr zum Rechtszustand der Weimarer Republik und die Beseitigung der nationalsozialistischen Eingriffe in die Hochschulstruktur an. Daneben wurden frühzeitig weltanschaulich gebundene Parallelinstitutionen aufgebaut, wie etwa an der Berliner Universität der Lehrstuhl für „Politische und Soziale Probleme der Gegenwart“. Mit dem Befehl Nr. 50 ordnete die SMAD am 4. September 1945 die „Neuaufnahme der Lehr- und Forschungstätigkeit der Hochschulen“ an. Verantwortlich hierfür sollte die DVV sein, die SMAD behielt sich die Überprüfung und Bestätigung u. a. des Personals, der Studierenden, der Lehrpläne und der Forschungsvorhaben vor.<sup>153</sup> Hierauf erließ die DVV am 18. September und am 3. Oktober 1945 eigene Verordnungen, die vor allem auf eine umfassende

---

<sup>149</sup> Malycha, Einführung, 29.

<sup>150</sup> Vgl. zu den Biografien Malycha, Einführung, 30f.

<sup>151</sup> Norman M. Naimark, Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949, Berlin 1999, 79–87.

<sup>152</sup> Jessen, Zwischen diktatorischer Kontrolle, 237.

<sup>153</sup> Vgl. die Dokumentation Malycha (Hg.), Geplante Wissenschaft, 108f.

Inventarisierung der Institutionen und des Personals zielte und damit v. a. die politische Überprüfung des Personals im Sinne einer Entnazifizierung vorbereiten sollte.<sup>154</sup> Die Universitäten hatten der DVV Lehr- und Forschungspläne, Personalbestand und Vorlesungsverzeichnisse vorzulegen. Auf ein Gesuch der DVV befahl die SMAD am 8. Januar 1946 auch die Wiederaufnahme des Lehrbetriebs an der Universität Berlin.<sup>155</sup> Für die Auswahl der Studenten und des Lehrpersonals wurde durch den Befehl der Rektor verantwortlich gemacht; die DVV war der SMAD zur Vorlage der Lehrpläne und Personallisten verpflichtet. Der Lehrbetrieb im Fach Geschichte blieb allerdings vorerst untersagt.

Ab 1947 intensivierte sich die politische Einflussnahme auch auf die traditionellen Hochschuleinrichtungen. Für den Zeitraum ab 1948 griffen die in diesem Sinne getroffenen Maßnahmen, sodass Ralph Jessen von einer neuen Phase kommunistischer Hochschulpolitik spricht.<sup>156</sup>

### Maßnahmen der SED-Hochschulpolitik

Zunächst erließen SMAD und DVV im Frühjahr des Jahres 1947 Bestimmungen zur Organisation und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Für die eng begrenzte Zahl von 200 Wissenschaftlern wurden Stipendien ausgeschrieben, die an die aktive antifaschistische Betätigung bzw. die Beteiligung am „wissenschaftlichen Wiederaufbau“ im Sinne der kommunistischen Hochschulpolitik gebunden waren.<sup>157</sup> Die Unterstützung galt der Vorbereitung von Promotions- und Habilitationsarbeiten. Am 14. August 1947 beschloss das ZK der SED die Bildung von SED-Hochschulgruppen, deren „Hauptaufgabe [...] die Verstärkung der politischen Arbeit, insbesondere die Schulungs- und Erziehungsarbeit“ sein sollten. Diese Hochschulgruppen sollten in „systematische[r] Arbeit“ die Auswahl jener 200 Assistenten vorbereiten, die zur „Vorbereitung auf die Hochschullehrer-Laufbahn“ durch ein Stipendium gefördert wurden.<sup>158</sup> Bis Anfang der 1950er Jahre wurde die Zahl auf 400 erhöht, die Hälfte der Geförderten studierten an der Berliner Humboldt-Universität, 69 % der StipendiatInnen waren SED-Mitglieder, und sie stammten zu einem Viertel aus Arbeiter- und Bauernfamilien.<sup>159</sup>

---

<sup>154</sup> Ebd., 110f. sowie 112f.

<sup>155</sup> Ebd., 127f.

<sup>156</sup> Jessen, Diktatorischer Elitewechsel, 24.

<sup>157</sup> Malycha (Hg.), Geplante Wissenschaft, 163f. und 168, Zitat 168.

<sup>158</sup> Ebd., 188f. Vgl. dazu Archivalien aus dem Bundesarchiv (Barch): Statistische Übersicht über die in das Förderungsverfahren aufgenommenen Kandidaten der wissenschaftlichen Lehre und Forschung (Stand v. 15. 8. 1949), in: Barch DR-2, 1906, Bl. 114–117; Namensliste: Wissenschaftlicher Nachwuchs v. 17. 1. 1950, ebd., Bl. 51–93 und Statistische Übersicht über die in das Förderungsverfahren aufgenommenen Kandidaten der wissenschaftlichen Lehre und Forschung (Stand v. 20. 1. 1950), in: ebd., Bl. 112–113; Bericht v. Sommer 1953, in: Barch DR-3, 5735.

<sup>159</sup> Jessen, Akademische Elite, 55f. Zu den Schwierigkeiten der Förderung: „Die Fördermittel wurden nicht ausgeschöpft, [...] die erfaßten Nachwuchswissenschaftler waren zu zwei Dritteln noch sehr habilitationsfern“ (56).

Gleichzeitig erstellte die DVV Entwürfe für Habilitations- und Promotionsordnungen. Die Habilitationsordnung sollte die Machtposition des Dekans stärken, denn ihm wurde das Recht der Ernennung der Gutachter übertragen.<sup>160</sup> Über die Anerkennung der Habilitationsleistungen entschied danach zwar der Fakultätsrat, jedoch wurde die Erteilung der *venia legendi* von dieser Anerkennung abgekoppelt. Wie in der NS-Zeit sollte die Ernennung zum Dozenten auf Antrag des Dekans erst durch die zuständige Landesregierung erfolgen. Auch der Entwurf der Promotionsordnung brach mit einem Prinzip der traditionellen Universitätsverfassung: Er sah in Ausnahmefällen die Zulassung von Kandidaten ohne „normale Hochschulbildung“ vor.<sup>161</sup>

Ein weiterer SMAD-Befehl vom 9. April 1947 unterstellte die wissenschaftliche Forschungsarbeit der Kontrolle der DVV, die darin wiederum vom SMAD überwacht werden sollte.<sup>162</sup> Daraufhin begann die DVV mit einer umfassenden Aufstellung aller laufenden Forschungsarbeiten an den ostdeutschen Universitäten.

Das Hauptaugenmerk der SED-Hochschulpolitik aber galt den Studenten. Das ZK der SED wies im Februar 1948 die „Genossen der DVV“ an, „neue Richtlinien für die Zulassung an den Hochschulen auszuarbeiten“, die dem ZK zur „Bestätigung“ vorgelegt werden sollten.<sup>163</sup>

Die Lage an den Hochschulen schätzte die entsprechende Entschließung sehr negativ ein, sodass der „ideologische[.] Kampf“ hier intensiviert werden sollte.<sup>164</sup> Damit vollzog die SED eine entscheidende politische Wendung: Nachdem sie sich bislang auf die Steuerung der Wissenschaft von außen beschränkt hatte, sollte nun der „wissenschaftliche[.] Geist der Universitäten von innen her“ im Sinne des marxistischen Materialismus umgestaltet werden.<sup>165</sup>

Da die SED in den Einzelfächern jedoch nicht über die notwendige personelle und intellektuelle Basis verfügte, um sie auf ihren ideologischen Kurs zu bringen, wurden an allen Hochschulen Pflichtvorlesungen über die „Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus“ eingeführt.<sup>166</sup> Die Lehrveranstaltungen wurden durch die seit 1946 abgehaltenen Vorlesungen über „Politische und soziale Probleme der Gegenwart“ ersetzt, deren Programm für die gesamte SBZ Alfred Meusel entworfen hatte.<sup>167</sup> Sie umfassten die Unterweisung im dialektischen und historischen Materialismus sowie in politischer Ökonomie. Diese Grundlagen wurden Examensfach. Die SED hatte damit die akademische Qualifikation an eine erfolgreich absolvierte politische Schulung gebunden. Bei den Lehrkräften handelte es sich um SED-Mitglieder, die „unter Leitung der Abteilung

---

<sup>160</sup> Malycha (Hg.), *Geplante Wissenschaft*, 165.

<sup>161</sup> Ebd., 166f.

<sup>162</sup> Ebd., 169–174.

<sup>163</sup> Ebd., 220. Kowalczyk berichtet ohne zeitliche Präzisierung, dass die „Hälfte bis ein Drittel der Bewerber abgelehnt“ worden seien; Kowalczyk, *Geist*, 269. Offizielle Richtlinien für die Zulassung gab es demnach erst ab 1950.

<sup>164</sup> Malycha (Hg.), *Geplante Wissenschaft*, 218.

<sup>165</sup> Ebd., 216.

<sup>166</sup> Diese liefen unter dem Titel „Politische und soziale Probleme der Gegenwart“, ebd., 232.

<sup>167</sup> Kowalczyk, *Geist*, 172. Zum marxistisch-leninistischen Grundstudium insgesamt ebd., 171–182.

Parteischulung“ und aktiver „Mitwirkung der Parteihochschule ‚Karl Marx‘“ ausgebildet werden sollten. Sie bekamen eine starke Machtposition bei der Verteilung von Bildungspatenten und der Eröffnung einer Universitätskarriere.<sup>168</sup> An der Philosophischen Fakultät der Berliner Universität, die als besonderes Sorgenkind galt,<sup>169</sup> übernahm diese Position bald darauf Kurt Hager, der zuvor selbst bei der Ausarbeitung der relevanten ZK-Beschlüsse federführend beteiligt gewesen war. Den Widerstand der Fakultät gegen die Erteilung des Lehrauftrags brach dort Alfred Meusel, der neue Dekan, mit einem Kabinettstück universitärer Machtpolitik.<sup>170</sup> Hager wurde später ohne Hochschulstudium promoviert.

Nicht nur auf den Abschluss, sondern auch den Beginn der Hochschulausbildung nahm die SED seit Ende der 1940er Jahre Einfluss. Im April 1949 beschloss das Kleine Sekretariat des Politbüros, dass die Aufnahme von StudienanfängerInnen den „neuen Bedingungen des Klassenkampfes angepaßt werden“ müsse. Das bedeutete vor allem, die noch immer knappen Studienplätze zuerst an Arbeiter- und Bauernkinder, dann an anerkannte „Opfer des Faschismus“ und erst an dritter Stelle an „Kinder von kleinen und mittleren Angestellten“ zu vergeben.<sup>171</sup> „Aktivisten“ im Sinne der SED-Politik und deren Kinder sollten zudem bevorzugt werden.

Zur Ausbildung eines parteigebundenen Nachwuchses institutionalisierten SMAD und SED auch vollkommen neue Einrichtungen an den Hochschulen. Während die Einrichtung einer „Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät“ der Berliner Universität erspart blieb, wurde 1947 auf Grundlage eines SMAD-Befehls auch hier eine der sieben Pädagogischen Fakultäten installiert.<sup>172</sup> Bei ihnen handelte es sich zwar um ein Projekt von reformorientierten, bürgerlichen Pädagogen aus den Weimarer Jahren. Doch die kommunistischen Hochschulpolitiker konnten hier ihnen genehmes Personal und Lehrinhalte viel einfacher etablieren und damit die zentrale Funktion der weiterhin bürgerlichen Philosophischen Fakultäten bedrohen: die Lehrerbildung.

### Die SED an den Hochschulen

Die Ansätze zu einer formalen Restauration der alten Universitätsverfassung waren begleitet von einem sich intensivierenden Zugriff der SED auf die Hochschulen. Die institutionelle Differenzierung, zu der u. a. der Aufbau neuer Fakultäten gehörte, wurde von der Partei auch durch den Aufbau einer eigenen Parallelstruktur an den Universitäten vorangetrieben – in der Tat eine „Revolution an den Universitäten“.<sup>173</sup> Die SED begann ihre eigenen Mitglieder, sofern sie Angehörige des Lehrkörpers, der internen Verwaltungen oder auch Studierende

---

<sup>168</sup> Ebd., 232.

<sup>169</sup> Vgl. Malycha (Hg.), Geplante Wissenschaft, 216.

<sup>170</sup> Vgl. unten Abschnitt A.4.

<sup>171</sup> Malycha (Hg.), Geplante Wissenschaft, 271.

<sup>172</sup> Vgl. hierzu Kowalczyk, Geist, 175–182 sowie grundlegend für die HU: Demantowsky, Geschichtsmethodik.

<sup>173</sup> Kowalczyk, Geist, 231. Zur SED an den Hochschulen vgl. ebd., 230–259.



waren, zunächst nach Art der Betriebsgruppen in Hochschulgruppen zu organisieren.<sup>174</sup> Neben der politischen Schulung und Erziehung gehörte die Vorbereitung von internen Entscheidungsabläufen zu ihren Hauptaufgaben. Daher agierten die SED-Mitglieder nicht mehr nur als Universitätsangehörige, sondern wurden auf die Vorgaben der SED-Hochschulpolitik verpflichtet. Ab 1950/51 ging die Partei dazu über, die eigene Organisationsstruktur an den Universitäten vor allem durch den Aufbau von Grundorganisationen nach dem Fachprinzip zu differenzieren.<sup>175</sup> Über diesen Grundorganisationen, in der alle SED-Mitglieder des jeweiligen Fachbereichs – Verwaltungsangestellte, Studierende, Lehrende – zusammengefasst waren und die aus ihren Reihen eine eigene Leitung mit Parteisekretär wählte, arbeitete die Universitätsparteileitung. Diese hatte an der dann so genannten Humboldt-Universität den Rang einer Kreisleitung und war daher der Berliner SED-Bezirksleitung unterstellt.<sup>176</sup> Ihre Leiter waren hauptamtliche Parteifunktionäre. Zu den strukturellen Voraussetzungen der Arbeit der HU-Historiker gehörte, dass die Berliner Universität durch räumliche Nähe und durch ihre Bedeutung als Hauptstadt-Universität auch der besonderen Aufmerksamkeit höherer Parteifunktionäre aus der Bezirksleitung, aber auch aus dem Politbüro und ZK unterlag.

### Zerschlagung der alten Universitätsverfassung

Die Phase der formalen Restauration der alten Universitätsverfassung und der politisch motivierten institutionellen Differenzierung endete kurz vor Gründung der DDR mit einem gesetzförmigen Eingriff, der die Machtverhältnisse an den Universitäten endgültig zugunsten der SED kippte. Nachdem 1947 und 1948 die Gremien der SED auf fragwürdiger Rechtsgrundlage die Initiative übernommen hatte,<sup>177</sup> erließ die DVV am 23. Mai 1949 ihre „Vorläufige Arbeitsordnung der Universitäten und Hochschulen“, die bis zum 22. Februar 1951 in Kraft blieb.<sup>178</sup> Sie enthielt kaum inhaltliche Neuerungen, sondern schrieb die seit 1945/46 etablierte hochschulpolitische Praxis auf rechtlicher Grundlage fest. Das traditionelle Selbstverwaltungsrecht der Universitäten wurde formal anerkannt (§5). Insgesamt standen die Universitäten allerdings unter der „Dienstaufsicht“ der DVV. Sie waren in §1 auf die offiziellen politischen Ziele der SED und des entstehenden Staates DDR verpflichtet<sup>179</sup> und galten als die „höchsten staatlichen Lehranstalten und Stätten

---

<sup>174</sup> Beschluss des ZK der SED vom 14. August 1947; vgl. Kowalczyk, Geist, 234.

<sup>175</sup> „Die Parteieinheiten an den Universitäten und Hochschulen haben die disziplinierte Durchführung der Beschlüsse der Partei und der Anweisungen unserer Regierung durch alle Organe und Angehörigen der Universitäten und Hochschulen zu gewährleisten und die Maßnahmen der Verwaltung in der Praxis zu überprüfen“ (aus einer Entschließung des ZK vom 19. Januar 1951, zit. in Kowalczyk, Geist, 247).

<sup>176</sup> Kowalczyk, Geist, 251.

<sup>177</sup> Vgl. Ebd., 237.

<sup>178</sup> Siegfried Baske und Martha Engelbert, Dokumente zur Bildungspolitik in der Sowjetischen Besatzungszone, Bonn, Berlin 1966, 39–46; vgl. dazu Kowalczyk, Geist, 130–133. Die Arbeitsordnung wurde ersetzt durch die „Verordnung zur Neuorganisation des Hochschulwesens“ vom Februar 1951.

<sup>179</sup> „Schaffung und Erhaltung eines einigen, friedlichen und demokratischen Deutschlands“; sie sollten als „wahre Volksuniversitäten“ das Arbeiter- und Bauernstudium fördern, Fachleute für „die Erfordernisse des Staatsdienstes“ ausbilden und diese „im Geiste der Demokratie, des sozialen Fortschritts und der

wissenschaftlicher Forschung.“ Nicht die Wissenschaft als autonome Institution sollte gefördert, sondern die „hochwertige[n] Fachleute“ sollten „insbesondere für die Erfordernisse des Staatsdienstes“ ausgebildet werden. Die traditionelle Gleichordnung von Lehre und Forschung wurde jedoch in anderen Formulierungen des Paragraphen bekräftigt.

Neu war, dass zu den Gremien der Selbstverwaltung nun auch ein Studentendekan gehören sollte. Neu war auch die Integration der Arbeiter- und Bauernfakultäten. Die Geschäfte der Selbstverwaltung waren durch einen Verwaltungsdirektor zu führen. Dieser war jedoch nicht durch die Universitäten selbst zu beauftragen, sondern er sollte vom Volksbildungsministerium des jeweiligen Landes ernannt werden. Da er über alle finanziellen Fragen die „Aufsicht“ (§ 5) zu führen hatte, konnte er de facto ein Vetorecht bei der Stellenbesetzung beanspruchen.

Ähnlich sah es mit den übrigen Vertretern der Selbstverwaltung aus: Ihre Position wurde durch die Bestimmung nun auch formalrechtlich deutlich aufgewertet und zugleich an die staatliche Steuerungsinstanz, die DVV, gebunden. Die gewählten Rektoren und Prorektoren, Dekane und Prodekane, der Studiendekan und die turnusmäßig hinzugezogenen Ergänzungsmitglieder der Engeren Fakultäten waren durch die DVV in ihrem Amt zu bestätigen. Missliebigen Studierenden konnte von der DVV die Zulassung zum Studium entzogen werden. Der Rektor galt als „Dienstvorgesetzte[r]“ der Angehörigen des Lehrkörpers (§7) und war der DVV für die Ausführung ihrer Bestimmungen verantwortlich (§20). Die Dekane sollten nicht mehr nur die Organisatoren der Willensbildung der Fakultäten sein, sondern waren deren „Vorsitzende[.]“ (§12). Der Studiendekan war nicht einfach Sprecher der Studierenden an der Universität, sondern zu seinem Aufgabengebiet gehörte die „Durchführung des Aufnahmeverfahrens“ für neue Studierende sowie die „Lenkung des Studienganges“ im Sinne der in §1 beschriebenen politischen Grundsatzaufgaben.

Der Konflikt zwischen bürgerlichen Wissenschaftlern und denjenigen Wissenschaftlern, die die Ziele der SED-Hochschulpolitik umsetzen wollten, war nun an den Universitäten selbst institutionalisiert. Da die Vorschriften bezüglich der Kompetenz von Rektor, Dekan, Verwaltungsdirektor und Studiendekan auslegungsfähige Regelungen gefunden hatten, kam es für die Durchsetzung der SED-Interessen noch immer auf die Fähigkeiten der Personen vor Ort an. Durch die Bindung der Ämtervergabe in den Universitäten an die Zustimmung der DVV war die Besetzung der Ämter der universitären Selbstverwaltung der Steuerung der SED-Hochschulpolitiker preisgegeben. Über diese Ämter konnte die SED ihre Macht in die Universitäten tragen. Der traditionell bestehende Doppelcharakter der deutschen Universität als staatliche Anstalt und als Korporation war deutlich zugunsten des ersten Aspekts verschoben. Über die Stellenbesetzung in der DVV wie in den Universitäten konnte sich zudem die SED durch Etablierung ihrer Mitglieder den entscheidenden Einfluss sichern.

Weitere Bestimmungen förderten die Etablierung des wissenschaftlichen Nachwuchses im Sinne der SED. 400 junge Wissenschaftler erhielten jährlich staatliche Stipendien, die sie betreuenden Professoren eine finanzielle Vergütung.<sup>180</sup> Das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium wurde thematisch erweitert, dessen Prüfungskommissionen durch das 1949 gebildete Volksbildungsministerium berufen.<sup>181</sup> Am 22. Februar 1951 setzte das Ministerium mit der Verordnung über die „Neuorganisation des Hochschulwesens“ einen ZK-Beschluss um, der das Hochschulwesen einer umfassenden „Zentralisierung“ unterwarf.<sup>182</sup> Ziel war nunmehr die „zentrale Planung und Lenkung“ der Universitäten und Hochschulen.<sup>183</sup> Sie waren der „unmittelbare[n] Leitung und Aufsicht“ des Staatssekretariats für das Hochschulwesen unterstellt.<sup>184</sup> Dies schloss die Kontrolle über die Entwicklung der Fächer, die Studien- und Promotionsordnungen, die Besetzung des Lehrkörpers, die Ausbildung des Nachwuchses, die universitäre Lehre und die Versorgung mit wissenschaftlicher Literatur ein. Die Bestimmungen gaben parallel zum offiziellen Übergang zum „Aufbau des Sozialismus“ dem Staatssekretariat und damit der SED endgültig die Entscheidungsgewalt. Sie beendeten damit auch die Tradition des freien Studiums.<sup>185</sup> Es wurde ein 10-Monatsstudium eingeführt, das den Wissenschaftlern die Kontakte zu den Westzonen erschwerte, die weiterhin im Semesterbetrieb arbeiteten. Es gab nun verbindliche Studienpläne und Seminargruppen. An den Hochschulen wurden der Russisch- und Sportunterricht obligatorisch. Damit war eine zweite Phase der hochschulpolitischen Entwicklung in SBZ und DDR eingeleitet, die statt der punktuellen Bemühungen um „Personalerneuerungen bis hin zu strukturellen Eingriffen“ nun auf eine „komplexe Veränderung des ostdeutschen Hochschulwesens“ zielte.<sup>186</sup> Der Aufbau der „sozialistischen Hochschule“ seit Beginn der 1950er Jahre wird im Abschnitt B beschrieben.

---

<sup>180</sup> Malycha (Hg.), *Geplante Wissenschaft*, 322f.

<sup>181</sup> Ebd., 324f.

<sup>182</sup> Ebd., 337 und 347–351.

<sup>183</sup> Ebd., 347.

<sup>184</sup> Ebd., 348.

<sup>185</sup> Kowalczyk, *Geist*, zu diesen Einzelbestimmungen vgl. 133.

<sup>186</sup> Ebd., 170. Die Phase firmiert in der Literatur als die II. Hochschulreform.

### ***A.III Der Neubeginn in der Philosophischen Fakultät und am Historischen Seminar 1945–1948***

Die Berliner Universität war nach 1945 infolge des Krieges stark zerstört. Die Universitätsbibliothek war verbrannt, über 50 % der Gebäude waren ruiniert, das Hauptgebäude konnte erst im Jahr 1962 wieder vollständig hergestellt werden.<sup>187</sup> Dennoch nahm sie unter dem Namen Berliner Universität bzw. Universität Berlin am 20. Januar 1946 als zweite Universität der SBZ (nach Jena) den Lehrbetrieb wieder auf. Wegen der politischen Vorbehalte der SMAD konnte das Fach Geschichte erst zum darauf folgenden Wintersemester wieder unterrichtet werden.<sup>188</sup>

Die kommunistischen Hochschulpolitiker knüpften gern an das längst fragwürdig gewordene Selbstbild der ehemaligen Friedrich-Wilhelms-Universität an: Ihnen galt die Berliner Universität weiterhin als Flaggschiff der deutschen Hochschulen. Sie sollte „größer erstehen“ als sie „je zuvor war“.<sup>189</sup> 1947 stellte der Physiker Robert Rompe fest, die Universität sei „zur Zeit die führende Universität Deutschlands“.<sup>190</sup>

Dabei waren die personellen Einbußen immens.<sup>191</sup> Durch Kriegsverluste und infolge der sowjetischen Besatzung waren 371 von 810 Professoren und Dozenten verloren gegangen; 349 (43,1 %) hatten die Universität infolge der Entnazifizierung durch die SMAD verlassen müssen. Die Auslandswissenschaftliche Fakultät, eine Kreatur des NS-Außenministeriums und der SS, war durch die Universität selbst ganz geschlossen worden.<sup>192</sup> Insgesamt betrug der Personalverlust im Lehrkörper 80 % – so viel wie an keiner anderen ostdeutschen Hochschule. 26 Hochschullehrer waren zum April 1946 neu berufen worden, sodass – die Zahlen sind hier uneindeutig – zwischen 116 und 182 die Wiedereröffnung der Universität feiern konnten.<sup>193</sup>

#### Bestrebungen zur Selbstverwaltung der Universität und der Fakultät nach 1945

Nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ übernahm der Philosoph und Pädagoge Eduard Spranger das kommissarische Rektorat der Lindenuniversität.<sup>194</sup> Er war um diesen

---

<sup>187</sup> Kowalczuk, Geist, 105.

<sup>188</sup> Kowalczuk, Geist, 110.

<sup>189</sup> Kowalczuk, Geist zitiert hier Theodor Brugsch (Oktober 1945).

<sup>190</sup> Malycha (Hg.), Geplante Wissenschaft, 161.

<sup>191</sup> Die folgenden Zahlen nach Kowalczuk, Geist, 111f.

<sup>192</sup> Die Philosophische Fakultät verweigerte den ehemaligen Angehörigen dieser Einrichtung in der Folgezeit immer wieder die Aufnahme.

<sup>193</sup> Befehl Nr. 4 der SMAD über die Aufnahme des Unterrichtsbetriebs an der Universität Berlin vom 8. Januar 1946, Malycha (Hg.), Geplante Wissenschaft, 127f.

<sup>194</sup> Siegwart Lönnendonker, Freie Universität Berlin. Gründung einer politischen Universität, Berlin, 1988, 56. Vgl. zur Universität Berlin nach 1945: Jaraus u. a. (Hg.), Geschichte der Universität Unter den Linden; Jordan, Kaderschmiede; James Tent, Freie Universität Berlin 1948–1988. Eine deutsche Hochschule im Zeitgeschehen, Berlin 1988; Henny Maskolat, Arbeiterbewegung und Berliner Universität in der Periode der Wiedereröffnung 1945/46, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin 15/ H. 4 (1966), 533–541; Henny Maskolat, Der Beginn der demokratischen Hochschulreform an der Berliner Universität in der Periode ihrer Wiedereröffnung 1945/46, Berlin 1967.

Schritt u. a. auch von dem Historiker Fritz Rörig gebeten worden.<sup>195</sup> Die Professoren erhofften sich von der Bestimmung eines politisch unbelasteten, jedoch älteren Ordinarius die Möglichkeit, die Eingriffe der nationalsozialistischen Hochschulpolitik rückgängig machen und zur traditionellen Universitätsverfassung der Weimarer Jahre zurückkehren zu können. Wie zuvor gesehen, wurden die Professoren seitens der kommunistischen Hochschulpolitik in dieser Annahme durchaus ermutigt.

In den folgenden Beratungen des Fakultätsrates der Philosophischen Fakultät waren gerade die beiden verbliebenen Historiker Hartung und Rörig Fürsprecher – ja, für die Gepflogenheiten eines konservativen Geschichtsprofessors geradezu *Kämpfer* – für die althergebrachten Rechte und gegen ein neuerliches politisches Eingreifen. Beide diskutierten etwa am 10. Oktober 1945 die Beeinträchtigung der Selbstverwaltungsrechte der Universität.<sup>196</sup> Hartung plädierte vor der Öffentlichkeit des Rates für das demonstrative Zurückweisen von Planungs- und Leitungsansprüchen seitens der DVV!<sup>197</sup> Der Versuch eines – übrigens in der NS-Zeit als Juden benachteiligten – Historikers, einen Lehrauftrag zu erhalten, wird mit dem Hinweis auf die dafür notwendige Voraussetzung einer Habilitation abgelehnt. Zwischenzeitlich haben im Fakultätsrat die Historiker sogar die zahlenmäßige Mehrheit, sodass sie als Protagonisten der Restaurationsbemühungen gelten können.<sup>198</sup> Auch die Eingriffe der NS-Hochschulpolitik hinsichtlich der Stellung der Dozenten sollten rückgängig gemacht werden; die Fakultät sollte sich eine neue Promotionsordnung geben.<sup>199</sup>

Die kommunistischen Hochschulpolitiker sahen in der alten institutionellen Ordnung der Universität einen Grund für deren Anfälligkeit für die nationalsozialistische Ideologie. Die nichtmarxistischen Hochschulvertreter argumentierten dagegen umgekehrt: Erst die Abschaffung der akademischen Selbstverwaltung nach 1933 habe dem NS Einflussmöglichkeiten an der Hochschule eröffnet.<sup>200</sup> Trotz zahlreicher Versuche, die traditionelle Selbstverwaltung wieder aufzunehmen, war die Universität spätestens nach

---

<sup>195</sup> Vgl. den Brief an Spranger zit. bei Tent, Freie Universität Berlin, 26.

<sup>196</sup> HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 1, Bl. 18. Spranger: „Korrespondenz mit dem Magistrat, die gezeigt habe, daß man die Wünsche der Universität und damit ihre Selbstverwaltungsrechte nicht berücksichtige. Er sieht im Zusammenhang damit ernste Gefahren heraufziehen und stellt die Fakultät vor die Frage, wie sie sich dazu verhalten wolle. Die eingehende Debatte, an der sich die Herren Stroux, Hartung, Rörig, R. Hartmann, Hofmann, Schadewaldt und der Dekan unter verschiedenen Gesichtspunkten beteiligen, führt zu der EntschlieÙung, zunächst einmal das Resultat der am nächsten Tage vorgesehenen Besprechung des Rektors mit Herrn Winzer abzuwarten.“

<sup>197</sup> „Prof. Hartung teilt im Namen der Historiker mit, daß diese ohne grundsätzlich etwas gegen eine Planung zu haben, doch gewisse Bedenken gegen eine schematische Festlegung des Lehrplanes auf 8 Semester hegen, da diese dem Wesen der wissenschaftlichen Arbeit widerspräche, den Studenten bis zu einem gewissen Grade ihre geistige Freiheit nähme und überhaupt eine Gefährdung der geistigen Entwicklung Deutschlands darstellte. Die Fakultät wird gebeten, diese Bedenken in einer Denkschrift an die Zentralverwaltung vorzutragen.“ HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 1, Bl. 38f., Sitzung vom 12. Dezember 1945. Ähnlich: ebd. Bl. 45: Dr. Reinherz „erstrebt Lehrauftrag auf dem Gebiet der Geschichte. Er soll auf das Habilitationsverfahren verwiesen werden.“ (16. Jan. 1946).

<sup>198</sup> Anwesend u. a.: Griewank, Holtzmann, Hartung, Hoetzsch, Meyer, Rörig, Spranger, Vasmer. Insgesamt 10, davon 6 Historiker. HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 1, Bl. 53 (13. Feb. 1946).

<sup>199</sup> HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 1, Bl. 26: Die Fakultät möchte den Dr. habil. abschaffen und zur „alten Form der Habilitation mit der Einrichtung der Privatdozentur“ zurückkehren. Zur Promotionsordnung ebd.

<sup>200</sup> Zur Auseinandersetzung zwischen Fakultät und DVV um die Promotionsordnung auch: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 1, Bl. 83.

ihrer Unterstellung unter sowjetische Kontrolle nicht in der Lage, sich gegen die Vorstellungen der SMAD durchzusetzen.<sup>201</sup>

### Hartung als Dekan<sup>202</sup>

Nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ amtierte Hartung als geschäftsführender Direktor des Historischen Seminars.<sup>203</sup> Zugleich übernahm er die Vertretung des erkrankten Dekans Deubner, wobei er sich im Herbst 1946 aus gesundheitlichen Gründen von dieser Aufgabe entpflichten ließ und aus dem gleichen Grund auch früher eine offizielle Wahl in das Amt abgelehnt hatte.

Als Vertreter des Dekans war Hartung dennoch für ca. ein Jahr der wichtigste Sprecher für die Interessen des Fakultätsrates. Er formulierte die wichtigen Schreiben, die auf die Rückkehr zur traditionellen Fakultätsordnung drängten: Anlässlich der Weisung der DVV, u. a. den einseitig von ihr ernannten Prof. Steinitz als Nichtordinarius in die „Engere Fakultät“ aufzunehmen, formulierte Hartung sein universitätspolitisches Credo.<sup>204</sup> (Die Fakultät hatte zuvor beschlossen, Steinitz nicht zu den Ratssitzungen hinzuziehen zu wollen.) Sein Schreiben an den Rektor vom 2. August 1946 beschwor noch einmal das *ceterum censeo* der Ordinarien der Philosophischen Fakultät: „Bei der Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit im vorigen Jahr ist die Fakultät von der Voraussetzung ausgegangen, daß die durch den Nationalsozialismus der Universitätsverfassung aufgezwungenen Neuerungen hinfällig seien.“<sup>205</sup> Nach den Eingriffen der NS-Hochschulpolitik sollte die „altbewährte korporative Selbstverwaltung, wenn auch mit gewissen durch die Zeitverhältnisse bedingten Einschränkungen“ wieder hergestellt werden. Die Fakultät richte sich daher nach der

---

<sup>201</sup> So berichtet der Dekan am 16. Januar 1946 „über eine am 3. Januar 1946 in Karlshorst stattgefundene Besprechung mit Oberst Smyrnoff über Fragen des Universitätsunterrichts, aus der sich u. a. ergäbe, daß gegenwärtig prinzipiell gegen die russischen W[ü]nsche gerichtete Eingaben völlig aussichtslos wären. Er könne nur darum bitten, von Aktionen dieser Art Abstand nehmen zu wollen.“ (HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 1, Bl. 44).

<sup>202</sup> Vgl. zu Hartung: Peter Th. Walther, Zur Entwicklung der Geschichtswissenschaften in Berlin. Von der Weimarer Republik bis zur Vier-Sektoren-Stadt, in: Wolfram Fischer u. a. (Hg.), Exodus von Wissenschaften aus Berlin. Fragestellungen – Ergebnisse – Desiderate. Entwicklungen vor und nach 1933, Berlin 1994, 153–183; Peter Th. Walther, Fritz Hartung und die Umgestaltung der historischen Forschung an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, in: Martin Sabrow (Hg.), in: ders., Historische Forschung und sozialistische Diktatur. Beiträge zur Geschichtswissenschaft der DDR, Leipzig 1995, 59–73; Werner Schochow, Ein Historiker in der Zeit. Versuch über Fritz Hartung 1883–1967, Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 32 (1983), 219–250; Gerhard Oestreich, Fritz Hartung als Verfassungshistoriker (1883–1967), Berlin 1968.

<sup>203</sup> Vgl. 5. Oktober 1945, Hartungs Meldung über ehemalige PG am Historischen Seminar, HUUA, Rektorat, 63, unpag. Hartung als Vertreter des Dekans in der Fakultätsratssitzung vom 7. November 1945, HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 1, Bl. 29. Die Meldung vom Tod Deubners erreichte den Rat am 10. April 1946 (ebd., Bl. 67). Die Neuwahl sollte nach den Regeln vom Fakultätsrat vorgenommen werden. HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 1, Bl. 67. In einer späteren Sitzung wurde jedoch beschlossen, dass die DVV um „Bestätigung“ gebeten werden sollten (ebd., 112). Hartung wollte eine Wahl zum Dekan aus gesundheitlichen Gründen nicht annehmen (ebd., Bl. 71.) Auf Intervention der DVV wurde die Wahl der Dekane verschoben. Im Protokoll vom 18. September 1946 firmiert Hartung als stellvertretender Dekan (ebd., 106). Der Rektor habe ihn auf seinen Antrag von der Wahrnehmung der Geschäfte des Dekans entbunden. Am 9. Oktober 1946 heißt es dann, dass ein neuer Dekan nicht ernannt sei, „Wahlen im alten Sinne [jedoch] nicht stattfinden“ würden (ebd., 118). Am 27. November wurde dann Meusel gewählt, wobei offenbar doch eine reguläre Wahl stattgefunden hat.

<sup>204</sup> HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 1, 142, 2. August 1946.

<sup>205</sup> HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 8, Bl. 142, 2. August 1946, 2 Seiten); ähnlich etwa UA, Philosophische Fakultät nach 1945, 1, Bl. 30.

Satzung vom 5. März 1930. Freilich ist sich Hartung bewusst, dass die Universität als Veranstaltung des Staates auch vor 1933 „in ihrer Selbstverwaltung nicht völlige Unabhängigkeit“ genossen habe. Der Staat habe ein Recht auf „Aufsicht wie [auf] Anordnung“, die Fakultät habe jedoch das Recht, bei wichtigen Entscheidungen angehört zu werden. Im Falle der Nichtordinarien lief Hartungs Eingabe de facto auf ein Vetorecht der Fakultät bei der Bestimmung ihrer Vertreter hinaus. Gleichzeitig stellte er eine neue Satzung in Aussicht, die diese Frage regeln sollte. Trotz Hartungs Intervention setzte sich die DVV durch und Steinitz nahm an den Sitzungen des Fakultätsrates teil.

Hartung zeigte sich hinsichtlich seines universitätspolitischen Engagements noch im Juli 1946 optimistisch: „Ich habe viel zu tun, hege aber die Hoffnung, dass es uns gelingen wird, den wissenschaftlichen Charakter der deutschen Universität zu behaupten. Er ist augenblicklich etwas bedroht durch eine allzu praktische Ausrichtung des Studiums auf den Beruf des Schullehrers“. <sup>206</sup> Die „Hauptsorge“ gelte der Ausbildung „brauchbaren Nachwuchs“. Im gleichen Schreiben klingt an, welchen wichtigen Faktor das Alter des Ordinarius bei seinen Aktivitäten spielte: „Manchmal fragt man sich wohl, ob es in unserem Alter noch viel Zweck habe, für einen Wiederaufbau zu arbeiten, dessen Früchte man [...] nicht mehr selbst erleben wird.“ Sicher hat diese Überlegung eine Rolle gespielt, als er 1948 unter dem Druck der kommunistischen Politik aus der Universität ausschied, während er die Eingriffe nach 1933 noch ertragen hatte.

Im Gegensatz zum Drängen der DVV, die Studentenschaft angesichts des ehemals großen Einflusses der NS-Ideologie politisch zu schulen, sprach sich Hartung ausschließlich für fachwissenschaftliche Lehrveranstaltungen aus. Auf eine diesbezügliche Anfrage teilte er als stellvertretender Dekan am 23. Juli 1946 mit: „ich verspreche mir auch von solchen nichts, da bei den Studierenden begreiflicherweise Mißtrauen gegen alles herrscht, was nach politischer ‚Schulung‘ aussieht.“<sup>207</sup> In einem Nachtrag vom selben Tag meldete er: Prof. Simon habe in der Lehrveranstaltung „Wanderungen der Indogermanen“ über Rasse und Sprache diskutiert. Studenten waren zunächst misstrauisch gegen politische Belehrung. „Als sie sahen, daß der Gegenstand rein wissenschaftlich behandelt wurde und daß ihnen keine bestimmte Meinung aufgezwungen werden sollte, haben sie willig mitgearbeitet“.<sup>208</sup>

Ein Kristallisationspunkt der Auseinandersetzungen war die von der DVV und einigen Schulreformern betriebene Gründung von Pädagogischen Fakultäten, die die traditionelle Funktion der Philosophischen Fakultät bei der Lehrerbildung bedrohte. In einem Schreiben an den Rektor der Universität Leipzig, Hans-Georg Gadamer, verglich Hartung die neue Einrichtung einer pädagogischen Fakultät mit der der Auslandswissenschaftlichen Fakultät durch die Nationalsozialisten. Er fürchtete um die Qualität der dortigen Berufungen und einen bloßen „Pauketrieb“, wobei die dort gelehrteten Fächer eigentlich an die

---

<sup>206</sup> Hartung an Paul Kahle, 6. Juli 1946, Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz, NL Hartung, LIX, Mappe 3.

<sup>207</sup> HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 1, Bl. 137, Nachtrag Bl. 138.

<sup>208</sup> Ebd.

Philosophische Fakultät gehörten.<sup>209</sup> Übrigens vertrat Meusel später als Dekan ebenso die Interessen der Philosophischen Fakultät.<sup>210</sup>

Als stellvertretender Dekan verhinderte Hartung zunächst erfolgreich das Bemühen des FDGB, sich als Gewerkschaft der Hochschullehrer an der Universität zu platzieren. Seine Argumente in der diesbezüglichen Besprechung mit den Vertretern der Gewerkschaft waren die Interessenunterschiede zwischen den zugleich forschenden und lehrenden Professoren, die in einer „Lehrergewerkschaft“ daher nicht richtig vertreten werden könnten. Zugleich widersprach er dem Argument, die Gewerkschaft würde die deutsche Einheit fördern und sah in ihr ein Instrument der nationalen Spaltung. Der letzte Satz des Protokolls offenbart die derzeit schwache Stellung der kommunistischen Politiker an der Universität gegenüber den Ordinarien: „Die Vertreter der Gewerkschaften geben zu, daß sie die Dinge nicht genügend gekannt haben, bitten aber um weitere Prüfung der Angelegenheit“.<sup>211</sup>

Dennoch wehrte sich die Fakultät weiterhin gegen Eingriffe der DVV, z. B. wenn es um die Promotionsordnung oder die „freie“ Studienorganisation der Studierenden ging.<sup>212</sup> 1946 gelang es der SMAD in Zusammenarbeit mit der DVV, die Fakultät zur Mitarbeit an den Plänen zur Neuorganisation des Studiums zu bewegen, das nun auf acht Semester und ein Fach beschränkt sowie durch ein hohes Maß an Kontrolle durch zahlreiche Zwischenprüfungen reglementiert werden sollte.<sup>213</sup>

### Entnazifizierung unter Hartung?

Im Rahmen der akademischen Selbstreinigung und Vergangenheitspolitik sah Hartung nach der Entfernung Willy Hoppes keinen weiteren Handlungsbedarf. Die bloße Mitgliedschaft in der NSDAP wollte er nicht als Grund für Sanktionen anerkennen. Die Entnazifizierung des Lehrkörpers durch die Verwaltungsbehörden sah er mit Unmut. In einem Brief an den Emigranten Paul Kahle, der nach 1933 Deutschland wegen der politischen Betätigung seiner Frau hatte verlassen müssen, schrieb er zwar, „kein halbwegs vernünftiger Historiker“ hätte der NSDAP beitreten können. Dennoch disqualifizierte dies in seinen Augen keinen ehemaligen PG von vornherein für die weitere Arbeit an der Universität. Sogar im Brief an einen Emigranten schreckte er vor einer leisen Sympathiebekundung für die Judenfeindlichkeit der Nazis nicht zurück und spielte sie gegen die Intentionen der neuen

---

<sup>209</sup> Brief vom 10. 9. 1946, HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 1, Bl. 148.

<sup>210</sup> Vgl. auch HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 2, Bl. 98f. Unterlage zum Protokoll vom 27. Oktober 1948. Aussprache zum Vorhaben, die Lehrerausbildung ganz in die Pädagogische Fakultät zu verlegen.

<sup>211</sup> HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 1, Bl. 149f. Zitat 150. Das Protokoll ist von Hartung unterzeichnet.

<sup>212</sup> DVV teilt mit: Studierende der Phil. Fak. haben nur *ein* Fach, auch sind neue Bestimmungen zur Promotion zu erwarten. „Es ergibt sich daraus eine Aussprache, die erkennen lässt, daß sämtliche Mitglieder der Fakultät in dieser Beschränkung des Studiums auf ein Fach eine Gefahr für die Ausbildung erblicken. Es wird beschlossen, dazu in einer Denkschrift Stellung zu nehmen.“ HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 1, Bl. 74, Sitzung vom 8. Mai 1946.

<sup>213</sup> Vgl. etwa HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 1, Bl. 88f., 19. Juni 1946, Mitteilung des Rektors mit der SMAD-Vertreterin an der Universität.



kommunistischen Hochschulpolitiker aus: „Antisemit ist hier bei den politischen Instanzen schlimmer als Militarist oder Charakterlosigkeit.“<sup>214</sup>

In einigen Fällen verwendete sich Hartung für ehemalige „Parteigenossen“, da er die bloß formale Mitgliedschaft nicht als Kündigungsgrund sah. Dabei scheint er aber in einigen Fällen auch über weiter gehendes Engagement für den Nationalsozialismus hinweggesehen zu haben. Der nachmals berühmte Fritz Fischer wandte sich wegen eines Leumundszeugnisses trotz NSDAP- und SA-Mitgliedschaft erfolgreich an Hartung.<sup>215</sup> Dieser stellte auch einem ehemaligen Verwaltungsdirektor, der offenbar in der NSDAP gewesen war, ein positives Gutachten aus.<sup>216</sup> Den stellvertretenden Oberassistenten Fritz Kretzschmar versuchte er 1945 als einzig im Historischen Seminar tätiges ehemaliges Parteimitglied in seiner Position zu halten.<sup>217</sup>

Der Dozent Rudolf Ibbeken meldete sich nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft bei Hartung mit der Bitte, ihm bei der Rückkehr an die Universität behilflich zu sein. Der Quereinsteiger Ibbeken war mit einer Arbeit, die sich gegen die liberale Meinecke-Schule richtete, 1942 an der Berliner Universität bei A. O. Meyer und Schübler habilitiert worden.<sup>218</sup> Er hatte seit 1935 an Walter Franks „Reichsinstitut“ gearbeitet. Ibbeken war 1937 in die NSDAP eingetreten und hatte politische Schulungen bei der Wehrmacht abgehalten. Diese wurden dann diskreditiert und eingestellt, als eine andere nationalsozialistische Dienststelle die Verantwortung für politische Schulungen an sich zog.<sup>219</sup> Hartung riet zunächst von einer Meldung bei der Universität ab, machte dem Historiker aber Hoffnung auf ein Aufweichen der strengen Richtlinien.<sup>220</sup> In seinen letzten Tagen als geschäftsführender Dekan stellte Hartung Ibbeken ein Entnazifizierungsschreiben aus.<sup>221</sup> Ibbeken war später am Institut für Zeitgeschichte in München tätig, bei dessen Gründung Hartung mitbeteiligt gewesen war.

Dem Osteuropa-Historiker Werner Philipp versuchte Hartung die Berufung auf ein Ordinariat an der Universität zu ermöglichen. Er sprach ihn dafür von allen Einflüssen des Nationalsozialismus frei.<sup>222</sup> Die Angaben zur NSDAP-Mitgliedschaft von Philipp sind

---

<sup>214</sup> Hartung an Paul Kahle, 8. 12. 1946, NL Hartung, LIX, Mappe 3.

<sup>215</sup> NL Hartung, XXXVII.1, 5. 8. 1947, Fritz Fischer an Hartung.

<sup>216</sup> HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 1, Bl. 160, 4.12. 1946.

<sup>217</sup> HUUA, Rektorat, 63, unpag. Hartung als geschäftsführender Direktor des Historischen Seminars am 5. Oktober 1945. „Seine Weiterbeschäftigung ist von dem leitenden Ausschuß der Universität ausdrücklich genehmigt worden.“ Meldung über Kretzschmars Promotion am 26. Oktober 1949: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 2, Bl. 73.

<sup>218</sup> Vgl. die positiven Gutachten HUUA, UK, I 1, Personalakte Ibbeken, Bd. 1, Bl. 15–24.

<sup>219</sup> Vgl. HUUA, UK, I 1, Personalakte Ibbeken, Bd. 3, Bl. 8f.

<sup>220</sup> „entgehen aber der augenblicklich mit besonderer Schärfe durchgeführten Aktion gegen alle, die jemals Pgs. gewesen sind. Die Bestimmungen darüber haben wiederholt gewechselt, u. vor zwei Monaten würde ich Ihnen auf Grund Ihrer Angaben geraten haben, sich den Fragebogen zukommen zu lassen u. zum Antritt ihrer Dozentur zu melden.“ Hartung an Ibbeken, 1.1. 1946, NL Hartung, LIX, 1.

<sup>221</sup> Hartung an Ibbeken, 25. 10. 1946, NL Hartung, LIX, 1: „in amtlicher Form eine Bescheinigung über die Freiheit ihrer wissenschaftlichen Arbeit vom Nationalsozialismus“.

<sup>222</sup> Berufungsvorschlag Hartungs mit der Versicherung, Philipp sei „völlig unabhängig von faschistischen Einflüssen“ gewesen: HUUA, UK, P 129, Bd. II, Blatt 6.

widersprüchlich. Philipp war ab 1939 in der HJ aktiv,<sup>223</sup> ein Fragebogen aus dem Jahr 1939 verneint die Mitgliedschaft in der NSDAP, SA und SS. Diese Angaben macht auch ein Fragebogen aus dem Jahr 1945.<sup>224</sup> Die Akte der Dozentenschaft enthält allerdings eine Meldung über Philipps Aufnahme in die Partei aus dem Jahr 1941.<sup>225</sup> Es liegt ein insgesamt positives Gutachten des NSD zu Philipp vor, das ihn als Parteigänger des NS kennzeichnet. In einem Fragebogen des Dozentenbundes konnte Philipp seiner wissenschaftlichen Arbeit den geforderten politischen Sinn abgewinnen: „Kulturpolitische Interesse“ [handschriftlich]: „Schaffung einer planmäßigen deutschen Kulturpolitik im Nahen Osten u. Russland. Klarlegung der historischen u. politischen Voraussetzungen dazu in den betr. Ländern. Einbau einer solchen Ostkunde in unsere Nationalerziehung.“<sup>226</sup> Letztendlich lehnte Philipp den im Einvernehmen mit der DVV tatsächlich erfolgten Ruf auf ein Ordinariat (Professor mit Lehrstuhl) ab, wäre aber zu Gastvorlesungen bereit gewesen.<sup>227</sup> (Philipp war dann von 1952 bis 1974 Ordinarius an der Freien Universität).

Im Falle des schwer belasteten Germanisten Hans Pyritz stimmte Hartung (übrigens zusammen mit Meusel und Baethgen) für die Wiedereinstellung des Ordinarius, während Max Vasmer und Wolfgang Steinitz eine weitere Kommission einsetzen wollten.<sup>228</sup>

Ordinarien	Honorarprofessoren	Extraordinarien	Dozenten	Lehrbeauftragte
Werner Frauendienst Hans Übersberger Fritz Valjavec <sup>229</sup> Egmont Zechlin	Wilhelm Ziegler	–	Helmut Lüpke Hans Schick	Georg Leibbrandt Horst Mahnke

*Tabelle 1: Historiker an der Auslandswissenschaftlichen Fakultät, WiSe 1944/45*

<sup>223</sup> HUUA, NS Dozentenschaft ZD I, 803, Behälter 25, Blatt 38.

<sup>224</sup> HUUA, UK, P 129, Bd. I, Blatt 7.

<sup>225</sup> Ebd., Blatt 8.

<sup>226</sup> HUUA, NS Dozentenschaft ZD I, 803, Behälter 25, Bl. 7.

<sup>227</sup> Vgl. HUUA, UK, P 129, Bd. I, Bd. II, Blatt 2 und 6f.

<sup>228</sup> HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 1, Bl. 136, Sitzung vom 11. Dezember 1946.

<sup>229</sup> Lehrstuhl für Volks- und Landeskunde Südosteuropas.

Ordinarien	Honorar-professoren	Extraordinarien	Dozenten	Lehrbeauftragte
Friedrich Baethgen	Josef Becker	Manfred Laubert (NSDAP)	Karl Griewank	Wilhelm Ziegler
Walter Elze (NSDAP)	Albert Brackmann	Eugen Meyer	Rudolf Ibbeken (NSDAP)	
Fritz Hartung	Theodor Mayer (NSDAP)	Werner Peek (NSDAP)	Werner Hahlweg (NSDAP)	
Robert Holtzmann (em.)	Wilhelm Schubart		Erwin Hölzle (NSDAP)	
Willy Hoppe (NSDAP)			Wilhelm Koppe (NSDAP)	
Friedrich Meinecke (em.)			Hedwig Fleischhacker (NSDAP)	
Hermann Oncken (em.)			Robert Stupperich	
Fritz Rörig				
Wilhelm Schübler				
Hans Übersberger (NSDAP)				
Wilhelm Weber				
Ulrich Wilcken (em.)				

*Tabelle 2: Historiker an der Philosophischen Fakultät, 1945*<sup>230</sup>

### Personalentwicklung und Entnazifizierung

Die Fakultät setzte mit Hartung als Dekan Berufungskommissionen für die vakanten Lehrstühle ein<sup>231</sup> und versuchte so die dramatischen personellen Verluste zu kompensieren, die sie nach 1945 erlitten hatte.

Der gewaltige Personalverlust nach 1945, der durch Abwanderung, Tod und Entnazifizierung der Angehörigen des Lehrkörpers zustande kam,<sup>232</sup> gehört zu den grundlegenden Bedingungen des Neubeginns der Berliner Geschichtswissenschaft.<sup>233</sup> Hinzu kam das relativ hohe Alter der beiden einflussreichsten Ordinarien: Fritz Hartung (64) und Fritz Rörig (65).

<sup>230</sup> Ohne Klassische Philologie, Ur- und Frühgeschichte sowie Wehrlehre.

<sup>231</sup> HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 1, Bl. 25, Sitzung des Fakultätsrates am 24. 10. 1945: Griewank teilt mit, dass er eine Liste der für Berufung zu Verfügung stehenden Wissenschaftler angelegt habe. Als erste Kommissionen der Fakultät wurden zum 1. November 1945 eine Geschichtskommission und eine für Altertumswissenschaften eingesetzt.

<sup>232</sup> Vgl. den Überblick bei Jessen, *Akademische Elite*, 261–285. Jessen zitiert einen Aktenvermerk vom 1. 4. 1946 aus dem Bundesarchiv (BArch DR-2, 865): Demnach gab es im November 1944 an der BU 810 Hochschullehrer (incl. Emeriti und nichthabilitierte Lektoren). „Hiervon seien 349 oder 43 % aufgrund der Entnazifizierung und 371 oder 46 % ‚infolge der Nichtwiedereröffnung der Auslandswissenschaftlichen Fakultät, durch Fortgang aus Berlin oder aus anderen Gründen‘ ausgeschieden. Die verbliebenen 90 Hochschullehrer wurden neu bestätigt.“ (Ebd., 265) – nur ein Teil der Personalverluste erfolgte durch aktive Entnazifizierung!

<sup>233</sup> Vgl. den Überblick von Konrad H. Jarausch: *Universität in Umbrüchen. Nachkrieg – Experiment sozialistische Hochschule – Erneuerung*. Zur Einleitung sowie Reimer Hansen: *Von der Friedrich-Wilhelms- zur Humboldt-Universität zu Berlin*, in: Konrad H. Jarausch u. a. (Hg.), *Sozialistisches Experiment und Erneuerung der Demokratie – Die Humboldt-Universität zu Berlin 1945–2010*, Berlin 2012, 17–123. Zum Folgenden auch Jordan, *Kaderschmiede Humboldt-Universität*, 13–18. Daneben: Michael Hubenstorf/Peter Th. Walther, *Politische Bedingungen und allgemeine Veränderungen des Berliner Wissenschaftsbetriebes 1925–1950*, in: Wolfram Fischer u. a. (Hg.), *Exodus von Wissenschaften aus Berlin. Fragestellungen, Ergebnisse, Desiderate, Entwicklungen vor und nach 1933*, Berlin 1994, 5–100; Kowalczyk, *Geist*, 106–120; Mitchell G. Ash, *Verordnete Umbrüche, konstruierte Kontinuitäten. Zur Entnazifizierung von Wissenschaftlern und Wissenschaften nach 1945*, in: *ZfG* 43 (1995), 903–923;

Als neuer Direktor des Historischen Seminars war Hartung zunächst verantwortlich für die Vertretung der Historiker vor den Gremien der Universität. In einer ersten Meldung an die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung (DVV) behauptete er, von den Historikern sei lediglich (sein eigener Assistent) Fritz Kretzschmar Mitglied der NSDAP gewesen.<sup>234</sup> Hier scheint schon eine Selbstreinigung der Historiker stattgefunden zu haben, die bald jedoch von offiziellen Maßnahmen des Magistrats und dann der DVV überholt werden sollten. Die DVV zog schnell die Verantwortung für die Entnazifizierung an sich und erklärte die Beschlüsse von selbständig arbeitenden Kommissionen für irrelevant. Die DVV verlangte von den jeweiligen Dekanen charakterliche Gutachten über die Hochschullehrer, wobei offenbar trotz des Erlasses der SMAD auch die Möglichkeit eingeräumt wurde, in Einzelfällen ehemalige NSDAP-Mitglieder weiter zu beschäftigen.<sup>235</sup> Hinsichtlich der politischen Orientierung wurde lediglich „eine Einstellung, die der neuen Entwicklung entspreche“, erwartet.<sup>236</sup>

Schon mit dem Befehl von Marschall Schukow vom 1. Juli 1945 war eigentlich die Entlassung aller ehemaligen Parteigenossen aus dem öffentlichen Dienst angeordnet worden.<sup>237</sup> Später hatte auch der Alliierte Kontrollrat die Weiterbeschäftigung von PG bei den deutschen Behörden untersagt (1. November 1945) und entsprechende Fragebögen ausgegeben. Eine Liste benennt u. a. die Historiker, die von diesem Beschluss betroffen waren und in Hartungs erster Zusammenstellung nicht vorkamen.<sup>238</sup> Hans Übersberger, Ordinarius für Osteuropäische Geschichte (und gegen seinen Willen zugleich an der Auslandswissenschaftlichen Fakultät), war als Vertreter der sogenannten „völkischen Bewegung in Österreich“ schon seit 1932 Mitglied der NSDAP.<sup>239</sup> Übersberger war seit 1944 in Berlin ausgebombt und befand sich zusammen mit seiner Frau Hedwig (geb. Fleischhacker) in Wien. Noch 1946 signalisierte er die Bereitschaft, wieder in Berlin zu lehren, betonte seine angebliche Distanz zur NSDAP und zur Ostforschung und schrieb sich sogar ein Verdienst bei der Genehmigung der Durchreise Lenins durch Deutschland zu.<sup>240</sup>

---

Mitchell G. Ash, Wissenschaftswandlungen und politische Umbrüche im 20. Jahrhundert. Was hatten sie miteinander zu tun?, in: Rüdiger vom Bruch und Brigitte Kaderas (Hg.), Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der Wissenschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts (2006), 19–37; Lönnendonker, Freie Universität Berlin, 100–104.

<sup>234</sup> 5. Oktober 1945, „Seine Weiterbeschäftigung ist von den leitenden Ausschuß der Universität ausdrücklich genehmigt worden.“ HUUA, Rektorat, 36, unpaginiert.

<sup>235</sup> Vgl. HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 1, Bl. 33, Sitzung vom 14. November. Paul Wandel habe auf die Abgabe der Charakteristiken gedrängt; „es sei wiederum betont worden, daß kein Zwang, keine Fachschule, keine Einengung beabsichtigt sei, daß aber eine Einstellung, die der neuen Entwicklung entspreche, erwartet werde.“

<sup>236</sup> Ebd.

<sup>237</sup> HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 76. Schreiben vom 7. Juli 1945.

<sup>238</sup> HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 76, unpaginiert. Die Liste nennt folgende Namen:  
Ordentliche Professoren: Walter Elze, Will[ie] Hoppe, Niedermayer, Oskar von Hans Übersberger  
Extraordinarien: Manfred Laubert  
Honorarprof.: Theodor Mayer  
nb. ao. Prof.: Werner Peek  
Dozenten: Hedwig Fleischhacker, Werner Hahlweg, Erwin Hölzle, Rudolf Ibbeken, Wilhelm Koppe  
Lehrbeauftragter: Arthur Kühn.

<sup>239</sup> Vgl. die Personalakte: UK, U2, 2 Bde, Bd. 1, Bl. 2.

<sup>240</sup> Brief vom 6. 12. 1946, UK, U2, 2 Bde, Bd. 1, Bl. 90 sowie vom 14. 1. 1947, ebd., Bd. 2, Bl. 91.

Willy Hoppe erhielt sein Kündigungsschreiben vom Rektor Johannes Stroux zum 29. Dezember 1945. Er war nach seinem Austritt aus der DNVP ebenfalls schon 1932 in die NSDAP eingetreten und hatte nach 1933 einen Aufstieg erlebt, der seinen begrenzten wissenschaftlichen Leistungen auf dem Gebiet der brandenburgischen Landesgeschichte nicht entsprach. Der außerordentliche Professor Hoppe erlangte 1935 ein persönliches Ordinariat und 1937 einen regulären Lehrstuhl und wurde als Protegé der NS-Wissenschaftspolitik zum Rektor der Universität ernannt (1937–1942). Fritz Hartung hatte während der NS-Zeit den Gegenspieler Hoppes an der Philosophischen Fakultät gegeben und auch dessen Wahl in die Preußische Akademie der Wissenschaften verhindert.<sup>241</sup>

Ebenfalls Parteigenossen waren der Neuzeit- und Kriegshistoriker Walter Elze (seit 1. Mai 1933). Fraglich war die Parteimitgliedschaft des dennoch ungleich schwerer kompromittierten und zugleich bedeutenderen Althistorikers Wilhelm Weber.<sup>242</sup> Beide verloren ihre Lehrstühle 1945. Elze scheint jedoch auch danach noch mit Forschungsaufträgen versorgt worden zu sein.<sup>243</sup> Dagegen starb Weber unversorgt 1948 in Berlin.

Weiteren Personalverlust bedeuteten die Abgänge von Historikern, die nicht in die SBZ zurückkehren mochten. Zu ihnen zählte der Neuzeitler Wilhelm Schüßler, der seinen Lehrstuhl aufgab.<sup>244</sup> Unklar ist, auf welchem Weg der spätere Reformationshistoriker Robert Stupperich (Dozent) die Universität verließ.

Die einst so fruchtbare Schule Friedrich Meineckes war zum großen Teil nach 1933 schon in die Emigration getrieben worden und stand auch nach 1945 für den Neuaufbau nicht zur Verfügung. Hartung berichtet von einem Besuch Veit Valentins in amerikanischer Uniform; von Gerhard Masur, Dietrich Gerhard und Hans Rothfels fehlte ihm jede Spur.<sup>245</sup>

Einige Historiker verlor die Universität auch, weil die Auslandswissenschaftliche Fakultät, eine Gründung der nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik, nach 1945 nicht mehr eröffnet wurde. Dies betraf die Ordinarien Egmont Zechlin, Werner Frauendienst und Fritz Valjavec sowie zwei weitere Dozenten. Die Vertreter der Philosophischen Fakultät gingen nach 1945 demonstrativ auf Distanz zur den Kollegen der Auslandswissenschaftlichen Fakultät.

---

<sup>241</sup> Walther, Zur Entwicklung der Geschichtswissenschaften in Berlin.

<sup>242</sup> Zur Alten Geschichte im Nationalsozialismus: Volker Losemann, Nationalsozialismus und Antike. Studien zur Entwicklung des Faches Alte Geschichte 1933–1945, Hamburg, 1977; Karl Christ, Römische Geschichte und deutsche Geschichtswissenschaft, München 1982; Beat Näf, Von Perikles zu Hitler? Die athenische Demokratie und die deutsche Althistorie bis 1945, Bern 1986.

<sup>243</sup> Vgl den Brief an den Dekan der Philosophischen Fakultät vom 14. Juni 1948, in dem sich Elze für die Unterstützung bedankt. UK E 54, 4 Bde., Bd. 4, Bl. 88.

<sup>244</sup> NL Hartung, XXXVII.31, 7. 3. 1948, Hartung an Max Braubach: „Schüssler hat hier wegen seiner gesamtdeutschen Einstellung u. wegen eines [...] missverständlichen Artikels über das politische Testament Peters d. Gr. Schwierigkeiten gehabt. Ich glaube, dass sie hätten beseitigt werden können. Aber er hatte keine Lust, um seine Professur zu kämpfen, nachdem er sein Haus, seine Bibliothek, seine gesamten Kolleghefte verloren hatte.“

<sup>245</sup> NL Hartung, XXXVII.31, 27. 1. 1946, Hartung an einen Greifswalder Kollegen.

Philosophische Fakultät – Historiker	Ordinarien <sup>246</sup>	Prof. mit vollem Lehrauftrag	Professoren mit Lehrauftrag	Dozenten / Lehrbeauftragte
WiSe 1946/47	Friedrich Baethgen Fritz Hartung Friedrich Meinecke Fritz Rörig (Alfred Meusel <sup>247</sup> )	Karl Griewank Eugen Meyer	Paul Haake	–
SoSe 1947	Friedrich Baethgen Fritz Hartung Friedrich Meinecke (em.) Fritz Rörig (Alfred Meusel <sup>248</sup> )	–	Paul Haake	–
WiSe 1947/48	Fritz Hartung Friedrich Meinecke (em.) Alfred Meusel <sup>249</sup> Eugen Meyer Fritz Rörig	–	Paul Haake	–

Tabelle 3: Personalentwicklung Historiker 1946–1948

Insgesamt blieben von den acht historischen Ordinarien der Philosophischen Fakultät lediglich drei: Die Mediävisten Friedrich Baethgen (der bald zur MGH nach München gehen sollte) und Fritz Rörig, sowie Fritz Hartung. Von drei Extraordinarien blieben einer (Eugen Meyer, mittelalterliche Geschichte und historische Hilfswissenschaften), von sieben Dozenten ebenfalls einer: der Neuzeitler Karl Griewank. Damit war die Alte Geschichte an der Universität nicht mehr vertreten, und auch die Neuzeithistorie hatte schwere Einbußen erlitten, zumal der Lehrstuhl von Arnold O. Meyer seit dessen tödlichem Reitunfall 1944 vakant geblieben war. Schon am 28. August 1945 konnten die Historiker im Fakultätsrat als entnazifiziert gelten: „Keiner der Genannten war Mitglied der Nationalsozialistischen Partei oder einer ihrer Gliederungen, bzw. Anwärter. Nur der Dozent *Griewank* wurde zwangsweise aus dem Stahlhelm ohne Wissen und Willen in die SA überführt, machte sich aber von dieser Gliederung nach Jahresfrist wieder frei.“<sup>250</sup>

Aufgrund des Ausscheidens fast aller Nichtordinarien waren die Ordinarien auch unter den Historikern stark überrepräsentiert und das fakultätsinterne Generationengefüge – wie an den Universitäten der SBZ insgesamt – stark gestört. Auch ohne die späteren Bemühungen der kommunistischen Hochschulpolitik wäre die Ausbildung neuen wissenschaftlichen Nachwuchses die Schlüsselfrage der kommenden Semester geworden.

<sup>246</sup> Bis zu seinem Tod auch: Otto Hoetzsch und Haake, Neuberufung 1945 (lt. Liste Akte 8).

<sup>247</sup> Lehrstuhl für Politische und Soziale Probleme der Gegenwart.

<sup>248</sup> Lehrstuhl für Politische und Soziale Probleme der Gegenwart.

<sup>249</sup> Lehrstuhl für Neuere Geschichte.

<sup>250</sup> HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 1, Bl. 27.

Übrig blieben diejenigen Historiker, deren nationalkonservatives Bewusstsein eine distanzierte Loyalität oder loyale Distanz zum Nationalsozialismus ermöglicht hatte, ohne dass sie sich durch Preisgabe wissenschaftlicher oder moralischer Kriterien zu sehr kompromittiert hätten. Fritz Hartung hatte sicherlich der NS-Wissenschaftspolitik intern am meisten Schwierigkeiten bereitet. Interessant bleibt dennoch das Ausmaß an politisch-moralischer Belastung, das von der neuen kommunistischen Zentralverwaltung für Volksbildung toleriert oder ignoriert wurde oder aber ihr unbekannt blieb. Fritz Rörig galt selbst seinen Kollegen als derart belastet, dass sie argwöhnten, er sei in der NSDAP gewesen. Rörig hatte selbst seine Arbeit als Historiker und Spezialist für Mittelalter und Hanse explizit in den Dienst des Nationalsozialismus gestellt.<sup>251</sup> Er hatte auch dem berüchtigten NS-Historiker Walter Frank zugearbeitet, übrigens ebenso wie die verbliebenen Hartung und Griewank.<sup>252</sup>

Die Historiker waren zahlenmäßig insgesamt geschwächt; zur Schwäche der verbliebenen Ordinarien bei ihren doch selbstbewussten Ansätzen zur Selbstverwaltung trug auch ihre Uneinigkeit bei. Karl Griewank folgte dem Ruf auf den Jenenser Lehrstuhl u. a. deshalb, weil die Berliner Kollegen sich nicht dazu durchringen konnten, ihn in ihren Kreis aufzunehmen.<sup>253</sup> Griewank war in Berlin lediglich Professor mit vollem Lehrauftrag geworden, weil seine fachliche Qualifikation wie seine Begabung als Hochschullehrer nicht den hohen Ansprüchen an einen Berliner Ordinarius genügten.

---

<sup>251</sup> Nach dem Vorbild der Hanse sollten Rörig zufolge die Deutschen wieder einen kulturprägenden Einfluss auf den nordeuropäischen Raum ausüben (vgl. Ursula Wolf, *Litteris et patriae. Das Janusgesicht der Historie*, Stuttgart 1996, 314–318; Karen Schönwälder, *Historiker und Politik. Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M./New York 1992, passim). Rörig hatte auch den II. Weltkrieg gerechtfertigt.

<sup>252</sup> Vgl. die Publikation der Berliner Historiker im Rahmen des Großprojekts aus Walther Franks Reichsinstitut: *Das Reich und Europa*, 2. Aufl., Leipzig 1941. Vgl. zu Griewank Frank-Rutger Hausmann, „Deutsche Geisteswissenschaft“ im Zweiten Weltkrieg. Die „Aktion Ritterbusch“ (1940–1945), Dresden 1998, 200. Insgesamt dazu Helmut Heiber, *Walter Frank und sein Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands*, Stuttgart 1966. Später sollte mit Eduard Winter noch ein weiterer schwer belasteter Historiker an die Humboldt-Universität gelangen; vgl. Ingo Haar und Eduard Winter, „Sudetendeutsche“ Sprachinselforschung zwischen Volksgruppen-Bildung und Münchener Abkommen. Eduard Winter, Eugen Lemberg und die Nationalisierung und Radikalisierung des deutsch-katholischen Wissenschaftsmilieus in Prag (1918–1938), in: Hans Henning Hahn (Hg.), *Hundert Jahre sudetendeutsche Geschichte* (2007), 207–242.

<sup>253</sup> NL Hartung, XXXVII.2, 9. Aug 1946, Hartung an Schüssler, 3 Bl., hier: 2.

## Hartung und Rörig

Zwischen Hartung und Rörig stand es aus anderen Gründen nach 1945 nicht zum Besten. Rörig war bald nach Kriegsende in den Ruch geraten, sich in seinen politischen Auffassungen dem NS angenähert zu haben.<sup>254</sup> Tatsächlich hatte er auch enge Beziehungen zum NS-Wissenschaftsminister Rust geknüpft, einige Kollegen hielten ihn für ein ehemaliges NSDAP-Mitglied. Rörig musste um die Erhaltung seiner Professur kämpfen. Er wurde in der Presse für seinen Opportunismus öffentlich angegriffen: „Mit hohlem Pathos u. weitausholenden Armbewegungen, so steht er vor uns, einer jener typischen deutschen Professoren. Typisch in seiner politischen Instinktlosigkeit, typisch in seiner Willfährigkeit gegenüber jedem politischen Machthaber, der sein Ste[c]kenpferd streichelt.“<sup>255</sup>

Hartung hatte an diesen Gerüchten zwar keinen Anteil. Er kritisierte aber in einem persönlichen Briefwechsel den Kollegen hart anlässlich einiger Artikel, die Rörig in der Tagespresse hatte erscheinen lassen:<sup>256</sup>

„Was mir an Ihren Artikeln missfällt, ist vielmehr die Tatsache, dass Sie, der Sie Jahre lang den Eroberungskrieg Hitlers begeistert mitgemacht haben, als Redner für ihn eingetreten sind u. seine Schlagworte z. B. vom diabolischen Prinzip des europäischen Gleichgewichts angewendet haben, jetzt mit fliegenden Fahnen ins entgegengesetzte Lager übergegangen sind u. von der imperialistischen Gewaltorganisation übelster Prägung usw. schreiben, als ob Sie nie eine andere Ansicht gehabt u. öffentlich vertreten hätten.

Dabei stehen Sie innerlich auch heute noch auf dem Boden des Hitlerschen Eroberungskrieges, denn bei jedem Gespräch kommen Sie auf Ihre These zurück, dass wir Gibraltar hätten nehmen müssen. Verbrecherische Handlungen aber bleiben verbrecherisch, auch wenn sie erfolgreich ausgehen. Meiner Ansicht nach musste ein Historiker, der Quellenkritik gelernt hat, von Anfang an erkennen, dass dieser Krieg eine Auflehnung gegen die sittlichen Grundsätze des Gemeinschaftslebens der Völker war, dass er alle im Lauf der Jahrhunderte für Frieden u. Krieg entwickelten Regeln des Völkerrechts verletzte u. nur zum Chaos führen konnte. Das habe ich als das Schwerste empfunden, dass wir in diesem Krieg unserm Volk den Sieg gar nicht wünschen durften. Sie sind anderer Ansicht gewesen, darüber rechte ich nicht mit Ihnen.“

Der Neuzeithistoriker sah zu Rörigs Verdruss auch keinen Anlass, den Gerüchten durch eine offene Ehrenerklärung entgegenzutreten.<sup>257</sup> Stattdessen legte er dem Kollegen nahe, wenigstens jetzt seine politische Betätigung für die neuen Machthaber einzustellen, da Rörig durch seinen von missgünstigen Dritten als opportunistisch empfundenen Haltungswechsel selbst zu genaueren Nachforschungen in seiner Vergangenheit einlade.<sup>258</sup>

---

<sup>254</sup> Vgl. zur NS-Verstrickung des Mediävisten: Schönwälder, Historiker und Politik, passim.

<sup>255</sup> NL Hartung, LIV.2, Abschrift Telegraf 8. I. 1947, „Ein deutscher Professor“ (unterzeichnet mit Kritikus).

<sup>256</sup> NL Hartung, LIV.2, 26. März 1946.

<sup>257</sup> Einen entsprechenden Brief archivierte Hartung mit der Notiz: „wird nicht beantwortet“. (NL Hartung, LIX.26, Rörig an Hartung, 1. Oktober 1945).

<sup>258</sup> NL Hartung, LIX.26, Hartung an Rörig, 1. 4. 1946: „weil ich aus Gesprächen, die ich nicht angefangen habe, und aus Briefen weiss, dass Kollegen, die Sie nicht so gut kennen wie ich, zwischen Ihrer auch in den



Rörig reagierte empört, strich die Kontinuität seiner „alten, wahrhaft völkischen und deshalb immer auch antiimperialistischen, vor allem aber ethischen Einstellung“ heraus, die ihn auch in Abstand zum Nationalsozialismus gehalten habe.<sup>259</sup> Sein Verhältnis zu Rust charakterisierte er sogar als Form des Widerstandes: Der einzige Besuch beim Minister hätte nur dem Zweck gedient, der „Besorgnis“ des Historikers über die Massenmorde im Osten Europas Ausdruck zu verleihen.<sup>260</sup> Hartung hatte offenbar kein Interesse und vielleicht auch moralische Scheu, der NS-Vergangenheit seines Kollegen weiter nachzugehen; allerdings mokierte er sich in Briefen gelegentlich über die öffentlichen Anbiederungsversuche Rörigs bei den kommunistischen Machthabern in der SBZ und beim kommunistischen Dekan Meusel.<sup>261</sup>

Rörig wiederum beargwöhnte das enge Verhältnis zwischen Baethgen und Hartung, fühlte sich in wichtigen Entscheidungen u. a. an der Akademie und vom Vorstoß Baethgens, die Leitung der MGH zu übernehmen, übergangen.<sup>262</sup> Nicht viel besser stand es mit seinem dritten Kollegen, dem Hilfswissenschaftler Eugen Meyer. Rörig sah in dessen Berufung zum außerordentlichen Professor ein Ergebnis der Protektion durch die NS-Hochschulpolitik. Das Lehrgebiet der Hilfswissenschaften beanspruchte er nach 1945 für seine eigene Lehrstuhldenomination.<sup>263</sup> Hartung empfand dagegen Meyers Rolle in Fakultät und Seminar als wohltuend, da er mit seiner Sachlichkeit hier ein Gegengewicht zu Rörig sein könne.<sup>264</sup> Allerdings hielt der Neuzeitler auch die wissenschaftlichen Leistungen Meyers für sehr dürftig.

Die Entzweiung Rörigs mit seinen bürgerlichen Fachkollegen aufgrund seiner NS-Belastung und dem schnellen öffentlichen Einschwenken auf eine demokratisch-antifaschistische Linie nach 1945 begünstigte allerdings Rörigs Annäherung an Alfred Meusel.<sup>265</sup>

---

Beziehungen zu Rust nach aussen zutagegetretenen Haltung im Kriege u. Ihren jetzigen Zeitungsartikeln einen Widerspruch finden. Und deshalb fände ich es ratsam, wenn Sie sich in der Kritik der deutschen Politik zwischen 1933 u. 1945 etwas mehr zurückhalten wollten. Sie werden, das wissen Sie ja selbst, von vielen für einen Nazi gehalten. Ich bin dieser Behauptung ebenso wie meines Wissens Baethgen stets entgegengetreten.“

<sup>259</sup> NL Hartung, LIX.26, 28. März 1946

<sup>260</sup> NL Hartung, LIX.26, 4.4. 1946, Fritz Rörig, Beilage eines Briefes an Fritz Hartung: „Meine ‚Beziehungen‘ zu Reichsminister Rust“.

<sup>261</sup> Vgl. NL Hartung, XXXVII.1: Hartung an Albert Brackmann, 26. I. 1947: „Rörig geht es augenblicklich schlecht; der Tagesspiegel [...] ha[t] ihn wegen seiner Wendigkeit scharf angegriffen. Er war einige Tage recht gedrückt u. steckte immer mit dem neuen Dekan zusammen [...] Die einzig richtige Konsequenz, sich etwas zurückzuhalten, wird er leider nicht ziehen.“ Er sollte aber doch „über seine politischen Ergüsse der Hitlerzeit Gras wachsen zu lassen“. Gegenüber Wilhelm Schübler kritisierte Hartung: „Rörig ist zu aufgeregt; auch kann ich mich mit seinem Bestreben, auch den jetzigen Kurs durch Dick u. Dünn begeistert mitzumachen, nicht befreunden.“ NL Hartung, XXXVII.2: 9. Aug 1946.

<sup>262</sup> Vgl. NL Hartung, LIX.26, Rörig an Hartung, 17. September 1945.

<sup>263</sup> NL Hartung, LIX.26, Rörig an Hartung, 12. Juni 1945.

<sup>264</sup> NL Hartung, LIX.26, Hartung an Albert Brackmann, 1. 1. 1948.

<sup>265</sup> Vgl. NL Hartung, XXXVII.2: 9. Aug 1946.

## Personelle Ergänzungen

Die Fakultät reagierte auf die angespannte Personalsituation zunächst, indem sie interne Möglichkeiten der Aufbesserung des Personalbestandes suchte. Zugleich versuchte sie im Zuge der avisierten Rückkehr zur institutionellen Ordnung der Weimarer Jahre, die traditionellen Rekrutierungsmechanismen für den wissenschaftlichen Nachwuchs zur Geltung zu bringen. Zu den ersten oder letzten Habilitanden gehörte Hans Haußherr, der am 1. März 1945 von der Fakultät zur öffentlichen Lehrprobe zugelassen wurde.<sup>266</sup> Die geplante Habilitation des katholischen Priesters Bernhard Stasiewski, der noch von Albert Brackmanns Projekt der „Ostforschung“ herkam, scheiterte, da jener im Juli 1946 offenbar vom NKWD verschleppt wurde.<sup>267</sup> Dagegen scheint sich Otto Haintz, ehemals Schüler Hans Delbrücks, erfolgreich bei Hartung und Rörig habilitiert zu haben.<sup>268</sup> Eine Anstellung folgte daraus freilich nicht. Gesuche für Lehraufträge wurden meist abgewiesen und stattdessen auf das ordentliche Habilitationsverfahren verwiesen.<sup>269</sup> Das wichtigste Kriterium war die wissenschaftliche Eignung der Kandidaten, auch die Bedürfnisse der Fakultät bei der Ergänzung des Lehrangebots spielten eine Rolle.<sup>270</sup>

Zu den internen Möglichkeiten gehörte die Reaktivierung schon ausgeschiedenen Lehrpersonals. Mit dem Osteuropahistoriker Otto Hoetzsch bemühte man sich um ein nationalkonservatives Opfer der NS-Wissenschaftspolitik. Hoetzsch wurde erfolgreich reaktiviert, verstarb jedoch schon 1946.<sup>271</sup> Offenbar konnte die Fakultät hier noch sehr eigenständig agieren, denn Hartung berichtete, dass ihr von einer bestimmten „Seite“ aus die Berufung des kommunistischen Historikers Walter Markov nahegelegt worden sei<sup>272</sup> – offenbar ein früher Versuch kommunistischer Hochschulpolitiker, Berufungsverfahren an der Philosophischen Fakultät zu beeinflussen.

---

<sup>266</sup> HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 1, Bl. 1.

<sup>267</sup> Habilitation des Dr. Stasiewski: Referent Hoetzsch, 2. Vasmer. Die Kommission bestand weiterhin aus Meyer, Baethgen, Hartung, Rörig. (HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 1, Bl. 57, 27. Feb. 1946).

<sup>268</sup> HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 1, Bl. 109.

<sup>269</sup> So bewarb sich der jüdische Gelehrte Reinherz um einen Lehrauftrag im Bereich Geschichte, wurde aber auf das regelrechte Habilitationsverfahren verwiesen (HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 1, Bl. 45, 16. Januar 1946). Er fiel später im Habilitationskolloquium durch (ebd., 118). Die zuständigen Referenten waren Hartung und Holtzmann, zur Kommission gehörten Baethgen, Hoetzsch, Meyer, Rörig, Neubert (HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 1, Bl. 68). Reinherz war nach 1945 Leiter der VHS Berlin-Mitte, eingeladen bei der „Kommission zur demokratischen Erneuerung des Geschichtsunterrichts“ (Berthold, *Marxistisches Geschichtsbild*, 213). Vgl. auch den Antrag Dr. A. Werner um eine Professur für „Sozialismus“ – er sollte von der Fakultät erst entschieden werden, wenn ein Verzeichnis der selbständigen Schriften eingereicht wird. (Ebd., HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 1, Bl. 57).

<sup>270</sup> Wissenschaftliche Eignung etwa in HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 1, Bl. 120. Für die Bedürfnisse der Fakultät vgl. etwa HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 1, Bl. 82, Ablehnung eines Gesuchs der DVV.

<sup>271</sup> Seine Konzeptionen für die Osteuropäische Geschichte an den Universitäten erschienen postum: Otto Hoetzsch, Die Eingliederung der osteuropäischen Geschichte in die Gesamtgeschichte nach Konzeption, Forschung und Lehre, Pädagogik (1946), 33–42. Er plädierte vor allem für eine intensive Erforschung der Geschichte Russlands und der Sowjetunion und ihre Eingliederung in die allgemeine Geschichte, allerdings „in der bewährten methodischen Weise wie früher“ (42.) – vgl. Berthold, *Marxistisches Geschichtsbild*, 237.

<sup>272</sup> NL Hartung, LIX.31, 20. 2. 1948, Hartung an Max Braubach.

Der greise Friedrich Meinecke wurde von der DVV reaktiviert, stand jedoch nur noch für sonntägliche Kolloquien zur Verfügung.<sup>273</sup> Mit Paul Haake wurde ein pensionierter außerordentlicher Professor wiederingestellt, der sich in einer persönlichen Notlage befand und dringend nach Verdienstmöglichkeiten Ausschau hielt. Der über 70-jährige, fast erblindete Haake stellte sich dabei dreist und verzweifelt als Opfer der NS-Wissenschaftspolitik dar, obgleich er sich dieser nach 1933 noch als Gegner Friedrich Meineckes angedient hatte. Der SMAD legte er schon 1945 eine historische Deutung des Nationalsozialismus für eine Druckgenehmigung vor,<sup>274</sup> schlug der Fakultät eine Vorlesung zum Thema „Die Deutschen 1918–1945“ vor und regte die Einrichtung einer fakultätsinternen Untersuchungskommission zu den Jahren 1933 bis 1945 vor – Vorschläge, die in den Sitzungen des Fakultätsrates abgelehnt wurden.

Außerdem wurden der Bibliothekswissenschaftler Joris Vorstius und der Münzkundler Suhle für hilfswissenschaftliche Veranstaltungen herangezogen; der Epigrafiker Günther Klaffenbach wechselte von der Klassischen Philologie und hielt nun althistorische Vorlesungen. Die Positionen von Eugen Meyer und Karl Griewank<sup>275</sup> wurden von der Philosophischen Fakultät aufgewertet. Meyer wurde auf Vorschlag der Fakultät ordentlicher Professor („mit Lehrstuhl“) für Historische Hilfswissenschaften. Karl Griewank wurde zum Professor mit vollem Lehrauftrag berufen, womit man vergeblich seinen Weggang nach Jena zu verhindern suchte.

Auf dem Wege der Rückkehr zur universitären Selbstverwaltung setzte die Fakultät auch Berufungskommission für die historischen Lehrstühle ein. Sie scheint dabei zunächst ganz selbstbewusst und selbstverständlich an die „große Zeit“ angeknüpft zu haben und streckte die Fühler nach Wissenschaftlern aus, die sich auf der Höhe ihrer Leistungsfähigkeit befanden. Anfragen ergingen an den Althistoriker Matthias Gelzer.<sup>276</sup> In anderen Fachbereichen standen etwa Theodor Litt<sup>277</sup>, Theodor Frings, Otto Regenbogen und Bruno Snell auf der Wunschliste der Kommissionen.<sup>278</sup> Der junge und vielversprechende Werner Philipp wurde von einer Kommission *unico loco* zum Nachfolger des 1946 verstorbenen Otto Hoetzsch berufen.<sup>279</sup> Philipp hatte vor seinem Kriegseinsatz schon als Dozent an der Universität gearbeitet. Seine Berufung wurde von Fritz Hartung betrieben.

---

<sup>273</sup> Für seine Wiedereinsetzung in die vollen Rechte als Ordinarius hatte sich vor allem Johannes Stroux stark gemacht, vgl. Peter Th. Walther, Die Zerstörung eines Projektes. Hedwig Hintze, Otto Hintze und Friedrich Meinecke nach 1933, in: Gisela Bock und Daniel Schönplugh (Hg.), Friedrich Meinecke in seiner Zeit, Stuttgart 2006, 119–143, 219.

<sup>274</sup> Personalakte Paul Haake, [ohne Signatur], Bde. I-III, Bd. II, Blatt 60 und Bd. III, Blätter 12f.

<sup>275</sup> Den Antrag hatte Griewank selbst gestellt. Der Kommission gehörten die Professoren Baethgen, Hartung, E. Meyer, Hoetzsch, Holtzmann und Rörig an (UA, Philosophische Fakultät nach 1945, 1, Bl. 68).

<sup>276</sup> Nachfolge Wilhelm Weber. Vgl. UA, Philosophische Fakultät nach 1945, 1, Bl. 113.

<sup>277</sup> HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 1, 116, *unico loco* als Nachfolger für Eduard Spranger.

<sup>278</sup> HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 1, Bl. 80f.

<sup>279</sup> Vgl. UA, Philosophische Fakultät nach 1945, 1, Bl. 108. Zu Hartungs Bemühungen um Philipp: Vgl. UK, P 129, 2 Bde., Bd. 2, Bl. 6.

Für die Nachfolge Willy Hoppes auf den Lehrstuhl für Historische Geographie und Landeskunde waren die Landeshistoriker Mager, Berthold und Schulze vorgesehen.<sup>280</sup> Am 8. Mai 1946 setzte der Fakultätsrat eine Kommission für die Nachfolge auf den Lehrstühlen für Neue Geschichte (Nachfolge Wilhelm Schüßler und Arnold O. Meyer) ein, die aus den Professoren Baethgen, Hartung, Hoetzsch, E. Meyer, Rörig und Spranger bestehen sollte.<sup>281</sup> Dass diese Bemühungen bald parallel mit denen der DVV vorangingen, zeigt an, dass die Fakultät bei der Besetzung der Professuren bald auf die hochschulpolitischen Machthaber würde Rücksicht nehmen müssen.<sup>282</sup> Dennoch machte die Kommission der Fakultät einen eigenständigen Zweivorschlag: Am 27. November 1946 nannte sie 1. Gisbert Beyerhaus (Breslau) und 2. Peter Rassow (Köln) als ihre Kandidaten. Fritz Hartung war auch mit Johannes Kühn (Leipzig) im Gespräch.<sup>283</sup>

### Übergang des Dekanats von Fritz Hartung auf Alfred Meusel

Unterdessen hatte Fritz Hartung 1946 als Nachfolger eines erkrankten Kollegen das Dekanat der Philosophischen Fakultät übernommen. Hier zeigte er jedoch Ermüdungserscheinungen.<sup>284</sup> Wohl auch aus diesem Grund war der Historiker froh, dass sich mit Alfred Meusel bald ein tatkräftigerer Kollege finden sollte, wobei er die Folgen für die Selbständigkeit der Fakultät bei ihrer Personalpolitik falsch einschätzte.<sup>285</sup>

Nach dem Tod des Dekans Deubner hatte Hartung zwar dessen Geschäfte weitergeführt, aber seine eigene Wahl zum Dekan durch Hinweis auf seinen Gesundheitszustand abgelehnt. Zugleich scheint sich die DVV gegen Dekanswahlen im herkömmlichen Sinn ausgesprochen zu haben, um sich selbst die Ernennung vorzubehalten.<sup>286</sup> Offenbar ist es dann doch zu einer formal regulären Neuwahl im Fakultätsrat gekommen. Mit Alfred Meusel wurde ein kommunistischer Wissenschaftler gewählt, der aufgrund seiner engen persönlichen Kontakte die Zustimmung der DVV erhalten hatte. Das Protokoll der Sitzung vom 27. November 1946 verzeichnet als Ergebnis der Abstimmung: Meusel (14), Baethgen (3), Vasmer (2), Hartung, Rörig, Schadewaldt (je 1).<sup>287</sup>

---

<sup>280</sup> Wiederbesetzung des Lehrstuhls für Historische Geographie (Mager, Berthold Schulze) soll von den Historikern beraten werden. (HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 1, Bl. 46, 16. Januar 1946).

<sup>281</sup> HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 1, Bl. 75.

<sup>282</sup> HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 1, Bl. 107.

<sup>283</sup> Schochow, Ein Historiker in der Zeit, 235.

<sup>284</sup> NL Hartung, XXXVII.2, 9. Aug 1946, Hartung an Schüssler.

<sup>285</sup> NL Hartung, LIX.3, Hartung an den Orientalisten Paul Kahle in London, 8. 12. 1946. Hartung gibt das Dekanat „an den gewählten Nachfolger Meusel ab, den Sie vielleicht von seinem langjährigen Aufenthalt in London kennen. Es ist ja eine Art Armutszeugnis für die Berliner Fakultät, dass sie keinen älteren mit ihrer Tradition besser vertrauten Kandidaten zu benennen wusste. Aber Meusel hat auf uns alle durch seine Ruhe u. Sachlichkeit einen guten Eindruck gemacht, so dass wir ihn vertrauensvoll zum Dekan gewählt haben. Er macht auch noch einen kräftigen Eindruck, wir brauchen also nicht zu befürchten, dass es ihm gehen wird wie dem armen Liebert [auch ein Remigrant], der sich mit vollen Segeln in das Dekanat der neu errichteten pädagogischen Fakultät begab u. sich dort in kurzer Zeit überarbeitete u. vor vier Wochen nach einem Schlaganfall gestorben ist.“

<sup>286</sup> HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 1, vgl. Fußnote 17 in diesem Abschnitt.

<sup>287</sup> HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 1, Bl. 124.

Meusel war eben erst zum Ordinarius mit Lehrgebiet „Politische und Soziale Probleme der Gegenwart“ berufen worden, also entgegen den Usancen der Dekanswahl noch nicht lange Mitglied der Fakultät. Am 11. Dezember bedankte sich Meusel für die Wahl „und spr[ach] Prof. Hartung für das ihm persönlich gezeigte Entgegenkommen besonderen Dank aus“.<sup>288</sup>

Hartung arbeitete eine Weile als Prodekan mit Meusel zusammen. Er leitete noch 1947 eine Kommission der Fakultät für Prüfungsfragen und vertrat Meusel bei Lehrveranstaltungen und wichtigen Sitzungen. Er sollte neben Klaffenbach (Alte Geschichte) und Rörig (Mittelalter) der offiziell bestellte Prüfer bei den Staatsexamina im Fach Geschichte sein.<sup>289</sup>

Der ehemalige Dekan zog noch im März 1947 eine verhalten positive Bilanz: An der Universität „ist im Ganzen alles gut gegangen, ohne Konflikte mit der SMA. Dass die Zeitungen, zumal der Tagesspiegel, dauernd gegen den Rektor u. die Zentralverwaltung Stimmung machen, empfinde ich als sehr ungehörig, obwohl ich zugebe, dass beide Instanzen etwas zu rechthaberisch u. zu wenig demokratisch vorgehen.“<sup>290</sup>

Nur wenige Tage nach Hartungs Bekundung der Zufriedenheit und zeitgleich mit der Übernahme des Dekanats am 11. Dezember 1946 teilte Alfred Meusel der Fakultät jedoch eine Anweisung des Verwaltungsdirektors der Universität mit, wonach jede an den einzelnen Instituten „frei werdende Stelle umgehend zu melden ist, die Wiederbesetzung einer freigewordenen Stelle nur nach einer besonderen Ermächtigung erfolgen kann und alle zur Zeit etwa schwebenden Verhandlungen mit neu einzustellenden Personen sofort abzubrechen sind und neue Verhandlungen nicht eingeleitet werden dürfen.“<sup>291</sup> Fortan waren die Möglichkeiten der Fakultät zu ihrer Selbstergänzung deutlich beschnitten. Die Personalpolitik der Fakultät wurde nun offenbar durch den Dekan Meusel selbst in enger Zusammenarbeit mit der DVV organisiert. Wahrscheinlich konnte die Fakultät von Fall zu Fall informellen, beratenden Einfluss auf Meusel nehmen, denn die DVV und der Dekan blieben bei der Kandidatenauswahl auf die wissenschaftliche Expertise der Kollegen angewiesen. Im Rückblick wird der Einschnitt durch die zitierte Bestimmung zusätzlich dadurch relativiert, dass die Berufungsvorstellungen der Fakultät angesichts der sowjetischen Besatzung kaum Erfolgchancen gehabt hätten. Unter den Historikern waren einige ältere bürgerliche Professoren geblieben, neue Kräfte waren jedoch nicht zu gewinnen. Das hatte die Berufung Werner Philipps gezeigt, die von der DVV unterstützt wurde, jedoch an der Absage des Osteuropahistorikers gescheitert war. Philipp ging bald in den Westteil der Stadt und lehrte an der Freien Universität (FU).

Das Vorlesungsverzeichnis des Wintersemesters 1947 weist unter den Historikern noch die Ordinarien Hartung, Meyer und Rörig aus. Alfred Meusel hielt nun ebenfalls historische Lehrveranstaltungen ab. Friedrich Meinecke, der bald Gründungsdirektor der FU werden

---

<sup>288</sup> Ebd., Bl. 134.

<sup>289</sup> Sitzung vom 26. November 1947, HUUA, Phil.Fak. n. 1945, 1, Bl. 184.

<sup>290</sup> NL Hartung, XXXVII.1: Schreiben am 9.3. 1947, Hartung an Albert Brackmann, 2 Bl., hier: 2.

<sup>291</sup> UA, Philosophische Fakultät nach 1945, 1, Bl. 134.

sollte, wurde als Emeritus geführt. Neben Hartung war Paul Haake als Professor mit Lehrauftrag der zweite Historiker, der auch schon vor 1933 als solcher an der Berliner Universität gearbeitet hatte.

Hinzu kamen nun weitere Abgänge. Bald verließ Eugen Meyer die Berliner Universität. Friedrich Baethgen war schon zur MGH nach München gewechselt, Fritz Hartung ging 1948. „An der Universität habe ich den Kampf aufgegeben, nicht aus Feigheit, auch nicht aus Müdigkeit, sondern aus dem Gefühl heraus, daß ich mich an dem Rückgang mitschuldig mache, wenn ich weiter lese.“<sup>292</sup> Anderen Historikern gegenüber hatte er die Prüfungsordnung von 1948 als Anlass angegeben, denn er befürchtete durch sie eine zunehmende Verschulung und Politisierung. Nach einer weiteren Version gab die Zulassungspolitik gegenüber den neuen Studenten, für die Meusel verantwortlich war, den Ausschlag. Tatsächlich schrieb er an Hermann Heimpel: „man untergräbt unsere Lehrtätigkeit von unten her, indem man ganz einseitig nur oder fast nur Söhne von Arbeitern u. Bauern immatrikuliert, die Kinder von akademisch Gebildeten aber grundsätzlich zurücksetzt. [...] Aber auch unter den Arbeiterkindern ist die Auswahl sehr einseitig, man sagt Arbeiter oder Bauer [...] u. meint SED“<sup>293</sup>. Einen konkreten Anlass für das Ausscheiden des renommiertesten und dienstältesten Historikers der Universität, zugleich eines Doyen der älteren deutschen Geschichtswissenschaft, bedurfte es wohl ohnehin nicht. Hartung hatte 1948 die neu verfügte Altersgrenze für Ordinarien erreicht und schied regulär aus dem Universitätsdienst aus; eine Weiterbeschäftigung hätte nur auf gesonderten Antrag erfolgen können.

### Historiker an der Berliner Universität: Bedeutender Personalverlust 1945–1948

Der Personalverlust war zumindest für die Historikerschaft der Berliner Universität der umfangreichste seit der Universitätsgründung 1810. Nach den langen Jahren des Zuwachses übertraf er auch das Ausmaß der Abgänge, die nach 1933 durch die nationalsozialistische Wissenschaftspolitik erzwungen worden war. Auch ohne die bald ins Werk gesetzten Maßnahmen zum Aufbau einer marxistischen, auch leninistischen und stalinistischen Geschichtswissenschaft handelte es sich bei den Jahren zwischen 1945 und 1948 um den schärfsten Kontinuitätsbruch in der Entwicklung der Berliner Geschichtswissenschaft. Angesichts der schnellen Entnazifizierung und des Abgangs weiterer Historiker bis 1947 zur Endphase der Entnazifizierung war eine „neue[.] Welle politischer Verdrängungsaktionen“<sup>294</sup> gar nicht notwendig, um den Wiederaufbau unter den Auspizien der kommunistischen Hochschulpolitik einzuleiten.

---

<sup>292</sup> Schochow, Ein Historiker in der Zeit, 237. Das folgende 236.

<sup>293</sup> Hartung an Hermann Heimpel, 20. 12. 1948, zit. in: Kowalczyk, Legitimation, 95. Dafür verantwortlich war Meusel, der als Dekan zugleich Vorsitzender der Zulassungskommission für die Studierenden war.

<sup>294</sup> Jessen, Akademische Elite, 279.

Mit Alfred Meusel hatten die Historiker 1946 ohne ihr Zutun einen Akteur gewonnen, der diesen Neuaufbau nach eigenen Vorstellungen gestalten wollte und für den politische Parteinahme nicht mit Abstrichen an wissenschaftlicher Qualität erkaufte werden sollte. Der einzige Historiker, an dem eine personelle Kontinuität zwischen der traditionellen historistischen Geschichtswissenschaft der Zwischenkriegszeit und der neuen Geschichtswissenschaft nach 1945 festgemacht werden könnte, ist der Mediävist Fritz Rörig, der nach dem Abgang von Hartung Direktor des alten Historischen Seminars wurde. Er würde sich in Zukunft an der Seite von Meusel behaupten müssen.

### Lehrveranstaltungen der Historiker – Präsenz des Neuankömmlings

Die wichtigste Veränderung im Personalbestand der Historiker lässt sich leicht an den Vorlesungsverzeichnissen der ersten Nachkriegssemester ablesen.<sup>295</sup> Mit Alfred Meusel rückte ein linker Soziologe, der von der DVV die neu geschaffene Professur für „Politische und soziale Probleme der Gegenwart“<sup>296</sup> erhalten hatte, auf historisches Lehrgebiet vor. Der bissige Kommentar von Hartung lautete, jener habe in der Emigration eine „unglückliche Liebe zur Geschichte“ gefasst.<sup>297</sup>

Im Wintersemester 1946/47 durfte Geschichte zum ersten Mal nach Kriegsende wieder gelehrt werden. Die wenigen Historiker vermieden die Nationalgeschichte und widmeten sich allgemeinen Vorlesungen zur europäischen Geschichte. Hartung hielt seine große Vorlesung zur „Allgemeinen Verfassungsgeschichte der Neuzeit“ und wollte sie im kommenden Semester offenbar bis zur Gegenwart führen. Meinecke bot sein Kolloquium an, die Alte Geschichte fehlte ganz. Ab dem Sommersemester 1947 begann dann Alfred Meusel, die wichtigen politischen und gegenwartsnahen Themen zu besetzen und akzentuierte sie im Sinne seines marxistischen Geschichtsbildes. Er las über „Demokratische Bewegungen und Ideen im 19. Jahrhundert“, dann die „Geschichte der modernen Arbeiterbewegung (Wintersemester 1947/48 und Sommersemester 1948), womit er an seine Lehrtätigkeit an der RHTW Aachen anschließen konnte.<sup>298</sup> Mit dem dreistündigen Kolleg über die „Geschichte der neueren Geschichtsschreibung und -auffassung“ machte er sich erstaunlich schnell eine Anregung Fritz Hartungs zu eigen.<sup>299</sup> Für die Ausbildung jüngerer Historiker war dies eine zentrale Veranstaltung, denn in ihr konnte der Dozent im Zuge der akademischen „Vergangenheitsbewältigung“ seinen Abstand zur älteren deutschen Historiografie artikulieren und durch Kritik den eigenen wissenschaftlichen Neubeginn legitimieren. Zudem hielt Meusel auch die für alle Studenten verbindliche Veranstaltung zu Problemen der

<sup>295</sup> Vgl. zum Folgenden die Vorlesungsverzeichnisse von Sommersemester 1947 bis Wintersemester 1948/49, die in Mikrofiches in der Universitätsbibliothek der Humboldt-Universität zu Berlin einzusehen sind.

<sup>296</sup> Vgl. das VL-MS in ABBAW, NL Meusel, Mappe 440. Auch über die zentrale Rolle der Intellektuellen in der sozialistischen Revolution (Selbstbewusstsein des Intellektuellen gegen Parteifunktionäre). Vgl. ebd., 576 den Antrag auf Gründung des Instituts.

<sup>297</sup> Zit. nach Schochow, Ein Historiker in der Zeit, 241.

<sup>298</sup> ABBAW, NL Alfred Meusel, Lebenslauf II, Bl. 6f.

<sup>299</sup> Huschner, Deutsche Historiker, 900: Hartung hatte die Aufnahme solcher Veranstaltungen schon auf der Tagung im Mai 1946 vorgeschlagen.

Gegenwart, für die er den Lehrstuhl bekommen hatte – dadurch besaß der Remigrant schnell eine starke Präsenz beim wissenschaftlichen Nachwuchs.

Während Hartung und Rörig weiter bei ihren politisch betont neutralen Veranstaltungen blieben, ergänzte Meusel sein Repertoire um ein Seminar zur Weimarer Republik (Wintersemester 1948/49) und um die „Geschichte der deutschen Revolution von 1848“ (Sommersemester 1948) – zum 100. Jahrestag des viel gedeuteten und beschworenen Erinnerungsortes der Zeit und zugleich ein Angelpunkt des marxistischen Geschichtsbildes. Für die jungen, sozialistisch eingestellten Studierenden repräsentierte Meusel damit einen Bruch mit der Vergangenheit, und er konnte ihr Interesse sehr viel besser befriedigen als die älteren Hochschullehrer.<sup>300</sup>

Im Wintersemester 1948/49 scheinen Hartung, Rörig und Meusel sich in ihren Veranstaltungen aufeinander abgestimmt zu haben, denn sie decken zusammen Überblicksvorlesungen vom Mittelalter bis in die Neuzeit ab, wobei Meusel die Frühe Neuzeit (mit dem Bauernkrieg) lehrte.<sup>301</sup> Doch zugleich war die Zeit der Koexistenz schon beendet, denn Fritz Hartung schied noch im Jahr 1948 auf eigenen Antrag als Emeritus aus dem Lehrkörper der Fakultät aus.

#### ***A.IV Alfred Meusel und das Institut für Neue Geschichte: Dekan mit neuem Geschichtsbild***

Während die Historiker an der Philosophischen Fakultät der Berliner Universität versuchten, die traditionellen Regeln der Selbstergänzung des Lehrkörpers wiederzubeleben, hatte Alfred Meusel die neuen Machtverhältnisse besser eingeschätzt. Er schrieb gleich an die Zentralverwaltung für Volksbildung, wo Hochschulpolitiker und Parteifreunde der KPD ihre eigenen Ideen von universitärer Bildung entwickelten.

„Als ich vor nunmehr zwölf Jahren meiner Ueberzeugung willen Deutschland verlassen musste, war es mir in all den folgenden Jahren klar geblieben, dass ich so bald wie möglich in mein Vaterland zurückkehren wollte, um mich mit den Mitteln der wissenschaftlichen Erkenntnis für den Aufbau eines besseren Deutschlands einzusetzen. [...] Hiermit bitte ich darum, mir in einer Dozentur für neuere europäische und, im besonderen, neuere deutsche Geschichte an der Universität Berlin Gelegenheit zu geben, an der Ueberwindung der nationalsozialistischen Residuen und an der Entfaltung einer wahrhaft humanistischen Denkweise unter der deutschen studierenden Jugend beizutragen.“<sup>302</sup>

---

<sup>300</sup> Vgl. zu Meusels Attraktivität als Lehrer die Erinnerungen Robert Sigel, Die Lensch-Cunow-Haenisch-Gruppe. Eine Studie zum rechten Flügel der SPD im Ersten Weltkrieg, Berlin, 1. Aufl. 1976 sowie Joachim Petzold, Parteinahme wofür. DDR-Historiker im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft, Unter Mitarbeit von Waltraud Petzold, Potsdam 2000, S. 41.

<sup>301</sup> Vgl. Alfred Meusel, Thomas Müntzer und seine Zeit. Mit einer Auswahl der Dokumente des großen deutschen Bauernkrieges, herausgegeben von Heinz Kamnitzer, Berlin 1952.

<sup>302</sup> ABBAW, NL Alfred Meusel, 6: Alfred Meusel an die DZVV, 27. 7. 1946.



Meusel bewarb sich bei der DVV für einen historischen Lehrstuhl, bekam allerdings zunächst im September 1946 den neu eingerichteten Lehrstuhl für „Politische und Soziale Probleme der Gegenwart“.<sup>303</sup> In der gesamten SBZ wurden diese Lehrstühle für die politische Schulung der Studierenden geschaffen, die ihre Jugend während der NS-Zeit verbracht hatten. Der Besuch der vom Fachvertreter gehaltenen gleichnamigen Vorlesungsreihe war obligatorisch. Dem Berliner Ordinarius fiel dabei eine Sonderstellung zu, da er die zentrale Vorlesung ausarbeitete, die für alle ostdeutschen Hochschulen verbindlich sein sollte.<sup>304</sup>

Mit der Übernahme des Lehrstuhls trat Meusel, obgleich er in *rerum politicorum* promoviert worden war, in die Philosophische Fakultät ein.<sup>305</sup> In jenem erstaunlichen Vorgang wurde er sofort von einer großen Mehrheit der anwesenden, durchaus konservativen Ordinarien zum Dekan gewählt. Es wäre vielleicht möglich gewesen, dass Meusel der Fakultät zugeordnet würde, an der das Fach Soziologie eher beheimatet gewesen wäre. Nach der – als Maßnahme der Entnazifizierung gedachten – Schließung der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät wäre dies die neu eröffnete Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät gewesen. Hier hatte aber die DVV mit Meusels Emigrationsbekanntschaft Jürgen Kuczynski schon einen starken Akteur platzieren können, zumal sie in einer neu geschaffenen Fakultät ohnehin mehr Durchsetzungschancen besaß. Aber der Umstand, dass Meusel, der zuletzt an einer Technischen Hochschule gelehrt hatte,<sup>306</sup> in der Philosophischen Fakultät platziert und sofort zum Dekan bestimmt und gewählt wurde, deutet auf eine durchdachte Strategie der DVV: Der bildungsbürgerliche Kommunist und ehemalige Professor sollte die traditionell konservative Philosophische Fakultät der Berliner Universität im Sinne der kommunistischen Hochschulpolitik umgestalten. Da passte es gut, dass Meusel längerfristig ohnehin in das Fach Geschichte wechseln wollte.

---

<sup>303</sup> Vgl. zu Meusel nach 1945 Keßler, *Exilerfahrung*, 50–90; Siegfried, *Das radikale Milieu*; Horst Haun, *Alfred Meusel. 1896–1960*; Streisand, *Alfred Meusels Weg*.

<sup>304</sup> Vgl. die Manuskripte im NL Alfred Meusel im ABBAW. Vgl. auch die Broschüre: *Alfred Meusel, Intelligenz und Volk*, Berlin 1947. Offenbar nahm Joachim Streisand bei seiner ersten Kontaktaufnahme mit Meusel Bezug auf diese Artikel und schlug vor, aus den darin behandelten Themen eine Doktorarbeit zu machen.

<sup>305</sup> Statt der traditionellen Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät eröffnete die kommunistische Hochschulverwaltung an der Berliner Universität eine neu geschaffene Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät; Christ-Thilo, *Die Etablierung*.

<sup>306</sup> Meusel war schon 1931/32 Dekan der Fakultät für allgemeine Wissenschaften an der RHTW Aachen; vgl. Keßler, *Exilerfahrung*, 55.

## Meusels Handeln als Dekan

Mit dem Dekanat hatte Meusel die Position an der Fakultät besetzt, die nun von der Hochschulpolitik zu einer wirklichen Leitungsfunktion ausgebaut werden sollte. Der Dekan wurde Teil einer universitätsinternen Leitungshierarchie.<sup>307</sup> Meusel gelangte auf dieser Grundlage in eine Machtposition, die er vor allem für die Gegenprivilegierung Studierender aus dem kommunistischen Arbeitermilieu und für eine Personalpolitik nach politischen Kriterien nutzen konnte. Gleichzeitig vertrat er die Interessen der Fakultät auch gegen die DVV, wenn er bewahrenswerte Grundbestände der traditionellen Ordnung gefährdet zu sehen glaubte.

Als Dekan gelangte Meusel in eine Schlüsselposition bei der Zulassung der neuen Studenten der Philosophischen Fakultät.<sup>308</sup> Am 8. Oktober 1948 kam es diesbezüglich zu einer längeren Diskussion im Fakultätsrat. Die Kommission für die Überprüfung der Studierenden bestand (gemäß den Richtlinien der DVV) aus Meusel selbst, der als Dekan zugleich deren Vorsitzender war. Die beiden anderen Vertreter waren eine nicht promovierte Slavistin (wahrscheinlich als SED-Vertreterin im Fakultätsrat) und ein Herr vom FDGB. Da die beiden letztgenannten zudem nur mit beratender Stimme am Verfahren beteiligt waren, bestimmte letztlich wohl Meusel allein über die Aufnahme der Studierenden an die Philosophische Fakultät.

Gegen die Grundsätze, nach denen Meusel hier verfuhr, erhoben die Professoren Neubert und Rörig Einwände. Neubert „wünscht[e] für die Zukunft eine etwas tolerantere Beurteilung der Bewerber“. Rörig plädierte für die Hinzuziehung von Fachvertretern zur Begutachtung der Studienbewerber. Beide Ansinnen wies Meusel in der Diskussion letzten Endes ab. Mit Blick auf die hohe Zahl der Bewerber verteidigte der Dekan die Beurteilung der „Gesamtpersönlichkeit“, d. h. nicht nur der fachlichen Eignung. Eine „tolerante Beurteilung [sei daher] nicht möglich“. Rörigs Bitte kam Meusel etwas weiter entgegen. Unter bestimmten Bedingungen könnten die Fachvertreter in Zukunft mit Gutachten beteiligt werden. Jedoch behielt er sich dabei die Entscheidungsgewalt vor und stützte sich dabei auf die Richtlinien der DVV: „Ein Verfahren, bei dem der Dekan lediglich die von den Fachvertretern gefällten Urteile einsammelt und weiterleitet, ist in den Richtlinien der Verwaltung nicht vorgesehen.“

Als Dekan konnte Meusel die nachhaltige Etablierung einer kommunistischen Hochschullehrerschaft gegen die zahlenmäßige Überlegenheit der bürgerlichen Gelehrten vorantreiben. Als universitärer Machtpolitiker setzte er so einen Lehrauftrag für den Wissenschaftspolitiker Kurt Hager durch, den Meusel schon aus der Emigration in England kannte.<sup>309</sup>

---

<sup>307</sup> Jessen, Akademische Elite; Kowalczyk, Geist.

<sup>308</sup> Vgl. für diesen Vorgang HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 2, Bl. 101. Alle Zitate stammen aus der Akte.

<sup>309</sup> Der gesamte Vorgang ist ersichtlich in HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 2, Bl. 95.

Meusel beantragte zunächst regulär einen Lehrauftrag für Dialektischen und Historischen Materialismus für Hager mit dem Kommentar, dass dieser sich zur Promotion vorbereite. Gegen diesen Vorschlag opponierte laut dem offiziellen Protokoll Fritz Rörig, der seine wahrscheinlich politisch motivierten Bedenken in ein universitätspolitisches Argument verwandelte: Ein Lehrauftrag sei nur für promovierte Wissenschaftler zu vergeben, da „die Fak. auf eine geregelte akademische Ausbildung besonderen Wert legt“. Nach einer weiteren Einlassung des Dekans erklärte sich der Historiker Eugen Meyer bereit, ein Gutachten über Hager zu verfassen. Daran wäre der Lehrauftrag für Hager sicher gescheitert. Daraufhin unterstützte die kommunistische Professorin Liselotte Richter den Antrag des Dekans mit dem Hinweis auf Hagers Rolle im gesellschaftlichen Leben. Letztendlich vermeldet das Protokoll, der Lehrauftrag sei nach einer weiteren Würdigung der wissenschaftlichen Leistung Hagers durch den Dekan von der Fakultät beantragt worden.

Doch auf der Unterlage zum offiziellen Protokoll erscheint ein anderer Wortlaut des Beschlusses. Hier heißt es: „Es wird beschlossen, den Lehrauftrag *für ein Semester zu erteilen, ausserdem aber noch Frau Prof. Richter zu bitten, ein Gutachten zu geben.*“ Die kursiv gesetzte Passage ist handschriftlich gestrichen und in „zu beantragen“ verändert. Die Änderung ist mit „M.“ abgezeichnet.

Dieses Stück Kabinettpolitik hatte langfristige Folgen, denn Hager konnte sich als späterer Professor im Bereich Philosophie etablieren und sorgte mit seiner Vorlesung über „Dialektischen und Historischen Materialismus“ für die politische Schulung der Studenten der Philosophischen Fakultät. Im Grunde hatte Meusel mit Hager seinen eigentlichen Nachfolger für die politische Schulung der Studenten etabliert, nachdem Meusel selbst sich zum Ordinarius für Neue Geschichte würde umberufen lassen.<sup>310</sup> Damit war für den eigentlichen Nachfolger auf dem Lehrstuhl für „Politische und soziale Probleme der Gegenwart“ Ernst Niekisch, eine politisch zuverlässigere Lehrkraft, gewonnen. Auch in anderen Fällen sollte Meusel die traditionellen Rekrutierungsmechanismen außer Kraft setzen, um in seinen Augen geeignete Wissenschaftler an die Universität zu holen. Mit Karl Obermann verhalf er einem weiteren Antifaschisten und kommunistischen Remigranten zu einem historischen Lehrstuhl, obgleich sogar Ernst Niekisch – ebenfalls kein Fachhistoriker – die fehlende Habilitation bemängelt hatte.<sup>311</sup>

---

<sup>310</sup> Hager wollte auch bei Meusel promovieren. Dieser lehnte aber die Arbeit als unzureichend ab; vgl. Kurt Hager, *Erinnerungen*, Leipzig, 1. Aufl. 1996, 75–93 sowie 138. Hager behauptet allerdings, Meusel hätte die „wissenschaftliche Qualität“ anerkannt, Hagers Schrift jedoch von Fachphilosophen anstatt von einem Historiker betreuen lassen wollen. Vgl. auch die gemeinsame Publikation: Alfred Meusel, *Die deutsche Revolution von 1848*. Mit einem Nachwort von Felix Albin [d. i. Kurt Hager], Berlin 1948, die einen Teil von Hagers avisierten Promotion enthält.

<sup>311</sup> 29. 10. 1952. Berufung von Obermann zum Prof. m. v. L.: Meusel und Schilfert plädierten dafür. (UA, Philosophische Fakultät nach 1945, 57) Ähnlich der Vorgang, bei dem der Publizist Karl Bittel nach positivem Gutachten Meusels zum Professor mit vollem Lehrauftrag ernannt wird. (HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 57). Der Altkommunist Albert Norden wurde 1953 ebenfalls auf Betreiben Meusels berufen (ABBAW, NL Meusel, 484).

In anderen Fällen scheint Meusel den Willen der DVV durchgesetzt zu haben. So brachte er die Fakultät dazu, den linken Sprachwissenschaftler Wolfgang Steinitz einstimmig auf ein „Ordinariat für Finnisch-Ugrisch“ zu berufen.<sup>312</sup>

### Meusels Beziehungen zu den „bürgerlichen“ Historikern

Doch wurde Meusel seiner Doppelrolle als bürgerlicher Wissenschaftler und kommunistischer Hochschulpolitiker auch gerecht, indem er von Fall zu Fall die Interessen der bürgerlichen Fachvertreter stark machte. Er setzte sich bei der Lehrerbildung für das Selbstbestimmungsrecht der Philosophischen Fakultät ein und kämpfte damit an der Seite Hartungs und Rörigs.<sup>313</sup> Unter seinem Vorsitz arbeiteten Berufungskommissionen, in denen auch bürgerliche Wissenschaftler ihre Interessen zur Geltung bringen konnten.<sup>314</sup> Für das Fachgebiet Philosophie einigte man sich auf die Berufung Theodor Litts *unico loco!* Gemeinsam mit Hartung arbeitete Meusel für die Berufung des Germanisten Hans Pyritz und stellte sich damit gegen Wolfgang Steinitz und Max Vasmer.<sup>315</sup> Bei Qualifikationsarbeiten konnte Meusel auch die Rolle des Bewahrers althergebrachter Standards spielen: „Zur Frage der Qualität der Doktorarbeiten betont der Dekan, daß höhere Leistungsmaßstäbe anzulegen wären: die Promotionsarbeit müsse eine wirkliche Bereicherung des betreffenden Fachgebietes darstellen. Außerdem müßten die Referenten unabhängig voneinander urteilen.“<sup>316</sup>

Wenn sich bürgerliche Wissenschaftler allerdings von der Politik der SBZ abwandten, konnte Meusel durchaus zum ätzenden Kritiker werden. Die Schärfe seiner Äußerungen gegen Friedrich Meinecke rührt auch aus der Konkurrenz mit der in Westberlin neu gegründeten Freien Universität. Aber es ist wohl angesichts von Meusels persönlicher Geschichte und seiner eigenen Deutung des Faschismus glaubwürdig, dass er eben im ungeklärten Verhältnis zum Nationalsozialismus, nicht in der fehlenden Parteinahme für den Marxismus die eigentliche Schwierigkeit sah (worüber er in Rörigs Fall allerdings auch hinwegsehen konnte, wenn es universitätspolitisch günstig war).

---

<sup>312</sup> „Der Dekan teilt mit, daß der Fakultät nahegelegt worden sei, Herrn Steinitz für ein persönliches Ordinariat für Finnisch-Ugrisch vorzuschlagen.“ Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen. „Prof. Wißmann wird um Einreichung einer kurzen Laudation gebeten.“ (Meusel) (HUUA, PF, 2, 103).

<sup>313</sup> Vgl. HUUA, PF, 2, 113.

<sup>314</sup> In der Kommission für einen Lehrstuhl für Philosophie saßen z. B.: Baethgen, Hartung, Neubert, Schadewaldt, Stroux, Vasmer, Vetter, Weickert, Wissmann, den Vorsitz hatte Meusel. Die Kommission entschied sich für Theodor Litt (*unico loco*). (HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 1, 154 und 166).

<sup>315</sup> Baethgen, Hartung und Meusel vertreten die Ansicht, „dass die Frage der politischen Haltung des Herrn Pyritz in einem für ihn günstigen Sinne geklärt sei und dass er s.Zt. auf Grund seiner wissenschaftlichen Qualitäten berufen worden wäre.“ Steinitz zieht zurück, „weist jedoch darauf hin, dass Herr Pyritz in seiner Stellung als Lehrer und Kollege zum Teil auf Ablehnung gestossen ist und dass er ausserdem bei dem Wiederaufbau der Universität eine negative Einstellung gezeigt habe, sodass im Falle seiner Wiederberufung personelle Schwierigkeiten zu gewärtigen seien.“ (HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 1, Bl. 136, Sitzung vom 11. Dezember 1946).

<sup>316</sup> HUUA, PF, 2, Bl. 102.

Die Freie Universität brandmarkte Meusel in einem Manuskript kurzerhand als „Die Universität der alten Pg’s“<sup>317</sup>:

„An der gleichen Bildungsstätte, an der die entbräunten Pg.’s und die Parteigänger der Nazis den lautereren und reinen Wein freier wissenschaftlicher Forschung – Marke U.S.A., Jahrgang 1948 – ausschenken dürfen, wird auch der „Nestor der deutschen Geschichtswissenschaft“ Friedrich Meinecke wirken. Der Sechsendachtzigjährige wurde zum „Ehrendok(gestrichen, REK)tor“ des Dahlemer Instituts ernannt. Seine Bestimmung besteht darin, eine Art Reichspräsident Hindenburg für Dahlem zu werden, der getreue Ekkehard des gemässigten Liberalismus, auf den man sich beruft, wenn es etwas zu beschönigen gibt, und es wird vieles zu beschönigen geben.

Meinecke wurzelt tief im Nationalliberalismus des Kaiserreichs. Der Widerhall, den seine Bücher eine Zeitlang fanden, beruhte darauf, dass es ihm gelang, die Gedanken und Empfindungen des nationalliberalen Bürgertums auf höherer Stufenleiter zu reproduzieren. Wo sich geschichtliche Erscheinungen nicht ins Nationalliberale übersetzen oder umbiegen liessen, versagte er peinlich. In seinem, vor zwei Jahren erschienenen Altersbuch enthüllte er nicht so sehr „Die deutsche Katastrophe“ als die Katastrophe der nationalliberalen Geschichtsbetrachtung – ihr völliges Unvermögen, die im Zeitalter der Weltkriege und der Weltrevolution wirksamen Triebkräfte zu begreifen.“

Meusel polemisiert gegen weitere Wissenschaftler, die eine Anstellung an der Berliner Universität aufgrund der scharfen Entnazifizierungspraxis nicht erlangt hatten und nun an die Freie Universität gingen (u. a. Emil Dovivat). Über den Soziologen Karl (Carl) Brinkmann erzählt er:

„Als der alte liberale Professor Alfred Weber im März 1933 die Hakenkreuzfahne vom Dach des „Instituts für Sozialwissenschaften“ in Heidelberg entfernen lassen wollte, trat ihm sein Schüler, Pg. Brinkmann, entgegen.... Er war damals für die Nazis, er wird heute für die Neo-Faschisten sein, was doch der Sinn einer Berufung nach Dahlem ist.“<sup>318</sup>

Gelegentlich konnten allerdings auch ‚belastete‘ bürgerliche Historiker mit Meusels Gnade rechnen, etwa, als Meusel den höheren Stellen dazu riet, die Suspendierung Johannes Kühns von dessen Amt an der Universität Leipzig noch einmal zu überdenken.<sup>319</sup>

Die Vermittlung zwischen bürgerlichen Gelehrten und kommunistischer Wissenschaftspolitik war Meusels Schlüsselaufgabe als Dekan. Unter den Historikern war 1948 nach dem Ausscheiden Hartungs, Baethgens (München) und Eugen Meyers (Saarbrücken) nun Fritz Rörig der einzige Ordinarius am Historischen Seminar. Sowohl Meusel als auch Rörig scheinen an einer Zusammenarbeit interessiert gewesen zu sein. Meusel konnte dem

---

<sup>317</sup> ABBAW, NL Meusel, 409, „Die Universität der alten Pg’s“, MS, o.D. [1948].

<sup>318</sup> Ebd., Bl. 4.

<sup>319</sup> ABBAW, NL Meusel, 457. Meusel schreibt über ein Werk Kühns, es „verrät [...] den tiefen Einfluss, den der Nationalsozialismus auf den Verfasser ausgeübt hat.“ „Dennoch gibt es in der Schrift Einiges, was es mir ratsam erscheinen lässt, die Zweckmässigkeit der in diesem Fall gefällten Entscheidung noch einmal zu überprüfen“, da „er ein belesener und gebildeter – wenn auch missleiteter – Mann ist, der sich vor den grossen Zeitfragen nicht in den Winkel einer scheinbar gelehrten Spezialuntersuchung zurückzieht, und zweitens bekundet er einen überdurchschnittlich ernsten Erkenntniswillen, der mir den Eindruck macht, dass Kühn vielleicht doch nicht unbelehrbar ist.“

öffentlich in Kritik geratenen Mediävisten etwas Rückendeckung verschaffen, weshalb schon seit 1946 Annäherungen beobachtet worden waren.<sup>320</sup> Es gab des Öfteren Streit, doch vor allem von Seiten Rörigs das Bemühen, die Kommunikation zwischen beiden nicht vollends unmöglich zu machen. Wie oben aufgeführt wurde, opponierte Rörig etwa gegen die Zulassungspolitik bei den Studienbewerbern und gegen den Lehrauftrag für Hager; er wagte es aber nicht, diese Konfrontation bis zum offenen Bruch durchzufechten. Wahrscheinlich hat er damit die Machtverhältnisse richtig eingeschätzt, da der Dekan Meusel als verlängerter Arm der DVV in einer zumindest de jure entmachteten Fakultät agierte. Andererseits wahrte auch Meusel die Achtung vor dem Mittelalterexperten und wollte sich an die Arbeitsteilung der Lehrstühle halten: „Seien Sie versichert, dass ich jeden, der sich für mittelalterliche Geschichte habilitieren will, sofort und ohne meinerseits die geringsten Vorverhandlungen mit ihm zu pflegen, an Sie verweisen werde. Man vermeidet auf diese Weise manches Missverständnis, und das erleichtert das Leben.“<sup>321</sup>

Das wichtige Promotionsverfahren dieser Jahre war das des zukünftigen Mediävisten Eckhart Müller-Mertens. An dem Verfahren waren zunächst Hartung, Rörig und Heinz Sproemberg (Leipzig) beteiligt, wobei Hartung nach der ersten Runde als Gutachter ausgeschieden und durch Meusel ersetzt worden war. Die Zusammenarbeit zwischen den kommunistischen und bürgerlichen Wissenschaftlern war in diesem Fall sehr erfolgreich. In einer Festgabe für Rörig firmiert Müller-Mertens mit seiner Dissertation über die brandenburgischen Städte im Mittelalter als letzter Schüler Rörigs.<sup>322</sup> Umgekehrt konnte Rörig auch die Promotionsschriften einiger SchülerInnen Meusels mit „vorzüglich“ begutachten.<sup>323</sup>

Bei einer anderen Dissertation eines Rörig-Schülers nutzte Meusel selbst die Chance, den bürgerlichen Kollegen mit eigenen wissenschaftlichen Maßstäben zu konfrontieren. Er lehnte im Zweitgutachten die Bewertung der Arbeit eines Rörig-Schülers mit „genügend“ ab, da er das Thema zu eng fand, auf fehlende marxistische Literatur verwies und den Begriffsgebrauch als zu nah der Sprache des Faschismus monierte. Rörig gab den Einwänden Recht, bestand aber darauf, dass dem Kandidaten die Gelegenheit zur Überarbeitung gegeben werden sollte. Bei dem Austausch zwischen den beiden Gutachtern wird deutlich, dass Rörig auch nach 1945 sehr bewusst eigene Themen zur Vertiefung an Nachwuchswissenschaftler vergab und bewusst Schulbildung betrieb.<sup>324</sup>

Durch seine Zusammenarbeit mit dem Mediävisten Rörig sorgte Meusel dafür, dass wissenschaftliche Fachkompetenz an der Universität trotz einiger eindeutig politischer

---

<sup>320</sup> NL Hartung, XXXVII.1: Hartung an Albert Brackmann, 26. I. 1947.

<sup>321</sup> ABBAW, NL Meusel, 826, 2. 4. 1949, Meusel an Rörig.

<sup>322</sup> Vgl. unten Abschnitt C.

<sup>323</sup> Vgl. etwa die Dissertation Gerda Grothes, ABBAW NL Meusel, 441.

<sup>324</sup> ABBAW, NL Meusel, 449 und 826. Vgl. auch früher HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 2, 102: „Zur Frage der Qualität der Doktorarbeiten betont der Dekan, daß höhere Leistungsmaßstäbe anzulegen wären: die Promotionsarbeit müsse eine wirkliche Bereicherung des betreffenden Fachgebietes darstellen. Außerdem müßten die Referenten unabhängig voneinander urteilen.“ 6. Oktober 1948.

Ernennungen weiterhin erhalten blieb. Nach dem Weggang des geschätzten Spezialisten Eugen Meyer betrieben die Genannten erfolgreich die Berufung Albrecht Timms, eines bürgerlichen Mediävisten aus der Berliner Schule Robert Holtzmanns. Meusel konnte hierfür seine Verbindungen ins Staatssekretariat für Hochschulwesen nutzen.<sup>325</sup>

### Gründung des Instituts für Neue Geschichte

Meusel war zunächst nicht als Historiker an die Philosophische Fakultät gekommen. Dennoch hat er von Beginn an historische Veranstaltungen abgehalten. Noch vor dem Weggang von Fritz Hartung gelang es ihm 1948, ein eigenes „Institut für Neue Geschichte“ neben dem traditionsreichen Historischen Seminar aufzubauen. Zuvor war Meusel auf ein Ordinariat für Neue Geschichte berufen worden. Er besetzte damit eine der beiden planmäßigen Stellen, die nach den Abgängen von A. O. Meyer und W. Schüßler frei geworden waren.

Meusel hatte seine Umberufung, durch die er institutionell und finanziell erheblich besser gestellt wurde, selbst in die Wege geleitet. Er nutzte hierfür einen Ruf an die Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät in Leipzig.<sup>326</sup> Er stellte seinen Verbleib in Berlin für den Fall der Übernahme eines solchen historischen Lehrstuhls an der hiesigen Philosophischen Fakultät in Aussicht.<sup>327</sup> Die Fakultät hatte sich dem Rektor gegenüber schon bereit erklärt, einen diesbezüglichen Antrag zu stellen. Auch Fritz Hartung ließ Interesse erkennen, Meusel halten zu wollen.<sup>328</sup>

Die Briefe im NL Meusel weisen darauf hin, dass es Rörig dennoch zunächst gelungen sein könnte, den kommunistischen Historiker aus dem traditionsreichen Historischen Seminar fernzuhalten. Ein Schreiben Meusels verdeutlicht die Frontstellung, in der sich noch 1948 die alte Fakultät mit ihren Instituten zu den neu angekommenen kommunistischen Wissenschaftlern befand:

„Nachdem ich zum o. Prof. für Neue Geschichte ernannt worden war, ohne daß man mich fragte, ob ich Mitdirektor des Historischen Seminars werden wollte, bestand kein Grund für mich, warum ich unser Institut in der Universitätsstr. 3b aufgeben und als armer Verwandter im Historischen Seminar erscheinen sollte. Dies hielt ich umso weniger für zweckmäßig, als dort Damen und Herren arbeiteten, von denen jeder wußte, daß sie Gegner der von mir vertretenen Weltanschauung und Methode sind und mit denen eine vertrauensvolle und fruchtbare Zusammenarbeit für mich unmöglich gewesen wäre.“<sup>329</sup>

Meusel wandelte daher sein altes Institut für „Politische und Soziale Probleme der Gegenwart“ in ein neues „Institut für Neue Geschichte“ um und verschaffte sich auf diese

---

<sup>325</sup> 7. 5. 1952 Meusel an das Staatssekretariat, NL Meusel, 584: Timm sei ein „hervorragender Fachmann“. Vgl. auch ebd., 18.2. 1952, Rörig an Meusel.

<sup>326</sup> Vgl. HUUA, M 184, Bd. 1, Bl. 71.

<sup>327</sup> Ebd. Bd. 3, 54. „würde er für eine dauernde Bindung an Berlin einen solchen Lehrstuhl als geeignete Grundlage betrachten.“

<sup>328</sup> Ebd., Bl. 60.

<sup>329</sup> NL Meusel, 826; 9. Febr. 1951 Meusel an Rörig.

Weise eine institutionelle Basis für die Ausbildung von Nachwuchs und für umfangreiche Lehrtätigkeiten und historische Publikationen. Besonders die Stellen für zwei Hauptassistenten, zwei Assistenten und zwei eigene Sekretärinnen werteten das Institut gegenüber dem Historischen Seminar beträchtlich auf.<sup>330</sup>

### Das ‚Historische Institut‘ – endgültige Integration der marxistischen Geschichtswissenschaft

Ein Jahr später hatte Meusel sich mit Rörig, Eugen Meyer und dem neu berufenen Eduard Winter einigen könne, die beiden Institutionen zusammenzulegen. Rörig wurde zum geschäftsführenden Direktor des neuen „Historischen Instituts“ gekürt; er schlug – wahrscheinlich aufgrund einer vorherigen Absprache – im Frühjahr 1951 im Gegenzug Meusel als Direktor des Instituts vor.<sup>331</sup>

Fritz Rörig zeigte sich bestens gestimmt und fasste die neuen Regelungen zusammen:

„Lieber Herr Meusel! Mit Freude und Erleichterung denke ich an unsere gestrige klärende und ergebnisreiche Besprechung zurück. Ich werde von mir aus dafür Sorge tragen, dass alles, was in Zukunft geschieht, auf die vereinbarte Erklärung abgestellt ist.

- 1.) Es wird ein Historisches Institut an der Humboldt-Universität gebildet.
- 2.) Gliederung: I. Seminar für mittelalterliche Geschichte und Hist. Hilfswiss.  
II. Seminar für neuere Geschichte  
III. Seminar für osteuropäische Geschichte
- 3.) Jedes Seminar hat einen eigenen Etat und eigene Assistenten.“<sup>332</sup>

Neben dem Direktorat hatte Rörig also auch noch das von ihm schon länger beanspruchte Lehrgebiet der Historischen Hilfswissenschaften an sein Seminar holen können. Der eigene Etat und die Assistentenschaft sicherten wohl in seinen Augen Selbständigkeit und die Möglichkeit zur Schulbildung. Zudem schien Meusel ja als zukünftiger Direktor des Museums aus dem Feld, mit Eduard Winter ein bürgerlicher Kollege gewonnen zu sein.<sup>333</sup> Zu diesem Zeitpunkt schienen sich vielleicht in den Augen Rörigs die Machtverhältnisse bei der Geschichtswissenschaft der HU wieder zuungunsten der marxistischen Geschichtswissenschaft verschoben zu haben.

Mit Fritz Kretzschmar arbeitete übrigens Hartungs alter Schüler an diesem Institut als Bibliothekar, obgleich er Parteimitglied der NSDAP gewesen war. Zugunsten der Entwicklung einer tragfähigen Institution für die Ausbildung akademischen Nachwuchses

---

<sup>330</sup> HUUA, M 184, Bd. 1, Bl. 105: Meusel an den Rektor: Gründung eines Instituts für Neue Geschichte mit 2 Hauptassistenten, 2 Assistenten, 2 Sekretärinnen. Ebd. Bl. 115: Bitte um Umwandlung des Instituts für Politische und Soziale Probleme in eines für Neue Geschichte.

<sup>331</sup> ABBAW, NL Meusel, 583, 23. März 1950, Meusel an Ministerium für Volksbildung sowie 826: 30. März 1951, Rörig an Meusel.

<sup>332</sup> ABBAW, NL Meusel, 583.

<sup>333</sup> Eduard Winter könnte in diesem Ensemble zwar auch als bürgerlicher Historiker gelten. Er wurde im Einvernehmen zwischen Meusel und Rörig an die Berliner Universität berufen. Doch anders als die Berliner bürgerlichen Historiker öffnete sich Winter der marxistischen Ideologie in starkem Maße. Es gelang ihm in Berlin, in Zusammenhang mit seinem Engagement an der Akademie eine eigene Schule mit Nachwuchshistorikern auf dem Gebiet der osteuropäischen Geschichte zu gründen.



konnte Meusel über solche Dinge leicht hinwegsehen, hatte er doch schon mit Rörig trotz dessen bekanntgewordener Parteinahme für den Nationalsozialismus zusammengearbeitet. Wenig später beantragte Meusel diese Zusammenlegung beim Ministerium für Volksbildung.<sup>334</sup> Was wie ein kleiner Sieg des bürgerlichen Mediävisten aussah, stellte sich in langfristiger Perspektive als endgültiger Dammbbruch dar: Denn nun war es Meusel gelungen, die von ihm gelehrte marxistische Geschichtswissenschaft in Form seines Seminars für neue Geschichte mit der alten institutionellen Struktur zu verschmelzen. Die parallele Existenz von altem, bürgerlichen Historischen Seminar und kommunistischer Wissenschaft an den Lehrstühlen für Politische und Soziale Probleme der Gegenwart bzw. dem Institut für Neue Geschichte war damit aufgehoben. Mit diesem Schritt konnte das marxistische Geschichtsbild an der Berliner Universität vier bzw. fünf Jahre nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ auch institutionell anders und besser verankert werden, als es die nationalsozialistische Wissenschaftspolitik mit ihrer eigenen Ideologie vermocht hatte. Nach 1933 waren mit dem Wehrwissenschaftlichen Institut, dem Institut für Heimatforschung und vor allem der Auslandswissenschaftlichen Fakultät vor allem parallele Strukturen neben den weiter bestehenden alten Institutionen aufgebaut worden. Nach 1945 verfolgten die neuen Machthaber und einige marxistische Wissenschaftler eine umfassendere Strategie. Sie stützten sich dabei – im Falle Meusels aus tatsächlicher Überzeugung – auf das Argument des Antifaschismus. Meusel begründete seine Abneigung gegen die universitären Strukturen im Westen mit dem Verdacht, dort wirkten die gleichen Kräfte weiter, die den Nationalsozialismus hervorgebracht hätten, und kontierte Angriffe gegen seine Universität aus dem Westen: „Viel Feind, viel Ehr, das soll uns nur lieb sein. Die ‚gewisse Seite‘ ist genau dieselbe, die Hitler geholfen, unterstützt, gefördert hat, und die heute verhindern will, dass mit dem Nationalsozialismus auch die Wurzeln des Nationalsozialismus ausgerottet werden.“<sup>335</sup>

Durch das Wirken Alfred Meusels waren die Historiker, soweit ich das beurteilen kann, der erste Fachbereich der Philosophischen Fakultät, an dem sich marxistische Wissenschaftler eine solch sichere Position erarbeiten konnten. Fortan war lediglich der Bereich der mittelalterlichen Geschichte die Provinz der etablierten bürgerlichen Fachvertreter der Vorkriegszeit. Dort konnte sich zudem mit Eckhard Müller-Mertens bald ein bekennender kommunistischer Nachwuchshistoriker etablieren. Die Leitung des Historischen Instituts lag nach dem Ende der Amtszeit Rörigs 1951 ausschließlich in den Händen kommunistischer Historiker. (Eine Sonderrolle spielte die Alte Geschichte, die einige Zeitlang von Ernst Hohl vertreten und dann erst Ende der 1950er Jahre wieder institutionalisiert wurde.)

---

<sup>334</sup> ABBAW, NL Meusel, 583, 23. März 1950, Meusel an Ministerium für Volksbildung.

<sup>335</sup> ABBAW, NL Meusel, 826, Meusel an Rörig. Vgl. ABBAW, NL Meusel, 77: o. D. „Die Intellektuellen und die deutsche Kultur“ (MS), S. 4: „dass der Faschismus in Deutschland nicht von aussen, sondern von innen gekommen ist (weshalb er auch ‚von innen‘ *gestürzt und* [gestrichen] endgültig überwunden werden muss) und dass der Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur ein langer Prozess der Nazifizierung, auch des geistigen Lebens vorausging.“

## Neuberufungen bis 1951

Unter der Leitung Meusels kamen zunächst bis 1951 nur sehr wenige weitere Historiker an die HU. Eine fachlich überzeugende Neubesetzung gelang in der Alten Geschichte. Der Rostocker Ordinarius Ernst Hohl (1886–1957) trat, nachdem er ab 1948 Gastvorlesungen gehalten hatte, ab 1950 als Professor mit Lehrstuhl die Nachfolge des wegen seiner NS-Vergangenheit politisch untragbaren Wilhelm Weber an. Hohl war allerdings zu diesem Zeitpunkt bereits 64 Jahre alt, sodass er nur noch bis 1953 lehren würde. Der Althistoriker aus bildungsbürgerlicher Familie war alles andere als marxistisch gesinnt, hatte sich aber in der NS-Zeit in den Augen der Hochschulpolitiker nichts zuschulden kommen lassen und galt als unpolitischer Spezialist für die römische Antike.<sup>336</sup>

Anders als Hohl war Ernst Niekisch (1889–1967) kein professioneller Historiker. Er wuchs erst an der HU in das Amt eines Universitätsprofessors hinein, nachdem er zunächst von Alfred Meusel die Verantwortung für die Pflichtvorlesung über „Politische und soziale Probleme der Gegenwart“ übernommen hatte. Niekisch hatte sich während der Weimarer Republik zum nationalbolschewistischen Politiker und Publizisten entwickelt und die NS-Zeit zu großen Teilen in Gefangenschaft verbracht.<sup>337</sup> Nach seiner Entlassung trat er in die KPD, dann die SED ein. Obwohl Niekisch von der Gefangenschaft schwer gezeichnet, halbseitig gelähmt und beinahe erblindet war, übernahm er eine Professur mit vollem Lehrauftrag für Soziologie, die 1949 in ein Ordinariat zur „Erforschung der Geschichte des Imperialismus“ umgewandelt wurde. Zu seinen Assistenten zählten Heinz Maus und Werner Maser. Mit der Broschüre über „Die deutsche Daseinsverfehlung“ hatte Niekisch angesichts des Zusammenbruchs des „Dritten Reiches“ ein Interesse an deutscher Geschichte entwickelt. Als Universitätsprofessor plante er u. a. eine Erforschung des Widerstands gegen das NS-Regime.<sup>338</sup> Er blieb allerdings an der Universität offenbar ganz ohne Kontakt zu seinen Historikerkollegen und veröffentlichte keine einschlägige Literatur.<sup>339</sup> Seine Schrift über den „Draht nach Russland“ wurde von Meusel in einem Gutachten vernichtend kritisiert und

---

<sup>336</sup> Vgl. zu Hohl die Studie: Markus Sehmeyer und Uwe Walter, Unberührt von jedem Umbruch. Der Althistoriker Ernst Hohl zwischen Kaiserreich und früher DDR, Frankfurt a. M. 2005 sowie Matthias Willing, Althistorische Forschung in der DDR. Eine wissenschaftsgeschichtliche Studie zur Entwicklung der Disziplin Alte Geschichte vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Gegenwart (1945–1989), Berlin 1991. Schriften nach 1945: Ernst Hohl, Das Ende Caracallas. Eine quellenhistorische Studie, *Miscellanea Academica Berolinensia* 2/ H. 1 (1950), 276–293; Ernst Hohl, Um Arminius. Biographie oder Legende?, Berlin 1951; Ernst Hohl, Die Siegesfeiern des Tiberius und das Datum der Schlacht im Teutoburger Wald, Berlin 1952; Ernst Hohl, Über die Glaubwürdigkeit der *Historia Augusta*, Berlin 1953; Ernst Hohl, Kaiser Commodus und Herodian, Berlin 1954; Ernst Hohl, *Kleine Schriften*. Berlin 1956.

<sup>337</sup> Zu seiner Biografie vgl. Birgit Rättsch-Langejürgen, *Das Prinzip Widerstand. Leben und Wirken von Ernst Niekisch*, Bonn 1997; Ernst Niekisch, *Erinnerungen eines deutschen Revolutionärs*, Köln 1974; Michael Pittwald, *Ernst Niekisch. Völkischer Sozialismus, nationale Revolution, deutsches Endimperium*, Köln 2002.

<sup>338</sup> Vgl. BArch, DR2/1480, 81.

<sup>339</sup> Niekischs Nachkriegspublikationen: Ernst Niekisch, *Deutsche Daseinsverfehlung*, Berlin 1946; Ernst Niekisch, *Der Weg zur Souveränität*, *Aufbau* 5/ H. 1 (1949), 3–8; Ernst Niekisch, *Ost-West-Gespräch*, Berlin 1950; Ernst Niekisch, *Europäische Bilanz*, Potsdam 1951; Ernst Niekisch, *Ost und West. Unsystematische Betrachtungen*, Hamburg 1963; Ernst Niekisch, *Die Legende von der Weimarer Republik*, Köln 1968.

blieb daraufhin unpubliziert.<sup>340</sup> Nach seinem inneren Bruch mit der SED 1953 zog Niekisch sich nach seiner Emeritierung 1954 auch von der Universität zurück.<sup>341</sup>

Ebenfalls aus dem Bereich „Politische und soziale Probleme der Gegenwart“ entwickelte sich der West-Remigrant Heinz Kamnitzer zum Historiker – allerdings auch er nur für sehr kurze Zeit. 1946 trat er in die SED ein und immatrikulierte sich als Student an der BU. Kamnitzer arbeitete zunächst als Assistent von Meusel, den er aus der Emigrationszeit in England kannte. Vor 1945 hatte er sich zunächst in verschiedenen außerakademischen Tätigkeiten versucht. An der Berliner Universität wechselte er dann im Gefolge seines Chefs in das Institut für Neue Geschichte, an dem er einen raschen Aufstieg und einen beispiellos schnellen beruflichen Niedergang erleben sollte. Zunächst aber war der junge Kamnitzer der Mann für die politische Schulung der Studenten.<sup>342</sup> Doch schon 1950 führt das Vorlesungsverzeichnis den damals 33jährigen als Professor mit Lehrauftrag für Neue Geschichte, ein Jahr später wurde er mit der Wahrnehmung einer Professur mit Lehrstuhl beauftragt.<sup>343</sup> Als Qualifikationsschrift hatte er eine schmale Dissertation zur Vorgeschichte der 1848er Revolution vorgelegt, an deren Begutachtung neben Meusel der ebenfalls aus englischer Emigration zurückgekehrte Joseph Winternitz von der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät beteiligt war.<sup>344</sup> Die Schrift hätte einem hochschulpolitisch uninteressierten, bürgerlichen Gelehrten nicht genügt.

Neben Kamnitzer gehörten Ursula Grothe und Joachim Streisand zu Meusels Assistenten der ersten Stunde. Streisand verließ nach Abschluss der Dissertation zunächst die Universität und folgte Meusel ans das Museum für Deutsche Geschichte. Wahrscheinlich war auch Grothe in die dortige Arbeit eingebunden, sie avancierte allerdings schnell zu einer sogenannten Wahrnehmungsdozentin (1952), die schon vor Abschluss einer Qualifikationsschrift die neuere deutsche Geschichte in der Lehre vertrat. Nach dem Mauerbau 1961 blieb sie in Westberlin, wo sie bis dahin gelebt hatte.

Fritz Rörigs und Fritz Hartungs Assistenten waren seit dem Sommersemester 1949 an der Lehre beteiligt. Jedoch verließen Ernst Schraepler<sup>345</sup> und Helmut Plechl die Universität und die DDR nach dem Tod bzw. Ausscheiden ihres Lehrers.

---

<sup>340</sup> ABBAW, NL Meusel, 462: [Gutachten zu Ernst Niekisch, „Der Draht nach Rußland“], 14 Bl. masch, o. D.; vgl. Sylvia Taschka, Das Rußlandbild von Ernst Niekisch, Erlangen 1999.

<sup>341</sup> Joseph E. Drexel, Der Fall Niekisch. Eine Dokumentation, Köln 1964.

<sup>342</sup> Vgl. auch Egon E. Müller und Marianne Müller, „... stürmt die Festung Wissenschaft!“. Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten seit 1945, Berlin-Dahlem, Repr. 1994.

<sup>343</sup> Heinz Kamnitzer, Zweijahrplan und Geschichtswissenschaft, Forum 3 (1949), 4–10; Heinz Kamnitzer, Zum Vortrag von Theodor Schieder „Das Verhältnis von politischer und gesellschaftlicher Verfassung und die Krise des bürgerlichen Liberalismus“, ZfG 2 (1953), 912.

<sup>344</sup> Heinz Kamnitzer, Die wirtschaftliche Struktur Deutschlands zur Zeit der Revolution 1848, Berlin (DDR) o. J. Vgl. HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Promotionen 24. 2. 1950 bis 28. 4. 1950, Heinz Kamnitzer, 78–96.

<sup>345</sup> Reinhard Rürup: Nachruf auf Ernst Schraepler (1912–1998), IWK, Heft 3-4 (1998), 524.

## Lehre 1949–1951

Die Vorlesungsverzeichnisse vom Sommersemester 1949 bis zum Sommersemester 1951 – vor der Einführung des einheitlichen Studienjahres und der Gründung der Fachrichtung Geschichte – zeigt, wie dünn besetzt die Geschichtswissenschaft dieser Jahre war.<sup>346</sup> Die Lehrveranstaltungen sind untergliedert in Historische Hilfswissenschaft, Allgemeine Geschichte sowie Osteuropäische Geschichte. Zur Ergänzung des Lehrkörpers bediente man sich einiger Lehrbeauftragter. So hielten in den Historischen Hilfswissenschaften neben dem Ordinarius Eugen Meyer auch der Bibliothekswissenschaftler Joris Vorstius, der Epigrafiker Günter Klaffenbach, der Münzkundler Arthur Suhle und später der junge Helmut Plechl Spezialvorlesungen.

Die großen Vorlesungen zur allgemeinen Geschichte teilten sich Meusel und Rörig, wobei Meusel jetzt auf klassische Überblicksvorlesungen von der frühen Neuzeit bis zur Weimarer Republik umschwenkte.<sup>347</sup> Hierbei unterstützte ihn Heinz Kamnitzer seit dem Sommersemester 1951. Ernst Niekisch ergänzte dieses Programm mit Politik-Vorlesungen. Ab dem Sommersemester 1950 führte Ernst Hohl seine Studierenden von der griechischen bis zur römischen Geschichte. Den Titeln dieser Vorlesungen zufolge waren die Lehrenden bestrebt, angesichts der herrschenden Bücherknappheit einen Überblick über die historische Entwicklung zu geben. Sie orientierten sich an den bis 1933 üblichen Epochenbegriffen und -zäsuren und verzichteten auf die Fokussierung auf Spezialprobleme. Auch die Seminare lauteten einfach „Mittelalterliches Hauptseminar“ oder „Proseminar für neuere Geschichte“ (Sommersemester 1950). Als Lehrbeauftragte gaben auch Kamnitzer und der Mediävist Frithjof Sielaff seminaristische Übungen.

In der Osteuropäischen Geschichte behandelte Eduard Winter, zunächst noch als Gastprofessor, die Geschichte Russlands bis zu Peter I. (Sommersemester 1951). Er sparte also die brisante Epoche des 20. Jahrhunderts aus. Dafür bereitete er die Studierenden in seinem Seminar auf sein spezielles Forschungsthema, die „Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen“ (Sommersemester 1951) vor. Von einem marxistischen Akzent war in diesen Ankündigungen nichts zu spüren. Lediglich der französische Kulturhistoriker Auguste Cornu hielt im Sommersemester 1951 eine Vorlesung über „Leben und Werk“ von Karl Marx und Friedrich Engels.

Zum 20. Jahrhundert, zur Zeitgeschichte, hielt neben Meusel mit seiner Vorlesung zur Weimarer Republik lediglich Ernst Niekisch Veranstaltungen ab. Er hatte bis zum Wintersemester 1950/51 die Allgemeine Pflichtvorlesung „Einführung in die politischen und sozialen Probleme der Gegenwart“ abzuhalten. Im Bereich Historische Wissenschaften bot er zusätzlich regelmäßig Seminare zur „Deutschen Widerstandsbewegung“ an, im

---

<sup>346</sup> Humboldt-Universität zu Berlin, Personal- und Vorlesungsverzeichnis, Sommersemester 1949 bis Wintersemester 1951/52.

<sup>347</sup> Sommersemester 1949: „Allgemeine Geschichte im Zeitalter des Absolutismus“; Wintersemester 1949/50: „Allgemeine Geschichte vom Westfälischen Frieden bis zur französischen Revolution“.

Wintersemester 1950/51 sogar eine Übung zur „Planwirtschaft der DDR“. Ebenfalls regelmäßig las Niekisch zur „Geschichte der Geschichtstheorien“ und zu „Grundfragen der Politik“ – beides Veranstaltungen mit gegenwärtigem Bezug. Im Rückblick überraschend ist, dass Niekisch damit der einzige Universitätslehrer im Bereich Geschichte blieb, der sich mit problemorientierten Kursen von theoretischem wie gegenwartspolitischem Anspruch profilierte.

Die politische Schulung im Sinne der SED fand außerhalb der eigentlichen Geschichtsveranstaltungen statt. Niekischs Pflichtvorlesung wurde in Umsetzung der II. Hochschulreform durch ein obligatorisches „Gesellschaftswissenschaftliches Grundstudium“ ersetzt. In diesem Rahmen hielt ab dem Sommersemester 1951 Kurt Hager jeweils einstündige Kollegs über den dialektischen und über Historischen Materialismus. Die dazugehörigen Übungen hatten an der Philosophischen Fakultät Professoren verschiedener Fachbereiche zu geben. Neben den Historikern Meusel und Kamnitzer waren das etwa die Literaturwissenschaftler Alfred Kantorowicz und Leopold Magon, die beide nicht der SED angehörten (Magon war sogar Mitglied der NSDAP gewesen). Dazu kamen der Philosoph Walther Hollitscher, die Philosophin Liselotte Richter, der Völkerkundler Wolfgang Steinitz, der Philologe Werner Simon sowie der Amerikanist Georg Kartzke. Diese Übungen wurden also zunächst nicht von ausgesprochenen Parteimarxisten abgehalten, sondern von Fachwissenschaftlern. Hollitscher, Meusel, Kamnitzer und Steinitz besaßen allerdings ein eigenständiges marxistisches Profil, die anderen nicht. Kurt Hager war sicherlich zunächst das Zentrum der Ausbildung, allerdings befand er sich als Westremigrant erst am Beginn seiner Laufbahn zum dogmatischen Funktionär. Er stand durchaus in einer intellektuellen Distanz zur Linie der Ulbricht-Fraktion im Politbüro und war, wenn auch nicht für bürgerliche Fachwissenschaftler, so doch für unabhängige marxistische Gelehrte noch ein ernsthafter Gesprächspartner, der etwa die Philosophie Ernst Blochs protegierte.<sup>348</sup>

---

<sup>348</sup> Vgl. Andreas Malycha und Peter Jochen Winters, Die SED. Geschichte einer deutschen Partei, München 2009.

## Meusels Marxismus in der Geschichtswissenschaft

Alfred Meusel hatte durch einige institutionelle Schritte begonnen, an der Berliner Universität eine marxistische Geschichtswissenschaft aufzubauen; allerdings wurden Geschichtswissenschaft und Marxismus oder Historischer Materialismus im Vorlesungsverzeichnis bis 1951 noch getrennt angekündigt. Aber wie stellte sich Meusel eigentlich die neue, marxistische Geschichtswissenschaft vor? Für Meusels strategische Orientierung der Jahre bis 1951 ist eine improvisierte Rede aufschlussreich, die er am 14. September 1947 auf einer Tagung des SED-Hochschulausschusses gehalten hat.<sup>349</sup> Hier reflektierte er insbesondere die Stellung und Zukunft der Geschichtswissenschaft an der Universität sowie seine eigene Selbstverortung als marxistischer Gesellschaftswissenschaftler. Meusels Zielvorstellung für die Universitätsarbeit ist der „marxistische[.] Historiker“, den es „in Deutschland bis heute nicht gegeben“ hat; für Staat und Gesellschaft erhofft er sich „den Sieg des Sozialismus“.<sup>350</sup>

Meusel war auf das Referat nicht vorbereitet, denn er hatte wie sein Vorredner Kuczynski erst am selben Tag erfahren, dass ein Beitrag von ihm erwartet wurde. Kuczynski hatte daraufhin erklärt, man habe die Wissenschaftler als „Parteihammel“ und zugleich als „Parteifachkühe“ behandelt, die gehorchen müssten und gleichsam automatisch Milch gäben.<sup>351</sup> Meusel beweist eingangs mehr Parteidisziplin und erklärt hegelianisch: „Wenn man die Kuh vernünftig anschaut, schaut sie dich auch wieder vernünftig an“.<sup>352</sup>

Nach diesem halb scherzhaften Schlagabtausch mit dem dazwischenrufenden Kuczynski entwickelt Meusel wissenschaftspolitische Vorstellungen, die auch seinem Handeln als Dekan zugrunde gelegen haben dürften. Der SED-Politiker Anton Ackermann hatte in seiner Grundsatzrede am Vortag das „Problem der Einteilung der Wissenschaften“<sup>353</sup> angeschnitten. Meusel lehnt wie dieser die Einteilung in Natur- und Geistes- oder Kulturwissenschaften ab, weil es sich dabei um „bürgerliche und idealistische Einstellungen“ handle. Idealistisch meint in diesem Zusammenhang, dass der Begriff Geisteswissenschaft die materielle Grundlage des menschlichen Zusammenlebens nicht zur Kenntnis nimmt: das Soziale bzw. die Gesellschaft. Daher schließt Meusel, dass es allein sinnvoll sei, die Wissenschaften in Natur- und Gesellschaftswissenschaften zu gliedern. Die Verselbständigung des Faches Geschichte innerhalb des zuletzt genannten Teils bezeichnet der Historiker ebenfalls als Ergebnis des bürgerlichen Idealismus, d. h. der Abstraktion von der gesellschaftlichen Fundierung des Geschichtlichen. Anders herum seien aber die „Gesellschaftswissenschaften“ selbstverständlich für „uns“ als „Marxisten“ historische

---

<sup>349</sup> Referat von Alfred Meusel über „Geschichtswissenschaft und Marxismus“ auf der Tagung des SED-Hochschulausschusses am 14. September 1947, in: Malycha (Hg.), *Geplante Wissenschaft*, 190–198.

<sup>350</sup> Ebd., 198.

<sup>351</sup> Vgl. die Anmerkung des Herausgebers, ebd., 190, Fbnt. 94.

<sup>352</sup> Ebd., 190.

<sup>353</sup> Ebd., 191.

Wissenschaften – eine Tatsache, die die „von bürgerlichen Wissenschaftlern dogmatische betriebenen“ Sozialwissenschaften bislang vernachlässigt hätten. Mit diesem Gedankengang hat Meusel seinen im gleichen Jahr mit der Gründung seines „Instituts für Neue Geschichte“ auch institutionellen Wechsel vom Sozialwissenschaftler auf das Gebiet der Historie mit der marxistischen Wissenschaftslehre legitimiert. Allerdings verabschiedet Meusel in dieser Rede die selbständige Profession des Historikers und sieht sich selbst als Gesellschaftswissenschaftler.

Die Rede Meusels ist das Gründungsdokument einer marxistischen Geschichtswissenschaft an der HU, denn Meusel zieht Schlussfolgerungen aus seiner und für seine Arbeit an der Universität: „Wir werden jetzt doch, wenn auch nicht in einer sehr breiten Form, so doch in einer bestimmten Front an den Universitäten unseren Marxismus betreiben können“, das bedeutet die „Anwendung des historischen Materialismus.“<sup>354</sup> Seine Vorstellung vom Verhältnis dieser kleinen Minderheit von marxistischen Hochschullehrern zur bürgerlichen Tradition des Faches Geschichte entwickelt Meusel anhand des Problems vom Einzelnen und Allgemeinen in der Gesellschaftswissenschaft. Im Bereich des Einzelnen, vor allem der Quellenarbeit „können wir von den bürgerlichen Historikern, sowohl von den Dozenten wie von den Studenten, etwas lernen, nämlich sorgsam mit den Quellen umzugehen.“ Damit das „Detail“ „zu seinem Recht“ komme, sei sehr wohl „strenge Spezialisierung“ notwendig. Hier könne man auch die „brauchbaren Ergebnisse von bürgerlichen Wissenschaftlern in unseren Wissenschaftsbereich einbauen.“<sup>355</sup>

Den Unterschied zwischen geschichtspolitisch agitierenden Parteifunktionären und bürgerlichen Wissenschaftlern wie Meusel und Kuczynski betont u. a. Mario Keßler.<sup>356</sup> Tatsächlich ist das Plädoyer für bürgerliche Spezialforschung und Quellenarbeit nichts anderes als eine Herausforderung an die Parteidogmatiker. Vielleicht spricht sich darin auch der Respekt vor dem wissenschaftlichen Leistungsvermögen der Berliner Universitätskollegen Meusels aus. Jedoch scheint an dieser Stelle die verheerende Weichenstellung viel bedeutsamer, die Meusel für die Ebene des Allgemeinen vornimmt: Auf der Ebene des Allgemeinen liegen die Vorzüge des Historischen Materialismus. Diese wird von Meusel durchaus dogmatisch behandelt: Die Lehre von Marx durch andere Theorien ergänzen und verändern zu wollen, sei Folge von „bürgerlichen Gedankengängen und Strömungen“, die „[w]ir [...] selbständig bekämpfen“ müssten.<sup>357</sup> Während es also im Einzelnen neue Forschungsergebnisse geben könne, zürnt Meusel im Bereich des Allgemeinen die Marx'sche Lehre fest – die Theorie darf nicht mit Hilfe nichtmarxistischer

---

<sup>354</sup> Ebd., 192

<sup>355</sup> Ebd., 194f.

<sup>356</sup> Keßler, Exilerfahrung; vgl. auch Malycha, Einführung, 48f.: Marxistische Wissenschaftler wie Meusel oder Kuczynski, die aus dem bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb kamen, „respektierten [...] in jedem Fall die wissenschaftliche Meinungsfreiheit, die durch politische Vorgaben nicht beeinträchtigt werden sollte.“

<sup>357</sup> Malycha (Hg.), Geplante Wissenschaft, 192. Meusel polemisiert hier besonders gegen die Verbindung des Marxismus mit der Psychologie, womit er vermutlich auf seinen Fakultätskollegen Walter Hollitscher angespielt haben dürfte.

Ideen fortentwickelt werden. Auf diese Weise sollten „in Zukunft“ die „großen Gesichtspunkte und die genaue Erforschung des Details“ in „unserer Hand“ vereinigt werden.<sup>358</sup>

Selbst wenn Meusel sich nicht vorstellen konnte, dass in naher Zukunft die SED als „Partei neuen Typs“ die Deutungshoheit über den Historischen Materialismus an sich ziehen, den Diskurs der marxistischen Wissenschaftler über den Marxismus kriminalisieren sowie Schriften und Pamphlete Lenins und Stalins zur Deutung des Allgemeinen in der Geschichte der Marx'schen Lehre gleichberechtigt an die Seite stellen sollte – die Festlegung der historischen Gesellschaftswissenschaft auf ein einziges Erklärungsmodell schloss substantiellen wissenschaftlichen Fortschritt aus. Damit reduzierte Meusel, anders als etwa Walter Markov, die Fruchtbarkeit der an sich legitimen Perspektive der entstehenden marxistischen Geschichtswissenschaft gleich an ihrem Beginn auf einen einzigen grundsätzlichen Modus: den des Nachweises der Richtigkeit des Historischen Materialismus anhand von Quellenarbeit. Dass es sich bei diesen Äußerungen nicht um eine taktische Rücksichtnahme auf die Institution des SED-Hochschulausschusses handelte, zeigen etwa die Gutachten zur Dissertation von Helmuth Stoecker und zu Niekischs Russland-Buch.<sup>359</sup> Hier war es bei aller Anerkennung der Detailarbeit gerade deren unzureichende Verbindung mit der allgemeinen Deutungsebene des Historischen Materialismus, die den Ausschlag für eine negative Gesamtbewertung gegeben hatte.

### Marxistisch-stalinistische Ausbildung des Nachwuchses

Allerdings hat Meusel einige Schwierigkeiten gesehen, die die praktische Umsetzung seines Modells an der Universität herbeiführen könnte. Die Abgrenzung der Marxisten vom normalen Universitätsbetrieb durch eigene Institute und Lehrveranstaltungen könnte zum „Sektierertum“<sup>360</sup> und daher zur Isolierung der marxistischen Wissenschaftler und Studenten führen. An dieser Stelle wird verständlich, dass sich Meusel nach seiner Ernennung zum Ordinarius für das ideologisch vorbelastete Fach „Politische und soziale Probleme der Gegenwart“ um eine historische Professur und die Aufnahme ins Historische Seminar bemühte, weil er sich davon stärkere Einflussmöglichkeiten im Sinne des Marxismus versprach. Denn der „stärkste Einfluß an den Universitäten [kommt bislang] von den bürgerlichen Studenten“. Bei der Ausbildung der „Arbeiterstudenten“ fange man „wieder von ganz unten“ an.<sup>361</sup> Trotz der Gefahr, mit ideologischer Engführung lediglich die Minderheit der SED-Studenten anzusprechen, dürften bei der „Grundlage“, dem Historischen Materialismus, keine „Konzessionen und Kompromisse“ gemacht werden. Der Schlüsselbegriff, mit dem Meusel zwischen den Gefahren der Isolation und der

---

<sup>358</sup> Ebd., 194.

<sup>359</sup> ABBAW, NL Meusel, 462 und 470.

<sup>360</sup> Malycha (Hg.), Geplante Wissenschaft, 196.

<sup>361</sup> Ebd., 198.



„eklektische[n] Mischmaschmethode“ vermitteln möchte, ist „Aufklärung“. <sup>362</sup> Die Überzeugung nichtmarxistischer Studierender wird als Lernprozess konzipiert, in dem diese von selbst auf das allerdings schon feststehende Ergebnis kommen sollen. <sup>363</sup> Meusel illustriert dies am Beispiel eines von ihm gegebenen Seminars:

„Ich habe die jungen Menschen sich über den Begriff der Nation unterhalten lassen. Ich habe ein bißchen, nicht sehr nachgeholfen. Nach anderthalb Stunden waren sie so weit, daß die den Stalinschen Begriff gefunden hatten. Dann habe ich gefragt, ob jemand etwas gegen diesen Begriff einzuwenden hat. Da hat niemand etwas einzuwenden gehabt. Dann habe ich gefragt, ob jemand das gelesen hätte. Da war einer, der hatte die ‚nationalen und kolonialen Fragen‘ gelesen, und der hat gesagt, so steht es da. Das scheint mir die richtige Art Marxismus anzuwenden“. <sup>364</sup>

Angesichts dieser didaktischen Auffassung schwindet die Distanz zu einem Parteidogmatiker auf Verfahrensfragen bei der Durchsetzung des Marxismus. Dahinter steht die große Hoffnung, dass der Marxismus – hier sogar in der stalinschen Version – durchweg das intellektuell überzeugendste Angebot sei und auch in einer Kampfsituation, angesichts von „Leute[n], die davon abirren“ <sup>365</sup> sich durchsetzen könne. <sup>366</sup> Aus der scheinbaren Offenheit und Diskursivität seines Verfahrens erklärt sich wohl der Lehrerfolg Meusels, den einige Erinnerungen ehemaliger Studenten bezeugen. Allerdings handelte es sich bei ihnen um überzeugte Kommunisten und SED-Mitglieder.

Eine weitere Bedingung für Meusels große Wirkung als akademischer Lehrer waren seine Beziehungen zur DVV, die ihm Zugang zu Fördermöglichkeiten für den Nachwuchs verschafften. Zu Beginn war es ihm gelungen, mit großem Abstand die meisten aller Stipendiaten zu gewinnen. <sup>367</sup> So war etwa der von ihm betreute Joachim Streisand Stipendiat des Nachwuchsprogramms. <sup>368</sup> Auch Gerhard Schilfert vermerkte in seinem Lebenslauf seine Teilnahme am Zentralen Aspirantenseminar für Historiker an der HU unter der Leitung Meusels von 1948 bis 1951. <sup>369</sup> In einem Bericht an das Ministerium für Volksbildung lobte

---

<sup>362</sup> Ebd., 196.

<sup>363</sup> „Ich will nicht darüber streiten, wann [...] der Name Marxismus angewendet werden soll. Aber über eines müssen wir uns klar sein: Er muß einmal angewendet werden. Einmal muß der Name kommen, da gibt es gar nichts.“ (Referat von Alfred Meusel über „Geschichtswissenschaft und Marxismus“, Malycha (Hg.), Geplante Wissenschaft, 197).

<sup>364</sup> Ebd.

<sup>365</sup> Ebd.

<sup>366</sup> Anders aber Malycha: „Jene Wissenschaftler, die wie Kuczynski, Deiters und Meusel ihre wissenschaftliche Karriere im bürgerlichen Lehr- und Wissenschaftsbetrieb begonnen hatten, agierten zwar bewusst als Mitglieder der SED und verstanden sich als Marxisten, als Wissenschaftler respektierten sie jedoch in jedem Fall die wissenschaftliche Meinungsfreiheit, die durch politische Vorgaben nicht beeinträchtigt werden sollte.“ Malycha, Einführung, 49.

<sup>367</sup> Eine Liste vom September 1947 zählt 13 Nachwuchshistoriker unter der Betreuung Meusel, gefolgt von fünf bei Walter Markov: BArch, DR-2, 1447, 300–302, Verzeichnis der Historiker (wissenschaftlicher Nachwuchs), 27. September 1949.

<sup>368</sup> HUUUA, St 162, Personalakte Joachim Streisand, 3 Bde., Bd. 1, 32.

<sup>369</sup> NL Meusel, 584: Lebenslauf Schilfert, 20. 10. 1955. Schilfert promovierte dann aber bei Haußherr und Lange.

ihn Meusel als „eins der fähigsten und eifrigsten Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft“.<sup>370</sup> Neben den Genannten gehörten die zukünftigen HU-HistorikerInnen Karl Obermann, Charlotte Welskopf, Frithjof Sielaff, Gerda Grothe, Bruno Widera, aber auch die Akademie-HistorikerInnen Fritz Klein, Erika Herzfeld und der spätere Mitarbeiter des SHF Herwig Förder zu diesem Kreis.<sup>371</sup> Meusel teilte mit, dass das Aspirantenseminar „beinahe ganz aus Marxisten besteht“.<sup>372</sup>

Diese Ausführungen belegen, dass die Neuformung des Geschichtsbildes in der DDR der frühen 1950er Jahre nicht nur ein uneingelöster „Auftrag von oben“, sondern das Projekt einer Gruppe von älteren und jüngeren Historikern war, die sich, vom Rand der Fachwissenschaft kommend, institutionell u. a. an der Berliner Universität etabliert hatten.<sup>373</sup>

### Zwischenfazit: Meusel als marxistischer Geschichtspolitiker

Natürlich hatte der England-Remigrant und ehemalige Weimarer Professor Meusel trotz seiner prinzipiellen Parteilichkeit auch politische Schwierigkeiten in der DDR.<sup>374</sup> Meusel forderte eine weniger konfrontative Politik gegenüber dem Westen, er kritisierte den Umgang mit dem Philosophen Ernst Bloch und wurde gelegentlich für seine politische Unzuverlässigkeit auch von einflussreichen Geschichtspolitikern gerügt.<sup>375</sup>

Gegen die dogmatischen Vorstellungen Hannah Wolfs verteidigte Meusel sein Beharren auf Standards der älteren deutschen Geschichtswissenschaft: „Ich weiß nicht, ob Frau Direktor Wolf ernsthaft der Meinung ist, daß ich hier ein Programm der Ranke-Schule vertreten wollte, sondern ich habe lediglich gesagt, daß in Rankes Werk einiges enthalten ist, woraus wir lernen können. An dieser Richtung halte ich unbedingt fest.“<sup>376</sup>

Aber war Meusel deshalb eine durchweg positive Gestalt innerhalb der Geschichtswissenschaft der DDR, die nur zu schwach war, sich gegen die Parteidogmatiker durchzusetzen?

Gegen das etwas positivere Bild bei Mario Keßler würde ich einwenden: Meusels Wissenschaftskonzept war das einer politisierten, kämpferischen Wissenschaft. Er lehnte die Trennung von Politik und Wissenschaft bei Max Weber explizit ab und hielt sie für

---

<sup>370</sup> BAArch, DR-2, 1447, 65-67: Alfred Meusel an MfVB, „Berichterstattung über das Ergebnis der zentralen Arbeitsgemeinschaft im Wissenschaftlichen Nachwuchs“, 24. 8. 1950, hier: 66.

<sup>371</sup> Vgl. ebd., 65-67 sowie BAArch, DR-2, 1447, 300-302, Verzeichnis der Historiker (wissenschaftlicher Nachwuchs), 27. September 1949.

<sup>372</sup> BAArch, DR-2, 1447, 65-67: Meusel, [Berichterstattung], 66.

<sup>373</sup> Sabrow, Diktat, 41: „Die verlangte Neuformung des Geschichtsbildes war jedenfalls bis zu diesem Zeitpunkt vor allem ein politischer Auftrag von oben, keine innerfachliche oder geschichtskulturelle Strömung von unten“.

<sup>374</sup> Vgl. etwa Keßler, Exilerfahrung, 84f.

<sup>375</sup> Ernst Diehl 1954: Meusels politische Unzuverlässigkeit, seine Nähe zu Hartung und Stern; Sabrow, Diktat, 49. Vgl. zur Haltung Meusels 1957 den Brief an seinen Schüler Fritz Klein, der damals in politische Schwierigkeiten geraten war: ABBAW, NL Meusel, 441. Vgl. auch die Rede 1957, referiert in NL Meusel, Mappe 56.

<sup>376</sup> Alfred Meusel, Historiker-Tagung, 7./8. Juni 1952, S. 137, in: ABBAW, NL Meusel, Nr. 618; zit. nach Keßler, Exilerfahrung, 90.

Selbstbetrug der liberalen Wissenschaft.<sup>377</sup> Durch sein Beharren auf Verknüpfung von kommunistischer Parteilichkeit und wissenschaftlichem Erkenntnisstreben hat er den Weg zur Unterordnung der ostdeutschen Geschichtswissenschaft unter das Primat der Politik geebnet, wie es bei Sabrow beschrieben ist. Durch seine engen Verbindungen zu den Parteiideologen hat er auch deren Deutungsanspruch gegenüber den Historikern legitimiert. Damit gehört er zu jenen Intellektuellen, die die geistige Kultur der DDR den Ansprüchen der SED ausgeliefert haben, weil sie hinsichtlich des Wesens der kommunistischen Diktatur und der Vereinbarkeit von Macht und Geist einer Selbsttäuschung unterlagen. Das muss nach meiner Meinung auch gegen jene Interpreten der DDR-Geschichte festgehalten werden, die die Schuld am Scheitern des Systems bei den linientreuen Funktionären suchen, um mit der ‚Legende vom guten, legitimen, antifaschistischen Anfang‘ der DDR das politische Projekt der kommunistischen Intellektuellen der DDR aufzuwerten.<sup>378</sup>

Auch in seiner Haltung zur westdeutschen Geschichtswissenschaft hat sich Meusel in eine schwierige Doppelrolle begeben.<sup>379</sup> Während er innerhalb der DDR für die Aufrechterhaltung des Kontakts eintrat, um die Möglichkeit zur nationalen Einheit unter sozialistischen Vorzeichen zu bewahren, trat er gegenüber den westdeutschen Historikern als scharfer Verteidiger des Historischen Materialismus auf. Er profilierte sich als Gegner der westdeutschen Geschichtswissenschaft. Daher scheint sich an der Person Meusels die These von Sabrow zu bewahrheiten, dass die Abgrenzung gegen diesen innerdeutschen Gegner zu den identitätsprägenden Konstitutionsprinzipien der ostdeutschen Geschichtswissenschaft gehörte.<sup>380</sup>

### Veröffentlichungen 1945–1951

Bei den Veröffentlichungen der HU-Historiker zwischen 1945 und 1951 handelt es sich mit wenigen Ausnahmen um schmale Aufsätze oder Broschüren historisch-politischen Charakters. An der Hochkonjunktur von Erklärungsversuchen für die „Deutsche Katastrophe“ (Friedrich Meinecke) bzw. den „Irrweg der deutschen Nation“ (Alexander Abusch) beteiligten sich auf ganz unterschiedliche Weise Fritz Rörig und Ernst Niekisch.

---

<sup>377</sup> Vgl. NL Meusel, Mappe 77, MS: „Die Intellektuellen und die deutsche Kultur“ (verf. zwischen 1943 und 1945), 6f.: Voraussetzungslosigkeit führe nicht per se zu objektiver Erkenntnis; „sondern deshalb, weil sie mit den Tatsachen übereinstimmt, auf die sie sich bezieht. Ob man zu solchen Erkenntnissen gelangt, hängt davon ab, dass man den richtigen Standort wählt. Wir würden tragisch in die Irre gehen, wenn wir die nationalsozialistische Parteilichkeit mit einem Rückzug auf die Linie der ‚Werturteilslosigkeit‘ und der ‚unpolitischen Haltung‘ beantworten würden.“ „Wir deutschen antifaschistischen Intellektuellen müssen wissen, wohin wir gehören, von wo aus und für wen wir sprechen: wir stehen auf der Seite des ‚anderen‘ Deutschland, dessen Traditionen von Thomas Münzer über Kant, Fichte, Hegel, Marx und Engels bis zu Prof. Huber [Widerstand, Scholl] und den Münchener Studenten reicht“ (16).

<sup>378</sup> So etwa bei Werner Mittenzwei, Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland von 1945 bis 2000, Leipzig 2001.

<sup>379</sup> „[W]enn man die Auseinandersetzung zwischen westdeutschen und ostdeutschen Historikern für das Wichtigste hält (ich halte sie für das Wichtigste), so muss man sich in der Terminologie, mit der man die reaktionären und imperialistischen Historiker bekämpft, einige Zurückhaltung auferlegen. Tertium non datur.“ (ABBAW. NL Meusel, 765, Meusel an Ernst Diehl).

<sup>380</sup> Martin Sabrow, Die Geschichtswissenschaft der DDR und ihr „objektiver Gegner“, in: Georg G. Iggers u. a. (Hg.), Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem, München 1998, 53–91.

### Fritz Rörigs „Geschichte und Gegenwart“<sup>381</sup>

Rörig behandelte die deutsche Geschichte seit dem Mittelalter in einer Artikelfolge in der „Täglichen Rundschau“ 1946. Es handelte sich um eine Stellungnahme zur Diskussion über „die rechte Staatsform der Zukunft“. Den „nur in Deutschland“ entstandenen staatlichen Partikularismus, jener „unglückseligen Form der Staatsbildung“ sowie die daraus entstandene „obrigkeitsstaatliche[.] und feudale[.] Gesinnung“ machte der Historiker verantwortlich für die Ermöglichung der NS-Diktatur.<sup>382</sup> Demgegenüber empfahl er dringend eine Rückbesinnung auf das „zur Einheit mahnende Erbe des alten Reichsbegriffs“<sup>383</sup> des Mittelalters. Damit schrieb er die unter nationalistischen Vorzeichen geführte mediävistische Fachdiskussion fort, in der unter dem Signum des Reichs nach 1933 einige Historiker den Anschluss an die NS-Geschichtspolitik gesucht hatten.<sup>384</sup> Doch wendet Rörig 1946 die politischen Implikationen in eine andere Richtung: die Wiederherstellung eines einheitlichen deutschen Nationalstaates als Ausweg aus dem deutschen Sonderweg, als Garant für die „innere Einheitlichkeit“<sup>385</sup> Europas.

### Ernst Niekischs „Deutsche Daseinsverfehlung“<sup>386</sup>

Einen deutlich negativeren Akzent setzte Ernst Niekisch mit seiner Schrift über die „Deutsche Daseinsverfehlung“, die 1946 im Aufbau Verlag erschien. Auch diese Schrift setzte bei der Zersplitterung des mittelalterlichen deutschen Reichs an (DD 6). In der Folge strickt Niekisch einen Faden vom Protestantismus, dem Zusammenspiel von obrigkeitsstaatlichem Gehorsam und bürgerlicher „Innerlichkeit“ (DD 14) als Voraussetzung „der maßlosen Schwärmerei“ (DD 15), „Preussen als antiliberal[e] Gründung“ (DD 16), dem deutschen Idealismus als „Ersatzimperialismus“ (DD 35) zum Scheitern des Bürgertums: „Der deutsche Bürger war Untertan geworden“ (DD 44). Das „Kommunistische Manifest“, eines der „ganz großen Ereignisse des menschlichen Geistes“ (DD 47), bewirkt unter diesen Umständen die Abkehr des von der aufkommenden Arbeiterklasse verängstigten Bürgertums, das daraufhin die Herstellung eines Nationalstaates dem preußischen Staat überlässt (DD 48). Es wurde ein „Reich ohne Idee“ (DD 53), ein reiner Machtstaat, der zudem für den Übergang Europas zum Imperialismus zu spät kommt. Die daraufhin entwickelte „alldeutsche, pangermanistische Lehre“ war die „Ideologie des schwerindustriellen

---

<sup>381</sup> Fritz Rörig, *Geschichte und Gegenwart*. Eine Aufsatzfolge aus der „Täglichen Rundschau“, Berlin 1946; vgl. weitere Publikationen aus der Nachkriegszeit: Fritz Rörig, *Geblütsrecht und freie Wahl in ihrer Auswirkung auf die deutsche Geschichte. Untersuchungen zur Geschichte der deutschen Königserhebung (911–1198)*, Berlin 1948; Fritz Rörig, *Die Kaiserpolitik Ottos des Großen. Gedanken zu dem gleichnamigen Buche Martin Lintzels*, in: FS Edmund Stengel, Münster 1952, 203–222.

<sup>382</sup> Ebd., 7f.

<sup>383</sup> Ebd., 15.

<sup>384</sup> Vgl. dazu Anne Christine Nagel, *Im Schatten des Dritten Reichs. Mittelalterforschung in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1970*, Göttingen 2005.

<sup>385</sup> Rörig, *Geschichte und Gegenwart*, 46.

<sup>386</sup> Ernst Niekisch, *Deutsche Daseinsverfehlung*, Berlin, 1946, im Folgenden „DD“.

Großbürgertums“; sie fand auch beim „mittleren Bürgertum [...] offene Ohren“ (DD 69). Der Weg führt in die Katastrophe: Während der Antisemitismus als Lernvorgang „der deutsche[n] Lumpenproletarier“ für die maßlose Gewaltanwendung dient (DD 79), bildet der Antibolschewismus und dessen „annexionistisches Motiv“ – Gebietsgewinn im Osten – das Hauptmerkmal des Dritten Reiches. Hinzu kommt ein „klassenpolitisches Motiv“, denn das „bloße Dasein der Sowjetunion war für das schwerindustrielle Bürgertum ein Skandal“ (DD 80). Letzten Endes ist es jedoch Hitler, der Deutschland in den Abgrund führt, indem er „va banque“ spielt und alles „auf eine Karte setzt“ (DD 85). Nach dem Kriegsende, so die Schlussworte, erweist sich mit dem Verlust der staatlichen Souveränität der „Ertrag der ganzen deutschen Geschichte [...] als ein schreckliches Nichts [...] das ganze Dasein, das dahin führte[, ist] verfehlt“ (DD 86).

Mit dieser Schrift setzte sich Niekisch sicher in Gegensatz zu seinen (zukünftigen) Kollegen an der Universität. Einschließlich Meusel blieben sie trotz der Katastrophe von einem positiven Erbe der Nationalgeschichte überzeugt. Zudem enthält die Publikation keine Hinweise auf ein Zukunftskonzept für Deutschland. Auffällig ist indes, dass Niekisch sich die kommunistische Interpretation des Imperialismus und des Faschismus als seiner Steigerung zu Eigen macht, allerdings ohne dies auszuweisen. Er war noch 1945 in die KPD eingetreten, wurde 1946 Mitglied der neu gegründeten SED und setzte damit ganz offenkundig zunächst auf den Aufbau einer kommunistischen Gesellschaftsordnung.

Parallel zu seinen Lehrveranstaltungen bewies Niekisch auch bei Forschungsvorhaben Gespür für aktuelle Probleme: Er beantragte Mittel für die Erforschung des deutschen Widerstandes gegen Hitler sowie zum Thema der in der DDR so genannten „Umsiedler“, der Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten.<sup>387</sup>

Die Publikation von Ernst Niekischs Manuskript zum „Draht nach Rußland“ verhinderte Alfred Meusel.<sup>388</sup> In seinem Gutachten für den Verlag warf er Niekisch – bei allem Respekt vor dem tapferen Widerstandskämpfer – ein idealistisches Geschichtsbild, die Vernachlässigung des Historischen Materialismus sowie die auf einzelne Persönlichkeiten zentrierte Darstellung vor. Zudem würden die deutsch-russischen Beziehungen vom „Standpunkt eines altpreuussischen [!] Konservativen, eines Bismarck-Anhängers“ aus betrachtet – mit anderen Worten: fehlende Parteilichkeit auf hochsensiblen politischen Gebiet.

### Fritz Hartungs Publikationen

1949, im Jahr der Gründung beider deutscher Staaten, publizierte Fritz Hartung eine Untersuchung zur Staatsauffassung des französischen Königs Ludwig XIV.<sup>389</sup> Im Medium

---

<sup>387</sup> BArch DR2/1480.

<sup>388</sup> ABBAW, NL Meusel, 462: [Gutachten zu Ernst Niekisch, „Der Draht nach Rußland“], 14 Bl. masch, o. D. Die nachfolgenden Vorwürfe ebd., Bl. 1-2, das Zitat Bl. 2.

<sup>389</sup> Fritz Hartung, L' Etat c'est moi, Historische Zeitschrift 169/ H. 1 (1949), 1–30.

der Quelleninterpretation des politischen Testaments des Sonnenkönigs behandelt Hartung die alte, praktisch-politische Frage nach der guten Herrschaft. Er hatte den Text schon 1944 verfasst und dabei an Adolf Hitler gedacht,<sup>390</sup> konnte den darin dargelegten staatsrechtlichen Lehren aber angesichts des politischen Regiments in der SBZ noch immer einen gegenwartsrelevanten kritischen Wert beimessen. Auch wenn Ludwig XIV. den berühmten Satz „L'etat c'est moi“ nicht selbst geprägt habe, gebe er doch ganz richtig dessen Auffassung vom seinem persönlichen Regiment wieder.<sup>391</sup> Der „Rechtsgrund dieser überragenden Stellung“ lag zwar für den König in der Vorstellung, „daß das Königtum auf Gottes Ordnung beruht, daß die Könige Stellvertreter Gottes auf Erden sind.“<sup>392</sup> Doch in Wirklichkeit habe er seine Regierungspraxis nicht nach der göttlichen Ordnung, sondern ausschließlich nach „seinen persönlichen Wünschen“ gestaltet.<sup>393</sup> Dieses absolutistische Herrschaftsverständnis habe sich auch bei den benachbarten deutschen Fürsten und später bei Napoleon I. ausgeprägt.<sup>394</sup> Die Gefahr dieser Tendenz bestehe darin, dass die Herrscher zugunsten ihrer persönlichen, kurzfristigen Interessen die des Staates vernachlässigen. Hartung skizziert im historischen Rückblick auf die absolutistische Staatspraxis mit wenigen Strichen das Gegenbild der guten Herrschaft. In ihrem Mittelpunkt stehe die Raison des Staates, den er als „die der sterblichen Person des Königs übergeordnete dauernde Gemeinschaft“ versteht.<sup>395</sup> „Politik“ ist dementsprechend „die Anwendung des gesunden Menschenverstandes auf die Verhältnisse“. Freilich bleibt auch dann die Gefahr der egoistischen Willkür vorhanden, doch im „Ringgen gegen diese Versuchung [...] bewährt sich die sittliche Größe des wahren Staatsmannes“.<sup>396</sup> Die erfolgreichen Exekutoren dieser Herrschaftsweise seien Friedrich der Große und Fürst Bismarck gewesen, die darin dem „Pflichtgedanke[n] des alten Preußentums“ gefolgt seien. Dagegen hätten die persönlichen Regimes nicht nur unnötige Kriege und militärische Niederlagen, sondern immer wieder auch innere „Opposition“ und „Widerstand[.]“ hervorgerufen, deren Berechtigung Hartung nicht in Zweifel zieht.<sup>397</sup> Die historisch gewachsenen staatsrechtlichen Schranken der Willkürherrschaft – Gewaltenteilung, ständische oder parlamentarische Vertretungen – betrachtet der Historiker dagegen auch nach 1945 offenbar mit Skepsis, weil die Geschichte zeige, „wie leicht die Einschränkung der Gewalt der Regierung zur Ohnmacht des Staates im Innern wie vor allem nach außen“ führe.<sup>398</sup> Im Wechsel der Staatsformen zwischen der Ausübung und Bändigung staatlicher Macht möchte er – anders als der „alte[.] Goethe“ –

---

<sup>390</sup> NL Hartung, LIX.31, 20. 2. 1948, Hartung an Max Braubach.

<sup>391</sup> Hartung, L'Etat c'est moi, 22.

<sup>392</sup> Ebd., 15.

<sup>393</sup> Ebd., 22.

<sup>394</sup> Ebd., 27.

<sup>395</sup> Ebd., 25. Das folgende Zitat 11.

<sup>396</sup> Dieses und das folgende Zitat ebd., 29.

<sup>397</sup> Ebd., 20 und 24.

<sup>398</sup> Dieses und das folgende Zitat ebd., 30.

keine „sinnlose Pendelbewegung“ erkennen, die man „zur Ruhe bringen sollte“, Es handele sich um „das Leben selbst“, das darin immer wieder „Kräfte [...] erzeugt und steigert“.

Auch wenn der Gegenwartsbezug im Aufsatz nicht explizit gemacht wird, muss er bei dessen Interpretation vorausgesetzt werden. Bei Hartungs an prominenter Stelle erschienener Schrift handelt es sich allerdings nicht um eine Diagnose der Ursachen des Nationalsozialismus, sondern der außenpolitisch desolaten Lage des „Dritten Reiches“ am Kriegsende. Sie liegen vor allem im persönlichen Herrschaftsverständnis Adolf Hitlers, das Hartung in eine historische Abfolge absolutistischer Herrscher in Deutschland und Frankreich einordnet. Die heilsamen Gegenkräfte sind zunächst der im Innern sich regende Widerstand, dann aber die freiwillige Bindung des Herrschenden an die Idee der Staatsräson.

Vom Herausgeber der „Historischen Zeitschrift“, Ludwig Dehio, war sie wohl als Stellungnahme der Zunft insgesamt auf den ersten Seiten des ersten Nachkriegsheftes platziert worden.<sup>399</sup> Die Mischung aus historischem und politischem Rasonement steht ganz in der Tradition der historisch-politischen Publizistik der bürgerlichen Geschichtswissenschaft seit dem 19. Jahrhundert. Im ungebrochenen Vertrauen auf die politische Selbstbeschränkung der preußischen Monarchie und ihrer Staatsauffassung liefert Hartung die politische Programmatik des „politisch-moralisch gezähmten Historismus“ der Nachkriegszeit.

### Verfassungsgeschichtlicher Grundkurs einschließlich der Sowjetunion

Hartungs Schüler Wilhelm Treue gab jene *Quellensammlung zur Kulturgeschichte* heraus, innerhalb derer Hartung große Teile seines oben erwähnten Seminarprogramms zur „Entwicklung der Menschen- und Bürgerrechte“ seit 1776 veröffentlichen konnte.<sup>400</sup> Es waren neben der amerikanischen vor allem die europäischen Verfassungen, die Hartung abdruckte. Anders als im Seminar führte Hartung den Leser nun bis in die unmittelbare Gegenwart, d. h. bis zum ersten gesamtdeutschen Verfassungsentwurf der SED von 1946. Hartung hat die Edition mit einer knappen Einführung versehen. Sie belegt, dass er in seinen politischen Ansichten gerade als Verfassungshistoriker durchaus die neue welthistorische Situation nach dem Zusammenbruch des NS zu durchdringen suchte. Hier wollte er die Staatsmacht nicht nur auf die Sittlichkeit der Idee des Staates verpflichten. Vielmehr „sollen und können die Menschenrechte eine feste und unverrückbare Grundlage für das Zusammenleben der menschlichen Gesellschaft aufstellen“. <sup>401</sup> Die Charta der Vereinten Nationen von 1945 war in der Quellensammlung ebenso enthalten wie die Atlantic Charta von 1941.

---

<sup>399</sup> Hartungs Aufsatz folgen Betrachtungen u. a. von Gerhard Ritter, Willy Andreas, Hans Haussherr, Rudolf Stadelmann und Alfred Heuß.

<sup>400</sup> Fritz Hartung, Die Entwicklung der Menschen- und Bürgerrechte von 1776–1946, Berlin 1948.

<sup>401</sup> Hartung, Die Entwicklung der Menschen- und Bürgerrechte, 21.

Auch die sowjetische „Stalin“-Verfassung von 1936, die während der „Großen Säuberung“ auf geduldigem Papier die ungebrochene Geltung von Demokratie und Menschenrechten suggerierte, fehlte nicht.<sup>402</sup> Hartung nutzt die Gelegenheit zu einer verfassungsrechtlichen Auseinandersetzung mit der Besatzungsmacht in Ostdeutschland. Er kennzeichnet die beiden sowjetischen Verfassungen von 1918 und 1936 als historischen Bruch mit der europäischen Verfassungsentwicklung,<sup>403</sup> deren „Kern noch immer die alten negativen Freiheitsrechte“ des „Einzelnen gegen den Staat“ gewesen seien.<sup>404</sup> Stattdessen binde die Verfassungsentwicklung des sozialistischen Staates Freiheit nun an die Zugehörigkeit des Einzelnen zur „sozialistischen Gemeinschaft“. Im Mittelpunkt stehe nicht mehr das Individuum, sondern die „Klasse der Werktätigen“, der der Staat Rechte positiven Inhalts gewähre.<sup>405</sup> Daneben erkennt Hartung in beiden Verfassungen allerdings eine „offene und laute Kriegserklärung [...] gegen die besitzende Klasse“, die der Grundrechte der bürgerlichen Verfassungen seit dem 19. Jahrhundert beraubt sei. Ob Hartung diese Kritik auch in seinem verfassungshistorischen Seminar an der Universität geäußert hat, muss offen bleiben.

Daraufhin wird auch der Nationalsozialismus deutlich kritisiert, denn auch er „war natürlich ein erbitterter Gegner jeglicher Art von Menschen- oder Grundrechten.“ Doch bestehe nun – anders als in der Sowjetunion – die Gelegenheit, auf den europäischen Entwicklungsgang zurückzukehren, denn das „Unheil, das [der NS] damit über die ganze Welt heraufbeschworen hat, hat das alte Bedürfnis“ nach Sicherung der Grundrechte gegenüber dem Staat „neu belebt.“ Hartung geht hier also über die Verurteilung des NS, die im HZ-Aufsatz von 1944/49 noch auf das Schicksal Deutschlands beschränkt war, hinaus. Als historisch sinnvolle Antwort erscheinen nun die übernationalen menschenrechtlichen Anstrengungen der Vereinten Nationen, denn sie stellen die Kontinuität der westlichen Verfassungsentwicklung wieder her. In der Vermittlung zwischen „individualistischer und sozialistischer Wirtschaftsordnung“ sowie der Sicherung von Freiheit und Gleichheit „auch gegen die Macht der nichtstaatlichen sozialen und kapitalistischen Verbände“ erkennt Hartung die schwierige Aufgabe der zukünftigen Verfassungsentwicklung. Die in den Verfassungen der westlichen Besatzungszonen vorgesehene Möglichkeit, Grundrechte zeitweilig aufzuheben, kritisiert Hartung mit Blick auf den Untergang der Weimarer Republik.<sup>406</sup> Allerdings bekennt der konservative Historiker und bekennende Preuße sich anders als nach 1918 ausdrücklich zur Weimarer Verfassung und stellt sie in die historische Tradition der westlichen Verfassungsentwicklung, auch wenn die darin grundgelegten

---

<sup>402</sup> Das Seminar war offenbar ein Erfolg: „Das Semester entwickelt sich recht erfreulich. Ich habe ein fast zu gut besuchtes Seminar mit fast 50 Teilnehmern, in dem ich die Entwicklung der Menschenrechte seit 1776 durchnehme. Es wird fleissig gearbeitet, u. viele sind offenbar mit wirklichem Interesse bei der Sache.“ (NL Hartung, XXXVII.1 18. 5. 1947, Hartung an Ernst Friedländer).

<sup>403</sup> „Einen ganz andern Charakter als alle bisher erwähnten [...] tragen die Rechteerklärungen in Sowjetrußland.“ (Hartung, Die Entwicklung der Menschen- und Bürgerrechte, 18).

<sup>404</sup> Dieses und das folgende Zitat ebd., 19.

<sup>405</sup> Dieses und das folgende Zitat ebd., 18.

<sup>406</sup> Ebd., 18.



sozialen Rechte skeptisch beurteilt werden. Mit der Weimarer Verfassung von 1919 sieht Hartung einen „neuen Aufschwung d[er] Grundrechte“,<sup>407</sup> zu ihren Schwächen gehörte die fehlende innere Kohärenz und „damit die werbende Kraft“, womit sie durchaus dem Charakter der Republik jener Zeit entsprochen habe. Die Frage, inwiefern der Artikel 48 ein Grunddefekt dieser Verfassung gewesen sei, lässt Hartung unbeantwortet. Jedenfalls relativiert er seine Bedeutung durch den Hinweis, dass die zeitweilige Außerkraftsetzung von Grundrechten auch in früheren Verfassungen und neuerdings wieder in denen der westlichen Besatzungszonen vorgesehen sei.

### Hartung zur 1848er Revolution

Im Gegensatz zu Meusel legte Hartung bei seiner gelehrten Betrachtung der „europäischen Bedeutung der Revolution von 1848“ eine generell positive Bewertung ihres Ausgangs zugrunde.<sup>408</sup> Die Revolution habe die Ordnung des Wiener Kongresses von 1815 zerstört und damit „das Bild von Europa grundlegend verändert“.<sup>409</sup> Denn statt des russischen Zaren und Metternichs sei von nun an Frankreich mit Napoleon III. die bestimmende Macht gewesen, die den Ideen der Französischen Revolution nun prinzipiell aufgeschlossen war. Neben Italien habe sich in der Nachfolge auch Deutschland auf den Weg der nationalen Einigung begeben können, die 1848 noch am Widerstand der großen europäischen Mächte gescheitert war. Erst im letzten Absatz bezieht sich Hartung endlich doch auf die Aufkunft des Sozialismus, der seit 1848 als „Gefahr, als Schreckgespenst im Hintergrund der ganzen sozialen Entwicklung“ stehe, sich jedoch „damals sein Lebensrecht erkämpft“ habe und „inzwischen zu einem entscheidenden Faktor in der Geschichte der Welt geworden“ sei.<sup>410</sup> Für den konservativen Historiker war der Sozialismus nunmehr ein Machtfaktor, dem er aufgrund seiner historischen Wirksamkeit nicht die Anerkennung versagen wollte. Das historistische Geschichtsd Denken half hier zur Aussöhnung mit den Verhältnissen, obgleich die Distanz zum utopischen Projekt des Sozialismus bestehen blieb.

### Ernst Hohls Publikationen

Neben Hartung und Rörig arbeitete mit dem Althistoriker Ernst Hohl ein dritter bürgerlicher Gelehrter seit 1949/50 an der HU. Seine Forschungstätigkeit bewegte sich weiterhin in dem in der Vorkriegszeit entworfenen Rahmen.<sup>411</sup> Seine bekannte Übersetzung der *Historia Augusta* war in den letzten Kriegsjahren in Rostock entstanden. Noch als Rostocker Professor hatte Hohl im Mai 1946 auf der ersten Historiker-Konferenz der Nachkriegszeit in Berlin einen Vortrag über „Die Aufgaben der Alten Geschichte“ gehalten.<sup>412</sup> Eine

---

<sup>407</sup> Hartung, Die Entwicklung der Menschen- und Bürgerrechte, 16.

<sup>408</sup> Fritz Hartung, Die europäische Bedeutung der Revolution von 1848, FuF 24 (1948), 25–27.

<sup>409</sup> Ebd., 27.

<sup>410</sup> Ebd., 27.

<sup>411</sup> Sehlmeier / Walter, Unberührt von jedem Umbruch, 34.

<sup>412</sup> Huschner, Deutsche Historiker, 909–912.

Notwendigkeit der Erneuerung der deutschen Althistorie sah er nicht, denn das Fach sei „gegen das nazistische Gift ziemlich immun geblieben“, weil schon die universale Qualität seines Gegenstandes „vor Einseitigkeit bewahrt“. <sup>413</sup> Hohl plädierte dementsprechend vor allem für die Wiederherstellung „moderner historischer Berufsethik“, d. h. Quellenbezug und Vermeidung von Fiktion, für die Einheit von Forschung und Lehre – die die Kenntnis der klassischen Sprachen erfordere –, für die Vereinigung von Klassischer Philologie und Alter Geschichte. <sup>414</sup> Eine Auseinandersetzung mit der Herausforderung des Historischen Materialismus, der auf der Konferenz durch Anton Ackermann vertreten wurde, lässt sich zu diesem frühen Zeitpunkt nicht erkennen. Freilich sei soziologische und Wirtschaftsgeschichte von verschiedenen Althistorikern schon von jeher betrieben worden. <sup>415</sup> Ernst Hohls Veröffentlichungen während seiner Lehrtätigkeit an der HU müssen hier nur kurz gestreift werden, denn der Althistoriker hat keinen Einfluss auf die weitere Fachentwicklung an der Universität genommen und ist schon 1952 durch die Dozentin Elisabeth Welskopf ersetzt worden.

### Alfred Meusels Publikationen

Zuletzt zu Alfred Meusels öffentlichen Äußerungen bis 1951. Während sein erster Gegenspieler Fritz Hartung die Mittel seiner Fachdisziplin durchaus für eine politische Kritik an den Verhältnissen vor und nach 1945 zu nutzen wusste, blieb Meusel politisch auf unheimliche Weise blauäugig und undifferenziert. Von einem intensiven Bemühen um eine fachwissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Entstehung des Nationalsozialismus ist nichts zu spüren.

Zunächst sticht jene improvisierte Rede heraus, die Meusel am 14. September 1947 auf einer Tagung des SED-Hochschulausschusses gehalten hat. <sup>416</sup> Erstaunlicherweise blieb es – abgesehen von historisch-politischen Broschüren – bis 1952 bei Ankündigungen einer materialistischen Geschichtsbetrachtung. Meusel hat bis auf das umstrittene Buch über Thomas Müntzer keine eigenen Forschungsbeiträge vorgelegt, die seine Zielprojektion erfüllt hätten. Stattdessen beteiligte auch er sich an der Flut der zeitdiagnostischen Veröffentlichungen – im Gegensatz zu Hartung natürlich durchaus im Einklang mit dem herrschenden politischen Kurs. Der im Osten Deutschlands entstehende Staat wurde in die Kontinuität der deutschen Geschichte gestellt, wo er deren eigentliche Vollendung darstellen sollte. Von den eigentlichen Aufgaben der „deutsche[n] Revolution von 1848“ habe sich die eine – die Brechung der staatlichen Macht des Adels – erst jetzt in der SBZ erfüllt; die

---

<sup>413</sup> Ebd., 911.

<sup>414</sup> Ebd., 910.

<sup>415</sup> Ebd., 911.

<sup>416</sup> Referat von Alfred Meusel über „Geschichtswissenschaft und Marxismus“ auf der Tagung des SED-Hochschulausschusses am 14. September 1947, in: Malycha (Hg.), Geplante Wissenschaft, 190–198.

andere – die Herstellung der nationalen Einheit – sei heute eine dringendere Aufgabe als je zuvor.<sup>417</sup>

Ein Jahr zuvor hatte Meusel den Jahrestag der „Oktoberrevolution“ genutzt, um deren angeblich fortschrittliche Errungenschaften darzustellen: Diese Revolution werde zu Recht „groß“ genannt, denn sie habe „die Herrschaft einer privilegierten Minderheit durch eine wahre Demokratie, das heißt durch eine wahre Volksherrschaft ersetzt“.<sup>418</sup> Die Sowjetunion sei die erste „friedensfreundlich[e]“ Weltmacht. Entsprechend solle der einheitliche deutsche Nationalstaat der Zukunft auch nur nach dem Muster der in der SBZ eingeleiteten Maßnahmen zum Umbau der Gesellschaftsordnung entstehen.<sup>419</sup>

Lediglich in der Broschüre „Intelligenz und Volk“ skizzierte Meusel Ansätze für eine tiefere historische Erklärung des Nationalsozialismus.<sup>420</sup> Er nennt als Gründe die Spaltung der Arbeiterbewegung (ein Werk der Sozialdemokraten!), den Objektivismus der Weimarer Soziologie, den verhängnisvollen Einfluss Nietzsches und die fehlgeschlagene Demokratisierung infolge der Novemberrevolution 1918/19. Außenpolitisch habe man die Chance zur Zusammenarbeit mit Russland vertan.

### Fazit

Es gab mindestens zwei Neuanfänge der Geschichtswissenschaft an der Berliner Universität nach 1945. Die Versuche Fritz Hartungs zur Restitution der selbstverwalteten Ordinarienuniversität waren schnell an den politischen Vorgaben der neuen kommunistischen Hochschulpolitiker gescheitert, sodass Hartung selbst den Weg freimachte für Alfred Meusel als neuen Dekan und dann einflussreichen Historiker an der Fakultät. Aber dafür hatte es gar nicht so sehr einer rigiden pro-kommunistischen Hochschulpolitik bedurft.

Die Gründe für den Erfolg der marxistischen Historie liegen zum einen in der Schwäche des alten Historischen Seminars, an dem – nach der Vertreibung während des Nationalsozialismus, anfänglich strikter Entnazifizierung durch die SMAD nach 1945, Flucht und attraktiveren Angeboten aus den westlichen Besatzungszonen – nur noch wenige ältere Professoren wirkten. Zweitens waren sich insbesondere Fritz Rörig und Fritz Hartung uneins hinsichtlich der angemessenen Reichweite ihrer Zusammenarbeit mit dem neuen mächtigen Mann an der Fakultät, der selbst nun die eine marxistische Geschichtswissenschaft in Forschung und Lehre vertreten wollte.

Der dritte Grund liegt in der Person des betreffenden Historikers: Alfred Meusel gewann als Remigrant, als bekennendes SED-Mitglied sowie als ehemaliger Ordinarius des Universitätssystems der Weimarer Republik das Vertrauen sowohl des bürgerlichen Professorats als auch der SED-Funktionäre von Universität und Hochschulverwaltung. Er

---

<sup>417</sup> Alfred Meusel, Die deutsche Revolution von 1848, 23f.

<sup>418</sup> Alfred Meusel, Die Sowjetunion, der Krieg und der Frieden, FuF 21 (1947), 228f., hier: 228.

<sup>419</sup> Alfred Meusel, Kampf um die nationale Einheit in Deutschland, Berlin 1947, 24.

<sup>420</sup> Alfred Meusel, Intelligenz und Volk, insbes. 38f. und 42.

wurde mit Zustimmung der Fakultät zum Dekan gewählt, gelangte damit in eine Machtposition, die von der SED-Hochschulpolitik stark ausgebaut wurde, und betrieb zielstrebig den Aufbau einer neuen Geschichtswissenschaft. Die bürgerlichen Ordinarien Fritz Hartung und insbesondere Fritz Rörig kooperierten dabei aus unterschiedlichen Gründen mit ihm.

Im Hintergrund dieser kausalen Faktoren stehen als Bedingungen ihrer Möglichkeit der Nationalsozialismus, die Niederlage im II. Weltkrieg, der Einmarsch der Roten Armee und die Eingliederung Ostdeutschlands in den Bereich sowjetischer Machtpolitik. Die Philosophische Fakultät hatte nach der Einbindung vor allem jüngerer Wissenschaftler in die NS-Universitätspolitik keinen eigenen unbelasteten und durchsetzungsfähigen Dekan bestimmen können. Infolge der deutschen Kriegsniederlage war die Hochschulverwaltung den Bestimmungen der SMAD unterworfen, die für den Machtzuwachs der KPD/SED sorgte und das Recht der Universität auf Selbstverwaltung nicht wiederherstellte.

In Hinblick auf die wissenschaftliche Qualität war der Neubeginn damit allerdings wenig vielversprechend. Einzig der knapp vor der Emeritierung stehende Fritz Rörig könnte aus heutiger Sicht noch als methodisch anregender, wenn auch national-konservativer Historiker gelten. Alfred Meusel selbst entwickelte kaum Produktivität als Geschichtsschreiber, sein später erschienenenes Thomas-Müntzer-Buch blieb ein umstrittener Solitär. Die Hoffnungen der SED lagen auf dem Nachwuchs, und tatsächlich waren mit Streisand, Stoecker, Kamnitzer und Grothe einige zukünftige FachhistorikerInnen der Universität schon zu Meusel gestoßen. Der konnte ihnen bald eine dauerhaft an der Fakultät institutionalisierte und entwicklungsfähige Plattform bieten, wenn auch bis 1951 der Personalbestand erstaunlich gering blieb. Entsprechend dünn sind die Forschungserträge dieser Zeit.

Hinsichtlich der Frage nach Kontinuitätslinien zurück in die Zeit der Weimarer Republik bleiben angesichts des starken personellen Einbruchs kaum denkbare Möglichkeiten. Sicherlich, Alfred Meusel waren die Standards der älteren deutschen Geschichtswissenschaft nicht unbekannt, auch wenn er sie selbst kaum einlösen wollte. Als einzige Übergangsfigur mit Einfluss auf den Nachwuchs blieb dann doch der politisch wendige Fritz Rörig, der tatsächlich als Mittelalterhistoriker noch einige HU-Studierende ausbilden konnte. Er hatte zuletzt mit Eckhard Müller-Mertens noch den zukünftigen *shooting star* der HU-Geschichtswissenschaft der frühen 1950er Jahre promoviert, der dann als Anhänger Stalins und Parteisekretär der SED-Grundorganisation auch über das nötige politische ‚Kapital‘ verfügen sollte.

## **B Die „Fachrichtung Geschichte“ bis 1968**

### ***B.1 Geschichtspolitik und Hochschulpolitik in der DDR seit 1952 und die Gründung der „Fachrichtung Geschichte“ an der Humboldt- Universität zu Berlin***

#### Hochschulpolitik

Die Jahre zwischen 1945 und 1951 waren durch die Bemühungen zum Wiederaufbau der Universitäten gekennzeichnet, die sich z. T. durchaus am Universitätssystem der Weimarer Zeit orientiert hatten. Einzelne Wissenschaftler wie Alfred Meusel waren als einflussreiche Akteure innerhalb der Universitäten in der Lage gewesen, zwischen dem universitären Anspruch auf Selbstbestimmung und den politischen Eingriffen der SED zu vermitteln, auch wenn etwa Meusel dabei die Vorgabe des Historischen Materialismus zur alleinigen Maxime machen wollte. Mit dem winterlichen Januar 1951 waren jedenfalls eventuell verbliebene Illusionen über die Universität als autonome Lehr- und Forschungsanstalt passé. Nicht nur als Mittel universeller Kontrolle, sondern auch als vermeintliche Modernisierung wurde „Zentralisierung“ zum Leitbegriff der Hochschulpolitik und die Geschichtswissenschaft der Humboldt-Universität mehr und mehr Teil einer gesamtstaatlichen Struktur.<sup>421</sup>

Nach einigen entsprechenden Beschlüssen des Zentralkomitees der SED<sup>422</sup> erließ das nun staatlicherseits für die Hochschulen zuständige Ministerium für Volksbildung am 22. Februar 1951 die „Verordnung über die Neuorganisation des Hochschulwesens“.<sup>423</sup> Die Ziele waren die „zentrale Planung und Lenkung des Hochschulwesens“,<sup>424</sup> das sollte Forschung, Lehre und Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses betreffen. Es handelte sich dabei um die Einleitung der später sogenannten II. Hochschulreform. Sie betraf hinsichtlich der Lehre an den Universitäten die flächendeckende Einführung eines gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums für die Studierenden, obligatorischen Russisch-, Deutsch- und Sportunterrichts, des Zehnmonate-Studiums, verbindlicher Studienpläne sowie die Heranbildung neuer, parteilicher Lehrkräfte. Für die Durchsetzung dieser Pläne wurde ein neues Staatssekretariat für Hochschulwesen geschaffen.<sup>425</sup> Es handelte sich um eine „komplexe Veränderung des ostdeutschen Hochschulwesens“<sup>426</sup>. Zusammenfassend folgten die Maßnahmen den fünf Prinzipien: Monopolisierung des Marxismus-Leninismus, Verdrängung der bürgerlichen Wissenschaftler in den Geisteswissenschaften,

---

<sup>421</sup> Vgl. zum Folgenden Kowalczyk, Geist, Malycha, Einführung.

<sup>422</sup> 5. Januar 1951: Beschluss des ZK: „Verordnung über die Zentralisierung des Hochschulwesens“ (Malycha (Hg.), Geplante Wissenschaft, Dok. 78, 337); 19. Januar 1951: 4. Tagung des ZK: Beschluss über die „nächsten Aufgaben in den Universitäten und Hochschulen“ (Malycha (Hg.), Geplante Wissenschaft, Dok. 75, 326–329. Zum 10-Monate-Studium: „Dem Beispiel unserer sowjetischen Freunde kann nur beschränkt gefolgt werden, da in der SU Lehre und Forschung getrennt sind.“ 328).

<sup>423</sup> Siehe Malycha (Hg.), Geplante Wissenschaft, Dok. 81, 347–351.

<sup>424</sup> Ebd., 347.

<sup>425</sup> Alles nach Kowalczyk, Geist, 133.

<sup>426</sup> Ebd., 170.

Beschleunigung und Vereinheitlichung des Hochschulstudiums, Veränderung der sozialen Zusammensetzung der Studentenschaft und Erhöhung des Anteils an Studentinnen,<sup>427</sup> Heranbildung eines regimetreuen wissenschaftlichen Nachwuchses.<sup>428</sup>

Im Laufe der Zeit sollten einheitliche Lehrpläne für die ideologienahen Fächer geschaffen werden, die auf Grundlage des Marxismus-Leninismus arbeiten; es sollten Schwerpunkte für einzelne Forschungsrichtungen gebildet werden, sodass man von einer schrittweisen Einschränkung der Lehr- und Forschungsfreiheit gesprochen hat.<sup>429</sup> Auch wenn dieses Urteil sicher richtig ist, so bleibt doch zu beachten, dass an der konkreten Ausgestaltung und Umsetzung dieser Pläne immer die Fachwissenschaftler, gerade auch HU-Historiker, beteiligt waren; sie waren bemüht, ohnehin vorhandene Strukturen an den Universitäten nun in den zentralen Planungen zu verankern. Selbst wenn es also den Anschein hat, dass auch die Forschungsarbeiten der HU-Historiker zentral gesteuert wurden, so ist die Wahrscheinlichkeit doch groß, dass diese entsprechende Gestaltungsmöglichkeiten genutzt und ihr jeweiliges Forschungsvorhaben lediglich geschickt „nach oben“ durchgegeben hatten. Schon der SED-Ausschuss für Hochschulfragen des Jahres 1957 unter dem Vorsitz von Anton Ackermann verzeichnete neben Paul Wandel und Robert Rompe sowie einigen Studierenden auch 13 kommunistische Hochschullehrer als Mitglieder: Von der Humboldt-Universität waren Jürgen Kuczynski, Heinrich Deiters und natürlich Alfred Meusel dabei.<sup>430</sup> Die neue Hochschulrahmenverfassung vom 28. August 1952 verknüpfte den Wandel an den Hochschulen mit dem umfassenden Ziel des Aufbaus des Sozialismus in der DDR; „[d]ie Universitäten waren auf den sozialistischen Weg gebracht worden.“<sup>431</sup> „Mit der 1951 einsetzenden Hochschulreform begann nach der eher bruchstückhaften Reformierung des Hochschulwesens eine komplexe Umgestaltung, die zum Ziel hatte, ein sozialistisches, auf weitgehende Planungs- und Zentralisierungsansprüche basierendes Hochschulwesen zu etablieren.“<sup>432</sup> Nach einer kurzen Phase, in der es noch Spielräume für die Autonomie von Wissenschaftlern und Fächern gegeben hatte, sprechen Wissenschaftshistoriker nun von der „Wende zur Politisierung und Funktionalisierung der Wissenschaft“<sup>433</sup>. Dabei sollte das zuvor von außen an die Wissenschaft herangetragene „Wissenschaftsverständnis der [SED-]Politik in wissenschaftliches Selbstverständnis“ umgeformt werden.<sup>434</sup> Zugleich wurde allerdings in den Geisteswissenschaften insgesamt die Ebene der Theorie der innerwissenschaftlichen Diskussion entzogen; die Auslegung des Marxismus-Leninismus wie die Ausgestaltung des Historischen Materialismus blieb die Domäne von Parteipolitikern.

---

<sup>427</sup> „Richtlinien für die Zulassung zum Studium an den Universitäten und Hochschulen“ (1950), dazu ebd., 269f.

<sup>428</sup> Ebd., 170f.

<sup>429</sup> Ebd., 184.

<sup>430</sup> Ebd., 95.

<sup>431</sup> Ebd., 134. Das Statut der HU in: Dokumentation über das Hochschulrecht in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands, hg. von der westdeutschen Rektorenkonferenz, Göttingen 1955, B6–B36.

<sup>432</sup> Ebd., 171.

<sup>433</sup> Malycha, Einführung, 59.

<sup>434</sup> Ebd., 62–86, hier 63.

Für die institutionelle Entwicklung der Geschichtswissenschaften an der HU hatte die Verankerung der SED selbst an den Hochschulen ein besonderes Gewicht. SED-Organen an den Hochschulen übernahmen nun Kontroll-Aufgaben für die Durchführung der Beschlüsse.<sup>435</sup> Im Rahmen der Neuorganisation der Parteiarbeit (seit 1947 existierten SED-Hochschulgruppen mit hauptamtlichen Sekretären, seit 1948 auch Parteiaktive<sup>436</sup>) wurden seit dem III. Parteitag von 1950 die SED-Hochschulgruppen direkt dem ZK der SED unterstellt.<sup>437</sup> Die SED-Betriebsgruppen wurden zu Exekutoren „der Partei- und Ministerratsbeschlüsse an den Hochschulen“<sup>438</sup>. 1954 entstanden an den Universitäten hauptamtliche Sekretariate der SED mit eigenen Mitarbeitern. Die Parteileitung der HU erhielt dabei sogar den Charakter einer Kreisleitung der SED, d. h., sie konnte nun selbständig Mitglieder und Kandidaten aufnehmen und Parteistrafen verhängen.<sup>439</sup> Nach dem Urteil eines kritischen Historikers sei nach dem 17. Juni 1953 die SED-Organisation „das eigentliche Macht- und Entscheidungszentrum“<sup>440</sup> der Universität geworden.

Für das Geschichtsstudium wurden im September 1951 neue verbindliche Studienpläne erlassen, die beim Staatssekretariat durch einen Universitätshistoriker aus der Gruppe der antifaschistischen Professoren erarbeitet worden waren.<sup>441</sup> Unter dem Vorsitz Leo Sterns war das Ende des traditionellen „freien“ Hochschulstudiums auch für das Fach Geschichte besiegelt worden: Ein-Fach-Studium über acht Semester, Einführung der festen Studienjahre und entsprechender Studentengruppen; 32 bis 35 Wochenstunden, drei sechswöchige Berufspraktika, Zwischenprüfungen und Staatsexamen. Für begabte und/oder SED-treue Studierende wurde nach sowjetischem Vorbild die eng strukturierte Nachwuchsausbildung in Form der Aspirantur geschaffen.

Nach der tiefgreifenden Systemkrise in Begleitung des Aufstandes vom 17. Juni 1953 gingen die Hochschulreformen in eine etwas liberalere Phase, nur um dann mit der II. Hochschulkonferenz der SED im Dezember 1955 in eine neue hochschulpolitische Offensive<sup>442</sup> überzuleiten. Insbesondere während der sogenannten ‚Entstalinisierungskrise‘ kam es, etwa nach dem 32. ZK-Plenum im Sommer 1957, zu politischen Säuberungen des Lehrkörpers, v. a. des Mittelbaus. Die Assistentenordnung vom November 1957 machte explizite politische Loyalität zur Voraussetzung für den Verbleib auf einer Stelle. Daher begannen an den Hochschulen der DDR seit Beginn des Jahres 1958 „gravierende personelle Veränderungen des Mittelbaus.“<sup>443</sup> Zeitgleich mit der kampagnenartigen Vertreibung auch der bürgerlichen Professoren 1957/58, die von einer letzten großen Welle der Abwanderung

---

<sup>435</sup> Kowalczyk, Geist, 233.

<sup>436</sup> „Einheiten besonders verlässlicher Parteimitglieder“ Ebd., 242.

<sup>437</sup> Ebd., 245.

<sup>438</sup> Ebd., 246.

<sup>439</sup> Ebd., 251

<sup>440</sup> Ebd., 251.

<sup>441</sup> Ebd., 164f.

<sup>442</sup> Vgl. Malycha, Einführung, 69.

<sup>443</sup> Malycha, Einführung, 77.

von Wissenschaftlern begleitet wurde,<sup>444</sup> setzte die SED-Hochschulpolitik den Aufbau einer „sozialistischen Universität“ auf die Tagesordnung.

Im Anschluss an die III. Hochschulkonferenz der SED 1958 wurden nun in einer dritten Phase der hochschulpolitischen Entwicklung die Veränderungen der vergangenen Jahre fixiert<sup>445</sup> – Monopolisierung des Marxismus-Leninismus, Orientierung der wissenschaftlichen Planung an den Praxisbedürfnissen des Sozialismus, verbindliche Zusammenarbeit der Universitätsorgane mit der SED. Die nun avisierte „Sozialistische Hochschule [hieß]: Durchsetzung des Marxismus-Leninismus zur herrschenden, alle Disziplinen durchdringenden Ideologie, Sicherung der führenden Rolle der Arbeiterklasse an der Hochschule, Forschung, Lehre und Ausbildung auf den höchsten Stand moderner wissenschaftlicher Erkenntnisse zu heben und eindeutig auf die Erfordernisse des sozialistischen Aufbaus zu orientieren, ständige wechselseitige Verbindung von Theorie und Praxis, Verstärkung der Beziehungen zwischen Hochschule und Betrieb, kontinuierliche Verbindung des Studiums mit der produktiven Arbeit, alle Angehörigen der Universitäten und Hochschulen zu einem hohen sozialistischen Bewusstsein zu erziehen.“<sup>446</sup>

Diese Phase der Hochschulentwicklung war nach den heftigen SED-internen Diskussionen geprägt durch den ideologischen Kampf gegen die sogenannten ‚Revisionisten‘, auch an der Humboldt-Universität und bei den Historikern.<sup>447</sup> Es ging einerseits darum, „alle internen Abweichler (‚Revisionisten‘ wie Kuczynski, Herneck, Havemann, Benary, Behrens) öffentlich anzuklagen, sie zur öffentlichen, demütigenden Selbstkritik zu veranlassen“.<sup>448</sup> Andererseits wurden nun endgültig politische Grundsatzfragen, die in der Geschichtswissenschaft insbesondere auf der Ebene des Allgemeinen und der Theorie auftreten, der offenen Diskussion entzogen. Das hatte fatale Folgen für die Anpassungs-, um nicht zu sagen, Reformfähigkeit der Diktatur: „Eine das geltende gesellschaftliche Orientierungs- und Weltanschauungssystem problematisierende Debatte war [...] bis zum Ende der DDR nicht möglich“; „[i]ndem eine Debatte paradigmatischer Grundsatzfragen der Gesellschaftstheorie von der politischen Führung nicht zugelassen bzw. aggressiv bekämpft wurde, zeigten sich weder die Politik noch die Wissenschaft in der Lage, Antworten auf die Orientierungskrise zu finden, in die die DDR-Gesellschaft seit den achtziger Jahren geraten war.“<sup>449</sup>

---

<sup>444</sup> Ebd., 79. Siehe Jessen, Akademische Elite, 46: Abwanderung zwischen 1952 und 1961: rund 1700 Professoren.

<sup>445</sup> Vgl. die „Verordnung über die weitere sozialistische Umgestaltung des Hoch- und Fachschulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik“, 13. Februar 1958, in: Baske / Engelbert, Dokumente zur Bildungspolitik, Dok. 40, 115–121.

<sup>446</sup> Informationsmaterial, SAMPMO B-Arch DY 30 2/904/56, Bl. 294, zit. n. Kowalczyk, Geist, 305f.

<sup>447</sup> Vgl. hierzu Guntolf Herzberg, Anpassung und Aufbegehren. Die Intelligenz der DDR in den Krisenjahren 1956/58, Berlin 2006.

<sup>448</sup> Kowalczyk, Geist, 395.

<sup>449</sup> Malycha, Einführung, 86.



## Entwicklung an der Humboldt-Universität

Mit der sogenannten II. Hochschulreform hatte die SED Studium und Lehre zentralisiert. An der HU bestand seit der Gründung des Historischen Instituts kurzzeitig eine autochthone Struktur, die allerdings nach kurzer Zeit einer neuen institutionellen Ordnung weichen sollte, denn auch auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft setzte die SED in den 1950er Jahren ihre Zentralisierungsbestrebungen durch. Die politische Steuerung erreichte damit eine neue Qualität. An die Stelle der Protegierung einzelner marxistischer Hochschullehrer, dem Aufbau von SED-dominierten eigenen Institutionen wie den gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten oder eines marxistisch-leninistisch-stalinistischen Grundstudiums trat nach der Gründung eines eigenständigen ostdeutschen Staates die Integration des Historischen Materialismus in die geschichtswissenschaftlichen Institutionen sowie in Forschung und Lehre an den Universitäten.<sup>450</sup> In Zusammenhang mit dem 1952 proklamierten „Aufbau der Grundlagen des Sozialismus“ entstand bis 1960 in der DDR eine SED-nahe Geschichtswissenschaft als institutionell verankerte und monopolisierte Disziplin, die sich als marxistisch verstand.

Die wichtigste Steuerungsinstanz für die universitäre Geschichtswissenschaft waren nun nicht mehr das aus der DVV hervorgegangene Volksbildungsministerium bzw. das Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen, sondern die beim SED-Politbüro angesiedelten Abteilungen für Wissenschaft und Hochschulen. Auf der Parteiebene waren Kurt Hager, Johannes Hörnig, Rolf Dłubek und Ernst Diehl zuständig für die Steuerung der Geschichtswissenschaft.<sup>451</sup>

## Beschlüsse und Konferenzen zur Geschichtswissenschaft

Das 7. Plenum des ZK der SED am 20. Oktober 1951 widmete sich u. a. Fragen der sozialistischen Wissenschaftsentwicklung, wobei die Geschichtswissenschaft als einzige Disziplin direkt angesprochen wurde.<sup>452</sup> Die gesamte Lehr- und Forschungsarbeit sollte nun auf marxistisch-leninistisch-stalinistische Grundlagen gestellt werden, vorrangige Forschungsthemen sollten die Neueste Zeit, vor allem die deutsche Nationalgeschichte sowie die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung sein.<sup>453</sup> Die Entschließung der Tagung sah die Abfassung eines historischen Hochschullehrbuchs bis 1953 vor und weist die Neugründung von historischen Instituten an.<sup>454</sup> In Berlin, Leipzig und Halle entstanden

---

<sup>450</sup> Einen sehr detaillierten Überblick gibt Neuhäuser-Wespy, *Die SED und die Historie*, sodass auf eine ausgiebige Darstellung hier verzichtet werden kann.

<sup>451</sup> Vgl. Kowalczyk, *Geist*, 90–94.

<sup>452</sup> Neuhäuser-Wespy, *Die SED und die Historie*, 26.

<sup>453</sup> Walter Schmidt, *Die DDR-Geschichtswissenschaft in den fünfziger Jahren. Ihre Konstituierung als sozialistische deutsche Geschichtswissenschaft*, in: Alfred Anderle (Hg.), *Entwicklungsprobleme der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft in der UdSSR und in der DDR*, Halle (Saale) 1983, 32–72., 37f.

<sup>454</sup> Zu den Mitgliedern des Autorenkollektivs wurden durch das Sekretariat des ZK der SED bestimmt: Fred Oelßner, Kurt Hager, Paul Wandel, Alfred Meusel, Leo Stern, Heinz Kamnitzer, Erich Paterna, Ernst Engelberg, Albert Schreiner, Gerhard Schilfert. (Kowalczyk, *Legitimation*, 169). Meusel hatte statt Schilfert

daraufhin „Institute für Geschichte des deutschen Volkes“ sowie „Geschichte der Völker der UdSSR“, die personell im Vergleich zu den bestehenden Verhältnissen exorbitant gut ausgestattet waren. Die Arbeit an Vorlesungen für die Hochschullehre wurde zur Hauptaufgabe erklärt.

In diese ideologische Offensive waren die führenden marxistischen Historiker eingebunden. Am 7. und 8. Juni fand dementsprechend die erste Historiker-Konferenz der DDR mit 250 Teilnehmern statt. Kurt Hager hielt hier ebenso eine Grundsatzrede<sup>455</sup> wie Alfred Meusel, der den Führungsanspruch der neuen Geschichtswissenschaft gegenüber der traditionellen unterstrich, auch wenn er dabei die Einhaltung von wissenschaftlichen Standards einforderte.<sup>456</sup> Leo Stern publizierte einen kampflustigen Aufsatz über die „Gegenwartsaufgaben der deutschen Geschichtsforschung“.<sup>457</sup> Die Geschichtswissenschaft der DDR in den frühen 1950er Jahren konzentrierte sich dementsprechend auf einige Aspekte der deutschen Geschichte: Reformation und Bauernkrieg, preußische Reformzeit und Geschichte der Arbeiterbewegung.<sup>458</sup> In der Mediävistik der DDR entwickelte sich zur Vorbereitung des entsprechenden Lehrbuchabschnittes von Leo Stern eine erste Periodisierungsdiskussion, die sich um den Feudalismusbegriff drehte.

Die Vorgaben des ZK-Plenums und die darauffolgende Historiker-Konferenz unter Leitung eines SED-Geschichtsfunktionärs etablierten für die Geschichtswissenschaft einen auch innerhalb der DDR besonderen Steuerungsmodus. Wie keine andere Disziplin war die Geschichtswissenschaft immer wieder Ziel von Parteimaßnahmen, die zentral beschlossen und dann durch Hinzuziehung von parteitreuen Historikern „nach unten“ durchgegeben wurden. Schon 1955 erlebten die Historiker der DDR einen weiteren Paukenschlag: Ihre Disziplin wurde Gegenstand eines umfassenden „Politbürobeschlusses“.<sup>459</sup>

Der Entwurf zum „Geschichtsbeschluss“ vollzog schon die „entscheidende Kehrtwendung“, indem er nunmehr die lange vorbereitete wissenschaftspolitische Konsequenz zog, die „entschlossene[.] Verschmelzung historischer Wissenschaftlichkeit und politischer Instrumentalität“ zur allgemeinen Regel an den Geschichtsinstitutionen zu machen.<sup>460</sup>

Aus der Sicht Sabrows wird hier die entscheidende Weiche in Richtung einer „historischen Normalwissenschaft“ gestellt, denn die „politische Instrumentalität [wird] zur fachlichen Norm“ erhoben.<sup>461</sup> Es ging nicht mehr um Koordination und Kontrolle von oben aus der Sicht der Partei, sondern um die Einarbeitung der politischen Vorgaben in die Arbeit der

---

Karl Obermann gewinnen wollen, doch die Parteifunktionäre folgten dem Vorschlag nicht. Ansonsten hatten sie allerdings seine Forderungen erfüllt.

<sup>455</sup> Bericht vom 14. 6. 1952, BArch. P. DR-3 4057. Vgl. Neuhäüßer-Wespy, Die SED und die Historie, 19.

<sup>456</sup> Alfred Meusel, Die wissenschaftliche Auffassung der deutschen Geschichte, in: Wissenschaftliche Annalen zur Verbreitung neuer Forschungsergebnisse 1 (1952), S. 397–407.

<sup>457</sup> Leo Stern, Gegenwartsaufgaben der Geschichtswissenschaft in der Deutschen Demokratischen Republik, ZfG 3 (1957), S. 449ff.

<sup>458</sup> Schmidt, Die DDR-Geschichtswissenschaft, 46.

<sup>459</sup> Kowalczyk, Legitimation, 229ff. und 240ff.; Sabrow, Diktat, 53f. Meusel war als einziger Historiker beteiligt (ebd., 60).

<sup>460</sup> Sabrow, Diktat, 53f.

<sup>461</sup> Ebd., 54.

Historiker selbst. Damit einher sei der Bruch mit jeglicher Vorstellung einer einheitlichen deutschen Geschichtswissenschaft gegangen: „Der Beschlußentwurf argumentierte nicht mehr aus einer zumindest rhetorischen Rücksicht auf die Fachtradition und abweichende Auffassungen unter dem gemeinsamen Dach einer einheitlich gedachten Geschichtswissenschaft heraus, sondern allein von der angestrebten ‚Schaffung eines neuen, wissenschaftlichen Geschichtsbildes‘ im Dienste der SED her.“<sup>462</sup>

Dem Beschlußentwurf folgte 1955 der Beschluss des Politbüros über „Die Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik“. <sup>463</sup> Er legte institutionell die weitere Zentralisierung der DDR-Geschichtswissenschaft fest, denn das „Fehlen einer zentralen Koordinierung und Planung“, besonders der „Forschungstätigkeit“, galt als „ernstes Hindernis für die Entwicklung der Geschichtswissenschaft“ der DDR.<sup>464</sup> Inhaltlich wurde die Geschichtswissenschaft auf einige Zentralaspekte der historischen Legitimierung der DDR festgelegt, sodass sich die Vorgaben auf die deutsche Nationalgeschichte konzentrierten: Dargestellt werden sollte der „Hauptinhalt der Geschichte unseres Volkes“, d. h. der „Kampf der werktätigen Massen gegen die herrschenden Ausbeuterklassen“ sowie die „führende[.] Rolle der Arbeiterklasse im nationalen Befreiungskampf“. <sup>465</sup> Der Historische Materialismus wurde zur alleinigen Theorie und Methode der Geschichtswissenschaft erklärt. Die Arbeit sollte mit Hilfe von Jahres- und Fünfjahresplänen koordiniert werden. Doch nicht nur die Arbeit der Historiker wurde reglementiert, sondern auch die Persönlichkeit des Forschers unterlag einem Erziehungs- und Disziplinierungsanspruch.<sup>466</sup>

Am Geschichtsbeschluss hatten auch die Historiker Leo Stern und Alfred Meusel mitgearbeitet. Auf die Interventionen v. a. Meusels ist es zurückzuführen, dass der aggressive Ton gegenüber der westdeutschen Geschichtswissenschaft etwas gemäßigt wurde und neben den „ernsten ideologischen Schwächen“ an der ostdeutschen Geschichtswissenschaft auch deren „ungenügende[.] Beherrschung“ von Methoden und Quellenarbeit kritisiert wurden.<sup>467</sup> Prinzipiell scheint jedoch auch Meusel die politische Grundlinie des Geschichtsbeschlusses mitgetragen zu haben. Er achtete lediglich darauf, auch die wissenschaftlichen Standards in dem Dokument zur Geltung zu bringen.

Dass die Vorgabe einer kämpferischen materialistischen Geschichtswissenschaft an der Humboldt-Universität Beachtung fand, ergibt sich z. B. aus einer entsprechenden

---

<sup>462</sup> Ebd.

<sup>463</sup> Siehe Horst Haun, *Der Geschichtsbeschluss der SED 1955. Programmdokument für die „volle Durchsetzung des Marxismus-Leninismus“ in der DDR-Geschichtswissenschaft*, Dresden 1996, sowie Kowalczuk, *Legitimation*, 229–236.

<sup>464</sup> Zitiert nach Neuhäuser-Wespy, *Die SED und die Historie*, 28.

<sup>465</sup> Ebd., 29.

<sup>466</sup> Ebd., 31: Für die Parteiorganisationen: „Erziehung aller Parteimitglieder und Kandidaten zu parteiverbundenen Genossen“, vor allem „gegen den Objektivismus und die intellektuelle Überheblichkeit eines Teiles der Genossen Studenten und wissenschaftlichen Mitarbeiter“; Kontrolle der Einhaltung der Arbeits- und Studienpläne; Kampf gegen „Erscheinungen einer mangelnden Arbeitsdisziplin, der Vergeudung von Arbeitszeit und finanzieller Mittel bei einer Reihe wissenschaftlicher Mitarbeiter“.

<sup>467</sup> Vgl. Kowalczuk, *Legitimation*, 232 und 234.

Einführungsvorlesung des Neuzeit-Historikers Professor Erich Paterna, die für Fernstudenten konzipiert war.<sup>468</sup>

### Politischer Druck infolge der „Entstalinisierungskrise“

Dem Geschichtsbeschluss folgte eine ganze Reihe von Tagungen, bei denen Parteifunktionäre unter Leitung von Kurt Hager den anwesenden Historikern die Forderungen der SED an die Geschichtswissenschaft diktierten. Diese „Historikerberatungen“ zwischen 1956 und 1958 fanden im Kontext der Verschärfung der politischen Linie der SED im Zusammenhang mit der „Entstalinisierung“ im gesamten Ostblock statt. In der DDR war Walter Ulbricht nach einer kurzen Krisenphase die Sicherung der eigenen Macht gelungen. Ein großer Teil der Intelligenz in der DDR hatte demgegenüber nach dem Tod Stalins 1953, den Reformbestrebungen innerhalb der KPdSU seit 1956 und dem reformsozialistischen Aufstand in Ungarn Forderungen nach einer Reform der SED, nach mehr innerparteilicher Demokratie und der Entwicklung einer kritischeren, parteiunabhängigen Öffentlichkeit erhoben. Auch die nationale Frage bewegte Intellektuelle wie Wolfgang Harich, ohne dass sie deshalb das Projekt eines sozialistischen deutschen Staates aufgeben hätten. Die SED reagierte mit Härte. Es kam zu Verhaftungen und Schauprozessen. Historiker blieben von solchen Maßnahmen verschont, aber mussten sich politisch motivierte Eingriffe in die Leitungsstrukturen ihrer Institutionen gefallen lassen. Die Redaktion der ZfG wurde ausgetauscht,<sup>469</sup> Jürgen Kuczynski geriet ins Kreuzfeuer einer öffentlichen Kampagne. In diesem Klima setzte die SED innerhalb der Geschichtswissenschaft die seit 1951/52 begonnene politische Instrumentalisierung durch. Auf der Beratung am 12. Januar 1956 boten die anwesenden Historiker wie Kuczynski, Fritz Klein oder auch der junge Helmuth Stoecker von der HU den Geschichtsfunktionären Kurt Hager und Rolf Dłubek offen und deutlich Paroli.<sup>470</sup> Kuczynski etwa wehrte sich gegen die Inanspruchnahme von Forschern als politische Propagandisten. Er und Fritz Klein plädierten für eine gleichgewichtige Erforschung auch der früheren Geschichtsepochen wie des Feudalismus, auch wenn sie nicht in gleicher Weise für den politischen Kampf geeignet

---

<sup>468</sup> Erich Paterna, Vorlesung, gehalten während des Einführungs-Lehrgangs für das Fernstudium am 31. 8. 1955: Gegenstand, Aufgaben und Methoden der Geschichtswissenschaft, SAPMO B-Arch, DY 30 IV 2/904/100, Bl. 32 (zit. in Kowalczyk, Geist, 563): „Jede Handlung ist danach zu beurteilen, ob sie objektiv dieser oder jener Klasse diene, d. h. dem gesellschaftlichen Fortschritt oder dem Rückschritt. Der Historiker [...] hat Stellung zu nehmen, Krieg ist ihm nicht gleich Krieg. Überfall nicht gleich Überfall. Okkupation nicht gleich Okkupation. Beides gleichsetzen ist nicht Objektivität, sondern Unwissenheit, fauler, feiger oder dummer Objektivismus“. Schlusswort: „Wir wünschen, daß auch Sie mit dem historischen Wissen sich Waffen schmieden. Schmiedearbeit ist eine schwere Arbeit.“

<sup>469</sup> Neuhäuser-Wespy, Die SED und die Historie, 46–56. Vgl. auch Fritz Klein, Dokumente aus den Anfangsjahren der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (1953–1957), ZfG 42 (1994), 54ff.

<sup>470</sup> Vgl. Kowalczyk, Legitimation, 238–240. Am 7./8. Juli 1956 veröffentlichte der an der HU lehrende Naturwissenschaftler Robert Havemann seinen Artikel „Meinungsstreit fördert die Wissenschaften“ im „Neuen Deutschland“ (siehe Malycha (Hg.), Geplante Wissenschaft, Dok. 107, 502–509. Hier forderte er eine offene Diskussionskultur und wandte sich gegen Dogmatismus auf der Grundlage von „Autorität und Tradition“ (503). Gleichwohl bekannte der kritische Physiker sich zum dialektischen Materialismus als Leitideologie, die die Ergebnisse der Einzelwissenschaften integriert und auf dieser Basis „immer neue und tiefere Erkenntnis aus dem Studium der Wirklichkeit“ schöpft (508).

schiene. Beide gaben auch die Kritik an der ungenügenden Quellenarbeit und damit den mageren Erträgen der bisherigen wissenschaftlichen Arbeit zurück an die Funktionäre: Das Drängen der Funktionäre auf politisch verwertbare Forschungsergebnisse erzeuge einen zu hohen Zeitdruck; wichtige Archivalien müssten endlich den Historikern zugänglich gemacht werden. Helmuth Stoecker erweiterte den Zensur-Vorwurf auch auf die Beschränkungen beim Zugang zu wissenschaftlicher Literatur. Doch selbst wenn die Offenheit des Widerspruchs in der Tauwetter-Situation von 1956 singulär war – den Anspruch der SED, eine politische Wissenschaft auf der Grundlage des Historischen Materialismus zu schaffen, teilten die Historiker. Ihr Ringen um eine auf Empirie und Forschungsdiskussion beruhenden Historie wies den Weg in die Etablierung der ‚politisierten Normalwissenschaft‘.

Auf der Historiker-Tagung vom 24. 1. 1958 stand der „Kampf gegen Abweichler“ auf der Tagesordnung.<sup>471</sup> Sie widmete sich insbesondere der angespannten Lage in den Parteiorganisationen der Hochschulen und Universitäten.<sup>472</sup> Angesichts der seit 1956 eingeleiteten Terrormaßnahmen der SED gegen die Intelligenz kam es zu keinen Widerständen seitens der Historiker.<sup>473</sup>

Zeitgleich mit dem Geschichtsbeschluss und den Historiker-Tagungen verstärkte die SED ihre Bemühungen um Koordinierung und Zentralisierung durch die Aufwertung der zuständigen Parteiinstitution.<sup>474</sup> 1957 wurde beim Zentralkomitee der SED die „Abteilung Wissenschaften“ als Nachfolgeinstitution der „Abteilung Wissenschaft und Propaganda“ gebildet. Sie unterstand bis 1989 Kurt Hager und zog nun auch offiziell zentrale Leitungsfunktionen an sich.<sup>475</sup> Die Universitäten und Hochschulen waren formal dem Staatssekretariat für Hochschulwesen unterstellt, hier arbeiteten auch Historiker in einem wissenschaftlichen Beirat für Geschichte, „der an der Ausarbeitung von Lehrplänen, an der Koordinierung der universitären Forschung, an der Vereinheitlichung von Vorlesungsdispositionen und ganz allgemein an der Durchsetzung der Parteibeschlüsse mitwirken sollte.“<sup>476</sup> Der Beirat hatte die Funktion eines Beratungs- und Diskussionsgremiums, die ZK-Abteilung war weisungsberechtigt, zumal die Angehörigen des Rates wie die Mitarbeiter der staatlichen Behörde fast alle SED-Mitglieder waren. An den Universitätsinstituten waren v. a. die Leiter der örtlichen Parteiorganisationen für die Umsetzung der Beschlüsse verantwortlich. Dennoch konnten diese Beschlüsse nicht einfach von „oben“ nach „unten“ durchgestellt werden, denn für ihre Ausarbeitung war die ZK-Abteilung Wissenschaften auf die Mitarbeit der Experten angewiesen. Zu den Instrumenten

---

<sup>471</sup> SAPMO-BArch, ZPA IV 2/9.04/135.

<sup>472</sup> Vgl. Neuhäuser-Wespy, Die SED und die Historie, 40–42.

<sup>473</sup> Ebd. 44.

<sup>474</sup> Vgl. Kowalczyk, Legitimation, 241–243.

<sup>475</sup> Vgl. Neuhäuser-Wespy, Die SED und die Historie, 57–63. Allerdings blieb die Durchsetzung des umfassenden Leitungsanspruchs schwierig, denn die Abteilung Wissenschaften konkurrierte mit den staatlichen Behörden im SFH und war auch auf die Zuarbeit u. a. der Universitätsinstitute angewiesen. So konnte der Eindruck entstehen, die Abteilung beschränke sich lediglich darauf, Entscheidungen anderer Institutionen nachträglich zu legitimieren (ebd., 72–74).

<sup>476</sup> Kowalczyk, Legitimation, 241. Vgl. etwa SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/904/103–104.

der Koordinierung gehörte eine umfangreiche Planungstätigkeit. Die Institute in Berlin, Leipzig und Halle wurden zu „Schwerpunktinstituten“ für Forschung und Nachwuchsausbildung erklärt.<sup>477</sup> Auf der Grundlage von Vorlagen der einzelnen Institute entwickelte die ZK-Abteilung einen Perspektivplan für Geschichte.<sup>478</sup> Allerdings blieben diese Planungsbestrebungen bis Mitte der 1960er Jahre relativ unverbindlich für die Einzelinstitute und stellten eher eine Bestandsaufnahme der ohnehin laufenden Forschungsarbeit dar.<sup>479</sup> Zentral gesteuert verlief vor allem die Arbeit am Lehrbuch für deutsche Geschichte, an dem auch HU-Historiker intensiv beteiligt wurden.

### Geschichtswissenschaft und Siebenjahrplan (1959)

Ein Entwurf des Staatssekretariats konkretisierte auf der Basis der von der SED beschlossenen „nationalen Grundkonzeption“ die Vorgaben für die Geschichtswissenschaft im Rahmen des ab 1959 geltenden Siebenjahrplans.<sup>480</sup> Nach einer kurzen Darlegung der allgemeinen Aspekte enthält der Forderungskatalog eine Vielzahl von zu bearbeitenden Themen, für deren Bearbeitung jeweils einzelne Institutionen der DDR-Geschichtswissenschaft für verantwortlich erklärt werden. Der Grundmodus der Forschungsarbeit wird mit einer typischen Formulierung so beschrieben, dass der historischen Forschung die Aufgabe erteilt wird, vorher schon feststehende Ergebnisse zu beweisen.<sup>481</sup> Zudem bezog sich die Fragestellung nicht direkt auf die vergangene Geschichte, sondern auf die „Zukunft“ des deutschen Volkes und die Notwendigkeit „der Vollendung des sozialistischen Aufbaus in der DDR“.

Die Grundaufgabe ist demnach die „Erarbeitung eines marxistischen Bildes der deutschen und der allgemeinen Geschichte“ auf der Grundlage von „Planung“ und „Gemeinschaftsarbeit“. Dafür sollen zunächst die „Grundfragen des historischen Materialismus“ mit Bezug auf „die nationale Frage in Deutschland, die Rolle der Volksmassen, Charakter und Triebkräfte der Revolution, die Rolle der Partei“ geklärt werden.<sup>482</sup> Besondere Bedeutung wird der Historiografiegeschichte und der Zeitgeschichte nach 1945 zugewiesen. Nach diesen recht engen Bestimmungen sieht der Plan allerdings vor, „[s]tärker als bisher [...] eine allseitige Darstellung“ der deutschen und allgemeinen Geschichte anzustreben, d. h. nicht nur mehr die Rolle der Arbeiterklasse in den Blick zu nehmen: Die „Geschichtsforscher müssen sich gründlicher mit den sozialen und

---

<sup>477</sup> Protokoll über die Sitzung des wissenschaftlichen Beirats 14. 11. 1955, SAPMO-BArch, IV 2/904/103 Bl. 87.

<sup>478</sup> Perspektivplan der Fachrichtung Geschichte an den Universitäten der DDR (etwa 1956), BAP [Bundesarchiv Abteilung Potsdam], R 3, 4068.

<sup>479</sup> Vgl. Kowalczyk, Legitimation, 242f.

<sup>480</sup> Entwurf des SfHF über den Perspektivplan des Fachgebietes Geschichte bis 1965 vom 27. Oktober 1959, in: Malycha (Hg.), Geplante Wissenschaft, Dok. 126, 634–640, (Im Folgenden: Entwurf A). Vgl. Rolf Rudolph, Siebenjahrplan und Geschichtswissenschaft, ZfG 7 (1959), 1474ff.

<sup>481</sup> „Es gilt, die nationale Rolle der deutschen Arbeiterklasse [...] herauszuarbeiten und historisch-konkret nachzuweisen, daß nur durch die Überwindung des deutschen Imperialismus und Militarismus [...] dem deutschen Volk eine Zukunft in Frieden und Glück gesichert werden kann.“ (Entwurf A, 634).

<sup>482</sup> Entwurf A, 635.

wirtschaftlichen Verhältnissen und den außenpolitischen Beziehungen, mit Fragen der Kulturgeschichte und der Entwicklung des gesellschaftlichen Bewußtseins sowie mit biographischen Forschungen beschäftigen.“<sup>483</sup>

Ein zweiter Entwurf aus dem gleichen zeitlichen Umfeld Ende der 1950er/Anfang der 1960er Jahre betont die weltgeschichtliche Erweiterung und thematische Diversifizierung des Geschichtsdenkens gegenüber dem revolutionär-nationalen Geschichtsbeschluss von 1955.<sup>484</sup> Man muss die ganze Breite der aufgelisteten Themen zur Kenntnis nehmen, um die Steuerungsfähigkeit dieser Perspektivplanung für die einzelnen historischen Institute abschätzen zu können.

Der praktische Beitrag der Geschichtswissenschaft zum Aufbau des Sozialismus im Rahmen des Siebenjahrplans besteht in der „Erziehung der Werktätigen zu einem hohen sozialistischen Bewußtsein“. Dafür sollen nun die „weltgeschichtlichen Umwälzungsprozesse“ dargestellt werden, die den Niedergang des Kapitalismus und den Sieg des Sozialismus anzeigen.<sup>485</sup> Grundlage ist der Marxismus-Leninismus, dessen theoretisches Niveau allerdings gehoben werden soll.<sup>486</sup> Besonders in der Neuen und Neuesten sowie der Zeitgeschichte wird die Beschäftigung mit der Entwicklung des „sozialistischen Weltsystems“, der europäischen Volksdemokratien, der antiimperialistischen Kämpfe in den Entwicklungsländern, der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung gefordert.<sup>487</sup> Stärker als bisher sollen neben der politischen Geschichte die der Ökonomie, der Ideologie sowie der Kultur bearbeitet werden. Auch die „Geschichte der Entwicklung der Produktivkräfte und der Technik [verdient] stärkere Beachtung“.<sup>488</sup> Trotz der Dominanz der Neuzeitgeschichte sollen alte und mittelalterliche Geschichte weiter ausgebaut werden. Historiografiegeschichte wird gefordert, allerdings als Instrument zur Erziehung „zu einer kämpferischen Parteilichkeit“. Besonders für die universitäre Ausbildung von Lehrern wird die Heimatgeschichte als Forschungsrichtung installiert.

Der Entwurf enthält einen eigenen Abschnitt zu „Lehre und Erziehung“.<sup>489</sup> Der Übergang zur polytechnischen Bildung in den Schulen verlangt auch von der historischen Lehre an den Universitäten ein Umdenken. Nicht mehr nur Fakten und Lehren aus der Geschichte sollen vermittelt, sondern die „Ausbildung des historischen Denkens“ soll gefördert werden.<sup>490</sup> Auch Lehrer sollen Fähigkeiten zu „selbständiger Forschung“,<sup>491</sup> Umgang mit marxistischer Fachliteratur und Anwendung der Arbeitsmethode des Historischen Materialismus

---

<sup>483</sup> Entwurf A, 636.

<sup>484</sup> BArch, DR-2, 4944, 262–276, Perspektivplan der Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik (Entwurf), o. D. (Im Folgenden Entwurf B).

<sup>485</sup> Alle ebd., 263.

<sup>486</sup> Ebd., 264.

<sup>487</sup> Ebd., 266.

<sup>488</sup> Ebd. 267, auch die folgenden Zitate.

<sup>489</sup> Ebd., 265–269.

<sup>490</sup> Ebd., 266.

<sup>491</sup> Ebd., 267.

erwerben.<sup>492</sup> An den Universitäten soll geforscht werden, heißt es anderswo ausdrücklich, denn Lehre und Forschung bilden eine Einheit.<sup>493</sup> Die Absolventen des Diplom-Studiengangs müssen „wissenschaftlich hochqualifizierte Fachleute sein“, die die Fähigkeit zur Erarbeitung neuer Wissensgebiete besitzen<sup>494</sup> und dadurch eine „leitende Tätigkeit im Staatsapparat, in der Wirtschaft und auf dem Gebiet der Kultur“ ausüben können.<sup>495</sup> Ihre Anzahl soll ebenso wie die der Lehramtsstudierenden erhöht werden.<sup>496</sup>

Gleichzeitig zur perspektivischen Öffnung soll allerdings auch die politische Steuerung der Historie intensiviert werden. Nach den Erfahrungen von 1956 bis 1958 gilt das Augenmerk der Überwindung von Revisionismus und bürgerlicher Ideologie, Lehre und Forschung werden nun im „Republikmaßstab“ einer „umfassenden Planung“ unterworfen.<sup>497</sup> „Führend“ auch in der Geschichtswissenschaft ist die „Partei der Arbeiterklasse und die Regierung“ der DDR.<sup>498</sup>

### Planungen für die Geschichtswissenschaft an der Humboldt-Universität

Der HU werden in den beiden Entwürfen für die Perspektivplanung folgende Aufgaben gestellt: Das Institut für deutsche Geschichte wird mit der „Ausarbeitung einer Geschichte der Novemberrevolution 1918“,<sup>499</sup> der Ausarbeitung von „Studien und Monographien über die Geschichte des kleinstaatlichen Absolutismus in Deutschland, besonders des brandenburg-preußischen Militärstaates“,<sup>500</sup> sowie der Erarbeitung eines Handbuchs über „den westdeutschen Imperialismus und Militarismus“ betraut.<sup>501</sup> Die mittelalterliche Abteilung wird „Monographien über die Entstehung feudaler Produktionsverhältnisse und des Staates auf deutschem Boden“ publizieren.<sup>502</sup>

Am Institut für Allgemeine Geschichte, Abteilung Neuzeit sollen „Monographien über die Geschichte der volksdemokratischen Revolutionen und der Herausbildung des sozialistischen Weltsystems“ – mit Spezialisierung auf die „asiatischen Volksdemokratien“ – sowie „Studien und Monographien über die Geschichte des antiimperialistischen Kampfes der Volksmassen, besonders der Arbeiterklasse, in den USA, England, Frankreich, Italien,

---

<sup>492</sup> Ebd., 268.

<sup>493</sup> BArch, DR-2, 7247, 1–27: Kaderentwicklungsprogramm der Fachrichtung Geschichte in [!] Rahmen des Siebenjahrplanes (Entwurf), o.D., 1.

<sup>494</sup> Ebd., 266.

<sup>495</sup> Ebd., 265.

<sup>496</sup> Entwurf B, 268. Die Berufsfelder für Diplom-Historiker werden wie folgt beschrieben: „Heranbildung einer großen Anzahl qualifizierter Staatsfunktionäre“ als

1. „Kultur- und wissenschaftspolitische Funktionäre des Staatsapparates, der Parteien und gesellschaftlichen Organisationen.
2. Wissenschaftliche Mitarbeiter bei Publikationsorganen [...]
3. Mitarbeiter der außenpolitischen und Außenhandelsorgane [...]
4. Wissenschaftliche Mitarbeiter und Leiter von Museen
5. [...] von Archiven und Bibliotheken.“ (Ebd.).

<sup>497</sup> Ebd., 264 bzw. 269.

<sup>498</sup> Ebd., 262.

<sup>499</sup> Entwurf A, 636.

<sup>500</sup> Ebd., 638.

<sup>501</sup> Entwurf B, 272.

<sup>502</sup> Ebd., 273.



Japan und in den nordischen Ländern“ entstehen.<sup>503</sup> Zudem soll die Abteilung Mittelalter am Institut für Allgemeine Geschichte „die Forschungen über die mittelalterliche Wirtschafts- und Städtegeschichte“ fortsetzen.<sup>504</sup>

Die HU Berlin soll neben der Akademie sowie den Universitätsinstituten in Halle und Leipzig ein Zentrum der Alten Geschichte werden und ist insbesondere verantwortlich für „Monographien zur Geschichte der Geschichtsschreibung, besonders der marxistischen, über das Altertum“.<sup>505</sup> Die einzige Monografie, die darüber tatsächlich entstand, war zu diesem Zeitpunkt allerdings schon publiziert: Charlotte Welskopfs Buch über die „Produktionsverhältnisse im alten Orient und in der griechisch-römischen Antike“.<sup>506</sup> Auch Eduard Winters längst etablierte Forschungsschwerpunkte zur Geschichte des Vatikans und der zwischenstaatlichen wissenschaftlichen Beziehungen finden sich im Entwurf wieder.<sup>507</sup> Beide Historiker gehörten zu den Mitgliedern jenes wissenschaftlichen Beirats für die Fachrichtung Geschichte, der beim Staatssekretariat angesiedelt und vermutlich bei der inhaltlichen Ausgestaltung des Programms federführend war. Hinzu kamen die HU-Historiker Schilfert, Paterna und Müller-Mertens, die ihre eigenen Themenschwerpunkte in dem offiziellen Dokument verankern konnten.

Das Staatssekretariat hatte hier nach den national- und revolutionshistorischen Verengungen des Geschichtsbeschlusses von 1955 also ein Maximalprogramm ausgearbeitet, das durch seinen Umfang den Planungs- und Lenkungsanspruch ad absurdum führte. Im Grunde konnten die Historiker sich für jede ihrer ohnehin laufenden Forschungsarbeiten auf die Übereinstimmung mit dem Perspektivplan berufen, solange sie der Arbeit die Perspektive des Historischen Materialismus zugrunde legten. Ein weiteres Spezifikum des Plans ist die Wende von der Konzentration auf einzelne Lehrbuchprojekte zur Forderung nach einer breiten Menge von Monografien und Studien. Außer der generellen Orientierung auf ein marxistisches Geschichtsbild dürfte der Plan eher der tatsächlich zu beobachtenden Verbreiterung der Forschungsinteressen der ostdeutschen Geschichtswissenschaft gedient als zu einer konkreten Steuerung, Planung und Zentralisierung beigetragen haben.

Die Jahre zwischen 1955 und 1958 sind für die Geschichtswissenschaft der DDR richtungweisend gewesen. Die parteiinternen Diskussionen, begleitet von Strafmaßnahmen gegen die Intelligenz, hatten „am Ende eine relativ geschlossene leninistische Historikerschaft“ hervorgebracht.<sup>508</sup> Der personelle und institutionelle Ausbau der historischen Institutionen war begleitet von einer entschlossenen Kaderpolitik, in deren Folge auch an der HU die SED-Historiker in der absoluten Mehrzahl waren. Bürgerliche

---

<sup>503</sup> Entwurf A, 639.

<sup>504</sup> Ebd., 640.

<sup>505</sup> Entwurf B, 273.

<sup>506</sup> Elisabeth Charlotte Welskopf: Die Produktionsverhältnisse im Alten Orient und in der griechisch-römischen Antike, Berlin 1957.

<sup>507</sup> Entwurf B, 273.

<sup>508</sup> Kowalczyk, Legitimation, 316. Die Diskussionen hatten eine erzieherische Wirkung, weil in ihnen „potentiell jedes Mitglied Ankläger oder Angeklagter werden konnte“ und sich „jedes Mitglied in den Parteiversammlungen positionieren mußte.“ (Ebd. 317).

Fachvertreter – wie Albrecht Timm oder Willy Flach von der Humboldt-Universität – hatten die Republik verlassen.

### Geschichtswissenschaft und „nationale Grundkonzeption“

Schon im Vorfeld des Mauerbaus 1961 konkretisierte die SED unter Führung von Walter Ulbricht die inhaltlichen Vorgaben an die Historiker erneut. In den Mittelpunkt rückte mit der „nationalen Grundkonzeption“ die DDR in ihrer Rolle als Vollenderin der deutschen Nationalgeschichte:<sup>509</sup> Daraus ergab sich für die Geschichtswissenschaft „die Aufgabe, die nationale Grundkonzeption unserer Partei historisch zu begründen als den genauen wissenschaftlichen Ausdruck der Bedürfnisse der gesetzmässigen historischen Entwicklung Deutschlands im 20. Jahrhundert [...], die Ausarbeitung eines geschlossenen wissenschaftlichen nationalen Gesamtbildes der Geschichte Deutschlands und der Geschichte der Arbeiterbewegung, vor allem der Geschichte der DDR.“<sup>510</sup> Besonders die Zeitgeschichtsforschung – an der HU vertreten von Walter Bartel – wurde intensiviert. Ihren abschließenden Ausdruck fand die Neukonzeption einer historisch rechtmässigen Identität der DDR im „Nationalen Dokument“ über „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands“<sup>511</sup>

### Institutionelle Entwicklung der Geschichtswissenschaft an der Humboldt-Universität

Offenbar waren die SED-Funktionäre mit der Durchführung ihrer Bestimmungen seit 1951 nicht recht zufrieden gewesen. Dabei hatte sich auch an der HU institutionell und personell sehr viel verändert. Neben Halle und Leipzig sollte nach dem Willen des ZK Berlin die Schwerpunktstätte für die Ausbildung von Historikern werden. Neben dem Institut für Geschichte bestand seit Januar 1952 eines jener zentralen „Institute für Geschichte des deutschen Volkes“ (IGV) unter der Leitung des hoffnungsvollen Nachwuchshistorikers Heinz Kamnitzer.<sup>512</sup> Dessen akademischer Lehrer Alfred Meusel hatte ihn zu seinem Nachfolger aufgebaut und dann selbst mit dem „Museum für Geschichte“ die damals zentrale historische Forschungseinrichtung übernommen – hier arbeiteten zwischenzeitlich 50 Historiker.<sup>513</sup> Mit ihm waren u. a. die Assistenten Joachim Streisand, Ursula Grothe und Helmuth Stoecker ans Museum gegangen. Am IGV arbeiteten unterdessen auf den 36 Planstellen (davon 28 Wissenschaftler) vor allem SED-Mitglieder, die gerade ihr

---

<sup>509</sup> Vgl. Kowalczyk, Legitimation, 321.

<sup>510</sup> Ernst Hoffmann, Aufgaben der Geschichtswissenschaft der DDR auf Grund der neuen Lage in der Welt und in Deutschland, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/904/104, Bl. 42; zit. n. Kowalczyk, Legitimation, 325.

<sup>511</sup> Deutschland – gestern, heute, morgen. Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands. Beschluss des Nationalkongresses in Berlin vom 16./17. Juni 1962, o. O., o. J.

<sup>512</sup> Er löste damit Alfred Meusel ab, der das Institut für ein halbes Jahr bis September 1953 geleitet hatte. Vgl. zum Institut: Horst Köpstein, Die Aufgaben des Instituts für Geschichte des deutschen Volkes an der Humboldt-Universität Berlin [!], ZfG 1 (1953), 114–119.

<sup>513</sup> Es sollte als solche schon 1956 durch das Geschichtsinstitut an der DAW ersetzt werden. Vgl. Ebenfeld, Geschichte nach Plan.

Staatsexamen abgeschlossen hatten.<sup>514</sup> Sehr viel schlechter ausgestattet, dafür aber kompetenter besetzt war das „Institut für Geschichte der Völker der UdSSR“, an dem bis 1967 Eduard Winter seinen eigenen Forschungsschwerpunkt aufbauen konnte.

Da Fritz Rörig sich 1950 schon hatte emeritieren lassen, waren die wichtigen historischen Institute der HU nun in der Hand von sozialistisch orientierten Historikern. Dessen nun so genannte Abteilung für Allgemeine Geschichte des Mittelalters gehörte wie die Abteilung für Allgemeine Geschichte der Neuzeit (Leitung: Meusel) seit dem Herbstsemester 1951/52 zum ebenfalls von Meusel geleiteten Institut für Allgemeine Geschichte. Daneben bestand unter Leitung von Ernst Niekisch noch bis 1957 ein Institut für die Erforschung des Imperialismus. Der Althistoriker Ernst Hohl arbeitete mit Johannes Stroux am Institut für Altertumskunde, war also von den Fachhistorikern getrennt worden. Schon im folgenden Herbstsemester wurden die historischen Institute in einer eigenen „Fachrichtung Geschichte“ zusammengefasst. Dessen Leiter kam nicht aus den Reihen der HU-Historiker: Gerhard Schilfert, SED-Mitglied seit 1946, hatte sich nach seiner Promotion 1951 bei Hans Haußherr in Halle habilitiert.<sup>515</sup> Der ehemalige Wehrmachtssoldat Schilfert war schon 1945 in die KPD eingetreten und konnte sich auf Grundlage einer kurzen Studienzeit in Königsberg vor Kriegsbeginn nun in der DDR zum wahrscheinlich ersten fachlich regelgerecht ausgebildeten SED-Historiker entwickeln. Er ersetzte nun Meusel auch in den anderen Leitungsfunktionen. Gleichzeitig war mit Albrecht Timm ein neuer Leiter der Abteilung Allgemeine Geschichte des Mittelalters gewonnen worden, der bis zu seinem Weggang aus der DDR durchaus zur Zusammenarbeit mit marxistischen Historikern bereit war. Vielleicht hatte diese Bereitschaft – ähnlich wie bei Rörig – ihren tieferen Grund in der NS-Vergangenheit des Historikers. Mit Timm wurde 1952 erstmals wieder ein ehemaliges Mitglied der NSDAP in die Reihen der HU-Historiker aufgenommen. Ähnlich belastet waren die beiden Spezialisten für mediävistische Hilfswissenschaften Heinrich-Otto Meisner und Willy Flach.

Zum Herbstsemester 1956/57 kam noch eine Abteilung für das Fernstudium Geschichte hinzu, an der nach zentralem Parteauftrag vor allem regimetreue Arbeiter die Möglichkeit zu einer nebenberuflichen Qualifizierung an der Universität erhalten sollten – das Fernstudium diente vor allem der Ausbildung von zukünftigen Funktionären in den Betrieben der DDR.<sup>516</sup> Einen weiteren wichtigen Schritt zur Ausdifferenzierung der HU-Geschichtswissenschaft bedeutete die Gründung eines Instituts für deutsche Geschichte, in dem nun das IGV aufging. Dessen Leitungsstellen wurden mit langjährigen SED-Mitgliedern besetzt, die sich schon

---

<sup>514</sup> Vgl. Kowalczyk, Legitimation, 173. Die Institute in Halle und Leipzig waren wesentlich schlechter besetzt (ebd. 174f.).

<sup>515</sup> Für einen ersten Zugriff auf biografische Daten der Historiker vgl. Lothar Mertens, Lexikon der DDR-Historiker. Biographien und Bibliographien zu den Geschichtswissenschaftlern aus der Deutschen Demokratischen Republik, München 2006.

<sup>516</sup> Vgl. Anordnung über die Organisation des Hochschulfernstudiums an den Universitäten und Hochschulen, 12. Oktober 1955, in: Baske / Engelbert, Dokumente zur Bildungspolitik, Dok. 35, 107–109. Zur HU: Dieter Fricke, Das Fernstudium für Diplomhistoriker an der Humboldt-Universität Berlin [Berichte und Bemerkungen], ZfG 3, (1955), S. 939.

1933 in der deutschen Arbeiterbewegung politisch engagiert und nach dem Krieg an unterschiedlichen Institutionen der Historie zugewandt hatte: Karl Obermann, Erich Paterna und Walter Bartel sollten in Zukunft an der HU eine hervorragende Rolle in der Nachwuchsausbildung erhalten. Das Institut für deutsche Geschichte gliederte sich in fünf Abteilungen vom Mittelalter bis zur Neuzeit, die nun ebenfalls von Parteimitgliedern geleitet wurden. Nachdem im Herbstsemester 1958/59 noch die kleine Abteilung für Allgemeine Geschichte des Altertums (E. C. Welskopf) hinzugekommen war, war diese Phase von institutionellem Ausbau und interner Differenzierung für die HU-Geschichtswissenschaft abgeschlossen. Die neue Ordnung hatte formalen Bestand bis zur III. Hochschulreform 1968, prägte aber auch nach der Gründung der Sektion Geschichte die interne Struktur bis 1989.

Historisches Seminar (Rörig)	Institut für Neue Geschichte (Meusel)
---------------------------------	--

*Tabelle 4: Institutionelle Struktur 1949*

Institut für Allgemeine Geschichte (Schilfert)	Institut für Deutsche Geschichte (Paterna)	Institut für Geschichte der Völker der UdSSR (Winter)	Abt. Fernstudium Geschichte (Fricke)
Abt. Geschichte des Altertums (Welskopf)	Abt. Mittelalter (Müller-Mertens)		
Abt. Geschichte des Mittelalters (Sielaff (komm.))	Abt. Neuzeit I (Paterna)		
Abt. Geschichte der Neuzeit (Schilfert)	Abt. Neuzeit II (Obermann)		
	Abt. Neueste Zeit (Paterna (komm.))		
	Abt. Zeitgeschichte (Bartel)		

*Tabelle 5: Institutionelle Struktur 1959*

Die 1950er Jahre waren auch für die HU-Geschichtswissenschaft die ‚Aufbaujahre‘. Der institutionelle Ausbau der Fachrichtung etablierte eine Binnendifferenzierung historischer Forschung und Lehre, die die Schwierigkeiten der Anfangsjahre nach 1945 schnell überwand und eine historische Institution schuf, die es auch vor 1945 in Umfang und Differenzierung nicht gegeben hatte. Auf den ersten Blick überraschend ist jedoch das beinahe altmodisch wirkende chronologische Ordnungsmuster. Auch das UdSSR-Institut hatte durchaus einen älteren Vorläufer im Seminar für Osteuropäische Landeskunde. Das Fernstudium war eine Neuerung, allerdings blieb es fachwissenschaftlich unprofilert. Dagegen hätte man von einer erklärtermaßen marxistischen Disziplin eine stärkere thematisch-inhaltliche Gliederung erwarten können. Doch nicht einmal die schon vor 1945 etwa durch Fritz Rörig vertretene Wirtschafts- und Sozialgeschichte, nicht die Parteigeschichte Gustav Mayers, natürlich auch nicht die Verfassungsgeschichte Fritz Hartungs finden sich in der neuen Struktur. Auch ein Schwerpunkt zur Arbeiter- oder Arbeiterbewegungsgeschichte war nicht geschaffen worden. Erst 1967 wurde dem Institut für Deutsche Geschichte eine Abteilung für „Theorie, Methodologie und Geschichte der Geschichtswissenschaft“ hinzugefügt, deren Leitung der SED-Funktionär Ernst Hoffmann übernahm. Anders als am entsprechenden Akademie-Institut widmeten sich die Mitarbeiter jedoch nicht der Profilierung einer marxistisch-leninistischen Geschichtstheorie, sondern betrieben vor allem die Auseinandersetzung mit der BRD-Historie.

Für dieses relativ altbackene Gliederungsschema lassen sich mehrere Gründe anführen. Die dem Historischen Materialismus nahe liegenden Spezialthemen der Wirtschaftsgeschichte sowie der Geschichte der Arbeiterbewegung waren innerhalb der HU anderen Institutionen zugewiesen. Jürgen Kuczynski hatte die Wirtschaftsgeschichte an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät institutionalisiert und war damit vielleicht auch der

Konkurrenz mit Alfred Meusel aus dem Weg gegangen. Die Geschichte der Arbeiterbewegung wurde seit Einführung des politisierten Grundstudiums an den entsprechenden Schulungsinstitutionen für Marxismus-Leninismus erforscht und gelehrt.<sup>517</sup> Nicht zuletzt entsprach die institutionelle Gliederung dem allgemeinen Weg, den die politische Disziplinierung der Geschichtswissenschaft in der DDR nun nahm. Das Interesse der SED richtete sich nun weniger auf die äußerliche Förderung einzelner Themenfelder der Historie als vielmehr auf die interne Steuerung der Disziplin als Ganzes. Tatsächlich waren die Leitungsposten bis 1959 (mit Ausnahme der kleinen Abteilung für Allgemeine Geschichte des Mittelalters) mit SED-Mitgliedern besetzt; und selbst hier sollte der parteilose Antimarxist Sielaff bald durch den parteilosen Marxisten Bernhard Töpfer ersetzt werden.

## ***B.II Überblick zu Personalentwicklung und universitären Qualifikationen***

Die folgenden Abschnitte dieses Kapitels geben einen statistischen Überblick zur Personalentwicklung an der Humboldt-Universität und zu zwei Fragestellungen der Personal- bzw. Kaderentwicklung: Qualifikationsverfahren und Gutachtertätigkeit.

### **B.II.1 Statistische Analysen zur Personalentwicklung**

#### Gesamtüberblick

Die Historische Fakultät der Berliner Universität verzeichnet nach 1946 einen niedrigen Personalbestand, der so auch noch bis Anfang der 1950er Jahre charakteristisch bleibt und lediglich durch die Hinzuziehung von AssistentInnen und Lehrbeauftragten zu Lehraufgaben gemildert werden konnte. Der Gesamtpersonalbestand steigt dann allerdings in den drei Jahren nach der II. Hochschulreform bis 1954 rasant an, von zehn auf 47 Personen.<sup>518</sup> Zugleich sinkt im genannten Zeitraum jedoch die Zahl der Ordinarien von vier bis fünf auf drei. Sie schwankt in diesem Rahmen noch bis in die 1970er Jahre hinein, wo nach der III. Hochschulreform gleich neun neue Professorinnen und Professoren mit Lehrstuhl aus der jüngeren Generation ernannt werden (siehe Tabelle 11 „Personalbestand Gesamt“ am Ende des Kapitels).

---

<sup>517</sup> Die SED sicherte sich damit im kleinen wie im großen Maßstab die Deutungshoheit über besonders sensible und wichtige Legitimationsbereiche ihrer Herrschaft (so Kowalczyk, *Legitimation*, 215). In der 1952 gegründeten Forschungsgemeinschaft „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ unter Leo Stern arbeiteten die (späteren) HU-Historiker Karl Obermann, Ernst Hoffmann, Heinz Kamnitzer und Alfred Meusel.

<sup>518</sup> Die Zahl der Assistenten in den Anfangsjahren ist sehr unsicher.

Die nun folgende Übersicht zeigt die Anzahl der in den einzelnen Jahren jeweils neu berufenen Professorinnen und Professoren auf. Der eben als relativ konstant beschriebene, recht niedrige Personalbestand täuscht darüber hinweg, dass allein bis 1950 immerhin sechs Professoren mit Lehrstuhl und drei außerordentliche Professoren<sup>519</sup> neu berufen bzw. ernannt wurden. Insofern war die absolute Zahl der Historiker zwar konstant, aber die Fluktuation relativ groß. Somit wurde mit den Neuberufungen von Otto Hoetzsch, Eugen Meyer, Alfred Meusel, Ernst Hohl, Ernst Niekisch und Eduard Winter jeweils lediglich versucht, eine durch den Weggang anderer Ordinarien gerissene Lücke wieder zu schließen. Doch auch die neuen Ordinarien konnten mit der Ausnahme Winters keine Kontinuität bringen, denn diese Ordinarien verließen die Universität nach wenigen Jahren. 1957 fiel der Gesamtbestand der Professoren sogar auf vier, wobei drei dieser Professoren Ordinarien waren.

Die Gründe für diese Fluktuation waren unterschiedlich, nur im Fall des Weggangs von Albrecht Timm lässt sich ein politischer Hintergrund ausmachen. Neben Timm waren noch Heinz Kamnitzer, Ernst Niekisch und Ernst Hohl aus dem Lehrkörper ausgeschieden.

	Prof. mit Lehrstuhl	Prof. sonstige
1946	1	1
1948	3	1
1950	2	1
1952	0	3
1954	0	1
1957	2	0
1962	1	5
1967	0	6
1970er	9	1

*Tabelle 6: Personalausbau Professoren*

Auffällig ist, dass auch mit der II. Hochschulreform die Zahl der Ordinarien nicht erhöht wurde. Im Gegenteil, nachdem bis 1950 immerhin sechs Ernennungen erfolgt waren, dauerte es dann bis 1956, als Gerhard Schilfert und Karl Obermann ernannt wurden. Erstaunlicherweise waren sie zusammen mit dem 1958 berufenen Erich Paterna bis 1969 sogar die letzten berufenen Professoren mit Lehrstuhl.

Der personelle Ausbau des Professorenkollegiums erfolgte demgegenüber über die Gruppe der Nicht-Ordinarien, von denen vier infolge der II. Hochschulreform,<sup>520</sup> und dann elf zwischen 1960 und 1967 ernannt wurden.<sup>521</sup> Alle dieser „Professoren mit Lehrauftrag“ bzw.

<sup>519</sup> Die außerordentlichen Professoren waren Karl Griewank, Paul Haake (beide 1946) sowie Heinz Kamnitzer (1950).

<sup>520</sup> Das waren: Albrecht Timm, Karl Obermann, Gerhard Schilfert (alle 1952) und Erich Paterna (1953).

<sup>521</sup> Walter Bartel (1962), Eckhard Müller-Mertens (1960), Heinrich Scheel (1960), Dieter Fricke (1960), Bernhard Töpfer (1966), Elisabeth Welskopf (1960), Helmuth Stoecker (1964), Friedrich Katz (1967),

mit „vollem Lehrauftrag“ waren – mit der Ausnahme Albrecht Timms und vermutlich auch Friedrich Katz’ – SED-Mitglieder. Die Fachrichtung Geschichte hatte sich zwar ebenfalls für die Berufung des parteilosen Frithjof Sielaff verwendet, diese scheiterte aber am Widerstand des Staatssekretariats.<sup>522</sup>

Die neuen Nichtordinarien der 1950er und 1960er Jahre verbürgten endlich eine langjährige Kontinuität: Zehn von ihnen sind später zu Professoren mit Lehrstuhl ernannt worden, nur für Heinz Kamnitzer, Albrecht Timm, Dieter Fricke, Friedrich Katz und Heinrich Scheel war die Anstellung an der HU nicht das Endziel der Karriere.<sup>523</sup>

Während sich also die Zahl der Ordinarien erst in den 1970ern erhöhte, dies für die Nichtordinarien bereits in den 1960er Jahren auszumachen war, wuchs die Zahl der Assistenten bereits in den 1950er Jahren an. Vor allem diese Statusgruppe ist verantwortlich für den massiven quantitativen Sprung im Personalbestand nach der II. Hochschulreform. Deren Zahl erreicht schon 1954 mit 32 ungefähr die Höhe, auf der sie auch in den folgenden Jahren verbleiben wird. Parallel dazu steigt auch die Zahl der Wahrnehmungsdozenten bzw. der Dozenten. Das Verhältnis zwischen Professoren und akademischem Mittelbau gestaltet sich mit der II. Hochschulreform völlig neu, die kurzzeitig wiederbelebte Ordinarienuniversität verschwindet. 1949 kommen auf sechs Professoren fünf Vertreter des Mittelbaus, 1954 arbeiten neben neun Professoren 35 Vertreter des Mittelbaus, 1962 sind es 41.

Ende der 1940er Jahre waren Ernst Schraepler, Helmut Plechl und Paul Kaegbein aus dem Restbestand des Historischen Seminars als Assistenten beschäftigt und den bürgerlichen Ordinarien Fritz Rörig und Fritz Hartung zugeordnet. Alfred Meusel hatte in seinem neuen Institut zwei Assistentenstellen zu besetzen, die Heinz Kamnitzer und Gerda Grothe bekamen (Kamnitzer wurde nach seiner Ernennung zum Wahrnehmungsprofessor dann durch Joachim Streisand ersetzt, der zuvor schon auf die erste republikweite Aspirantur gelangt war). Der Ausbau der Assistentenstellen erfolgte Anfang der 1950er Jahre deutlich zugunsten der SED-Mitglieder. Von den Assistenten, Dozenten und wissenschaftlichen Mitarbeitern, die in der folgenden Tabelle verzeichnet sind, waren wohl nur zwei, Bernhard Töpfer und Frithjof Sielaff, keine SED-Mitglieder. Daneben zeigt die Tabelle 12 zur Zahl der Assistenten **am Ende dieses Abschnitts** vor allem, in welchem Maße an der HU für den eigenen Bedarf ausgebildet wurde: 19 zukünftige HU-ProfessorInnen hatten ihre Karriere auch an dieser Universität begonnen. Einen Gesamtüberblick gibt die Tabelle für die Assistenten nach Instituts- und Abteilungsleitern.

	GESAMT	Berufshistoriker (Prozent)	HU-Professoren (Prozent)
--	--------	-------------------------------	-----------------------------

Günter Rosenfeld (1966), Joachim Streisand (1963), Ernst Hoffmann (1962).

<sup>522</sup> HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 5, 51.

<sup>523</sup> Timm und Katz gingen in den Westen, Kamnitzer schied aus dem Historiker-Beruf aus, Fricke wurde Professor in Jena, Scheel arbeitete schon bei seiner Ernennung hauptamtlich an der DAW.



Kamnitzer	19	7 (37)	3 (16)
Winter	16	13 (81)	3 (19)
Schilfert	26	11 (42)	5 (19)
Paterna	12	5 (42)	3 (25)
Obermann	2	2 (100)	0 (0)
Bartel	12	7 (58)	3 (25)
Timm	6	2 (33)	1 (17)
Sielaff	2	1 (50)	0 (0)
Müller-Mertens	5	4 (80)	0 (0)
Töpfer	2	2 (100)	0 (0)
Welskopf	5	5 (100)	0 (0)
Vogler	0	0 (–)	0 (–)

Tabelle 7: Zahl der Assistenten nach Instituts- bzw. Abteilungsleitern (1952–1968)

### Übersicht zu Geburtsjahrgängen

Für die Neubesetzung der Universität nach dem Krieg und die Personalentwicklung insgesamt ist die Frage interessant, aus welchen Geburtsjahrgängen die zukünftigen Berufshistoriker und Berufshistorikerinnen der DDR an der HU, die zwischen 1945 und 1968 mit dem Eintritt in den universitären Lehrkörper den Berufseinstieg wagten, stammten. Besonderes Interesse verdient der Mittelbau. Den entsprechenden Überblick leistet die folgende Tabelle.

Geburtsjahr	Zahl	Eintrittsalter (Durchschnitt)	zuk. HU- Professoren (Prozent)	zuk. Professoren (Prozent)
1900–1905	1	51	1 (100)	1 (100)
1906–1910	1	44	–	
1911–1915	2	38	1 (50)	2 (100)
1916–1920	3	42,3	1 (33,3)	2 (66,6)
1920–1925	12	33,1	4 (33,3)	6 (50)
1926–1930	16	27,6	10 (62,5)	13 (81,2)
1931–1935	12	24,6	4 (33,3)	9 (75)
1936–1940	5	25,2	2 (40)	3 (60)
1940–1945	1	24	–	1 (100)
Gesamt	53	29,9	23 (43,4)	37 (69,8)

Tabelle 8: Mittelbau, Jahrgänge und durchschnittliches Eintrittsalter in den Lehrkörper<sup>524</sup>

Vor einer Interpretation entsprechend der Fragestellung lässt sich unterstreichen, dass auch diese Aufstellung nochmals die Geschlossenheit des „Milieus“ der HU-Historikerschaft zeigt:

<sup>524</sup> Keine Angabe: Grothe, Maskolat, Reichelt, Schipke, Wiese, Zeil, Eggert, Gloger, König, Mathwich, Schulze-Wolgast, Westphal.

Von den 53 Assistenten, Dozenten und wissenschaftlichen Mitarbeitern, für die hier Daten vorliegen, wurden 23 später Professoren an der HU. Zudem war die HU als Ausbildungsort für andere Institutionen wichtig: 14 weiteren späteren Geschichtsprofessoren gelang hier der Einstieg in eine wissenschaftliche Laufbahn.

Sieben der aufgezählten Vertretern des Mittelbaus waren vor 1920 geboren und daher bei ihrem Eintritt in den Historikerberuf an der HU bereits 38 Jahre oder älter. Diese Gruppe hatte zuvor andere Tätigkeiten innerhalb oder außerhalb der Universität ausgeübt. Dazu gehörte etwa Liselotte Welskopf, die als Nationalökonomin promoviert worden war und dann als Betriebswirtin in einer Firma arbeitete, bevor sie sich nach 1945 als Althistorikern profilierte. Heinrich Scheel hatte – nach seinem Geschichtsstudium in der Vorkriegszeit – als Pädagoge gearbeitet. Kurt Goßweiler war studierter Volkswirt, Heinz Kamnitzer Journalist. Edith Hoerich-Ruppel arbeitete schon vor 1945 als Assistentin am Historischen Seminar der FWU; unklar ist, ob sie bis 1954 auch einen anderen Beruf ausgeübt hatte.<sup>525</sup>

Die größte Gruppe der zukünftigen DDR-Historiker und Historikerinnen im Mittelbau der HU war zwischen 1920 und 1935 geboren worden. Der Werdegang der Einzelnen war allerdings infolge der Bedingungen während des „Dritten Reiches“ und des II. Weltkrieges sehr heterogen. Die zwölf zwischen 1920 und 1925 geborenen Historiker waren im Schnitt 33 Jahre alt, als sie ihre erste Anstellung im Bereich Geschichte an der HU erlangten. Unter ihnen waren Joachim Streisand und Helmuth Stoecker, die gemäß der NS-Ideologie als Juden zu Zwangsarbeit bzw. in die Emigration gezwungen worden waren. Beide hatten bereits vor dem II. Weltkrieg ein Universitätsstudium aufgenommen. Rudi Berthold, Erich Brandt, Heinz Kreissig und Martin Zöllner waren unterschiedlichen beruflichen Tätigkeiten nachgegangen, Eckehard Müller-Mertens hatte eine kaufmännische Lehre abgeschlossen und anschließend als Soldat in Norwegen bei der deutschen Wehrmacht gedient. Von Martin Zöllner und Peter Hoffmann wissen wir ebenfalls, dass sie Kriegsteilnehmer (Hoffmann bei der SS) waren, auch für andere Vertreter des Jahrgangs ist ein aktiver Kriegsdienst und sogar Kriegsgefangenschaft wahrscheinlich. Heinz Königer hatte vor der Aufnahme seines Universitätsstudiums an der neu errichteten Vorstudienanstalt der Berliner Universität seine Hochschulreife erworben und stammte daher vermutlich aus dem Arbeitermilieu. Trotz des verspäteten Berufseinstiegs erreichten aus den Jahrgängen 1920–1925 ein Drittel später eine Professur an der HU (gesamt: 43,4 %). Deutlich mehr als zwei Drittel dieser Jahrgänge beendete seine Karriere als ProfessorIn an der HU oder an einer anderen Institution (gesamt: 69,8 %)!

Die Aufstiegschancen im Historikerberuf verbesserten sich noch einmal wesentlich für die folgenden Jahrgänge der zwischen 1926–1930 Geborenen, deren Lebenswege sich vor ihrer Ankunft an der HU sehr unterschiedlich gestaltet hatten. Im Durchschnitt waren diese zukünftigen Historiker und Historikerinnen mit 27,6 Jahren bei ihrem Berufseinstieg fast

---

<sup>525</sup> Vgl. den Lebenslauf in der Habilitationsakte Hoerich-Ruppel in HUUA.

fünf Jahre jünger als die vorhergehende Jahrgangsguppe. Doch gab es hier gewaltige Unterschiede: Joachim Mai (\*1930) gelangte schon mit 20 Jahren auf eine Assistentenstelle, während der zwei Jahre ältere Erich Nickel (\*1928) wahrscheinlich aufgrund des II. Weltkrieges erst mit 37 Jahren an die HU kam. Auch die Vertreter dieser Gruppe hatten z. T. zunächst andere Berufe ausgeübt<sup>526</sup> oder längere Zeit als Soldaten im II. Weltkrieg gekämpft.<sup>527</sup> Friedrich Katz und Percy Stulz gehörten wiederum zur Gruppe der jüdischen Remigranten, während Peter Musiolek mit 37 Jahren aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft bzw. der politischen Haft im sibirischen GULAG an die HU kam.<sup>528</sup> Günter Rose begann seinen Weg an die HU zunächst als Dozent an der ABF, Siegfried Thomas hatte sich dort als Student auf das Hochschulstudium vorbereitet.

Aus der Gruppe der zwischen 1926 und 1930 geborenen zukünftigen Berufshistoriker erreichten 62,5 % eine Professur an der HU. Sie liegen damit knapp 20 % über dem Durchschnitt. Da drei weitere Vertreter eine Professur an einer anderen Institution inne hatten, konnten insgesamt sogar 81,2 % ihre Historiker-Karriere in der DDR mit dem Professoren-Titel beenden (gesamt: 69,8 %). Damit ist diese Jahrgangsguppe mit 16 zukünftigen Historiker nicht nur die größte, sondern auch die insgesamt erfolgreichste. Offenbar behinderte die hohe Anzahl an Konkurrenten den Aufstieg nicht, die Karrierewege standen durch den Ausbau des Mittelbaus in den 1950er und durch den Ausbau der Professorenstellen in den 1960er und 1970er Jahren weit offen.

Etwas kleiner war mit zwölf zukünftigen Berufshistorikern die Jahrgangsguppe der zwischen 1931 und 1935 Geborenen. Ihr Erwachsenenleben war nicht mehr im gleichen Maße durch den NS und den II. Weltkrieg beeinträchtigt, sodass sie bei der Aufnahme in den Lehrkörper der HU gegenüber der Vorgänger-Gruppe durchschnittlich noch einmal drei Jahre jünger waren (24,6 Jahre). Vier von ihnen wurden später HU-Professoren, das sind mit 33,3 % deutlich weniger als bei der Gesamtzahl (43,4 %) und der vorhergehenden Jahrgangsguppe (62,5 %). Jedoch wurden fünf Angehörige der Gruppe an anderen Institutionen zu Professoren ernannt, sodass sie insgesamt mit 75 % Geschichtsprofessoren fast ebenso erfolgreich waren. Offenbar waren für sie die Karrieremöglichkeiten zwar nicht generell beschränkt, aber eben die an der HU durch den aufgezeigten rasanten Aufstieg der großen vorhergehenden Jahrgangsguppe.

Während Gerhard Engel, Adolf Rüger, Horst Schützler und Günter Vogler später Professuren an der HU erhielten, gelangten Peter Schäfer und Ernst Wurl auf Professuren an Universitäten im Süden der DDR. Sie alle waren zwischen dem 22. und dem 25. Lebensjahr in den Lehrkörper der HU aufgenommen worden. Die beiden zukünftigen Akademie-ProfessorInnen Evamaria Engel und Conrad Grau waren zu diesem Zeitpunkt ebenfalls 22 bzw. 25 Jahre alt. Die Vertreter der Jahrgangsguppe, die ihre erste Stelle nach dem 25.

---

<sup>526</sup> Waltraut Bleiber: Buchhalterin; Irene Wilde: Berufsschullehrerin; Heinz Köller: Technischer Zeichner.

<sup>527</sup> Bernhard Töpfer, Günter Rosenfeld, Dieter Fricke, Peter Musiolek.

<sup>528</sup> Vgl. Isolde Stark, Nachruf für Peter Musiolek, in: Bernd Florath u. a. (Hg.), *Die Ohnmacht der Allmächtigen. Geheimdienste und politische Polizei in der modernen Gesellschaft*, Berlin 1992, 13–18.

Lebensjahr angetreten hatten, erreichten keine Professuren mehr an der AdW oder einer Universität: Gisela Jähn, bei ihrer ersten Anstellung als Historikerin 28 Jahre alt, wurde aber beispielsweise stellvertretende Leiterin des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Ebenfalls an einer geschichtspolitischen Einrichtung arbeitete Harald Neubert – er wurde Lehrstuhlinhaber für Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung am Geschichtsinstitut des ZK.<sup>529</sup> Sigrid Kumpf arbeitete später als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentralinstitut für Geschichte der AdW.

Die Jahrgangsguppe der zwischen 1931 und 1935 Geborenen war an der HU zwischen 1956 und 1960 angestellt worden, während zumindest sieben der 16 Vertreter der vorhergehenden Jahrgangsguppe 1925–1930 bereits in der ersten Hälfte der 1950er Jahre angestellt worden waren. Für diese Gruppe hatte das Lebensalter beim Berufseinstieg für die zukünftige Laufbahn nicht die entscheidende Rolle gespielt, vermutlich weil zahlreiche neue Stellen geschaffen wurden und zugleich der Unterschiedlichkeit der Lebenswege zwischen 1933 und 1945 Rechnung getragen wurde. Dies war für die Jahrgangsguppe 1931–1935 anders. Sie hatte bei Kriegsende noch nicht das Erwachsenenalter erreicht; ein verspäteter Berufseinstieg (oder Orientierungen zunächst in anderen Berufen) wirkten sich hier negativ aus. Für eine Historiker-Karriere hatte sich damit seit der zweiten Hälfte der 1950er Jahre das Lebensalter als wichtiges Kriterium für den beruflichen Erfolg an Universitäten und AdW etabliert.

Offenkundig hatten sich die Karrieremöglichkeiten auch noch in einer zweiten Hinsicht gegen Ende der 1950er Jahre deutlich verschlechtert: Es gab wesentlich weniger freie Assistentenstellen. Die Jahrgangsguppe der zwischen 1936 und 1940 Geborenen hätte bei einer kontinuierlichen Entwicklung bis 1968 eigentlich eine ähnlich hohe Zahl an Vertretern des Mittelbaus stellen müssen, wie die Vorgänger-Gruppen. Sie waren 1960 zwischen 20 und 24 Jahren alt, 1968 mindestens 28. Dennoch schrumpft diese Gruppe im Vergleich zu den zwölf Vorgängern auf fünf. Sie waren beim Eintritt in den Lehrkörper in etwa genauso jung, nämlich 25,2 Jahre alt. Zwei Vertreter, Klaus Vetter und Siegfried Prokop, wurden später HU-Professoren – beide hatten sich politisch an der Universität außergewöhnlich stark im Sinne der SED engagiert. Nicht immer musste dies, wie sich zumindest für Vetter zeigen lässt, wissenschaftlich überzeugende Arbeiten ausschließen.<sup>530</sup> Gerhard Keiderling, wie Prokop ebenfalls als Zeithistoriker und Schüler von Walter Bartel auf legitimationspolitischem Gebiet tätig, wurde Professor am ZIG der AdW. Sonja Striegnitz arbeitete dagegen 27 Jahre lang an der HU, ohne eine Professur zu erreichen, Richard Lakowski ging in den 1970ern als Militärgeschichtler nach Potsdam.

Aus der Gruppe der nach 1940 geborenen Vertreter des Mittelbaus, die 1960 immerhin mindestens 20 Jahre alt waren, wurde nur noch ein einziger Berufshistoriker: Matthias

---

<sup>529</sup> Institut für Gesellschaftswissenschaften, später Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Neubert wurde zum Professor berufen.

<sup>530</sup> Vetter als Mitglied der SED-Kreisleitung, Prokop als hauptamtlicher FDJ-Funktionär.

Springer hatte sich als Mittelalter-Historiker auf einem Spezialgebiet profiliert und arbeitete in der DDR zuletzt als Professor an der Pädagogischen Hochschule Magdeburg.

Als knappes Fazit lässt sich festhalten, dass Altersstruktur bzw. Geburtsjahr/Geburtskohorte einen Einfluss auf Karrierechancen an der HU hatten. Dies zeigt sich insbesondere in der überproportionalen Rekrutierung des Personals aus den älteren Geburtsjahrgängen und deren kontinuierlichem Verbleib an der HU. Demgegenüber waren die jüngeren Jahrgänge eher benachteiligt, da Stellen nun schon langfristig vergeben waren.

### Politische und soziale Aspekte der Herkunft

Die Zielstellung der SED-Hochschulpolitik seit Ende der 1940er Jahre war die Koppelung der sozialen Öffnung der Universität für Aufsteiger aus bildungsfernen Schichten mit der Rekrutierung eines politisch loyalen Kadernachwuchses. Einige Assistenten der HU-Geschichtswissenschaft haben diese Verbindung in der Darstellung ihres Lebenslaufs selbst hergestellt: „Mit der Befreiung unserer Heimat durch die Rote Armee begann für mich ein neuer Abschnitt meines Lebens“, schreibt etwa Rudi Berthold 1955. Nun erst habe er die „Gelegenheit“ zur „Ausbildung auf dem Gebiet [erhalten], auf dem ich immer arbeiten wollte, aber durch die soziale Stellung meiner Eltern in der kapitalistischen Ordnung nicht konnte.“<sup>531</sup> Im Unterschied zu den meisten der Professoren mit kommunistischer Vergangenheit gehörten zahlreiche Assistenten, die zwischen 1920 und 1930 geboren worden waren, den durch das abverlangte oder auch geleistete Engagement für den Nationalsozialismus politisch belasteten Jahrgängen an. Der 1922 geborene Berthold etwa war Mitglied der nationalsozialistischen Deutschen Arbeitsfront gewesen und hatte als Wehrmachtssoldat am II. Weltkrieg teilgenommen.

Gerda Grothe, Assistentin der ersten Stunde bei Alfred Meusel, hatte vor 1945 an der Auslandswissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität studiert, einer SS-nahen Institution. Als Tochter eines Versicherungsangestellten hatte sie von den Aufstiegsmöglichkeiten profitiert, die das „Dritte Reich“ bot. Sie nutzte die Darstellung ihres Studienbeginns in der SBZ zur Inszenierung eines Konversionserlebnisses, das sich auf ihr historisches Denken bezog: „Aus dem geplanten Abschluss [des Studiums] wurde jedoch ein Beginn; denn ich erkannte, dass ich das bei meinem ersten Studium erworbene Geschichtsbild völlig revidieren müsse.“<sup>532</sup> Auch der 1934 geborene Adolf Rüger legte seinem Promotionsantrag einen ausführlichen Lebenslauf bei, in dem er seine Dankbarkeit für die Aufstiegchancen in der sozialistischen Ordnung mit einer Verpflichtung zu

---

<sup>531</sup> Rudi Berthold, Lebenslauf, in: HUUA, Philosophische Fakultät, Promotion Rudi Berthold, 7. 12. 1955.

<sup>532</sup> Gerda Grothe, Lebenslauf II, in: ebd., Promotion Gerda Grothe, 6. 2. 1952. Anders als der spätere Professor Rüger wurde Grothe jedoch nicht Mitglied der SED oder arbeitete gar in der Leitung der SED-Grundorganisation der Historiker mit. Sie löste ihr Arbeitsverhältnis an der HU 1961, weil sie ihren Wohnsitz in Westberlin behalten wollte – vgl. dazu Peter Schäfer: Meine Berliner Lehrjahre als Historiker an der Humboldt-Universität zwischen 1953 und 1963. In: Helmut Wagner (Hg.): Europa und Deutschland – Deutschland und Europa. LIT, Münster 2005.

politischer Loyalität verknüpfte.<sup>533</sup> Selbst wenn viele der Lebensläufe von einem Engagement im Sinne des NS nichts erzählen, konnten sie einen politischen Verdacht nicht immer ausräumen. Dafür gab es Belege. So war etwa Dieter Fricke, ohne es anzugeben, Mitglied der NSDAP gewesen. Ein anderer Nachwuchshistoriker hatte im Lebenslauf geschrieben: „Im Jahr 1942 verstarb mein Vater. Ein Jahr später wurden meine Mutter, meine Schwester und ich in Berlin ausgebombt. Wir verzogen nach Schlesien, und ich setzte den Besuch der Oberschule bis 1944 in Bunzlau fort.“<sup>534</sup> Dass er hier nichts von seiner Funktion bei der Hitlerjugend bzw. von einer Übernahme in die SS erzählte, wurde später Gegenstand einer Diskussion in den Parteigremien.<sup>535</sup> Typischerweise folgte aus einer solchen Kampagne allerdings keine Beeinträchtigung der Karriere, sie verpflichtete den Nachwuchshistoriker vielmehr zu Dankbarkeit gegenüber der SED.

Nach Auswertung der Lebensläufe im HU-Archiv sowie des „Lexikons der DDR-Historiker“ waren unter den hier behandelten Vertretern des Mittelbaus ein ehemaliges Mitglied der NSDAP, sieben des Reichs-Arbeitsdienstes, drei der Deutschen Arbeitsfront und zwei der SS.<sup>536</sup> 17 Nachwuchshistoriker, d. h. ein knappes Drittel, hatten als Wehrmachtssoldaten am II. Weltkrieg teilgenommen, 13 von ihnen waren auch in Kriegsgefangenschaft geraten. Hinzu kommen drei Historiker, die ihren Dienst als Luftwaffenhelfer angaben.<sup>537</sup> Angesichts dieser Daten wirkt die Zahl der Nachwuchshistoriker, bei denen Verbindungen zum sozialistischen bzw. kommunistischen Milieu der Zwischenkriegszeit nachweislich vorhanden waren, sehr gering. Die Anzahl dürfte kaum größer gewesen sein, denn sicher hätten die Betroffenen darauf hingewiesen, versprach eine solche Herkunft doch einen deutlichen Distinktionsgewinn. Nur für sieben Personen lässt sich eine solche Verbindung rekonstruieren – die meisten wurden frühzeitig Professoren an der HU. So war etwa der Vater Eckhard Müller-Mertens’ zeitweilig KPD-Funktionär; dies gilt auch für Heinz Köller und Helmuth Stoecker, der zudem selbst 1944 im Exil der KPD beigetreten war. Der Vater von Friedrich Katz hatte zeitweilig als Redakteur der kommunistischen „Roten Fahne“ in Berlin gearbeitet. Heinz Kamnitzer war selbst schon Mitglied des kommunistischen Jugendverbandes KJVD geworden, ebenso wie Heinrich Scheel. Bruno Widera (\*1900), der keine Verbindung zur kommunistischen Bewegung im engeren Sinne vorweisen konnte, aber als Journalist für die Gewerkschaftsbewegung der Zwischenkriegszeit gearbeitet hatte, wurde als einziger dieser sieben Männer kein Professor. Allerdings war er auch für eine reguläre Universitätskarriere mit Assistenz bzw. Aspirantur,

---

<sup>533</sup> Adolf Rüger, Lebenslauf, in: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Promotion Adolf Rüger, 28. 9. 1960.

<sup>534</sup> Joachim Mai, Lebenslauf, in: HUUA, Philosophische Fakultät, Promotion Joachim Mai, 29. 5. 1957.

<sup>535</sup> Landesarchiv Berlin, [Signatur:] C Rep. 903-01-12, 76, 10. Dez. 1952; Vollversammlung der SED-Betriebsgruppe der Philosophischen Fakultät.

<sup>536</sup> Der zweite ehemalige SS-Mann war Peter Hoffmann; vgl. seine Autobiografie: In der hinteren Reihe. Aus dem Leben eines Osteuropa-Historikers, Berlin 2006.

<sup>537</sup> Angaben liegen vor zu 63 NachwuchshistorikerInnen.

Promotion und Habilitation mit anschließender Berufung, wie sie außer Kamnitzer alle durchlaufen hatten, zu alt.

Der soziale Hintergrund, aus dem die zukünftigen Berufshistoriker des HU-Mittelbaus stammten, lässt sich anhand ihrer Lebensläufe in den Promotionsakten bestimmen. Hieran kann der Erfolg der massiven Gegenprivilegierung eingeschätzt werden, die die SED für die soziale Öffnung der Universitäten unternahm. Die Promovenden haben in ihren Lebensläufen fast immer Angaben zum Beruf ihres Vaters gemacht.<sup>538</sup> Allerdings sind zwei Einschränkungen zu machen. Die knappen Angaben geben keinen präzisen Aufschluss über die tatsächliche soziale Lage der Familie für den gesamten Zeitraum des Heranwachsens. Zurechnungen nach dem Muster „Unterschicht“ oder „untere Mittelschicht“ sind nicht möglich. Außerdem ist damit zu rechnen, dass die Promovenden bei der Berufsbezeichnung die Ausstrahlung der Kategorie „Arbeiter“ für sich ausnutzen wollten und ihre Lebensläufe entsprechend gestalteten.

15 der 62 Promovenden präsentierten sich als Arbeiterkinder, hinzu kommt ein Sohn eines „Landarbeiters“ (24 %). 16 weitere Lebensläufe (24 %) geben für ihre Väter handwerkliche bzw. technische Berufe an. Bei ihnen bleibt unklar, ob es sich um gelernte Facharbeiter, selbständige Handwerker oder Mitarbeiter in Handwerksbetrieben handelt. Schwer zu qualifizieren sind ebenfalls die Angaben „Bauer“ bzw. „Landwirt“, Zugschaffner und Handlungsgehilfe (jeweils ein Mal). Zumindest aber gilt trotz solcher Unsicherheiten: Alle diese Herkunftspositionen ergeben einen Anteil von 56,5 % der Vertreter des Mittelbaus, die aus sozialen Schichten stammen, welchen vor 1933 traditionell nicht ein geisteswissenschaftliches Universitätsstudium offen gestanden hat. Dies gilt selbst dann, wenn nicht alle der hier verzeichneten Väter tatsächlich dem Arbeitermilieu der Weimarer Zeit zugehörig gewesen sein sollten. Dies zeigt eine deutliche Veränderung der sozialen Rekrutierung. In gewisser Hinsicht lassen sich hier die neun Promovenden einordnen, die ihren Vater der relativ jungen Schicht der „Angestellten“ zurechneten.

Aus dem akademisch gebildeten Bürgertum stammten dagegen zwölf der 62 Promovenden (19,4 %), zu denen Angaben vorliegen. Hierbei handelte es sich jedoch in keinem einzigen Fall um zukünftige Professoren! Friedrich Katz ist der einzige dieser Gruppe, der bei seinem schriftstellernden Vater wenigstens als Nebenberuf noch „Historiker“ angeben konnte. Ansonsten ist ein fachfremder universitärer Hintergrund anzugeben. Es handelte sich bei diesen Vätern um einen diplomierten Chemiker, einen Volkswirt, einen „Oberinspektor“, einen Studienrat, einen Archivrat, einen Rechtsanwalt, zwei Ärzte sowie drei nicht näher bezeichnete Lehrer. In diesen Herkunftsfamilien war jedenfalls der Besuch der Universität schon vorgelebte Möglichkeit bei der beruflichen Orientierung. Zahlenmäßig sehr schwach ist das Wirtschaftsbürgertum vertreten; nur zwei Promovenden gaben die Berufsbezeichnung „Kaufmann“ an.

---

<sup>538</sup> Von 73 Vertretern des Mittelbaus liegen für 62 Angaben zum Beruf des Vaters vor.

Weiteren Aufschluss über den sozialen Hintergrund gibt auch der Besuch einer weiterführenden Schule, der sozial privilegiert gewesen ist. Mindestens 23 Vertreter des Mittelbaus hatten den Besuch an einer Schule aufgenommen, die das Erreichen der Hochschulreife versprach.<sup>539</sup> Demgegenüber erlangten 24 ihre Hochschulreife auf einer Schule in der SBZ/DDR, zehn von ihnen in einer Vorstudienanstalt bzw. ABF (10 von 47; 21,3 %).

Damit bestätigen sich auch für die HU-Geschichtswissenschaft die Forschungsergebnisse Ralph Jessens. Die Arbeiterkinder sind die offiziellen und auch die tatsächlichen Gewinner der sozialen Öffnung der Universität. Daneben gibt es jedoch mit den aufgestiegenen Mittelschichten einen ‚heimlichen Gewinner‘, der in den DDR-eigenen Zielsetzungen nicht vorgesehen war. Diese Entwicklung setzt so einen langfristigen Prozess der Öffnung der Hochschulen fort, der schon in der Zeit der Weimarer Republik begonnen hatte. Die durch die Hochschulpolitik der DDR beabsichtigten Verlierer zeichnen sich auch bei den HU-Historikern ab: Es handelt sich um das Bildungsbürgertum bzw. die Vertreter akademischer Berufe.<sup>540</sup>

Aus den Lebensläufen in den Promotionsakten konnte für 39 der zukünftigen Berufshistoriker die SED-Mitgliedschaft festgestellt werden. Während sie sich nur bei vier Vertretern eindeutig ausschließen lässt, machten die übrigen hierzu keine Angaben.

Die regionale Herkunft lässt sich nur für einen Teil der Gruppe der Assistenten, Dozenten und wissenschaftlichen Mitarbeiter des universitären Mittelbaus bestimmen, die bis 1968 an der HU arbeiteten. Es handelt sich um diejenigen Vertreter, die auch später Berufshistoriker wurden und daher zumeist Aufnahme in das „Lexikon der DDR-Historiker“ fanden.<sup>541</sup>

Von den 65 Historikerinnen und Historikern kam mit knapp 37 % der größte Teil aus dem Gebiet der späteren DDR. Zusätzlich zu diesen 19 kamen 13 weitere aus Berlin (20 %). Die dritte größere Gruppe stammte aus den Gebieten des „deutschen Ostens“, die nach dem II. Weltkrieg an Polen oder die CSSR fielen. Es handelte sich um zwölf spätere Historiker, das sind 23,5 %. Damit liegt der Anteil an Flüchtlingen höher als in der DDR insgesamt, wo 1947 etwa 14 % zu dieser Kategorie gerechnet wurden.<sup>542</sup> Ein sehr kleiner Teil der Gruppe der zukünftigen Berufshistoriker war in der späteren BRD, also in Westdeutschland geboren worden (13,7 %). Hinzu kamen noch ein Historiker aus Serbien und einer aus Österreich.

Alles in allem zeigen die nachzuweisenden Befunde zu Aspekten der politischen und sozialen Herkunft die erwarteten Tendenzen auf. Diese betreffen die Privilegierung sozialer Herkunft aus der Arbeiterschicht wie aus der Distanz zum NS-Regime. Allerdings sind damit nicht erwartete (etwa hinsichtlich der Mittelschichten) oder in einzelnen Fällen andere Rekrutierungen (Personen, die mit dem NS-Regime

---

<sup>539</sup> Keine Angabe: 24.

<sup>540</sup> Vgl. Jessen, *Akademische Elite*, 378–382.

<sup>541</sup> Keine Angabe: 14 von 65 (21,5 %).

<sup>542</sup> Vgl. Demantowsky, *Geschichtsmethodik*, 249.



verbunden waren), nicht auszuschließen. Die regional breite Rekrutierung zeigt, dass die Berliner Universität bzw. HU keinen provinziellen Zugang hatte.

### HistorikerINNEN: Geschlechterverhältnisse

Neben den aufgezeigten Rekrutierungsfaktoren besitzt die Geschlechterproblematik eine eigenständige Bedeutung, denn die traditionelle Benachteiligung der Frau an den Universitäten in Deutschland wäre mit dem Neubeginn nach 1945 durchaus zu beheben gewesen. Dafür gab es einige Ansätze, aber auch anhaltend problematische Trends.

Von insgesamt 119 Assistenten, Dozenten und wissenschaftlichen Mitarbeitern in der Zeit zwischen 1945 und 1967 (Quelle: Vorlesungsverzeichnisse) waren 30 Frauen, 89 Männer. Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Vertreter des Mittelbaus lag bei 25,2 %. 15 der 30 Frauen, d. h. 50 % wurden Berufshistorikerinnen. Insgesamt wurden 65 der 119 Angehörigen des Mittelbaus Berufshistoriker. (54,6 %) Von den 89 Männern wurden 50 Berufshistoriker (56,2 %). Das heißt, bei den Männern lag die Chance, nach einer Zeit im Mittelbau Berufshistoriker zu werden, etwas höher. Allerdings bleibt der Frauenanteil dennoch beachtlich hoch, wenn man bedenkt, dass die Assistenz im universitären Milieu als Einstieg in eine akademische Karriere gedacht war. Denn nachdem sich die SED in den 1940er und 1950er Jahren vor allem auf die Förderung männlicher Unterschichtenaufsteiger konzentriert hatte, gerieten Frauen erst gegen Ende der 1950er Jahre ins Blickfeld systematischer Anstrengungen zur Karriereförderung.<sup>543</sup> Offenbar hatte im Bereich Geschichte an der HU die große Anzahl der neu geschaffenen Stellen in Verbindung mit einem Mangel an ausreichenden männlichen Kandidaten die Einstiegschancen für Frauen erhöht.

Das ist die eine Seite. Andererseits aber kamen die meisten dieser Frauen auf der Karriereleiter nicht so weit wie ihre männlichen Kollegen. Unter den 119 Vertretern des Mittelbaus waren 23 spätere Professoren an der HU. Darunter befanden sich mit Hella Kaeselitz und Liselotte Welskopf nur noch zwei Frauen.<sup>544</sup> Hella Kaeselitz erreichte diese Professur als Vielfach-Geförderte: eine planmäßige Promotionsaspirantur, eine Habilitationsaspirantur, eine Delegation zum Auslandsstudium in Moskau, 1961 eine kurze Zeit als SED-Parteisekretärin; Stellen als Assistentin und Oberassistentin sowie als stellvertretende Direktorin für Forschungen an der Sektion Geschichte von 1969 bis 1972.

Waltraud Bleiber, Henny Maskolat, Sonja Striegnitz und Irene Wilde wurden zwar keine Professorinnen, sie verbrachten dennoch ihr gesamtes Berufsleben während des Bestehens

---

<sup>543</sup> Jessen, Akademische Elite, 384. Bei der Frauenförderung mischten sich demnach pragmatische und ideologische Überlegungen. Gesellschaftliche Ressourcen sollten im Zeichen der ‚Wissenschaftlich-Technischen Revolution‘ umfassender mobilisiert werden; zugleich unterstrich die Förderung von Frauen die „Glaubwürdigkeit des offiziellen Gleichheitsversprechens“ (ebd.). Zu Frauen an Hochschulen der DDR ebd., 383–398.

<sup>544</sup> An den Philosophischen Fakultäten der DDR wuchs der Anteil von Frauen in der Professorenschaft von 5,5 % (1954) auf 10,3 % (1965). Vgl. ebd., 390. Im Fachbereich Geschichte der HU wurde 1960 Elisabeth Charlotte Welskopf als erste Professorin (mit Lehrauftrag) berufen.

der DDR an der Humboldt-Universität und hatten Stellen als Oberassistentinnen und Hochschuldozentinnen inne. Irene Wilde wurde Direktorin für Kader und Qualifizierung.

Von den Berufshistorikerinnen, die die HU verließen, erreichte Gisela Jähn als stellvertretende Direktorin des Instituts für Marxismus-Leninismus des ZK der SED die höchste Position. Evamaria Engel erreichte eine Professur am Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften und hatte damit die fachwissenschaftlich profilierteste Position aller ehemaligen HU-Historikerinnen inne.

Im Fazit erreichten vier von insgesamt 30 an der HU angestellten zukünftigen Berufshistorikerinnen des Mittelbaus eine Professur (Männer: 36 von 50). Fünf Historikerinnen arbeiteten später an der Akademie der Wissenschaften, eine in der Handschriftenabteilung der Berliner Staatsbibliothek. Die wissenschaftlich sehr profilierte Ursula Grothe – 1949 als Assistentin Alfred Meusels an die Universität gelangt –, die mit ihrer Habilitationsschrift einen auch im Westen beachteten Forschungsbeitrag publiziert hatte, blieb nach dem Mauerbau 1961 in Westberlin wohnen und verlor dadurch ihre Anstellung.

Frauen hatten also zunächst von der sozialen Öffnung der Universität hinsichtlich der Stellen im akademischen Mittelbau stark profitiert, auch wenn ihre Zahl deutlich unter der der Männer liegt. Vermutlich aber bedeuteten die etwa 25 % Frauenanteil einen viel stärkeren prozentualen Anstieg im Vergleich zu den Jahren der Weimarer Republik und des Dritten Reiches und ist der Anteil angesichts tradierter Benachteiligung festzuhalten. Zunächst einmal hatten diese Historikerinnen auch ähnlich gute Chancen, als Berufshistorikerinnen weiterzuarbeiten, wie die Männer. „Nur“ blieben sie dabei auf den unteren Ebenen des Wissenschaftsbetriebes der DDR stecken; gerade bei der HU-Geschichtswissenschaft kam es im Untersuchungszeitraum kaum zu Besetzungen einer Professorenstelle mit einer Frau. Das ‚Gleichheitsversprechen der SED‘ war nur begrenzt eingelöst worden; auch dieses Ergebnis stimmt mit den Studien Jessens überein. Der Universitätshistoriker bietet eine schlüssige Erklärung für die Grenzen der universitären Chancenverteilung: „Soziale Herkunft und Geschlecht – [...] gegen beide Ungleichheitsdimensionen richtete sich das Gleichheitsversprechen der SED.“<sup>545</sup> Doch Ende der 1960er Jahre hätten sich gegensätzliche Resultate der kommunistischen Nachwuchspolitik abgezeichnet: „Während die soziale Öffnung der Hochschullehrerschaft, aller Einschränkungen zum Trotz, beachtliche Erfolge erzielen konnte, blieben Frauen weitgehend ausgeschlossen.“<sup>546</sup> Dies habe zunächst am späteren Beginn der gezielten Frauenförderung, die erst zehn Jahre nach der Förderung sozialen Aufstiegs einsetzte, gelegen. Hinzu käme, dass die politisch gewünschte Platzierung von Frauen seit den 1960er Jahren mit den Interessen und geschlechtsspezifischen Handlungsmustern einer von der SED selbst herangezogenen, loyalen und männlichen akademischen Elite kollidierte, während sich der frühere Umbau der Universitäten gegen die politischen Gegner der SED im bürgerlich geprägten Universitätsmilieu vollzogen hatte.

---

<sup>545</sup> Jessen, Akademische Elite, 396.

<sup>546</sup> Ebd., 397.

Frauenförderung war nur begrenzt politisierbar, die „Frauenfrage“ besaß für die SED keine „Herrschaftsdimension“<sup>547</sup>. Der für die HU bzw. Geschichtswissenschaft aufgezeigte Trend gilt für die DDR generell. Neben einigen anderen Faktoren zeigten sich hier insofern die gleichen Gründe wie in der BRD für die aufgezeigte ungleiche Chancenverteilung zwischen Frauen und Männern.<sup>548</sup> Selbst ein Vergleich zur Zeit vor 1945 lässt sich ziehen, einer Zeit, als der „Sohn eines Arbeiters“ größere Chancen auf eine Professur hatte, als die „Tochter eines Professors“.<sup>549</sup>

Ein Blick auf die Männer macht die Unterschiede deutlich: Von den 50 männlichen Vertretern des Mittelbaus wurden 21 (42 %) später an der HU zu Professoren ernannt, mit Ausnahme von Siegfried Büniger, Heinrich Scheel, Dieter Fricke und Heinz Kamnitzer waren dies Professuren mit Lehrstuhl.<sup>550</sup> Zudem machten einige dieser Professoren auch in anderen Bereichen Karriere: Percy Stulz war im diplomatischen Dienst der DDR, Gerhard Engel brachte es bis zum stellvertretenden Minister für das Hoch- und Fachschulwesen. Insgesamt erreichten sogar 36 der 50 Historiker Professuren (72 %)!

Weitere acht der 50 wurden Hochschulprofessoren an anderen Universitäten.<sup>551</sup> Es gab fünf Akademieprofessoren: Heinrich Scheel, Siegfried Thomas, Conrad Grau, Heinz Kreißig, Kurt Goßweiler und einige an Institutionen der SED. Nur vier der 50 ehemaligen Assistenten bzw. Dozenten blieben an der HU, ohne eine Professur zu erreichen: Peter Musiolek, Johannes Mathwich, Frithjof Sielaff und Heinz Königer. Eine größere Anzahl war an der Akademie der Wissenschaften angestellt.<sup>552</sup>

Die Benachteiligung der Frauen ist bezüglich der Geschichtswissenschaft an der Humboldt-Universität trotz gegenteiliger politischer Ansprüche und auch einzelner Maßnahmen der DDR nicht beseitigt worden. Denn hierfür ist der Karrierepfad zur Professur ein gewichtiges Kriterium, allein die Anzahl im Mittelbau reicht nicht aus.

#### Zu einer besonderen Gruppe: Aspiranten an der HU

Nach diesem allgemeinen Überblick und den Chancen bzw. Wegen zur Professur sowie der Zusammensetzung der Professorenschaft beansprucht noch eine Gruppe die besondere Aufmerksamkeit: Die Gruppe der Aspiranten, denn die Aspirantur war ein speziell und neu geschaffener Karrierepfad.

Insgesamt waren an der HU zwischen 1945 und 1968 32 Aspiranten ausgebildet worden, denen durch dieses neue Instrument der Nachwuchsförderung mit der Promotion eine

---

<sup>547</sup> Ebd.

<sup>548</sup> „Verbreitete Vorurteile gegen Frauen in der Wissenschaft, geschlechtsspezifische Selektionsvorgänge auf jeder Stufe der Karriereleiter“ u. a. m. (Jessen, Akademische Elite, 398).

<sup>549</sup> Ebd., 383.

<sup>550</sup> Allerdings erfolgten die Ernennungen nicht immer an der Sektion Geschichte. Heinz Köller und Günter Rose arbeiteten als Professoren an der Sektion Marxismus-Leninismus, Hellmuth Stoecker ließ sich an die Sektion Afrika- und Asienwissenschaften versetzen.

<sup>551</sup> Rudi Berthold (Rostock), Dieter Fricke (Jena), Joachim Mai (Greifswald), Peter Schäfer (Jena), Ernst Wurl (KMU Leipzig), Johannes Nichtweiß (Rostock), Matthias Springer (PH Magdeburg), Friedrich Katz (Chicago).

<sup>552</sup> Peter Hoffmann, Gerhard Keiderling, Heinz Kreißig, Horst Krüger, Heinz Lemke, Harald Müller, Heinrich Scheel, Siegfried Thomas.

wissenschaftliche Karriere eröffnet wurde.<sup>553</sup> Die Zahl der Aspiranten im Fachbereich Geschichte war insgesamt wohl wesentlich höher, jedoch wurden viele der betreffenden Promovenden keine Berufshistoriker. Vier der Aspiranturen dienten der Verfassung einer Habilitation.

Von den 65 Berufshistorikern aus dem universitären Mittelbau waren 25 vor oder nach ihrer Anstellung an der Universität in den Genuss einer Aspirantur gekommen (38,5 %). Umgekehrt war nur ein einziger HU-Aspirant in der Lage, sich eine Karriere als Berufshistoriker ohne eine weitere Anstellung im akademischen Mittelbau der HU zu eröffnen: Helmut Schwarzbach wurde nach seiner außerplanmäßigen Aspirantur außerordentlicher Professor an der IHS Zittau.<sup>554</sup> Die Aspiranturen im Fachbereich Geschichte an der HU konnten also nicht den prägenden Einfluss, den das universitäre Milieu für die Eröffnung einer Berufslaufbahn als Historiker hatte, brechen. Das neue Förderungsinstrument wurde intensiv genutzt, eben für die eigene Nachwuchsgewinnung. Dafür spricht auch die geringe Zahl von sieben außerplanmäßigen Aspiranturen, die an der HU zu einer Karriere als Berufshistoriker führten.<sup>555</sup> Anders als die vielen planmäßigen wurden die außerplanmäßigen Aspiranten direkt beim Staatssekretariat angesiedelt und sollten so den Einfluss der Universitätsprofessoren auf die Nachwuchsförderung senken.<sup>556</sup>

Diese politische Steuerung konnte man begrenzen, zugleich aber beförderte die Aspirantur so noch die DDR-typische Immobilität im Universitätsbetrieb: Acht Aspiranten blieben nach ihrer meist dreijährigen Aspirantur über 30 Jahre an der HU, zwölf z. T. deutlich mehr als zehn und wenigstens fünf über fünf Jahre. Nur ca. 50 % der ehemaligen AspirantInnen beendeten ihre Laufbahn als Berufshistoriker nicht an der HU. Von ihnen gingen sieben an die AdW (21,9 %), drei gelangten an andere Universitäten.

Die Aspirantur diente also in erster Linie der Qualifizierung des eigenen Nachwuchses. Von den 32 Aspiranten wurde knapp die Hälfte (15) HU-Professoren (46,9 %), damit ist der Anteil leicht höher als bei den Assistenten (43,3 %). Neun HU-Aspiranten sind (auch) an einer anderen Einrichtung zu einer Professur gelangt, insgesamt erreichten 22 von 32 Aspiranten dieses Berufsziel (68,8 %). Zugleich aber stiegen die Chancen, durch die Aspirantur eine Professur zu erreichen, im Vergleich zum Weg über eine einfache Anstellung im Mittelbau nicht signifikant. Auch insofern erwies sich das politische Steuerungsinstrument gegenüber der informellen Macht des universitären Milieus als eher schwach.<sup>557</sup> Ein weiteres Indiz hierfür ist, dass nur zwei der Aspiranten nach ihrer Ausbildung an der HU eine Stelle an einer parteinahen wissenschaftlichen Einrichtung erhielten, die Aspirantur an der HU also auch nicht als Rekrutierungsinstrument für den

---

<sup>553</sup> Angabe nach Mertens, Lexikon. Darin auch enthalten: ein Forschungsstudent.

<sup>554</sup> Bruno Widera hatte wenigstens kurzzeitig auch eine Stelle als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter bei Eduard Winter an der HU inne.

<sup>555</sup> Helmuth Stoecker und Heinz Königer gelangten nach einer außerplanmäßigen auf eine planmäßige Aspirantur.

<sup>556</sup> So Jessen, Akademische Elite, Kap. 2.1.: *Die Zerstörung der korporativen Hochschulverfassung*.

<sup>557</sup> Voraussetzung: Verfügungsgewalt über die Mittelbau-Stellen liegt bei den Professoren der Universität.

Nachwuchs an besonders parteinahen Geschichts-Institutionen diente. Die HU-Historiker bildeten im Mittelbau wie in der Aspirantur in erster Linie den Nachwuchs für den eigenen Bedarf aus. Zudem füllten sie in zweiter Linie das Reservoir der Akademie, in dritter Linie das der anderen Universitäten.

Hinsichtlich der Geschlechterproblematik zeigt sich Folgendes: Nur sechs der 32 Aspiranten waren Frauen (18,8 %), d. h., der Anteil an Frauen lag im Vergleich zu den Vertretern des Mittelbaus insgesamt (25,3 %) sowie den zukünftigen Berufshistorikern aus dem Mittelbau (23,1 %) noch einmal deutlich niedriger. Von den sechs Frauen erreichten nur zwei eine Professur, beide an der HU. Ursula Grothe hätte wohl eine Karriere an der HU offen gestanden, wenn sie nach 1961 ihren Wohnsitz von West- nach Ostberlin verlegt hätte. Irene Wilde blieb im Mittelbau der HU, Jutta Petersdorf ging als wissenschaftliche Mitarbeiterin an die AdW, für die schon 1910 geborene Edith Hoerich-Ruppel scheint mit der Habilitation 1963 die Karriere bereits geendet zu haben. Die politisch bewusst und neu geschaffene Aspirantur wirkte demnach als ein weiteres geschlechtsspezifisches Selektionsinstrument innerhalb der Historiker-Laufbahn.

Die Aspirantur diente der Förderung von SED-treuen Nachwuchshistorikern aus dem bislang universitätsfernen Arbeiter- und Bauernmilieu. Die aufgezeigte, kaum beabsichtigte weitere geschlechtsspezifische Selektion zeigt sich ebenso bei denjenigen, die durch Vorstudienanstalt oder ABF in eine Karriere als Berufshistoriker gelangten. Unter den Aspiranten und Vertretern des Mittelbaus aus dem Sample waren nur acht Absolventen dieser Einrichtungen (11,1 %). Die zukünftige Mediävistin Waltraud Bleiber war die einzige Frau, sie arbeitete zuletzt als Hochschuldozentin an der HU. Dagegen konnten fünf der sieben Männer eine Professur erreichen. Damit lag der Anteil an zukünftigen Professoren unter den ABF-Absolventen ca. 7,5 % niedriger als bei den Aspiranten und Vertretern des Mittelbaus insgesamt. Dieser Weg der Spezialförderung durch die SED-Hochschulpolitik konnte zumindest für die Eröffnung einer geisteswissenschaftlichen Karriere nur marginale Wirkung entfalten.<sup>558</sup>

Der Anteil an SED-Mitgliedern unter den Aspiranten ist sehr hoch: Nur für Bernhard Töpfer ist verbürgt, dass er nicht der Partei angehörte. Von fünf weiteren Aspiranten fehlt eine Angabe, die übrigen 25 waren SED-Mitglieder.

Geburtsjahr	Aspiranten (Prozent)	Mittelbau (Prozent)
1900–1905	2 (6,5)	1 (1,9)
1906–1910	1 (3,2)	1 (1,9)
1911–1915	2 (6,5)	2 (3,8)
1916–1920	5 (16,1)	3 (5,7)

<sup>558</sup> Ähnlich gering ist der Anteil von Absolventen einer der Antifa-Schulen in der Sowjetunion (3) und auch der der ehemaligen Neulehrer (3) unter den Professoren.

1920–1925	7 (22,6)	12 (22,6)
1926–1930	9 (29)	16 (30,2)
1931–1935	– (0)	12 (22,6)
1936–1940	3 (9,7)	5 (9,4)
1940–1945	2 (6,5)	1 (1,9)
Gesamt	31 (100)	53 (100)

*Tabelle 9: Geburtsjahrgänge der Aspiranten und Vertreter des Mittelbaus im Vergleich (nur zukünftige Berufshistoriker)*

Beginn der Aspirantur	Zahl der Aspiranten	Altersdurchschnitt
1948–1951	5	40,5
1952–1957	16	29,3
1958–1963	6	31,6
1964–1968	5	30

*Tabelle 10: Beginn der Aspirantur (nur zur Promotion) und Altersdurchschnitt*

Die Hälfte der Aspiranten war zwischen 1952 und 1957, in den Jahren nach der II. Hochschulreform und nach der Gründung des Fachbereichs Geschichte, an die Universität gekommen. Zuvor diente die Aspirantur vor allem der ‚irregulären‘ Platzierung von deutlich älteren angehenden Historikern. Der Altersdurchschnitt sinkt in den folgenden Jahren rapide auf um die 30 Jahre. Da hier nur die Promotions-Aspiranturen enthalten sind, lässt der im Vergleich zum Weimarer Universitätssystem noch immer recht hohe Altersdurchschnitt darauf schließen, dass die Aspirantur bis 1968 kein Förderinstrument für ‚normale‘ berufliche Karrieren geworden war, die vom Hochschulstudium geradewegs zur Promotion führten. Die Aspirantur bewirkte die Integration eines SED-treuen, universitätsfremden Nachwuchses mit zunächst hochschulferner Biografie.

Die Stellen des Mittelbaus dienten wie die Aspiranturen vor allem der Beschäftigung des HU-eigenen Historiker-Nachwuchses. Neuzugänge von anderen wissenschaftlichen Einrichtungen, wie etwa der Kurt Pätzolds von der Akademie,<sup>559</sup> hatten auf dieser Ebene Seltenheitswert. Darin unterschied sich diese Gruppe jüngerer Historiker von ihren Professoren, von denen die meisten zuvor an einer anderen wissenschaftlichen bzw. parteinahen Institution gearbeitet hatten.

Während die HU kaum Nachwuchs aus anderen Institutionen bekam, bildete sie durchaus Berufshistoriker für andere Institutionen aus. Die Klagen der HU über die übermächtige Konkurrenz der Deutschen Akademie der Wissenschaften, die nach und nach zu einer Forschungsinstitution monumentalen Ausmaßes entwickelt wurde, sind bekannt und oft zitiert worden. Die Akademie bot gegenüber dem Universitätsdienst wichtige Vorteile – und

<sup>559</sup> Andere: Schwarzbach (IHS Zittau), Wilde (Verwaltungsakademie Forst-Zinna), Jähn (Kreisparteihochschule), Goßweiler, Nichtweiß, Horst Krüger (alle Antifa-Schulen), Nichtweiß, Rose (Dozenten ABF).

sie lag von der HU nur ein paar Schritte über den Boulevard Unter den Linden entfernt. Von den insgesamt 74 Aspiranten und Historikern aus dem Mittelbau der HU wechselten 21 an die Akademie (28,4 %).<sup>560</sup> Sechs Historiker gingen als Professoren an eine andere Hochschule der DDR (8,1 %). Nur vier gingen dagegen an eine wissenschaftliche Institution der Partei (5,4 %), wo sie allerdings z. T. sehr hohe Positionen einnahmen.<sup>561</sup> Zeitweilig arbeiteten vier HU-Historiker beim SHF,<sup>562</sup> Harald Neubert wurde Mitglied des ZK der SED. Die relativ große Gruppe der zukünftigen Mitarbeiter bei der Akademie rekrutierte sich zu einem Drittel (sieben Personen) aus Angestellten am HU-Institut für Geschichte der Völker der UdSSR (bzw. Geschichte der UdSSR). Dem langjährigen Leiter Eduard Winter war es gelungen, eine hohe Zahl an Assistentenstellen an der HU zu erhalten und zugleich an der Akademie einen eigenen Forschungsschwerpunkt zu etablieren. Den Übergang zur Akademie begünstigte das knappe Angebot an höheren Stellen an der HU in diesem Arbeitsbereich, der zunächst über 15 Jahre allein von Winter, dann von seinen Schülern Günter Rosenfeld und Horst Schützler vertreten wurde.<sup>563</sup>

Vier Historiker wechselten nach dem Ausscheiden von Heinz Kamnitzer aus dem personell stark aufgeblähten Institut für Geschichte des deutschen Volkes an die Akademie. Heinz Kreissig folgte seiner Lehrerin Welskopf an die Akademie, wobei im Bereich Alte Geschichte an der HU nach dem Weggang von Welskopf keine Professorenstelle mehr eingerichtet wurde. Aus dem personell an der HU ebenfalls gering besetzten Bereich der Mittelalterlichen Geschichte wechselten zwei Historikerinnen an die Akademie, wo die zuständigen HU-Professoren ebenfalls eigene Abteilungen leiteten. Die wenigen Stellen an der HU waren bis in die achtziger Jahre langfristig durch die Professoren Müller-Mertens und Töpfer sowie die DozentInnen Bleiber und Sielaff besetzt.

In keinem Fall führten die Wechsel an die Akademie zu einer Personalknappheit an der HU, da dem Zuwachs an Assistentenstellen in den 1950er Jahren nicht in gleichem Maße ein Ausbau an höheren Stellen an der Universität in den sechziger und siebziger Jahren folgte. Wenn die Akademie für die HU eine Konkurrenz für die Rekrutierung hochqualifizierten Nachwuchses darstellte, so muss die Abwerbung von geeignetem Personal schon nach dem Studienabschluss an der HU – vor der Einstellung in den Universitätsdienst – erfolgt sein. Auffällig ist allerdings, dass mit den 13 Vertretern der Alten und Mittelalterlichen Geschichte sowie der Geschichte der UdSSR sehr viele Fachleute aus der nicht-deutschen Geschichte an die Akademie wechselten. Sie hatten ihre Ausbildung an der HU durch Professoren erfahren, die den DDR-typischen Spagat zwischen Parteiräson und disziplinspezifischen Regeln nicht

---

<sup>560</sup> Davon blieben E. C. Welskopf und Bernhard Töpfer dennoch aktive HU-Professoren. Heinrich Scheel lehrte nebenamtlich an der HU. Ekehard Müller-Mertens leitete die DDR-Stelle der MGH, die ebenfalls an der Akademie angesiedelt war, ohne seine hauptamtliche Hochschullehrerposition aufzugeben.

<sup>561</sup> Gisela Jähn – Professorin und stellvertretende Leiterin am Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK; Harald Neubert – Professor an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK; Gerhard Westphal – Mitarbeiter ebd.; Götz Diekmann – Professor an und Leiter der Parteihochschule „Karl Marx“.

<sup>562</sup> Gerhard Engel als Stellvertretender Minister für das Hoch- und Fachschulwesen.

<sup>563</sup> Hinzu kam später Sonja Striegnitz mit einer unbefristeten Stelle als Hochschuldozentin.

zugunsten des SED-Geschichtsbildes auflösen mussten. Ihre Hochschullehrer hatten auch selbst nebenamtliche Stellen an der Akademie, sodass der Wechsel ihrer Schüler nicht einfach mit der Konkurrenz der übermächtigen Institution erklärt werden kann, sondern von den HU-Professoren selbst erst ermöglicht wurde. Die ‚politischen‘ Professoren Walter Bartel und Erich Paterna, die ebenfalls an der HU sehr viele Stellen im Mittelbau etablieren konnten, gaben nur drei Historiker aus dem Bereich der Neuesten Deutschen bzw. der deutschen Zeitgeschichte an die Akademie ab.



	Prof.	Prof. v. LA, ao. Prof.	Prof. m. LA	W-Prof.	Gesamt Prof.	Assistenten	Aspiranten	Dozenten	W-Dozenten	Gesamt Mittelbau
1946	4	2			<b>6</b>					
1948	5		1		<b>6</b>					
1949	4	1	1		<b>6</b>	5				<b>5</b>
1950	5	1			<b>6</b>	3		1		<b>1</b>
1952	4	2		1	<b>7</b>	16			1	<b>17</b>
1954	3	3		2	<b>8</b>	32			3	<b>35</b>
1957	3			1	<b>4</b>	35		2	4	<b>41</b>
1962	4		5		<b>9</b>	33		2	6	<b>41</b>
1967	2	4	5		<b>11</b>	27		4	2	<b>33</b>
1970er	10	1			<b>11</b>	24		12		<b>36</b>

Tabelle 11: Personalbestand Gesamt<sup>564</sup>

	1950–1968	GESAMT	Berufshistoriker	HU-Professoren
Institut für Geschichte des deutschen Volkes		19	8	3
Institut für deutsche Geschichte	Abt. Mittelalter	5	4	1
	Abt. Neuzeit I	2	1	1
	Abt. Neuzeit II	2	2	0
	Abt. Neueste Zeit	13	6	3
	Abt. Zeitgeschichte	12	8	4
Institut für Allgemeine Geschichte	Abt. Altertum	5	5	1
	Abt. Mittelalter	9	5	1
Institut für Geschichte der Völker der UdSSR	Abt. Neuzeit	26	13	5
		16	12	3
Abteilung Fernstudium		10	4	1
Geschichte des Imperialismus		2	0	0

Tabelle 12: Zahl der Assistenten, Dozenten und wissenschaftlichen Mitarbeiter nach Instituten 1950–1968, davon zukünftige Berufshistoriker und zukünftige HU-Professoren<sup>565</sup>

<sup>564</sup> Nicht enthalten sind die Professoren Karl Bittel und Albert Norden, da deren Status nicht geklärt werden konnte. Die Grundlagen dieser tabellarischen Übersichten bilden das Personal- und Vorlesungsverzeichnis, das Historiker-Lexikon von Lothar Mertens (Mertens, Lexikon) sowie in Einzelfällen Akten des Universitätsarchivs.

<sup>565</sup> Insgesamt: 116 (fünf Doppelnennungen, es fehlen: Streisand und Kamnitzer als Meusel-Assistenten, Schraepfer, Kaegbein, Plechl), davon 63 Berufshistoriker (fünf Doppelnennungen), 21 HU-Professoren (zwei Doppelnennungen).

## B.II.2 Qualifikationsverfahren: Promotionen und Habilitationen

Für die Untersuchung der Karrierewege der an der HU ausgebildeten Berufshistoriker steht eine ganze Reihe von seriellen und qualitativen Daten zu Verfügung, die sich auf die Promotionen und Habilitationen beziehen. Untersucht wurden diejenigen professionellen Historiker, die bis 1968 eine Stelle oder Aspirantur im Mittelbau des Fachbereichs Geschichte der HU erlangt hatten. Zum Teil haben die betreffenden Wissenschaftler erst nach Ende des Untersuchungszeitraums 1968 ihre Qualifikationsschriften eingereicht; entscheidend war das Kriterium des Eintrittsdatums in die HU. Die Daten zu den Qualifikationsschriften liefern auch wichtige Aufschlüsse über die Entwicklung des Forschungsprofils der HU-Geschichtswissenschaft.

### Promotionen bzw. Promotionen A HU-Historiker, Mittelbau und Aspiranten, DDR-Berufshistoriker, 1946–1968<sup>566</sup>

- 1950 Heinz Kamnitzer, Die wirtschaftliche Struktur Deutschlands zur Zeit der Revolution 1848.
- 1951 Eckhard Müller-Mertens, Hufenbauern und Herrschaftsverhältnisse in brandenburgischen Dörfern nach dem Landbuch Karls IV. von 1375.
- 1952 Joachim Streisand, Kritisches zur deutschen Soziologie. Ein Beitrag zur Überwindung des Objektivismus.
- 1954 Dieter Fricke, Der Ruhrarbeiterstreik von 1905.  
Johannes Nichtweiß, Das Bauernlegen in Mecklenburg bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts im Lichte der marxistisch-leninistischen Lehre von der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals.  
Bernhard Töpfer, Volk und Kirche zur Zeit der beginnenden Gottesfriedensbewegung in Frankreich.  
Bruno Widera, Die gegenseitigen Beziehungen zwischen Deutschland und Kiever Rus in der ersten Hälfte des 11. Jahrhunderts.
- 1955 Rudi Berthold, Die religiös-philosophischen und die sozial-politischen Wesenszüge der Rechtfertigungslehre Martin Luthers (1519–1521).
- 1956 Günter Rosenfeld, Sowjetrußland und Deutschland von der Novemberrevolution bis zum Vertrag von Rapallo.
- 1956 Heinrich Scheel, Die revolutionär-demokratischen Volksbewegungen in Südwestdeutschland von 1795 bis 1801.
- 1957 Horst Krüger, Beiträge zur Geschichte des preußischen Manufakturwesens in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts unter besonderer Berücksichtigung der Lage der Manufakturarbeiter.  
Heinz Lemke, Die Beziehungen der Brüder Zaluski zu den Gelehrten in Deutschland und Danzig. Studien zur polnischen Frühaufklärung.  
Joachim Mai, Die preußisch-deutsche Polenpolitik von 1885/86.  
Percy Stulz, Kabinettpolitik und Befreiungsbewegung in Preußen 1811 bis März 1813.

---

<sup>566</sup> Alle Angaben in diesem Abschnitt nach Mertens, Lexikon. Keine Angabe: Bruno Gloger, Gerda Grothe, Friedrich Katz, Adam König, Henny Maskolat, Johannes Mathwich, Barbara Reichelt, Renate Schipke, Harald Schulze-Wolgast, Günther Westphal, Waltraud Wiese, Liane Zeil.

- 1958 Heinz Königer, Über die Maikrise von 1938. Ihre Ursachen und Vorgeschichte.  
Helmuth Stoecker, Die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und China 1861–1885.
- 1959 Peter Hoffmann, Gerhard Friedrich Müller. Die Bedeutung seiner geographischen Arbeiten für das Rußlandbild des 18. Jahrhunderts.
- 1960 Siegfried Büniger, Friedrich Engels und die britische sozialistische Bewegung 1881–1895.  
Conrad Grau, Der Wissenschaftsorganisator, Staatsmann und Wissenschaftler Vasilij Tatischev (1686–1750).  
Harald Müller, Die Auseinandersetzungen über das Reichsmilitärgesetz von 1874.  
Adolf Rüger, Die Entstehung einer Arbeiterklasse und die Lage der Arbeiter unter dem imperialistischen deutschen Kolonialregime in Kamerun (1895–1905).  
Peter Schäfer, Die Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von 1933 bis 1939 unter besonderer Berücksichtigung der handelspolitischen Beziehungen und der Boykottbewegung in den Vereinigten Staaten.
- 1961 Heinz Köller, Der gemeinsame Kampf der KPF und KPD gegen die Ruhrbesetzung 1923.  
Ernst Wurl, Deutsch-polnische Geheimverträge gegen Sowjetrußland (November 1918–April 1919). Zur antisowjetischen Politik des deutschen Imperialismus.
- 1962 Waltraud Bleiber, Untersuchungen zur Lage kirchlichen Grundbesitzes in Ostfranken, Westfranken und Lothringen vom Abschluß des Vertrages von Verdun bis zum Anfang des 11. Jahrhunderts.  
Siegfried Thomas, Der Kampf um die Bildung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in Berlin 1945–1946.  
Günter Vogler, Probleme der feudalen Arbeitsrente und des bäuerlichen Widerstandes im 18. Jahrhundert. Dargestellt am Beispiel des kurmärkischen Domänenamtes Badingen.
- 1963 Helmut Bleiber, Lage und Kampf der schlesischen Bauern und Landarbeiter im Vormärz 1840–1847.  
Evamaria Engel, Feudalherren, Lehnbürger und Bauern in der Altmark. Eine Analyse der ländlichen Sozialstruktur anhand des brandenburgischen Landbuchs von 1375.  
Kurt Goßweiler, Die Rolle des Monopolkapitals bei der Herbeiführung der Röhm-Affäre.  
Horst Schützler, Die Unterstützung und Hilfe der Sowjetunion für die antifaschistisch-demokratischen Kräfte Berlins in ihrem Kampf um eine demokratische und friedliebende Stadt April/Mai 1945–Oktober 1946.
- 1964 Gisela Jähn, Die brüderlichen Beziehungen zwischen den sowjetischen Werktätigen und den deutschen Arbeitern in den Jahren 1921–1924.  
Sigrid Kumpf, Hintergründe der russisch-deutschen Entfremdung. Soziale und ökonomische Aspekte der Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland im Zeitraum von 1878–1891.  
Harald Neubert, Grund- und Bodenbesitzungen von Personen „fränkischer“, „alemannischer“, „burgundischer“ und „bayrischer“ Herkunft in Italien in der Zeit von 774 bis 1000.
- 1965 Heinz Kreißig, Die sozialen Zusammenhänge des Jüdischen Krieges.  
Irene Wilde, Agrarfrage und Sozialdemokratie (1890–1895).  
Martin Zöller, Wollen und Wirken des kroatischen Bischofs Josip Juraj Stoßmeyer (1815–1905). Beiträge über die politischen, kulturellen und kirchlich religiösen Bestrebungen unter dem Gesichtspunkt der nationalen und religiösen Einheit der südslawischen Völker.
- 1966 Erich Brandt, Die amerikanische Historiographie und Publizistik über die Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges in Europa (1936–1939).  
Hella Kaeseltz, Die Haltung der britischen Labour-Party zur Wiederaufrüstung Westdeutschlands 1949–1955.  
Gerhard Keiderling, Das Westberlin-Problem in den internationalen Verhandlungen von November 1958 bis zum 13. August 1961.  
Erich Nickel, Die Anschauungen und die politische Aktivität der westdeutschen bürgerlichen

- Opposition zur Deutschlandfrage (1949 bis 1955).
- Günther Rose, Wechselbeziehungen zwischen der Theorie der „Industriegesellschaft“ und der imperialistischen Politik gegenüber der sozialistischen Welt. (Eine zeitgeschichtliche Studie über das Verhältnis von imperialistischer Ideologie und Außenpolitik).
- Siegfried Schwarz, Widersprüche und Konflikte zwischen der Regierung Adenauer und den anglo-amerikanischen Mächten in der Deutschland- und Westberlinfrage (1961–1963). Ein Beitrag zu Konzeption und Krise der westdeutschen Außen- und Deutschlandpolitik nach dem 13. August 1961.
- 1967 Gerhard Engel, Die politisch-ideologische Entwicklung Johann Kniefs (1880–1919). Untersuchungen zur Geschichte der Bremer Linksradiكالen.
- Joachim Lojewski, Die Hochschulpolitik der CDU/CSU in den Jahren 1955–1961. (Eine zeitgeschichtliche Untersuchung der Politik der Führungskräfte der CDU/CSU gegenüber den Hohen Schulen Westdeutschlands vom Eintritt der Bundesrepublik in die NATO bis zu den Bundestagswahlen vom 17. September 1961).
- Siegfried Prokop, Das Wechselverhältnis zwischen den bürgerlichen Universitätsreformbestrebungen und den staatsmonopolistischen Reorganisations-Maßnahmen im westdeutschen Hochschulwesen.
- Klaus Vetter, Die Mediatstädte des ehemaligen kurmärkischen Kreises Lebus im 17. und 18. Jahrhundert. Untersuchungen zur Verfassung, Wirtschaft und Sozialstruktur.
- 1968 Götz Diekmann, Existenzbedingungen und Widerstand im Konzentrationslager Dora-Mittelbau unter dem Aspekt der funktionellen Einbeziehung der SS in das System der faschistischen Kriegswirtschaft.
- 1969 Wolfgang Eggert, Das ostfränkische Reich in der Auffassung seiner Zeitgenossen.
- Helmut Schwarzbach, Über den Kampf der KPD gegen die Gefahr des Faschismus und für die Verteidigung der Lebensrechte des deutschen Volkes in Ostsachsen in der Zeit von 1929–1933.
- 1970 Laurenz Demps, Zum weiteren Ausbau des staatsmonopolistischen Apparates der faschistischen Kriegswirtschaft in den Jahren 1943 bis 1945 und zur Rolle der SS und der Konzentrationslager im Rahmen der Rüstungsproduktion, dargestellt am Beispiel der unterirdischen Verlagerung von Teilen der Rüstungsindustrie.
- Richard Lakowski, Die Kriegsziele des faschistischen Deutschlands im transsaharischen Afrika.
- Walther Mohrmann, Die Rolle des Antisemitismus in der Politik der deutschen Reaktion (1871–1923).
- 1972 Peter Musiolek, Probleme und Tendenzen der Warenproduktion in der Athenischen Polis am Ende des 5. und am Anfang des 4. Jahrhunderts v. u. Z. und die Reaktionen der Zeitgenossen.
- 1973 Jutta Petersdorf, Die Rolle der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft bei der Entwicklung und Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen DDR und UdSSR (1947–1955).
- 1978 Matthias Springer, Die Germanen in der „Kriegskunst“ des Maurikios.
- 1979 Sonja Striegnitz, Deutsche Kommunisten und Internationalisten in Sowjetrußland 1917–1918. Ein Beitrag zur Geschichte der proletarischen Solidarität deutscher Arbeiter und Bauern (ehemaliger Kriegsgefangener) im bewaffneten Kampf um die Errichtung und Verteidigung der Sowjetmacht.

Habilitationen bzw. Promotion B HU-Historiker, Mittelbau und Aspiranten,  
DDR-Berufshistoriker, 1946–1968<sup>567</sup>

- 1956 Eckhard Müller-Mertens, Untersuchungen zur Geschichte der brandenburgischen Städte im Mittelalter.
- 1958 Johannes Nichtweiß, Die preußisch-deutsche Politik gegenüber den ausländischen Wanderarbeitern in der Landwirtschaft der östlichen und mittleren Gebiete des deutschen Reichs von 1890–1914.
- 1959 Elisabeth Ch. Welskopf, Die Muße als Problem im Leben und Denken der Hellenen von Homer bis Aristoteles.
- 1960 Heinrich Scheel, Klassenkämpfe und republikanische Bestrebungen im deutschen Süden am Ende des 18. Jahrhunderts.
- 1962 Dieter Fricke, Die Berliner politische Polizei im Kampf gegen die deutsche Arbeiterbewegung (1878–1890).
- 1963 Rudi Berthold, Die Entwicklungstendenzen des Ackerbaus in spätfeudaler Zeit unter besonderer Berücksichtigung des Anteils der Bauern am landwirtschaftlichen Fortschritt.  
Edith Hoerich-Ruppel, Die deutschen Monopolisten und ihre Gläubiger 1930/31. Eine Untersuchung über die Gestaltung der Deutschlandpolitik der USA, Englands und Frankreichs und der Außenpolitik des deutschen Imperialismus unter dem Einfluss der Weltwirtschaftskrise.  
Helmuth Stoecker, Jugend und frühe Entwicklung Walter Stoeckers. Beitrag zu einer Biographie.
- 1964 Bernhard Töpfer, Die Entwicklung chiliastischer Zukunftserwartungen im Hochmittelalter.
- 1965 Günter Rosenfeld, Die Rapallo-Partner. Die Sowjetunion im Kampf um die friedliche Koexistenz mit Deutschland 1922–1933.
- 1966 Siegfried Büniger, Die britische Antikriegsbewegung von 1914 bis 1916.  
Conrad Grau, Petrinische kulturpolitische Bestrebungen und ihr Einfluß auf die Gestaltung der deutsch-russischen wissenschaftlichen Beziehungen im ersten Drittel des 18. Jahrhunderts.  
Percy Stulz, Friedliche Koexistenz oder kalter Krieg. Ein Beitrag zur Strategie und Taktik der herrschenden Kreise der USA im Bereich der internationalen Beziehungen beim Übergang von der ersten zur zweiten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus.  
Heinz Lemke, Polen und die Mittelmächte im Ersten Weltkrieg (bis zur Februarrevolution).
- 1967 Heinz Köller, Frankreich am Scheideweg zwischen Demokratie und Faschismus. (Zur französischen Geschichte vom April 1932 bis zum Juli 1943).
- 1968 Heinz Königer, Zur Strategie und Taktik Hitlerdeutschlands gegenüber der Tschechoslowakei vom Münchener Diktat bis zur Okkupation.  
Siegfried Thomas, Die Spaltung Deutschlands 1945–1949 (mit Rolf Badstübner).
- 1969 Adolf Rüger, Die kolonialen Bestrebungen des deutschen Imperialismus in Afrika. (Vom Ende des ersten Weltkrieges bis zur Locarno-Konferenz).
- 1970 Erich Brandt, Die Rolle der KP der USA im Befreiungskampf der amerikanischen Neger (1919–1940) und die amerikanische Geschichtsschreibung.  
Heinz Kreißig, Die wirtschaftliche Situation Judas zur Achämenidenzeit.  
Harald Müller, Vom zweiten zum dritten deutschen Septennat. Studien zur deutschen Heeres- und Rüstungspolitik in der reaktionären Phase der bonapartistischen Herrschaft Otto von Bismarcks (1878–1890).

---

<sup>567</sup> Keine Angabe: Wolfgang Eggert, Bruno Gloger, Gerda Grothe, Friedrich Katz, Adam König, Henny Maskolat, Johannes Mathwich, Barbara Reichelt, Renate Schipke, Harald Schulze-Wolgast, Günther Westphal, Waltraud Wiese, Liane Zeil.

- 1971 Kurt Goßweiler, Großbanken, Industriemonopole und Staat. Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914–1932.
- 1972 Erich Nickel, Entwicklungsprobleme und Erscheinungsformen antiimperialistisch-demokratischer Opposition in der BRD während der sechziger Jahre.
- 1973 Helmut Bleiber, Bürgerliche Umwälzung und Bauernfrage. Studien zur Rolle der Bauern und Landarbeiter in der deutschen bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49.  
Kurt Pätzold, Antisemitismus und Judenverfolgung (Januar bis August 1935). Eine Studie zur politischen Strategie und Taktik des faschistischen Imperialismus.
- 1975 Hella Kaeselitz, Geschichte des Kampfes der kommunistischen Parteien kapitalistischer Hauptländer für Frieden, Demokratie und Sozialismus 1956–1965.
- 1976 Waltraud Bleiber, Naturalwirtschaft und Ware-Geld-Beziehungen zwischen Somme und Loire während des 7. Jahrhunderts.
- 1977 Klaus Vetter, Preußischer Rittergutbesitz und bürgerliche Umgestaltung. Die Opposition des kurmärkischen Adels gegen die Stein-Hardenbergischen Reformen.  
Martin Zöller, Jugoslawien in der imperialistischen Politik Deutschlands von 1915–1945. Expansion, Aggression, Okkupation.
- 1978 Siegfried Prokop, Entwicklungslinien und Probleme der Geschichte der DDR in der Endphase der Übergangsperiode und beim beginnenden Aufbau des entwickelten Sozialismus (1957–1963).  
Horst Schützler, Kultur und Wissenschaft im Freundschaftsbündnis. Kulturelle und wissenschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR: Mai 1945–Oktober 1964.  
Günter Vogler, Nürnberg 1524/25. Studien zur Geschichte der reformatorischen und sozialen Bewegung in der freien Reichsstadt.
- 1979 Horst Krüger, Anfänge sozialistischen Denkens in Indien. Der Beginn der Rezeption sozialistischer Ideen in Indien vor 1914.  
Günther Rose, Modernisierungstheorien und Modernisierungsforschung in den USA und der BRD. Eine Studie zur bürgerlichen Gesellschaftstheorie und Geschichtsideologie der Gegenwart.
- 1982 Laurenz Demps, Der Übergang der Abteilung I (politische Polizei) des Berliner Polizeipräsidiums in das geheime Staatspolizeiamt (1933/34).  
Walther Mohrmann, Die Humboldt-Universität zu Berlin während der Jahre der Herausbildung und Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik (1961–1981).
- 1984 Gerhard Keiderling, Die Berliner Krise 1948/49. Zur imperialistischen Strategie des kalten Krieges gegen den Sozialismus und der Spaltung Deutschlands.  
Jutta Petersdorf, Die russische bürgerliche Intelligenz und ihr Weg zum Sozialismus.
- 1986 Sonja Striegnitz, Die Narodniki-Parteien von der Jahrhundertwende bis zur bürgerlich-demokratischen Revolution von 1905/07 in Rußland. Zur Geschichte der revolutionären und liberalen Richtung im kleinbürgerlichen Demokratismus.

Insgesamt wurden Daten zu 57 Dissertationen (bzw. Promotion A) und 39 Habilitationen (bzw. Promotion B) ausgewertet, die von 60 Historikerinnen und Historikern geschrieben wurden. Nur in einem einzigen Fall, bei der Promotion B von Siegfried Thomas, ist eine dieser Arbeiten in einer Art Autorenkollektiv entstanden: Thomas hatte seine Arbeit zur Entstehungsgeschichte der DDR zusammen mit Rolf Badstübner geschrieben.<sup>568</sup> Gemeinschaftsarbeit war in der Geschichtswissenschaft der DDR eine geförderte Idee,

<sup>568</sup> Vgl. für alle Angaben die vorstehenden beiden Listen. Die einzelnen Arbeiten werden zur Entlastung des Apparats nicht eigens zitiert.

allerdings setzte sie sich vor allem bei den großen Prestigeprojekten der Geschichtsdarstellung durch. Dagegen hat die HU-Geschichtswissenschaft bei den Qualifikationsarbeiten ganz traditionell auf die individuell zurechenbare Forschungsleistung gesetzt. Die Arbeiten sollten neue Quellenbestände – möglichst aus dem Archiv – auswerten und in einen größeren geschichtlichen Zusammenhang einordnen.

Eine weitere Anforderung blieb offenbar, dass Berufshistoriker sich in der Regel zu habilitieren hatten. In der Anfangszeit waren besonders bei den Professoren „irreguläre“ Platzierungen erfolgt, etwa mit Heinz Kamnitzer, der ohne Habilitation und mit einer 31seitigen Dissertationsschrift über das sehr allgemeine Thema der „wirtschaftlichen Struktur Deutschlands“ um 1848 auf eine Wahrnehmungsprofessur gelangt war. Doch schon die nächsten Kandidaten für spätere Lehrstühle, Müller-Mertens, Streisand, Fricke oder Nichtweiß, schrieben wieder Habilitationsarbeiten. Von den 60 Berufshistorikern hatten sich nur neun nicht habilitiert.<sup>569</sup> Sigrid Kumpf, Irene Wilde und Peter Musiolek erreichten keine Professur. Zudem war nach der III. Hochschulreform die Habilitation durch die Promotion B ersetzt worden, die nun nicht mehr Voraussetzung einer Berechtigung zur Hochschullehrertätigkeit im Sinne der alten *venia legendi* war. Dennoch scheint an der HU für das Erreichen einer Professur auch eine zweite Qualifikationsarbeit von Vorteil gewesen zu sein – wenn man nicht, wie der stellvertretende Minister Gerhard Engel, mit anderen Meriten aufwarten konnte. Doch blieben Engel und Kamnitzer die einzigen ehemaligen Vertreter des Mittelbaus, die ohne Habilitation/Promotion B eine HU-Professur erreichten. Dies gelang einfacher in einer parteinahen Institution: Gisela Jähn, Harald Neubert und Helmut Schwarzbach belegen dies. Ernst Wurl ist ohne Habilitation zwar an eine andere Universität gelangt, wechselte aber als Hochschuldozent in das Fach Wissenschaftlicher Kommunismus.

Für die übrigen Historiker blieb die Habilitation Voraussetzung des beruflichen Aufstiegs. Die Universitäts- und Akademieprofessoren, die in der DDR als Assistenten oder Aspiranten ihren Berufseinstieg gemacht hatten, waren in der Regel habilitiert. Dieser Fakt lässt noch keine Rückschlüsse auf die Qualität der wissenschaftlichen Arbeit zu. Er kann aber – jetzt mit Bezug auf den Fachbereich Geschichte der HU – als Indiz für die Macht des eigensinnigen wissenschaftlichen Milieus der Universität gelten. Neben den sicherlich sehr wichtigen politischen Kriterien für den beruflichen Aufstieg etablierten die Berufshistoriker eigene Regeln zur Auswahl des wissenschaftlichen Nachwuchses und zur Eröffnung des Berufszugangs. Die Beurteilung der Qualifikationsarbeiten und damit allgemein die wissenschaftlichen Standards der Zunft blieben in den Händen der begutachtenden Universitätsprofessoren. So waren unter den 37 Habilitanden 29 zukünftige Akademie- oder Universitäts-Professoren, d. h. keine zukünftigen Professoren parteinaher Einrichtungen wie

---

<sup>569</sup> Die übrigen der hier nicht aufgeführten Promotions- oder Habilitationsarbeiten waren an der Akademie oder einer anderen Universität eingereicht worden.

der Akademie für Gesellschaftswissenschaften oder der Parteihochschule „Karl Marx“. Die Habilitation scheint die Berufswege in dieser Hinsicht getrennt zu haben.

Nach einer Übergangsphase von 1946 bis 1945 entstanden die ersten Dissertationen von zukünftigen DDR-Berufshistorikern Anfang der 1950er Jahre. Bis zum Geschichtsbeschluss von 1955 waren immerhin acht von 57 Arbeiten entstanden. In den folgenden fünf Jahren bis 1960 hatten dann mit 14 schon deutlich mehr Historiker diesen Qualifikationsschritt absolviert. Die Zahl bleibt bis 1965 (15) und zwischen 1966 und 1970 (16) ungefähr gleich hoch. Bis 1979 hatten die letzten vier der bis 1968 an der HU als Aspiranten geförderten oder im Mittelbau beschäftigten Berufshistoriker ihre Promotionsverfahren abgeschlossen.

	Zahl (Prozent)	Alter (Durchschnitt)	Veröffentlicht	durchschnittl. Seitenzahl
1950–1955	8 (14)	27–54 (34,9)	5	181
1956–1960	14 (24,6)	26–41 (32,1)	7	333
1961–1965	15 (26,3)	28–46 (34,7)	5	371
1966–1970	16 (28,1)	27–49 (34,2)	3	384
1971–1979	4 (7,1)	32–45 (36,8)	1	293

*Tabelle 13: Promotionen Mittelbau, Berufshistoriker*

Das durchschnittliche Alter der Promovenden bei Abschluss des Verfahrens liegt noch bis in die 1970er Jahre bei deutlich über 30 Jahren. Bis dahin bewirkte die Nachwuchsförderung an den Universitäten noch immer die Integration von Menschen, deren Lebensweg durch Krieg und Nachkriegszeit oder NS beeinflusst worden war. So promovierte 1972 der bereits 45jährige Peter Musiolek, der sich in den 1950er Jahren in politischer Gefangenschaft in der UdSSR befunden hatte. Außerdem stand die Berufslaufbahn des Historikers noch immer auch Quereinsteigern offen, die zuvor andere Berufe ausgeübt hatten. Dies ist ein deutliches Indiz dafür, dass auch an den Universitäten neben Leistung und Qualifikation andere Kriterien wie Personalbedarf und politische Einstellung eine Rolle spielten. Hinzu kamen die unterschiedlichen Anforderungen an das Hochschulpersonal, die politisches, erzieherisches und wissenschaftliches Engagement, praktische Erfahrung und schon früh auch Beteiligung an der Hochschullehre beinhalteten.

Etwa die Hälfte der Dissertationen wurde bis zum Mauerbau 1961 veröffentlicht, danach sinkt diese Zahl rapide.

Die steigenden Seitenzahlen der Dissertationen weisen auf gestiegene Anforderungen an der Universität hin. Zugleich stand den langjährigen Mitarbeitern auch mehr Zeit zur Verfügung als den Promovenden der Anfangszeit, die schnell in eine Aufstiegsposition befördert werden sollten. Vor allem aber könnten sie belegen, dass – wie in der deutschen Universitätsgeschichte insgesamt – auch in der DDR die Promotion zu einem wirklichen



Forschungsbeitrag avancierte, der neues historisches Wissen produzieren sollte. Dieser Trend wurde nach der III. Hochschulreform durch die Begrenzung der Seitenzahlen wieder umgekehrt, um die Nachwuchsentwicklung zu erleichtern. Daher sinken die Seitenzahlen in den 1970er Jahren wieder.

	Zahl (Prozent)	Alter d. Verf. in Jahren (Durchschnitt)	Jahre zwischen Prom. und Habil. bzw. Prom. B	Veröffentl.	durchschnittl. Seitenzahl
1956–1960	4 (10,8)	36–48 (43,3)	4–24 (9,3)	2	354
1961–1965	6 (16,2)	33–53 (40,5)	6–26 (10,3)	4	441
1966–1970	11 (29,7)	34–49 (40,6)	4–10 (7,3)	5	427
1971–1975	4 (10,8)	43–55 (47,3)	8–10 (9,3)	2	306
1976–1980	8 (21,6)	38–56 (45,9)	9–17 (12,6)	5	328
1981–1986	4 (10,8)	41–50 (44)	9–16 (12,3)	0	303

Tabelle 14: Habilitationen Mittelbau, Berufshistoriker

Diese statistische Übersicht über die Habilitationen bietet weniger eindeutige Befunde. Ein Schwerpunkt für diese Qualifikationen lag in den 1960er Jahren, weil der Stellenausbau der 1950er Jahre vor allem über die noch nicht promovierten Assistenten geleistet worden war. Das Hoch in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre war sicherlich hochschulpolitisch gewollt, denn es ging um die Vorbereitung eines Generationenwechsels an den Hochschulen. Ähnlich wie bei den Promotionen nimmt die Zahl der geschriebenen Seiten ebenso ab wie die der Veröffentlichung von Promotionsschriften. Es zeigt sich darin eine deutliche Entwertung der Qualifikationsschriften nach 1968.

### Themen, Zeiten, Kategorien

	AG	Früh MA	Hoch MA	Spät MA	Früh NZ	NZ vor 1872	NZ nach 1872	NstZ nach 1918	ZG 1933– 1945	ZG nach 1945	Gesamt
Zahl Diss.	3	4	2	2	8	7	11	8	7	10	57
Zahl Habil.	2	1	2	2	3	6	5	9	5	8	39

Tabelle 15: Behandelte Zeiträume in Qualifikationsschriften <sup>570</sup>

Hinsichtlich der behandelten Zeiträume ist es angesichts der hohen Assistentenzahlen im Bereich der neueren Geschichte wenig überraschend, dass auch die meisten Qualifikationsarbeiten den Zeitraum seit dem Ausgang des Spätmittelalters um 1400 behandeln. Für die Geschichtswissenschaft der DDR lag hier der Beginn der Ablösung des

<sup>570</sup> Abkürzungen: Alte Geschichte (AG), Frühmittelalter (FMA), Hochmittelalter (HMA), Spätmittelalter (SMA), Frühe Neuzeit (FNZ), Neuzeit (NZ), Neueste Zeit (NstZ), Zeitgeschichte (ZG).

Feudalismus durch die kapitalistische Wirtschaftsordnung vor und nach der sogenannten Frühbürgerlichen Revolution. Die Frühe Neuzeit war dabei noch ein relativ geläufiges Promotionsthema, jedoch wurden nur drei Habilitationsarbeiten für diesen Zeitraum gezählt. Auch der eindeutige Schwerpunkt bei der Neueren Geschichte nach 1872 – hier handelte es sich meist um Arbeiten zum deutschen Kaiserreich – verlor bei den Habilitationen seine starke Position. Auffällig ist bei Habilitationen und Promotionen, dass die Zeitgeschichte nach 1945 stark vertreten war.

Gegenüber dieser Dominanz der Neueren Geschichte fallen die Arbeiten zum Mittelalter und zur Alten Geschichte stark ab. Besonders die erst 1958 etablierte Abteilung Alte Geschichte bildete nur sehr wenige Nachwuchshistoriker aus, denn an der Universität bestand hier kein Personalbedarf.

	Ideengeschichte	Politische Geschichte	Wirtschafts- und Sozialgeschichte	Wissenschaftsgeschichte
Promotionen	15	45	23	7
Habilitationen	6	26	12	4

*Tabelle 16: Fachgebiete*

Thematisch lassen sich fast alle Qualifikationsarbeiten der Politischen Geschichte zuordnen. Weniger als die Hälfte besaßen daneben oder ausschließlich einen wirtschafts- oder sozialgeschichtlichen Schwerpunkt. Nur fünf Promotionen und eine Habilitationsschrift arbeiteten mit einem biografischen Ansatz. Der Fokus der HU-Geschichtswissenschaft lag deutlich bei sozialen und politischen Gruppen, bei Zuständen und Ereignissen.

Eine relativ starke, auffällige Minderheit stellten Promotionen oder Habilitationen zur Wissenschaftsgeschichte dar. Neben Joachim Streisands früher Dissertationsschrift über die Geschichte der deutschen Soziologie waren dies meist Arbeiten aus der Schule Eduard Winters, die sich mit der russischen und sowjetischen Geschichte in ihrer Beziehung zur deutschen Geschichte befassten. Zur Historiografiegeschichte wurde allerdings nur eine einzige Arbeit geschrieben, auch die Theoriebildung in den Gesellschaftswissenschaften wurde lediglich drei Mal behandelt.

	Arbeiter	Anti-faschismus	Internationale Beziehungen	Komm. Bewegung	Marxismus-Leninismus	Revolutionsgeschichte
Promotionen	6	3	21	11	2	5
Habilitationen	2	0	11	5	0	4

*Tabelle 17: Themenbereiche*

Eine eingehende Analyse der Themen der Qualifikationsarbeiten zeigt, dass an der Universität Standardthemen einer marxistischen Geschichtswissenschaft relativ schwach vertreten waren. Zur Arbeitergeschichte, zur Revolutionsgeschichte, zum für die DDR wichtigen Antifaschismus waren nur sehr wenige Arbeiten vergeben worden. Immerhin 16 der Arbeiten widmeten sich dafür der Geschichte der Kommunistischen Bewegung, wohingegen sich explizit, d. h. ausweislich des Titels, nur zwei Arbeiten tatsächlich mit den „Klassikern“ des Marxismus, Leninismus oder Stalinismus beschäftigten. Stattdessen nehmen sehr viele Arbeiten Bezug auf das Thema zwischenstaatlicher Beziehungen, und zwar nicht nur Arbeiten aus der diesbezüglich profilierten Schule Eduard Winters.

	Deutsche Geschichte	DDR	BRD	Russland	UdSSR	USA	Großbrit.	Frankreich
Promotionen	49	5	7	3	6	3	2	4
Habilitationen	24	5	3	3	2	3	2	4

*Tabelle 18: Regionen*

Allerdings behandelten die meisten Arbeiten dennoch die deutsche Geschichte, hinter der auch die Geschichte Russlands und der UdSSR deutlich abfielen. Mit Gerhard Schilfert hatte die HU frühzeitig einen Spezialisten für die Geschichte Westeuropas engagiert, dessen Interesse sich bei den Qualifikationsarbeiten allerdings nur in einem geringen Umfang niederschlug. Das zeitgeschichtliche Interesse an der deutschen Geschichte verteilt sich recht gleichmäßig auf die Geschichte der DDR und die der BRD. Auch hier stand wie bei der Geschichte der Arbeiter, der Arbeiterbewegung oder des Antifaschismus das direkte affirmative Interesse an der eigenen Geschichte an der HU offenkundig nicht im Vordergrund. Eine weitere regionale Differenzierung belegt vor allem einige erstaunliche Lücken. Trotz der vielen Arbeiten zur deutschen Geschichte wurden nur drei Promotionen und eine Habilitationsschrift verfasst, die sich explizit auf die Geschichte Preußens bezogen. Auch Berlin (drei bzw. eine) und Brandenburg (drei bzw. eine) sind nur sehr schwach vertreten. Die Geschichte der osteuropäischen Staaten beschränkt sich auf drei Arbeiten zur polnischen, eine Habilitationsschrift zur tschechischen sowie zwei Arbeiten zur (Vor-)Geschichte Jugoslawiens. Außerhalb des europäischen Raumes interessierten sich drei Qualifikationsschriften für einen Aspekt der afrikanischen Geschichte und eine für die chinesische Geschichte – die zentrale Steuerung der Wissenschaftspolitik hatte die Afrika- und Asienwissenschaften außerhalb des traditionellen Fachbereichs Geschichte etabliert und daher auch das für das kommunistische Geschichtsbild wichtige Problemfeld des Kolonialismus und der antikolonialistischen Bewegungen der Aufmerksamkeit der engeren Geschichtswissenschaft entzogen.

Die thematische Ausrichtung der Qualifikationsarbeiten kann in einem chronologischen Durchgang noch einmal präziser gefasst werden. Besonders der Differenzierung der Vielzahl

der Arbeiten zur Neueren Geschichte, zur Deutschen Geschichte, zur Politischen Geschichte, zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte und zu internationalen Beziehungen gilt hier ein besonderes Augenmerk.

### Qualifikationsschriften der Jahre 1950–1955

Die erste Promotion des universitären Mittelbaus, die zu einer, wenn auch kurzen, Karriere als Berufshistoriker in der DDR führen sollte, war eine 31seitige Schrift von Heinz Kamnitzer über die „wirtschaftliche Struktur Deutschlands zur Zeit der Revolution 1848“. Die Arbeit wurde 1950 verteidigt und sie entstammte dem Kontext des geschichtspolitisch umkämpften Revolutionsjubiläums von 1948. Ihre Kürze deutet auf einen beispiellosen irregulären Qualifikationsvorgang hin. Nach den universitären Regeln hätte Kamnitzer mit einer solchen Arbeit weder vor 1933 noch in den Jahren nach 1950 den Doktorgrad im Bereich der Geschichtswissenschaft erreichen können. Die beiden Gutachter Alfred Meusel und Joseph Winternitz von der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät waren wie Kamnitzer England-Remigranten und SED-Mitglieder. An dem Verfahren war kein professioneller Historiker beteiligt. Meusel etablierte als Betreuer seinen eigenen Nachfolger an der HU. Kamnitzer wurde wenig später Wahrnehmungsprofessor ohne Habilitation und leitete das „Institut für Geschichte des deutschen Volkes“ nach dem Weggang seines Doktorvaters.

Die weiteren sieben Promotionen, die bis 1955 an der HU verteidigt wurden, waren mit Seitenzahlen zwischen 107 und 291 wesentlich umfangreicher. Sie sind nur schwer auf einen einheitlichen Nenner zu bringen. Drei Dissertationen beschäftigen sich mit mittelalterlichen Themen, Rudi Berthold widmete sich mit der Rechtfertigungslehre Luthers einem ideengeschichtlichen, frühneuzeitlichen Thema, neben Kamnitzer behandelten Streisand, Fricke und Johannes Nichtweiß neuzeitliche Themen. Lediglich Streisands Arbeit zur Kritik der deutschen Soziologie reichte in die damalige Zeitgeschichte hinein, sie zielte auf eine marxistische „Überwindung“ der bürgerlichen Gesellschaftswissenschaft. Einzig die Arbeit von Nichtweiß nahm einen expliziten Bezug auf die marxistisch-leninistische Wissenschaftstheorie, denn sie sollte das „Bauernlegen in Mecklenburg“ in der frühen Phase der Durchsetzung des Kapitalismus mit Hilfe der „marxistisch-leninistischen Lehre von der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals“ erklären. Nichtweiß blieb mit dieser programmatischen Titelwahl auch in späteren Jahren ein absoluter Einzelfall. Bezüge zu den „Klassikern“ des Historischen Materialismus fehlen in den Titeln der übrigen Qualifikationsarbeiten fast vollständig.<sup>571</sup>

Der Einfluss des kommunistischen Geschichtsbildes wird allerdings in der Themenwahl auch der frühen Arbeiten deutlich: Es herrscht ein in der deutschen Geschichtswissenschaft in dieser Breite bisher nicht vorhandenes Interesse an der Geschichte sozialer Gruppen aus der unteren Schicht der Gesellschaftspyramide. Eckhard Müller-Mertens konnte allerdings in

---

<sup>571</sup> Ausnahme: Siegfried Büniger, 1960: Friedrich Engels und die britische sozialistische Bewegung 1881–1895.

diesem sozialgeschichtlichen Interesse an seinen bürgerlichen Doktorvater Fritz Rörig anschließen, der die Auswertung des statistischen Materials aus dem brandenburgischen Landbuch Karls IV. angeregt hatte. Während Müller-Mertens sich wie Nichtweiß Bauern und „Herrschaftsverhältnisse[n]“ widmete, fasste Bernhard Töpfer weniger präzise und plakativer „Volk und Kirche“ ins Auge, Dieter Fricke schrieb über streikende Bergarbeiter im Ruhrgebiet um 1905. Auch Rudi Berthold ging es nicht nur um den vergleichsweise elitären Martin Luther, sondern auch um die „sozial-politischen Wesenszüge“ seiner Theologie. Bruno Widera wurde als erster der Winter-Schule mit einer beziehungsgeschichtlichen Studie über Deutschland und die Kiever Rus im 11. Jahrhundert promoviert.

### Qualifikationsschriften der Jahre 1956–1960

In den folgenden fünf Jahren wurden vier Habilitationen und 14 Dissertationen eingereicht. Sie waren bis auf zwei Ausnahmen neuzeitlichen Themen gewidmet, denn im Bereich der mittelalterlichen Geschichte gelang es den zwischenzeitlich etablierten bürgerlichen Professoren Albrecht Timm und Willy Flach nicht, DDR-Berufshistoriker auszubilden. Stattdessen konnte Eckhard Müller-Mertens sich schon fünf Jahre nach seiner Dissertation mit einer stadthistorischen Untersuchung zur brandenburgischen Geschichte habilitieren. In der Alten Geschichte wurde 1959 mit Elisabeth Welskopf die erste Fachvertreterin seit dem Ausscheiden Ernst Hohls habilitiert. Welskopf sollte als Professorin die 1958 neu gegründete Abteilung für Alte Geschichte übernehmen, doch konnte sie sich in ihrem Qualifikationsverfahren nicht mehr auf eine ähnliche Schützenhilfe wie Heinz Kamnitzer am Beginn der 1950er Jahre verlassen. Sie musste sich den massiven Bedenken bürgerlich geprägter Gutachter aus der Klassischen Philologie stellen (vgl. Kap. C.I.3).

Die vier Dissertationen zur frühen Neuzeit suchen keinen Anschluss an das von Meusel geprägte Theorem der „frühbürgerlichen Revolution“. Horst Krüger beschäftigt sich in seiner wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Studie stattdessen mit dem Manufakturwesen in Preußen und der „Lage der Arbeiter“. Die anderen drei Studien widmen sich der Ideen- bzw. Wissenschaftsgeschichte Polens bzw. Russlands.

Die vier Arbeiten zu Aspekten der Geschichte der Neuzeit nach der Französischen Revolution widmen sich fast ausschließlich der deutschen Geschichte. Hierzu zählen die Dissertation und die Habilitation Heinrich Scheels, die sich beide der Nachwirkung der demokratischen bzw. republikanischen Ideale in den „Volksbewegungen“ in Süddeutschland annehmen. Percy Stulz nimmt sich eines ähnlichen Themas in der Geschichte Preußens an, behandelt allerdings neben der revolutionären Bewegung explizit auch die „Kabinettpolitik“ des preußischen Staates. Die Dissertation Helmuth Stoeckers hat dagegen einen nationalgeschichtlichen Schwerpunkt; sie betrachtet die „politischen Beziehungen“ zwischen Deutschland und China zwischen 1861 und 1885.

Zwei der vier Arbeiten zur Geschichte der Neuzeit nach 1872 behandeln wie Stulz und Stoecker Aspekte der ‚großen‘ Politik, nun mit Schwerpunkt auf dem deutschen Kaiserreich. Im Vergleich zu der intensiven Beschäftigung mit Bismarck und dem deutschen Reich in der frühen Bundesrepublik sind dies erstaunlich wenige Arbeiten. Während Harald Müller mit den Auseinandersetzungen um das Reichsmilitärgesetz von 1874 die militaristische Schattenlinie der deutschen Geschichte behandelt, nimmt Joachim Mai mit der „preußisch-deutsche[n] Polenpolitik von 1885/86“ wiederum ein beziehungsgeschichtliches Thema und das Verhältnis zum östlichen Nachbarn in den Blick. Allerdings blieb dies die letzte Arbeit, die wenigstens teilweise einen Ausschnitt der Geschichte Polens behandelte. Immerhin spielte das polnisch-deutsche Verhältnis auch noch in Johannes Nichtweiß' Habilitationsschrift zur Politik Preußen-Deutschlands gegenüber den ausländischen Wanderarbeitern eine Rolle. Wie er nahm auch Adolf Rüger die Auswirkungen der staatlichen Politik auf die Lage der unteren Schichten der Gesellschaft in den Blick: Rüger verband eine imperialismusgeschichtliche Arbeit zum deutschen Kolonialregime in Kamerun mit dem marxistischen Theorem der Konstitution einer Arbeiterklasse. Siegfried Büniger ergänzte das auffällige Ensemble von Arbeiten, die die deutsche Geschichte mit der anderer Staaten und Nationen verknüpfte, um eine Studie zur „sozialistischen Bewegung in England“ und dem Einfluss Friedrich Engels'.

Die Jahre zwischen 1956 und 1960 waren eine Hochzeit der „transnationalen“ Perspektive: Zehn der 14 Dissertationen behandelten ganz oder teilweise nicht-deutsche Themen. Diese Tendenz lässt sich auch bei den Studien zu Themen der Geschichte nach dem Ende des I. Weltkrieges bzw. der deutschen Revolution von 1918/19 erkennen. Günter Rosenfeld wurde mit einer diplomatiegeschichtlichen Studie über die deutsch-sowjetischen Beziehungen in der Zeit der Weimarer Republik promoviert; Heinz Königer thematisierte mit der Maikrise 1938 auch die tschechische Geschichte; Peter Schäfer nahm die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den USA zwischen 1933 und 1939 in den Blick. Die beiden letztgenannten Arbeiten sind zugleich die ersten zur Zeitgeschichte des NS, deren Erforschung sich erst in den folgenden Jahren intensivieren sollte.

### Zwischenfazit

Bis 1960, dem Jahr vor dem Mauerbau, waren 26 Qualifikationsarbeiten zukünftiger DDR-Berufshistoriker aus dem universitären Mittelbau eingereicht worden, deren zeitlicher Untersuchungsrahmen sich nach und nach stärker in Richtung des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts verschob. In ihren Titeln gebrauchen die Arbeiten die Kampfbegriffe der kommunistischen Ideologie bzw. ihres Geschichtsbildes recht sparsam. Lediglich Johannes Nichtweiß („marxistisch-leninistische[.] Lehre“), Heinrich Scheel („Klassenkämpfe“), Adolf Rüger („Arbeiterklasse“) und Siegfried Büniger („sozialistisch“, „Friedrich Engels“) lassen die Perspektive des Historischen Materialismus schon im Titel deutlich werden. Müller-

Mertens spricht vorsichtiger von „Herrschaftsverhältnissen“. Offenbar ebenfalls affirmativen Charakter haben jedoch auch Begriffe der liberal-demokratischen Tradition, etwa für Heinrich Scheel („revolutionär-demokratisch[.]“) oder Percy Stulz („Befreiungsbewegung“ in Preußen).

Die Periodisierungsbegriffe des Historischen Materialismus wie „Sklaventhaltergesellschaft“, „Feudalismus“, „Kapitalismus“ oder „Sozialismus“ fehlen ganz. Stattdessen überwiegen traditionelle chronologische Angaben zum behandelten Jahrhundert oder einfach Jahreszahlen, die den Untersuchungszeitraum eingrenzen. Lediglich Heinz Kamnitzer benutzt den auch in der bürgerlichen Geschichtswissenschaft etablierten Revolutionsbegriff, Adolf Rürger kennzeichnet die deutsche Politik nach 1895 als imperialistisch, Büniger spricht von der sozialistischen Bewegung.

Das begriffliche Arsenal der Titel der Qualifikationsarbeiten hat einen insgesamt sehr sachlichen, beschreibenden Charakter. Die Frontstellung des beginnenden Kalten Krieges, in den die Historiker der DDR eingebunden waren, wird kaum deutlich. Zugleich tragen die Titel auch dem Konstruktcharakter historischen Wissens, dem Bedarf an methodengestützter Forschung keine Rechnung: Lediglich vier Titel verweisen explizit auf den Forschungscharakter des Textes, indem sie von „Beiträgen“, „Studien“ oder einer „Untersuchung“ sprechen.

Die 19 Arbeiten zur politischen Geschichte lassen sich in Geschichte politischer Bewegungen sowie die Geschichte staatlicher Innenpolitik bzw. Außenpolitik untergliedern. Bei den sechs Arbeiten zu politischen Bewegungen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen behandelt nur Büniger mit der englischen sozialistischen Bewegung und Friedrich Engels die Geschichte einer im engeren Sinne kommunistischen Bewegung.<sup>572</sup> Dieter Fricke's Studie zur Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet setzt sich u. a. mit der deutschen Sozialdemokratie kritisch auseinander. Arbeiten zur Geschichte und Vorgeschichte der KPD fehlen. Heinrich Scheel und Percy Stulz schreiben über die liberal-demokratischen Bewegungen in Deutschland als Nachwirken der Französischen Revolution und Bernhard Töpfer über die Gottesfriedensbewegung im mittelalterlichen Frank(en)reich.

Fünf Arbeiten haben innenpolitische Themen gewählt, wobei die „Herrschaftsverhältnisse“ im spätmittelalterlichen Brandenburg (Müller-Mertens) nur im weiteren Sinne dazuzuzählen sind. Auch das „Bauernlegen“ in Mecklenburg bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts (Nichtweiß) thematisiert die Aspekte der ländlichen Grundherrschaft und gehört noch in den Bereich vorstaatlicher Politik. Der Innenpolitik des 1872 gegründeten Kaiserreichs sind zwei Arbeiten gewidmet.<sup>573</sup> Während drei dieser Arbeiten die

---

<sup>572</sup> Heinrich Scheel, Die revolutionär-demokratischen Volksbewegungen in Südwestdeutschland von 1795 bis 1801; Percy Stulz, Kabinettpolitik und Befreiungsbewegung in Preußen 1811 bis März 1813; Siegfried Büniger, Friedrich Engels und die britische sozialistische Bewegung 1881–1895; Heinrich Scheel, Klassenkämpfe und republikanische Bestrebungen im deutschen Süden am Ende des 18. Jahrhunderts; Dieter Fricke, Der Ruhrarbeiterstreik von 1905; Bernhard Töpfer, Volk und Kirche zur Zeit der beginnenden Gottesfriedensbewegung in Frankreich.

<sup>573</sup> Johannes Nichtweiß, Die preußisch-deutsche Politik gegenüber den ausländischen Wanderarbeitern in der

Auswirkungen der Politik auf soziale Verhältnisse bzw. den Militarismus behandeln und damit eine kritische Perspektive auf die deutsche Geschichte entwickeln, lässt sich aus der Wortwahl Conrad Graus Dissertations-Titel über einen russischen „Staatsmann“ eine eher affirmative Sicht ableiten.<sup>574</sup>

Die acht Arbeiten zur Außenpolitik setzen bis auf eine mediävistische Arbeit<sup>575</sup> erst im 19. oder 20. Jahrhundert an. Sie behandeln die preußische bzw. deutsche Geschichte in ihren Wirkungen auf bzw. Verflechtungen mit dem revolutionären Frankreich, mit China, den USA, Kamerun, der Tschechischen Republik und der Sowjetunion.<sup>576</sup>

Der überwiegende Teil der Arbeiten behandelt also die politische Geschichte. Doch können immerhin neun Arbeiten – teilweise oder ganz – der Wirtschafts- und Sozialgeschichte zugerechnet werden.<sup>577</sup> Doch nur vier Arbeiten fokussieren die für das kommunistische Geschichtsbild so wichtigen Arbeiter. Horst Krüger behandelt die preußischen Manufakturarbeiter des 18., Nichtweiß die ausländischen Wanderarbeiter im Deutschland des 19. Jahrhunderts.<sup>578</sup> Nur Dieter Fricke stellt eine engere Verbindung der Sozialgeschichte der Arbeiter mit der Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland her. Die Geschichte der Bauern in Deutschland beleuchten Müller-Mertens und Nichtweiß, wobei wenigstens Nichtweiß das Thema der Entstehung der ostelbischen Gutsherrschaften anschneidet.<sup>579</sup> Müller-Mertens verfasste die einzige stadtgeschichtliche Untersuchung des Zeitraums<sup>580</sup>, die wie die angesprochenen Arbeiten von Nichtweiß und Krüger die Entstehung und Durchsetzung von kapitalistischen Strukturen auf dem Gebiet des heutigen Deutschlands behandelt.

---

Landwirtschaft der östlichen und mittleren Gebiete des deutschen Reichs von 1890–1914; Harald Müller, Die Auseinandersetzungen über das Reichsmilitärgesetz von 1874.

<sup>574</sup> Conrad Grau, Der Wissenschaftsorganisator, Staatsmann und Wissenschaftler Vasilij Tatischev (1686–1750).

<sup>575</sup> Bruno Widera, Die gegenseitigen Beziehungen zwischen Deutschland und Kiever Rus in der ersten Hälfte des 11. Jahrhunderts.

<sup>576</sup> Adolf Rüger, Die Entstehung einer Arbeiterklasse und die Lage der Arbeiter unter dem imperialistischen deutschen Kolonialregime in Kamerun (1895–1905); Günter Rosenfeld, Sowjetrußland und Deutschland von der Novemberrevolution bis zum Vertrag von Rapallo; Joachim Mai, Die preußisch-deutsche Polenpolitik von 1885/86; Percy Stulz, Kabinettpolitik und Befreiungsbewegung in Preußen 1811 bis März 1813; Heinz Königer, Über die Maikrise von 1938. Ihre Ursachen und Vorgeschichte; Helmuth Stoecker, Die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und China 1861–1885; Peter Schäfer, Die Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von 1933 bis 1939 unter besonderer Berücksichtigung der handelspolitischen Beziehungen und der Boykottbewegung in den Vereinigten Staaten.

<sup>577</sup> Die Arbeiten von Kamnitzer und Töpfer bleiben in ihrem sozial- bzw. wirtschaftsgeschichtlichen Fokus in der Titelwahl undeutlich: Heinz Kamnitzer, Die wirtschaftliche Struktur Deutschlands zur Zeit der Revolution 1848; Bernhard Töpfer, Volk und Kirche zur Zeit der beginnenden Gottesfriedensbewegung in Frankreich.

<sup>578</sup> Horst Krüger, Beiträge zur Geschichte des preußischen Manufakturwesens in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts unter besonderer Berücksichtigung der Lage der Manufakturarbeiter; Johannes Nichtweiß, Die preußisch-deutsche Politik gegenüber den ausländischen Wanderarbeitern in der Landwirtschaft der östlichen und mittleren Gebiete des deutschen Reichs von 1890–1914; Dieter Fricke, Der Ruhrarbeiterstreik von 1905; Adolf Rüger, Die Entstehung einer Arbeiterklasse und die Lage der Arbeiter unter dem imperialistischen deutschen Kolonialregime in Kamerun (1895–1905).

<sup>579</sup> Eckhard Müller-Mertens, Hufenbauern und Herrschaftsverhältnisse in brandenburgischen Dörfern nach dem Landbuch Karls IV. von 1375; Johannes Nichtweiß, Das Bauernlegen in Mecklenburg bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts im Lichte der marxistisch-leninistischen Lehre von der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals.

<sup>580</sup> Eckhard Müller-Mertens, Untersuchungen zur Geschichte der brandenburgischen Städte im Mittelalter.



Einen weiteren auffälligen Schwerpunkt bilden die vier Arbeiten, die sich der Wissenschaftsgeschichte zuordnen lassen. Nach Streisands früher kritischer Auseinandersetzung mit der Geschichte der Soziologie folgten drei Arbeiten aus dem Umkreis von Eduard Winter, die einen Schwerpunkt bei den deutschen Beziehungen zu Polen bzw. Russland in der Frühen Neuzeit setzten.<sup>581</sup> Eher ideengeschichtlich orientiert waren die Schriften von Rudi Berthold und Elisabeth Welskopf.<sup>582</sup>

Zuletzt bleibt die hohe Diversität der Qualifikationsarbeiten bis 1960 festzuhalten. Angesichts der kämpferischen Forderungen des Geschichtsbeschlusses von 1955 und der massiven geschichtspolitischen Steuerung ist sie keineswegs selbstverständlich. Die hochschulpolitische Steuerung drückt sich eher im Fehlen einiger Themen wie der osteuropäischen Geschichte oder der Revolutionsgeschichte aus, die an anderen Universitäten angesiedelt war. Innerhalb der politischen Geschichte Deutschlands und Europas aber lassen sich die Arbeiten kaum auf einen einheitlichen Nenner bringen. Die neue, vom Historischen Materialismus inspirierte Perspektive, die die DDR-Geschichtswissenschaft von der Geschichtswissenschaft des sogenannten Historismus unterscheidet, hat an der HU keine ausschließliche Orientierung auf die Geschichte des „Proletariats“ oder der Arbeiterbewegung bewirkt. Sie hat sich stattdessen in Bezug auf die Themenwahl vor allem in den neun Arbeiten zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie in den sechs Arbeiten zur Geschichte politischer Bewegungen niedergeschlagen. In dieser Neuausrichtung ist sie dem Neuanfang in der Geschichtswissenschaft in Westdeutschland durchaus vergleichbar, wo ein „politisch-moralisch gezähmter Historismus“ durch ähnliche Themenschwerpunkte ergänzt wurde. Allerdings fehlt an der HU die im Westen betriebene Parteiengeschichte als Beitrag zur Geschichte der Demokratisierung in Deutschland. Eine HU-Spezifik ist das Interesse für Wissenschaftsgeschichte.

### Qualifikationsschriften der Jahre 1961–1965

Im folgenden Jahrfünft nach dem Bau der Berliner Mauer setzte sich die Tendenz zur Bevorzugung der Neuesten Geschichte zwar fort. Doch unter den 15 Promotionen und sechs Habilitationen befanden sich immerhin wieder eine Arbeit zur Alten und vier Arbeiten zur Mittelalterlichen Geschichte. Der Welskopf-Schüler Heinz Kreissig widmete seine Dissertation in der Alten Geschichte den „sozialen Zusammenhänge[n] des Jüdischen Krieges“. Auch bei den Dissertationen zur mittelalterlichen Geschichte dominierte die Verbindung von politischer mit Wirtschafts- und Sozialgeschichte: Drei Arbeiten befassten

---

<sup>581</sup> Joachim Streisand, Kritisches zur deutschen Soziologie. Ein Beitrag zur Überwindung des Objektivismus; Conrad Grau, Der Wissenschaftsorganisator, Staatsmann und Wissenschaftler Vsilij Tatischev (1686-1750); Heinz Lemke, Die Beziehungen der Brüder Zaluski zu den Gelehrten in Deutschland und Danzig. Studien zur polnischen Frühaufklärung; Peter Hoffmann, Gerhard Friedrich Müller. Die Bedeutung seiner geographischen Arbeiten für das Rußlandbild des 18. Jahrhunderts.

<sup>582</sup> Rudi Berthold, Die religiös-philosophischen und die sozial-politischen Wesenszüge der Rechtfertigungslehre Martin Luthers (1519–1521); Elisabeth Ch. Welskopf, Die Muße als Problem im Leben und Denken der Hellenen von Homer bis Aristoteles.

sich vor allem mit der Entwicklung der Grundherrschaft.<sup>583</sup> Bernhard Töpfer setzte sein Interesse an der Ideengeschichte fort, indem er ein klassisches Thema des unorthodoxen Marxismus aufgriff: die Geschichte der Utopien. Nur eine der vier Arbeiten behandelt die ausschließlich deutsche Geschichte, und zwar die von Evamaria Engel in der Nachfolge von Fritz Rörig und Müller-Mertens die brandenburgische Landesgeschichte. Waltraud Bleiber überschritt ebenso die späteren nationalstaatlichen Grenzen Richtung Westeuropa wie Töpfer. Die beiden Schriften zur Frühneuzeit behandelten ebenfalls vor allem wirtschaftsgeschichtliche Themen – sie konzentrierten sich wiederum (nicht auf die Entstehung der Vorbedingungen des Industriekapitalismus, sondern) auf den Strukturwandel der Landwirtschaft im nun auch ausdrücklich so genannten ausgehenden „Feudalismus“.<sup>584</sup> Allerdings verschiebt sich nun das Erkenntnisinteresse auf das Gebiet Deutschlands. Erkennbar ist das Bemühen, schon im Titel die bäuerliche Bevölkerung in Deutschland dabei auch als historischen Akteur in den Blick zu bekommen: Sie leistet „Widerstand“ bzw. einen Beitrag zum „Fortschritt“.

Ähnlich gering war die Anzahl der Arbeiten mit einem Schwerpunkt in der neueren Geschichte zwischen Französischer Revolution und der Gründung des deutschen Reiches 1872. Nur Helmut Bleiber beschäftigte sich – mit dem Vormärz in Preußen (Schlesien) – ebenfalls mit einer wirtschafts- und sozialhistorischen Untersuchung zu Bauern und Landarbeitern. Daneben hat Martin Zöller in seiner biographischen Untersuchung zur Vorgeschichte Jugoslawiens Aspekte der Geschichte des mittleren 19. Jahrhunderts berührt.<sup>585</sup>

Die meisten (neun) Arbeiten allerdings behandelten die Zeit zwischen 1890 und 1933 und konzentrierten sich dabei auf Aspekte der politischen Geschichte in Deutschland. Drei Arbeiten behandeln die Geschichte der Arbeiterbewegung im Kaiserreich; Sigrid Kumpf schreibt über die russisch-deutschen Beziehungen bis 1891.<sup>586</sup> Auseinandersetzungen mit Problemen der „großen“ Politik auf staatlicher Ebene, mit Bismarck, Wilhelm II. oder der Entstehung des Imperialismus in Deutschland fehlen.

---

<sup>583</sup> Waltraud Bleiber, Untersuchungen zur Lage kirchlichen Grundbesitzes in Ostfranken, Westfranken und Lothringen vom Abschluß des Vertrages von Verdun bis zum Anfang des 11. Jahrhunderts; Evamaria Engel, Feudalherren, Lehnbürger und Bauern in der Altmark. Eine Analyse der ländlichen Sozialstruktur anhand des brandenburgischen Landbuchs von 1375; Harald Neubert, Grund- und Bodenbesitzungen von Personen „fränkischer“, „alemannischer“, „burgundischer“ und „bayrischer“ Herkunft in Italien in der Zeit von 774 bis 1000; Bernhard Töpfer, Die Entwicklung chiliastischer Zukunftserwartungen im Hochmittelalter.

<sup>584</sup> Günter Vogler, Probleme der feudalen Arbeitsrente und des bäuerlichen Widerstandes im 18. Jahrhundert. Dargestellt am Beispiel des kurmärkischen Domänenamtes Badingen; Rudi Berthold, Die Entwicklungstendenzen des Ackerbaus in spätfudaler Zeit unter besonderer Berücksichtigung des Anteils der Bauern am landwirtschaftlichen Fortschritt.

<sup>585</sup> Helmut Bleiber, Lage und Kampf der schlesischen Bauern und Landarbeiter im Vormärz 1840–1847; Martin Zöller, Wollen und Wirken des kroatischen Bischofs Josip Juraj Stöckmayer (1815–1905). Beiträge über die politischen, kulturellen und kirchlich religiösen Bestrebungen unter dem Gesichtspunkt der nationalen und religiösen Einheit der südslawischen Völker.

<sup>586</sup> Sigrid Kumpf, Hintergründe der russisch-deutschen Entfremdung. Soziale und ökonomische Aspekte der Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland im Zeitraum von 1878–1891; Irene Wilde, Agrarfrage und Sozialdemokratie (1890–1895); Dieter Fricke, Die Berliner politische Polizei im Kampf gegen die deutsche Arbeiterbewegung (1878–1890); Helmuth Stoecker, Jugend und frühe Entwicklung Walter Stoeckers. Beitrag zu einer Biographie.

Die fünf Qualifikationsschriften zur Zwischenkriegszeit 1918–1933 haben alle ein Interesse an den politischen Beziehungen Deutschlands zu Sowjetunion, zu den USA oder zu Frankreich. Allerdings behandeln nur Ernst Wurl und Günter Rosenfeld im engeren Sinne diplomatiegeschichtliche Fragen.<sup>587</sup> Edith Hoerich-Ruppel geht stattdessen handelspolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und den USA nach, Heinz Köller betrachtet die Verbindungen zwischen KPD und KPF, Gisela Jähn die von deutschen zu sowjetischen Arbeitern.<sup>588</sup> Die Grundprobleme der Weimarer Republik, deren Untergang in den Nationalsozialismus mündete, stehen nicht im Zentrum dieser Untersuchungen.

Auch wenn der Untersuchungszeitraum der Arbeiten sich seit Ende der 1950er Jahre deutlich in Richtung der Neuesten Zeit verschob, profitierte davon bis 1965 nicht die Erforschung des Faschismus. Auch im ersten Jahrfünft nach dem Mauerbau wurde hierzu lediglich eine Dissertation verteidigt, die erkennbar anhand eines politikgeschichtlichen Themas aus der Frühzeit der Diktatur die kommunistische Interpretation des Faschismus als Ergebnis des Monopolkapitalismus stützen sollte.<sup>589</sup> Statt der Erforschung des erbitterten politischen Gegners der Kommunisten in Deutschland und seines zwischenzeitlichen Sieges widmeten sich zeitgeschichtliche Studien von nun an vermehrt der Geschichte nach 1945. Den Anfang machte Siegfried Thomas mit einer Arbeit über die Entstehung der SED, ein Jahr später verteidigte Horst Schützler wiederum eine beziehungsgeschichtliche Arbeit zur Rolle der Sowjetunion im Berlin der unmittelbaren Nachkriegszeit. Die Etablierung einer zeithistorischen Forschung zur Geschichte der DDR, aber auch der BRD, war das Ergebnis sowohl der Berufung von Walter Bartel an die HU als auch der geschichtspolitischen Programmatik der SED.<sup>590</sup> Gemäß der „nationalen Grundkonzeption“ der SED galt der Begriff der Zeitgeschichte auch nur für die Zeit nach 1945.<sup>591</sup>

### Qualifikationsschriften der Jahre 1966–1970

Die Zahl der Qualifikationsarbeiten blieb bis zur endgültigen Durchsetzung der III. Hochschulreform nach 1968 auf dem gleichen hohen Niveau wie nach dem Mauerbau 1961. Zugleich ist nun endlich eine vollständige Neuausrichtung bei den darin behandelten Zeiträumen zu erkennen. Von den 16 Dissertationen und elf Habilitationen behandeln nur noch je eine Arbeit die Alte und Mittelalterliche Geschichte, zwei die frühe Neuzeit, keine

---

<sup>587</sup> Günter Rosenfeld, Die Rapallo-Partner. Die Sowjetunion im Kampf um die friedliche Koexistenz mit Deutschland 1922–1933; Ernst Wurl, Deutsch-polnische Geheimverträge gegen Sowjetrußland (November 1918–April 1919). Zur antisowjetischen Politik des deutschen Imperialismus.

<sup>588</sup> Edith Hoerich-Ruppel, Die deutschen Monopolisten und ihre Gläubiger 1930/31. Eine Untersuchung über die Gestaltung der Deutschlandpolitik der USA, Englands und Frankreichs und der Außenpolitik des deutschen Imperialismus unter dem Einfluss der Weltwirtschaftskrise; Gisela Jähn, Die brüderlichen Beziehungen zwischen den sowjetischen Werktätigen und den deutschen Arbeitern in den Jahren 1921–1924; Heinz Köller, Der gemeinsame Kampf der KPF und KPD gegen die Ruhrbesetzung 1923.

<sup>589</sup> Kurt Goßweiler, Die Rolle des Monopolkapitals bei der Herbeiführung der Röhms-Affäre.

<sup>590</sup> Martin Sabrow, Die DDR-Geschichtswissenschaft und ihre Zeithistorie, in: Alexander Nützenadel und Wolfgang Schieder (Hg.), Zeitgeschichte als Problem. Nationale Traditionen und Perspektiven der Forschung in Europa, Göttingen 2004, 257–282.

<sup>591</sup> Ebd., 259.

einzig die Neuere Zeit bis 1872. Heinz Kreißig setzt seine wirtschafts- und sozialgeschichtliche Untersuchung zum alten Judäa in seiner Habilitationsschrift fort. In der mittelalterlichen Geschichte entfällt nun die Behandlung der Wirtschafts- und Sozialgeschichte zugunsten des von Müller-Mertens nach 1961 eingeführten Forschungsschwerpunktes zur Reichsauffassung. In der Frühneuzeitforschung setzt Klaus Vetter die landeshistorische wie stadtgeschichtliche Orientierung fort, die etwa Müller-Mertens, Günter Vogler oder Evamaria Engel in ihren früheren Qualifikationsarbeiten eingeführt hatten. Wiederum der deutsch-russischen Wissenschafts- und Beziehungsgeschichte der Winter-Schule verpflichtet bleibt Conrad Grau.

Dagegen konzentrieren sich drei Studien zur Neuesten Zeit nach 1872 ganz auf die deutsche Geschichte, d. h. das Kaiserreich. Harald Müller verfasst die erste Qualifikationsschrift der HU, die sich ausdrücklich mit der Kriegspolitik Bismarcks auseinandersetzt.<sup>592</sup> Ebenfalls ein Novum ist die Behandlung der Geschichte des deutschen Antisemitismus durch Walter Mohrmann, während Gerhard Engel die schon etablierte Perspektive auf die Geschichte der Arbeiterbewegung im Kaiserreich fortsetzt.<sup>593</sup> Zwei weitere Arbeiten fassen zum ersten Mal den I. Weltkrieg genauer ins Auge, wobei neben Deutschland auch Großbritannien, Polen und die deutschen Verbündeten eine Rolle spielen.<sup>594</sup>

Allerdings profitiert von der Verschiebung des allgemeinen Forschungsschwerpunktes auf die neueste Zeit die Erforschung der Geschichte der Weimarer Republik fast gar nicht, die neben der Antisemitismus-Studie von Mohrmann noch bei Helmut Schwarzbach und Adolf Rüger eine Rolle spielt, wobei es auch hier nicht um Demokratiegeschichte der ersten deutschen Republik, sondern um die antifaschistische Geschichte der KPD bzw. den deutschen Imperialismus in Afrika geht.<sup>595</sup>

Doch endlich nimmt nun die Erforschung der Zeit zwischen 1933 und 1945 einen quantitativen Aufschwung. Allerdings behandeln die sieben Arbeiten sehr heterogene Gegenstände und keineswegs ausschließlich den deutschen Nationalsozialismus. Erich Brandt, Richard Lakowski und Heinz Königer verbinden ein Interesse an der Vorgeschichte und Geschichte des II. Weltkrieges und den faschistischen Kriegszielen mit der Erforschung der historischen Situation in den USA, in Afrika bzw. in der Tschechischen Republik.<sup>596</sup>

---

<sup>592</sup> Harald Müller, Vom zweiten zum dritten deutschen Septennat. Studien zur deutschen Heeres- und Rüstungspolitik in der reaktionären Phase der bonapartistischen Herrschaft Otto von Bismarcks (1878–1890).

<sup>593</sup> Walther Mohrmann, Die Rolle des Antisemitismus in der Politik der deutschen Reaktion (1871–1923); Gerhard Engel, Die politisch-ideologische Entwicklung Johann Kniefs (1880–1919). Untersuchungen zur Geschichte der Bremer Linksradiكالen.

<sup>594</sup> Heinz Lemke, Polen und die Mittelmächte im Ersten Weltkrieg (bis zur Februarrevolution); Siegfried Bünge, Die britische Antikriegsbewegung von 1914 bis 1916.

<sup>595</sup> Adolf Rüger, Die kolonialen Bestrebungen des deutschen Imperialismus in Afrika. (Vom Ende des ersten Weltkrieges bis zur Locarno-Konferenz); Helmut Schwarzbach, Über den Kampf der KPD gegen die Gefahr des Faschismus und für die Verteidigung der Lebensrechte des deutschen Volkes in Ost-sachsen in der Zeit von 1929–1933.

<sup>596</sup> Erich Brandt, Die amerikanische Historiographie und Publizistik über die Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges in Europa (1936–1939); Richard Lakowski, Die Kriegsziele des faschistischen Deutschlands im transsaharischen Afrika; Heinz Königer, Zur Strategie und Taktik Hitlerdeutschlands gegenüber der Tschechoslowakei vom Münchener Diktat bis zur Okkupation.

Heinz Köller schreibt über die Entwicklung Frankreichs nach 1932 „zwischen Demokratie und Faschismus“;<sup>597</sup> Erich Brandt behandelt in seiner Habilitationsschrift dann nicht mehr den deutschen Faschismus, sondern die US-amerikanische KP und ihre Rolle beim Kampf gegen die Rassentrennung.<sup>598</sup> Alle diese Arbeiten scheinen zumindest im Titel – anders als die Vorgänger-Arbeit von Gossweiler – nicht explizit auf die Verbindung von Faschismus und deutscher Wirtschaft abzustellen. Anders die beiden Dissertationen, die auf Anregung von Walter Bartel die faschistischen Konzentrationslager in Deutschland thematisieren: Neben dem „Widerstand“ der Häftlinge steht hier die Rüstungsproduktion der SS im Zentrum des Interesses.<sup>599</sup>

Die größte Zahl der Promotionen (sieben) und auch zwei Habilitationen zwischen 1966 und 1970 entstanden zu einem Thema der Zeitgeschichte nach 1945. Allerdings beschäftigt sich keine der Arbeiten ausschließlich mit der Geschichte der DDR. Über die BRD promovierten dagegen gleich vier Historiker, und zwar zur Außen- und Deutschlandpolitik, zur politischen Opposition, aber auch zu hochschulpolitischen Fragen.<sup>600</sup> Siegfried Thomas behandelte (zusammen mit Rolf Badstübner) die „Spaltung Deutschlands“, Gerhard Keiderling das „Westberlin-Problem in den internationalen Verhandlungen“.<sup>601</sup> Die politischen Themen dominierten ebenso bei den anderen Arbeiten zur Labour-Partei in Großbritannien bzw. zur Politik der „herrschenden Kreise“ in den USA.<sup>602</sup> Auch die theoriegeschichtliche Arbeit Günter Roses zum Konzept der „Industriegesellschaft“ hatte letztlich eine ideologiekritische, politische Stoßrichtung.

---

<sup>597</sup> Heinz Köller, Frankreich am Scheideweg zwischen Demokratie und Faschismus. (Zur französischen Geschichte vom April 1932 bis zum Juli 1943).

<sup>598</sup> Erich Brandt, Die Rolle der KP der USA im Befreiungskampf der amerikanischen Neger (1919–1940) und die amerikanische Geschichtsschreibung.

<sup>599</sup> Götz Diekmann, Existenzbedingungen und Widerstand im Konzentrationslager Dora-Mittelbau unter dem Aspekt der funktionellen Einbeziehung der SS in das System der faschistischen Kriegswirtschaft; Laurenz Demps, Zum weiteren Ausbau des staatsmonopolistischen Apparates der faschistischen Kriegswirtschaft in den Jahren 1943 bis 1945 und zur Rolle der SS und der Konzentrationslager im Rahmen der Rüstungsproduktion, dargestellt am Beispiel der unterirdischen Verlagerung von Teilen der Rüstungsindustrie.

<sup>600</sup> Siegfried Schwarz, Widersprüche und Konflikte zwischen der Regierung Adenauer und den anglo-amerikanischen Mächten in der Deutschland- und Westberlinfrage (1961–1963). Ein Beitrag zu Konzeption und Krise der westdeutschen Außen- und Deutschlandpolitik nach dem 13. August 1961; Erich Nickel, Die Anschauungen und die politische Aktivität der westdeutschen bürgerlichen Opposition zur Deutschlandfrage (1949 bis 1955); Joachim Lojewski, Die Hochschulpolitik der CDU/CSU in den Jahren 1955–1961. (Eine zeitgeschichtliche Untersuchung der Politik der Führungskräfte der CDU/CSU gegenüber den Hohen Schulen Westdeutschlands vom Eintritt der Bundesrepublik in die NATO bis zu den Bundestagswahlen vom 17. September 1961); Siegfried Prokop, Das Wechselverhältnis zwischen den bürgerlichen Universitätsreformbestrebungen und den staatsmonopolistischen Reorganisations-Maßnahmen im westdeutschen Hochschulwesen.

<sup>601</sup> Gerhard Keiderling, Das Westberlin-Problem in den internationalen Verhandlungen von November 1958 bis zum 13. August 1961; Siegfried Thomas, Die Spaltung Deutschlands 1945–1949 (mit Rolf Badstübner).

<sup>602</sup> Hella Kaeselitz, Die Haltung der britischen Labour-Party zur Wiederaufrüstung Westdeutschlands 1949–1955; Percy Stulz, Friedliche Koexistenz oder kalter Krieg. Ein Beitrag zur Strategie und Taktik der herrschenden Kreise der USA im Bereich der internationalen Beziehungen beim Übergang von der ersten zur zweiten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus; Günther Rose, Wechselbeziehungen zwischen der Theorie der „Industriegesellschaft“ und der imperialistischen Politik gegenüber der sozialistischen Welt. (Eine zeitgeschichtliche Studie über das Verhältnis von imperialistischer Ideologie und Außenpolitik).

## Zwischenfazit: Qualifikationsschriften 1961–1970

### 1. Historischer Materialismus?

Die 48 Qualifikationsarbeiten des Jahrzehnts zwischen 1961 und 1970 gebrauchen Fahnenwörter des kommunistischen Geschichtsbildes etwas häufiger, als es im vorangegangenen Jahrzehnt der Fall war. Begriffe wie „Kampf“ (vier Mal), Ideologie (zwei Mal), KPD oder SED (drei Mal), brüderlich bzw. Arbeiterbewegung (jeweils ein Mal), Widerstand (zwei Mal), antifaschistisch (ein Mal) fallen vor allem in Bezug auf die neuere Geschichte. Allerdings bleibt der Anteil noch immer erstaunlich gering, und das, obwohl nun eine umfängliche Verschiebung des Arbeitsschwerpunktes der HU-Historiker in die heiß umstrittene Zeitgeschichte stattgefunden hat. Bezüge zu „Klassikern“ des Historischen Materialismus fehlen nun ganz. Der überwiegende Teil der Arbeiten hält trotz des mittlerweile durch den Mauerbau abgeschotteten ostdeutschen Berufsmarktes für Historiker an einer sachlich-beschreibenden Titelgebung fest.

Auch die Periodisierungsbegriffe des Historischen Materialismus finden nur spärliche Verwendung. Zwei Mal wird auf den Feudalismus-Begriff rekurriert, vier Mal auf den des Kapitalismus bzw. Monopolkapitalismus, fünf Mal auf den des Imperialismus. Einzig für die Arbeiten zur Geschichte des „Dritten Reiches“ hatte sich die Verwendung des Faschismus-Begriffs einigermaßen durchgesetzt (vier Mal). Wiederum überwiegen insgesamt die chronologischen Kennzeichnungen durch Jahreszahlen und Jahrhundertbezüge.

Der Effekt dieser Begriffsstrategie ist Objektivismus. Immer wieder ist die Rede von scheinbar klar erkennbaren und unabhängig von der Arbeit des Historikers vorhandenen Gegenständen.<sup>603</sup> Das Untersuchungsverfahren und die besondere Perspektive der jeweiligen Arbeit werden noch immer in den seltensten Fällen angesprochen.<sup>604</sup>

### 2. Politische Geschichte<sup>605</sup>

Thematisch dominiert auch weiterhin die politische Geschichte, der sich 40 Arbeiten zurechnen lassen. 18 von ihnen berühren Aspekte der nichtstaatlichen Politik von politischen Bewegungen oder Parteien. Bei der Hälfte der Themen, etwa zur Geschichte des Kampfes der schlesischen Bauern im Vormärz, der Bremer Linksradikalen im deutschen Kaiserreich oder der KPD in der Weimarer Republik, lassen sich affirmative Beweggründe für die Themenwahl vermuten. Vier Arbeiten widmen sich direkt der Geschichte der Kommunistischen Partei in Deutschland bzw. der Entstehung der SED. Ein beachtlicher

<sup>603</sup> „Die britische Antikriegsbewegung“, „Der gemeinsame Kampf“, „Die Rolle des Antisemitismus“.

<sup>604</sup> Etwa: Joachim Lojewski, Die Hochschulpolitik der CDU/CSU in den Jahren 1955–1961. (Eine zeitgeschichtliche Untersuchung der Politik der Führungskräfte der CDU/CSU gegenüber den Hohen Schulen Westdeutschlands vom Eintritt der Bundesrepublik in die NATO bis zu den Bundestagswahlen vom 17. September 1961; Günter Vogler, Probleme der feudalen Arbeitsrente und des bäuerlichen Widerstandes im 18. Jahrhundert. Dargestellt am Beispiel des kurmärkischen Domänenamtes Badingen; Harald Müller, Vom zweiten zum dritten deutschen Septennat. Studien zur deutschen Heeres- und Rüstungspolitik in der reaktionären Phase der bonapartistischen Herrschaft Otto von Bismarcks (1878–1890).

<sup>605</sup> Im folgenden thematischen Überblick sind Doppelnennungen möglich.

Anteil der Studien zu politischen Bewegungen hatte demnach allerdings Themen, die sich nicht eindeutig einer einfachen Traditionslinie der kommunistischen Geschichte in Deutschland zurechnen lassen. Neben den beiden Arbeiten zur mittelalterlichen Geschichte von Bleiber und Töpfer waren dies vor allem Beiträge zur Geschichte der neueren Zeit nach 1872, etwa zur Sozialdemokratie, zur britischen Antikriegsbewegung und zur Labour-Party, zur westdeutschen bürgerlichen Opposition. Zwei Arbeiten behandelten kommunistische Parteien des „Westens“, zwei sogar eindeutige Gegner des kommunistischen Weltbildes: die antisemitische Bewegung im Kaiserreich bzw. die CDU/CSU in der frühen BRD. Vollständig fehlen wie schon im Vorgänger-Jahrzehnt Studien zur Entwicklung von Parteien und Demokratie in Deutschland.

Etwas geringer ist der Anteil der Arbeiten zur staatlichen Innenpolitik. Bis auf eine Studie über Frankreich handelt es sich um zehn Arbeiten zur deutschen Geschichte zwischen 1871 und 1961. Das deutsche Kaiserreich wird in seiner obrigkeitsstaatlichen Tradition in drei Werken beleuchtet, die sich mit der Militärpolitik, dem Antisemitismus bzw. der polizeilichen Unterdrückung der Arbeiterbewegung beschäftigen. Innenpolitische Fragen der Weimarer Republik werden gar nicht berührt, dagegen liegen wiederum drei Studien zum NS-Regime vor, die die Faschismus-Theorie durch die Verknüpfung von staatlichem Terror mit Wirtschaftsinteressen zu erhärten versuchen. Auch die DDR-Innenpolitik wird, abgesehen von Siegfried Thomas' Beitrag zur „Spaltung Deutschlands“, nicht thematisiert. Stattdessen interessieren sich drei Historiker für innenpolitische Fragen der BRD, d. h. die Hochschulpolitik sowie die Deutschlandpolitik Adenauers.

Deutlich mehr Arbeiten als zur Innenpolitik entstanden zur Außenpolitik (17), die thematisch neben der deutschen Geschichte auch Russland (zwei Mal), die Sowjetunion (zwei Mal), die USA (vier Mal), „Afrika“, die Tschechische Republik, „Polen und die Mittelmächte“ sowie Großbritannien umfassten (je ein Mal) – jedoch immer in Bezug auf die deutsche Geschichte. Abgesehen von Conrad Graus Habilitation zur frühneuzeitlichen Kulturpolitik zwischen Deutschland und Russland dominiert auch hier die neuere Geschichte seit 1872. Ein Fokus liegt auf den internationalen Beziehungen Deutschlands in diplomatiegeschichtlicher, wirtschaftspolitischer oder kulturpolitischer Hinsicht.<sup>606</sup> Den zweiten Fokus bilden der I. und II. Weltkrieg sowie „Strategie und Taktik“ im beginnenden Kalten Krieg.<sup>607</sup> In der

---

<sup>606</sup> Conrad Grau, Petrinische kulturpolitische Bestrebungen und ihr Einfluß auf die Gestaltung der deutsch-russischen wissenschaftlichen Beziehungen im ersten Drittel des 18. Jahrhunderts. Sigrid Kumpf, Hintergründe der russisch-deutschen Entfremdung. Soziale und ökonomische Aspekte der Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland im Zeitraum von 1878–1891; Günter Rosenfeld, Die Rapallo-Partner. Die Sowjetunion im Kampf um die friedliche Koexistenz mit Deutschland 1922–1933; Gisela Jähn, Die brüderlichen Beziehungen zwischen den sowjetischen Werktätigen und den deutschen Arbeitern in den Jahren 1921–1924; Edith Hoerich-Ruppel, Die deutschen Monopolisten und ihre Gläubiger 1930/31. Eine Untersuchung über die Gestaltung der Deutschlandpolitik der USA, Englands und Frankreichs und der Außenpolitik des deutschen Imperialismus unter dem Einfluss der Weltwirtschaftskrise; Horst Schützler, Die Unterstützung und Hilfe der Sowjetunion für die antifaschistisch-demokratischen Kräfte Berlins in ihrem Kampf um eine demokratische und friedliebende Stadt April/Mai 1945–Oktober 1946.

<sup>607</sup> Heinz Lemke, Polen und die Mittelmächte im Ersten Weltkrieg (bis zur Februarrevolution); Siegfried Büniger, Die britische Antikriegsbewegung von 1914 bis 1916; Richard Lakowski, Die Kriegsziele des faschistischen Deutschlands im transsaharischen Afrika; Heinz Königer, Zur Strategie und Taktik

chronologischen Reihenfolge dominiert die Zeitgeschichte nach 1945 (fünf) vor der Zwischenkriegszeit (vier), der Zeit zwischen 1933 und 1945 (drei) sowie dem I. Weltkrieg und dem Kaiserreich (beide zwei).

### 3. Wirtschafts- und Sozialgeschichte

Anders als bei der politischen Geschichte liegt der Schwerpunkt in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte (15 Arbeiten) bei der Zeit vor 1872. Neben den beiden althistorischen Qualifikationsarbeiten Heinz Kreißigs wurden drei Dissertationen zu Besitzverhältnissen des Mittelalters verteidigt. Dabei behandelte nur Evamaria Vogler ausschließlich einen Aspekt der deutschen Geschichte. Zwei weitere Arbeiten zur Frühen Neuzeit behandelten ebenfalls die Verhältnisse in ländlichen Regionen Deutschlands unter dem Rubrum des Feudalismus, nur Klaus Vetter beschäftigte sich mit der Entstehung kapitalistischer Wirtschaftsverhältnisse in brandenburgischen Städten. Studien zur Industrialisierung fehlen, weil auch insgesamt nur eine Arbeit zum Anfang des 19. Jahrhunderts – wiederum zur ländlichen Wirtschafts- und Sozialstruktur in Deutschland (Schlesien) – verfasst wurde. Die beiden Dissertationen zum deutschen Kaiserreich berühren wirtschaftsgeschichtliche Aspekte, ohne sie in den Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses zu rücken. Während der Titel von Sigrid Kumpfs Arbeit keinen Hinweis auf die Art der wirtschafts- oder sozialgeschichtlichen Fokussierung zulässt, behandelt auch Irene Wilde die Verhältnisse in der deutschen Landwirtschaft. Über den Kapitalismus als epocheprägende Wirtschaftsordnung arbeitete Edith Hoerich-Ruppel, die bereits dessen scheinbar endgültige Krise um 1930/31 in den Blick nahm und diese mit einer außenpolitischen Fragestellung verknüpfte. Ebenfalls ein primär politisches Interesse kann den drei Schriften über den Faschismus unterstellt werden, die aber wirtschaftsgeschichtliche Interessen berühren. Für die Neuere und die Zeitgeschichte waren solche Studien an der HU offenbar nur dann interessant, wenn sie ein legitimatorisches Interesse erfüllen konnten.

Zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Zeit nach 1945 fehlen Studien ebenso wie solche über Russland, die Sowjetunion oder Ost- und Westeuropa. Selbst wenn die eigentliche Wirtschaftsgeschichte an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät institutionalisiert worden war, hätte sie ebenso im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses einer materialistischen Geschichtswissenschaft stehen können wie die Sozialgeschichte. Die Arbeitsteilung an der Universität führte dazu, dass die HU-Historiker im Fachbereich Geschichte die Bedingungen der erfolgreichen Entwicklung des Kapitalismus – der notwendigen Vorstufe des Sozialismus und zugleich dessen Gegner – ebenso wenig erforschten wie die Geschichte der Entstehung

---

Hitlerdeutschlands gegenüber der Tschechoslowakei vom Münchener Diktat bis zur Okkupation; Erich Brandt, Die amerikanische Historiographie und Publizistik über die Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges in Europa (1936–1939); Percy Stulz, Friedliche Koexistenz oder kalter Krieg. Ein Beitrag zur Strategie und Taktik der herrschenden Kreise der USA im Bereich der internationalen Beziehungen beim Übergang von der ersten zur zweiten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus; Gerhard Keiderling, Das Westberlin-Problem in den internationalen Verhandlungen von November 1958 bis zum 13. August 1961; Siegfried Schwarz, Widersprüche und Konflikte zwischen der Regierung Adenauer und den anglo-amerikanischen Mächten in der Deutschland- und Westberlinfrage (1961–1963). Ein Beitrag zu Konzeption und Krise der westdeutschen Außen- und Deutschlandpolitik nach dem 13. August 1961.



der „Arbeiterklasse“ und die Entwicklung der sozialistischen „Produktionsverhältnisse“. Wie die Geschichte der Arbeiterbewegung, die an den politischen Institutionen der SED und im Fachbereich Marxismus-Leninismus an der HU angesiedelt war, war damit ein weiterer zentraler Bereich historischen Wissens zur Erkenntnis der Geschichte der eigenen Gegenwart ihrer unmittelbaren Aufmerksamkeit entzogen.

#### 4. Wissenschaftsgeschichte

Mit Conrad Graus Habilitationsschrift wurde eine letzte Arbeit aus der Winter-Schule zur Wissenschaftsgeschichte Russlands und ihren Beziehungen zur deutschen Geschichte veröffentlicht.<sup>608</sup> Offenbar wurde sie von den übrigen Schülern Winters an der Universität, Günter Rosenfeld und Horst Schützler, nicht fortgeführt. Das Thema hatte seine institutionelle Anbindung fortan an der Akademie; an der HU arbeiteten die Historiker zur politischen Geschichte Russlands und der Sowjetunion. Zwei weitere Arbeiten beschäftigten sich mit der Hochschulpolitik in der BRD; sie sind ebenfalls der Wissenschaftsgeschichte zuzurechnen, entstammten aber dem vornehmlich an politischer Geschichte orientierten Kontext der entstehenden DDR-Zeitgeschichte, die in diesem Fall das Wissen über den aktuellen politischen Gegner vermehren sollte.<sup>609</sup>

Der Aufstieg der Zeitgeschichte nach 1961 an der HU führte zu einer Renaissance der Politikgeschichte. Es gab dabei eine Aufmerksamkeit für Internationale Beziehungen, aber kaum für die DDR selbst oder für Osteuropa. Außerhalb der Zeitgeschichte fällt auf, dass an der HU kaum Qualifikationsschriften zu Preußen entstanden, keine Weltkriegsforschung, keine Revolutionsforschung stattfand und auch Antifaschismus hier nicht thematisiert wurde.

#### Ausblick nach 1971

Der Ausblick auf die Nachzüglerarbeiten der HU-Historiker, die nach 1970 verteidigt wurden, zeigt keine gravierenden Richtungswechsel mehr. Die politische Zeitgeschichte bleibt bei den 22 Arbeiten das dominierende Thema (acht). Wirtschafts- und Sozialgeschichte wird nun fast nur noch im Bereich der wenigen Arbeiten zur Frühen Neuzeit, dem Mittelalter oder der Alten Geschichte betrieben. Thematisch ist allerdings das Fehlen weiterer Arbeiten zum Deutschen Kaiserreich hervorzuheben. Daher fehlen auch weitere Studien zur Geschichte der Arbeiterbewegung in dieser Zeit, auch die Geschichte der KPD wird nicht mehr thematisiert. An diese Stelle treten nun drei Arbeiten zur Vorgeschichte

---

<sup>608</sup> Conrad Grau, Petrinische kulturpolitische Bestrebungen und ihr Einfluß auf die Gestaltung der deutsch-russischen wissenschaftlichen Beziehungen im ersten Drittel des 18. Jahrhunderts.

<sup>609</sup> Joachim Lojewski, Die Hochschulpolitik der CDU/CSU in den Jahren 1955–1961. (Eine zeitgeschichtliche Untersuchung der Politik der Führungskräfte der CDU/CSU gegenüber den Hohen Schulen Westdeutschlands vom Eintritt der Bundesrepublik in die NATO bis zu den Bundestagswahlen vom 17. September 1961; Siegfried Prokop, Das Wechselverhältnis zwischen den bürgerlichen Universitätsreformbestrebungen und den staatsmonopolistischen Reorganisations-Maßnahmen im westdeutschen Hochschulwesen.

und Geschichte der Oktoberrevolution in Russland. Die innere Geschichte der Weimarer Republik bleibt weiterhin nur marginal, allerdings widmete wenigstens Kurt Goßweiler diesem Thema nun das erste Mal eine zusammenhängende Monografie. Für die Zeit des NS schrieb Kurt Pätzold eine Geschichte der Judenverfolgung zwischen 1933 und 1935 – diese Perspektive stellte in den faschismusgeschichtlichen Arbeiten ebenfalls ein Novum dar. In der Zeitgeschichte nach 1945 gibt es einen deutlichen Aufschwung der DDR-Geschichte, die nun von vier Historikerinnen und Historikern behandelt wird.

### **B.II.3 Die HU-Historiker in ihren Gutachten – Sprecher eines „Herrschaftsdiskurses“?**

Einige Geschichtsprofessoren der HU konnten als Betreuer von Qualifikationsschriften künftiger Berufshistoriker Standards der neuen Geschichtswissenschaft in der DDR prägen und tradieren. An der folgenden Übersicht fällt auf, dass eine beachtliche Minderheit der Gutachten von Professoren verfasst wurden, die nicht der SED angehörten. Immerhin acht der Gutachter sind keine SED-Mitglieder, sie schrieben 17 von 60 Promotionsgutachten für Historiker, die zukünftig als Berufshistoriker arbeiten konnten, das sind 28 %. Allein Eduard Winter hatte schon elf Qualifikationen betreut.

Alfred Meusel konnte trotz seiner recht kurzen Zeit an der HU immerhin fünf Promotionen begutachten – wenig überraschend angesichts seiner Position in der Nachwuchsausbildung der frühesten DDR-Geschichtswissenschaft. Daneben etablierten sich Bartel, Obermann, Paterna, Schilfert und Streisand als regelmäßige Gutachter mit SED-Parteibuch.

Gutachter Promotion (A), Berufshistoriker	Erst- gutachter	Zweit- gutachter
Bartel	8	1
Fricke	1	0
Hartung	1	0
Hoffmann	1	3
Hofmeister	1	0
Irmscher	1	0
Kamnitzer	0	2
Meusel	5	1
Müller-Mertens	1	1
Obermann	7	2
Paterna	4	7
Rörig	1	1
Rosenfeld	2	2
Schilfert	6	4
Sielaff	2	0
Sproemberg	1	0
Stoecker	1	0
Streisand	3	11
Timm	0	1
Töpfer	0	2
Welskopf	3	0
Winter	11	1

*Tabelle 19: Promotionsgutachter (Dissertation A) der zukünftigen Berufshistoriker (Assistenten und Aspiranten)* <sup>610</sup>

Der Blick in die Gutachten der HU-Historiker bestätigt Sabrows These von der Verknüpfung zwischen Professionalität und Parteilichkeit.<sup>611</sup> Ins Auge fällt vor allem die innere Geschlossenheit des Diskurses, denn auch hier verbindet die überwältigende Mehrzahl aller Gutachten ihr im Ganzen „zustimmendes Urteil zu Absicht und Anlage der Darstellung mit einer konstruktiven Kritik“, die sich auf Einzelheiten bezieht.<sup>612</sup> Daher geht auch die Suche nach eventuell in Gutachten ausgetragenen Kontroversen und Konflikten meist ins Leere, denn abweichende Standpunkte waren schon im Vorfeld der Entstehung einer Qualifikationsarbeit ausgeschlossen worden. Gutachter und Qualifikanden begegneten einander vor dem Hintergrund weitestgehender Übereinstimmung. Übrigens monierte Jürgen Kuczynski die mangelnde Lebendigkeit auch der historiografischen Arbeiten selbst:

<sup>610</sup> Keine Angabe zu Gutachtern: Gloger, Eggert, Katz, König, Krüger, Reichelt, Schipke, Schulze-Wolgast, K. Schwarz, Schwarzbach, Weißl, Wiese, Zeil, Welskopf; keine Angabe zu Zweitgutachter: Brandt, Nichtweiß, Mathwich, Neubert, Pätzold. Ein Gutachten: Schützler, Vogler, Kuczynski, Schützler, Goßweiler, Katz.

<sup>611</sup> Insgesamt wurden 43 Gutachten zu den Qualifikationsarbeiten künftiger DDR-Berufshistoriker zwischen 1951 und 1966 intensiver ausgewertet.

<sup>612</sup> Sabrow, Der staatssozialistische Geschichtsdiskurs, 36.

„Doch darf ich traurig sein, daß man nicht einen Hauch des Kampfgeistes, der so viele von uns, des Zornes, der uns Genossen von vor 1933 so oft erfüllte [...] verspürt. J. P. gleicht darin allen anderen Doktoranden, deren Arbeiten zu unserer jüngsten Geschichte ich gelesen habe, und ich habe nicht ihr, sondern denen, die sie gebildet haben, einen Vorwurf zu machen, daß unseren jungen Doktoranden jede lebendige, auch gefühlsmäßige Anschauung unserer Vergangenheit fehlt.“<sup>613</sup>

Stärker als bei Sabrow betont werden muss jedoch das überraschende Ausmaß, in dem sich die Gutachter immer wieder auf tradierte Normen der Professionalität bezogen. Die diesbezüglichen Formulierungen waren in jedem der untersuchten Gutachten anzutreffen, sodass von einer feststehenden Sprachregelung und einem normativen Ideal in der Binnenkommunikation der Historie der DDR zu sprechen ist, die innerhalb des Herrschaftsdiskurses verankert waren. Es ist dieser Aspekt, den Sabrow mit dem Terminus „Normalwissenschaft“ zu fassen sucht, den er aber doch nur gelegentlich in einem einzigen Satz abtut.<sup>614</sup>

An der HU ist parteiliche Professionalität zudem von Beginn an präsent gewesen, denn hier begutachtete mit Alfred Meusel einer der prominenten Verfechter des marxistischen Wissenschaftsideals die ersten Doktorarbeiten marxistischer Historiker. Sicherlich hätte die 33-seitige Schrift Kamnitzers nicht den Ansprüchen eines bürgerlichen Ordinarius standgehalten, und es handelte sich insofern um eine politisch gewollte, nach den universitären Regeln „irreguläre“ Qualifikation. Nicht umsonst wurde für das Koreferat kein bürgerlicher Historiker aus der Philosophischen Fakultät, sondern der Kommunist Joseph Winternitz aus der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät herangezogen. Trotz dieser Abgeschlossenheit erhielt Meusel formal wissenschaftliche Ansprüche aufrecht. Er bewertete die Dissertation seines Schülers Kamnitzer mit „vorzüglich“, weil sie „strengen, wissenschaftlichen Anforderungen gerecht“ würde, lobte die Materialfülle der Arbeit, die aufgezeigten langfristigen Entwicklungstendenzen.<sup>615</sup> Kamnitzers Schrift biete einen Erkenntnisfortschritt. Meusel formulierte damit den Anspruch, dass auch in der DDR eine Dissertationsschrift eine Forschungsarbeit sein müsse, die neue Erkenntnisse liefere und diese in die vorliegenden Arbeitsergebnisse der allgemeinen Geschichtswissenschaft integriere.

Meusels Gutachten über Joachim Streisands Dissertation ist denn auch sehr viel kritischer, obgleich auch sie mit „vorzüglich“ bewertet wurde. Die marxistisch-leninistische Perspektive der Arbeit wird zwar lobend erwähnt, ansonsten enthält das Gutachten aber eine lange Reihe von Monita, die sich auf die Disposition der Arbeit, thematische Lücken und den

---

<sup>613</sup> Jürgen Kuczynski, [Gutachten], in: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Promotion A Jutta Petersdorf, 7/43, 4.

<sup>614</sup> „auch die interessanteste Aktenauswertung konnte nicht die Standards einer seit zwei Jahrhunderten verfeinerten Quellenkritik ignorieren, wollte sie sich nicht ihres Status als Wissenschaft begeben.“ (Sabrow, Geschichte als Herrschaftsdiskurs, 52.)

<sup>615</sup> Alfred Meusel, [Gutachten], in: HUUA, Philosophische Fakultät, Promotion Heinz Kamnitzer, 20. Januar 1950, 79f.

fehlenden Bezug zur allgemeinen Geschichte beziehen.<sup>616</sup> Umgekehrt wird an der Dissertation Helmuth Stoeckers der strikte Quellenbezug der Arbeit,<sup>617</sup> ihr Forschungscharakter und die Verwendung unbekannter Archivalien gelobt,<sup>618</sup> während ihr ein Mangel an Parteilichkeit vorgeworfen wird. Die von Sabrow betonte Verknüpfung von Parteilichkeit und Professionalität findet hier ihren Ausdruck darin, dass Meusel klar zwischen politischer und wissenschaftlicher Parteilichkeit unterscheidet. Selbstverständlich stünde Stoecker politisch „auf der Seite des unterdrückten und ausgebeuteten chinesischen Volkes“.<sup>619</sup> Doch fehle „eine echte, wissenschaftliche Parteilichkeit, die man von einem marxistischen Historiker erwarten [...] muss“, weil der Verfasser sich zu sehr auf die Auswertung von Gesandtenberichten aus den höheren Kreisen der Gesellschaft verlassen hätte, sodass man über die Entwicklung des chinesischen Volkes zu wenig erfahre. Wissenschaftliche Parteilichkeit erschöpft sich demnach nicht in der äußerlichen Parteinahme für die unteren Schichten, sondern sollte sich in der Sache selbst durch die thematische Gewichtung der wissenschaftlichen Arbeit aussprechen. Zuletzt bemängelt Meusel, dass die Einbindung der Ergebnisse in die allgemeine „Geschichte des vormonopolistischen deutschen Kapitalismus“ fehle.<sup>620</sup> Auch dieser Hinweis ist ein Indiz für die Art der parteilichen Professionalität, die fortan von HU-Nachwuchshistorikern erwartet wurde: Die Erkenntnisse sollten in das Schema historischer Entwicklungsstufen eingeordnet werden, die der Historische Materialismus vorgab.

Die Gutachten Meusels enthalten schon die meisten der Normen und Regeln, die die Gutachtenpraxis bis in die 1960er Jahre bestimmen sollten. In fast allen Fällen gutachteten zwei bzw. bei Habilitationen drei marxistische Gutachter gemeinsam. Lediglich in der mittelalterlichen Geschichte kamen mit Fritz Rörig, Fritz Hartung, Heinrich Sproemberg, Frithjof Sielaff, Willy Flach und Albrecht Timm bürgerliche Fachvertreter zum Zuge. Eine Sonderrolle nimmt Eduard Winter ein, weil er sich trotz seiner bürgerlichen Herkunft und ohne SED-Parteibuch den Sprachregeln und normativen Anforderungen der marxistischen Historie anschloss.

Zunächst zu den Äußerungen marxistischer Gutachter. Ein zentrales Thema der Gutachten ist der *Quellenbezug* der Qualifikationsarbeiten: Diese sollten neue bzw. bisher zu wenig beachtete Primärquellen auswerten, wobei es sich in den meisten Fällen um Archivalien handeln sollte.<sup>621</sup> Gelegentlich konnte die Verwendung fremdsprachiger Quellen eingefordert

---

<sup>616</sup> Ders., [Gutachten], in: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Promotion Joachim Streisand, 6. 2. 1952, 7–9. Ähnlich auch: Ders., [Gutachten], in: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Promotion Gerda Grothe, 6. 2. 1952.

<sup>617</sup> Dass die Thesen aus den Quellen abgeleitet werden, lobt Meusel auch an der Dissertation Eckhard Müller-Mertens'. Alfred Meusel, [Zweitgutachten], in: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Promotion Eckhard Müller-Mertens, 14.11. 1951, 1–2, hier 1.

<sup>618</sup> BBAW-Archiv, NL Meusel, 470, Beurteilung der Arbeit von Helmuth Stoecker: Die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und China 1861–1885, 1–4, hier: 1.

<sup>619</sup> Ebd., 2. Auch das folgende Zitat ebd.

<sup>620</sup> Ebd., 3.

<sup>621</sup> Erich Paterna, [Gutachten], in: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Promotion Percy Stulz, 27. 2. 1957, 2: „mit größter Sorgfalt und strengster Quellenkritik betriebenes Aktenstudium“. Vgl. etwa Karl

werden.<sup>622</sup> Thesen sollten durch Quellen *belegt* werden, d. h. der Verweis auf die Vorgaben der „Klassiker“ des Historischen Materialismus genügte nicht.<sup>623</sup> Die Kenntnis der einschlägigen *wissenschaftlichen Literatur*, und zwar sowohl der „bürgerlichen“ wie der marxistischen, wurde ebenfalls gefordert.<sup>624</sup> Gegebenenfalls wurde kritisch auf nicht beachtete Arbeiten hingewiesen. Damit im Zusammenhang steht der *Forschungscharakter* der Qualifikationsschriften: Durch neue Quellen und die Auseinandersetzung mit der Sekundärliteratur sollten *neue Erkenntnisse* produziert werden.<sup>625</sup> Diese ergaben sich nicht einfach durch die Rekonstruktion einzelner neuer Fakten, sondern durch die Einbindung des *Einzelnen* in das *Allgemeine* der historischen Entwicklung.<sup>626</sup> Die historischen Vorgänge sollten nicht nur parteilich bewertet, sondern durch Analyse ihrer *Ursachen* geklärt werden.<sup>627</sup> Durch das Schließen einer Forschungslücke sollte sich ein neuer Forschungsstand ergeben. Klarheit und Folgerichtigkeit der Gedankenführung sowie eine übersichtliche Disposition der Kapitel gehörten ebenso zu den immer wieder betonten Anforderungen.<sup>628</sup> Zu den Tugenden der angehenden Historiker, auf die die Gutachten sich beziehen, gehörten nicht nur die meist stillschweigend vorausgesetzte politische Parteilichkeit, sondern *Fleiß* und *Gründlichkeit*, „Mühe und Sorgfalt“.<sup>629</sup>

Der Übergang der professionellen Anforderungen in den oben skizzierten „Herrschaftsdiskurs“ nach Sabrow bildet die Kategorie der Relevanz. Zwar weisen die Gutachter immer wieder abstrakt auf die wissenschaftliche Bedeutung des nunmehr erforschten Themas hin. Zumeist wird im gleichen Zug aber auch dessen gegenwärtige politische Bedeutung herausgestellt.<sup>630</sup> Die Unterschiede zwischen Gegenwart und

---

Obermann, [Gutachten], ebd., 1; ders., [Gutachten], in: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Promotion Dieter Fricke, 22. 9. 1956, 1.

<sup>622</sup> Erich Paterna, [Gutachten], in HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Habilitation Dr. Edith Hoerich-Ruppel, 23. 10. 1963, 3. Karl Obermann, [Gutachten], in: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Promotion Heinz Königer, 19. 12. 1958, unpag.

<sup>623</sup> Erich Paterna, [Gutachten], in: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Promotion Rudi Berthold, 7. 12. 1955, unpag.; Heinrich Scheel, [Gutachten], in: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Promotion Olaf Groehler, 14. 10. 1964, 2. Schilfert kritisiert an anderer Stelle, dass die „Rolle der Arbeiterklasse als führende Kraft“ nur behauptet würde, ohne, dass dafür Belege angeführt würden. (Gerhard Schilfert, [Gutachten], in: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Promotion Adolf Rüger, 28. 9. 1960, 3).

<sup>624</sup> Gerhard Schilfert verweist etwa auf nicht beachtete Arbeiten von Gerhard Ritter und Karl Brandt: Gerhard Schilfert, [Gutachten], in: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Promotion Rudi Berthold, 7. 12. 1955, unpag. Vgl. auch: Karl Obermann, [Gutachten], in: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Promotion Dieter Fricke, 22. 9. 1956, 1.

<sup>625</sup> Gerhard Schilfert, [Gutachten], in: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Habilitation Dr. Heinrich Scheel, 19.5. 1960, 5: Der Verfasser habe gezeigt, „daß er imstande ist, selbständig wertvolle Forschungsarbeit zu leisten und neue Resultate zu erzielen“. Vgl. etwa Paterna, [Gutachten] Promotion Stulz, a. a. O., 1.

<sup>626</sup> Vgl. Schilfert, [Gutachten] Promotion Rüger, a. a. O., 3f. Vgl. auch Paterna, [Gutachten] Habilitation Hoerich-Ruppel, a. a. O., 5: „Durch die ausführliche Behandlung der vielen Einzelheiten [...] wird der Zusammenhang dieser Fragen mit der Grundtendenz der Epoche oft völlig verdeckt.“; Karl Obermann, [Gutachten], in: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Promotion Rolf Dlubek, 8. 4. 1964, 1f.

<sup>627</sup> Paterna, [Gutachten] Habilitation Hoerich-Ruppel, a. a. O., 1: „die Ursachen und Triebkräfte, die objektiven Bedingungen und Gesetzmäßigkeiten aufzuzeigen“; Obermann, [Gutachten] Promotion Fricke, a. a. O., 2; Karl Obermann, [Gutachten] in: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Promotion Heinrich Scheel, 21.3. 1956, unpag.

<sup>628</sup> Erich Paterna, [Gutachten], ebd., 3; Schilfert, [Gutachten] Promotion Königer, a. a. O., unpag.

<sup>629</sup> Obermann, [Gutachten] Promotion Scheel, a. a. O., 1. Vgl. Walter Bartel, [Gutachten] Habilitation Hoerich-Ruppel, a. a. O., 5; Schilfert, [Gutachten] Habilitation Scheel, a. a. O., 2.

<sup>630</sup> Paterna, [Gutachten] Habilitation Hoerich-Ruppel, a. a. O., 1: Die Arbeit habe eine „hohe wissenschaftliche

Vergangenheit werden auf diese Weise in der Sprache der Gutachten wie im normativen Horizont der Geschichtswissenschaft der DDR insgesamt verflüssigt. Während die bekennenden SED-Mitglieder unter den Gutachtern diesen Umstand als Vorzug sahen, konnte der bürgerlich geprägte Albrecht Timm die Gleichsetzung der „Propaganda“ der mittelalterlichen „Kirche“ mit den diesbezüglichen Erfahrungen aus dem 20. Jahrhundert nicht gutheißen.<sup>631</sup>

Die Parteilichkeit des Historikers wie des wissenschaftlichen Textes ist ein stehendes Motiv der Gutachten. Während die politische Parteilichkeit meist nicht infrage gestellt war,<sup>632</sup> konnte jedoch die entschiedene wissenschaftliche „Parteilichkeit, die durch unumstößliche Tatsachenbeweise“, also durch die Art der Rekonstruktion des historischen Geschehens selbst, „zu überzeugen vermag“, auch vermisst werden.<sup>633</sup> Wie Meusel vorher begnügten sich auch die aus dem politischen Apparat der SED in den Historiker-Beruf übergewechselten Erich Paterna und Walter Bartel nicht mit bloßen politischen Bekenntnissen. Die Arbeit von Edith Hoerich-Ruppel über die „deutschen Imperialisten“ 1930/31 wurde von ihnen kritisiert, weil die Vertreter der Weimarer KPD darin „nur verhältnismäßig selten“ zu Wort kämen bzw. bei den angehängten Abbildungen im Gegensatz zu den „schmeichelhaften Porträts“ bürgerlicher Politiker in ein zu schlechtes Licht gerückt würden.<sup>634</sup>

Die Identifikation des „objektiven Gegners“, d. h. die Auseinandersetzung mit der westdeutschen Geschichtswissenschaft stellt nach Sabrow ein weiteres Grundmotiv des „Herrschaftsdiskurses“ der sozialistischen Geschichtswissenschaft dar. Sie sollte der Integration der Diskursgemeinschaft dienen, doch ist sie im Untersuchungszeitraum in den Gutachtern der HU-Historiker nicht in der Schärfe zu finden, die die Herkunft dieses Begriffs aus der Analyse totalitärer Herrschaft bei Hannah Arendt vermuten lässt. Bis zur Mitte der 1950er Jahre steuerten die marxistischen Gutachter einen Ausgleichskurs, der auch durch die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit bürgerlichen Gutachtern bedingt war.<sup>635</sup> Der Ton verschärft sich erst zu Beginn der 1960er Jahre, nachdem sich die Trennung von den bürgerlichen Kollegen sowohl an der HU als auch im Westen Deutschlands abgezeichnet

---

und zugleich aktuelle politische Bedeutung“ Ruppel; ähnlich etwa Obermann, [Gutachten] Promotion Fricke, a. a. O., 1; Obermann, [Gutachten] Habilitation Scheel, a. a. O., 1.

<sup>631</sup> Albrecht Timm, [Gutachten], in: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Promotion Bernhard Töpfer, 22. 9. 1954, unpag.

<sup>632</sup> Doch auch hier konnten die Gutachter Korrekturen fordern, wenn der Verfasser den gegenwärtigen politischen Gegner über Gebühr aufwertete oder den letzten Schwenk der offiziellen Parteilinie der SED nicht mitvollzogen hatte. So kritisiert Walter Bartel 1963 den Bezug auf den mittlerweile offiziell nicht mehr erwähnten Stalin bzw. die zu naiv-positive Einschätzung der „sektiererischen“ Sozialfaschismus-Propaganda der Weimarer KPD (Bartel, [Gutachten] Habilitation Hoerich-Ruppel, a. a. O., 4). Streisand findet an anderer Stelle einen Anhänger der Totalitarismus-Doktrin zu positiv bewertet (Joachim Streisand, [Gutachten], in: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Promotion Günther Rose, 3. 10. 1966, 2), Ernst Hoffmann kritisiert an der gleichen Arbeit die zu positive Einschätzung der westdeutschen Ostpolitik ([Gutachten], ebd., 4).

<sup>633</sup> Paterna, [Gutachten] Habilitation Hoerich-Ruppel, a. a. O., 4.

<sup>634</sup> Ders., ebd., 3 bzw. Bartel, ebd., 5. Ähnlich auch Schilfert, [Gutachten], Promotion Groehler, a. a. O., 3.

<sup>635</sup> Um die Kritik des bürgerlichen Gutachters Hartung zu entkräften, der die Polemik des Verfassers gegen Arbeiten der älteren deutschen Geschichtswissenschaft für überzogen hielt, formuliert Schilfert 1956: „Bei aller Kritik erweist der Verfasser den Verdiensten der älteren Forscher die gebührende Anerkennung“ (Gerhard Schilfert, [Gutachten], in: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Habilitation Dr. Eckhard Müller-Mertens, 21. 3. 1956, 3)

hatte. Doch wurde die kritische Auseinandersetzung mit westdeutschen Historikern keineswegs in jedem Gutachten gelobt bzw. gefordert. Bei den untersuchten 14 Gutachten aus der Zeit nach 1958, die für Sabrow die entscheidende Marke für die endgültige Durchsetzung des „Herrschaftsdiskurses“ darstellt, wurde in vier Gutachten die westdeutsche Historie eigens erwähnt. Ihr wird dann etwa „Unwahrhaftigkeit“ und Apologetik in der Einschätzung der Kolonialpolitik vorgeworfen, die Theorie vom „Primat der Außenpolitik“, die die „bürgerlichen Historiker“ vertreten, wird kritisiert, die abweichenden Ansichten der „westliche[n] Literatur“ über die Eröffnung einer zweiten alliierten Front im II. Weltkrieg wird auf die Kontroversen um den beginnenden „Kalten Krieg“ zurückgeführt.<sup>636</sup> Gerhard Schilfert lobt Heinrich Scheel, weil er sich „bei Auseinandersetzungen mit anderen Autoren keine unnötige Zurückhaltung“ auferlegt, er hätte allerdings die Kritik durch die Anführung von Namen und Ansichten der Forscher präzisieren sollen, anstatt „schlechtweg von bürgerlichen Historikern“ zu sprechen.<sup>637</sup>

In zeitlichem Zusammenhang mit dieser Abgrenzung wird zugleich seit Beginn der 1960er Jahre die eigene Disziplin auch im Sprachgebrauch eindeutiger identifiziert. Erst jetzt sprechen die Gutachter häufig von einer „marxistischen Geschichtswissenschaft“,<sup>638</sup> während noch in den 1950er Jahren von „der Geschichtswissenschaft“<sup>639</sup> gesprochen wurde und allenfalls gelegentlich die Wendungen „marxistischer Historike[r]“ bzw. „materialistische[.] Geschichtsauffassung“ gefallen waren.<sup>640</sup>

Sehr viel früher verweisen die Gutachter auf die „Anwendung der Methode des historischen Materialismus“.<sup>641</sup> Darunter verstehen sie die Erforschung des Zusammenhangs zwischen der Entwicklung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen,<sup>642</sup> die Rückführung von politischen Einstellungen historischer Akteure auf Klasseninteressen,<sup>643</sup> den Nachweis der „Gesetzmäßigkeit“<sup>644</sup> eines historischen Geschehens bzw. die Anwendung des von Marx herrührenden historischen Periodisierungsschemas,<sup>645</sup> sowie sehr häufig die Erforschung der „Rolle der Volksmassen in der Geschichte“.<sup>646</sup> Sehr selten wird eigens auf die normative

<sup>636</sup> Schilfert, [Gutachten], Promotion Rüger, a. a. O., 3; vgl. auch Paterna, [Gutachten], Hoerich-Ruppel, 4: „Sehr erfreulich ist die scharfe Auseinandersetzung mit den westdeutschen Historikern [...] Zimmermann, Eyck, Bracher, Erdmann u. a.“

<sup>637</sup> Schilfert, [Gutachten] Habilitation Scheel, a. a. O., 4.

<sup>638</sup> Paterna, [Gutachten] Habilitation Hoerich-Ruppel, a. a. O., 1; Bartel [Gutachten], ebd.; Scheel, [Gutachten], Promotion Groehler, a. a. O., 1; Walter Bartel [Gutachten], in: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Habilitation, Dr. Percy Stulz, 16. 6. 1966, 1.

<sup>639</sup> Paterna, [Gutachten] Promotion Stulz, a. a. O., 1.

<sup>640</sup> BBAW-Archiv, NL Meusel, 470, Beurteilung der Arbeit von Helmuth Stoecker: Die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und China 1861–1885, 1–4, hier: 2 bzw. Schilfert, [Gutachten] Habilitation Müller-Mertens, a. a. O., 1.

<sup>641</sup> Paterna, [Gutachten] Promotion Stulz, a. a. O., 1; Paterna, [Gutachten], Promotion Berthold, a. a. O., unpag.; Paterna, [Gutachten] Promotion Scheel, a. a. O., 1; Schilfert, [Gutachten], Promotion Rüger, a. a. O., 2.

<sup>642</sup> Obermann, [Gutachten] Promotion Scheel, a. a. O., 1; Paterna ebd., 1; Karl Obermann, [Gutachten], HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Promotion Erich Paterna, 2. 11. 1955, unpag.

<sup>643</sup> Paterna, [Gutachten] Promotion Stulz, a. a. O., 3.

<sup>644</sup> Schilfert, [Gutachten] Habilitation Hoerich-Ruppel, a. a. O., 5.

<sup>645</sup> Paterna, ebd., 3: „Die Vf. läßt sich [...] von der Methode des historischen Materialismus leiten. Es gelingt ihr ausgezeichnet, ein anschauliches Bild der unlösbaren Widersprüche des Weltimperialismus zu geben.“

<sup>646</sup> „Dem Bemühen um die konsequente Anwendung des historischen Materialismus ist es zuzuschreiben, daß



Verbindlichkeit von Aussagen der ‚Klassiker‘ Marx, Engels, Lenin oder Stalin hingewiesen.<sup>647</sup> Gerhard Schilfert kennzeichnet den Historischen Materialismus als Leitfaden für die Konstitution des ‚wahren‘ und ‚wesentlichen‘ historischen Geschehens aus den „Stoffmassen“.<sup>648</sup>

Ogleich mit dem Historischen Materialismus der zentrale methodische und theoretische Ansatzpunkt einer marxistischen Geschichtswissenschaft angesprochen ist, wird das Konzept kaum problematisiert. Nur einem einzigen Historiker wird eine fehlerhafte Anwendung des Konzepts attestiert: Da Rudi Berthold die theologischen Aussagen Luthers zu einseitig auf dessen Parteinahme für die fürstliche Oberschicht zurückführt, wirft ihm Erich Paterna eine „Tendenz zur Vulgarisierung des historischen Materialismus“ vor.<sup>649</sup> Die Gutachter erkennen selbstgewiss in den Qualifikationsarbeiten die Erfolge der neuen historischen Perspektive, die sowohl von ihnen wie dem universitären Nachwuchs geteilt wird.

Eine Folge dieses wenig problemorientierten Konsenses ist die Tendenz zum Objektivitätsdenken. Auch in der Theoriebildung der marxistischen Geschichtswissenschaft galt die kommunistische Parteilichkeit als Voraussetzung historischer Objektivität. In den Gutachten findet diese Einstellung ihren sprachlichen Ausdruck in Formulierungen, die Quellenbelege als „Beweise“ bewerten,<sup>650</sup> die die Rekonstruktion des historischen Geschehens als Enthüllung der „Tatsachen“ interpretieren,<sup>651</sup> die in dieser Rekonstruktion ein treues und klares Abbild der Verhältnisse sehen.<sup>652</sup> Zudem kehren Formulierungen wieder, die auf die Vollständigkeit der behandelten Aspekte des Themas verweisen.<sup>653</sup> Für die Gutachter bestätigen die Qualifikationsarbeiten die Richtigkeit ihrer eigenen parteilichen Geschichtsauffassung und des ihr zugeordneten und kaum ausgearbeiteten theoretischen Konzeptes des Historischen Materialismus; in keinem Fall werden auch nur einzelne Versatzstücke der Theorie selbst in Frage gestellt. Die Gutachten reproduzieren auf diese Weise immer wieder das „Ideal der richtigen Erkenntnis“, in dem die Verknüpfung von

---

an vielen Stellen der Arbeit die Rolle der Volksmassen in der Geschichte [...] sehr eindrucksvoll hervorgehoben wird.“ (Paterna, ebd., 3); Obermann, [Gutachten] Promotion Fricke, a. a. O., 1; Obermann, [Gutachten] Habilitation Scheel, a. a. O., 1.

<sup>647</sup> Paterna, [Gutachten] Habilitation Hoerich-Ruppel, a. a. O., „Zielstellung, die Unumstößlichkeit der Leninschen Feststellungen zu erhärten“ (2); „weist nach, daß – wie Lenin schon feststellte [...]“ (4).

<sup>648</sup> Schilfert, [Gutachten] Habilitation Scheel, a. a. O., 2. Vgl. auch Schilfert, [Gutachten] Promotion Rüger, a. a. O.: Der Verfasser habe die „quellenkritischen [...] Einzelaufgaben [...] mit vollem Erfolg gelöst“, und zwar „in erster Linie dank seines prinzipiellen Herangehens an alle Probleme im Sinne des historischen Materialismus“. Dadurch sei es ihm gelungen, „aus der Fülle [...] das Wesentliche auszuwählen“, den „Kern der Ereignisse aus der unbrauchbaren Hülle, d. h. allen die Wahrheit verfälschenden Aussageformen des imperialistischen Klassenstandpunktes, richtig herauszuschälen“ (2).

<sup>649</sup> Paterna, [Gutachten], Promotion Berthold, a. a. O., 1954, unpag.

<sup>650</sup> Vgl. etwa Paterna, [Gutachten] Promotion Stulz, a. a. O., 4: „Beweismaterial [...], aus dem eindeutig hervorgeht“; vgl. auch Schilfert, [Gutachten] Promotion Rüger, a. a. O., 3.

<sup>651</sup> Obermann, [Gutachten] Promotion Paterna, a. a. O., 2: Die Ergebnisse ergäben sich „klar und eindeutig aus dem Tatsachenmaterial“. Vgl. auch Paterna, [Gutachten] Promotion Stulz, a. a. O., 3.

<sup>652</sup> Die Anwendung der „Methode des historischen Materialismus“ ermöglicht ein „Bild der unlösbaren Widersprüche des Weltimperialismus“ (Paterna Paterna, [Gutachten] Habilitation Hoerich-Ruppel, a. a. O., 3); ähnlich Obermann, [Gutachten] Promotion Fricke, a. a. O., 2.

<sup>653</sup> Die vollständige, „allseitig[e]“ Behandlung der „Gesamtproblematik“ bei Schilfert, [Gutachten] Habilitation Scheel, a. a. O., 1. Vgl. Obermann, [Gutachten] Promotion Stulz, a. a. O., 1.

Parteilichkeit und Objektivität historisches Erkennen als empirische Bestätigung schon vorher bekannter, theoretisch formulierter Wahrheit konzipiert.<sup>654</sup>

Das Ergebnis der Untersuchung der Gutachtenpraxis bestätigt jene wesentlichen diskursiven Merkmale, die Martin Sabrow der „beherrschten Normalwissenschaft“ der ostdeutschen Historie zugeschrieben hat. Der verordnete diskursive Konsens wurde durch die Praxis der HU-Historiker als Universitätslehrer internalisiert und reproduziert. Zur Normalität des universitären Geschäfts gehörte daneben allerdings auch die selbstverständliche Fortführung von Normen und Regeln historischer Forschung und Darstellung, wie sie seit dem 19. Jahrhundert in Deutschland entwickelt worden waren. Inwiefern diese die Praxis der Geschichtsforschung und -schreibung selbst bestimmten, konnte an dieser Stelle nicht untersucht werden. In den Augen der HU-Historiker verbürgten seit Alfred Meusels frühen Interventionen diese traditionellen disziplinären Regeln zu einem wichtigen Teil die Wissenschaftlichkeit der neuen Geschichtswissenschaft und halfen, dem revolutionären Zugriff des kommunistischen Geschichtsdenkens auf die deutsche Universität den Charakter eines legitimen und ‚normalen‘ Wissenschaftswandels zu verleihen, weil er scheinbar auf die historische Entwicklung der Disziplin aufbaute.

Zwei wichtige Korrekturen an diesem Urteil sind notwendig: Es bezieht sich auf die Gutachter aus dem Bereich der neueren Geschichte; und Eduard Winter behauptete als Gutachter eine Sonderrolle, weil er sehr viel häufiger als etwa Meusel, Paterna, Schilfert oder Obermann die Grenzen der „Parteilichkeit“ in der Geschichtswissenschaft betonte. Die eine bezieht sich auf die Gutachter aus dem Bereich der neueren Geschichte; und die andere auf Eduard Winter, der als Gutachter eine Sonderrolle behauptete, weil er sehr viel häufiger als etwa Meusel, Paterna, Schilfert oder Obermann die Grenzen der „Parteilichkeit“ in der Geschichtswissenschaft betonte.

Eduard Winter hatte sich, ähnlich wie Alfred Meusel, nach einer Karriere im deutschen Universitätssystem vor 1945 und zuletzt als Ordinarius an der Deutschen Universität in Prag, in der DDR als führender Osteuropa-Historiker durchsetzen können. Obgleich er selbst nicht Mitglied der SED wurde, machte er sich die Grundorientierung auf den Historischen Materialismus zu eigen und strebte eine Synthese aus den Normen und Regeln der bürgerlichen Disziplin mit den Grundsätzen einer parteilichen Wissenschaftsauffassung an. Seine Gutachten aus dem Bereich der Geschichte Russlands und der UdSSR zeigen, dass auch er politische „Parteilichkeit“ nicht rein äußerlich an die historischen Gegenstände herangetragen sehen wollte: „[D]ie Parteilichkeit offenbart sich am besten durch die Herausarbeitung von historischen Tatsachen auf Grund intensiver Quellenstudien, die [...] zeigen, wie [...] der Gegner gehandelt hat.“<sup>655</sup> In diesem Parteilichkeitskonzept war Winters Position durchaus der von Meusel vergleichbar. Winter arbeitete sehr viel länger als Meusel

---

<sup>654</sup> Vgl. Sabrow, „Beherrschte Normalwissenschaft“, 430f.

<sup>655</sup> Eduard Winter, [Gutachten], in: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Promotion Gisela Jähn, 9. 12. 1964, 1. Ähnlich die Kritik an Ernst Wurl: Eduard Winter, [Gutachten], in: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Promotion Ernst Wurl, 28. 6. 1961, 14.

an der HU und fand daher im Gegensatz zu diesem noch in den 1960er Jahren zahlreiche Anlässe, die naiv-legitimistische Politisierung von Dissertationen zu kritisieren. Auf diese Weise hielt er an jener Auffassung fest, dass sich die „Parteilichkeit für den Fortschritt [...] aus der unbefangenen Analyse der Wirklichkeit von allein ergebe“, die 1956/57 keineswegs „endgültig [...] mit einer Zurückweisung der ‚revisionistischen Auffassungen‘ [Jürgen Kuczynski] zurückgewiesen worden war.“<sup>656</sup>

Im Promotionsverfahren von Gisela Jähn, die in Leningrad studiert hatte und später Professorin am Institut für Marxismus-Leninismus der ZK der SED wurde, setzte Winter sich mit einer schlechteren Benotung gegen den Zweitgutachter Erich Paterna durch. Er lobte an der Arbeit der Promovendin einige fachliche Qualitäten wie die Auswertung archivalischer Quellen. Auch das Thema an sich, die „brüderlichen Beziehungen zwischen den sowjetischen Werktätigen und den deutschen Arbeitern“ in den 1920er Jahren bewertete er als „ruhmreiche, bewegende Seite der internationalen Arbeiterbewegung“.<sup>657</sup> Allerdings kritisierte er den politisierten „Jargon“ sowie den „Schematismus“ der Verfasserin, die die Sozialdemokratie als „verräterisch“ beschimpfte, um „damit ihre Parteilichkeit unter Beweis zu stellen“. Mit seinem Notenvorschlag konnte sich Winter durchsetzen. Jedoch sah er nach einer entsprechenden Überarbeitung dennoch keine Hindernisse für die sogar „dringend gewünschte Drucklegung“ und empfahl die Dissertation „auf Grund des Fleißes“ und der „innere[n] Anteilnahme“ der Promovendin an der Geschichte „dieses so wichtigen Gegenstandes“ zur Annahme im Promotionsverfahren.<sup>658</sup>

Gleichermaßen schlecht bewertete Winter die Dissertation Ernst Wurl, der später Professor im Bereich Marxismus-Leninismus werden sollte. Diesmal schloss sich auch Zweitgutachter Paterna dem Notenvorschlag an. Doch auch wenn nach dem Urteil Winters die „falsch verstandene Parteilichkeit“ den fachwissenschaftlichen Wert der Arbeit zunichte mache,<sup>659</sup> verhinderte der Gutachter nicht den erfolgreichen Abschluss der Promotion als Ausgangspunkt für eine Universitätskarriere. Wiederum gaben persönliche Qualitäten wie Fleiß bei der Sammlung umfangreichen „neue[n] Material[s] und einem großen Eifer des Verfassers“ den Ausschlag.<sup>660</sup>

---

<sup>656</sup> So aber Sabrow, *Der „ehrliche Meinungsstreit“*, 85. Vgl. Jürgen Kuczynski, *Frost nach dem Tauwetter. Mein Historikerstreit*, Berlin 1993.

<sup>657</sup> Winter, [Gutachten] Promotion Jähn, a. a. O., 1.

<sup>658</sup> Ebd., 2. Ähnliche Maßstäbe offenbarte Winter auch bei der besser bewerteten Arbeit von Sigrid Kumpf. Dass sich die Verfasserin bei der Darstellung des zaristischen Russlands an einer Schrift von Friedrich Engels orientierte, wollte Winter nicht „unbesehen selbst als Einseitigkeit“ bewerten. Offenbar entsprach diese Dissertation eher seiner Auffassung von Parteilichkeit, denn es sei „lobenswert [...], daß [Kumpf] bei aller Klarheit ihres Standpunktes, nämlich des Marxismus-Leninismus, nur durch eine ruhige Darstellung zu wirken sucht.“ Ansonsten lobte Winter fachliche Qualitäten: die Quellenkenntnis, umfangreiche Archivstudien, die Gewinnung neuer Erkenntnisse (Eduard Winter, [Gutachten], in: HUUA, *Philosophische Fakultät nach 1945, Promotion Sigrid Kumpf*, 9. 12. 1964, 1).

<sup>659</sup> „Leider führt den Verfasser eine falsch verstandene Parteilichkeit zu ekstatischen Übertreibungen. Hier will der Historiker die Arbeit enttäuscht weglegen.“ (Winter, [Gutachten] Promotion Wurl, a. a. O., 14).

<sup>660</sup> Ebd., 15.

Wie Winter suchte auch Friedrich Katz, der selbst in Wien promoviert worden war, bevor er 1956 Jahren in die DDR kam,<sup>661</sup> das politische Parteilichkeitskonzept in eine Forschungsperspektive zu verwandeln, zunächst ohne damit der Politisierung grundsätzlichen Widerstand entgegenzusetzen. Katz hatte es als Zeithistoriker mit politisch ausgesprochen aufgeladenen Arbeiten zu tun. Anlässlich einer Promotion über die britische Labour-Party verwies er auf die „brennende Aktualität“ des Themas und kritisierte die „herrschenden Kreise in der Bundesrepublik“ für ihre Verweigerung einer Entspannungspolitik.<sup>662</sup> Die zu begutachtende Arbeit lobte er für ihre „zurückhaltende[.], nüchterne[.] und objektive[.] Sprache“: „Nicht die Zahl der Beschimpfungen, bzw. verbale Bezeichnungen, sondern der Inhalt einer Arbeit bewirken deren Parteilichkeit. Gerade die zurückhaltende und nüchterne Sprache dieser Dissertation gibt ihr einen besonderen parteilichen Charakter für Frieden und Sozialismus.“<sup>663</sup>

Eduard Winters lange durchgehaltene ambivalente Sonderrolle lässt sich neben der Kritik am überzogenen Parteilichkeitskonzept auch daran ablesen, dass er einem anderen Bestandteil des normgebenden sozialistischen Geschichtsdiskurses selten Platz in seinen Gutachten einräumt: der Figur des „Gegners“ in Form der bürgerlichen Geschichtswissenschaft.<sup>664</sup>

Auch hier plädiert Winter für Quellenbelege statt Polemik: Günter Rosenfeld etwa „tritt den neuesten Entstellungen der geschichtlichen Tatsachen durch“ westliche Historiker „mit Erfolg entgegen, nicht zu sehr durch starke Worte, sondern durch Erschließung neuer Quellen.“<sup>665</sup> Dagegen gehört die Anwendung des Historischen Materialismus zum notwendigen Repertoire einer Forschungsarbeit, denn erst dieser bringe die „wahre Parteilichkeit [...] in der historischen Untersuchung stets zum Ausdruck“. Die Aufgabe des marxistischen Historikers bestehe darin, forschend die „Gesetze des historischen Materialismus zur Gewißheit“ zu bringen.<sup>666</sup>

Während Winter und auch Friedrich Katz den sozialistischen Geschichtsdiskurs selbst anders zu akzentuieren suchten, haben sich die Gutachter im Bereich der mittelalterlichen und der alten Geschichte von ihm fast vollständig ferngehalten. Jedoch führte diese Verweigerung nicht zu einer grundsätzlichen Opposition gegen die neuen marxistischen Maßstäbe. Dies betrifft sowohl die bürgerlichen Historiker wie Fritz Rörig, Albrecht Timm oder Frithjoff Sielaff (die allerdings nur sehr selten in Erscheinung traten), wie auch die jüngeren Protégés der SED-Hochschulpolitik Elisabeth Ch. Welskopf, Eckhard Müller-Mertens und Bernhard

---

<sup>661</sup> Vgl. Friedrich Katz, Lebenslauf, in: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Habilitation Friedrich Katz.

<sup>662</sup> Friedrich Katz, [Gutachten], in: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Promotion Hella Winkler, 16. 2. 1966, 1 bzw. 4

<sup>663</sup> Ebd., 5.

<sup>664</sup> Vgl. aber Eduard Winter, [Gutachten], in: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Promotion Horst Schützler, 27. 11. 1964, 12: Schützler führe eine „klare Auseinandersetzung mit den vielen Verfälschungen, die von westlicher Seite“ vorlägen.

<sup>665</sup> Eduard Winter, [Gutachten], in: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Promotion Günter Rosenfeld, 16. 2. 1956, 2.

<sup>666</sup> Ebd., 14. Auch dem historischen Präsentismus des sozialistischen Geschichtsdiskurses zeigt sich Winter verpflichtet. An der Arbeit Günter Rosenfelds kritisiert er, dass dieser „zu wenig Schlussfolgerungen zieht, vor allem für die Gegenwart“; „Immer wieder weicht Rosenfeld der Gegenwartsbeziehung aus“ (a. a. O., 2).

Töpfer. Hinsichtlich der Gutachtertätigkeit überwog bei Welskopf und Müller-Mertens die Einbindung in den fachwissenschaftlichen Kontext eines historischen Spezialgebietes sogar die Verbindlichkeit, die aus ihrer Mitgliedschaft in der SED entstand.

Fritz Rörig arbeitete etwa mit Alfred Meusel einvernehmlich bei der Promotion Müller-Mertens' sowie Gerda Grothes zusammen. An der Arbeit der Assistentin Alfred Meusels bemängelte er zwar deren Kürze wie auch die Eingrenzung des Untersuchungszeitraums, den schmalen Anmerkungsapparat und die fehlende Auseinandersetzung mit einschlägiger wissenschaftlicher Literatur. Auch ihrem Urteil über Robespierre mochte er nicht folgen. Allerdings war er bereit, die Schwächen mit der Notwendigkeit einer schnellen Nachwuchsausbildung zu entschuldigen,<sup>667</sup> obgleich ihm bekannt gewesen sein musste, dass diese nach politischen Kriterien vonstatten ging. Bei der Notengebung mochte er sich nicht dem „vorzüglich“ des Erstgutachters Meusel anschließen, doch stellte er seine Zustimmung bei einem entsprechenden Fakultätsbeschluss in Aussicht.

Albrecht Timm war an den Verfahren von Müller-Mertens und Töpfer beteiligt und beschränkte sich hier auf die Bewertung der fachwissenschaftlichen Qualitäten. So lobte er an einer Habilitationsschrift den Gewinn neuer Erkenntnisse über die Geschichte der Mark Brandenburg und deren Einbindung in „den allgemeinen Zusammenhang des geschichtlichen Ablaufs“.<sup>668</sup> Die Arbeit zeige, dass der Verfasser „selbständig wissenschaftlich zu arbeiten versteht“.<sup>669</sup> Kritisiert wurde die unzureichende Heranziehung einschlägiger Sekundärliteratur, die weitschweifige Darstellung sowie zahlreiche Wiederholungen.<sup>670</sup> Frithjof Sielaff beschränkte sich in seiner Kritik auf die Zitation zahlreicher Belegstellen für die die „Unzulänglichkeit der Ausdrucksfähigkeit“<sup>671</sup> der Verfasser und die Korrektur sachlicher Fehler, die er etwa auf die Unkenntnis der neueren mittelalterlichen Namenskunde zurückführte.<sup>672</sup> Die unbewiesene Kritik der Promovendin Waltraud Bleiber an bürgerlichen Forschern wies er zurück, er schätzte jedoch die „kritische[.] Forschungsmethode“ und die „Berücksichtigung der Textüberlieferung der Quellen.“<sup>673</sup>

Eckhard Müller-Mertens hatte seinen schnellen Aufstieg zum Professor und Fachrichtungsleiter nicht nur seiner mediävistischen Sachkompetenz sondern auch frühen Bekenntnissen zum Historischen Materialismus sowie zum stalinistischen Periodisierungsschema in den 1950er Jahren zu verdanken. 1956 war er Parteisekretär der SED-Grundorganisation der Historiker an der HU geworden, hatte bald darauf allerdings den

---

<sup>667</sup> Fritz Rörig, [Gutachten], in: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Promotion Gerda Grothe, 6. 2. 1952.

<sup>668</sup> Albrecht Timm, [Gutachten], in: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Habilitation Eckhard Müller-Mertens, 21. 3. 1956, 22.

<sup>669</sup> Ebd., 24.

<sup>670</sup> Ebd., 23.

<sup>671</sup> Frithjof Sielaff, [Gutachten], in: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Promotion Harald Neubert, 8. 4. 1964, 10. Vgl. auch Sielaff, [Gutachten], in: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Promotion Waltraud Bleiber, 4. 7. 1962, 10.

<sup>672</sup> Sielaff, [Gutachten] Promotion Bleiber, a. a. O., 17.

<sup>673</sup> Ders., [Gutachten] Promotion Neubert, a. a. O., 10 bzw. [Gutachten] Promotion Bleiber, a. a. O., 16.

Konflikt mit Parteifunktionären gesucht. Die Gutachten, die er seit 1960 zunächst als Professor mit Lehrauftrag schrieb, dokumentieren den mittlerweile großen Abstand zum sozialistischen Geschichtsdiskurs. Dessen Grundmotive – Parteilichkeit, Historischer Materialismus, die Auseinandersetzung mit dem Gegner, die Selbstbeschreibung als einheitliche „marxistische Geschichtswissenschaft“ – fehlen vollständig. Lediglich der Feudalismus-Begriff wird in seltenen Fällen bemüht sowie die Kenntnis sowjetischer Arbeiten zur Mediävistik vorausgesetzt.<sup>674</sup>

Stattdessen dominieren die Normen und Regeln der traditionellen Geschichtswissenschaft, die auch bei den Neuzeithistorikern immer wieder angeklungen waren und die in der Mediävistik im Hinblick auf den kritischen Umgang mit der Überlieferung eine besonders wichtige Rolle spielten: Quellenkenntnis und -kritik, „Akririe“, Beherrschung der „modernen speziellen Forschungsmethoden und Hilfswissenschaft“, die Gewinnung neuer Erkenntnisse, vor allem durch den Übergang von der reinen „Quellendeskription“ zu einer „allgemeine[n] Problemstellung“. <sup>675</sup> Zum normativen Horizont der Gutachten gehören die Texte der Geisteswissenschaft des 19. Jahrhunderts: Die Anwendung des Begriffs „Grundherr“ auf freie Bauern wird nicht durch einen ‚klassischen‘ Text des Historischen Materialismus zum Feudalismus unterstützt, der die ökonomische Basis der Grundherrschaft betonen würde. Stattdessen gibt Müller-Mertens auch die politische Dimension zu bedenken, denn das Grimm’sche Wörterbuch definiere als Grundherrschaft auch die „Herrschaft über Leute“.

Das Periodisierungsmodell des Historischen Materialismus hatte ein klares weltgeschichtliches Ablaufschema entwickelt, das die frühere Epoche zum Vorläufer der späteren machte. Gegen die daraus entstehende Tendenz zur Vereinfachung historischer Verläufe wendet sich Müller-Mertens gelegentlich mit der Feststellung, die „Entstehung des Lehnbürgertums [könne] nicht als Anfang des späteren Bündnisses zwischen deutscher Monopolbourgeoisie und ostelbischem Junkertum angesehen werden“. <sup>676</sup> Ganz ähnlich argumentiert dann auch Elisabeth Welskopf im Bereich der Alten Geschichte: Ihr Doktorand Heinz Kreißig überwinde bei ihm vorhandene „Restbestände eines hinderlichen Schematismus“ durch „gründliche[.] Quellenanalyse“, die dann „Maßstäbe und Fakten [für die] wissenschaftliche Analyse“ liefere. Dadurch gelinge es Kreißig, sich mit „dogmatischen, vulgär-marxistischen Urteilen“ auseinanderzusetzen. <sup>677</sup> Während auch hier die Wendungen des sozialistischen Geschichtsdiskurses fehlen, lobt sie an dieser Arbeit die Selbständigkeit

---

<sup>674</sup> Eckhard Müller-Mertens, [Gutachten], in: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Promotion Harald Neubert, 8. 4. 1964, 14. Zum Feudalismus-Begriff vgl. das Gutachten zur Promotionsschrift Waltraud Bleibers: Die Verwendung des Begriffs sei richtig, denn er erschließe die „Beziehungen zwischen Ökonomik und Politik“. (Eckhard Müller-Mertens, [Gutachten], in: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Promotion Waltraud Bleiber, 4. 7. 1962, 19). Im Gutachten für Evamaria Engel schreibt Müller-Mertens von „Feudalherren“ und „Produktionsverhältnisse[n]“ (Eckhard Müller-Mertens, [Gutachten], in: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Promotion Evamaria Engel, 4. 5. 1963, 13).

<sup>675</sup> Müller-Mertens, [Gutachten] Promotion Bleiber, a. a. O., 21.

<sup>676</sup> Müller-Mertens, [Gutachten] Promotion Engel, a. a. O., 16.

<sup>677</sup> Elisabeth Ch. Welskopf, [Gutachten], in: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Promotion Heinz Kreißig, 3.

bei der Wahl von Thema und Fragestellung sowie die Generierung „neue[r] Erkenntnisse auf Grund der Quellenanalyse“. <sup>678</sup> Allerdings konnte Welskopf an anderer Stelle auch die entsprechenden Wendungen des offiziellen Diskurses bemühen, etwa wenn mit Peter Musiolek einmal kein Mitglied der SED und ein aufgrund seiner politischen Haft in einem sibirischen Straflager ungleich stärker angreifbarer Schützling zu protegieren war. <sup>679</sup> Schon 1960 hatte Welskopf ihren Assistenten Musiolek gegen Angriffe in der ZfG auf parteilose Althistoriker durch diese Strategie verteidigt. <sup>680</sup> Die Gutachterin selbst hatte 1958 einen Versuch unternommen, den Grundtexten des Marxismus-Leninismus eine althistorische Forschungsperspektive abzugewinnen. <sup>681</sup>

Der Konsens der ostdeutschen Geschichtswissenschaft blieb immer von Abweichung und Auflösung bedroht. An der HU trat dies dort zutage, wo die traditionelle Geschichtswissenschaft stärker wirkte, aber auch dort, wo sich der politische Kampfgeist abschwächte und an seine Stelle die nüchterne Abhandlung eines Themas sowie das Interesse an der Erfüllung der traditionellen, formalen Anforderungen an eine Qualifikationsarbeit für die Vorbereitung einer Laufbahn als Historiker trat. Für die Suche nach solchen Abweichungen vom diktierten Konsens werden wir uns also auf Bereiche der Geschichtswissenschaft konzentrieren müssen, in denen der politische Druck nicht so groß war und in denen es Verbindungen zur Historie der Vorkriegszeit gegeben hat.

---

<sup>678</sup> Ebd., 1 bzw. 2.

<sup>679</sup> Vgl. dies., [Gutachten], in: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Promotion A Peter Musiolek, 11/72. Die Gutachterin spricht hier von der „marxistischen Geschichtswissenschaft“ (1), der „Grundstruktur der Produktionsverhältnisse“, die „unmittelbar aus den Erkenntnissen der Klassiker des Marxismus-Leninismus schöpfend“ dargestellt würden (2).

<sup>680</sup> Vgl. ABBAW, NL Welskopf, 116 (Stellungnahme gegen einen Artikel von Gerhard Schrot und Rigobert Günther).

<sup>681</sup> Elisabeth Charlotte Welskopf: Die Produktionsverhältnisse im Alten Orient und in der griechisch-römischen Antike, Berlin 1957.

### ***B.III Professoren der „Fachrichtung Geschichte“ 1952–1968 Kollektivbiografische Analysen***

#### Die neuen Professoren 1952–1968. Jahrgänge und Ankunft in der Universität

Die folgende Kollektivbiografie erfasst die Lebensläufe der Professoren, die zwischen 1952 und vor der sogenannten III. Hochschulreform um 1968 in der Fachrichtung Geschichte arbeiteten.

Eine Kollektivbiografie dient der „quantitativ gestützte[n] Erforschung eines historischen Personenkollektivs in seinem jeweiligen gesellschaftlichen Kontext anhand einer vergleichenden Analyse der individuellen Lebensläufe der Kollektivmitglieder“.<sup>682</sup> Für die DDR-Geschichte<sup>683</sup> und insbesondere deren Wissenschaftsgeschichte ist dieser Zugang schon häufiger erprobt worden.<sup>684</sup> Eine Kollektivbiografie erlaubt die Verbindung zwischen Institutionen- und Personengeschichte.<sup>685</sup> Ihre Aufgabe ist die Suche nach Faktoren, die die Lebensläufe einer Gruppe verbinden und vergleichbar machen und die dadurch das Typische, aber auch das Besondere der einzelnen Biografien verständlich werden lassen.<sup>686</sup> Die Kollektivbiografik zielt auf die Untersuchung des sozialen Profils einer Gruppe und dessen Wandel. Diese Daten erlauben Rückschlüsse auf die Kriterien der SED-Hochschulpolitik im Bereich der Geschichtswissenschaft. Sie erlauben darüber hinaus Rückschlüsse auf die Bedingungen des Handelns der Geschichtsprofessoren als Historiker, sofern diese durch Merkmale wie wie Geburtsjahrgänge, soziale und regionale Herkunft sowie Ausbildungswege erklärt werden können.<sup>687</sup> Zudem verspricht die Erforschung der besonderen Konstellation des Professorenkreises an der Fachrichtung Geschichte der HU Rückschlüsse auf die biografische Verfasstheit der Geschichtswissenschaft in der DDR insgesamt.

Wer waren die neuen Professoren, die zwischen 1951 und 1968 an die Berliner Universität gelangten?

---

<sup>682</sup> Wilhelm H. Schröder, Kollektive Biographien in der historischen Sozialforschung: Eine Einführung, in: ders. (Hg.), *Lebenslauf und Gesellschaft. Zum Einsatz von kollektiven Biographien in der historischen Sozialforschung*, Stuttgart 1999, 7–17, 8.

<sup>683</sup> Vgl. etwa Catherine Epstein, *The Last Revolutionaries. German Communists and Their Century*, Cambridge, Mass. 2003.

<sup>684</sup> Demantowsky, *Geschichtsmethodik*, v. a. 245–254, Jessen, *Akademische Elite*, v. a. 372–427, Lothar Mertens, *Priester der Klio oder Hofchronisten der Partei. Kollektivbiographische Analysen zur DDR-Historikerschaft*, Göttingen, 2006, ders., *Lexikon*. Vgl. schon Kowalczyk, *Legitimation*, 178–193. Vgl. von den zahlreichen Aufsätzen auch Ralph Jessen, *Zwischen Bildungspathos und Spezialistentum. Werthaltungen und Identitätskonstruktionen der Hochschullehrerschaft in West- und Ostdeutschland nach 1945*, in: Peter Hübner (Hg.), *Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR*, Köln, Weimar, Wien 1999, 361–380.

<sup>685</sup> Vgl. als Einführung Hannes Schweiger, *Die soziale Konstituierung von Lebensgeschichten. Überlegungen zur Kollektivbiographik*, in: Bernhard Fetz (Hg.), *Die Biographie – Zur Grundlegung ihrer Theorie*, Berlin/New York 2009, 317–352.

<sup>686</sup> Alexander Gallus, *Biographik und Zeitgeschichte*, *APuZ* 55/ H. 1/2 (2005), 40–46, 44. Vgl. auch Levke Harders und Veronika Lipphardt: *Kollektivbiografie in der Wissenschaftsgeschichte als qualitative und problemorientierte Methode*, in: *Traverse* 2 (2006), 81–91.

<sup>687</sup> Vgl. Gallus, *Biographik und Zeitgeschichte*, 43.



PROF (HU)	Geburtsjahr	Prof. BU (Jahr)	Art der Professur(en)
Alfred Meusel	1896	1946	LS
Ernst Niekisch	1889	1948	LS
Ernst Hohl	1886	1950	LS
Heinz Kamnitzer	1917	1950	vo. LA, W (LS)
Eduard Winter	1896	1951	LS
Willy Flach	1903	1952	vo. LA
Albert Norden	1904	1952	LA, vo. LA
Karl Obermann	1905	1952	vo. LA, LS
Albrecht Timm	1915	1952	vo. LA
Gerhard Schilfert	1917	1952	vo. LA, LS
Erich Paterna	1897	1953	W (LA), LS
Karl Bittel	1892	1957	vo. LA
Walter Bartel	1904	1957	LA, vo. LA, LS
Elisabeth Ch. Welskopf	1901	1960	LA
Heinrich Scheel	1915	1960	LA
Eckhard Müller-Mertens	1923	1960	LA, vo. LA, LS
Ernst Hoffmann	1912	1962	LS
Joachim Streisand	1920	1963	LA, vo. LA, LS
Helmuth Stoecker	1920	1964	LA, LS
Günter Rosenfeld	1926	1966	LA, LS
Bernhard Töpfer	1926	1966	LA, LS
Friedrich Katz	1927	1967	LA

*Tabelle 20: Die neuen Professoren  
Geburtsjahr, Professur an der Berliner Universität (BU)/ HU*

Die 22 neuen Professoren lassen sich für einen ersten Zugriff grob in vier Kategorien einteilen.<sup>688</sup> Hier waren neben drei bürgerlichen Historikern zwei sogenannte „Doppelstaatsbürger von Partei und Fach“<sup>689</sup> vertreten, die eine Hochschulausbildung und -karriere vor 1945 mit politischem Engagement im Sinne der SED nach 1945 koppelten. Sehr viel größer war mit zehn Professoren und einer Professorin die Gruppe der HistorikerInnen, die aus der linksextremen Arbeiterbewegung der Weimarer und NS-Zeit stammten und nach

<sup>688</sup> Dieter Fricke war nach Auskunft seiner Berufsakte des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen nicht Professor an der HU (BArch DR 3-B/7092 (Berufsakte Dieter Fricke)). Anders aber: Mertens, Lexikon, 221.

<sup>689</sup> Vgl. Jessen, Akademische Elite, 315–326.

1945 ohne vorherige Erfahrungen mit der deutschen Universität an der HU Karriere machten. Sieben Historiker sind der sogenannten „Aufbau-Generation“ zuzurechnen, denen die massive Förderung der SED für loyale Studierende, Assistenten und Aspiranten eine geregelte fachwissenschaftliche Hochschulausbildung und -karriere ermöglicht hatte.

### B.III.1 Bürgerliche Historiker

	Prof. HU	Institut	Funktion
Ernst Hohl	1950–1953	Altertumskunde	Institutsdirektor
Albrecht Timm	1952–1955	Allgemeine Geschichte (Abt. Mittelalter)	Abteilungsleiter
Willy Flach	1953–1958	entfällt	

*Tabelle 21: Bürgerliche Historiker: Institute und Funktionen*

Die drei bürgerlichen Historiker Ernst Hohl<sup>690</sup>, Albrecht Timm und Willy Flach waren im akademischen Betrieb der Weimarer Zeit bzw. der NS-Zeit sozialisiert worden. Für kurze Zeit hofften sie, ihre Karriere auch nach dem parteioffiziell verkündeten „Aufbau des Sozialismus“ nach 1951 in der DDR fortsetzen zu können, ohne sich politisch im Sinne der SED zu exponieren. Sie waren Spezialisten für Alte Geschichte (Hohl) und Mittelalterliche Geschichte (Timm) bzw. Historische Hilfswissenschaften (Flach), d. h. die Neuzeithistorie an der HU war zu Beginn der 1950er Jahre in der Hand von SED-Mitgliedern. Die Berufungen Hohls, Timms und Flachs waren zuvor auf Initiative Meusels bzw. Schilferts zustande gekommen.<sup>691</sup> Auf den von Gegenwartsinteressen weniger stark betroffenen historischen Fachgebieten, die zudem schon vor 1945 eine deutliche Tendenz zur Spezialisierung aufgewiesen hatten, wollten die führenden Vertreter der SED-Geschichtspolitik nicht auf das Fachwissen der älteren deutschen Geschichtswissenschaft verzichten. Immerhin war die Berufung Frithjof Sielaffs durch den Fachrichtungsleiter Gerhard Schilfert beantragt, jedoch vom Staatssekretariat abgelehnt worden.<sup>692</sup> Die Strategie der Integration „unpolitischer“ Spezialisten gehörte zum Konzept der Verknüpfung von SED-Politik und Wissenschaft, das anhand von Alfred Meusel dargestellt worden ist.

Bis 1958 hatten jedoch die bürgerlichen Professoren die Universität wieder verlassen. Ernst Hohl war 1953 altersgemäß emeritiert worden, ohne nennenswerten Einfluss auf die Entwicklung der HU-Althistorie genommen zu haben. Albrecht Timm und Willy Flach gingen 1955 bzw. 1958 in die BRD, wo ihnen schnell ein neues Arbeitsumfeld geboten wurde. Unter den Bedingungen eines gesamtdeutschen Akademikermarktes war es der HU-

<sup>690</sup> Vgl. zu Hohl Kap. A.3 in dieser Arbeit. Dazu auch: Karl Christ, *Römische Geschichte*, 145–148.

<sup>691</sup> HUUUA, Personalakte Hohl, Ernst, Bd. 3, Bl. 3. Zu Timm: HUUUA UA Philosophische Fakultät nach 1945, 3, Bl. 104; Antrag auf die Berufung Flachs ebd., Bl. 84.

<sup>692</sup> Vgl. Iris Berndt, Frithjof Sielaff (1918–1996), in: Iris Berndt und u. a. (Hg.), *Das Frühe und Hohe Mittelalter. Quellenkritische Beobachtungen*, Köln, Weimar 2001, 1–98.

Geschichtswissenschaft nicht gelungen, bürgerliche Professoren ohne sozialistische Gesinnung längerfristig erfolgreich zu integrieren.

Flachs Hauptarbeitsgebiet zwischen 1934 und 1957 war das Direktorat des Hauptstaatsarchivs Weimar. Zugleich war er bis 1945 als Lehrbeauftragter und später als Honorarprofessor an der FSU Jena angebunden. Albrecht Timm wurde 1938 bei Robert Holtzmann am Historischen Seminar der Berliner FWU promoviert und arbeitete dort anschließend als wissenschaftlicher Assistent und gleichzeitig als Sachbearbeiter bei der Reichsdienststelle des Reichsnährstandes Walther Darrés.<sup>693</sup> 1943 wechselte Timm als wissenschaftlicher Mitarbeiter zum Stabsamt des Reichsbauernführers. Anders als der sehr viel ältere Hohl waren Timm und Flach beide Mitglied der NSDAP, Flach schon seit Mai 1933,<sup>694</sup> Timm erst ab 1941. Als jüngere Wissenschaftler innerhalb der NS-Diktatur konnten sich beide von diesem Schritt Karrierevorteile erhoffen, zumal Flachs unmittelbarer Konkurrent Wilhelm Engel schon vor 1933 seine Affinitäten zur NS-Bewegung deutlich gemacht hatte.

Ernst Hohl gehörte nach dem Zusammenbruch 1945 zu den auch von der sowjetischen Besatzungsmacht und der SED respektierten bürgerlichen Fachgelehrten, sodass er zwischen 1946 und 1948 als Dekan der Universität Rostock und als Gasprofessor an der Universität Jena wirken konnte. Seine Zuwahl als ordentliches Mitglied der DAW 1949 bestätigte darüber hinaus den fachlichen Respekt seiner bürgerlichen Kollegen in der DDR. Allerdings wäre sie ohne den zeitbedingten Mangel an Althistorikern in der SBZ/DDR wohl ebenso wenig zustande gekommen wie die Berufung auf das Ordinariat an der HU 1950.

Dagegen hatten Flach und Timm weitaus mehr Schwierigkeiten, unter den neuen Machthabern wissenschaftlich Fuß zu fassen. Flach hatte seine Lehrbefugnis an der Universität Jena aufgrund der Entnazifizierungsforderungen der SMAD noch 1945 verloren. Erst 1950 regte der bürgerliche Kollege Karl Griewank einen neuen Lehrauftrag für ihn an.<sup>695</sup> Flach nutzte die politischen Integrationsangebote der kommunistischen Politik und trat 1946 in die LDPD und den „Kulturbund“ ein. Er spielte ab 1950 als Lehrbeauftragter am Institut für Archivwissenschaft in Potsdam eine zentrale Rolle bei der Neugestaltung des Archivwesens der DDR.<sup>696</sup> Zwischen 1953 und 1958 arbeitete er als Professor mit vollem Lehrauftrag für Mediävistik und Historische Hilfswissenschaften an der HU.<sup>697</sup> Sein Hauptarbeitsgebiet blieb aber das Direktorat der Thüringischen Staatsarchive.

Albrecht Timm, der bei Kriegende nicht an einer Universität gearbeitet hatte, sattelte zunächst auf eine Lehre als Bibliothekar um, bevor er im April 1947 als Assistent an die

---

<sup>693</sup> Vgl. die Angaben in: Mertens, Lexikon, 599f.

<sup>694</sup> Vgl. Volker Wahl, Einleitung. Thüringer Archivar, Landeshistoriker und Goetheforscher. Willy Flach (1903–1958) – Ein Lebensbild, in: Willy Flach (1903–1958). Beiträge zum Archivwesen, zur thüringischen Landesgeschichte und zur Goetheforschung, hg. von Volker Wahl, Weimar 2003, 10–56, 17f.

<sup>695</sup> Vgl. Wahl, Einleitung, 26.

<sup>696</sup> Vgl. ebd., 27–33.

<sup>697</sup> Aufgrund dieser Denomination gehört Flach – anders etwa als Heinrich Otto Meisner – trotz seiner Spezialisierung auf Archivwissenschaften in das Sample der Historiker im Sinne dieser Arbeit.

Universität Rostock geholt wurde, um sich beim bürgerlichen Mediävisten Adolf Hofmeister zu habilitieren. Zwischenzeitlich hatte Timm seine Bereitschaft zum politischen Neuanfang durch das Engagement beim „Kulturbund“ unter Beweis gestellt.<sup>698</sup> Timm gelangte über eine Dozentur an der MLU Halle-Wittenberg 1952 auf eine Stelle als Professor mit vollem Lehrauftrag an der HU. Mit der Ernennung war seine Anstellung als Abteilungsdirektor am Prestigeprojekt des neu gegründeten Museums für Deutsche Geschichte verbunden, das zu jener Zeit die zentrale Forschungsinstitution der neuen, marxistisch orientierten ostdeutschen Geschichtswissenschaft werden sollte. Ältere, schon etablierte bürgerliche Historiker wie Fritz Hartung, Karl Griewank und Fritz Rörig hatten die Mitarbeit abgelehnt.<sup>699</sup>

Die Berufung Willy Flachs erfolgte auf Antrag des Fachrichtungsleiters Gerhard Schilfert und entsprach wohl einem weiterhin fortbestehenden Mangel an Ausbildern im Bereich Mediävistik/Historische Hilfswissenschaften nach den Abgängen Eugen Meyers und Fritz Rörigs.<sup>700</sup>

Flachs Biograf Volker Wahl betont, dass es dessen „Sachkenntnis“ und die „überragenden Fähigkeiten“ in fachlicher, wissenschaftlicher und pädagogischer Hinsicht gewesen seien, die das politisch motivierte „Mißtrauen in den vorgesetzten Behörden“ gegen ihn beschwichtigten.<sup>701</sup> Das Archivwesen der entstehenden DDR stand nach dem Krieg vor schwierigen Problemen. Zur materiellen Sicherung der Archivalien traten als Aufgaben die Anforderungen einer neuen Staats- und Rechtsordnung, Personalprobleme und die Ausbildung eines kenntnisreichen Nachwuchses.<sup>702</sup> Die Zentralisierung des ostdeutschen Archivwesens lehnte Flach ab und machte diesen Standpunkt wohl auch deutlich.<sup>703</sup> Es gelang ihm, 1952 einen „Kongreß der Archivare der Deutschen Demokratischen Republik“ zu organisieren, an dem sich auch Vertreter der BRD beteiligten und auf dem wiederum die SED die Auseinandersetzung mit nichtmarxistischen Archivaren forcieren konnte. Aber Flachs institutionelle Position war durchaus gefestigt: Er war seit 1951 Mitglied der Historischen Kommission bei der Sächsischen Akademie der Wissenschaften, seit 1952 auch der Sektion für deutsche Geschichte bei der DAW Berlin. Auch der Mitarbeit in einem staatlichen Gremium hatte er sich nicht entzogen, sondern war seit 1955 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Staatlichen Archivverwaltung der DDR und darin sogar Vorsitzender einer eigenen Fachkommission.<sup>704</sup> Schon 1954 hatte er das Direktorat des für das Repräsentationsbedürfnis der DDR wichtigen Goethe- und Schiller-Archivs Weimar inne.<sup>705</sup> Flach entwickelte eine durchaus ambitionierte Theorie des Literaturarchivs. Hier lag

---

<sup>698</sup> Vgl. Konrad Fuchs, Art. Timm, Albrecht, in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Bd. XVIII (2001), Sp. 1388–1395, [http://www.bautz.de/bbkl/t/timm\\_a.shtml](http://www.bautz.de/bbkl/t/timm_a.shtml) (11. 08. 2010).

<sup>699</sup> Vgl. die Darstellung bei Ebenfeld, Geschichte nach Plan.

<sup>700</sup> HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 3, Bl. 84: 3. 12. 1952: Die Fakultät stimmt auf Antrag von Schilfert zu, Willy Flach als Prof. mit vollem Lehrauftrag für historische Hilfswissenschaft zu verpflichten.

<sup>701</sup> Wahl, Einleitung, 28.

<sup>702</sup> Vgl. ebd., 29.

<sup>703</sup> Ebd., 30. Zum Folgenden ebd., 30–36.

<sup>704</sup> Vollständige Aufzählung der Ämter und Funktionen ebd., 44.

<sup>705</sup> Diese und weitere Funktionen sowie die Unterstellungsverhältnisse sind durchaus unübersichtlich, vgl. etwa

nun sein eigentlicher Arbeitsschwerpunkt. Doch innerhalb der neuen, auf Zentralisierung zielenden Institutionenordnung war das Literaturarchiv Flachs ein nachgeordnetes Institut der „Nationalen Forschungs- und Gedenkstätten“, die wiederum von einem marxistischen Kulturpolitiker geleitet wurden. Da Flach „als ein nicht parteikonform agierender Archivfachmann“ neuen marxistischen Theorien fernstand, kam es zu Reibungen, hinter denen die „ganze Härte der politisch-ideologischen Gegensätze“ zu erkennen war.<sup>706</sup> Seit 1956 stand Flach daher in Gesprächen mit der Universität Bonn, an der ihm ein Extraordinariat in Aussicht gestellt wurde.

Timm und Flach profitierten bei ihrer Karriere in der DDR von den gelockerten Entnazifizierungsbestimmungen der SMAD bzw. der SED, die recht schnell auch wieder NSDAP-Mitglieder in den Geisteswissenschaften zuließen, wenn sie über unentbehrliche Spezialkenntnisse verfügten. Auch der sonst so strenge Alfred Meusel stand nicht an, Timm am Museum eine Leitungsfunktion zu überlassen und seine Berufung an die HU zu betreiben. Flachs Berufung besorgte der ebenfalls marxistisch-antifaschistisch gesinnte Gerhard Schilfert.<sup>707</sup> Der entscheidende Grund für diese Bereitschaft war der eklatante Mangel an Fachleuten für mittelalterliche Geschichte und Hilfswissenschaften, der die Geschichtswissenschaft der DDR bis zu ihrem Ende begleiten sollte. Auch für die Ausbildung von Neuzeithistorikern und Lehrern hielten die marxistischen Historiker dieses Handwerkszeug für unentbehrlich. Zugleich wurden die bürgerlichen Spezialisten an der HU-Geschichtswissenschaft jedoch klein gehalten. Weder Timm noch Flach wurde ein Ordinariat übertragen. Ein Grund hierfür war sicherlich, dass mit Eckhard Müller-Mertens und Bernhard Töpfer rasch zwei sehr viel jüngere Mittelalter-Historiker an der HU bzw. bei Heinrich Sproemberg in Leipzig ausgebildet worden waren und sich in unterschiedlichem, aber stärkerem Maße der SED-Geschichtspolitik verbunden zeigten. Sie sollten nach 1960 die beiden Mittelalter-Lehrstühle an der HU übernehmen. Zumindest bei Flach scheint dieser Umstand eine Rolle bei seinem Weggang 1958 gespielt zu haben. Flach lag seit Mai 1957 ein Ruf an die Universität Bonn vor. Er hatte in einer Denkschrift vom 9. Dezember 1957 an die Staatliche Archivverwaltung in Potsdam seine „Bemühungen um die Sicherstellung seiner weiteren Tätigkeit im Archivwesen der DDR als gescheitert erklärt“ und die persönlichen Forderungen genannt, die er in der DDR trotz der nun ebenfalls erfolgten Rufe an die Universitäten Jena und Halle nicht erfüllt sah: Entlastung von der Vielzahl seiner Verpflichtungen, das Amt eines hauptamtlichen Archivdirektors mit der Besoldung eines Ordinarius sowie eine nebenamtliche Professur.<sup>708</sup> Am 15. Januar 1958 floh Flach über Westberlin in die BRD.

Sein Bemühen um eine legale Ausreise war von den zuständigen Stellen in der DDR verweigert worden. Flach betonte in einem Brief an Helmut Beumann, dass nicht

---

ebd., 34.

<sup>706</sup> Ebd., 35 bzw. 36.

<sup>707</sup> Vgl. HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 3, Bl. 84.

<sup>708</sup> Vgl. Wahl, Einleitung, 37 bzw. 39.

vordergründig politische Gründe den Ausschlag für seinen Weggang gegeben hätten, sondern das Unvermögen der staatlichen Behörden, seine als unerträglich empfundene Arbeitssituation und die Besoldungsfrage zu klären.<sup>709</sup> Er betonte, wie schwer ihm der Abschied von der Welt der thüringischen Archive gefallen sei. Die Umstände der illegalen Flucht und die lange Zeit unsichere berufliche Zukunft führten Anfang Januar zu Schlaflosigkeit und einem Nervenzusammenbruch. „Danach wurde es immer offensichtlicher, daß es sich um eine schon länger vorbereitete Depression handelte, die durch jahrelangen Druck und Überarbeitung entstanden war.“<sup>710</sup> Hinzu kamen nun Zweifel, ob er den neuen Anforderungen in Bonn gewachsen sein werde.<sup>711</sup> Kurz nach seiner Flucht nahm sich Willy Flach in Bonn das Leben. Die Adresse der Denkschrift, der Brief an Beumann sowie die vorangegangenen Schwierigkeiten im thüringischen Archivwesen legen die Vermutung nahe, dass nicht in erster Linie die Verhältnisse an der HU zu den beiden existentiellen Entscheidungen des Jahres 1958 beigetragen haben. Jedoch hatte er auch hier die Aufmerksamkeit der SED-Grundorganisation Historiker auf sich gezogen, und der gerade selbst in massive Auseinandersetzungen mit der SED verstrickte Eckhard Müller-Mertens war zur politischen Einwirkung auf den bürgerlichen Historiker verpflichtet worden, mit dem er ein Büro teilte.<sup>712</sup>

Nach Flachs Suizid entspann sich ein beklemmender öffentlicher Streit zwischen Ost und West um die Umstände seines Weggangs und die Gründe des Selbstmordes.<sup>713</sup> Als neuer Chefredakteur der ZfG beteiligte sich daran auch der HU-Assistent Dieter Fricke, der ein Interview mit Angestellten des Staatssekretariats für Hochschulwesen sowie der HU führte. Darin wurde der westdeutschen Universität die „Abwerbung“ des Archivars vorgeworfen.<sup>714</sup> Die Vertreter der SED waren offenkundig nicht bereit, die traditionellen Bedingungen der universitären Personalpolitik zu akzeptieren und bewerteten die Situation damit ganz richtig als Arbeitsmarktkonkurrenz zweier unterschiedlicher politischer Systeme, in der sie selbst im Hinblick auf die bürgerlichen Fachkräfte die schlechteren Arbeitsbedingungen boten. Dabei habe Flach allerdings „dieselbe Förderung wie jeder andere Wissenschaftler der DDR“ erfahren, obwohl er kein marxistischer Historiker gewesen sei.<sup>715</sup>

Auch wenn als Grund für den Suizid die Liebe Flachs zur nun verloren geglaubten thüringischen Heimat angeführt wurde,<sup>716</sup> nutzten die SED-Vertreter die Gelegenheit zur politischen Instrumentalisierung. Sie gaben den Vorwurf einer politischen Beeinflussung der Universitäten an die Gegenseite zurück, da die westdeutschen Universitäten mit ihren „menschfreundlichen“ Berufungen [...] im Auftrag des Adenauer-Regimes handeln

---

<sup>709</sup> Vgl. ebd., 39f.

<sup>710</sup> Ebd., 41.

<sup>711</sup> Ebd., 40.

<sup>712</sup> Landesarchiv Berlin, C Rep. 903-01-12 75: Protokolle der Wahlversammlungen der Historiker, 1953–1962, 8.

<sup>713</sup> Dokumentiert in Wahl, Einleitung, 42–44.

<sup>714</sup> Zu den Zweckklügen des Herrn Thedieck, ZfG 6 (1958), 1355–1358, hier: 1357.

<sup>715</sup> Ebd., 1356.

<sup>716</sup> Ebd., 1357.

müssen“ und erklärten, deren „wahre Absicht“ sei die Desorganisation der ostdeutschen Nachwuchsausbildung.<sup>717</sup> „Daß Prof. Flach diesen Verlockungen nicht widerstanden hat, liegt wohl mit in seiner Vergangenheit begründet.“ Diese persönliche Invektive spielte neben der bürgerlichen Herkunft wahrscheinlich auf die NSDAP-Mitgliedschaft an, ohne diesen auch für den angeblichen Antifaschismus der DDR-Behörden kompromittierenden Umstand auszusprechen. Mit dem Hinweis auf Flachs „besonders tragisch[es]“ Schicksal verknüpften die Historiker der SED die Drohung an die Adresse der eigenen Historiker: Es solle dies „ein warnendes Beispiel für alle sein, die den Abwerbungen der westdeutschen Zentralen folgen und dann die Betrogenen sind.“ In den darauffolgenden Jahren verließen der Assistent Erich Brandt, die DozentInnen Gerda Grothe und Johannes Mathwich sowie der Professor mit Lehrauftrag Friedrich Katz die HU in Richtung Westen. Flach selbst hatte übrigens betont, politische Motive seien seinem Weggang von der SED ungerechtfertigterweise unterstellt worden, die Entscheidung für Bonn sei im Sinne der traditionellen „akademischen Freizügigkeit“ gefallen.<sup>718</sup>

Albrecht Timm hatte sich im Unterschied zu Flach mit der Stelle im Museum zunächst bereitwillig in ein deutlich politisiertes Prestigeprojekt der neuen ostdeutschen Geschichtswissenschaft einbinden lassen. An deren erster Periodisierungsdiskussion hatte er ebenso teilgenommen, wie er im Initiativkomitee für die Gründung einer eigenständigen ostdeutschen Historikergesellschaft mitarbeitete und wahrscheinlich in einer Zeitungsnotiz im Neuen Deutschland am 6. Juni 1953 ein Bekenntnis zur DDR gegeben hatte.<sup>719</sup> Der Dekan der Philosophischen Fakultät beschwerte sich persönlich beim Verband der Historiker Deutschlands, dass Timm „weder persönlich noch wissenschaftlich in seiner Tätigkeit Behinderungen erfahren habe“.<sup>720</sup> Anders als Flach hatte Timm 1955 keine bessere Universitätsposition im Westen in Aussicht, sondern arbeitete zunächst in einem Hamburger Verlag, bevor er über ein Stipendium der DFG wieder in die universitäre Laufbahn einsteigen konnte.<sup>721</sup> So bleiben die Umstände seines Weggangs im Dunkeln, auch wenn der allgemein zunehmende politische Druck dem aufmerksamen Zeitgenossen aufgefallen sein wird. In der Bundesrepublik veröffentlichte Timm die erste umfangreiche Darstellung der ostdeutschen Historie und war damit ein gefragter Kenner des marxistischen Konkurrenzunternehmens.<sup>722</sup> Zuletzt war Timm Ordinarius an der neu gegründeten Ruhr-Universität Bochum.

---

<sup>717</sup> Dieses und die folgenden Zitate ebd., 1356.

<sup>718</sup> Flach an Helmut Beumann, 10. 1. 1958, Nachlass Helmut Beumann (Marburg), zit. nach Wahl, Einleitung 40.

<sup>719</sup> Vgl. Kowalczyk, Legitimation, 174 und 194.

<sup>720</sup> Kowalczyk, Legitimation, 174. Kowalczyk zitiert den folgenden Brief: Albrecht Timm an Hermann Heimpel und Percy E. Schramm, 17. 1. 1956, AVHD, MPI. Timm selbst berichtete brieflich Hermann Heimpel und Percy E. Schramm über seinen Weggang. Vgl. auch die Autobiografie: Albrecht Timm, Zur Wissenschaftsgeschichte. Mein Weg und mein Wollen, Sankt Augustin 1975.

<sup>721</sup> Vgl. Fuchs, Art. Timm.

<sup>722</sup> Albrecht Timm, Das Fach Geschichte in Forschung und Lehre in der Sowjetischen Besatzungszone von 1945 bis 1955, Bonn 1957.

Die bürgerlichen Historiker waren an der HU im Untersuchungszeitraum eine sehr kleine Minderheit mit allerdings auch von den marxistischen Historikern für wichtig gehaltenem Fachwissen. Sie führten keine Nischenexistenz, sondern waren neben der Anstellung an der HU auch in andere Projekte der neuen ostdeutschen Historie eingebunden. Zumindest bei Flach zeigten sich denn auch dieselben Zeichen einer starken Arbeitsüberlastung wie bei einigen sozialistischen Historikern der 1950er Jahre. Zudem wurde der Politisierungsdruck, der unterschiedlich stark erfahren werden konnte, durch eben jene Einbindung in den Neuaufbau wichtiger Institutionen noch verstärkt. Die ‚Entstalinisierungskrise‘ in der DDR beendete dann auch für die HU-Geschichtswissenschaft das Miteinander der bürgerlichen und der marxistischen Historiker und damit auch die Träume einiger vor 1945 nicht avancierter Historiker von einer einflussreichen Position im ostdeutschen Wissenschaftssystem.

### **B.III.2 „Doppelstaatsbürger von Partei und Fach“**

Eine zweite Gruppe umfasst von den Geschichtsprofessoren der HU nur Alfred Meusel und Eduard Winter. Diese Historiker hatten ebenfalls an Hochschulen der Weimarer Republik bzw. des NS ihre Ausbildung und erste Stellen erhalten. Allerdings nahmen sie in der DDR deutlich für die Politik der SED Stellung und gelangten durch die Koppelung von akademischem mit politischem Kapital in eine Schlüsselposition für den Neuaufbau der Geschichtswissenschaft der DDR. Zu diesen – mit Ralph Jessen sogenannten „Doppelstaatsbürgern von Partei und Fach“<sup>723</sup> – gehörten außerhalb der Geschichtswissenschaft der HU etwa Walter Markov oder Jürgen Kuczynski.

---

<sup>723</sup> Vgl. Jessen, Akademische Elite, 315–326.



	Prof. HU	Institut	Funktion
Alfred Meusel	1946–1953	Neue Geschichte Allgemeine Geschichte (Abt. Neuzeit) Geschichte des deutschen Volkes	Fachrichtungsleiter <sup>724</sup> Institutsdirektor <sup>725</sup> (1948–1953) Abteilungsleiter
Eduard Winter	1951–1966	Geschichte der Völker der UdSSR	Institutsdirektor (1952–1966) Abteilungsleiter <sup>726</sup>

Tabelle 22: „Doppelstaatsbürger“: Institute und Funktionen

### Eduard Winter

Neben dem schon im ersten Kapitel eingehend vorgestellten Alfred Meusel kann der Osteuropa- und Wissenschaftshistoriker Eduard Winter dieser Gruppe der „Doppelstaatsbürger“ zugerechnet werden.<sup>727</sup> Er ist sicher ein Grenzfall dieser Gruppe,<sup>728</sup> weil er nach der fachlichen Seite scheinbar stärker profiliert war als nach der parteipolitischen Seite. Winter wurde nie Mitglied der SED. Allerdings hat es ihm an verbaler Parteinahme für die SED nie fehlen lassen, er besuchte sogar die Vorlesungen Kurt Hagers, um sich in den Historischen Materialismus einführen zu lassen.<sup>729</sup> So hieß es in einem historiografiegeschichtlichen Beitrag in der DDR, Winter habe von allen bürgerlichen Historikern „wohl am konsequentesten das Bündnis mit den marxistischen Kräften politisch und ideologisch zu einer festen Kampfgemeinschaft entwickelt“.<sup>730</sup> Ines Luft stellt nun

<sup>724</sup> Wahrscheinlich war Meusel kurzzeitig Fachrichtungsleiter, denn er schlug 1952 Gerhard Schilfert für diese Funktion als seinen Nachfolger vor (BArch DR 3-B/13301, Berufungsakte Gerhard Schilfert, Bl. 38).

<sup>725</sup> Meusel war Direktor der Institute für Neue Geschichte, Geschichte des deutschen Volkes sowie Allgemeine Geschichte.

<sup>726</sup> Winter leitete die kurzzeitig bestehende Abteilung für Geschichte der Politik des Vatikans in Mittel- und Osteuropa.

<sup>727</sup> Vgl. zu Winter Ines Luft, Eduard Winter. Vgl. auch die biographische Notiz in Mertens, Lexikon, 643f. Zu Winter sind eine ganze Reihe weiterer kürzerer und längerer Arbeiten erschienen: Kurt A. Huber, Eduard Winter (1896–1982), Archiv für Kirchengeschichte von Böhmen – Mähren – Schlesien 6 (1982), 7ff.; Conrad Grau, Eduard Winter. 1896 bis 1982, in: Heinz Heitzer und Karl-Heinz Noack (Hg.), Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft. Biographien, Berlin 1989, 358–375; ders., Eduard Winter als Osteuropahistoriker in Halle und Berlin von 1946 bis 1956, Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte H. 1 (1995), 43–76; Jiri Nemeč, Eduard Winter und sein Prager Kreis, in: Stefan Albrecht u. a. (Hg.), Die „sudetendeutsche Geschichtsschreibung“ 1918–1960. Zur Vorgeschichte und Gründung der Historischen Kommission der Sudetenländer; Vorträge der Tagung der Historischen Kommission für die Böhmisches Länder (vormals der Sudetenländer) in Brünn vom 1. bis 2. Oktober 2004 aus Anlass ihres fünfzigjährigen Bestehens, München 2008, 113–127; ders., Eduard Winter (1896–1982), in: Karel J. von Hruza, (Hg.), Österreichische Historiker 1900–1945. Lebensläufe und Karrieren in Österreich, Deutschland und der Tschechoslowakei in wissenschaftsgeschichtlichen Porträts 2008, 619–676; Haar/Winter, „Sudetendeutsche“ Sprachinselforschung.

<sup>728</sup> So Jessen, Akademische Elite, 316.

<sup>729</sup> Vgl., Eduard Winter, Erinnerungen (1945–1976), Unter Mitarbeit von Gerhard Oberkofler, Frankfurt am Main 1994, 78; vgl. auch Eduard Winter, Mein Leben im Dienst des Völkerverständnisses. Nach Tagebuchaufzeichn., Briefen, Dokumenten u. Erinnerungen. Bd.1, Berlin 1981. Winter hat noch mehr autobiografische Schriften geschrieben, sie alle scheinen hinsichtlich der Aussagen zur politischen Einstellung wenig verlässlich. Vgl. auch Martin Sabrow, Autobiographische Umbruchsreflexionen deutscher Fachgelehrter nach 1945 und 1989, in: Konrad H. Jarausch und Martin Sabrow (Hg.), Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt, Frankfurt am Main 2002, 125–152, 138–142 sowie Martin Sabrow, Die Ohnmacht der Objektivierung. Deutsche Historiker und ihre Umbrucherinnerungen nach 1945 und nach 1989, APuZ B 28 (2001), 31–42.

<sup>730</sup> Berthold, Marxistisches Geschichtsbild, 257.

allerdings die vielfältigen politischen Wandlungen Winters – vom katholischen Theologen über die Mitarbeit bei der Reinhard-Heydrich-Stiftung während des NS in Prag zum SED-nahen Osteuropahistoriker – in die Kontinuität eines religiösen Lebensentwurfs unter dem Leitbild eines auch an den DDR-Sozialismus anschlussfähigen, weil recht wolkigen Humanismus.<sup>731</sup> Tatsächlich lassen Winters Publikationen nach 1945 kaum Einflüsse des Historischen Materialismus erkennen.<sup>732</sup>

Dennoch, mit Eduard Winter arbeitete an der HU ein Historiker von erstaunlich ‚wandelbarem Geist‘.<sup>733</sup> Er gewann früh ein breites Interesse an der österreichischen und böhmischen Geistesgeschichte, Frühhumanismus, Barock und Aufklärung, war zeitlebens ein Verfechter des Reformkatholizismus und ein Verehrer des humanistischen Philosophen Bolzano. Diese Forschungsthemen wusste Winter in unterschiedlichen politischen Kontexten zu institutionalisieren, indem er ihre jeweilige politische Relevanz unterstrich. Mit den Worten Mitchell Ashs: Winter gelang es, in der Politik Ressourcen für seine wissenschaftlichen Interessen zu finden, indem er seine wissenschaftlichen Studien als Ressourcen für die Politik erscheinen ließ.<sup>734</sup>

Anfänglich war Winter, der 1896 in Grottau/Böhmen geboren worden war, in der sudetendeutschen katholischen Jugendbewegung mit völkischem Gedankengut in Berührung gekommen. Winter hatte zunächst Theologie in Innsbruck studiert und war 1919 zum Priester geweiht worden. Dann studierte er in Prag Geschichte, Philosophie und Nationalökonomie. Seine erste ordentliche Professur für Kirchengeschichte erhielt er 1934 an der Katholischen Theologischen Fakultät der Deutschen Universität Prag. Parallel entwickelte Winter Forschungsinteressen in der sudetendeutschen Volksgeschichte.<sup>735</sup> „Volk“ bildete hier die zentrale Kategorie, doch blieb sie eher sprachlich-kulturell als rassistisch definiert. Die Entstehung einer „sudetendeutschen Volksgemeinschaft“ erschien ihm erwünscht, ihr wurde eine „Brückenfunktion“ zwischen deutschem und den slawischen Völkern zudedacht.<sup>736</sup> Nach dem „Anschluss“ Österreichs wurde Winter Mitglied der Sudetendeutschen Partei Konrad Henleins. In seinen Texten aus der Zeit nach 1940 behauptete er eine „Priorität der deutschen Kultur“ und propagierte mit dem „Reichsgedanken“ die Zugehörigkeit der böhmischen Länder zum Deutschen Reich.<sup>737</sup> Zeitweilig schien ihm die NS-Politik in Ostmitteleuropa durchaus kompatibel mit seinen

---

<sup>731</sup> Vgl. Luft, Eduard Winter.

<sup>732</sup> Vgl. Eduard Winter, Die Geschichte der slavischen Völker, Berlin 1957.

<sup>733</sup> Bernd Weisbrod, Dem wandelbaren Geist. Akademisches Ideal und wissenschaftliche Transformation in der Nachkriegszeit, in: Bernd Weisbrod (Hg.), Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit, Göttingen 2002, 11–38.

<sup>734</sup> Mitchell G. Ash, Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander, in: Rüdiger vom Bruch und Brigitte Kaderas (Hg.), Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2002, 32–51.

<sup>735</sup> Vgl. zum Folgenden insbes. Jiri Nemeč, Eduard Winter und sein Prager Kreis, ders., Eduard Winter (1896–1982); ders., Art. Eduard Winter, in: Ingo Haar u. a. (Hg.), Handbuch der völkischen Wissenschaften. Personen, Institutionen, Forschungsprogramme, Stiftungen, München 2008, 763–766.

<sup>736</sup> Nemeč, Art. Eduard Winter, 764.

<sup>737</sup> Ebd., 765.

eigenen, an Heinrich Srbik orientierten großdeutsch-mitteleuropäischen Raumvorstellungen.<sup>738</sup> Doch sein Versuch „*Nationalsozialismus und Christentum zu verbinden*“, <sup>739</sup> stieß beim NS-Dozentenbund nicht auf Gegenliebe, sodass Winter zwischenzeitlich mit Karriereschwierigkeiten zu kämpfen hatte. Darüber hinaus hatten ihn seine politischen, reformkatholischen Anschauungen, aber auch die Nähe zur sudetendeutschen Partei (SdP) zuletzt der Theologischen Fakultät entfremdet, sodass er sich entschloss, ganz zur Philosophischen Fakultät zu wechseln.<sup>740</sup> Der Fall hatte freilich auch eine private Komponente, denn Winter war 1940 Vater geworden und heiratete wenig später, sodass er seine Priesterweihe verlor. Nun hatte der Wechsel an die Philosophische Fakultät der Prager Universität für Winter zusätzlich einen deutlichen Karrierevorteil, denn er spekulierte mit Erfolg auf die Entlassung der dortigen Professoren jüdischer Herkunft nach der nationalsozialistischen Neuordnung der Universität.<sup>741</sup> Zwischen 1941 und 1945 lehrte und forschte Winter als Professor für Geistesgeschichte an der Philosophischen Fakultät der Deutschen Universität Prag.

Winter beteiligte sich am „Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften“: Die Notwendigkeit der Gründung eines neuen Universitätsinstitut für osteuropäische Geistesgeschichte (1942) hatte er zwölf Tage nach dem Überfall auf die Sowjetunion unter „Berufung auf Forschungsaufträge des SS-Sturmbannführers Albert Hartl vom RSHA“ mit den nun anstehenden neuen Aufgaben in der Osteuropapolitik begründet.<sup>742</sup> Das tatsächlich gegründete Institut wurde der Reinhard-Heydrich-Stiftung angegliedert, unter Winters Leitung wurden Studien für das RSHA sowie die Nord- und Ostdeutsche Forschungsgemeinschaft über die besetzten Gebiete erarbeitet. Im Zuge eines automatisierten Vorgangs, bei dem zahlreiche Prager Professoren aus der Sudetendeutschen Partei in die NSDAP übernommen wurden, war Winter im Februar 1940 Parteigenosse geworden.<sup>743</sup>

Nach Kriegsende 1945 lebte Winter zunächst in Wien und knüpfte rasch Kontakte zur dortigen Sowjetischen Militäradministration. Die österreichische Staatsbürgerschaft erhielt er im November 1946 und behielt sie bis zu seinem Tod 1982.

Auf der Suche nach Anstellungsmöglichkeiten in Wien griff Winter nun auf seine Arbeiten zu Bolzano zurück und stellte die Beschäftigung mit ihm in den Kontext einer Besinnung auf Christentum und Sozialismus für den Neuaufbau Europas.<sup>744</sup> Winter trat in Wien als Sympathisant der KPÖ und SPÖ auf, ohne diesen Parteien beizutreten.<sup>745</sup> Seine Hoffnungen

---

<sup>738</sup> Nemeč, Eduard Winter (1896–1982), 650.

<sup>739</sup> So ein Tagebucheintrag Winters vom 8. 10. 1938, zit. nach Nemeč, Eduard Winter (1896–1982), 655 (Hervorh. v. Nemeč).

<sup>740</sup> Nemeč, Eduard Winter (1896–1982), 652.

<sup>741</sup> Ebd.

<sup>742</sup> Ebd., 662.

<sup>743</sup> Ebd., 656.

<sup>744</sup> Ebd., 638.

<sup>745</sup> Ebd., 639.

auf eine Berufung in Wien zerschlugen sich, nachdem er der Kollaboration mit dem NS-Regime bezichtigt wurde. Aus Wien berichtete der damals noch in Österreich wirkende Leo Stern, späterer Doyen der ostdeutschen Geschichtswissenschaft, der DVV in Berlin über Winters Schwierigkeiten. Er stellte die NS-Vorwürfe als „haltlos“ dar und machte für die Kampagne die Kreise um die Katholische Kirche verantwortlich, die Winter dessen Heirat und die Niederlegung der theologischen Ämter nicht verziehen hätten.<sup>746</sup> Stern empfahl Winter für eine Berufung in die SBZ.<sup>747</sup> Sie erfolgte schon am 1. März 1947, Winter wurde Professor für osteuropäische Geschichte an der Universität Halle-Wittenberg. Hier übernahm er zwischen 1948 und 1951 auch das Rektorat, bevor er von 1951 bis 1965 Professor mit Lehrstuhl und Direktor des Instituts für Geschichte der Völker der UdSSR an der Berliner HU wurde.<sup>748</sup> Die Berufung hatte Alfred Meusel auf Grundlage eines Fakultätsbeschlusses für die Nachfolge des 1946 verstorbenen Otto Hoetzsch beantragt.<sup>749</sup> Winters NS-Verstrickung wurde erst 1961 für die SED zu einem ernsthaften Problem, weil nun die westliche Gegenseite diese unrühmliche Vergangenheit thematisierte und Winter selbst sich daher in der Auseinandersetzung gehemmt zeigte.<sup>750</sup>

Bis Mitte der 1950er Jahre spekulierte Winter wohl auch noch auf eine Berufung nach Österreich oder in die BRD.<sup>751</sup> Stattdessen nahm seine Karriere nun in der DDR an Fahrt auf, wo er als einer der wenigen Experten für osteuropäische Geschichte zunehmend geschätzt wurde. In diesem für die Geschichtspolitik der SED so wichtigen Feld bestand ein dramatischer Personalmangel, die ohnehin schwache Disziplin war nach der Entnazifizierung weiter dezimiert worden. An der Berliner Universität war Hans Übersberger als ehemaliges NSDAP-Mitglied nicht zurückgekehrt, Otto Hoetzsch 1946 gestorben, Werner Philipp hatte eine Berufung in die SBZ abgelehnt, Horst Jablonowski ging später wie jener an die Freie Universität.

Seit 1954 arbeitete Winter im „Wissenschaftlichen Beirat“ für Geschichte beim Staatssekretariat für Hochschulwesen.<sup>752</sup> Er wurde ausgerechnet in der politisch hoch angespannten Phase 1956 Redaktionsmitglied der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ und blieb dies bis 1982, seit 1959 war er ebenfalls Mitglied des Herausgeberkollegiums des späteren „Jahrbuchs für Geschichte der sozialistischen Länder

---

<sup>746</sup> HUUA, Personalakte Eduard Winter, Leo Stern an DZV, 21. 11. 1946.

<sup>747</sup> Dass Stern dann 1950 selbst einen Ruf nach Halle bekam, hatte er wiederum Eduard Winter zu verdanken, vgl. Keßler, Exilerfahrung, 268.

<sup>748</sup> Vgl. Horst Schützler, Entwicklung und Arbeit des Bereichs Geschichte der UdSSR und des sozialistischen Weltsystems, in: Die Geschichtswissenschaft an der Humboldt-Universität – Traditionen, Leistungen, Wege. Joachim Streisand zum Gedenken (=Beiträge zur Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin, Nr. 6, Teil I) Berlin 1982, 46–55; Eckart Mehls u. a., Seminar – Institut – Fachbereich. Die Geschichte Osteuropas an der Humboldt-Universität zu Berlin – Blick auf ein halbes Jahrhundert, Leipziger Jahrbücher 8 (2006), 99–131; Mehls u. a., Die Geschichte Osteuropas.

<sup>749</sup> 25. März 1949. Antrag Meusel an DVV, Berufung Winters aufgrund Fakultätsbeschlusses, HUUA, PA nach 1945, Winter, Eduard, 3 Bde., Bd. 1, Bl. 17.

<sup>750</sup> Sabrow, Diktat, 81.

<sup>751</sup> Nemeč, Eduard Winter (1896–1982), 673.

<sup>752</sup> Veit Diczuneit, Geschichtswissenschaft an der Universität Leipzig. Zur Entwicklung des Faches Geschichte von der Hochschulreform bis zur „sozialistischen Umgestaltung“ 1958, Phil. Diss., Leipzig 1993, 45.

Europas“. 1958 unterzeichnete er zusammen mit Alfred Meusel den Gründungsauftrag für die ostdeutsche Historiker-Gesellschaft, die die Spaltung der Disziplin institutionalisierte, und wurde sogleich dessen stellvertretender Vorsitzender.<sup>753</sup>

Seit 1954 war Winter ordentliches Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften. Im Zuge des Umbaus der Akademie von einer Gelehrtensozietät zu einer Forschungsinstitution übernahm er bis 1965 die Leitung verschiedener Abteilungen, zuletzt der Arbeitsstelle für Geschichte der deutsch-slawischen Wissenschaftsbeziehungen am Institut für Geschichte. Winter war als akademischer Lehrer der „Winter-Schule“ – einer ganzen Generation nun durchaus marxistisch-leninistischer Historiker<sup>754</sup> –, als Wissenschaftsorganisator und Forscher die zentrale Figur bei der Entstehung einer osteuropäischen Geschichte in der DDR.<sup>755</sup> Dabei hatte er sich selbst in seinen zahlreichen Publikationen nicht dem Schema des Historischen Materialismus verschrieben. Er arbeitete besonders am Konzept der „deutsch-slawischen Wechselseitigkeit“, einer wissenschaftshistorisch-kulturhistorisch verstandenen Beziehungsgeschichte, die in Zusammenarbeit mit sowjetischen Historikern entstand und traditionellen Vorstellungen deutscher Überlegenheit entgegentreten sollte. Aus der Hallenser Zeit (und der Zusammenarbeit mit dem später von der SED mit Berufsverbot belegten Günther Mühlpfordt) stammen dazu die Monografien der „Halleschen Trilogie“.<sup>756</sup> Es hat den Anschein, als habe Winter hiermit seinem alten Interesse an den Beziehungen zwischen Sudetendeutschen und Slawen in Mitteleuropa ein neues, wiederum politisch nachgefragtes Format gegeben.

Zudem leitete Winter die Ausarbeitung zentraler Vorlesungen über die Geschichte Russlands und der UdSSR.<sup>757</sup> An seiner grundsätzlich positiven Haltung zur sogenannten Oktoberrevolution von 1917 ließ Winter jedoch intern keinen Zweifel.<sup>758</sup> Sein Aufsatz zur „Geschichte der slavischen Völker“ sollte grundsätzliche Orientierung für das gesamte Fachgebiet geben, denn auch Winter plädierte für Koordinierung und Zentralisierung der Forschungsbemühungen.<sup>759</sup>

---

<sup>753</sup> Neuhäuser-Wespy, Die SED und die Historie, 97f.

<sup>754</sup> Vgl. Grau, Eduard Winter, 364 sowie Ludmila Thomas, Die Ostberliner Forschungen zur Geschichte Rußlands nach 1945, in: Dittmar Dahlmann (Hg.), Hundert Jahre Osteuropäische Geschichte. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, Stuttgart 2005, 173–182.

<sup>755</sup> Vgl. Wolfgang Küttler, Bemerkungen zum Platz der Osteuropäischen Geschichte in der DDR-Historiographie im Rahmen des Ost-West-Konflikts, in: Dittmar Dahlmann (Hg.), Hundert Jahre Osteuropäische Geschichte. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, Stuttgart 2005, 159–172, demnach ging die Bedeutung dieser Fachrichtung für die offizielle Geschichtspolitik der DDR allerdings seit den 1970er Jahren durch die Bevorzugung der neueren deutschen Geschichte allmählich zurück. So auch Mehls u. a., Die Geschichte Osteuropas, 582.

<sup>756</sup> Eduard Winter, Halle als Ausgangspunkt der Deutschen Russlandkunde im 18. Jahrdt., Berlin 1953; ders., Die Pflege der west- und südslawischen Sprachen in Halle im 18. Jahrhundert. Beiträge zur Geschichte des bürgerlichen Nationwerdens der west- und südslawischen Völker, Berlin 1954, ders. Die tschechische und slowakische Emigration in Deutschland im 17. und 18. Jahrhundert. Beiträge zur Geschichte der hussitischen Tradition, Berlin 1955.

<sup>757</sup> BArch-SAPMO, DY 30/IV 2/9.04/97, Bl. 22f.

<sup>758</sup> Vgl. Kap. B II.3.

<sup>759</sup> Vgl. BArch SAPMO, DY 30/IV 2/9.04/103, Bl. 93: „Man muß ein Gremium von Wissenschaftlern schaffen, das klar entscheidet, welche Forschungen notwendig sind und die Direktiven dann weiterleitet.“

Das Interesse am Reformkatholizismus führte Winter in der dreibändigen katholizismuskritischen Geschichte der Beziehungen zwischen Russland bzw. der Sowjetunion und dem Papsttum fort.<sup>760</sup> Daneben fließt als breiter Strom auch die Beschäftigung mit den alten Themen, dem Josephinismus, Humanismus, Aufklärung und Frühliberalismus, vor allem aber mit Bolzano.<sup>761</sup> Winter konnte sich auf beiden Seiten des „Eisernen Vorhangs“ bewegen und so in Wien die Edition des Gesamtwerks des von ihm hochgeschätzten Philosophen Bolzano voranbringen. Die unterschiedlichen politischen Kontexte, in denen er agierte, scheinen der Kontinuität seiner historiografischen Arbeit keinen Abbruch getan zu haben. Vor allem durch die Fülle seiner Arbeiten ist Eduard Winter ungeheuer schwer einzuschätzen, sodass die Biografie von Ines Luft mit Spannung zu erwarten ist. Für die Humboldt-Universität spielte Winter die klassische Rolle jener ‚Doppelstaatsbürger‘, da er hier eine intensive Schülers Ausbildung betrieb; die hohe Zahl von zukünftigen Berufshistorikern unter seinen Schülern sowie seine häufige Beteiligung an Qualifikationsarbeiten belegen dies (vgl. Kap. B.II.1–3).

### Alfred Meusel

Während Winter seine Doppelrolle eher in Richtung der fachwissenschaftlichen Standards akzentuierte, hatte Alfred Meusel die Spannung zwischen Wissenschaft und Politik im Zweifelsfall eher zugunsten der letzteren aufgelöst. An der HU hatte er einige Assistenten der ersten Stunde ausgebildet und richtungsweisende Berufungen (neben Winter u. a. Gerhard Schilfert, Albrecht Timm, Heinz Kamnitzer) in die Wege geleitet.<sup>762</sup>

Dann jedoch verließ Meusel die HU, um am Museum für deutsche Geschichte die scheinbar zentrale Institution der DDR-Geschichtswissenschaft zu leiten.<sup>763</sup> Meusel nahm einige Mitarbeiter und Studierende (Gerda Grothe, Joachim Streisand, Hellmuth Stoecker) mit an seinen neuen Arbeitsplatz und machte seinen weitaus weniger erfahrenen Assistenten Heinz Kamnitzer zum Nachfolger als Leiter des Instituts für Geschichte des deutschen Volkes. Offenbar war Meusel auch noch kurzzeitig Leiter der neu gegründeten Fachrichtung Geschichte an der HU geworden, denn hier bestellte er Gerhard Schilfert zu seinem Nachfolger.<sup>764</sup>

---

<sup>760</sup> Eduard Winter, *Russland und das Papsttum*, Berlin 1960; ders. *Von der Christianisierung bis zu den Anfängen der Aufklärung*, Berlin 1960; ders. *Von der Aufklärung bis zur großen sozialistischen Oktoberrevolution 1961*; ders., *Die Sowjetunion und der Vatikan*, Berlin 1972.

<sup>761</sup> Vgl. die Literaturhinweise bei Mertens, *Lexikon*, 644. In den Berliner Kontext gehören vor allem die Monografien: Eduard Winter, *Frühhumanismus. Seine Entwicklung in Böhmen und deren europäische Bedeutung für die Kirchenreformbestrebungen im 14. Jahrhundert*, Berlin 1964; ders., *Frühaufklärung. Der Kampf gegen den Konfessionalismus in Mittel- und Osteuropa und die deutsch-slawische Begegnung*, Berlin 1966; ders., *Frühliberalismus in der Donaumonarchie. Religiöse, nationale und wissenschaftliche Strömungen von 1790–1868*, Berlin 1968.

<sup>762</sup> Im zentralen Stipendienprogramm zur „Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses“ im Bereich Geschichte betreute Meusel elf der 120 Aspiranten. (BArch DR-2. 1906, Bl. 51–93: Aspiranten der Fachrichtung Geschichte).

<sup>763</sup> Vgl. dazu Stefan Ebenfeld, *Geschichte nach Plan*.

<sup>764</sup> (BArch DR 3-B/13301 (Berufungsakte Gerhard Schilfert, Bl. 38).

Meusels Abgang von der HU wurde begleitet von unerfreulichen Auseinandersetzungen um die einzige historiografische Monografie, die Meusel überhaupt vorlegte. Er hatte schon in der Emigrationszeit eine längere Schrift über ‚Thomas Müntzer und seine Zeit‘ verfasst, die Heinz Kamnitzer mit einem Anhang von Quellen aus der Zeit des Bauernkrieges versehen hatte.<sup>765</sup> Meusel bewertete das 16. Jahrhundert – anders als die Misere-Theorie Alexander Abuschs – nicht als Beginn des „Irrwegs deutscher Geschichte“<sup>766</sup>, sondern als Ausgangspunkt revolutionärer Ansätze, die er vorrangig in der Erhebung der Bauern und Plebejer fand. Luther habe zwar nicht sozialrevolutionär, sondern primär antirömisch und mit Blick auf das universalistische Kaiserreich gehandelt, sich damit aber an die Spitze des Kampfes um einen deutschen Nationalstaat gestellt. Durch seine Klasseninteressen alsbald zum Bündnis mit den Fürsten genötigt, habe er selbst zwar den sozial-revolutionären Kampf gemieden, doch habe Thomas Müntzer diese Möglichkeit aufgegriffen, die Fürstenreformation zur Volksreformation weitergetrieben und die Bauern in den Aufstand geführt. Für Meusel blieb die nationale Stoßrichtung dabei dominant: „[W]äre der zentralisierte Nationalstaat erst einmal errichtet gewesen, so wäre daraus ‚von selbst‘ eine bürgerliche Ordnung hervorgegangen“. Die Vorstellung von dieser nationalen Stoßrichtung führte Meusel dazu, die Jahre zwischen Luthers Thesenanschlag und Bauernkrieg als „frühbürgerliche Revolution“ zu bezeichnen.<sup>767</sup> Vermutlich ohne bewusst eine begriffliche Neuerung schaffen zu wollen, hatte Meusel damit in starker Anlehnung an Friedrich Engels und durchaus auch auf der Grundlage der historiografischen Tradition Rankes und Gerhard Ritters das Fahnenwort geprägt, unter dessen Vorzeichen die DDR-Historiker dann eine der wesentlichen Innovationen der DDR-Geschichtswissenschaft hervorbringen sollten. So erfolgreich Meusel hier einmal als Anreger wirkte, so verheerend wirkten die Plagiatsvorwürfe eines Historikers aus der benachbarten Bundesrepublik Deutschland.<sup>768</sup> Günther Franz, selbst vormals ein engagierter Nationalsozialist, warf den beiden Remigranten Meusel und Kamnitzer vor, die Dokumente im Anhang des Buches aus seiner Quellenedition entnommen, diese Übernahme aber nicht entsprechend gekennzeichnet zu haben. Diese unangenehme Affäre schlug Wellen bis in den Parteiapparat der SED hinein, denn Meusel hatte durch die Unvorsichtigkeit die Position der DDR-Geschichtswissenschaft in der Auseinandersetzung mit dem ‚Klassenfeind‘ empfindlich geschwächt. Der Vorgang leitete denn auch Meusels Abstieg im Machtgefüge der DDR-Historie ein.

---

<sup>765</sup> Hierzu und zum Folgenden die sehr genaue Studie von Müller, *Diktatur und Revolution*, 186f.; Meusel, *Thomas Münzer*.

<sup>766</sup> Abusch, *Irrweg*.

<sup>767</sup> Meusel, *Thomas Müntzer*, S. 77–82, 99f., 26–28, 41; Müller, *Diktatur und Revolution*, S. 186.

<sup>768</sup> Vgl. dazu Keßler, *Exilerfahrung*.

### B.III.3 Antifaschistische Kämpfer als Geschichtsprofessoren

#### Kriterien für die Gruppe der ‚Antifaschisten‘ unter den HU-Historikern

Diese Gruppe der Professoren setzt sich aus neun Hochschullehrern und einer Hochschullehrerin zusammen, bei denen drei biografische Kriterien für ihre wissenschaftliche Karriere in der DDR ein besonderes Gewicht besaßen: ihre Teilnahme am Widerstand gegen den Nationalsozialismus, die erlittene Inhaftierung während der NS-Zeit oder aber die erzwungene Emigration, sowie die lebensgeschichtliche Nähe zur linksextremen Arbeiterbewegung der Zeit vor 1945. Diese Professoren wurden zu Symbolfiguren des ‚Antifaschismus‘, der zentralen Legitimationserzählung der DDR.<sup>769</sup> Von den zehn Geschichtsprofessoren mit ‚antifaschistischem‘ Hintergrund hatten insbesondere Erich Paterna, Karl Obermann, Walter Bartel und Elisabeth Ch. Welskopf, zeitweise aber auch Heinz Kamnitzer durch ihre Funktionen als Instituts- bzw. AbteilungsleiterIn einen langjährigen, gewichtigen Einfluss auf die die HU-Historie.

Als ideologischer Bezugspunkt der offiziellen Gründungsgeschichte der DDR verbürgte der ‚antifaschistische‘ Hintergrund ihrer Elite die Eigenständigkeit des ostdeutschen Staates gegenüber der BRD, aber auch – als Ersatz für die ausgebliebene proletarische Revolution auf deutschem Boden – gegenüber der Sowjetunion. Auch wenn sich die Breitenwirkung dieses offiziell verordneten Konstrukts nur schwer messen lässt: Zumindest innerhalb der Intelligenz der DDR besaß es eine fasst unhinterfragte Überzeugungskraft.<sup>770</sup> Neben der historischen Legitimierung der DDR bestand eine weitere Funktion des ‚Antifaschismus‘ in der Verschleierung des stalinistischen Charakters, eines auch mit Gewalt- und diktatorischen Maßnahmen erzwungenen Aufbaus des sozialistischen Staates.<sup>771</sup> Darüber hinaus schuf das Signum des ‚Antifaschismus‘ kulturell gleichsam sakralisierte gesellschaftliche Bereiche und Personen, die der Kritik entzogen waren, und entwickelte sich daher von einer ideologischen Inspiration des Neubeginns zu einer folgenschweren Belastung für die Reformfähigkeit des SED-Systems.<sup>772</sup>

An der HU handelte es sich bei den ‚Antifaschisten‘ um die größte Gruppe unter den Geschichts-Professoren bis 1968, denn sie ist mit zehn Personen auch größer als die der deutlich jüngeren ‚Aufbau‘-Generation (sieben). Die betreffenden Hochschullehrer an der

---

<sup>769</sup> Vgl. aus der umfangreichen Literatur nur Jürgen Danyel (Hg.), *Die geteilte Vergangenheit: zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in den beiden deutschen Staaten*, Berlin 1995; Lutz Niethammer, Karin Hartewig u. a. (Hg.), *Der „gesäuberte“ Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald; Dokumente*, Berlin 1994; Annette Leo, *Antifaschismus*, in: Martin Sabrow (Hg.), *Erinnerungsorte der DDR*, München 2009, S. 30–41; Herfried Münkler, *Antifaschistischer Widerstand, frühbürgerliche Revolution und Befreiungskriege. Die Gründungsmythen der DDR, Die Deutschen und ihre Mythen*, Bonn, Sonderausgabe 2010 (orig. Berlin 2009), 421–454.

<sup>770</sup> Vgl. Münkler, *Antifaschistischer Widerstand*, 453; vgl. insbesondere zur für die Intelligenz so wichtigen schönen Literatur: Wolfgang Emmerich, *Kleine Literaturgeschichte der DDR. Erweiterte Neuausgabe*, Berlin, 3. Aufl. 1996, 29–42, 70–112 u. ö.

<sup>771</sup> Vgl. Meuschel, *Legitimation*.

<sup>772</sup> Vgl. Münkler, *Antifaschistischer Widerstand*, 440.



HU entstammten den Jahrgängen zwischen 1889 (Niekisch) und 1917 (Kamnitzer). Eine so weite Streuung der Geburtsjahrgänge, zudem in einer Phase jeweils für sich bedeutsamer historischer Großereignisse, macht es kaum möglich, die ‚Antifaschisten‘ als eine einheitliche Generation zu fassen.<sup>773</sup> Ihre Berufung auf eine Professur verdankten die Vertreter dieser Gruppe keineswegs nur bzw. ausschließlich ihrer Nähe zur KPD.<sup>774</sup> Historiker wie Karl Obermann oder Heinrich Scheel etwa hatten nach 1945 Dissertationen und Habilitationsschriften vorgelegt, entsprechende wissenschaftliche Nachweise erbracht. Die sogenannten „mißtrauischen Patriarchen“<sup>775</sup>, wie diese Gruppe auch bezeichnet wurde, besaßen in den geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Fächern der Hochschulen der DDR eine prägende Funktion als Ausbilder, Mentoren und politisch-moralische Leitbilder der „Aufbau“-Generation. Ihre Position gleicht in dieser Hinsicht der einflussreichen repräsentativen und administrativen Rolle dieser Gruppe in der SED-Diktatur insgesamt. Durch das politische und moralische Gewicht ihrer Lebensgeschichte innerhalb eines besonders in der Intelligenz der DDR weithin akzeptierten Deutungsrahmens des ‚Antifaschismus‘ konnten die betreffenden Personen als Hochschullehrer die Position einnehmen, die vormals die ‚Mandarine‘<sup>776</sup> des deutschen Universitätssystems durch ihr Fach- und Bildungswissen sowie ihre funktionale Stellung als Torwächter des universitären Karriereweges einnahmen.<sup>777</sup> Sie ersetzten in dieser Position neben den „Doppelstaatsbürgern“ die abgewanderten oder vertriebenen bürgerlichen Professoren. Ihre Berufungen waren ein „funktionaler Bestandteil der Personalpolitik“ der SED,<sup>778</sup> weil sie das Monopol der traditionell konservativen ‚Herkunfts- und Wertelite‘ der deutschen Mandarine<sup>779</sup> brechen und ein neues ideologisches Monopol im Sinne der SED errichten sollten. Fragt man nach den Gründen für die Ideologisierung und vergleichsweise geringe Leistungsfähigkeit, aber auch für die Reformunfähigkeit der Geschichtswissenschaft in der DDR, stehen die Wissenschaftler mit kommunistischer Sozialisation und ‚antifaschistischem‘ Nimbus im Zentrum der Kritik. Denn diesen Elitenaustausch erkaufte die SED-Hochschulpolitik mit einem erheblichen Verlust an Fachwissen sowie mit einer Tendenz zur Deprofessionalisierung.<sup>780</sup> So kamen etwa Ernst Niekisch, Erich Paterna, Heinz

---

<sup>773</sup> So aber Thomas Ahbe und Rainer Gries, Die Generationen der DDR und Ostdeutschlands. Ein Überblick, Berliner Debatte Initial 17/ H. 4 (2006), 90–109, 92–94. Ihre Generationeneinheit (Karl Mannheim) sei demnach durch die Gemeinsamkeiten der Situation nach 1945 konstituiert worden, in der sie zugleich „sozial und politisch“ herausgehoben wie auch durch die Andersartigkeit ihrer Erfahrungen mit dem NS isoliert gewesen seien.

<sup>774</sup> Mit diesem Kriterien fasst allerdings Ralph Jessen diese Gruppe. Dabei verliert er aber die zahlreichen ProfessorInnen aus dem Blick, die nach 1945 universitäre Qualifikationen an DDR-Universitäten erwarben und dennoch biografisch als herausgehobene Symbolfiguren des ‚Antifaschismus‘ fungierten. (Vgl. Jessen, Akademische Elite, 332).

<sup>775</sup> Ahbe/Gries, Generationen, 92–94.

<sup>776</sup> Jessen, Akademische Elite, 28–30.

<sup>777</sup> Vgl. etwa Jessen, Akademische Elite, 28–30.

<sup>778</sup> Jürgen Danyel, Die unbescholtene Macht. Zum antifaschistischen Selbstverständnis der ostdeutschen Eliten, in: Peter Hübner (Hg.), Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR, Köln, Weimar, Wien 1999, 67–85, 75.

<sup>779</sup> Jessen, Akademische Elite, 28–30.

<sup>780</sup> Vgl. neben Danyel, Die unbescholtene Macht, 76 v. a. Ralph Jessen, Zur Sozialgeschichte der ostdeutschen

Kamnitzer oder Walter Bartel ohne die traditionellen berufsspezifischen Qualifikationen, also Dissertation oder Habilitation, auf ihre Professuren und öffneten sich auch die vormals autonom von der Fachgemeinschaft bestimmten Berufsinhalte in Forschung und Lehre dem Zugriff der SED.

	Prof. HU	Institut	Funktion
Ernst Niekisch	1948–1955	Erforschung des Imperialismus	Institutsdirektor (1951–1957)
Heinz Kamnitzer	1950–1954	Neue Geschichte Geschichte des deutschen Volkes	Institutsdirektor (1952–1954)
Albert Norden	1952–1954	Deutsche Geschichte	Leiter Forschungsstelle <sup>781</sup>
Karl Obermann	1953–1970	Geschichte des deutschen Volkes Deutsche Geschichte (Abt. Neuzeit II)	Stellv. Institutsdirektor (1953–1956/7) Abteilungsleiter
Erich Paterna	1953–1963	Deutsche Geschichte (Abteilungen Neuzeit I und Neueste Zeit)	Institutsdirektor Abteilungsleiter
Walter Bartel	1957–1970	Deutsche Geschichte (Abt. Zeitgeschichte)	Abteilungsleiter
Karl Bittel	1957 <sup>782</sup> –1963 (nebenamtlich)		
Heinrich Scheel	ab 1960 (nebenamtlich)	entfällt	keine
Elisabeth Ch. Welskopf	1960–1966	Allgemeine Geschichte (Abt. Geschichte des Altertums)	Abteilungsleiterin
Ernst Hoffmann	1962–1977	Deutsche Geschichte (Abt. Methodologie etc.)	Abteilungsleiter

Tabelle 23: „Antifaschistische Generation“: Institute und Funktionen

### „Antifaschistische“ Prägung und Praxis

Die zehn Professoren aus der Gruppe der ‚antifaschistischen‘ Professoren zeichneten sich durch ihre Nähe zur linken bzw. linksextremen Arbeiterbewegung aus; eine besondere Rolle spielte dabei die KPD.<sup>783</sup>

---

Gelehrtschaft (1945–1970), in: Martin Sabrow und Peter Th. Walther (Hg.), Historische Forschung und sozialistische Diktatur. Beiträge zur Geschichtswissenschaft der DDR, Leipzig 1995, 121–143, 143 sowie Jessen, Akademische Elite, 409 et passim.

<sup>781</sup> Forschungsstelle für Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen, 1952–1959.

<sup>782</sup> Ausweislich der Personalakte scheiterte die Berufung 1953 an der nicht vorhandenen Planstelle. Erst im November 1957 erfolgte die Anweisung auf Einstellung als Prof. mit vollem Lehrauftrag (vgl. HUUA, Personalakte Karl Bittel, B 584, 2 Bde., Bd. 1, Bl. 49 und 53). Die Angabe einer Ernennung 1952 bei Mertens, Lexikon, 138 ist daher wohl falsch. Damals war Bittel lediglich von der ZK-Abteilung Wissenschaften ein Professoren-Titel verliehen worden.

<sup>783</sup> Vgl. zu den ‚antifaschistischen‘ Eliten der DDR Danyel, Die unbescholtene Macht sowie ders., Antifaschismus als Geschichtswissenschaft.

Die Tätigkeit für die KPD war nicht lediglich eine politische Orientierung, sondern eine einschneidende, alle Bereiche der Lebenswelt ergreifende und prägende Erfahrung. Dies legen einige Studien zur kommunistischen Bewegung in Deutschland nahe.<sup>784</sup> Die Entscheidung für die KPD war lebensgeschichtlich so einschneidend, dass sie sich auch nach 1945 angesichts des beginnenden Kalten Kriegs kaum rückgängig machen ließ. Sie band folglich diese Gruppe auch langfristig an die Politik der SED.<sup>785</sup>

Die anhaltende Relevanz oder Wirksamkeit der beim politischen Engagement für die KPD in der Weimarer und NS-Zeit gemachten Erfahrungen der Macht- und Funktionselite der SED verknüpfen die Geschichte der DDR mit der deutschen Geschichte des frühen 20. Jahrhunderts.<sup>786</sup> Nirgends in Europa war die Spaltung der Arbeiterbewegung in einen reformerischen, sozialdemokratischen und einen revolutionär-kommunistischen Zweig so tief wie in Deutschland.<sup>787</sup> Die unterschiedlichen Lager konstituierten sich durch Feindbilder ihrer politischen Gegner, die zudem noch wegen jahrzehntelanger Gewalterfahrungen in Weltkrieg, Revolution und bürgerkriegsartigem Terror intensiviert wurden. Die KPD war zumindest bezüglich ihrer Funktionäre spätestens seit 1924 zu einer stalinisierten Partei geworden, bei ihren Mitgliedern handelte es sich mehrheitlich um radikalisierte Sozialdemokraten.<sup>788</sup> Die Aufgabe des Führungspersonals der Partei bestand zum großen Teil in der Disziplinierung der immer auch eigensinnigen Mitgliedschaft, vor allem durch die Propagierung einer agonalen Denkhaltung. Die revolutionäre Grundkonzeption der KPD war durch antidemokratisches Denken geprägt; die Republik galt es ebenso zu bekämpfen wie die demokratisierte SPD. Überhaupt hatten die deutschen Kommunisten gerade auf die Auseinandersetzung mit ihren sozialdemokratischen Konkurrenten sowie ‚Abweichungen‘ in den eigenen Reihen immense Energien verwendet. Das Hauptziel, die Überwindung des Kapitalismus, war paradoxerweise gerade durch die ritualisierte Entfesselung kämpferischer Leidenschaft aus den Augen geraten.

Die Stalinisierung der KPD band ihre selbsternannte ‚Avantgarde‘ an die Zentrale der vermeintlichen kommunistischen Weltbewegung in Moskau. Das hatte dramatische Folgen. Einerseits agierten die deutschen Kommunisten dadurch in Zusammenhängen, die ungleich

---

<sup>784</sup> Vgl. zum Folgenden v. a. den Forschungsbericht von Teresa Dapp, *Kommunistische Milieus in der Weimarer Republik*. Ein Forschungsbericht, MS, Berlin 2010; der Verfasserin danke ich für die Möglichkeit zum Einblick in das Manuskript. Aus der umfangreichen Literatur vgl. nur Hermann Weber, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik*, 2 Bände, Frankfurt a. M. 1969; Wolfgang Weber, *Biographisches Lexikon zur Geschichtswissenschaft in Deutschland, Österreich und der Schweiz*. Die Lehrstuhlinhaber für Geschichte von den Anfängen des Faches bis 1970, Frankfurt am Main, 2., durchges. und durch ein Vorwort erg. Aufl. 1987; Klaus-Michael Mallmann, *Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung*, Darmstadt 1996; Andreas Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39*. Berlin und Paris im Vergleich, München 1999; Gerd Koenen, *Was war der Kommunismus?*, Göttingen 2010; Epstein, *The Last Revolutionaries*.

<sup>785</sup> Ahbe/Gries, *Generationen*, 93.

<sup>786</sup> Vgl. die eindrucksvolle Studie von Catherine Epstein, *The Last Revolutionaries*.

<sup>787</sup> Andreas Wirsching, „Hauptfeind Sozialdemokratie“ oder „Antifaschistische Aktion“? Die Politik von KPD und Komintern in der Endphase der Weimarer Republik, in: Heinrich A. Winkler (Hg.), *Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland*, München 2002, 105–130, 111.

<sup>788</sup> Dapp, *Kommunistische Milieus*, 8, 19 bzw. 13.

größer und wichtiger erscheinen mussten als die Ebene nationaler Politik – was war die Gefährdung der ersten deutschen Republik durch die NSDAP angesichts einer ausstehenden Weltrevolution? Andererseits machten sich mit dem wachsenden Denk-Abstand zur unmittelbaren politischen Umgebung eklatante Unwissenheit und tragische Irrtümer breit. Schon das Bild der deutschen Kommunisten von der Oktoberrevolution 1917 als sozialistischer Revolution hatte mit den historischen Gegebenheiten oder selbst den Prognosen von Karl Marx oder Friedrich Engels nichts zu tun. Man übernahm stattdessen die grotesken Simplifizierungen der Perspektiven Lenins und Stalins und blendete den terroristischen Charakter des nun nach Deutschland importierten Kommunismus vollkommen aus.<sup>789</sup> Hinzu kamen die Fehleinschätzungen vor Ort: „Einem fast bizarren Aufwand an bürokratischem Zentralismus, reisenden Profikadern und konspirativen Agenturen in Dutzenden Ländern der Welt [...] stand eine weitgehende Abgelöstheit von den politischen und sozialen Konfliktlagen in den einzelnen Ländern gegenüber – mitten in der größten Krise der kapitalistischen Welt überhaupt.“<sup>790</sup>

Zu den grundlegenden Erfahrungsbeständen kommunistischer Parteimitglieder gehörte die vollständige – und angesichts der irrealen Selbstüberschätzung für sie auch völlig überraschende – politische Niederlage 1933. Sie machte die breite gesellschaftliche Isolierung der Kommunisten angesichts der weitgehenden Akzeptanz der NS-Diktatur in der Bevölkerung deutlich und mündete in die Macht- und Hilflosigkeit während der Welle einer ungleich härteren politischen Verfolgung.<sup>791</sup> In dieser Zeit wurden die vielfältigen kommunistischen Netzwerke zum letzten Rettungsanker; die meisten überlebenden deutschen Kommunisten verdankten ihr Leben der Partei. Sie wurde zur Sicherheit und Schutz versprechenden realen, aber dabei immer auch „imagined community“, die unbedingte Loyalität auch nach 1945 beanspruchen durfte.<sup>792</sup>

Lebensweltliche Bedeutung erlangte die KPD für ihre ‚Avantgarde‘ aber zudem als Institution, in der Bildung und beruflicher Erfolg auch für Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft oder mit einer Sehnsucht nach einer möglichen nicht-bürgerlichen Existenz, für Menschen mit einem profunden Interesse an politischem Wandel möglich wurden: „Im vorgeprägten Bild des bolschewistischen ‚Berufsrevolutionärs‘ konnten sich existenzielle Kampf- und Opferbereitschaften mit handfesten Karriereambitionen, authentischen Bildungsinteressen sowie allerhand lebensreformerischen und antibürgerlichen Aufbruchsimpulsen auf die vielfältigste Weise mischen.“<sup>793</sup> Dies trifft so offensichtlich auch auf die Geschichtswissenschaftler der HU zu, denn nur drei von ihnen entstammten dem Arbeitermilieu.<sup>794</sup>

---

<sup>789</sup> Eindrucksvoll: Jörg Baberowski, *Der rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus*, München 2003.

<sup>790</sup> Koenen, *Was war der Kommunismus*, 56.

<sup>791</sup> Epstein, *The Last Revolutionaries*, 72.

<sup>792</sup> Ebd., 41f. sowie 104.

<sup>793</sup> Koenen, *Was war der Kommunismus*, 44.

<sup>794</sup> Vgl. unten Kap.B.II.1; auch Ralph Jessen verweist darauf, dass sich die SED in den Geisteswissenschaften

Mit den Ausnahmen Ernst Niekischs und Elisabeth Ch. Welskopfs waren alle Vertreter über mehrere Jahre und z. T. Jahrzehnte durch ihre Mitgliedschaft in dieser Partei bzw. ihrem Jugendverband KJVD geprägt worden. Auch Scheel und Welskopf hatten bei ihrer Widerstandstätigkeit gegen den NS in engem Kontakt mit der kommunistischen Partei gestanden. Allerdings waren nur Karl Bittel (1919) und Albert Norden (1920) gleich nach der Parteigründung eingetreten (vgl. Tabelle 31: Parteien und Organisationen). Walter Bartel kam 1923, Erich Paterna nach der SPD-Mitgliedschaft erst 1932 hinzu. Heinz Kamnitzer, Ernst Hoffmann und Karl Obermann traten nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland während der Emigration in die KPD ein. Obermann war zuvor Mitglied der SPD und der SAP gewesen. Erst nach Ende des II. Weltkriegs traten Ernst Niekisch und Elisabeth Welskopf in die KPD ein. Niekisch kam wie Paterna aus der SPD und war nach Intermezzi in der USPD sowie der ASPD vor allem in nationalbolschewistischen Zirkeln aktiv gewesen. Heinrich Scheel war Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes KJVD, aber nicht der KPD gewesen.

Karl Obermann,<sup>795</sup> Albert Norden und Karl Bittel (übrigens auch Eduard Winter) stammten ursprünglich aus der bürgerlichen Jugendbewegung. Sie wurden durch die Revolution von 1918/19 ebenso radikalisiert wie etwa Ernst Niekisch, Erich Paterna<sup>796</sup> oder der „Doppelstaatsbürger“ Alfred Meusel. Mit der bürgerlichen Reformbewegung hatten daneben auch Paterna als Mitglied des „Bundes entschiedener Schulreformer“<sup>797</sup> und Heinrich Scheel als Zögling der Reformschule „Insel Scharfenberg“ frühe Berührungen.

Für sechs der Professoren war die KPD früher oder später zum beruflichen Hauptorientierungspunkt geworden. Bittel, Norden und Obermann arbeiteten während der Weimarer Republik für die KPD-nahe Presse, Heinz Kamnitzer ging diesen Weg in der Emigrationszeit. Im engeren Sinne als Funktionär der KPD arbeiteten lediglich Bittel und Norden, die beide später an der HU nicht lange und nur nebenamtlich beschäftigt waren. Walter Bartel war – wie Bittel – in den 1920/30er Jahren durch die Partei ein Aufenthalt in der UdSSR ermöglicht worden. Er absolvierte ein Studium an der Lenin-Schule in Moskau und stieg dort auch in eine Aspirantur ein. Norden hatte dagegen die KPD-Parteischule in Jena besucht. Ernst Hoffmann arbeitete in der Emigrationszeit als FDJ- und Gewerkschaftsfunktionär.

---

mit ihrer Personalpolitik zwar schon zu Beginn der 1950er Jahre durchgesetzt habe, allerdings nicht hinsichtlich des angestrebten Kriteriums der sozialen Herkunft aus der Arbeiterklasse (Jessen, Sozialgeschichte, 125). Bis Anfang der 1950er Jahre stammten demnach 13 % der Professoren insgesamt aus Arbeiterfamilien, 1962 19 %; erst 1971 stieg ihre Zahl auf 39 %. Die „eigentliche Durchsetzungsphase der SED-Personalpolitik“ lag daher sicher in den 1960er Jahren, aber in den ideologienahen Fächern der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften hatte sie sich schon in den 1950ern durchsetzen können. So auch bei der HU-Geschichtswissenschaft.

<sup>795</sup> Vgl. zu Obermann Kessler, Exilerfahrung.

<sup>796</sup> Bedeutsam für die spätere politische Orientierung nach links war für Paterna seine Mitgliedschaft im Soldatenrat, vgl. Kurt Pätzold, Erich Paterna. 1897–1982, in: Heinz Heitzer und Karl-Heinz Noack (Hg.), Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft. Biographien, Berlin 1989, 182–202, 186.

<sup>797</sup> Vgl. Pätzold, Erich Paterna, 187.

Für Hoffmann wie auch für Heinrich Scheel hatte zuvor die Mitgliedschaft im KJVD die ersten politischen Erfahrungen und Funktionen bedeutet. Übrigens war auch Heinz Kamnitzer schon in der Jugend als Mitglied des sozialistischen Schülerbundes (1931) politisiert worden.

Hinsichtlich der politischen Sozialisation sind die ‚antifaschistischen‘ Professoren eine Gruppe mit starker Binnendifferenzierung; dies kann auch die spätere gemeinsame Mitgliedschaft in der SED nicht überdecken. Den frühen Parteimitgliedern Bartel, Bittel, Norden stehen die erst über die Mitgliedschaft in der SPD und anderen sozialistischen Splittergruppen zur kommunistischen Bewegung gekommenen Paterna und Obermann gegenüber. Für sechs der späteren Professoren war die KPD-Mitgliedschaft mit Studien- bzw. beruflichen Möglichkeiten verbunden. Erich Paterna hatte vor 1945 keine parteiamtlichen Funktionen inne.

Heinrich Scheel, Elisabeth Welskopf und Ernst Niekisch waren erst nach Kriegsende zur KPD gestoßen. Doch auch sie waren durch ihre Rolle im kommunistischen Widerstand schon länger Teil der kommunistischen Bewegung und so der ‚antifaschistischen‘ Gruppe der zehn Geschichtswissenschaftler. In dieser Bewegung hatten die späteren Hochschullehrer das symbolische Kapital für ihre zukünftige Karriere erworben. So schrieb Elisabeth Welskopf in ihrem Lebenslauf anlässlich ihres ersten Habilitationsversuchs 1953: „Das Jahr 1933 bedeutete einen tiefen Einschnitt in meine gesamte geistige Entwicklung, da ich ein radikaler Gegner des Hitler-Regimes und, sobald sich mir die Möglichkeit dazu bot, aus eigener Initiative illegal tätig wurde. Ich erkannte, dass der Kommunismus die einzig bedeutende Widerstandskraft gegen den Faschismus war. Mit Überwindung meiner bürgerlich-politischen Vorurteile gegen die KPD überwand ich auch meine Vorurteile gegen die wissenschaftliche Leistung von Marx und Engels“.<sup>798</sup>

Welskopf war die einzige Vertreterin der Gruppe, die nach 1933 weder Haft noch Emigration ertragen musste. Sie hatte seit 1938 verfolgten Juden geholfen und sich 1943 einer Widerstandsgruppe angeschlossen.<sup>799</sup> 1944 verhalf sie ihrem späteren Ehemann, dem Kommunisten Rudolf Henrich, zur Flucht aus einem Außenlager des KZ Sachsenhausen.

Wegen ihrer kommunistischen Widerstandstätigkeit waren Erich Paterna<sup>800</sup>, Walter Bartel, Karl Bittel, Ernst Hoffmann, Heinz Kamnitzer und Heinrich Scheel inhaftiert gewesen. Ernst Niekisch war 1937 wegen konspirativer Tätigkeit verhaftet worden und saß bis Kriegsende im Zuchthaus Brandenburg. Er hatte in Paris Kontakt zu Harro Schulze-Boysen von der Widerstandsgruppe um Harnack/Schulze-Boysen aufgenommen, die von der GeStaPo dann „Rote Kapelle“ genannt wurde. Zu dieser Gruppe gehörte auch Heinrich Scheel, dessen

---

<sup>798</sup> Elisabeth Ch. Welskopf, Lebenslauf (1953), in: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Habilitation Elisabeth Ch. Welskopf, 11. 11. 1959, Bl. 6.

<sup>799</sup> Vgl. hierzu insbesondere Erik Lorenz, Liselotte Welskopf-Henrich und die Indianer. Eine Biographie, Chemnitz 2. Auflage 2010.

<sup>800</sup> Vgl. dazu Max Frenzel u. a., Gesprengte Fesseln. Ein Bericht über den antifaschistischen Widerstand und die Geschichte der illegalen Parteiorganisation der KPD im Zuchthaus Brandenburg-Görden von 1933 bis 1945, Berlin (DDR) 1975.

Widerstandstätigkeit aber anders als die von Niekisch stark kommunistisch geprägt war. Scheel war wegen seiner Widerstandstätigkeit 1942 verhaftet worden. Nach seiner Verurteilung wegen Hochverrats kam er in KZ-Haft. Das Kriegsende erlebte er als Soldat eines berüchtigten Bewährungsbataillons.

Die übrigen Inhaftierten hatten gleichfalls im Kontext des kommunistischen Widerstands gestanden. Für Walter Bartel, der nach seiner ersten Verhaftung in die ČSR geflohen war, wurde die KPD letztlich zum ‚rettenden Anker‘. Zunächst war er jedoch in der tschechischen Emigration aus der Partei ausgeschlossen worden, denn die Genossen verdächtigten ihn der Dekonspiration während seiner Haftzeit. Ohne den Schutz der Partei musste Bartel wieder nach Deutschland zurückkehren und wurde 1939 verhaftet. Er überstand bis Kriegsende die Haftzeit im KZ Buchenwald, u. a. weil er hier mit anderen KPD-Genossen ein später heftig umstrittenes Schutzsystem für kommunistisch gesinnte Mithäftlinge aufziehen konnte.<sup>801</sup>

Auch die Emigranten blieben vielfach in die KPD eingebunden bzw. auf deren Hilfe angewiesen. In einem schwer zu durchschauenden institutionellen und personellen Netzwerk arbeiteten Kamnitzer in Großbritannien und Kanada, Hoffmann in der ČSR und Großbritannien, Norden in Frankreich, der Schweiz und den USA sowie Obermann in Frankreich und den USA als Journalisten für linke Zeitschriften bzw. als Funktionäre entsprechender Bildungseinrichtungen oder parteinaher Organisationen.

Interessanterweise waren die Emigranten unter den Geschichtswissenschaftlern ausschließlich in den ‚Westen‘ exiliert.<sup>802</sup> Keiner von ihnen erlebte die „Säuberungen“ in Moskau oder gehörte zu jenen kommunistischen Funktionären, die wie die „Gruppe Ulbricht“ schon 1945 mit der „Roten Armee“ in die SBZ gelangten, um unter der Schirmherrschaft der SMAD langfristig einflussreiche Posten zu besetzen. Welche Auswirkungen diese andersartige Emigrationserfahrung für Denken und Handeln der Genossen hatte, ist umstritten. Waren sie durch die Erfahrung mit den westlichen Demokratien und den Abstand zu Stalins Parteizentrale liberaler gesinnt als die UdSSR-Remigranten? Jürgen Danyel vermutet, sie hätten sich zumindest eine weniger orthodoxe und kämpferische Auffassung vom Kommunismus und mehr Vertrauen in dessen intellektuelle Überzeugungskraft mittels offener Diskussionen angeeignet.<sup>803</sup> Zugleich aber waren diese West-Emigranten im Unterschied zu ihren Genossen aus dem Moskauer Exil keine zusammenhängende Gruppe, sodass sich kaum gemeinsame Haltungen verfestigt haben dürften. Ob sich dies durch die häufigen Schwierigkeiten, die West-Emigranten in der DDR bekamen, geändert hat, muss hier offen bleiben. In ihrer jüngeren Untersuchung zu den „*last revolutionaries*“ hat

---

<sup>801</sup> Vgl. Niethammer/Hartewig, Der „gesäuberte“ Antifaschismus.

<sup>802</sup> Vgl. Gerhard Hirschfeld, Exil in Großbritannien. Zur Emigration aus dem nationalsozialistischen Deutschland, Stuttgart 1983; Adam, Rückkehr; Krauss, Heimkehr; Claus-Dieter Krohn, Deutsche Wissenschaftsemigration seit 1933 und ihre Remigrationsbarrieren nach 1945, in: Rüdiger vom Bruch und Brigitte Kaderas (Hg.), Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2002, 437–453; Gabriela Ann Eakin-Thimme, Geschichte im Exil. Deutschsprachige Historiker nach 1933, München 2005 sowie die Arbeiten von Mario Keßler, Exilerfahrung; Exil und Nach-Exil; Keßler (Hg.), Deutsche Historiker.

<sup>803</sup> Danyel, Die unbescholtene Macht, 80.



Catherine Epstein jedenfalls keine Belege für die Vermutung eines liberaleren Kommunismusverständnisses gefunden. Vielmehr hätten Haft und Exil auch unter ihnen stalinistische Haltungen befördert und ein tiefes Freund-Feind-Schema geprägt.<sup>804</sup>

Der Erfahrungshintergrund der kommunistischen ‚Antifaschisten‘ war also „ebenso existentiell wie extrem: Kriege, Todesgefahr, Not und Unsicherheit wurden durch die *besonderen* Erlebnisse des politischen Kampfes und der politischen Verfolgung modifiziert und prägten so zeitlebens die Weltsicht wie Handlungsweise der Angehörigen“ dieser Gruppe. Sie hatten gelernt, durch „Härte, Rücksichtslosigkeit und Gefahrenbewußtsein persönliche *und* politische Herausforderungen zu bewältigen und eben neue gesellschaftliche Zustände zu erzwingen.“<sup>805</sup>

Die Gruppe der ‚Antifaschisten‘ unter den zukünftigen Macht- und Funktionseliten der DDR wurde treffend als „mißtrauische Patriarchen“ bezeichnet.<sup>806</sup> Denn diese ‚Antifaschisten‘ konnten zwar die „traumatischen Erfahrungen der 1930er und 1940er Jahre unmittelbar mit der Hoffnung“ auf Erfüllung der kommunistischen Utopie kompensieren<sup>807</sup> und waren zudem nach 1945 in der SBZ als Gruppe auch hinsichtlich ihrer beruflichen Möglichkeiten aus der Mehrheitsgesellschaft deutlich herausgehoben. Dennoch waren sie zugleich eben eine Minderheit und durch die Andersartigkeit ihrer Erfahrung und Position nicht nur herausgehoben, sondern auch isoliert. Mit ihrer Bindung an KPD und SED hatten sie eine kaum wieder rückgängig zu machende Entscheidung getroffen. Letztlich waren sie dem gelingenden Aufbau des Sozialismus nicht nur politisch, sondern durchaus auch persönlich existentiell verbunden. Bei der von ihnen nun verfochtenen „revolutionären Disziplin und Wachsamkeit“ mag daher eine gute Portion „habitualisierte[n] Mißtrauen[s] im Spiel gewesen sein.“<sup>808</sup> Es rührte aus dem Zusammenwirken von Hafterfahrung, Emigrationsschicksal und der für alle gleich schwierigen Situation in Deutschland nach 1945.

#### Tätigkeiten in der SBZ/DDR vor Ankunft an der HU

Neben den im voranstehenden Teil angeführten „Doppelstaatsbürgern“ wie Alfred Meusel und Jürgen Kuczynski, die selbst oft eine ‚antifaschistische‘ Biografie besaßen, prägten nach 1945 von Beginn an ‚Antifaschistische‘ Geschichtsprofessoren mit kommunistischem Hintergrund die Geschichtswissenschaft Ostdeutschlands. Ernst Engelberg und Walter Markov, Albert Schreiner oder Leo Stern nahmen an Universitäten und der DAW bald führende Positionen ein. Als SED-Funktionär und Professor an der HU zog der ehemalige Spanienkämpfer Kurt Hager, der aus der Emigration in Großbritannien zurückgekehrt war, seine Fäden bei der Konstitution einer materialistischen Historie. Bald wurden an die HU

<sup>804</sup> Epstein, *The Last Revolutionaries*, 8, 72 sowie 99.

<sup>805</sup> Ahbe/Gries, *Generationen*, 92.

<sup>806</sup> Ebd., 92.

<sup>807</sup> Ebd., 93.

<sup>808</sup> Ebd., 93. Ähnlich auch Wolfgang Engler, *Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land*, Berlin 2000, 109–139, der zwar zunächst das beiderseits gewollte Bündnis der jüngeren mit der älteren, ‚antifaschistischen‘ Generation beschreibt, dann aber darin auch einen Grund für das Scheitern des sozialistischen Aufbruchs ausmacht. Die ‚Antifaschisten‘ hätten im Zweifel die Parteidisziplin immer zugunsten des Machterhalts der SED samt ihrer führenden Funktionäre beantwortet (123f.).



Geisteswissenschaftler mit einer vergleichbaren Schulung an den „Universitäten des Klassenkampfes“ berufen: Joseph Winternitz, Jürgen Kuczynski, Ernst Hoffmann Heinz Kamnitzer, Karl Obermann, Hellmuth Stoecker und Friedrich Katz zählten gleichfalls zu den Westremigranten.<sup>809</sup> Robert Havemann hatte während der NS-Zeit in Haft gesessen und Zwangsarbeit im Dienste der NS-Wissenschaftspolitik leisten müssen. Allerdings: Eine ähnlich kritikfreudige Auseinandersetzung mit der SED-Ideologie wie Havemann in den 1960er Jahren suchten die HU-Geschichtsprofessoren nicht. Sie unterstützten die nachwachsende, schon an den DDR-Universitäten qualifizierte Generation beim Neubeginn im Zeichen des Historischen Materialismus. Aber in Konfliktsituationen zwischen Politik und Wissenschaft, wie sie 1953 und noch stärker 1956 von führenden SED-Funktionären forciert worden waren, stellten sie Parteidisziplin, ideologische Kampfkraft und Machterhalt der SED immer über Forderungen nach einer undogmatischen Öffnung. Nur Elisabeth Welskopf und Ernst Niekisch machten hierin Ausnahmen (vgl. unten Kap. C I.3).

Die ‚antifaschistischen‘ Geschichtsprofessoren der HU begannen ihre Karriere in SBZ und DDR auf einer niedrigeren beruflichen Ebene als die genannten Engelberg oder Stern. Dies hing einerseits mit ihrem niedrigeren Ausbildungsstand,<sup>810</sup> andererseits mit ihrer größeren persönlichen Entfernung von der Zentrale der aus der Sowjetunion remigrierten KPD/SED-Führung zusammen. Allerdings hatten Erich Paterna, Walter Bartel und Ernst Hoffmann rasch Aufgaben in der Bildungspolitik übernommen.

Paterna arbeitete in der Abteilung für Agitation und Propaganda an Entwürfen für einen neuen Geschichtsunterricht, Bartel stieg vom Dezernenten beim Berliner Magistrat für Volksbildung zum persönlichen Referenten des Staatspräsidenten Wilhelm Pieck auf, Ernst Hoffmann war als Referent bei Paul Wandel an der DVV untergekommen, bevor er den Sektor Hochschulen bei der ZK-Abteilung für Propaganda und Wissenschaft leiten durfte. Paterna und Hoffmann wechselten Ende der 1940er Jahre an neu gegründete Bildungseinrichtungen der SED, die das Bildungsmonopol der noch bürgerlich geprägten Hochschulen von außen brechen sollten. Als Leiter des Lehrstuhls für Geschichte der Arbeiterbewegung unterrichtete Paterna angehende SED-Funktionäre an der Parteihochschule „Karl Marx“ am Rande Berlins.<sup>811</sup>

---

<sup>809</sup> Vgl. Dietrich Staritz, Geschichte der DDR. Erweiterte Neuauflage, Frankfurt a. M. 1996, 77–81. Vgl. die Parteistrafe für Ernst Hoffmann 1952 durch die ZPKK: Barch, SAPMO, DY 30/ J IV 2/3/ 314; Protokoll Nr. 185/52; Sitzung am 7. August 1952, Bl. 3.

<sup>810</sup> Markov und Engelberg waren schon vor 1945 promoviert worden; Engelberg hatte zudem in Istanbul an der Universität gelehrt.

<sup>811</sup> Hier begegnete ihm Wolfgang Leonhard wieder, der ihn schon von der gemeinsamen Arbeit in der Agitprop-Abteilung des ZK der KPD kannte. Er schildert Paterna als einen Anhänger der Weimarer Schulfreiform, der sich dann mit „großem Eifer und großer Sachkenntnis“ der Ausarbeitung eines wissenschaftlichen, kommunistischen Geschichtsbildes widmete: „Er war der Typ des suchenden, revolutionären Wissenschaftlers und Forschers.“ (Wolfgang Leonhard, Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln, Neuauflage 1990, 584f.).

	Parteiapparat	SED-Bildungseinrichtungen	Universitäten und Hochschulen	andere
Ernst Niekisch				Leiter VHS Wilmersdorf; Mitgl. Landesvorstand KB Berlin
Heinz Kamnitzer			Landeshochschule Potsdam (Prof.)	
Albert Norden				Pressechef dt. „Wirtschaftskommission“, Chefred. „Deutschlands Stimme“
Karl Obermann			Landeshochschule Potsdam (W-Prof.)	Redakteur „Forum“
Erich Paterna	Agit-Prop-Abtlg. KPD-Parteivorstand	SED-Parteihochschule <sup>812</sup> Kleinmachnow/Liebenwalde (Lehrstuhl G. dt. AB)		stellv. Leiter Bezirksschulamts (Charlottenburg)
Walter Bartel	Dezernent Magistrat f. Volksbildung Berlin; persönl. Referent Wilhelm Pieck	Doz. Abenduniversität M-L in Berlin	W.-Prof. KMU Leipzig; Mitgl. SED-Kreisleitung ebd.	Direkt. Institut f. Zeitgeschichte
Karl Bittel	Landesleitung KPD Baden		Honorar-Prof. KMU Leipzig	Chefred. „Unser Tag“ (KPD); Dir. „Institut f. Zeitgeschichte“; Chefred. „Dokumentation d. Zeit“
Heinrich Scheel				Schulleiter (Berlin (West), entlassen); Direktor Jugendeinrichtung, Fachschulrat f. Geschichte Hauptschulamts Berlin (Ost)
Elisabeth Welskopf				Tätigkeit in Wirtschaft u. Verwaltung
Ernst Hoffmann	Referent DVV (Paul Wandel); MA Abt. Propaganda ZK d. SED (Sektor Hochschulen)	stellv. Abt. Leiter Inst. f. Wiss. Soz. (=MELS-Institut); Prof., Direktor IfG beim ZK d. SED; stellv. Ltr. LS und Direktor am Inst. f. Gesellschaftswiss.	nb: Dozent HS f. Planökonomie Berlin	

Tabelle 24: Tätigkeiten vor der Zeit an der HU<sup>813</sup>

<sup>812</sup> Vgl. Uwe Möller und Bernd Preußer (Hg.), Die Parteihochschule der SED – ein kritischer Rückblick, Scheuditz 2006; Hermann Weber, Damals, als ich Wunderlich hieß. Vom Parteihochschüler zum kritischen Sozialisten. Die Parteihochschule der DDR, Berlin 2002.

<sup>813</sup> Die Angaben folgen wiederum Mertens, Lexikon sowie Helmut Müller-Engbers, Jan Wielgohs, u. a. (Hg.), Wer war wer in der DDR. Ein biographisches Lexikon, Bonn 2001.

Ernst Hoffmann hatte 1948 den dortigen Dozentenlehrgang für Philosophie besucht und lehrte am bald in „Marx-Engels-Lenin-Stalin“ (MELS)- Institut umbenannten Gesellschaftswissenschaftlichen Institut die Grundlagen der SED-Ideologie. Er war vor seiner Ankunft an der HU in der SED-Hierarchie am weitesten ‚nach oben‘ gelangt. Ausschlaggebend war wohl seine persönliche Bekanntschaft mit dem leitenden Wissenschaftsfunktionär Kurt Hager aus der gemeinsamen Emigrationszeit in England.<sup>814</sup> Er war als Dozent an der Hochschule für Planökonomie Berlin-Karlshorst zugleich aufgrund seiner Position beim ZK der SED zuständig für die sogenannte II. Hochschulreform 1951/52. Hoffmann bekam weitere wichtige Funktionen, u. a. als stellvertretender Leiter des Lehrstuhls für Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung am neu gegründeten Institut für Geschichte beim ZK der SED, bevor er 1962 – mittlerweile Institutsdirektor – aus politischen Gründen abgelöst und auf die HU-Professur abgeschoben wurde.<sup>815</sup> Das gleiche geschah Erich Paterna, der den Lehrstuhl für Geschichte der Arbeiterbewegung an der SED-Parteihochschule in Kleinmachnow/Liebenwalde inne gehabt hatte.<sup>816</sup>

In noch größere Schwierigkeiten war Walter Bartel geraten. Bartel hatte wie Hoffmann auch an einer Bildungsinstitution der SED unterrichtet. An der vergleichsweise unbedeutenderen Abenduniversität für Marxismus-Leninismus in Berlin unterrichtete er als Dozent jüngere SED-Genossen. Schon hier wurden vor allem seitens der Besucher seiner Schulungskurse gewichtige Zweifel an seiner intellektuellen und rhetorischen Eignung laut.<sup>817</sup> Als Bartel nach seinen politischen Schwierigkeiten versuchte, mit Unterstützung durch die SED-Hochschulpolitik in der Geschichtswissenschaft Fuß zu fassen, nahm die interne Kritik zu. Ernst Engelberg nannte die Dissertation des Professors „enttäuschend“, da Bartel lediglich „schon bekannte Tatsachen durch neues Material“ ergänzt hätte.<sup>818</sup> Doch den Aufstieg als Wissenschaftsfunktionär und Hochschullehrer konnte die fragwürdige Kompetenz des Genossen Bartel nicht bremsen, denn er besaß offenbar politische Fürsprecher. Bartel wurde nach einer Wahrnehmungsprofessur an der KMU Leipzig (1953–1957), die er mit einer Tätigkeit in der einflussreichen Kreisparteileitung der Universität zu verbinden wusste, Leiter des Instituts für Zeitgeschichte in Berlin. Er arbeitete hier als Nachfolger Karl Bittels an der Konstituierung einer sozialistischen Zeitgeschichtsschreibung, die sich vor allem auf die Geschichte der DDR und ihres westdeutschen Gegenübers konzentrierte.<sup>819</sup> Mit der Übernahme des Direktorats des Instituts für Zeitgeschichte 1957 auf Beschluss des

---

<sup>814</sup> Vgl. hierzu die Erinnerungen Kurt Hagers (Leipzig 1996).

<sup>815</sup> Die Gründe hierfür konnten leider aus den eingesehen Akten bei der SAPMO nicht rekonstruiert werden.

<sup>816</sup> Vgl. Möller/Preusser (Hg.), Die Parteihochschule der SED; Weber, Damals.

<sup>817</sup> Vgl. den Brief der Teilnehmerin Elisabeth Welskopf vom 4. Juli 1951, BBAW-Archiv, NL Welskopf, 97.

<sup>818</sup> Engelbergs Kritik hatte daneben eine zweite, politische Stoßrichtung. In der Darstellung der Geschichte der KPD in der Weimarer Republik seien „[d]ogmatische und starre Auffassungen“ noch nicht überwunden. (BArch-SAPMO, DY 30/IV 2/9.04/149, Bl. 1–21: Ernst Engelberg, Bemerkungen zur Dissertation von Walter Bartel: Die Spartakusgruppe im Kampf gegen Militarismus und Krieg, 5. 8. 1956, Bl. 21 bzw. Bl. 1).

<sup>819</sup> Vgl. dazu allgemein Sabrow, Die DDR-Geschichtswissenschaft.

Sekretariats des ZK der SED war zugleich Bartels Ernennung zum Professor mit Lehrauftrag an der HU verbunden gewesen. Schon zwei Jahre später informierte die Abteilung Wissenschaften des ZK in einer Hausmitteilung erneut „über ernste Fehler und Schwächen, die in den letzten Monaten in der Arbeit des Genossen Prof. Dr. Walter Bartel aufgetreten sind“. Bartel sei zwar bislang als führender Vertreter für die Zeitgeschichte nach 1945 angesehen worden, allerdings lägen „keine größeren wissenschaftlichen Arbeiten über die Geschichte nach 1945 vor.“<sup>820</sup> Zudem habe Bartel in einigen Vorträgen die „Nationale Grundkonzeption“ der SED nicht genügend beachtet und einschlägige Schriften von Walter Ulbricht ignoriert.<sup>821</sup> Das Institut für Zeitgeschichte sollte daraufhin der HU-Fachrichtung Geschichte angegliedert werden. Durch den Zuzug der Genossen versprach man sich auch für die z. T. beargwöhnten HU-Historiker eine erzieherische Wirkung.<sup>822</sup> Bartel lehnte allerdings die faktische Auflösung seines Instituts ab, wurde jedoch 1962 endgültig als Direktor abgelöst. Die Reduzierung seiner Funktionen auf die HU-Professur hat er als unverdiente Zurücksetzung empfunden.<sup>823</sup> Seine Schüler haben nach 1989 die Schwierigkeiten ihres Lehrers vor allem mit dessen Streitigkeiten mit Walter Ulbricht über die Geschichte der KPD vor 1945 begründet. Diese Streitigkeiten hatten ihre Ursache nicht zuletzt wohl in unterschiedlichen Erinnerungen und Erfahrungen der beiden SED-Funktionäre. Festzuhalten bleibt jedenfalls, dass Bartel sich auf populäre Historie beschränkte und keinen Aufsatz, kein wissenschaftliches Werk von Gewicht publizierte.<sup>824</sup> Soweit der mit der Person Bartels verbundene zeitliche Vorgriff. Zurück zur Vorgeschichte. Anders als Bartel, Paterna oder Hoffmann verfügten die übrigen ‚antifaschistischen‘ HU-Historiker nicht über frühe Verbindungen zu leitenden SED-Funktionären in SBZ und DDR. Heinrich Scheel und Ernst Niekisch hatten stattdessen zunächst Leitungspositionen im Bildungswesen im Westteil Berlins inne. Übrigens war auch Erich Paterna kurzfristig im Bildungswesen Westberlins tätig, wo er stellvertretender Leiter des Bezirksschulamtes Charlottenburg war. Niekisch leitete die Wilmersdorfer Volkshochschule. Scheel war bis 1948 Leiter der reformpädagogisch orientierten „Schulfarm Insel Scharfenberg“, wo er jedoch wegen seiner SED-Mitgliedschaft und gegen seinen erklärten Willen bald entlassen

<sup>820</sup> BArch-SAPMO, Hausmitteilung der Abteilung Wissenschaften, BArch-SAPMO, DY 30/IV 2/9.04/149: Bericht über ernste Fehler und Schwächen, die in den letzten Monaten in der Arbeit des Genossen Prof. Dr. Walter Bartel aufgetreten sind, 21. 10. 1959, Bl. 33ff.

<sup>821</sup> Ebd., Bl. 183f. u. a. nicht beachtet: „Des deutschen Volkes Weg und Ziel“ von W. Ulbricht (Bl. 184). „Das Referat vermittelt nicht die Erkenntnis, daß das deutsche Volk ohne die Partei der Arbeiterklasse nicht nur keine seiner Errungenschaften erkämpft hätte, sondern ein drittes Mal das Opfer seiner Todfeinde geworden wäre“ ... „weiterhin nicht gesagt, daß die Partei die anerkannte Führerin der Klasse und der Massen wurden, weil sie auf Grund der Theorie des Marxismus und Leninismus und der Erfahrungen der internationalen Arbeiterklasse und der Auswertung der Lehre Lenins über den Imperialismus und Revolution weit voraussah, Schritt für Schritt die großen revolutionären Umwälzungen plante und die Massen in den Kampf führte.“ (Bl. 186).

<sup>822</sup> Vgl. DY 30/IV 2/9.04/103, Bl. 150f.: 1. 3. 1958, SHF an Johannes Hörnig, ZK der SED, Abteilung Wissenschaft.

<sup>823</sup> Siegfried Prokop und Siegfried Schwarz (Hg.), Zeitgeschichtsforschung in der DDR. Walter Bartel (1904–1992); ein bedrohtes Leben. Beiträge zum 100. Geburtstag von Walter Bartel, Schkeuditz 2005.

<sup>824</sup> Die von ihm initiierte Geschichte Berlins scheiterte ebenfalls am Einspruch Ulbrichts. Aber auch hier war Bartel wohl eher in der Mentorenrolle und nicht als Fachwissenschaftler tätig. (Vgl. ebd.)

wurde.<sup>825</sup> Er wurde daraufhin Leiter einer Ostberliner Jugendeinrichtung, danach Fachschulrat für Geschichte im Hauptschulamt Berlin (Ost). Damit verfügten schon fünf zukünftige Geschichtswissenschaftler über Erfahrungen im Bildungsbereich, z. T. auch im Bereich Geschichte, bevor sie an die HU wechselten. Hinzu kamen Heinz Kamnitzer und Karl Obermann, die beide an der Brandenburgischen Landeshochschule Potsdam schnell auf Professuren gelangt waren. Obermann war zuvor auch in der KPD- bzw. SED-nahen Publizistik untergekommen, desgleichen Karl Bittel und Albert Norden.<sup>826</sup> Nach seiner Übersiedlung aus Südwestdeutschland in die SBZ im Mai 1949 baute Bittel das „Institut für Zeitgeschichte“ in Ostberlin auf.<sup>827</sup> Er sammelte erste Lehrerfahrungen mit einem Lehrauftrag für „Geschichte der sozialen Bewegungen“ an der HU Berlin, dann als Honorarprofessor an der KMU Leipzig. Bis auf Niekisch hatten alle diese Männer aus dem Bildungs- und Pressewesen sich in institutionelle Abhängigkeit von der SED begeben und hatten so deren Geschichtsbild als Hochschullehrer, Journalisten, im Schulamt oder gar als Lehrer an Parteiinstituten öffentlich zu vertreten. Einzig Elisabeth Welskopf arbeitete als Sachbearbeiterin in Wirtschaft und Verwaltung zunächst in Distanz zur SED, obgleich sie schon 1945 der KPD beigetreten war.

### Tätigkeit an der HU vor Übernahme der Professur

1949 war Elisabeth Welskopf in das Nachwuchsförderungsprogramm der SED-Hochschulpolitik aufgenommen worden und als Habilitationsaspirantin an die HU gekommen. Sie gehörte zur Arbeitsgemeinschaft Alfred Meusels.<sup>828</sup> Ernst Hohl hatte die Betreuung ihrer Arbeit über „Die Produktionsverhältnisse der Sklavenhaltergesellschaft – ein Vergleich ihrer Analyse durch Aristoteles und durch Marx, Engels, Lenin und Stalin“ abgelehnt, ebenso wie Meusel, der sich auf sein Arbeitsgebiet Neuere Geschichte beschränken wollte. Das Thema der Arbeit stammte von Ernst Hoffmann.<sup>829</sup> Daraufhin wurde sie von dem Philologen Werner Hartke, aber auch von Kurt Hager betreut.<sup>830</sup> Elisabeth Welskopf hatte sich schon während ihres Studiums vor 1945 für althistorische Themen interessiert. Sie hatte an einem Forschungsseminar bei Ulrich Wilcken teilgenommen und eine Arbeit über Tacitus verfasst. Anschließend wählte sie allerdings als Schwerpunkt das ‚Brotstudium‘ der Nationalökonomie und wurde 1925 an der FWU mit einer Arbeit über den internationalen Schuhhandel promoviert.<sup>831</sup> Trotz fehlender

---

<sup>825</sup> Vgl. Heinrich Scheel, Vom Leiter der Berliner Schulfarm Scharfenberg zum Historiker des deutschen Jakobinismus. Autobiographische Aufzeichnungen, Velten 1996.

<sup>826</sup> Bittel war Mitglied der Landesleitung der KPD Baden und dann dort Chefredakteur des KPD-Blattes „Unser Tag“; Obermann Redakteur der Hochschulzeitschrift „Forum“; Norden Pressechef der deutschen „Wirtschaftskommission“ und Chefredakteur von „Deutschlands Stimme“.

<sup>827</sup> Siegfried Prokop, Karl Bittel als Publizist und Zeithistoriker in Berlin. 1949 bis Anfang der 60er Jahre, in: N. N. (Hg.), Helsinki 1975. Genutzte Möglichkeiten und verpaßte Chancen, Berlin 2000, 57–61.

<sup>828</sup> Vgl. BBAW-Archiv, NL Welskopf, 97, Arbeitsbericht Welskopf, 1949.

<sup>829</sup> Vgl. ebd.

<sup>830</sup> Vgl. BBAW-Archiv, NL Welskopf, 97, Welskopf an Robert Naumann, 16. 11. 1953.

<sup>831</sup> Vgl. BBAW-Archiv, NL Welskopf, 1, Bl. 1f.

althistorischer Promotion oder Habilitation nahm Welskopf ab 1952 einen Lehrauftrag für Alte Geschichte an der HU wahr. Welskopf wusste die Vorteile ihrer Parteizugehörigkeit geschickt zu nutzen. Zwischenzeitlich hatte sie sich nicht nur der Unterstützung Kurt Hagers, sondern auch der Robert Naumanns, Joseph Winternitz' und Ernst Hoffmanns versichert sowie die Abenduniversität für Marxismus-Leninismus besucht.<sup>832</sup> Über eine althistorische Konferenz in Marburg und das Verhalten der dorthin eingeladenen ostdeutschen Wissenschaftler berichtete sie 1952 gar dem ZK der SED.<sup>833</sup>

Ebenfalls mit Lehraufträgen begannen die Karrieren von Ernst Niekisch und Karl Bittel an der HU. Niekisch stieg wie Bittel im politischen Schulungsfach „Politische und Soziale Probleme der Gegenwart“ ein, war hier kurzzeitig Lehrbeauftragter und dann Ordinarius,<sup>834</sup> bevor er 1948 den historisch angelegten Lehrstuhl für „Erforschung des Imperialismus“ besetzte. Dieser Lehrstuhl war ihm vom SHF angeboten worden.<sup>835</sup> Heinz Kamnitzer arbeitete an der HU zunächst ebenfalls im Fachbereich „Politische und Soziale Probleme der Gegenwart“ als Hilfsassistent Alfred Meusels, dann als Lehrbeauftragter bei Niekisch.<sup>836</sup> Zugleich studierte er hier Philosophie, wechselte dann aber mit Meusel zum Institut für Neue Geschichte und erhielt hierfür 1947 erneut einen Lehrauftrag. Die Anstellungen ließen ihm Zeit für die Dissertation bei Meusel. Mit dem Abschluss 1950 erfolgte die Berufung. Karl Obermann und Heinrich Scheel bereiteten sich ebenfalls an der HU auf die Promotion vor. Beide profitierten dabei von den Nachwuchsförderungsinstitutionen der SED. Obermann war seit 1949 „Kandidat der wissenschaftlichen Lehre und Forschung“ und gehörte zum Aspirantenkreis Alfred Meusels.<sup>837</sup> Scheel hatte es ebenfalls zunächst bei Meusel versucht, seine Betreuung übernahmen dann Heinz Kamnitzer und später Karl Obermann.<sup>838</sup> Der Nachwuchshistoriker erhielt Unterstützung durch Anstellungen als Assistent bzw. Oberassistent, bevor er dann ebenfalls in eine Aspirantur gelangte und Lehraufträge erhielt. In Summa waren somit sechs der zehn ‚antifaschistischen‘ GeschichtspräsidentInnen schon vor der Übernahme einer Professur an der HU beschäftigt.

Trotz gewisser Nuancierungen und Besonderheiten ist der politische Hintergrund bzw. Einfluss für den Karriereweg dieser Gruppe offensichtlich und wenig überraschend. Dass dies nicht uneingeschränkt zum Ausschluss wissenschaftlicher Kriterien führen musste, haben die skizzierten Auseinandersetzungen um Walter Bartel bereits gezeigt. Dennoch stellt

---

<sup>832</sup> Vgl. ebd., 97.

<sup>833</sup> Vgl. ebd., Liselotte Welskopf-Henrich, 7. 6. 1952 an das „Zentralkomitee“, Bericht über meine Eindrücke in Marburg a. d. Lahn, S. 2: „Von unseren Kollegen aus der DDR selbst hörte ich kein direkt feindliches Wort gegen den Fortschritt, aber die Atmosphäre und Nuancen ihrer Äusserungen waren nicht immer gerade geeignet, den grossen wissenschaftlichen und allgemeinen Aufschwung bei uns für die andern [!] recht spürbar zu machen.“

<sup>834</sup> Vgl. HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 2, Bl. 74.

<sup>835</sup> Ernst Niekisch, *Gegen den Strom. 1945–1967*, Köln 1974, 120.

<sup>836</sup> Der Lehrauftrag war von Niekisch beantragt worden: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 2, Bl. 103.

<sup>837</sup> Vgl. HUUA, Personalakte Karl Obermann, Bl. 10f.

<sup>838</sup> HUUA, Sch 924, Personalakte Heinrich Scheel, Bl. 24.

sich wegen der einflussreichen und anhaltenden Rolle dieser Gruppe die Frage nach ihrem wissenschaftlichen Profil und ihrer wissenschaftspolitischen Rolle.

### Berufungswege und fachwissenschaftliches Profil

Bis auf die Althistorikerin Welskopf legten alle ‚antifaschistischen‘ Professoren ihren Arbeitsschwerpunkt auf die deutsche Geschichte der Neuzeit. Ihre Berufungen waren in einem im Einzelnen kaum zu rekonstruierenden Wechselspiel der ZK-Abteilung Wissenschaft (bzw. Vorgänger-Institution), SHF, Historikern der HU sowie dem Fakultätsrat der Philosophischen Fakultät erfolgt. Die Initiative ging dabei oft von den hochschulpolitischen Instanzen der SED aus, die Historiker setzten die dort gefassten Entschlüsse an der HU durch. Erstaunlich angesichts der noch bis 1958 mit einer Reihe von ‚bürgerlichen‘ Professoren besetzten Fakultät ist der Umstand, dass die Ernennungen der ‚antifaschistischen‘ Professoren kaum je mit ernsthaftem Widerstand seitens des Rates zu rechnen hatten, obwohl vielen Kandidaten die entsprechende Qualifikation fehlte und die herkömmlichen Prozeduren, wie z. B. die Einsetzung einer Berufungskommission, nicht beachtet wurden.

Zu Beginn war Alfred Meusel als Dekan die entscheidende Schnittstelle. Er setzte die Berufungen Karl Bittels<sup>839</sup> und Albert Nordens<sup>840</sup> durch. Meusel handelte hierbei als Exekutor höherer Parteibeschlüsse, auch wenn er selbst von der Richtigkeit überzeugt gewesen sein mochte. Für beide Ernennungen erreichte er einen zustimmenden Beschluss des Fakultätsrates. Heinz Kamnitzer kam dagegen allein auf Betreiben Meusels gleich nach Abschluss des Promotionsverfahrens auf seine Professur, wiederum mit Zustimmung der Fakultät und natürlich der zuständigen hochschulpolitischen Institutionen.<sup>841</sup> Ernst Niekisch nutzte für seinen Weg an die HU seine Verbindungen zu sowjetischen Besatzungsoffizieren, die entsprechende Anweisungen an die DVV gaben. Zuvor war er mit seinem Ansinnen einer Berufung auf einen Lehrstuhl für Soziologie beim Übergangsrektor Eduard Spranger gescheitert.<sup>842</sup> An der HU betrieb dann wiederum Meusel seine Berufung in Zusammenarbeit mit dem von ihm geleiteten Fakultätsrat.<sup>843</sup>

Eine Berufungskommission war nur im Falle Karl Obermanns zusammengetreten.<sup>844</sup> Sie bestand aus den SED-Mitgliedern Meusel, Schilfert, Kamnitzer und Niekisch sowie dem ‚bürgerlichen‘ Mediävisten Albrecht Timm. Gegen Obermanns Berufung ohne Habilitation

---

<sup>839</sup> HUUA, Personalakte Karl Bittel, B 584, 2 Bde., Bd. 2, Bl. 7. Parallel gab es dazu einen SED-Parteibeschluss (Bl. 14: Bittel an Harig, 28. 5. 1952) und einen zustimmenden Fakultätsbeschluss (Bd. 2, Bl. 24).

<sup>840</sup> HUUA Philosophische Fakultät nach 1945, 3, Bl. 70. Vgl. auch: HUUA, Personalakte Albert Norden N 145, 3 Bde., Bd. 2, Bl. 11: 10. 3. 1953, Meusel an Dekan, Antrag auf Ernennung Nordens. Auch hier: einstimmiger Fakultätsbeschluss (Bd. 1, Bl. 14); Anweisung der Parteizentrale (Bd. 3, Bl. 46).

<sup>841</sup> Mit Zustimmung der Fakultät: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 2, Bl. 50.

<sup>842</sup> Vgl. Ernst Niekisch, *Gegen den Strom*. 1945 - 1967, Köln 1974, 111–113.

<sup>843</sup> HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 2, Bl. 141.

<sup>844</sup> Vgl. HUUA, Personalakte Karl Obermann, Bl. 24f. Kamnitzer befürwortete die Berufung. Sie war in diesem Fall aber von einer Kommission beschlossen worden. Vgl. HUUA Philosophische Fakultät, 3, Bl. 97 sowie HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 57, unpag.).



wandte sich lediglich Ernst Niekisch, der selbst nicht einmal promoviert war. Obermann habilitierte sich zeitgleich an der brandenburgischen Landeshochschule Potsdam. Zweitgutachter war Fachrichtungsleiter Gerhard Schilfert, sodass Obermann als Teilnehmer am Aspirantenseminar Alfred Meusels schon zwei Fürsprecher an der HU besaß. Seine Berufung scheint Ergebnis der Eigeninitiative der HU-Historiker gewesen zu sein. Ganz ähnlich beantragte Obermann später die Ernennung seines Schülers Heinrich Scheel.<sup>845</sup> Sicher war auch für diesen Schritt die Zustimmung des Staatssekretariats sowie des ZK eingeholt worden.

Anders verliefen aber doch die Ernennungen der drei ehemaligen Mitarbeiter des Parteiapparats Bartel, Paterna und Hoffmann. Hier kam wie bei Bittel und Norden die Anweisung direkt vom zentralen Parteiapparat beim ZK. Dabei kam es zu etwas kontroverseren Diskussionen im Fakultätsrat. Die von Fachrichtungsleiter Gerhard Schilfert auf „Anregung von zentraler Stelle“ beantragte Berufung Erich Paternas auf eine Dozentur war in diesem Rat „auf großen Widerstand“ gestoßen, man hatte sich jedoch auf eine Wahrnehmungsprofessur mit Lehrauftrag einigen können.<sup>846</sup> Wenig später teilte der Fachreferent im SHF mit, dass Paternas Einsatz mit den ZK-Genossen Ernst Diehl und Kurt Hager abgesprochen sei.<sup>847</sup> Noch vor Abschluss des Habilitationsverfahrens setzten sich dann Schilfert und Eduard Winter dafür ein, Paternas Wahrnehmungsprofessur im Anschluss in eine reguläre Professur mit vollem Lehrauftrag umzuwandeln.<sup>848</sup> Nun stimmte auch der Fakultätsrat zu und erleichterte sogar die Habilitationsanforderungen. Paterna sorgte wenig später zusammen mit Schilfert für die Zustimmung der Fakultät zur Professur Walter Bartels. Beide hatten 1957 die Bedenken des Rates, ob die Notwendigkeit der Ernennung „einer solchen Lehrkraft“ überhaupt bestünde bzw. ob nicht eine Berufungskommission eingesetzt werden müsse, zerstreuen können.<sup>849</sup> Auch die Umwandlung in eine hauptamtliche Professur 1962 erfolgte dann auf Antrag Paternas und „Empfehlung des Staatssekretärs“<sup>850</sup>, nachdem Bartel als Direktor des Instituts für Zeitgeschichte abgesetzt worden war. Auf dem gleichen Wege gelangte nach seiner Absetzung vom Direktorat des Instituts für Gesellschaftswissenschaften Ernst Hoffmann 1962 auf seine Professur.<sup>851</sup>

Zuvor hatte es bei der Besetzung einer Professur mit Lehrauftrag für Alte Geschichte dagegen noch einmal größere Schwierigkeiten gegeben. Elisabeth Welskopf war seit 1953 mit ihren Habilitationsversuchen an negativen Gutachten von Altphilologen gescheitert. Die

---

<sup>845</sup> HUUU, Sch 924, Personalakte Heinrich Scheel, Bl. 71, Obermann beantragt bei Schilfert die Berufung.

<sup>846</sup> HUUU, PA nach 1945, P 334, (Personalakte Erich Paterna), 2 Bde., Bd. 2, Bl. 9, Hausmitteilung SHF vom 2. 7. 1953.

<sup>847</sup> Ebd., Bl. 12.

<sup>848</sup> HUUU, Philosophische Fakultät nach 1945, 6, Bl. 11. Auf einen dritten, externen Gutachter sowie auf den Probevortrag sollte verzichtet werden.

<sup>849</sup> HUUU, Philosophische Fakultät nach 1945, 5, Bl. 142. Den Antrag stellte Schilfert.

<sup>850</sup> UA, B 914, Personalakte Walter Bartel, 2 Bde., Bl. 62.

<sup>851</sup> Antrag durch Paterna, in Absprache mit führenden Stellen: BArch, DR 3-B/11552 (Berufungsakte Ernst Hoffmann), Bl. 26–29. Rat der Fakultät mit einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen (HUUU, Philosophische Fakultät nach 1945, 7, Bl. 224).



Habilitation erfolgte erst 1959, im 58. Lebensjahr der Kandidatin. Doch aufgrund des eklatanten Mangels an marxistisch orientierten Althistorikern in der DDR und an der HU hatten Fachrichtungsleiter Schilfert und das SHF schon Welskopfs Ernennung zur kommissarischen Leiterin der Abteilung Alte Geschichte vorgesehen. Den von Prof. Alscher im Fakultätsrat erneut vorgebrachten „negativen Erfahrungen“ bei der Qualifikation der Bewerberin wurde von mehreren Diskussionsrednern mit dem Hinweis begegnet, Welskopf habe sich seitdem in „ihrer wissenschaftlichen Arbeit erheblich verbessert“<sup>852</sup>. Auch hier erlosch der aufgeflackerte Protest, und der Rat stimmte der Ernennung zu.

Bei den Ernennungen der ‚antifaschistischen‘ Historiker war Alfred Meusel zunächst die Funktion eines Brückenkopfes zugekommen. Nach seinem Ausscheiden wirkten die ‚antifaschistischen‘ Professoren an der HU zusammen mit dem Vertreter der ‚Aufbau‘-Generation Gerhard Schilfert, stellenweise auch mit Unterstützung des zweiten ‚Doppelstaatsbürgers‘ Winter für den ungestörten Nachzug weiterer ‚Antifaschisten‘.

Durch das unterschiedliche Maß der universitären Qualifikation, die biografische Nähe zum Parteiapparat sowie anhand der unterschiedlichen Intensität von Forschung und Lehre an der HU lässt sich die Gruppe der ‚antifaschistischen‘ Geschichtswissenschaftler weiter differenzieren.

Mit Ernst Niekisch, Ernst Hoffmann und Albert Norden waren drei Professoren ohne Promotion oder Habilitation berufen worden. Karl Bittel und Elisabeth Welskopf waren schon vor 1933 promovierte Nationalökonominnen. Die übrigen wurden im Universitätssystem der DDR promoviert; Welskopf, Karl Obermann, Erich Paterna und Heinrich Scheel hatten sich hier sogar habilitiert.

Hinsichtlich der Positionen im Parteiapparat bilden Hoffmann und Paterna (als Professoren an SED-Institutionen), Norden und Bittel (als Parteifunktionäre) wiederum eine Untergruppe. Ihre Ernennung zum Professor verdanken sie deutlicher als die übrigen der Einflussnahme der SED.

Doch hinsichtlich seiner universitären Qualifikation sowie der historiografischen Tätigkeit gehört Paterna zu jenen Professoren, die deutlich das Gewicht auf die wissenschaftliche Forschungsarbeit legten. Ähnliches gilt für die drei habilitierten Historiker Welskopf, Scheel und Obermann oder auch für Heinz Kamnitzer. Die Bemühungen um entsprechende Qualifikationen zeigen persönliche Ansprüche, aber wohl auch den Druck des institutionellen Umfeldes der Universität, dem gegenüber sich auch die SED-Hochschulpolitik kompromissbereit zeigen musste.

Da Scheel, Obermann und Welskopf die Ausbildung in ihrem Fachgebiet erst in der DDR erhalten und dabei von der SED-Nachwuchsförderung profitiert hatten, bilden sie Übergangsfiguren zur ‚Aufbau‘-Generation. Allerdings bleibt der prägende ‚antifaschistische‘ Hintergrund, und die schon 1901 geborene Welskopf ist dafür deutlich zu

---

<sup>852</sup> HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 6, Bl. 12.

alt. Auf jeden Fall ist festzuhalten, dass es unter den Wissenschaftlern mit ‚antifaschistischem‘ Hintergrund solche mit universitären Qualifikationen und Interesse an Forschungsarbeit gab. Es handelte sich bei ihnen nicht lediglich um eine kleine Gruppe ehemaliger KPD-Funktionäre, die ihre Professur allein dem direkten Einfluss der SED verdankten.<sup>853</sup>

Sicherlich spielt Welskopf auch hinsichtlich ihrer politischen Profilierung eine Sonderrolle, denn weder gehörte sie lange Zeit der KPD an, noch tat sie sich als Institutsleiterin als Vorkämpferin der Parteidisziplin hervor. Im Gegenteil, sie wirkte hier beschwichtigend.<sup>854</sup> Abstand zu politischen Gegenwartsfragen brachte auch die Spezialisierung auf Alte Geschichte mit sich. Welskopf unterfütterte 1958 die reformmarxistische Theorie der ‚asiatischen Produktionsweise‘ und plädierte etwa für einen diskussionsfreudigeren Umgang mit kritischen Wissenschaftlern und Künstlern wie Robert Havemann oder Peter Hacks.<sup>855</sup> Andererseits bleibt die besondere Nähe zur SED-Hochschulpolitik; die Verbindungen zu Kurt Hager und Ernst Hoffmann wurden schon angesprochen. Ihre fachliche Qualifizierung mit der Habilitation scheiterte nur aufgrund dieser Nähe nicht am Einspruch der Gutachter aus der Altphilologie. Welskopf zählte anfänglich durchaus auch Stalin zu den Autoritäten einer materialistischen Althistorie, besuchte auf eigenen Antrag die Abenduniversität für Marxismus-Leninismus, und sie schlug in frühen Reiseberichten SED-konforme Töne an.<sup>856</sup> Die Althistorikerin gehörte mit Paterna, Obermann, Bartel, Hoffmann und Kamnitzer zu den langjährig und hauptamtlich an der HU forschenden und lehrenden ‚antifaschistischen‘ Geschichtswissenschaftlern.<sup>857</sup>

Hinsichtlich der Besetzung der Lehrstühle und Leitungspositionen hatte sich die SED-Hochschulpolitik frühzeitig durchgesetzt, weil Alfred Meusel und seine Nachfolger Heinz Kamnitzer und Gerhard Schilfert in diesem Sinne handelten. Das Ergebnis war vor allem im Bereich Deutsche Geschichte der Neuzeit ein Professorenkollegium mit viel außeruniversitärer Lebenserfahrung, aber ohne entsprechende Ausbildung im traditionellen deutschen Universitätssystem vor 1945. Schon Alfred Meusel war kein ausgebildeter Historiker gewesen. Die Bemühungen einer Reihe ‚antifaschistischer‘ Geschichtswissenschaftler um ihre eigene universitäre Qualifizierung war sicher beachtlich, doch das erreichte Niveau

---

<sup>853</sup> So aber Jessen, *Akademische Elite*, 332.

<sup>854</sup> Vgl. BBAW-Archiv, NL Welskopf, 98. In einer „Stellungnahme zur Lage der Intelligenz“ (o. D.) nahm Welskopf Bezug auf Kurt Hagers Äußerungen auf dem 11. „Kahlschlag“-Plenum des ZK der SED (1965) und versuchte die aufgeregte-kämpferische Stimmung der Genossen zu beruhigen. Sie wandte dagegen ein: „Das Neue der gegenwärtigen Situation besteht darin, dass wir stark genug geworden sind, um uns alle Überspitzungen im Verfolgen unserer Linie abzugewöhnen, das wir ruhig, geduldig“ arbeiten könnten (1).

<sup>855</sup> Vgl. BBAW-Archiv, NL Welskopf, 11 und 114.

<sup>856</sup> BBAW-Archiv, NL Welskopf, 1 und 97; zu Welskopfs konzeptionellen Ansichten einer marxistischen Althistorie auf Grundlage der bürgerlichen Tradition vgl. ebd., 95; Elisabeth Welskopf, „Zur Lage der Altertumswissenschaft in der DDR“, 1. Juli 1958 sowie ebd., 100: „Stellung und Aufgabenbereich des Althistorikers in der Deutschen Demokratischen Republik“ (1963); vgl. zum Qualifikationsverfahren unten Kap. C I.3.

<sup>857</sup> Bittel und Norden hatten jeweils lediglich Forschungsaufträge; sie traten ebenso selten in Erscheinung wie Ernst Niekisch. Heinrich Scheel forschte hauptamtlich an der Akademie und nahm an der HU einen Lehrauftrag wahr, der mit dem Professoren-Titel verbunden war.

konnte sehr niedrig sein. Zudem kamen die Professoren als überzeugte Parteigänger des marxistisch-leninistisch, auch stalinistisch interpretierten Historischen Materialismus und teilten dessen perspektivische Verkürzung. Kurz, der Erfolg der diktatorischen Steuerung der Berufungspolitik führte zu einem Verlust an Fachwissen, zu Tendenzen der Deprofessionalisierung. Hinzu kam die starke moralische Position gegenüber der jüngeren „Aufbau“-Generation, die oft in Wehrmacht oder HJ gedient hatte und nicht auf langjährige Erfahrungen in der Arbeiterbewegung verweisen konnte. Die gleichsam sakrale Stellung der Gruppe der ‚Antifaschisten‘ führte auch in der DDR insgesamt zu folgenreichen Entwicklungsblockaden, weil die Neuerungsbestrebungen der Jüngeren nicht auf eine ähnliche Legitimation zurückgreifen konnten.<sup>858</sup> Insofern zeigt sich an diesem Fall eine der generell auszumachenden Reformblockaden der SED-Politik, die langfristig zur Erosion des Staates führten.

### Funktionen an der HU

Die hauptamtlich an der HU beschäftigten ‚antifaschistischen‘ Geschichtsprofessoren übernahmen nach ihrer Berufung Leitungsfunktionen in ihrem Fachbereich (vgl. Tabelle 25).<sup>859</sup> Die drei von der SED an die HU transferierten Professoren Bartel, Hoffmann und Paterna besetzten darüber hinaus auch wichtige Funktionen an der Universität. Bartel war zwischen 1965 und 1967 als Prorektor für Studienangelegenheiten verantwortlich für die sozialistische Erziehung der Studierenden. Schon in den 1940er Jahren hatte Heinz Kamnitzer als Studentendekan eine einflussreiche Position bei Auswahl und Prüfung der Studierenden inne. Paterna wurde zeitweilig Mitglied der Kreisparteikontrollkommission<sup>860</sup> sowie der einflussreichen Kreisleitung der SED (Universitätsparteileitung), der auch Ernst Hoffmann angehörte. Paterna nutzte seine Mitgliedschaft im Fakultätsrat der Philosophischen Fakultät, um politischen Druck auf ‚bürgerliche‘ Professoren auszuüben. Doch aufs Ganze gesehen blieb der Einfluss der ‚antifaschistischen‘ Historiker an der HU außerhalb der Fachrichtung Geschichte gering. Sie stellten keine Rektoren, und auch an das wirkungsmächtige Dekanat Alfred Meusels konnten sie nicht anschließen. Als profilierte SED-Genossen mag dafür ihre symbolische und tatsächliche Integrationsfähigkeit für die Gesamtuniversität gegenüber der starken Stellung der Naturwissenschaftler und Mediziner zu gering gewesen sein. Der geringe Einfluss der Historiker in den rudimentär vorhandenen Selbstverwaltungsgremien bzw. der staatlichen Leitung der Universität war somit ganz offensichtlich der Preis, den Fachbereich und SED-Hochschulpolitik für die schnelle und erfolgreiche Durchsetzung einer marxistisch-leninistischen dominierten Wissenschaft zahlten.

---

<sup>858</sup> So argumentieren auch Ahbe/Gries, *Generationen*, 94; Münkler, *Antifaschistischer Widerstand*, 440; Engler, *Die Ostdeutschen*, 109–139; Jessen, *Akademische Elite*, 439; Danyel, *Die unbescholtene Macht*, 76; Epstein, *The Last Revolutionaries*, 232.

<sup>859</sup> Karl Bittel und Heinrich Scheel blieben ohne Leitungsfunktion.

<sup>860</sup> Pätzold, *Erich Paterna*, 197.

	Tätigkeit HU vor Prof.	Funktionen HU	Funktionen DDR Geschichtswiss.	Funktionen DDR	Orden
Ernst Niekisch	LA			Abg. Volkskammer	0
Heinz Kamnitzer	Studium, LA, Assistenz, Promotion	Studentendekan (SED)	Mithg. ZfG; Mitgl. Autorenkoll. Lehrbuch Dt. Geschichte; Wiss. Beirat SHF	zahlr., zuletzt Präsident PEN-Zentrum	4
Albert Norden				Mitgl. Dt. Volksrat; Abg. Prov. Volkskammer; Hauptabt.Ltr. bei Regierung; Sek. Ausschuss f. dt. Einheit, zahlreiche, zuletzt Mitgl. Politbüro & Staatsrat	1
Karl Obermann	Studium, Promotion		Dir. IfG DAW; Abteilungsotr. ebd., Vors. DDR-Sektion d. Historikerkomm. DDR-CSSR sowie DDR-Ungarn; Wiss. Beirat SHF; Autorenkoll. LB dt. Geschichte		8
Walter Bartel		Prorektor Studienangelegenheiten	Mitgl. Red. Koll. ZfG;Wiss. Beirat SHF; Autorenkoll. LB GdA; Autorenkoll. LB deutsche Geschichte	Vorsitz. d. Generalsek. d. Buchenwaldkomitees (VVN); Mitgl. Präsidium Antifasch. Widerstandsk. d. DDR; Vizepr. Internat. Buchenwald-Komitee	6
Erich Paterna	–	Mitgl. UPL; Kreisparteikontrollkommission <sup>861</sup>	Mitgl. Red. „Beiträge zur GdA“; Wiss. Beirat SHF; Autorenkoll. Lehrbuch GdA		5
Karl Bittel	LA		Gast-VL UdSSR	Vorsitz. Verb. Dt. Journalisten; Wiss. Berater AA DDR; Mitgl. Präsidialrat KB	3
Heinrich Scheel	Assistenz, Oberassistentz, Aspirantur		WiMi Akademie, zuletzt Ltr. des WB Deutsche Geschichte am ZIG; Sek. Parteileitung DAW; ord. Mitglied DAW; Vizeprä. AdW; Red.koll. ZfG; Red.koll. Jahrbuch für Geschichte; Präs. HG d. DDR	Mitgl. Zentraleitung d. Komitees der Antifasch. Widerstandskämpfer	7
Elisabeth Welskopf	pl. Aspirantur (Habil. 1949–1952)		ord. Mitglied DAW; Mtgl. Präsidium HG der DDR; Wiss. Beirat SHF		5
Ernst Hoffmann			Wiss. Beirat Fachr. Philosophie <sup>862</sup> , Autorenkoll. Lehrbuch Geschichte des deutschen Volkes <sup>863</sup>		4

Tabelle 25: ‚Antifaschistische‘ Professoren: Funktionen

<sup>861</sup> Pätzold, Erich Paterna, 197.

<sup>862</sup> BArch, DR 3-B/11552 (Berufungsakte Ernst Hoffmann), Bl. 24.

<sup>863</sup> BArch DR 3-B/15409 (Berufungsakte Alfred Meusel), Bl. 77. Demnach war Meusel 1952 zum Vorsitzenden des Autorenkollektivs berufen worden, dazu kamen Mitglieder des AK: Förder, Wandel, Stern, Hager, Kamnitzer, Schreiner, Engelberg, Obermann, Paterna, Hoffmann, Bartel, Oelßner.

Für die meisten der Professoren bedeutete die Ernennung zum HU-Professor den Endpunkt ihrer Karriere. Welskopf, Bartel, Hoffmann, Paterna, Niekisch, Obermann und Karl Bittel, der als „Mitarbeiter im Forschungsauftrag“ an der HU kaum in Erscheinung getreten war, wurden altersgerecht emeritiert. Scheel war dagegen hauptamtlich an der Akademie beschäftigt, Norden wechselte schon 1954 in die SED-Funktionärlaufbahn und war zuletzt Mitglied von Politbüro und Staatsrat. Kamnitzer verließ die HU und den Historikerberuf nach deutlichen Anzeichen der Überforderung durch zahlreiche Funktionen und Aufgaben schon 1954, zwei Jahre nach seiner Berufung. Einen gewissen Sonderfall stellt Ernst Niekisch dar. Darauf ist kurz einzugehen.

Dass Ernst Niekischs Weg an der HU von ihm selbst als weniger erfolgreich bewertet und erfahren wurde, lag nicht zuletzt an seiner biografischen Herkunft. Der Publizist war zwar ebenfalls in der linksextremen Arbeiterbewegung sozialisiert worden, hier aber bis 1945 nicht Mitglied der KPD geworden. Zugleich war er, 1889 geboren, der älteste unter den ‚antifaschistischen‘ Professoren, sodass den in Kaiserreich und Weimarer Republik gemachten Erfahrungen auch lebensgeschichtlich ein starkes Gewicht zukam.

Niekisch wollte sich spätestens nach dem 17. Juni 1953 nicht auf Parteidisziplin der SED einschwören lassen. Auf massive Schwierigkeiten stieß er von Beginn an mit seinen Publikationsvorhaben, Forschungsthemen und Vorlesungen, was er als Verlust der ‚akademischen Freiheit‘ wahrnahm. 1948 scheiterte die Publikation eines Manuskripts über deutsch-russische Beziehungen am Einspruch Meusels in einem Verlagsgutachten, das besonders die Skizzenform des Traktats und seinen fehlenden materialistischen Grundcharakter kritisierte.<sup>864</sup> Bei anderen Publikationen wurden ähnliche Schwächen festgestellt. Niekisch anerkannte zwar den Marxismus als wissenschaftliche Methode, vertrat aber keinen Theoriemonismus.<sup>865</sup> Zu einem besonderen Ärgernis für SED-Funktionäre entwickelten sich allerdings seine Auffassungen über die Geschichte der Arbeiterbewegung und des Faschismus. 1952 monierte Wilhelm Girnus ideologische Schwächen an Niekischs ‚Europäische Bilanz‘. Der Autor hatte sich für die Erklärung der Heraufkunft des Faschismus nicht auf die parteiamtliche Faschismusdefinition gestützt und statt des Finanzkapitals das Bürgertum und dessen Angst vor der Demokratisierung verantwortlich gemacht. Um Niekischs Faschismus-Buch ‚Das Reich der niederen Dämonen‘ entstand eine Kontroverse mit SED-Funktionären, die die Bewertung des KPD-Widerstandes gegen den NS bemängelten. Niekisch hatte an der KPD-Politik durchaus auch Kritik geübt und als einzig wirksame Widerstandsaktion den Putschversuch der Offiziere des 20. Juli 1944 herausgestellt.<sup>866</sup> Das Buch wurde 1957 kurz nach Erscheinen in einem DDR-Verlag wieder

---

<sup>864</sup> Niekisch, *Gegen den Strom*, 67. Vgl. das Gutachten in BBAW-Archiv, NL Meusel, 462: „Die Methode, die N. anwendet, ist nicht historisch-materialistisch, sondern psychologisch und daher idealistisch. Er sieht die für den Ablauf des Geschehens entscheidenden Treibkräfte in den Charakteren und Gesinnungen einzelner Fürsten und Staatsmänner und in den Beziehungen dieser Persönlichkeiten zueinander.“ (Bl. 1).

<sup>865</sup> Vgl. Niekisch, *Gegen den Strom*, 116.

<sup>866</sup> Vgl. ebd., 275–281.

zurückgezogen. Der Druck eines weiteren Manuskriptes scheiterte an der Darstellung der Rolle der Arbeiterschaft in der Weimarer Republik und der positiven Würdigung Karl Radeks. Ein Forschungsvorhaben über den Widerstand gegen Hitler konnte Niekisch durch das Desinteresse des Staatssekretariats ebenso wenig realisieren wie eine soziologische Studie über Flüchtlinge aus den verlorenen Gebieten im Osten.<sup>867</sup> Niekischs abweichende Meinung über die Geschichte der Arbeiterbewegung führte auch zum Abbruch seiner Vorlesungen. Die einzige von den Studenten obligatorisch zu besuchende Vorlesung über „Allgemeine Geschichte seit 1917“ wurde 1954 auf Anweisung aus dem SHF von einem sowjetischen Gastprofessor übernommen. Einige Studenten hatten Niekisch – seiner Darstellung zufolge – beim SHF angezeigt. In der Vorlesung war der Professor u. a. auf die Revolution 1918/19 in Bayern zu sprechen gekommen, die er dort selbst mitgemacht hatte. Er hatte auf die geringe Beteiligung der Arbeiterschaft verwiesen, während die SED-Studenten vom revolutionären Klassenkampfcharakter überzeugt waren.<sup>868</sup> Die von ihnen geforderte Einstellung der Vorlesung erfolgte, obwohl Niekisch durchaus auf der Linie der Stalin-Interpretation im „Kurzen Lehrgang“ gelegen hatte. Niekisch ist für seine massiven Interventionen bei SED und sowjetischen Behörden anlässlich des 17. Junis 1953 gewürdigt worden.<sup>869</sup> Doch auch hier lag er aufs Ganze gesehen durchaus auf Linie der SED. Der Arbeiteraufstand sei von „Westberliner Elemente[n]“ angezettelt worden.<sup>870</sup> Die Abwanderung der Bevölkerung aus dem Osten interpretierte er als bürgerliches Streben nach materiellen Gütern. In einer Denkschrift an den sowjetischen Hochkommissar Semjonow billigt Niekisch ausdrücklich den in der DDR eingeschlagenen Weg zum Sozialismus. Seine Kritik an der SED zielt lediglich auf das Tempo und die Mittel der Umgestaltung, die die noch bürgerlich geprägte Bevölkerung verprellen müssten. Sie hätten letztlich am 17. Juni zu einem „elementare[n] Ausbruch“ der Arbeiterschaft geführt.<sup>871</sup> Niekisch mahnt weniger Gewalt, mehr „Zeit und Geduld“ an.<sup>872</sup> Die Aufgabe der Intelligenz sieht er dabei wie auch die SED-Führung in der Produktion von Ideologie und Legitimation für die neue Gesellschaftsordnung, beharrt allerdings auf der Gewährleistung geistiger Freiheit.<sup>873</sup> Niekisch teilte die Fernziele der SED wie auch die kommunistische Grundüberzeugung, dass die russische Oktoberrevolution eine legitime Ausführung der Theorien von Marx und Engels gewesen sei,<sup>874</sup> wollte sie aber auf dem Weg der gewaltfreien Reform und begleitet von offenen Diskussionen erreichen. Inwieweit dies eine realistische Strategie war, muss hier nicht beurteilt werden. Jedenfalls bedeutete der 17. Juni für Niekisch den faktischen Abschied aus der SED. Zwar ist er nach eigener Auskunft nie offiziell ausgetreten, hatte sich

---

<sup>867</sup> Ebd., 121f.

<sup>868</sup> Ebd., 264f.

<sup>869</sup> Vgl. Kowalczyk, Legitimation, 122–133.

<sup>870</sup> Vgl. Niekisch, Gegen den Strom, 192–217, hier 196.

<sup>871</sup> Ebd., 214.

<sup>872</sup> Ebd., 213.

<sup>873</sup> Ebd., 210.

<sup>874</sup> Ebd., 221.

aber resigniert zurückgezogen.<sup>875</sup> Der offiziellen Parteiüberprüfung, die der Sicherung der Parteidisziplin galt, hatte er sich verweigert.<sup>876</sup> Die Entzweiung war eingetreten, weil Niekisch aufgrund seiner Erfahrungen und früheren intellektuellen Prägungen abweichende Auffassungen von der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, vom Faschismus und von der Notwendigkeit von Parteidisziplin hatte. In diesem Widerspruch zwischen Erfahrung und SED-Geschichtspolitik gleicht er etwa Albert Schreiner.<sup>877</sup> An der Universität fühlte sich Niekisch schnell isoliert<sup>878</sup> und spielte in der Fachrichtung Geschichte keine nennenswerte Rolle. Trotz seiner politischen Schwierigkeiten erfolgte seine Emeritierung allerdings altersgerecht.

### Die Bedeutung der ‚Antifaschisten‘ für die Geschichtswissenschaft der DDR

Die ‚antifaschistischen‘ GeschichtsprofessorInnen hatten sich, wie angeführt, kaum in den Leitungsgremien der HU etablieren können. Dafür nahmen sie innerhalb der Geschichtswissenschaft der DDR wichtige Positionen ein. Das Autorenkollektiv für das „Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes“ (bzw. „Deutschen Geschichte“) war zunächst von Alfred Meusel geleitet worden.<sup>879</sup> Mitglieder wurden u. a. Kamnitzer, Hoffmann, Obermann, Paterna und Bartel. Letztendlich veröffentlichten die drei Letztgenannten entsprechende Überblicksdarstellungen im Rahmen des Großprojekts.<sup>880</sup> Paterna und Bartel gehörten zudem dem Autorenkollektiv des „Lehrbuchs zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ an.<sup>881</sup> An den richtungsweisenden Zeitschriften der Geschichtswissenschaft der DDR wirkten einige der Professoren als Mitherausgeber. Bei der ZfG waren das neben den ‚Doppelstaatsbürgern‘ Meusel und Winter auch Kamnitzer, Bartel und Scheel, sie waren Mitherausgeber oder Redaktionsmitglieder. Beim „Jahrbuch für Geschichte“ (Scheel) und bei den „Beiträgen zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ (Paterna) waren ebenfalls zwei HU-Historiker in den Redaktionsgremien vertreten.

Die einflussreichsten Positionen außerhalb der HU nahmen aber wohl Karl Obermann und dann Heinrich Scheel an der DAW/AdW ein. Obermann war zwischen 1956 und 1960 erster Direktor des Instituts für Geschichte, bis er vom ehrgeizigen Ernst Engelberg abgelöst wurde.

---

<sup>875</sup> Ebd., 301f.

<sup>876</sup> Ebd., 163.

<sup>877</sup> Keßler, Exilerfahrung, 195.

<sup>878</sup> Niekisch, Gegen den Strom, 120.

<sup>879</sup> BArch DR 3-B/15409 (Berufungsakte Alfred Meusel), Bl. 77. Vgl. dazu Martin Sabrow, Planprojekt Meistererzählung. Die Entstehungsgeschichte des „Lehrbuchs der deutschen Geschichte“, in: Martin Sabrow (Hg.), Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR, Köln 2000, 227–286.

<sup>880</sup> Karl Obermann, Deutschland 1815–1849. Von der Gründung des Deutschen Bundes bis zur bürgerlich-demokratischen Revolution, Berlin 1961, Walter Bartel, Deutschland in der Zeit der faschistischen Diktatur 1933–1945, Berlin 1956; Erich Paterna u. a., Deutschland 1933–1939. Von der Machtübertragung an den Faschismus bis zur Entfesselung des zweiten Weltkrieges, Berlin 1969. Hinzu kamen von der HU Beiträge von Karl-Heinz Otto, Joachim Streisand und Gerhard Schilfert.

<sup>881</sup> Vgl. dazu Siegfried Lokatis, Der rote Faden. Kommunistische Parteigeschichte und Zensur unter Walter Ulbricht, Köln 2003.



Der HU-Historiker blieb noch bis 1970 Abteilungsleiter.<sup>882</sup> Scheel war schon 1956 mit seinem Lehrer Obermann an die Akademie gegangen und brachte es dort zuletzt bis zum Vizepräsidenten. 1969 wurde er ordentliches Akademiemitglied; diese Ehre wurde als erster Frau auch Elisabeth Welskopf zuteil, die ihre Großprojekte nach der Emeritierung an der Akademie verfolgte. Welskopf wurde auch Präsidiumsmitglied der Historiker-Gesellschaft der DDR.

Eine wichtige Funktion bei der Ausgestaltung der zentralen Planungen für die Geschichtswissenschaft der DDR besaß der Wissenschaftliche Beirat für Geschichte beim SHF. Ihm gehörten Kamnitzer, Obermann, Paterna, Bartel und Welskopf an; Ernst Hoffmann dem Beirat für Philosophie. Für ihre Tätigkeit erhielten sie zahlreiche staatliche Auszeichnungen.<sup>883</sup> Walter Bartel und Heinrich Scheel nahmen daneben auch prestigeträchtige Funktionen in ‚antifaschistischen‘ Vereinen ein.<sup>884</sup> Bis auf den politisch ins Abseits geratenen Niekisch und die beiden nebenamtlichen Professoren Bittel und Norden besaßen alle sieben weiteren ‚antifaschistischen‘ Geschichtswissenschaftler einen institutionell etablierten, über die HU hinausreichenden Einfluss auf die weitere Entwicklung der Geschichtswissenschaft Ostdeutschlands.

### Kurzes Fazit

Im Vorlesungsverzeichnis des Herbstsemesters 1965/66 erschienen die Namen Walter Bartel, Heinrich Scheel, Ernst Hoffmann, Karl Obermann und Erich Paterna in einer gesonderten Rubrik unter ‚Kämpfer gegen den Faschismus‘. Die überlebenden ‚antifaschistischen Kämpfer‘ bildeten den ‚symbolischen, ja mythischen Kern [der] Helden und Märtyrer des Sozialismus‘. Sie ‚fungierten in der DDR als Träger, Interpreten und Vermittler der ‚historischen Wahrheit‘, also der gültigen Ideologie.‘<sup>885</sup> Zu ihren Eigenschaften gehörte auch eine Bereitschaft zu hohem persönlichen Einsatz für den Aufbau des Sozialismus.<sup>886</sup>

Die besondere Rolle dieser Gruppe, die vor allem ihrer sozialen und politischen Herkunft geschuldet ist und sich, wie aus dem Vorlesungsverzeichnis ersichtlich, mit der DDR-Geschichte noch verfestigt, wurde aufgezeigt. Sie konnte einerseits eine anerkannte Rolle als Lehrende gegenüber der folgenden Generation einnehmen, sie war aber eben auch in ihrer Funktion als ‚mißtrauische Patriarchen‘ gesetzt bzw. wirksam. Dies konstituierte die Einheitlichkeit dieser Gruppe von Professoren, die für die Verlaufsgeschichte gerade auch der Geschichtswissenschaft an der HU als Ermöglicher von Karrieren wie als Hemmnisse

---

<sup>882</sup> Obermann fungierte zudem als Vorsitzender der DDR-Sektion der Historikerkommissionen DDR-ČSSR sowie DDR-Ungarn.

<sup>883</sup> Nach den wahrscheinlich nicht einmal vollständigen Angaben von Mertens, Lexikon kamen neun ProfessorInnen insgesamt auf 43 Auszeichnungen. Lediglich Ernst Niekisch blieb ohne Orden.

<sup>884</sup> Bartel fungierte als Vorsitzender der Generalsektion des Buchenwaldkomitees (VVN), war Mitglied des Präsidiums des Antifaschistischen Widerstandskomitees der DDR sowie Vizepräsident des Internationalen Buchenwald-Komitees. Scheel war Mitglied der Zentralleitung des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer.

<sup>885</sup> Ahbe/Gries, Generationen, 92f.

<sup>886</sup> Vgl. Epstein, The Last Revolutionaries, 110.



der wissenschaftlichen Innovation wegweisend wurde, ohne hier freilich die Homogenität der Gruppe vollständig zu überzeichnen. Dies haben einerseits die Skizzen zu Walter Bartel, andererseits die zu Ernst Niekisch deutlich gemacht. Die dargestellte Gruppe der ‚antifaschistischen‘ Historiker stellt in ihrer Ambivalenz eine zentrale Scharniergruppe zwischen den beiden erstgenannten Gruppen und der ‚Aufbau‘-Generation dar. Trotz besonderer Akzentuierung des Politischen, wie sie dem Selbstverständnis einer neuen gesellschaftlichen Orientierung entsprach, darf die Gruppe nicht insgesamt auf diese reduziert werden und wurde eine individuelle Differenziertheit aufgezeigt.

#### **B.III.4 Die „Aufbau“-Generation**

Die ‚Aufbau‘-Generation spielt generell für die DDR-Geschichte eine prägende Rolle. Sie ist, anders als die der ‚antifaschistischen‘ Professoren nicht politisch privilegiert, stattdessen manchmal sogar als ehemalige HJ-Mitglieder politisch kompromittiert. Zugleich ist sie jung genug, um sich mit dem Versprechen des Neuaufbaus glaubwürdig zu identifizieren und dafür einzusetzen – jedenfalls für lange Zeit. Dies trifft zumindest zu einem Teil zu, auch wenn die HU-Historiker zu einer älteren Kohorte dieser ‚Aufbau‘-Generation gehören und es zudem Übergänge zur Vorläufergeneration gibt.

##### Kriterien zur Bestimmung der ‚Aufbau‘-Generation an der HU

Der an der HU gar nicht so „kleine[n] Schar“ ‚antifaschistischer‘ Professoren begegneten ihre Schüler mit „Achtung, Dankbarkeit und Verehrung“, wie Kurt Pätzold (\*1930) über Erich Paterna schrieb.<sup>887</sup> Die Gruppe dieser Schüler wird meist als ‚Aufbau‘-Generation bezeichnet; dies entspricht einer anerkannten Generationenbestimmung für die DDR.<sup>888</sup> Ihre sieben Vertreter an der HU, soweit diese noch vor der III. Hochschulreform 1968 berufen wurden, waren etwas älter als Pätzold. Sie waren zwischen 1917 und 1927 geboren worden. Im Modell der Generationenfolge in der DDR spricht dies dafür, zwischen einer älteren und einer jüngeren, durch die FDJ politisierten ‚Aufbau‘-Generation zu unterscheiden.<sup>889</sup> Die

---

<sup>887</sup> Pätzold, Erich Paterna, 184.

<sup>888</sup> Vgl. zum folgenden Gerd Dietrich, *Karrieren im Schnellverfahren: die HJ-Generation in der frühen DDR*, HSO 6/ H. 2 (1996), 25–34; Bernd Lindner, „Bau auf, Freie Deutsche Jugend“ – und was dann? Kriterien für ein Modell der Jugendgenerationen der DDR, in: Jürgen Reulecke (Hg.), *Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert*, 187–216; Mary Fulbrook, *Generationen und Kohorten in der DDR. Protagonisten und Widersacher des DDR-Systems aus der Perspektive biographischer Daten*, in: Annegret Schüle u. a. (Hg.), *Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive. Eine Inventur*, Leipzig 2006, 113–130 sowie wiederum Engler, *Die Ostdeutschen*, 109–139; Ahbe/Gries, *Generationen*; Thomas Ahbe, *Deutsche Generationen nach 1945*, APuZ H. 3 (2007), 38–46; Thomas Ahbe und Rainer Gries, *Geschichte der Generationen in der DDR und in Ostdeutschland. Ein Panorama*, Erfurt 2007.

<sup>889</sup> Vgl. Ahbe/Gries, *Generationen*, 94–96, die zunächst mit den Jahrgängen 1925–1935 rechnen. Die Unterscheidung zwischen älterer und jüngerer ‚Aufbau‘-Generation dann in Ahbe, *Deutsche Generationen*, 41.

sieben Professoren gehören demnach zur Generation der zwischen 1910 und 1928 Geborenen, die mehr noch als die Jüngeren durch NS und II. Weltkrieg geprägt waren.<sup>890</sup>

	Prof. HU	Institut	Funktion
Gerhard Schilfert	1952–1982	Allgemeine Geschichte	Fachrichtungsleiter (1952–1962) Institutsdirektor (1952–1968)*
Eckhard Müller-Mertens	1960–1989	Deutsche Geschichte (Abt. Mittelalter)	Fachrichtungsleiter (1963–1968) Abteilungsleiter
Joachim Streisand	1963–1980	Deutsche Geschichte (Abt. Neueste Zeit)	Institutsdirektor (1963–1968) Abteilungsleiter Sektionsdirektor (1969–1974)
Helmuth Stoecker	1964–1985 <sup>891</sup>	Allgemeine Geschichte (Abt. Neuzeit)	
Friedrich Katz	1966–1970	Allgemeine Geschichte (Abt. Neuzeit)	
Günter Rosenfeld	1966–1991	Geschichte der Völker der UdSSR	Institutsdirektor (1966–1968)
Bernhard Töpfer	1966–1991	Allgemeine Geschichte (Abt. Mittelalter)	Abteilungsleiter

Tabelle 26: „Aufbau“-Generation: Institute und Funktionen

Diese Vertreter der „Aufbau“-Generation waren dennoch jung genug, um „in die Auf- und Umbruchstimmung der vierziger und fünfziger Jahre“ hineinzuwachsen.<sup>892</sup> Anders als die ‚Antifaschisten‘ konnten sie alle noch nach 1945 eine reguläre akademische Ausbildung mit Studium, Promotion und Habilitation abschließen. Sie gehörten bald zu jenem Teil der ostdeutschen Funktionselite, die die höheren Positionen der DDR-Gesellschaft mit „politisch protegierten Aufsteigern aus der Unterschicht füllten.“<sup>893</sup> Nur zum Teil handelte es sich bei ihnen um ehemalige Angehörige von Wehrmacht und HJ, deren gebrochene politische Identität erst durch den antifaschistischen Neubeginn rekonstituiert wurde. Helmuth Stoecker, Friedrich Katz und Joachim Streisand hatten vielmehr wegen ihrer jüdischen Abstammung rassistisch motivierte Verfolgung durch den NS erlebt. Diese drei könnte man mit den ungefähr gleichaltrigen Heinrich Scheel oder Heinz Kamnitzer vergleichen, sie stellen Übergangsfiguren zur Gruppe der ‚Antifaschisten‘ dar. Dies unterscheidet sie durchaus von der „Aufbau“-Generation, wie sie überwiegend gefasst wird. Allerdings fehlte den drei Genannten wiederum im Unterschied zur vorherigen Generation eine dezidierte antifaschistische Widerstandstätigkeit mit kommunistischem Hintergrund.

<sup>890</sup> Mary Fulbrook verweist auf die konstitutive Bedeutung der zwischen 1925 und 1929 Geborenen: Fulbrook, Generationen und Kohorten, vgl. zum Thema auch insgesamt die Beiträge in dem Sammelband.

<sup>891</sup> Stoecker wechselte 1972 zur Sektion Asienwissenschaften an der HU, wo er auch Leitungsfunktionen übernahm.

<sup>892</sup> Jessen, Akademische Elite, 336; vgl. dort insgesamt das Kapitel D.IV. „Die zweite Generation“.

<sup>893</sup> Ebd., 336.

Die politische Loyalität der „Aufbau“-Generation wird immer wieder betont.<sup>894</sup> Sie war Ralph Jessen zufolge mehrfach fundiert: durch die gezielte politische Schulung, durch den sozialen Aufstieg mithilfe der SED-Nachwuchsförderung, und auch durch die glaubwürdig erscheinende antifaschistische Selbstlegitimation der DDR. Im ostdeutschen Universitätssystem profitierten die angehenden Historiker zudem vom massiven Stellenausbau der 1950er Jahre.

Für einen großen Teil der Angehörigen der „Aufbau“-Generation der DDR insgesamt gilt wohl, dass sie sich bei aller ideologischen Konformität und Überzeugung durch eine besondere Orientierung auf pragmatisches, leistungsorientiertes Engagement auszeichneten.<sup>895</sup> Insbesondere nach dem Mauerbau, mit den Reformen der späten Ulbricht-Jahre, konnten sie diese Stärken der Aufsteigermentalität ausspielen. Insofern hatte sich diese nachwachsende Generation eingerichtet und arrangiert im „Geflecht politischer und wissenschaftlicher Karrierebedingungen“.<sup>896</sup> Allerdings gehörten die Historiker nicht nur zur älteren Kohorte dieser „Aufbau“-Generation, sondern zudem waren sie jener Teil, der selbst im Brennpunkt ideologischer Debatten arbeitete und darin zumeist als überzeugte Sozialisten und Verfechter der SED-Linie auftrat. Bis auf den Mediävisten Bernd Töpfer, ebenso ein überzeugter Sozialist, sowie Friedrich Katz waren alle betreffenden HU-Geschichtswissenschaftler schon früh Mitglied der SED geworden und hatten die Stalinisierung der Partei bis 1956 miterlebt und auch mitgetragen.

Entsprechend leicht fiel es den SED-Funktionären an der Universität, zwischenzeitliches politisches Aufbegehren wie zum 17. Juni 1953 mit Hinweis auf die Parteidisziplin zu kanalisieren. Auch 1956/57, während der Entstalinisierungskrise, konnten die meisten von ihnen recht schnell wieder auf die Parteilinie eingeschworen werden. Das lässt sich selbst für Eckhard Müller-Mertens zeigen, der sowohl SED-Parteisekretär als auch führender Kritiker unter den HU-Historikern war. Er hatte sich für einige Zeit als Stalin-Verehrer verstanden, und anerkannte in seinen Selbstkritiken nach seinem offenen Dissens 1956/57 bald wieder das Prinzip der revolutionären Wachsamkeit (vgl. dazu näher: Kap. C.II.2). Dennoch ist er fachwissenschaftlich weiterhin nicht nur einen ganz anderen Weg gegangen als Joachim Streisand (dazu ebenso: Kap. C.II.1), er ging in seiner politisch reflektierten Entideologisierung weiter als die meisten anderen DDR-Historiker. Kollegen wie Fritz Klein, Hartmut Zwahr oder Olaf Groehler, ebenfalls Angehörige der „Aufbau“-Generation, intensivierten bald ihr pragmatisch-fachwissenschaftliches Engagement gegenüber der offiziell geforderten politischen Kampfbereitschaft, sie blieben dennoch eher Vertreter eines dominierenden ‚sozialistischen Geschichtsdiskurses‘.

Da die HU-Historiker zum älteren Teil der „Aufbau“-Generation gehörten, bildeten für ihr künftiges Verhältnis zwischen fachlicher und ideologischer Orientierung, für ihre

---

<sup>894</sup> Vgl. Jessen, *Akademische Elite*, 336; Ahbe/Gries, *Generationen*, 95.

<sup>895</sup> „Planbarkeit und Machbarkeit, Leistung und Erfolg statt bloßen ideologischen Geredes“ Ahbe/Gries, *Generationen*, 95.

<sup>896</sup> Jessen, *Akademische Elite*, 109.

individuelle wissenschaftliche Entwicklung die Jahre der Entstalinisierungskrise zentrale Bezugspunkte. Exemplarisch werden dafür die Entwicklung Müller-Mertens' und Joachim Streisands dargestellt (vgl. Kap. C.II.2 und C.II.1).

Das Ausweichen vor dem politischen Druck ins fachliche Engagement ist häufig als Zeichen für die Schwierigkeit der jüngeren Generation gewertet worden, den revolutionären Impuls der kommunistischen ‚Antifaschisten‘ zu übernehmen.<sup>897</sup> In jedem Fall besteht in der Veralltäglichen, der Normalisierung des ideologischen Ausnahmezustandes die eigentliche Leistung der ‚Aufbau‘-Generation. Deren enges Bündnis mit den ‚Doppelstaatsbürgern‘ und den ‚Antifaschisten‘ auf der Basis des Glaubens an die Legitimität des Sozialismus war auch an der HU dafür eine notwendige Bedingung.<sup>898</sup> Dieses Ineinandergreifen dreier unterschiedlicher Gruppen ist wiederum nur vor dem Hintergrund der Delegitimierung der alten Ordnung durch den NS sowie durch die schnelle Etablierung einer überzeugenden ideologischen Alternative möglich. Diese gab es im Schutz der sowjetischen Besatzung. Die rasche Ausschaltung des Einflusses bürgerlicher Professoren in der HU-Geschichtswissenschaft gehört ebenso in diesen Zusammenhang. Der Ausnahmefall des Mediävisten Müller-Mertens, der von den Bürgerlichen Fritz Rörig und Heinrich Sproemberg ausgebildet worden war, macht dies besonders deutlich.

Das Abkühlen der ideologischen Kampfbereitschaft lag in der DDR insgesamt dann eher in der Logik der historischen Entwicklung als an einem gescheiterten Generationenvertrag zwischen der ‚Aufbau‘-Generation und ihren Vorgängern. Dafür verbanden sich mit dem Aufstieg der ‚Aufbau‘-Generation zwei andere Schwierigkeiten, die zunächst den schnellen Wiederaufbau nach 1945 begünstigten, um dann aber in den 1980er Jahren zum Scheitern des Sozialismus-Projektes in Ostdeutschland beizutragen. Zum einen beförderte die moralisch-politische Überlegenheit der ‚antifaschistischen‘ Gründergeneration die Reformunfähigkeit der DDR. Dies ist mit der Metapher von den ‚misstrauischen Patriarchen‘ beschrieben worden. Die nachwachsende Generation sah sich jedenfalls nicht legitimiert, die Fehler der Altvorderen zu kritisieren und zu verbessern.<sup>899</sup> Monika Maron hat dies literarisch am Konflikt einer Nachwuchshistorikerin mit dem fiktiven HU-Historiker Herbert Beerenbaum gestaltet, in dem sich Walter Bartel erkennen ließe.<sup>900</sup>

Zum anderen hatte die SED mit ihrem erfolgreichen Bestreben eines Hochschulausbaus zugunsten politisch loyaler Aufsteiger selbst die Grundlage für eine folgenreiche Entwicklungsblockade der DDR seit den 1970er Jahren gelegt: Die zahlreichen in jungen Jahren auf Leitungspositionen eingerückten Vertreter der ‚Aufbau‘-Generation blockierten in der Folge die Karrierewege der Ende der 1940er Jahre Geborenen. Sechs der hier

---

<sup>897</sup> Epstein, *The Last Revolutionaries*, 243.

<sup>898</sup> Vgl. Jessen, *Akademische Elite*, 358.

<sup>899</sup> Vgl. etwa Epstein, *The Last Revolutionaries*, 232.

<sup>900</sup> „Sie haben immer recht, dachte ich, was ich auch sage, alles Unglück gehört schon ihnen, den glücklichen Besitzern von Biografien. Kaum mache ich das Maul auf, um meine einzuklagen, stoßen sie mir Brocken wie Ravensbrück oder Buchenwald zwischen die Zähne.“ (Monika Maron, *Stille Zeile Sechs*, Frankfurt a. M. 1991, S. 141).

betrachteten HU-Geschichtsprofessoren waren in den 1960er Jahren zu Professoren ernannt worden und erreichten erst ab den späten 1980ern das Rentenalter. Hinzu kamen nach 1968 noch Historiker wie Klaus Vetter, Horst Schützler, Percy Stulz oder Günter Vogler, die ebenfalls der „Aufbau“-Generation angehörten. So vollzog sich auch an der HU ein folgenschwerer „Wandel von der Aufsteiger- zur Etabliertengesellschaft[.]“<sup>901</sup> Dies verfestigte eine Tendenz, wie sie schon für die „mißtrauischen Patriarchen“ aufzuzeigen war.

### Zu (wissenschafts-)biografischen Charakteristika der „Aufbau“-Generation

Die sieben Geschichtsprofessoren der „Aufbau“-Generation hatten zum großen Teil ihre Kindheit und Jugend während der NS-Zeit verbracht, ihre Biografien waren dadurch geprägt.<sup>902</sup> Es handelte sich bei ihnen keineswegs um Kinder aus dem Arbeitermilieu. Die Väter waren Handwerker, Volksschullehrer, Buchhändler, Angestellte oder Journalisten. Die SED-Politik der Protegierung ehemals universitätsferner Unterschichten machte gegen ihren Willen auch in der HU-Geschichtswissenschaft das später so gefürchtete „Kleinbürgertum“ zum heimlichen Profiteur der sozialen Öffnung der Hochschulen.<sup>903</sup> Zugleich hatten die drei Professoren Müller-Mertens, Helmuth Stoecker und Friedrich Katz durch ihr Elternhaus Berührungen mit dem kommunistischen Lager. Sie waren Kinder kommunistischer Parteifunktionäre oder Publizisten. Stoecker und Katz folgten zunächst recht eigenständig, ohne Einfluss der SED einer kommunistischen Orientierung.

Beide waren wegen ihres jüdischen Familienhintergrundes, aber auch wegen der Gesinnung ihrer Eltern aus Deutschland bzw. Österreich emigriert. Joachim Streisand, dessen Vater Mitglied der SPD war, musste aufgrund der rassistischen Verfolgung Studienabbruch, KZ-Haft und Zwangsarbeit in Deutschland durchstehen.

Dagegen hatten die vier übrigen späteren Professoren alle als Soldaten der Wehrmacht am II. Weltkrieg teilgenommen.<sup>904</sup> Sie waren in sowjetische (Töpfer) oder britische Kriegsgefangenschaft geraten.

Zum Teil hatten die Angehörigen der „Aufbau“-Generation schon vor 1945 ein Studium u. a. im Fach Geschichte aufgenommen. Gerhard Schilfert hatte in Königsberg, Streisand an der FWU in Berlin studiert. Stoecker hatte während seiner Emigrationszeit in Großbritannien die Universität Bristol besucht; Katz wiederum in New York studiert.

Friedrich Katz war denn auch der einzige, der nach 1945 nicht weiter eine DDR-Universität besuchte.<sup>905</sup> Er setzte sein Studium in Mexico-City und später in Wien fort, wo er,

---

<sup>901</sup> Peter Hübner, Antielitäre Eliten, in: Peter Hübner (Hg.), Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR, Köln, Weimar, Wien 1999, 9–35, 24, zit. nach Engler, Die kleine Freiheit. Leben und Überleben in Ostdeutschland, Kursbuch/ H. 115 (1994), 22–40, 23f. Ähnlich auch Fulbrook, Ein ganz normales Leben, 54.

<sup>902</sup> Nur Gerhard Schilfert war 1933 schon 16 Jahre gewesen.

<sup>903</sup> Vgl. Jessen, Akademische Elite 378–382. Diese Entwicklung setzte Jessen zufolge einen Trend der Weimarer Republik und NS-Zeit fort.

<sup>904</sup> Da die Historiker später in ihren Lebensläufen selbst dazu keine Auskünfte gaben, können über Mitgliedschaften in der HJ keine Angaben gemacht werden.

<sup>905</sup> Vgl. zu den Angaben BArch, DR3-B/11754 (Berufungsakte Friedrich Katz).

mittlerweile Mitglied der KPÖ, 1949 auch promoviert wurde. Die übrigen angehenden Historiker studierten und promovierten an Universitäten der DDR: Schilfert in Halle, Stoecker – nach einem Intermezzo in Leipzig – wie alle übrigen an der HU Berlin. Während der Vorbereitung auf ihre Promotion waren die Mediävisten Müller-Mertens und Töpfer daneben auch regelmäßig nach Leipzig zu Heinrich Sproemberg gefahren. Denn an der HU war Fritz Rörig 1952 verstorben, sein Nachfolger Timm jedoch noch nicht ernannt. So gelang es Sproemberg wegen des akuten Mangels an Fachkräften, für einige Jahre die SED-Nachwuchsausbildung in der Mittelalter-Historiografie zu zentralisieren.<sup>906</sup>

Alle Historiker der „Aufbau“-Generation waren von der SED-Hochschulpolitik gefördert worden. Schilfert und Streisand nahmen 1948 an einem zentralen Dozentenlehrgang an der Parteihochschule in Kleinmachnow teil.<sup>907</sup> Sie gehörten zum Nachwuchskreis Alfred Meusels. Die übrigen Historiker hatten alle die Aspirantur an der HU durchlaufen.

Schilfert und Streisand gehörten auch in anderer Hinsicht zu den Ausnahmen der „Aufbau“-Generation der HU-Historiker: Ihr wissenschaftlicher Weg hatte sie zeitweilig an Institutionen außerhalb der HU geführt. Schilfert war bei Hans Haußherr in Halle promoviert worden, hatte sich dort habilitiert und eine Assistentenstelle innegehabt, bevor er 1951 als Dozent an die Universität Rostock kam. Nach Übernahme der Berliner Professur arbeitete er weiter nebenamtlich an der Universität Greifswald. Streisand ging von der HU 1952 mit Meusel ans Museum für deutsche Geschichte, 1956 als wissenschaftlicher Referent an die DAW und habilitierte sich in Halle bei Leo Stern. Abgesehen von den wenigen Monaten, in denen Helmuth Stoecker 1952 ebenfalls am Museum arbeitete, verbrachten die übrigen fünf Historiker ihre gesamte Karriere als DDR-Historiker hauptamtlich an der HU.<sup>908</sup> Auch Schilfert und Streisand blieben ab 1952 bzw. 1962 an der Universität. Die Immobilität ihrer Karrieren war ein ungewollter Nebeneffekt der zentralen Steuerung der Nachwuchsentwicklung durch die SED, da Vertrauen in die politische Loyalität entschieden höher bewertet wurde als das Bestehen im universitären Konkurrenzkampf.<sup>909</sup> Dieses Prinzip leistete einen weiteren Beitrag zur schon dargestellten Blockade universitärer Aufstiegsmöglichkeiten für die folgende Generation. Statt eines Austauschs reproduzierte sich der Generationenzusammenhang.

Entziehen konnte man sich diesem Zusammenhang in erster Linie durch Aufkündigung der politischen Loyalität. Bei Friedrich Katz war diese Möglichkeit begünstigt durch seine österreichische Staatsbürgerschaft; er verließ 1968 HU und DDR, weil er die doktrinäre Antwort der SED auf den „Prager Frühling“ nicht mittragen wollte.<sup>910</sup> Bernhard Töpfer wiederum, der wie Katz und anders als die übrigen Vertreter der „Aufbau“-Generation nicht

---

<sup>906</sup> Vgl. Veit Diczuneit u. a., *Geschichtswissenschaft in Leipzig*. Heinrich Sproemberg, Leipzig 1994.

<sup>907</sup> Jessen, *Akademische Elite*, 337.

<sup>908</sup> Stoecker allerdings wechselte 1974 an die Sektion Afrika- und Asienwissenschaften. Vgl. dazu Helmuth Stoecker, *Socialism with Deficits. An Academic Life in the German Democratic Republic*, Münster, Hamburg 2000.

<sup>909</sup> Vgl. Jessen, *Akademische Elite* 104.

<sup>910</sup> So Stoecker in seiner Autobiografie: *Stoecker, Socialism*.

Mitglied der SED geworden war, verband eine gediegene fachwissenschaftliche Arbeit mit der marxistischen Perspektive, hat sich aber politisch nicht besonders exponiert. Zum großen Teil und mit einiger Differenziertheit war die „Aufbau“-Generation so schließlich im Schatten und im Anschluss an die der ‚Antifaschisten‘ eine Aufstiegs-Generation, die allerdings im eng geschlossenen universitären Milieu verblieb.

#### Positionen in der HU-Geschichtswissenschaft

Die „Aufbau“-Generation machte erfolgreich Karriere und stand in einem übergreifenden Generationenzusammenhang mit den beiden anderen, v. a. mit den ‚Antifaschisten‘. Damit konnten sie Karriere und Positionen sichern. Allerdings gelang es ihnen ebenso wie den ‚Antifaschisten‘ nur sehr begrenzt, einflussreiche Positionen an der HU zu bekleiden. Der Vorsitz des Kreisvorstands der DSF, den Günter Rosenfeld von Eduard Winter übernahm, war sicher eine ehrenvolle Aufgabe, aber keine Machtposition im universitären Feld.

#### Positionen in der DDR-Geschichtswissenschaft

Die Bedeutung dieser Historiker für die Fachgeschichte an der HU und aber auch für die der DDR-Geschichtswissenschaft generell ist demgegenüber nicht zu unterschätzen. Eine wesentliche Aufgabe der HU-Historiker war die Ausbildung von wissenschaftlichem „Nachwuchs“. So waren zahlreiche Universitätsangehörige unter den häufigsten Gutachtern bei Promotionen und Habilitationen überhaupt. Nach Walter Markov mit 54 Gutachten, Ernst Engelberg (47) und Jürgen Kuczynski (41) folgt schon Joachim Streisand mit 32, später Gerhard Schilfert (28) und Günter Rosenfeld (17).<sup>911</sup>

Vertreter dieser Generation nahmen über einen langen Zeitraum wissenschaftspolitisch zentrale Positionen ein. Pars pro toto: Gerhard Schilfert konnte den Vorsitz der DDR-Sektion Historikerkommission DDR-VR Polen übernehmen, war lange Zeit Mitglied des Redaktionskollegiums der ZfG (1959–1990), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim SHF, Mitglied des Autorenkollektivs für das „Lehrbuch der deutschen Geschichte“ und nicht zuletzt Präsident der Deutschen Historiker Gesellschaft (1965–1968). Eckhard Müller-Mertens war ebenso, allerdings nur kurzzeitig, Mitglied des Redaktionskollegiums der ZfG (1956/57); Mitherausgeber des „Jahrbuchs für Geschichte des Feudalismus“, Arbeitsgruppenleiter am ZIG der AdW, Vorsitzender Vorstand der deutsch-deutschen Hansischen AG, Wissenschaftlicher Beirat der Fachrichtung Geschichte beim SHF sowie 1989 sogar Mitglied des Präsidiums der Historikergesellschaft der DDR.

---

<sup>911</sup> Mertens, Lexikon, 64. Von der HU weiterhin: Walter Bartel (31), Erich Paterna (15). Vgl. die Tabelle 19 (Promotionsgutachter der zukünftigen Berufshistoriker) in Kap. B.II.1.

### Kurzes Fazit

Auch diese Gruppe der „Aufbau“-Historiker war in sich erheblich differenziert. Eine Ausnahmestellung nahm hier schon bald Gerhard Schilfert ein, der – etwas älter als die übrigen – schon Anfang der 1950er Jahre eine Professur erhielt. Stoecker und Katz kamen aus der jüdisch-kommunistischen Emigration, Streisand gar aus der NS-Haft. Dagegen, und ähnlich wie Schilfert, waren Müller-Mertens, Rosenfeld und Töpfer Angehörige der jüngsten Kriegsteilnehmer auf Seiten der deutschen Wehrmacht.

Die „Aufbau“-Generation war geprägt durch und prägte die Geschichtswissenschaft an der Berliner Humboldt-Universität seit Ende der 1940er oder spätestens Beginn der 1950er Jahre. Sie begann ihre Karrieren im Schatten und in unmittelbarer Nähe zu den ‚Antifaschisten‘. Zu einem großen Teil war der Altersunterschied so gering, dass sich eher Übergänge zeigen als eine strikte Zugehörigkeit zur „Aufbau“-Generation der DDR. Dennoch bleiben die Unterschiede zur erstgenannten Generation (Teilnahme am Widerstand) konstitutiv und beeinflussen die Rolle dieser zweiten Generation. In jeder Hinsicht prägen die ersten Generationen die Entwicklung dieser Institution, führen sie zu beachtlichen Erfolgen und dann in jenen typischen Reformstau, begleitet von einer politischen und ideologischen Prägung. Auch in dieser Hinsicht sind individuelle Differenzierungen nicht zu übersehen. Darauf weisen näher die Falldarstellungen zu Müller-Mertens und Streisand hin (vgl. Kap. C.II.1/2).



## B.III.5 Übergreifende biografische Aspekte der Professorengruppen

### Jahrgänge

Geburtsjahr Professoren	Zahl absolut	Bürgerliche	„Doppelstaatsbürger“	Generation der ‚Antifaschisten‘	„Aufbau-Generation“
1886–1890	2	Hohl		Niekisch	
1891–1895	1			Bittel	
1896–1900	3		Meusel, Winter	Paterna	
1901–1905	5	Flach		Bartel, Norden, Obermann, Welskopf	
1906–1910	0				
1911–1915	3	Timm		Hoffmann, Scheel	
1916–1920	5			Kamnitzer	Schilfert, Stoecker, Streisand
1921–1925	1				Müller-Mertens
1926–1930	5				Rosenfeld, Töpfer, Katz

Tabelle 27: Jahrgänge der Professoren

Die drei bürgerlichen Professoren kamen aus den gleichen Geburtsjahrgängen zwischen 1886 und 1915 wie ihre Kollegen aus dem antifaschistischen Milieu. Sie waren damit deutlich älter als die Mitglieder der „Aufbau“-Generation. Zugleich entstammten die drei Professoren kulturell deutlich verschiedenen Generationenzusammenhängen. Ernst Hohl (\*1886) wurde noch im ausgehenden Kaiserreich sozialisiert. Auch akademisch machte er hier seine ersten Erfahrungen, mit einer Promotion in Leipzig 1911 und der Assistenzzeit an der Universität Straßburg zwischen 1914 und 1918.<sup>912</sup> Danach arbeitete Hohl als außerordentlicher, von 1929 bis 1949 als ordentlicher Professor an der Universität Rostock. Der Spezialist für die spätrömische Historia Augusta erscheint noch seinen Biografen „Unberührt von jedem Umbruch“, weil er sich politisch zurückhaltend verhielt.<sup>913</sup> Allerdings war Hohl 1934 dem NSLB beigetreten.

Anders als Meusel, Paterna (auch Karl Bittel, Niekisch, Winter, Bartel, Norden, Obermann) hat keiner der bürgerlichen Historiker als Soldat aktiv am I. Weltkrieg teilgenommen und wäre der sogenannten „Frontkämpfer“-Generation zuzurechnen.<sup>914</sup> Stattdessen gehören Willy Flach (\*1903) schon der Weimarer Generation und Albrecht Timm (\*1915) der NS-

<sup>912</sup> Vgl. die Angaben in: Mertens, Lexikon, 300.

<sup>913</sup> Sehlmeier/Walter, Unberührt von jedem.

<sup>914</sup> Die Generationen-Einteilungen folgen Demantowsky, Geschichtsmethodik, 245.

Generation an. Flach war nach einer Zeit als Volksschullehrer (1917–1925) 1930 promoviert worden.<sup>915</sup>

	Bürgerliche	„Doppelstaatsbürger“	Generation der ‚Antifaschisten‘	„Aufbau-Generation“
Lebensjahre (Durchschnitt)	50,3	52,5	50,6	40
Jüngster	37 (Timm)	50	33 (Kamnitzer)	35 (Kamnitzer)
Älteste(r)	64 (Hohl)	55	65 (Bittel)	44 (Stoecker)

*Tabelle 28: Alter bei Übernahme der Professur an der HU (Lebensjahre, Durchschnitt)*

Daher waren die ersten drei Gruppen auch bei Übernahme der Professur mit durchschnittlich 50 bis 52 Jahren ungefähr gleich alt. Albrecht Timm und Heinz Kamnitzer von den bürgerlichen bzw. ‚antifaschistischen‘ Professoren hatten allerdings schon mit 37 bzw. 33 Jahren die Professur übernommen.

Die Vertreter der „Aufbau“-Generation übernahmen dagegen im Schnitt mit 40 Jahren eine Professur und verblieben daraufhin ca. 25 Jahre im Universitätsdienst. Da die Stellenzahl danach nicht mehr signifikant ausgebaut wurde, waren die Positionen für die späteren Jahrgänge schwerer zugänglich.

Bei ihrem Antritt der Professur an der HU waren die bürgerlichen Professoren im Durchschnitt ungefähr gleich alt wie ihre marxistischen Kollegen der „Doppelstaatsbürger“ und der ‚antifaschistischen‘ Generation, jedoch deutlich älter als die nachwachsende „Aufbau“-Generation. Dabei betrug allerdings der Altersunterschied zwischen Albrecht Timm und Ernst Hohl immerhin 18 Jahre. Hohl war für kurze Zeit der Senior des historischen Kollegiums an der HU. Darin liegt ein Grund, weshalb er selbst dort in der Ausbildung einer Althistorie keine Wirkung mehr erzielte, denn er blieb lediglich für drei Jahre (1950–1953) in seiner Position. Daher rührten auch die Schwierigkeiten, an der HU überhaupt wieder einen qualifizierten althistorischen Lehrbetrieb aufzubauen. Das im Vergleich zu Flach und Hohl noch recht junge Alter Albrecht Timms bietet wohl auch eine Erklärung dafür, warum er sehr viel stärker als jene zu den Aufbauprojekten der marxistischen Geschichtswissenschaft herangezogen wurde – und sich dafür zur Verfügung stellte.<sup>916</sup> Von ihm konnte ein langfristiges Engagement erhofft werden und er selbst musste danach streben.

Die relative gleiche Altersstruktur der drei Professorengruppen der Bürgerlichen, der „Doppelstaatsbürger“ sowie der ‚Antifaschisten‘ bei ihrer Ankunft an der Universität mag eine Rolle für ihr Verhältnis zueinander gespielt haben. Die ‚AntifaschistenV, gerade auch diejenigen mit kommunistischen Hintergrund, trafen hier auf eine Gruppe von

<sup>915</sup> Vgl. die Angaben in: Mertens, Lexikon, 215.

<sup>916</sup> Timm war u. a. auch eingebunden in die zentrale Aspirandenförderung auf dem Gebiet der mittelalterlichen Geschichte. Seine regelmäßigen Kolloquien dokumentierte er in zahlreichen Berichten an das SHF, vgl. BArch, DR 3, I. Schicht, 4052.

Altersgenossen, gegen die sich bislang ihr politisches Engagement gerichtet hatte. Es ist sicher kein Zufall, dass sich für den bürgerlichen Spezialisten Sielaff, aber auch für Timm und Flach vor allem der deutlich jüngere Schilfert einsetzte.

### Soziale Herkunft

Nur drei ‚Antifaschisten‘ der 22 Professoren entstammten dem Arbeitermilieu. Wie bei den Vertretern des Mittelbaus handelte es sich bei den Professoren vornehmlich um Aufsteiger aus traditionell universitätsfernen Unterschichten. Immerhin hatten die Väter Ernst Hohls (hoher Beamter), Alfred Meusels (Gymnasiallehrer) und Elisabeth Welskopfs (Anwalt) an einer Universität studiert. Aus dem unteren Bildungsbürgertum (freie Berufe, Rabbiner, niedere Beamte, Volksschullehrer) entstammten zehn weitere Professoren, dem Wirtschaftsbürgertum dagegen nur Heinz Kamnitzer (Kaufmann). Nur zwei Angehörige der Angestelltenschicht sowie drei Handwerkersöhne waren unter den Professoren.

	Bürgerliche	„Doppelstaatsbürger“	Generation der ‚Antifaschisten‘	„Aufbau-Generation“
Gymnasiallehrer		Meusel		
Volksschullehrer	Timm			Rosenfeld, Schilfert
Anwalt			Welskopf	
Rabbiner			Norden	
Freier Beruf			Hoffmann	Stoecker, Katz
Niederer Beamter		Winter	Bittel	
Hoher Beamter	Hohl			
Angestellter			Paterna	Müller-Mertens
Handwerker	Flach		Niekisch,	Töpfer
Arbeiter			Bartel, Scheel, Obermann	
Kaufmann			Kamnitzer	
Buchhändler				Streisand

*Tabelle 29: Beruf des Vaters*

Hinsichtlich der sozialen Herkunft unterscheiden sich die Professoren-Gruppen sehr viel weniger, als zu vermuten gewesen wäre. Auch die Bürgerlichen (Volksschullehrer, Handwerker) gehörten zum Teil der aufgestiegenen Mittelschicht an. Die SED-Politik führte hier in der Frühzeit der DDR zur Verstärkung des ohnehin vorhandenen Trends zur Öffnung der Universität für Angehörige der Mittelschicht, der in der Weimarer Republik eingeleitet und während des „Dritten Reiches“ fortgesetzt worden war. Trotz aller Bemühungen: Es kam zu einer „Entbürgerlichung“, aber nicht zu einer „Proletarisierung“ des Hochschullehrerberufs, auch an der HU.<sup>917</sup>

<sup>917</sup> So die Kapitelüberschrift bei Jessen, *Akademische Elite*, 378–382.

## Regionale Herkunft

Acht der 22 Professoren kamen aus den Großstädten Berlin (fünf), Wien, Stuttgart und München. Der größere Teil war in Kleinstädten geboren worden. Dabei entstammten fünf Professoren dem Gebiet der (zukünftigen) DDR; hinzu kamen die fünf Berliner. Damit war ein erheblicher Teil der Professoren (zwölf) in Gegenden geboren, die nun nicht zum ostdeutschen Teilstaat gehörten, davon sechs auf dem Gebiet der (zukünftigen) BRD. Dies betraf vor allem die ‚antifaschistischen‘ Professoren und die ‚Doppelstaatsbürger‘, während zwei der drei Bürgerlichen auf dem Gebiet der DDR geboren worden waren. Ihre regionale Verbundenheit mit dem ostdeutschen Staat war ein Grund dafür, dass sie ihre Nachkriegskarriere zunächst in Ostdeutschland begonnen hatten.

	Bürgerliche	„Doppelstaatsbürger“	Generation der ‚Antifaschisten‘	„Aufbau-Generation“
Berlin			2	3
Brandenburg			2	
Sachsen	1			1
Thüringen	1			
Schleswig-Holstein		1		
Hessen			1	
Rheinland-Pfalz			2	
Baden-Württemberg	1			
Bayern			1	
Schlesien			2	
Ostpreußen				2
Böhmen		1		
Österreich				1

*Tabelle 30: Regionale Herkunft*

Fünf Professoren entstammten deutschsprachigen Gebieten, die nach dem II. Weltkrieg an Polen und die ČSSR gefallen waren. Hinzu kam der in Wien geborene Friedrich Katz. Da Eduard Winter, Erich Paterna und Ernst Niekisch ihre Ursprungsorte schon vor dem II. Weltkrieg verlassen hatten, fallen allerdings nur zwei Vertreter der ‚Aufbau-‘-Generation in die Rubrik der ‚Flüchtlinge‘. Ihr Anteil ist damit bei den Professoren deutlich niedriger als bei den Vertretern des Mittelbaus.

## Kriegsteilnahme

Am I. Weltkrieg hatten zwei Professoren aktiv teilgenommen: Der „Doppelstaatsbürger“ Meusel und der ‚Antifaschist‘ Paterna waren aufgrund ihrer Kriegserfahrung zur politischen Linken gewechselt. Der zweite „Doppelstaatsbürger“ Winter hatte sich freiwillig gemeldet, war aber zurückgestellt worden.

Am II. Weltkrieg hatten vier der sieben Vertreter der „Aufbau“-Generation teilgenommen. Der ‚Antifaschist‘ Heinrich Scheel hatte zunächst regulär in der Wehrmacht gekämpft und war im Anschluss an seine Verhaftung in ein ‚Bewährungsbataillon‘ gezwungen worden. Die bürgerlichen Professoren waren für den Fronteinsatz schon zu alt gewesen. Das Fehlen bürgerlicher Professoren mit Fronterfahrung belegt, dass die Stellung dieser Gruppe in der DDR langfristig auch durch die Folgen des II. Weltkriegs sowie durch das NS-Engagement ihrer jüngeren Vertreter geschwächt war.

## Revolution 1918/19

Immerhin fünf Professoren hatten schon an der November-Revolution von 1918/19 teilgenommen und waren in ihr linksextrem politisiert worden. Neben dem „Doppelstaatsbürger“ Meusel handelte es sich um vier ‚Antifaschisten‘. Zwei der drei bürgerlichen Professoren waren zu jung, um von diesem Ereignis unmittelbar betroffen zu sein.

## Emigration

Aus der Emigration kamen wiederum Meusel sowie fünf ‚Antifaschisten‘ und auch zwei Angehörige der „Aufbau“-Generation.<sup>918</sup> Damit hatten 36,4 % der Professoren einen Emigrationshintergrund. Es handelte sich fast ausschließlich um Westremigranten. Vier hatten in Großbritannien, drei in den USA, zwei in Frankreich, je einer u. a. auch in Mexiko bzw. Palästina Zuflucht gefunden. Bartel und Hoffmann waren zwischenzeitlich in der ČSR gewesen.

## NS-Haft

Neun der 22 Professoren (41 %) waren während des NS aus politischen oder rassistischen Gründen inhaftiert worden. Wiederum gehören dazu Meusel, sieben ‚Antifaschisten‘ und ein Angehöriger der „Aufbau“-Generation.

Die gemeinsamen Erfahrungen aus der Novemberrevolution, der linksextremen Bewegung der Weimarer Republik, der NS-Haft und Emigration verbanden insbesondere die ‚Antifaschisten‘, aber auch einige Angehörige der „Aufbau“-Generation mit dem Initiator der marxistischen Geschichtswissenschaft an der HU, Alfred Meusel. Die Gruppe derer, deren Lebensgeschichte von mindestens einem dieser Ereignisse betroffen war, umfasste 13

---

<sup>918</sup> Obermann, Norden, Hoffmann, Bartel, Katz, Stoecker, Kamnitzer.

Professoren (60 %). Dagegen war der Erfahrungshintergrund der bürgerlichen Professoren ein ganz anderer, wie auch die Zugehörigkeit zu Parteien und Organisationen belegt.

### Parteien und Organisationen

Die soziale Öffnung der Universitäten in Ostdeutschland war bis 1968 nicht im von der SED erhofften Umfang gelungen. Dagegen war zumindest im Bereich der HU-Geschichtswissenschaft eine fundamentale Öffnung hinsichtlich des politischen Hintergrunds der Professoren ins Werk gesetzt worden: Zwölf Professoren hatten der KPD angehört,<sup>919</sup> einer der KPÖ,<sup>920</sup> ein weiterer wenigstens dem KJVD. Darunter waren vier ehemalige SPD-Mitglieder, zwei zwischenzeitliche USPD-Mitglieder, ein ehemaliger SAP-Mann. Niekisch war kurzzeitig auch Mitglied der Altsozialisten gewesen. Die Professoren mit kommunistischem politischen Hintergrund bildeten die klare Mehrheit (54,5 %)! Elf von ihnen wurden 1946 Mitglied der SED, wo sie auf drei weitere SED-Mitglieder aus der „Aufbau“-Generation treffen sollten.

	Bürgerliche	„Doppelstaatsbürger“	Generation der ‚Antifaschisten‘	„Aufbau-Generation“
SPD		Meusel	Paterna, Niekisch, Obermann	
USPD		Meusel	Niekisch	
SAP			Obermann	
KPD vor 1933		Meusel	Paterna, Bartel, Bittel, Norden	
KPD nach 1933			Hoffmann, Niekisch, Obermann, Welskopf, Kamnitzer	Schilfert, Stoecker
KJVD			Hoffmann, Norden, Scheel, Bartel	
Sud.-dt. Partei		Winter		
NSDAP	Flach, Timm	Winter		
SA			Paterna	
RAD	Timm			Streisand
NSLB	Hohl			
LDPD	Flach			
SED		Meusel	Alle, Niekisch ausgetreten	Alle, außer Katz, Töpfer
FDJ			Hoffmann	Müller-Mertens, Stoecker, Schilfert

Tabelle 31: Parteien und Organisationen

Insgesamt gehörten der SED 16 von 22 Geschichtswissenschaftlern an (73 %). Der Anteil ist deutlich höher als im Universitätssystem insgesamt und stieg noch im Laufe der Zeit.<sup>921</sup>

<sup>919</sup> Schilfert, Niekisch, Welskopf allerdings erst nach Kriegsende.

<sup>920</sup> BArch, DR3-B/11754 (Berufungsakte Friedrich Katz), Bl. 3.

<sup>921</sup> Jessen, Diktatorischer Elitewechsel, 45. 1954: 38 % der Professoren SED-Mitglied. 1962: 64 %; 1965: 66 %.

Schon 1958 betrug der Anteil 84 %, 1968 dann sogar 94 %. Nicht in die Staatspartei eingetreten waren die drei bürgerlichen Professoren, der „Doppelstaatsbürger“ Winter sowie die Angehörigen der „Aufbau“-Generation Katz und Töpfer. Sie machen immerhin eine starke Minderheit aus; die drei Letztgenannten blieben auch langfristig mit der HU verbunden. An ihrer grundsätzlichen Zustimmung zum sozialistischen Projekt ließen sie allerdings keinen Zweifel, bis zumindest Friedrich Katz 1968 infolge des „Prager Frühlings“ nach Mexiko bzw. Chicago auswanderte.

Die bürgerlichen Professoren Timm und Flach waren ebenso Mitglieder der NSDAP gewesen wie Eduard Winter. Die schnelle Integration dieser Fachleute belegt den pragmatischen Umgang mit ehemaligen Nationalsozialisten nach dem Ende der ersten Entnazifizierungswellen in den 1940er Jahren. In Wissenschaftsbereichen mit Nachwuchsproblemen gewichtete die SED-Hochschulpolitik das Fachwissen der Experten höher als eine belastende politische Vergangenheit. (Eine NSDAP-Mitgliedschaft stellte übrigens schon in den 1950er-Jahren auch keinen Hinderungsgrund für die Übernahme des Rektorats der HU dar.)

Erich Paternas kurzzeitiges Intermezzo bei der SA bleibt umstritten. Nach eigenen Angaben war er von Genossen aus dem Widerstand bei dieser Gruppierung eingeschleust worden.

## Bildungswege

	Bürgerliche	„Doppelstaatsbürger“	Generation der ‚Antifaschisten‘	„Aufbau-Generation“
<b>Zahl absolut</b>	<b>3</b>	<b>2</b>	<b>10</b>	<b>7</b>
Volksschule	Flach		Bartel, Bittel, Paterna, Niekisch	
Oberschule, Oberrealschule			Bittel	Töpfer, Rosenfeld
Realgymnasium			Hoffmann	
Gymnasium	Timm, Hohl	Meusel, Winter	Norden, Welskopf, Kamnitzer	Streisand
andere			Obermann, Scheel, Niekisch	Müller-Mertens, Katz, Stoecker, Schilfert
Abitur vor 1945	Flach, Timm, Hohl		Bittel, Hoffmann, Norden, Scheel, Welskopf	Müller-Mertens, Schilfert, Stoecker, Streisand, Katz
Abitur SBZ/DDR				Töpfer, Rosenfeld
Ohne Abitur			Bartel, Niekisch, Obermann, Paterna, Kamnitzer	

*Tabelle 32: Schulbildung* <sup>922</sup>

Hinsichtlich der Schulausbildung gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Professoren, die zum Teil mit den unterschiedlichen Professorengruppen kongruieren. Das humanistische Gymnasium, klassischer Zugangsweg zur deutschen Universität bis 1945, hatten acht Professoren besucht (36,4 %), immerhin auch drei der zehn ‚Antifaschisten‘. Kamnitzer verließ Deutschland 1933 allerdings ohne Abitur. Zehn weitere Professoren hatten vor 1945 das Abitur auf einer anderen Schule erworben (Realgymnasium, Oberrealschule, Oberschule etc.). Zwei Vertreter der ‚Aufbau“-Generation erlangten in der SBZ/DDR die Hochschulreife. Von der Volksschule kamen vier ‚antifaschistische‘ Professoren, aber auch der bürgerliche Professor Flach. Fünf ‚Antifaschisten‘ gelangten ohne formelle Hochschulreife an die Universität.

Auch hinsichtlich der schulischen Bildung bewirkte die SED-Hochschulpolitik eine deutliche Öffnung, die allerdings den dahingehenden Trend der Weimarer und NS-Zeit deutlich verstärkte. Die geringe Zahl der Professoren, die DDR-Schulen besucht hatten, zeigt die Trägheit des von der SED forcierten Eliteumbaus, der sich hinsichtlich der Schulbildung erst in den 1970er Jahren auch bei den Professoren bemerkbar machen würde.

<sup>922</sup> Angaben nach Müller-Engbers u. a. (Hg.), Wer war wer sowie Mertens, Lexikon. Doppelnennungen möglich.



Die Hälfte der 22 Professoren hatte vor ihrer Tätigkeit als Historiker andere Berufe erlernt bzw. ausgeübt. Dies betraf natürlich acht ‚Antifaschisten‘, aber auch zwei Vertreter der ‚Aufbau‘-Generation und einen bürgerlichen Professor. Die stärkste Gruppe bilden die ehemaligen Lehrer (vier), also Angehörige eines traditionellen Aufstiegsberufs.

13 Professoren hatten schon vor 1945 ein Universitätsstudium aufgenommen, zehn davon auch im Fach Geschichte. Acht hatten das Studium auch abschließen können, darunter die drei ‚Bürgerlichen‘ sowie die beiden ‚Doppelstaatsbürger‘, aber auch drei ‚Antifaschisten‘. An der Lenin-Schule in Moskau hatte Walter Bartel studiert. Einige weitere ‚antifaschistische‘ und ‚Aufbau‘-Professoren hatten Bildungseinrichtungen ihrer Emigrationsländer besucht. Nur Friedrich Katz hatte eine reguläre Universität (New York) besucht und einen Abschluss gemacht.

Ein Studium in der DDR absolvierten vier der fünf ‚Aufbau‘-Professoren, aber auch zwei ‚antifaschistische‘ Geschichtsprofessoren. Niemand hatte dagegen nach 1945 einen Neubeginn als Neulehrer oder auf einer Vorstudienanstalt/ABF versuchen müssen. Diese Institutionen waren erste Schritte der SED zur Formung einer ‚sozialistischen Intelligenz‘. Immerhin drei Professoren nahmen jedoch an einem jener frühen Dozentenlehrgänge teil, die die SED für Nachwuchskader an der Parteihochschule ‚Karl Marx‘ ausrichtete.

	Bürgerliche	„Doppelstaatsbürger“	Generation der ‚Antifaschisten‘	„Aufbau-Generation“
<b>Zahl absolut</b>	<b>3</b>	<b>2</b>	<b>10</b>	<b>7</b>
Lehre, Beruf	Flach		Bartel, Niekisch, Norden, Obermann, Paterna, Scheel, Welskopf, Kamnitzer	Müller-Mertens, Schilfert
Universitätsstudium Geschichte (vor 1945)	Flach, Timm, Hohl	Winter	Obermann, Scheel, Welskopf	Schilfert, Stoecker, Streisand
Universitätsstudium andere (vor 1945)		Winter, Meusel	Bittel, Hoffmann, Welskopf	
Universitätsstudium ohne Abschluss			Hoffmann, Obermann	Schilfert, Stoecker, Streisand
Studium Lenin-Schule Moskau			Bartel	
Studium DDR			Obermann, Kamnitzer	Töpfer, Rosenfeld, Schilfert, Stoecker
Vorstudienanstalt/ABF				
Dozentenlehrgang				Hoffmann, Streisand, Schilfert
Aspirantur			Scheel, Welskopf Obermann (Nachw.)	Müller-Mertens, Töpfer Rosenfeld, Stoecker, Streisand
Assistenz DDR			Scheel, Kamnitzer	Müller-Mertens, Töpfer, Rosenfeld, Schilfert, Streisand
Promotion vor 1945	Flach, Timm, Hohl	Winter, Meusel	Bittel, Welskopf	
Habilitation vor 1945	Hohl	Winter, Meusel		
Promotion nach 1945			Bartel, Obermann, Paterna, Scheel, Kamnitzer	Alle
Habilitation nach 1945	Timm		Obermann, Paterna, Scheel, Welskopf,	Alle
Ohne Promotion			Niekisch, Hoffmann, Norden,	
Ohne Habilitation	Flach	(Meusel)	Niekisch, Hoffmann, Norden, Bartel, Bittel, Kamnitzer	

Tabelle 33: Ausbildung, Beruf, Studium, universitäre Qualifikation

Weitaus größer war der Anteil derer, die an der universitätsinternen Nachwuchsförderung teilnahmen, für die Loyalität zur SED ebenfalls Grundvoraussetzung war: Drei ‚antifaschistische‘ sowie sechs „Aufbau“-Professoren wurde eine derartige Zuwendung zuteil, das sind insgesamt 41 %. Zieht man Teilnehmer der Dozentenlehrgänge und die Dozenten von SED-Bildungseinrichtungen (Bartel, Paterna) hinzu, so waren 60 % der HU-

Geschichtsprofessoren in das Programm zur Schaffung einer ‚sozialistischen Intelligenz‘ integriert. Dies betraf keinen der kurzzeitig an der HU arbeitenden bürgerlichen Professoren, auch nicht die nebenamtlich agierenden ‚Antifaschisten‘ Bittel und Norden sowie den rasch an den Rand gedrängten Niekisch. Vor allem die lange an der HU arbeitenden Professoren waren Teil dieses ‚Aufbau‘-Programms geworden, das also bei der HU-Geschichtswissenschaft insgesamt außerordentlich erfolgreich war.

Die universitären Qualifikationswege sind ein Indiz für das Gewicht wissenschaftlichen Kapitals gegenüber politischer Loyalität sowie für die Beharrungskraft des universitären Feldes. Sieben Professoren waren schon vor 1945 promoviert worden. Dies betraf neben den Bürgerlichen und „Doppelstaatsbürgern“ auch zwei ‚Antifaschisten‘. Allerdings hatten nur die Bürgerlichen auch tatsächlich eine historische Dissertation geschrieben. Drei Professoren hatten sich auch habilitieren können, nur einer in Geschichte (bzw. Klassischer Philologie).

Nach 1945 wurden an einer ostdeutschen Hochschule weitere elf zukünftige HU-Professoren promoviert; einer zudem in Wien. Ohne Promotion blieben drei ‚antifaschistische‘ Professoren (13,6 %). Den Weg zur Habilitation schlugen zusätzlich zwölf Professoren ein, Paterna allerdings erst nach seiner Ernennung zum Wahrnehmungsprofessor. Auch der bürgerliche Professor Flach sowie sechs ‚antifaschistische‘ Professoren waren ohne Habilitation ernannt worden (36,4 %).

In der ‚Aufbau‘-Generation hatten sich Promotion und Habilitation als Berufsvoraussetzungen für die Professur wieder etabliert. In dieser Hinsicht hatte die SED die formalen Regeln des universitären Feldes nur kurzzeitig außer Kraft setzen können. Nimmt man allerdings fachfremde Qualifikationen und Ernennungen ohne Habilitation zusammen, so waren 54,5 % der Professoren ‚irregulär‘ auf ihre Positionen gelangt. Hinzu kam die schwer zu messende, aber sicherlich vorhandene Absenkung des Niveaus für Qualifikationsarbeiten, deren Verfasser für Professorenstellen schon vorgesehen waren.

Der Umbau der HU-Geschichtswissenschaft ging – wenig überraschend – mit einem Verlust an Fachwissen einher, dessen Weitergabe durch die traditionellen Qualifikationswege institutionell abgesichert gewesen war. Das durch Abwanderung und Entnazifizierung sowie durch ‚irreguläre‘ Platzierungen verloren gegangene Potenzial versuchten SED und Universität bei der jüngeren Generation durch die Reetablierung der Regeln des universitären Feldes wieder zu ersetzen. Dies gelang zumindest in der Mediävistik. Hier konnte auch durch die Beteiligung bürgerlicher Wissenschaftler an Qualifikationsverfahren der Überlieferungszusammenhang mit der bürgerlichen Fachwissenschaft stärker gewahrt werden (vgl. unten Kap. C.II.2).

	Bürgerliche	„Doppelstaatsbürger“	Generation der „Antifaschisten“	„Aufbau-Generation“
<b>Zahl absolut</b>	<b>3</b>	<b>2</b>	<b>10</b>	<b>7</b>
Volksschule	1		4	
Oberschule, Oberrealschule			1	2
Realgymnasium			1	
Gymnasium	2	2	3	1
andere			3	4
Abitur vor 1945	3	2	5	5
Abitur SBZ/DDR				2
Ohne Abitur			5	

Table 34: Schulbildung der Professoren

	Bürgerliche	„Doppelstaatsbürger“	Generation der „Antifaschisten“	„Aufbau-Generation“
<b>Zahl absolut</b>	<b>3</b>	<b>2</b>	<b>10</b>	<b>7</b>
Lehre, Beruf	1		8	2
Universitätsstudium Geschichte (vor 1945)	3	1	3	3
Universitätsstudium andere (vor 1945)		2	3	
Davon ohne Abschluss			2	3
Lenin-Schule Moskau			1	
Studium DDR			2	4
Neulehrerausbildung				0
Vorstudienanstalt/ABF				
SED-Dozentenlehrgang			1	2
Aspirantur			2	5
Assistenz DDR			2	4
Promotion vor 1945	3	2	2	
Habilitation vor 1945	1	2		
Promotion nach 1945			5	7
Habilitation nach 1945	1		4	7
Ohne Promotion			3	
Ohne Habilitation	1	(1)	6	1

Table 35: Bildungsweg der Professoren

	Bürgerliche	„Doppelstaatsbürger“	Generation der „Antifaschisten“	„Aufbau-Generation“
<b>Zahl absolut</b>	<b>3</b>	<b>2</b>	<b>10</b>	<b>7</b>
Wahrnehmungs-Prof.	–	–	2	–
Prof. mit Lehrauftrag	–	–	4	6
Prof. mit vollem LA	2	–	5	3
Prof. mit Lehrstuhl	1	2	5	6

Table 36: Art der Professur

Im Untersuchungszeitraum waren die Professoren nach einer neuen Systematik gegliedert worden. An die Stelle der alten Unterscheidung zwischen verschiedenen Extraordinariaten und dem Ordinariat war die hierarchische Gliederung nach Professuren mit Lehrauftrag, mit vollem Lehrauftrag sowie mit Lehrstuhl getreten. Zusätzlich bestand die Institution einer „Wahrnehmungs-Professur“ für Hochschullehrer ohne Habilitation.

Nur einer der drei bürgerlichen Professoren erreichte eine Professur mit Lehrstuhl. Bei den „Doppelstaatsbürgern“ lag die Quote dagegen bei 100 %, bei den „Antifaschisten“ bei 50 %. Die meisten Lehrstühle besetzte die „Aufbau“-Generation (sechs, 86 %), allerdings in den meisten Fällen erst nach 1968. Diese Professorengruppe hatte zusätzlich zuvor auch Professuren mit Lehrauftrag bzw. mit vollem Lehrauftrag inne und damit seit Assistenz und Aspirantur eine aufsteigende Reihe von Positionen durchlaufen. Nur Friedrich Katz erreichte aufgrund seines Weggangs aus der DDR keinen Lehrstuhl an der HU. Dieser Befund belegt den Umbau des Hochschullehrerberufs vom „akademischen Hasard“ zur geregelten Laufbahn im Sinne eines Angestellten.

Eine wichtige Voraussetzung für die Erreichung des Endpunktes war die SED-Mitgliedschaft, über die 79 % der Professoren mit Lehrstuhl verfügten. Ebenso hoch war der Anteil an habilitierten Professoren mit Lehrstuhl. Allerdings verblieben die Professoren ohne SED-Mitgliedschaft sehr viel kürzer an der HU: Im Schnitt arbeiteten sie hier 9,5 Jahre, während es die SED-Mitglieder auf 15,2 Jahre blieben.

	Bürgerliche	„Doppelstaatsbürger“	Generation der „Antifaschisten“	„Aufbau-Generation“
Jahre	3, 3, 5	6, 15	8, 3, 18, 11, 14, 7, 21, 7, 16, 5	31, 30, 18, 22, 5, 26, 26
Jahre (Durchschnitt)	3,7	10,5	11,0	22,4

*Tabelle 37: Jahre Professur HU*

Mit dem großen Abstand von zehn Jahren hatten die Professoren der „Aufbau“-Generation am Ende ihrer Karriere zudem die meisten Jahre als Professoren an der HU verbracht. Sie hatten die erste Professur meist erst in den 1960er Jahren erreicht, blieben dann aber durchschnittlich 22,4 Jahre im Amt. Ihre Stellen waren also bis kurz vor dem Untergang der DDR besetzt. Die „Doppelstaatsbürger“ liegen gleichauf mit den „Antifaschisten“ bei knapp elf Jahren. Die niedrigste Zahl erreichen die „bürgerlichen“ Professoren (3,7 Jahre), deren Einfluss auf die HU-Geschichtswissenschaft daher gering blieb, zumal sie nicht im gleichen Maße Leitungspositionen und Lehrstühle besetzten.

Eine weitere wichtige Rolle bei der Chance, eine Professur zu erlangen, spielte das Geschlecht: Die einzige Frau, Elisabeth Welskopf, erreichte zudem nur die niedrigste Stufe einer Professur mit Lehrauftrag und blieb aufgrund ihres hohen Alters nur fünf Jahre als Professorin an der HU. Männliche SED-Mitglieder mit Habilitation, die entweder dem Lager

der KPD entstammten oder eine Aspirantur erlangen konnten, hatten die besten Aussichten, eine Geschichtsprüfung an der HU zu erreichen.

Prof. (HU)	Beginn HU	Art der Tätigkeit	Jahre HU gesamt
Alfred Meusel	1946	Prof. m. LS	8
Heinz Kamnitzer	1946	Studium, Hilfs-Assistenz	9
Eckhard Müller-Mertens	1946	Studium	44
Ernst Niekisch	1947	Lehrauftrag	8
Karl Obermann	1947	Studium	24
Bernhard Töpfer	1947	Studium	45
Joachim Streisand	1948	Aspirantur	23
Günter Rosenfeld	1948	Studium	44
Elisabeth Ch. Welskopf	1949	Aspirantur	17
Ernst Hohl	1950	Prof. m. LS	4
Eduard Winter	1951	Prof. m. LS	16
Willy Flach	1952	Prof. v. LA	7
Albert Norden	1952	Prof. m. LA	3
Heinrich Scheel	1952	Assistenz & Aspirantur	(29)
Albrecht Timm	1952	Prof. v. LA	4
Gerhard Schilfert	1952	Prof. v. LA	31
Erich Paterna	1953	Wahrnehmungsprofessur	11
Helmuth Stoecker	1953	Aspirantur	33
Friedrich Katz	1956	Aspirantur	15
Karl Bittel	1957	Prof. v. LA	7
Walter Bartel	1957	Prof. m. LA	14
Ernst Hoffmann	1962	Prof. m. LS	16

*Tabelle 38: Jahr Ankunft an HU, Jahre HU insgesamt*

Die lange Verweildauer unterstreicht zudem die Immobilität insbesondere der „Aufbau“-Generation. Sie war zumeist schon mit Studium und Aspirantur an die HU gelangt, sodass drei Vertreter sogar 44 bzw. 45 Jahre, also ihr gesamtes Berufsleben hier verbrachten (Ø 33,6). Von den 22 Professoren hatten fünf an der HU studiert, neun waren an der HU promoviert worden, und acht hatten sich hier habilitiert. 14 Professoren hatten Promotion und/oder Habilitation in der DDR erlangt, davon hatten nur die Qualifikationsverfahren Gerhard Schilferts, Walter Bartels sowie die Habilitation Joachim Streisands nicht an der HU stattgefunden.

Dieser Befund deutet nicht nur auf mangelnde Leistungskonkurrenz und fehlenden intellektuellen Austausch mit anderen Institutionen, sondern auch auf ein engmaschiges Beziehungsnetz zwischen den langjährigen Berufskollegen.

## Vernetzung der SED-Professoren

In den Qualifikationsverfahren attestierten gegenwärtige HU-Geschichtsprofessoren in Gutachten den zukünftigen HU-Professoren das erforderliche fachliche Niveau. Die 22 Professoren hatten 29 Gutachten füreinander geschrieben.

Die „Doppelstaatsbürger“ Meusel und Winter schrieben neun Gutachten für zwei ‚Antifaschisten‘ und sechs zukünftige ‚Aufbau‘-Professoren. Dann übernahm besonders der schon 1952 berufene Schilfert, der selbst von Meusel im Aspirantenseminar betreut worden war, die Qualifizierung der nächsten Kandidaten: Er schrieb zehn Gutachten für zukünftige HU-Professoren, darunter drei ‚Antifaschisten‘. Die nun Aufgerückten gutachteten in acht weiteren Verfahren, deren Kandidaten danach eine Professur an der HU übernehmen sollten. In diesem Netzwerk sozialistischer Professoren war allein Albrecht Timm als bürgerlicher Professor mit zwei Gutachten beteiligt.

## Fazit

Mit der Gründung der „Fachrichtung Geschichte“ war das Professorenkollegium der HU-Geschichtswissenschaft rasch ausgebaut worden. Die SED setzte hinsichtlich der politischen Haltung der Historiker ihre Interessen weitgehend durch. Sie konnte sich dabei auf linke Universitätsprofessoren der Zwischenkriegszeit sowie auf ‚Antifaschisten‘ mit außerhalb von Hochschulen, aber auch an Universitäten erworbenen Geschichtskenntnissen stützen. In der Geschichtswissenschaft zeigte auch die Nachwuchsförderung Erfolge. Hinzu kamen bürgerliche Experten mit einer öffentlich apolitischen Einstellung und der zeitweiligen Bereitschaft, die vielfältigen Bemühungen um den Aufbau einer leistungsfähigen Wissenschaft zu unterstützen. Ihr Weggang von der HU und aus der DDR hatte allerdings weniger mit persönlichen Invektiven vor Ort als mit den allgemeinen Umständen der Wissenschaftspolitik in der DDR und dem Vorhandensein einer vielversprechenden Alternative im Westen zu tun. Ein Glücksfall bei der Konstitution der HU-Geschichtswissenschaft war die Ankunft Gerhard Schilferts, des schnell qualifizierten Angehörigen der ‚Aufbau‘-Generation, der nun gemeinsam mit den Genannten die Qualifizierung des Nachwuchses vorantreiben konnte.

So gelang an der HU der Aufbau einer „Normalwissenschaft“ im Sinne eines formal regulär qualifizierten Professorats aus der ‚Aufbau‘-Generation. Der starken personellen Diskontinuität im Vergleich mit dem Personalbestand 1945/46 stehen die Anstrengungen der neuen Professoren, aber wohl auch der SED-Hochschulpolitik gegenüber, mit den zwischenzeitlich aufgegebenen universitären Zugangsregeln auch das wissenschaftliche Niveau – nun unter dem Vorzeichen des Historischen Materialismus – wieder zu heben.

Gemessen am Ausmaß der SED-Mitgliedschaft wurde das Professoren-Kollegium Ende der 1950er Jahre immer homogener. Dennoch lassen sich Widersprüchlichkeiten entdecken. Auf der institutionellen Ebene bestehen sie im offenkundigen Zielkonflikt der SED-

Hochschulpolitik zwischen dem Interesse an politischer Steuerung und eindeutig geregelten Verhältnissen einerseits und der Sorge um das Leistungsniveau andererseits. Die ersten ‚antifaschistischen‘ Professoren konnten durchaus ohne entsprechende Leistungsnachweise ernannt werden, doch in der Folge etablierte sich der klassische Weg mit Promotion und Habilitation – um dann in der III. Hochschulreform 1968 wieder anders geordnet zu werden. Dabei wurden die Karrierewege zunehmend stärker formalisiert; sie führten bei der ‚Aufbau‘-Generation über die schon in der Vorkriegszeit etablierten Stufen von Studium und Assistenz über die unterschiedlichen Stufen der Professur. Widersprüchlich hieran war, dass die Nebenfolge der Immobilität und Segregation dem Leistungsanspruch der SED widersprach. Darüber hinaus verbauten der Erfolg beim schnellen Ausbau der Geschichtswissenschaft innerhalb weniger Jahre, intensive Förderung sowie soziale und politische Öffnung paradoxerweise die Chancen der folgenden Generation.

Auch bei der sozialen Umgestaltung der Hochschullehrerschaft ergaben sich ungewollte Nebeneffekte. Sie gelang nur mit starker Zeitverzögerung und führte zunächst lediglich zum Aufstieg der mittleren Schichten, die von SED-Funktionären als ‚Kleinbürgertum‘ mit unzureichender Bindung an die Arbeiterklasse beargwöhnt wurden. Dieser Prozess führte also nicht zur Homogenisierung an der Universität, sondern produzierte neue politische Konfliktlinien.

Nicht zuletzt kann auf der biografischen Ebene Widersprüchliches gefunden werden: Die Vertreter der vier Kategorien hatten jeweils viele Gemeinsamkeiten, aber auch deutliche Unterschiede hinsichtlich ihres sozialen Hintergrundes, ihrer Nähe zu KPD, SED und Universität. Dass auch im Umgang – insbesondere der doch so stark reglementierten ‚Aufbau‘-Generation – mit politischen Konflikten und Forschungsinteressen Vielfalt und Widersprüchlichkeit zu finden sind, zeigen die folgenden Abschnitte.



## **C Politik und Wissenschaft: Zur fachlichen „Praxis“ der HU-Historiker zwischen 1950 und 1970**

### ***C.I Herrschaft als ‚Praxis‘ an der Universität: Drei biografische Erfahrungen***

Fragt man nach Diskursen und Strukturen, drohen Individuen aus dem Blickfeld zu verschwinden. Dabei war die Individualität des forschenden und erzählenden Historikers ein *topos*, der die besondere Ausformung der Disziplin in Deutschland – gleichsam als Gegenpol zur Verfachlichung und Verwissenschaftlichung – begleitet hatte. Viele Historiker der DDR, deren individuelle Sinngebungen wie selbstverständlich durch den sozialistischen Geschichtsdiskurs vorstrukturiert und begleitet waren, haben nach 1989 besonderen Wert darauf gelegt, als Wissenschaftler mit einer je eigenen Biografien wahrgenommen zu werden. Die zahlreichen Autobiografien, der Ton in Konferenzen und bei mündlichen Gesprächen belegen dies. Die biografische Perspektive der folgenden Kapitel verstehe ich daher als fruchtbare und unvermeidliche Ergänzung der eher politikgeschichtlichen, der diskurs- und institutionengeschichtlichen Arbeiten meiner Vorgänger. Im Folgenden geht es um die biografischen, z. T. leidvollen Erfahrungen mit Strukturen und Diskursen, um deren eigensinnige Interpretationen bei der praktischen Durchsetzung, Umarbeitung oder Abwehr am konkreten Ort der Universität. In der paradoxen wissenschaftlichen Biografie Charlotte Welskopfs, im Leiden Heinz Kamnitzers, im kreativen Lernprozess Günter Rosenfelds, im tragisch-verstörenden Lebensweg des Joachim Streisand oder im nationalgeschichtlichen – in Wahrheit vollkommen antimaterialistischen – „Materialistischen Historismus“ Eckhard Müller-Mertens’ zeigt sich die *konstitutive Widersprüchlichkeit* (Pollack) der DDR-Gesellschaft als Ganze – *konstitutiv*, weil trotz diktatorischer Steuerung und dramatischer Unfreiheit in Denken und Handeln die Menschen ihre Geschichte immer noch selbst machen mussten.

#### **C.I.1 Heinz Kamnitzer – Überforderung durch Aufstieg**

Der ‚Fall Kamnitzer‘ ist des Öfteren behandelt worden, hatte jedoch eine bislang übersehene wissenschaftsgeschichtliche Dimension, die über ihn selbst hinausweist. Ein eindeutiges wissenschaftliches Fehlverhalten des antifaschistischen Historikers Heinz Kamnitzer führte dazu, dass 1954 mit dem westdeutschen Historiker Günter Franz ein ehemaliges Mitglied der SS dem jüdischen Remigranten Plagiatsvorwürfe machen konnte. Kamnitzer hatte für Alfred Meusels Thomas-Müntzer-Buch einen Dokumentenanhang erstellt.<sup>923</sup> Dabei hatte er die Dokumente allerdings nicht als Übernahmen aus verschiedenen anderen Editionen

---

<sup>923</sup> Meusel, Thomas Müntzer.

gekennzeichnet.<sup>924</sup> Günter Franz und Hermann Heimpel bedachten aus Westdeutschland das Buch mit vernichtender Kritik,<sup>925</sup> nachdem von ostdeutscher Seite schon Meusels Konkurrent Max Steinmetz das Fehlen jeder „Sorgfalt und wissenschaftliche[r] Genauigkeit“ moniert hatte.<sup>926</sup> Günter Franz hatte zuvor in den 1930er Jahren einen Großteil der in Rede stehenden Dokumente selbst sprachlich überarbeitet und ediert. Für ihn stand nun mit dem von ihm beklagten Verstoß „gegen die Grundsätze wissenschaftlicher Sauberkeit und Exaktheit“ die Wissenschaftlichkeit der ostdeutschen Historie insgesamt in Frage.<sup>927</sup>

Entsprechend aufgeregt reagierten die SED und ihre Historiker. In Sitzungen und Gutachten wurde der Kern der Kritik an Kamnitzer zwar anerkannt, die Einlassungen des politischen Gegners aus dem Westen allerdings in die „Freund-Feind-Struktur“ des beginnenden Kalten Krieges eingeordnet und „als abzuwehrende Aggression“ gebrandmarkt.<sup>928</sup> Lothar Berthold meinte: „Die oberflächliche Editionsweise des Gen. K. gab seiner Arbeit eine derartige Blöße, daß es dem Klassenfeind möglich wurde, einen unserer führenden Genossen in einer frechen und unverschämten Form anzugreifen.“<sup>929</sup> Gerhard Schilfert als neuer Fachrichtungsleiter an der HU kam auf einer Sitzung der Grundeinheit Historiker zu dem Schluss: „Bürgerliche Theorien müssen wir entlarven und zerschlagen, wo wir sie treffen.“<sup>930</sup> Aber der Westremigrant Kamnitzer hatte sich in den Augen der SED durch sein wissenschaftliches Desaster auch politisch verdächtig gemacht: Das Urteil der Parteigruppe der Historiker an der HU lautete: „Wir fordern mit Recht Qualitätserzeugnisse von der Produktion. Genauso verlangt die Arbeiterklasse von uns Qualitätsarbeit. Sie verlangt, daß wir geistige Waffen aus Stahl schmieden, die den Feind auch treffen und uns unangreifbar machen, aber keine Lanzen, die verbiegen. [...] Die wesentliche Ursache für die Mängel in der wissenschaftl. Arbeit des Gen. Prof. K. sieht die Parteileitung in seiner ungenügenden Verbundenheit zur Partei.“<sup>931</sup> Die Diskussionen zeigen, dass sich die ostdeutsche Historie in ihrer Anfangszeit durch die einseitig politische Interpretation auftretender Probleme den Weg zu sachgerechten Analysen und Lösungen selbst verbaute.

Denn der Fall hatte auch noch eine andere Dimension. Kamnitzers Schwierigkeiten betrafen schon spätestens seit der Übernahme des Direktorats des „Instituts für Geschichte des deutschen Volkes“ sein gesamtes Aufgabengebiet und beeinträchtigten sogar die private

---

<sup>924</sup> Vgl. Müller, *Diktatur und Revolution*, 195f.; Sabrow, *Der staatssozialistische Geschichtsdiskurs*, 53; Kowalczyk, *Legitimation*, 214; Kowalczyk, *Geist*, 385f.

<sup>925</sup> Günther Franz, *Rez. zu Alfred Meusel, Thomas Müntzer und seine Zeit*, HZ 177 1954, 543–546; Hermann Heimpel, *Rez. zu Alfred Meusel, Thomas Müntzer und seine Zeit*, GWU 5 (1954), 624f.

<sup>926</sup> Max Steinmetz, *Rez. zu: Alfred Meusel, Thomas Müntzer und seine Zeit*, ZfG 6 (1953), 968–978, 969.

<sup>927</sup> Franz, *Rez. Meusel/Müntzer*; vgl. Müller, *Diktatur und Revolution*, 196.

<sup>928</sup> Sabrow, *Der staatssozialistische Geschichtsdiskurs*, 53.

<sup>929</sup> LAB, IV-4/12/069-6, (Berthold), *Bemerkungen zu den wiss. Arbeiten des Gen. Kamnitzer*. Zit. n. Sabrow, *Der staatssozialistische Geschichtsdiskurs*, 53.

<sup>930</sup> Protokoll der Parteiversammlung der SED-Grundeinheit Historiker vom 18. 2. 1953, 24. 2. 1953, SAPMO BArch, BPA, IV 4/12/069-1. Zit. n. Kowalczyk, *Legitimation*, 214.

<sup>931</sup> LAB, IV-4/12/069-6, *Stellungnahme der Parteileitung der Grundorganisation Historiker zur Arbeit des Gen. Kamnitzer*, o. D. (zit. n. Sabrow, *Der staatssozialistische Geschichtsdiskurs*, 53f.

Lebenswelt des Historikers. Seine Probleme verweisen auf ein grundsätzliches Defizit der entstehenden Geschichtswissenschaft: Die Überforderung ihrer Protagonisten durch den schnellen und ‚irregulären‘ Aufstieg in zahlreiche und verantwortungsvolle Positionen, für die sie kaum ausgebildet waren. Dass Kamnitzer 1955 selbst das Handtuch warf, sich nicht nur von seinen Ämtern sondern gleich vom Historiker-Beruf insgesamt zurückzog, blieb dabei die Ausnahme. Sie ist biografisch zu erklären, denn Kamnitzer verspürte ohnehin mehr Lust und Begabung, als Schriftsteller zu arbeiten. Demgegenüber wurde etwa Walter Bartel lediglich auf einen anderen Posten versetzt, nachdem er am Institut für Zeitgeschichte untragbar geworden war.

Kamnitzer war 1917 in Berlin als Sohn eines jüdischen Drogisten geboren worden und hatte das ehrwürdige Askanische Gymnasium besucht.<sup>932</sup> Schon seit 1931 war er im Sozialistischen Schülerbund aktiv und wurde 1933 im Zuge der nationalsozialistischen Verfolgungskampagnen wegen seiner Widerstandstätigkeit gegen den NS verhaftet. Nach seiner Freilassung emigrierte Kamnitzer nach England, ohne dass er noch das Abitur hätte erreichen können. Die Emigrationszeit überstand er mit Hilfe einer ganzen Reihe unterschiedlicher Anstellungen und Tätigkeiten, politischem Engagement sowie Bildungsanstrengungen. Der Emigrant arbeitete als Hilfsarbeiter und Tischlerlehrling in Palästina, als Journalist und (Chef-)Redakteur bei zwei linken Exilzeitschriften in London, als Leitungsmitglied des Freien deutschen Kulturbundes sowie als Mitarbeiter beim Jüdischen Hilfskomitee für die UdSSR. In London hatte er bis 1935 Lehrveranstaltungen am Polytechnikum und später an der berühmten London School of Economics besucht. 1940/41 war er wegen seiner deutschen Herkunft in Kanada interniert. Schon in seiner Londoner Zeit war er 1938 der KPD beigetreten und gehörte dort zum Kreis kommunistischer Emigranten; hier schloss er sich insbesondere Alfred Meusel an.<sup>933</sup>

Kamnitzer kehrte 1946 nach Berlin zurück und arbeitete sofort als Meusels Assistent an der Berliner Universität. Zunächst leistete er Zuarbeiten für Durchführung und Konzeption der Lehrveranstaltungen Meusels zu „Politischen und sozialen Problemen der Gegenwart“. Hierbei konnte Kamnitzer auf seine Erfahrungen als Journalist in der Emigration zurückgreifen. Offenbar wollte er auf dem Gebiet politischer Gegenwartsfragen – über die Beziehungen zwischen Erdölinteressen und Außenpolitik der westlichen Staaten – zunächst auch promovieren. Nachdem Meusel allerdings den historischen Lehrstuhl für Neue Geschichte übernommen hatte, schwenkte Kamnitzer ebenfalls auf historisches Gebiet um und ergänzte seine schmale Schrift über „Öl und Außenpolitik“ durch eine ebenso schmale wirtschaftspolitische Betrachtung der 1948er Revolution in Deutschland.<sup>934</sup>

Thematisch betrat Kamnitzer auf Anregung Meusels damit historiografisches Neuland, doch stehen Allgemeinheit des Themas und Umfang der Arbeit in einem extrem ungünstigen

---

<sup>932</sup> Vgl. die Angaben in Müller-Engbers u. a. (Hg.), *Wer war wer*, 408 sowie Mertens, *Lexikon*, 330.

<sup>933</sup> Vgl. Keßler, *Exilerfahrung*.

<sup>934</sup> Vgl. HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, *Promotionen*, 24. 2. 1950 bis 28. 4. 1950, Heinz Kamnitzer, Bl. 78–96, hier: Bl. 79.

Verhältnis: Die wirtschaftliche Struktur Deutschlands der Revolutionszeit ist auf 31 Seiten nicht gewinnbringend zu behandeln.<sup>935</sup> Dennoch erhielt Kamnitzer für die Arbeit die Bestnote „ausgezeichnet“, die Meusel selbst an kommunistisch gesinnte Kandidaten kaum je vergab.<sup>936</sup> Der Zweitgutachter Joseph Winternitz von der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät gehörte ebenfalls zum Kreis der Remigranten aus London. Er begnügte sich mit einem kurzen zustimmenden Kommentar zur Arbeit über „Öl und Außenpolitik“, die er – „obwohl sie von der Form der üblichen Form der Doktordissertation abweicht – als für diesen Zweck ausreichend“ anerkannte.<sup>937</sup> Den 33-seitigen Beitrag über 1848 hatte der Gutachter nicht zur Kenntnis genommen, und auch zum Notenvorschlag des Erstgutachters nahm er nicht explizit Stellung.

Kamnitzer war schon bei seiner Promotion stark von Meusel protegiert worden, der hierbei sogar seine eigenen Ansprüche an wissenschaftliche Qualifikation suspendierte. Durch den Wechsel seines Lehrers auf das Fachgebiet der Geschichte verlor Kamnitzer zudem die Möglichkeit, für seine wissenschaftliche Arbeit die in der Emigrationszeit erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik der Gegenwart fruchtbar werden zu lassen. Gleich im Anschluss an die Promotion wurde der 33-jährige Kamnitzer auf Antrag des Dekans Alfred Meusel zum Professor mit vollem Lehrauftrag ernannt. Meusel berief sich für die ausnahmsweise Berufung eines nicht habilitierten Wissenschaftlers auf einen Ministerialerlass vom Beginn des Jahres 1950. Das Ministerium für Volksbildung hatte die Habilitation zwar als Berufungsvoraussetzung wieder gestärkt, jedoch eine Ausnahmeregelung vorgesehen für jene Fälle, in denen „die Qualifikation des nicht habilitierten Bewerbers von vornherein außer jedem Zweifel“ stehe.<sup>938</sup> Die erforderliche eingehende Begründung des Antrags lieferte Meusel selbst mit einer Laudatio auf seinen Schützling; zuvor hatte die Philosophische Fakultät den Berufungsantrag beschlossen, er wurde auch vom Rektor der HU „wärmstens befürwortet“.<sup>939</sup>

Es waren nicht nur universitätsfremde, politische Instanzen der SED, die für die Förderung politisch loyaler Universitätslehrer die traditionellen Regeln des universitären Feldes außer Kraft setzten. Für den raschen Aufstieg Kamnitizers waren mindestens vier universitäre Institutionen mit z. T. langjähriger Universitäterfahrung verantwortlich: neben dem Dekan Meusel als ehemaligem Hochschulprofessor der Weimarer Zeit auch eine Berufungskommission sowie der gesamte, z. T. mit „bürgerlichen“ Professoren anderer Fächer besetzte Fakultätsrat (in einstimmiger Abstimmung!) und auch der Rektor Walter

---

<sup>935</sup> Die Seitenzahl nennt Mertens, Lexikon, 330.

<sup>936</sup> HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Promotionen, 24. 2. 1950 bis 28. 4. 1950, Heinz Kamnitzer, Bl. 78–96, hier: Bl. 81.

<sup>937</sup> Ebd., Bl. 82.

<sup>938</sup> BArch, DR 3-B/11736 (Berufungsakte Heinz Kamnitzer), Bl. 16, Alfred Meusel an das Ministerium für Volksbildung, 2. Mai 1950. Kamnitzer hatte schon seit 1949 eine Professur an der Brandenburgischen Landeshochschule in Potsdam inne.

<sup>939</sup> Ebd.

Friedrich, seit 1922 Ordinarius für Physik an der Berliner Universität.<sup>940</sup> Erst ganz zuletzt bezog auch die Hauptabteilung Hochschulen des Ministeriums für Volksbildung positiv Stellung und betonte nun insbesondere den politischen Nutzen der Berufung des Remigranten.<sup>941</sup>

Kamnitzers Aufstieg war jedoch damit noch nicht beendet. Als Alfred Meusel 1952 entschieden hatte, die Leitung des Museums für Deutsche Geschichte zu übernehmen, installierte er Kamnitzer als Nachfolger an der Universität. Er beantragte, Kamnitzer nun die Wahrnehmung einer Professur mit Lehrstuhl und sogar die Leitung der gesamten gerade gegründeten Fachrichtung Geschichte zu übertragen.<sup>942</sup> Der Hintergrund war, dass Kamnitzer anstelle Meusels nun Direktor des großen Instituts für Geschichte des deutschen Volkes werden und hierfür mit einem Lehrstuhl ausgestattet werden sollte. Zum 1. September 1953 übernahm Kamnitzer tatsächlich das Direktorat dieser Einrichtung,<sup>943</sup> die mit zwölf wissenschaftlichen Assistenten personell das größte derartige Institut der DDR war.<sup>944</sup> Parallel dazu stieg Kamnitzer neben Eduard Winter, Ernst Engelberg, Leo Stern und Meusel zu einem der Multifunktionäre der ostdeutschen Historie auf: Er wurde auf Antrag Meusels Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats für Geschichte beim Staatssekretariat,<sup>945</sup> Mitglied des Autorenkollektivs für das wichtige Lehrbuch für die „Geschichte des deutschen Volkes“ und war zwischen 1953 und 1955 Mitherausgeber der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“.

Kamnitzer fand sich schnell mit Aufgaben überhäuft. Insbesondere das Universitätsinstitut stand im Fokus der Wissenschaftsfunktionäre, da die drei Institute für Geschichte des deutschen Volkes in Berlin, Halle und Leipzig mit ihren zahlreichen Nachwuchskräften eine Keimzelle der marxistischen Geschichtswissenschaft werden sollten. Ihr wichtigster Zentralauftrag war die Ausarbeitung von Vorlesungen, wobei Kamnitzer selbst verantwortlich für den schwierigen Zeitraum von 1918 bis zur Gegenwart war.<sup>946</sup> Hinzu kamen langfristige Forschungsaufgaben. Entsprechend groß war das Institut dimensioniert: Kamnitzer hatte 1952 in Absprache mit Meusel 36 Planstellen und 20 Räume beantragt, darunter befanden sich sechs Hauptassistenten und 20 wissenschaftliche Mitarbeiter für Forschungsaufgaben.<sup>947</sup>

Doch stießen die ehrgeizigen Vorhaben bald an Grenzen, denn Meusel zog die fortgeschrittensten Nachwuchskräfte wie Gerda Grothe und Joachim Streisand ans Museum

---

<sup>940</sup> Vgl. neben der Berufungsakte die Notiz im Protokoll des Fakultätsrates (24. 4. 1950): HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 2, Bl. 50. Zu Walter Friedrich vgl. Müller-Engbers u. a. (Hg.), *Wer war wer*, 227.

<sup>941</sup> BArch, DR 3-B/11736 (Berufungsakte Heinz Kamnitzer), Bl. 18.

<sup>942</sup> Ebd., Meusel an Staatssek., 7. 2. 1952.

<sup>943</sup> Ebd., Bl. 45.

<sup>944</sup> Didczuneit, *Geschichtswissenschaft an der Universität Leipzig*, 44. Leo Stern in Halle verfügte über sieben, Ernst Engelberg in Leipzig über vier Assistenten.

<sup>945</sup> Ebenfeld, *Geschichte nach Plan*, 97 sowie BArch, DR 3-B/11736 (Berufungsakte Heinz Kamnitzer), Bl. 37.

<sup>946</sup> Vgl. BArch-SAPMO, DY 30/IV 2/9.04/103, Bl. 80.

<sup>947</sup> Vgl. BArch-SAPMO, DY 30/IV 2/9.04/102, Bl. 3f., Kamnitzer an Staatssekretariat/Gerhard Harig, 6. 2. 1952.

ab, obgleich diese ursprünglich für Dozentenstellen an der Universität vorgesehen waren.<sup>948</sup> Kamnitzer musste seine Mitarbeiter aus Studenten älteren Semesters rekrutieren, die sich selbst noch in Ausbildung befanden.<sup>949</sup> Kamnitzer selbst sah sich vor allem durch die Vielzahl seiner administrativen Aufgaben von Forschung und Lehre abgehalten. Schon im Juli 1952, wenige Monate nach Einrichtung seines Instituts, musste der Professor in einem Leserbrief an das „Neue Deutschland“ sich und seine Mitarbeiter gegen Vorwürfe verteidigen. Insbesondere die langwierige Ausarbeitung der Vorlesungen hatte Kritik provoziert. Kamnitzer musste den Genossen daher klarmachen, dass für die Präsentation eines erneuerten Geschichtsbildes zunächst einmal Forschungsarbeit notwendig sei.<sup>950</sup> Hier wirke sich die Abwanderung von Fachkräften ans Museum negativ aus. Kamnitzer selbst gestand durchaus freimütig seine fachliche Inkompetenz ein: „Ich bin noch nicht lange an der Universität“, und er sei daher von den Aufgaben überfordert. Zu der unter diesen Umständen besonders wichtigen „intensiven und ruhigen Forschung“ fehle ihm angesichts der „Lehrtätigkeit, [der] pädagogischen und administrativen Pflichten“ die Zeit.<sup>951</sup>

Kamnitzer hatte schon nach kurzer Frist die wesentlichen sachlichen Gesichtspunkte benannt, die die Leistungsfähigkeit seines Instituts auch dauerhaft beeinträchtigen würden. Mit seiner Vorlesung über die deutsche Geschichte seit 1918 gelangte er nie über das Jahr 1919 hinaus, auch die Vorarbeiten blieben beim Jahr 1923 stecken. Schon seine Darstellung der Novemberrevolution hatte massive Kritik von SED-Studenten hervorgerufen, sodass sie abgebrochen werden musste.<sup>952</sup> Die Ausarbeitung des entsprechenden Lehrbuchabschnittes kam nicht über die Konzeptionsphase hinaus. Die Schwierigkeiten wurden intern immer wieder angesprochen: Im Mai 1953 erreichte eine sehr kritischer Arbeitsbericht des Instituts selbst die ZK-Abteilung Wissenschaften. Er wiederholte Kamnitzers Einlassungen aus dem Leserbrief und teilte zudem mit, dass der Institutsdirektor mittlerweile infolge der Überlastung erkrankt sei.<sup>953</sup> Der Arbeitsbericht verstärkte darüber hinaus die Zweifel an Kamnitzers fachlicher Kompetenz, die schon in dessen Leserbrief angeklungen waren: Die Hauptaufgaben des Direktors lägen in den Bereichen Wissenschaft und Verwaltung, es seien aber weder „die Ausbildung noch die Qualitäten [...] für die technische Durchführung beider Pflichten vorhanden“.<sup>954</sup>

Eine interne Einschätzung des Staatssekretariats charakterisierte Kamnitzer schon im Dezember 1952 als „begabte[n] junge[n] Wissenschaftler“, der allerdings durch die „schnelle berufliche Förderung“ in seiner Arbeit zur „Verzettelung“ und

---

<sup>948</sup> Vgl. BArch-SAPMO, DY 30/IV 2/9.04/95, Bl. 96.

<sup>949</sup> Ebd. 7.

<sup>950</sup> BArch-SAPMO, DY 30/IV 2/9.04/102, Abschrift eines Leserbriefes von Kamnitzer an das Neue Deutschland, 5. 7. 1952, Bl. 21–23, hier: Bl. 22.

<sup>951</sup> Ebd., Bl. 23.

<sup>952</sup> Petzold, Parteinahme.

<sup>953</sup> BArch-SAPMO, DY 30/IV 2/9.04/103, Bl. 64ff: 23. 5. 1953, Arbeitsbericht des Instituts für Geschichte des deutschen Volkes.

<sup>954</sup> Ebd., Bl. 80.

„Selbstüberschätzung“ neige.<sup>955</sup> Dieselbe Charakteristik erreichte auch das Ministerium für Staatssicherheit, das nun auch von den Problemen bei der Vorlesungstätigkeit Kamnitzers sowie von dessen Protegierung durch Meusel wusste.<sup>956</sup>

Im Dezember 1954 probten Kamnitzers Assistenten einen förmlichen Aufstand: Auf einer Sitzung der Institutsleitung ließen sie verlauten, dass sie nicht länger für die Ausarbeitung der Vorlesung ihres Direktors, sondern an ihren eigenen Qualifikationsschriften arbeiten würden.<sup>957</sup> Damit hatten auch sie ein deutliches Signal der Überforderung gegeben.

Ogleich die fachlichen, strukturellen Gründe für Kamnitzers Schwierigkeiten hinreichend bekannt waren, begannen die Apparate nach *politischen* Erklärungen zu suchen. Politische Diversion witterte zuerst das MfS, das Kamnitzer eine Zeitlang verdächtigte, ein Trotzlist zu sein und in „Verbindung zu Parteifeindl. [!] Personen“ zu stehen.<sup>958</sup> Zudem waren im Kontext der Noel-Field-Affaire die Westremigranten als Gruppe ins Fadenkreuz des Geheimdienstes geraten. In die Arbeit des MfS mischten sich auch antisemitische Tendenzen.<sup>959</sup>

Nachdem im Zuge der Auseinandersetzung um die Plagiatsvorwürfe Anfang 1953 Kamnitzers (Fehl-)Leistungen vor dem Hintergrund des Freund-Feind-Denkens bewertet wurden, mischte sich auch in interne Einschätzungen an der Universität der politische Verdacht. Schon im Mai 1953 hatte der durchaus sachkritische Arbeitsbericht des Instituts dem Direktor neben seinen fachlichen Schwächen auch dessen fehlenden Kontakt zum „Parteiorganisator“ vorgehalten.<sup>960</sup>

Die Universitätsparteileitung (UPL) hatte sich schon im Januar 1953 mit dem Institut für Geschichte des deutschen Volkes beschäftigt, um mit dessen Leitung die Schwierigkeiten zu besprechen, die durch Meusels Weggang ans Museum entstanden waren.<sup>961</sup> Wenige Monate später drängte die UPL die Leitung der Grundorganisation Historiker zu einer entschieden „politische[n] Einschätzung der Institutsarbeit“.<sup>962</sup> Sie sei davor bisher aus falschem Respekt vor der Institutsleitung zurückgewichen. Die bekannten Vorwürfe waren u. a. die schlechte Arbeit Kamnitzers am Lehrbuch, die Zweifel an seiner wissenschaftlichen Qualifikation; einige „Genossen [...] sind der Ansicht, daß der Gen. Kamnitzer nicht gründlich genug arbeitet.“<sup>963</sup> Heinrich Scheel, damals Assistent am Institut hatte der UPL daneben auch einige Versäumnisse seines Chefs in Zusammenhang mit der Parteiarbeit genannt: Er sei politisch kein „Motor“, nehme an SED-Sitzungen nur unregelmäßig teil, sein „Russisch-Studium“ sei

---

<sup>955</sup> BArch, DR 3-B/11736 (Berufungsakte Heinz Kamnitzer), Bl. 10.

<sup>956</sup> BStU, MfS AP 2752/55, Bl. 7.

<sup>957</sup> BArch-SAPMO, DY 30/IV 2/9.04/103, 91ff., Institut für Geschichte des deutschen Volkes, Protokoll Erweiterte Institutsleitungssitzung am 16. 12. 1954, Bl. 91f.

<sup>958</sup> BStU, MfS AP 2752/55, Bl. 3.

<sup>959</sup> Vgl. ebd. 13f.

<sup>960</sup> BArch-SAPMO, DY 30/IV 2/9.04/103, Bl. 64ff. 23. 5. 1953, Arbeitsbericht des Instituts für Geschichte des deutschen Volkes, Bl. 81.

<sup>961</sup> Vgl. BArch-SAPMO, DY 30/IV 2/9.04/95, Protokoll der Leitungssitzung vom 20. Januar 1953, Bl. 96–102.

<sup>962</sup> BArch-SAPMO, DY 30/IV 2/9.04/95, Protokoll der Sitzung der Parteileitung Grundorganisation Historiker vom 4. 6. 1953, Bl. 103–107, hier: Bl. 103.

<sup>963</sup> Ebd., Bl. 103.

„absolut ungenügend“. Als Ursache hatte Scheel demnach die „Zersplitterung“ von Kamnitzers Arbeitskraft in unterschiedliche Richtungen benannt.

Die UPL ließ diese Erklärung nicht gelten. Kamnitzer habe sich dem „Parteiauftrag“ entzogen, um sich seinem „Lieblingsgebiet[.]“, der Kulturgeschichte zu widmen. Die „tiefere Ursache[.]“ für sein Versagen sei daher „in mangelnder Parteiverbundenheit zu suchen, die sich in Kritiklosigkeit, kleinbürgerlichem Geltungsbedürfnis und Versöhnertum ausdrückt.“<sup>964</sup>

Damit hatte die UPL einen komplexen Sachverhalt, dessen Implikationen seit Monaten bekannt waren, auf eine politische Schwäche reduziert, die mit dem biografischen Hintergrund Kamnitzers erklärt wurde. Entscheidend ist, dass sie sich damit sogar bei dem Betreffenden selbst durchsetzen konnte. Nachdem ein Assistent Kamnitzer gegen die Vorwürfe in Schutz genommen hatte, widersprach diesem nun auch Scheel und übernahm die Interpretation der UPL. Kamnitzer signalisierte sein Einlenken, dankte für die Kritik, erklärte aber doch weiterhin seine Überforderung zum Hauptgrund der Schwierigkeiten. Er forderte für sich „Minderung der Belastung“ und wollte die „Hauptverantwortung“ im Institut abgeben, um sich der wissenschaftlichen Arbeit zu widmen.<sup>965</sup>

Daraufhin wiesen zwei weitere Assistenten die Erklärungen ihres Chefs zurück. Überlastung als Argument genüge nicht mehr, die Zweifel an der „wissenschaftlichen Qualifikation“ seien wohl berechtigt, zuletzt habe Kamnitzer aber seine eigenen Neigungen dem „Parteiauftrag“ nicht untergeordnet, sich von der „Härte der Partei“ und der „Parteidisziplin“ zurückgezogen.<sup>966</sup> Nun beugte sich auch Kamnitzer der Logik der Politisierung. Er betonte, „daß die Kritik getroffen hat und wirklich im Herzen angekommen ist. Er ist sich auch klar darüber, daß die ihm nachgewiesene mangelnde Parteiverbundenheit klassenmäßige Ursachen hat, daß seine nicht-proletarische Herkunft es ihm schwerer macht, sich in die Parteidisziplin zu fügen.“<sup>967</sup>

Kamnitzers Rückzug von den Pflichten als Direktor war damit vom Tisch. Das Gremium der SED-Grundorganisation Historiker und die UPL hatten sich als unfähig erwiesen, das Problem sachgerecht zu lösen, und versteiften sich stattdessen auf Forderungen nach mehr Arbeitsdisziplin, ohne die Überlastung des Historikers zur Kenntnis zu nehmen. Die gleiche Strategie übernahm auch der Referent beim Staatssekretariat, als er im Juli 1954 noch immer von Schwierigkeiten in dem „größten und lehrkörpermäßig am besten ausgestatteten Institut in Berlin“ berichten musste.<sup>968</sup> Seine Lösungsvorschläge lauteten auch für die Entwicklungsprobleme der ostdeutschen Historie insgesamt: „Strengere Kontrolle [...]

---

<sup>964</sup> Ebd.

<sup>965</sup> Ebd., 105.

<sup>966</sup> Ebd., 106.

<sup>967</sup> Ebd., 107.

<sup>968</sup> BArch-SAPMO, DY 30/IV 2/9.04/103, Heinz Königer, Staatssekretariat für Hochschulwesen, Bericht über die „Erfüllung des Studienplanes auf dem Gebiet der Geschichte des deutschen Volkes“, 16. 7. 1954, Bl. 80.



seitens des Staatssekretariats und der Parteiorganisationen an den Universitäten. Erziehung des Lehrkörpers zur bewußten Plandisziplin.<sup>969</sup>

Insbesondere der Ruf nach Zentralisierung und Kontrolle wurde das *ceterum censeo* aller Beteiligten bei auftretenden Problemen. Hierbei standen auch die Historiker der HU ihren Kollegen und den Parteifunktionären nicht nach. Kamnitzer selbst hatte schon in seinem Leserbrief 1952 zentrale Steuerung als Heilmittel gegen die Überforderung benannt.<sup>970</sup> Zu anderen Anlässen erhoben dieselbe Forderung auch Eduard Winter, Helmuth Stoecker, Günter Rosenfeld, Joachim Streisand, Karl Obermann, Gerhard Schilfert oder Erich Paterna.<sup>971</sup>

Heinz Kamnitzer bat nach monatelanger Krankheit im September 1955 um Entbindung von seinen Pflichten als Universitätsprofessor, um als Schriftsteller zu arbeiten. Mit ihm war auch Meusels Kalkül gescheitert, die HU-Geschichtswissenschaft von einem kaum qualifizierten Remigrationsgenossen aufbauen zu lassen, um selbst an Museum und Akademie ungehindert Einfluss nehmen zu können. Der Aufbau der HU-Geschichtswissenschaft wurde in der Folgezeit besonders durch Gerhard Schilfert geleistet, der sich sein fachliches Rüstzeug noch beim bürgerlichen Berufshistoriker Hans Haußherr geholt hatte. Doch wenig später nach Kamnitzer hieß es auch schon von Erich Paterna und Gerhard Schilfert, sie seien überarbeitet.<sup>972</sup> Alfred Meusel – einst kreativer, linksorientierter Soziologe, dessen wissenschaftliche Entwicklung durch die erzwungene Emigration behindert worden war – hatte sich zum einflussreichsten Wissenschaftsorganisator unter den Historikern der DDR entwickelt und war an allen Großprojekten federführend beteiligt.<sup>973</sup> Anfang 1956 meldete er, er leide unter der „Managerkrankheit“ und sei dem Tode nahe – wenige Jahre später starb der Begründer der neuen Geschichtswissenschaft der HU. Das Phänomen blieb nicht auf die sozialistischen Historiker beschränkt. Auch Albrecht Timm und Willy Flach – nach 1945 in ungeahnte Verantwortlichkeiten gelangt – bekamen die gesundheitlichen Auswirkungen der Überforderung zu spüren.<sup>974</sup> Im Falle Flachs spielten diese wohl doch eine Rolle für seinen Suizid 1958.

---

<sup>969</sup> Ebd., Bl. 81.

<sup>970</sup> BArch-SAPMO, DY 30/IV 2/9.04/102, Abschrift eines Leserbriefes von Kamnitzer an das Neue Deutschland, 5. 7. 1952, Bl. 21–23, hier: Bl. 23.

<sup>971</sup> Dies geht aus den von mir durchsuchten Dokumenten im Bundesarchiv hervor, die Namenliste ließe sich ergänzen. Vgl. etwa BArch-SAPMO, DY 30/IV 2/1.01/392, Stenografische Niederschrift der Abteilung Wissenschaften beim ZK mit Genossen Historikern [...] am 7. Dezember 1958, Bl. 2ff. oder BArch-SAPMO, DY 30/IV 2/9.04/133, Bl. 92f., Helmuth Stoecker, Beitrag zur Diskussion vom 12. 1. 1956.

<sup>972</sup> BArch-SAPMO, DY 30/IV 2/9.04/95, Einschätzung der Parteiarbeit an der Humboldt-Universität (Historiker) und der Fachrichtung in einigen Fragen, o. D., Bl. 186–189, hier: Bl. 188.

<sup>973</sup> Vgl. Ebenfeld, Geschichte nach Plan, 101f.

<sup>974</sup> HUUA, Personalakten nach 1945, T 116 (Albrecht Timm), Bd. 1, Bl. 32 sowie F 199 (Willy Flach), Bl. 48.

## C.I.2 Günter Rosenfelds Lernprozess

Ein Beispiel für die eigensinnige Beantwortung diktatorischer Steuerungsversuche ist ein Lernprozess, den Günter Rosenfeld neben anderen Vertretern des Instituts für Geschichte der Völker der UdSSR durchlief. In den Akten des Büros Hager findet sich ein handschriftlicher Zettel, auf dem eine Besprechung vom Juni 1955 mit den Assistenten Rosenfeld und Lemke, beide SED-Mitglieder, im ZK protokolliert ist. Darin heißt es: „Am Institut gibt es z. Zt. keine Auseinandersetzung mit der westdeutschen Ostforschung usw. Angeblich war Winter bisher in dieser Frage sehr zurückhaltend“.<sup>975</sup> Tatsächlich entsprach die blinde Polemik gegen den „Gegner“ bis in die 1960er Jahre hinein nicht Winters Auffassung vom Arbeitsstil der marxistischen Wissenschaft, wie es seine Gutachten zeigen (vgl. Kap. B.II.3). Allerdings war er auch öffentlich in dieser Frage sehr gehemmt aufgrund seiner eigenen Vergangenheit im Bereich der nationalsozialistischen Ostforschung, die ihm von westdeutscher Seite leicht hätte zum Vorwurf gemacht werden können.<sup>976</sup> Doch auch Rosenfeld wurde vom ZK-Funktionär kritisiert: „Die Genossen wehren sich dagegen, in ihren Doktor- usw. arbeiten gleichzeitig diese Auseinandersetzung zu führen. (bes. [!] Rosenfeld) Sehen [!] nicht die politische Notwendigkeit“. Lemke und Rosenfeld „erhielten den Auftrag bis Ende Juni Vorschläge einzureichen, gegen welche westlichen Arbeiten über Ost- oder Europaforschung sie in nächster Zeit Stellung nehmen wollen.“<sup>977</sup> Im Vorfeld hatte auch Winter versprochen, demnächst einen entsprechenden Artikel zu verfassen. Schon im September 1955 meldete Joachim Mai vom Institut einen „Arbeitsplan zur Auseinandersetzung mit der neueren bürgerlichen Fachliteratur“ an die ZK-Abteilung Wissenschaft, in dem die Bemühungen Rosenfelds, Lemkes und Mais selbst, aber auch parteiloser Historiker um eine kämpferische Haltung in ihren Vorlesungen verzeichnet waren.<sup>978</sup> Zudem sei auf Druck der Genossen auch mit dem Leiter Eduard Winter regelmäßige dies betreffende Arbeitstreffen vereinbart worden. Doch Mai gab seinem Bericht im zweiten Teil eine neue Wendung, indem er auf den völlig unzulänglichen Bibliotheksbestand an der HU hinwies. Eine entsprechende Buchbestellung hätte das Staatssekretariat, d. h. die hochschulpolitische Konkurrenz der ZK-Abteilung, soeben zurückgewiesen. Im „Auftrag der Genossen des Instituts“ forderte Mai nun wenigstens für die Institutsmitarbeiter auch den Zugang zu gesperrter Literatur.<sup>979</sup> Die

---

<sup>975</sup> BArch-SAPMO, DY 30/IV 2/9.04/97: „Besprechung mit Gen. Rosenfeld + Lemke (Institut Berlin) über die Lage am Institut (4. 6. 55)“ [=handschriftlicher Zettel] Bl. 336f., hier Bl. 336.

<sup>976</sup> Vgl. Sabrow, Die Ohnmacht.

<sup>977</sup> „Besprechung mit Gen. Rosenfeld + Lemke“, a. a. O., Bl. 337.

<sup>978</sup> BArch-SAPMO, DY 30/IV 2/9.04/97: Joachim Mai, „Arbeitsplan für die Auseinandersetzung mit der neueren bürgerlichen Fachliteratur zur Osteuropäischen Geschichte“, 29. 9. 1955, Bl. 338f.

<sup>979</sup> Ebd., 339.

Genossen hatten die Politisierung ihrer Wissenschaft durch das ZK anerkannt, aber damit einen Weg entdeckt, Ressourcen für ihre wissenschaftliche Arbeit zu akquirieren.<sup>980</sup>

Fünf Jahre später sandte Günter Rosenfeld der ZK-Abteilung Wissenschaft ein 49seitiges Dossier über die westdeutsche Osteuropa-Historie, das er zusammen mit dem Assistenten Kurt Ottersberg verfasst hatte.<sup>981</sup> Kurt Hager sandte das Manuskript umgehend an seinen Kollegen Johannes Hörnig im Staatssekretariat. Er solle prüfen, ob der Text gegebenenfalls „als internes Informationsmaterial für die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros und andere verantwortliche Genossen“ verschickt werden könne.<sup>982</sup> Aus einer handschriftlichen Notiz auf dem Schreiben geht hervor, dass das Material den Funktionären dafür ungeeignet schien. Die Gründe hierfür liegen in der Art und Weise, in der Rosenfeld und sein Mitarbeiter den ideologischen Ansprüchen gerecht geworden waren.

Es handelt sich dabei um eine durchaus kundige Bestandsaufnahme der westdeutschen Osteuropahistorie, ihrer universitären und außeruniversitären Institutionen und Protagonisten sowie ihrer Veröffentlichungen. Die Befunde werden dem ideologischen Auftrag entsprechend in das allgemeine Syndrom einer angeblich reaktionären, imperialistischen Revanchepolitik mit wissenschaftlichen Mitteln und maßgeblicher Beteiligung ehemaliger Faschisten eingeordnet.<sup>983</sup> So werden etwa der „Göttinger Arbeitskreis“ und das Herder-Institut behandelt, Personen wie Hans Koch, Hermann Aubin, Reinhard Maurach oder Reinhard Wittram genannt. Auch den Verbindungen mit der Außenpolitik der BRD wird nachgegangen.<sup>984</sup> Die Autoren zeigen sich bereit, zwischen den unterschiedlichen Akteuren hinsichtlich der wissenschaftlichen Qualität zu differenzieren. Es gebe, etwa aus Marburg, „einzelne beachtenswerte und ernst zunehmende Publikationen“.<sup>985</sup> Doch Rosenfeld und Ottersberg beeilen sich, ihren Auftraggebern ihre ideologische Wachsamkeit zu beweisen: In ihren Augen widersprechen auch „solche wissenschaftlichen Einzelleistungen [...] nicht dem gesamten pseudowissenschaftlichen Charakter der ‚Ostforschung‘ als Institution“.<sup>986</sup> Vielmehr sind sie selbst nur eine Steigerung in diesem „raffinierte[n] System“, weil die Wissenschaftlichkeit lediglich eine weitere Legitimationsstrategie der „als ‚wissenschaftlich‘ getarnte[n], ‚akademisch‘ zurecht frisierte[n] Propagandaeinrichtung des aggressiven deutschen Imperialismus“ sei.<sup>987</sup>

Den Kern des Berichts bildet eine detaillierte Analyse des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität, dessen wissenschaftliche Aufgabenstellung allerdings ebenfalls nur

---

<sup>980</sup> Vgl. Ash, *Wissenschaft und Politik*, 32–51.

<sup>981</sup> BArch-SAPMO, DY 30/IV 2/9.04/97: Günter Rosenfeld an Büro Hager beim ZK der SED, 11. Juli 1960, Bl. 356.

<sup>982</sup> BArch-SAPMO, DY 30/IV 2/9.04/97: Kurt Hager an Johannes Hörnig, 20. 7. 1960, Bl. 355.

<sup>983</sup> BArch-SAPMO, DY 30/IV 2/9.04/97: „Zur reaktionären Ostforschung in Westdeutschland“, Bl. 357–402. Ziel der Studie sei es, „das Wiedererstehen und die Weiterentwicklung der reaktionären deutschen Ostforschung im Zuge des Wiedererstarkens des deutschen Imperialismus in Westdeutschland mit den hauptsächlichsten [!] Institutionen darzulegen“ (Bl. 357).

<sup>984</sup> Ebd., Bl. 369.

<sup>985</sup> Ebd., Bl. 378.

<sup>986</sup> Ebd.

<sup>987</sup> Ebd., 379.

„Fassade“ sei.<sup>988</sup> Die Autoren stützen sich auf eine Selbstbeschreibung des FU-Instituts, die kürzlich erschienen war. Ausführlich berichten sie über die materielle und personelle Ausstattung dieses „Mammutinstitut[s]“<sup>989</sup>, über die Forschungs- und Vortragstätigkeit, Konferenzen mit internationaler Beteiligung, Gutachtertätigkeit und Publikationen. Das Institut habe 64 wissenschaftliche Mitarbeiter, seine Bibliothek halte allein 130 wissenschaftliche Zeitschriften.<sup>990</sup>

Die ausführliche Darstellung des FU-Instituts begründen die Autoren damit, dass es ein „Musterinstitut“ für die übrigen Institutionen der westdeutschen Osteuropa-Historie sei.<sup>991</sup> Abschließend zählen sie über 50 vergleichbare Einrichtungen in der BRD auf. Angesichts dieses erstaunlichen Befundes können Rosenfeld und Ottersberg ihren guten Mut nur noch mit einem heute wenig überzeugenden, ideologischen Schluss beweisen: „Die heutige scheinbare ‚Blüte‘“ der westdeutschen Ostforschung „ist nicht als Stärke, sondern als Schwäche zu werten. Trotz ihres umfangreichen Apparats sind führende westdeutsche Ostforscher immer wieder gezwungen, ihre tiefe Ohnmacht gegenüber den Gesetzmäßigkeiten der objektiven Entwicklung zu offenbaren.“<sup>992</sup> Die Osteuropa-Historie flüchte in die Dämonisierung des Kommunismus.

Um die Verstörung zu verstehen, die ihre Studie bei den Autoren selbst auslösen musste, genügt ein Blick auf die parallele Entwicklung in der DDR. 1955 hatte Johannes Kalisch berichtet, es gebe in der DDR an den drei Standorten für Geschichte der UdSSR bzw. der osteuropäischen „Volksdemokratien“ neben den Hauptakteuren Eduard Winter und Günter Mühlpfordt gerade einmal 13 Assistenten und sechs Aspiranten.<sup>993</sup> Rosenfeld und Ottersberg haben ihrem Dossier eine lange Liste mit Schlussfolgerungen angehängt, die nun nicht mehr die Situation beim „Gegner“ sondern in der DDR selbst betreffen.<sup>994</sup> Sie sprechen sich nun selbst dafür aus, die ideologische Auseinandersetzung zu intensivieren. Diese dürfe sich auch nicht mehr auf einzelne Rezensionen beschränken, sondern müsse in jeder einzelnen wissenschaftlichen Arbeit erfolgen. Rosenfeld hat damit jene Auffassung revidiert, anlässlich derer er im Juni 1955 noch ins ZK zitiert worden war. Angesichts der zahlenmäßigen Übermacht des „Gegners“ plädiert auch Rosenfeld für die Zentralisierung der Forschung in der DDR.<sup>995</sup>

Die Bemühungen um Zentralisierung hatten die HU-Historie in den 1950er Jahren unter den Einfluss der staatlichen und SED-Behörden gebracht, doch waren sie keineswegs nur von

---

<sup>988</sup> Ebd., 381.

<sup>989</sup> Ebd., 380.

<sup>990</sup> Ebd., 382ff.

<sup>991</sup> Ebd., 380.

<sup>992</sup> Ebd., 402.

<sup>993</sup> BArch-SAPMO, DY 30/IV 2/9.04/97: J. Kalisch, Die Arbeit der Institute für Geschichte der Völker der UdSSR an den Universitäten Berlin, Halle und Leipzig in der Deutschen Demokratischen Republik, 20. 6. 1955, Bl. 185–205, hier: Bl. 188.

<sup>994</sup> Vgl. Zur reaktionären Ostforschung in Westdeutschland, a. a. O., Bl. 403–405.

<sup>995</sup> „Es ist eine straffere Koordinierung ... [der Osteuropa-Historiker] zu erreichen.“ („Zur reaktionären Ostforschung in Westdeutschland“, a. a. O., Bl. 403).

den jeweiligen Funktionären ausgegangen. Da sie die politischen Ziele der SED durchaus teilten, konnten sie darin ein Mittel für einen effizienten Umgang mit knappen Mitteln verstehen. So forderten auch Eduard Winter, Heinz Kamnitzer und Helmuth Stoecker in Gesprächen mit den zuständigen Wissenschaftspolitikern eine stärkere Koordinierung der DDR-Historie.<sup>996</sup>

Ideologisch und in den zentralen Vorstellungen zur Wissenschaftspolitik lagen Historiker und Funktionäre damit auf einer Linie. Sie konnten damit nun allerdings auch Ansprüche verbinden. Rosenfeld und Ottersberg kritisieren angesichts ihrer bestürzenden Ergebnisse die „bisherige Unterschätzung der Geschichte der slawischen Völker in der DDR“.<sup>997</sup> Sie fordern die Einrichtung einer eigenen Abteilung an der Akademie der Wissenschaften. Auch an den Universitäten könnten die „großen Aufgaben“ ohne „eine größere materielle Förderung der Institute für Geschichte der UdSSR nicht gelöst werden“. So arbeite das Institut an der HU momentan mit je einer Professoren- und Dozentenstelle sowie drei Assistentenstellen. Die Mitarbeiter würden vom „Lehrbetrieb absorbiert“.<sup>998</sup> Vor diesem Hintergrund sei es „unverständlich“, dass nun auch zwei Studienreisen von HU-Historikern in die UdSSR durch das Staatssekretariat gestrichen worden seien.<sup>999</sup>

Rosenfeld hatte sich den ideologischen Forderungen aus dem ZK unterworfen, deren Berechtigung er laut des eingangs zitierten Gesprächsprotokolls noch 1955 nicht anerkennen wollte. Auch in seinen Publikationen führte Rosenfeld nun die kämpferische Auseinandersetzung mit dem „Gegner“, selbst wenn er dessen Veröffentlichungen noch immer mit Gewinn verarbeitete.<sup>1000</sup> Zu den Vorzügen dieser Unterwerfung gehörte, dass der Historiker nun seinerseits auch ganz konkrete Forderungen stellen konnte, ihn und seine Kollegen bei der wissenschaftlichen Arbeit entsprechend zu unterstützen. Seine überaus umfangreichen schriftlichen Bemühungen im Dossier über die „reaktionäre Ostforschung“ schienen wenigstens dem Adressaten Kurt Hager so wertvoll, dass er eine Verwendung als parteiinternes Informationsmaterial bis ins Politbüro hinein ins Auge fasste. Die Osteuropa-Historiker der HU waren damit zu politischen Beratern der Funktionärselite geworden. Dass der Bericht dennoch nicht verwendet wurde, lag sicher nicht an dessen ideologischer Perspektive. Hier scheinen die fatalen Mechanismen des diktatorischen Systems der Desinformation gegriffen zu haben. Die Ergebnisse waren für die verantwortlichen Wissenschaftspolitiker so beschämend, dass sie vor dem engeren Kreis der Mächtigen geheim gehalten wurden. Eine öffentliche Diskussion fand nicht statt. In den

---

<sup>996</sup> Vgl. BArch-SAPMO, DY 30/IV 2/9.04/133: Helmuth Stoecker, Beitrag zur Diskussion vom 12. 1. 1956, 92f.; DY 30/IV 2/9.04/102: [Abschrift eines Leserbriefs von Kamnitzer an das Neue Deutschland], 5. 7. 1952, Bl. 21–23; sowie Eduard Winters Äußerung in: DY 30/IV 2/9.04/103: Protokoll über die Sitzung des wissenschaftlichen Beirates am 8. 12. 55, Bl. 90ff., Bl. 93.

<sup>997</sup> „Zur reaktionären Ostforschung in Westdeutschland“, a. a. O., 403.

<sup>998</sup> Ebd., 404.

<sup>999</sup> Ebd., 405.

<sup>1000</sup> Rosenfeld und Ottersberg führen neben den genannten Veröffentlichungen des Marburger Herder-Instituts insbesondere „einige auch in wissenschaftlicher Hinsicht beachtenswerte Monographien“ Reinhard Wittrams an, etwa seine „Baltische Geschichte“ (ebd., 361).

kommenden Jahren steuerte die SED-Führung mit umfangreichen Planungen zur „Wissenschaftlich-technischen Revolution“ die DDR auf Weltniveau. Im Fachrichtungsrat diskutierten im Februar 1962 die HU-Historiker über das 14. Plenum des ZK der SED. Eine der aufgeworfenen Fragen war „Was ist Weltniveau in der Geschichtswissenschaft und worin besteht die Überlegenheit der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft?“ Gerhard Schilfert bemerkte, die Studenten „überschätzen den Wert der westdeutschen Geschichtsschreibung und sehen nicht, daß das Weltniveau von der Sowjetwissenschaft bestimmt wird.“<sup>1001</sup> Die Überlegenheit der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft bestehe darin, dass sie die richtige Orientierung für politisches Handeln in der Gegenwart gebe. Horst Schützler und Eduard Winter vom Institut für Geschichte der UdSSR stimmten dem zu.

### **C.I.3 Elisabeth Ch. Welskopf und die „Alte Geschichte“: Ein schwieriges Qualifikationsverfahren<sup>1002</sup>**

Elisabeth Ch. Welskopf schrieb manchmal eigenwillige Reiseberichte an das Staatssekretariat: „[D]ie allgemeine Sitte, dass auf den Londoner Strassen jeder aussehen kann, wie er will, bewährt sich noch. – Die Mini-Röcke sind extrem kurz, bei jüngsten Mädchen hübsch, längere Haare bei den jungen Burschen beliebt. Die Homosexualität soll sehr stark zunehmen“.<sup>1003</sup> Es ist nicht zu entscheiden, ob hier jemand in vorausweisendem Gehorsam noch den kleinsten Hinweis auf den zivilisatorischen Niedergang des Gegners dokumentiert oder sich über die unangenehme Pflicht zur Berichterstattung über Auslandsreisen belustigt. Dass Erzeugnisse der DDR durchaus Aufmerksamkeit in England beanspruchen konnten, berichtet Welskopf ebenso beflissen – aber ausgerechnet die von der Professorin „handgefertigte Wollkleidung“?<sup>1004</sup> Ist der Unterton der Botschaft Stolz oder Ironie? Welskopfs Verhalten in der DDR entzieht sich eindeutigen Urteilen.<sup>1005</sup>

<sup>1001</sup> „Das Ethos der Studenten müsse gestärkt werden, indem man ihnen die Überlegenheit der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft aufzeigt, die vor allem auch darin besteht, daß sie – im Unterschied zu der bürgerlichen Geschichtsschreibung – dem Studenten eine Anleitung zum richtigen gesellschaftlichen Handeln im Sinne des Sozialismus gibt.“ HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 57: Protokoll der Sitzung des Fachrichtungsrates vom 15.2., 23.2. 1962, unpaginiert.

<sup>1002</sup> Vgl. zur Alten Geschichte in der DDR: Wolfgang Schuller, Alte Geschichte in der DDR. Vorläufige Skizze, in: Alexander Fischer und Günther Heydemann (Hg.), Geschichtswissenschaft in der DDR, 2 Bände, Berlin 1988/1990, 37–58; Wolfgang Schuller, Zur Alten Geschichte in der DDR, in: Georg G. Iggers und u. a. (Hg.), Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem, München 1998, 411–417; Karl Christ, Zur Entwicklung der Alten Geschichte in der DDR, in: Alexander Fischer und Günther Heydemann (Hg.), Geschichtswissenschaft in der DDR, 2 Bände, Berlin 1988/1990, 59–80; Peter Hassel, Marxistische Formationstheorie und der Untergang Westroms, in: Alexander Fischer und Günther Heydemann (Hg.), Geschichtswissenschaft in der DDR, 2 Bände, Berlin 1988/1990, 81–98; Karl Strobel, Geisteswissenschaften und Ideologie. Fallbeispiel Altertumswissenschaft: SBZ und DDR, in: Karl Strobel (Hg.), Die deutsche Universität im 20. Jahrhundert, Vierow bei Greifswald 1994, 170–199; Willing, Althistorische Forschung.

<sup>1003</sup> ABBAW, NL Elisabeth Ch. Welskopf, 114, Bl. 3ff.: Bericht über meine Dienstreise nach England, o. D., hier: Bl. 4.

<sup>1004</sup> „Eine kleine Erfahrung: meine handgefertigte Wollkleidung nach neuester Mode wurde immer wieder bemerkt, entgegen englischen Konventionen der Zurückhaltung sogar als ‚Original-DDR‘ befühlt und

Von ihren Schülern wurde Welskopf verehrt, u. a. weil sie sich für sie einsetzte und besonders politisch gefährdete unter ihnen beschützte.<sup>1006</sup> Aus der Binnenperspektive der DDR entstand wohl auch der Eindruck, die antifaschistische Professorin habe der Althistorie insgesamt neue, marxistische Impulse verliehen und dafür internationale Anerkennung erfahren. Tatsächlich beteiligten sich an ihren beiden Großprojekten über „Hellenische Poleis und Soziale Typenbegriffe der Alten Welt“ Wissenschaftler aus Ost und West. Wissenschaftspolitisch war diese Verbindung sicher auch ungemein wichtig, doch der Erkenntnisertrag scheint gering.<sup>1007</sup> Die wichtigste althistorische Einzelarbeit Welskopfs – eine Sammlung von Aussagen Marx’, Engels’ und Lenins, jedoch auch Stalins über die Geschichte des Altertums – ist im Nachhinein gar ein „wissenschaftliches Desaster“ genannt worden.<sup>1008</sup> Hier sind nicht einmal die Verweise auf Marx und Engels zuverlässig noch gar vollständig, abgesehen vom fehlenden Bezug auf realhistorische Entwicklung und antike Quellen.

Die beiden altertumswissenschaftlichen Sammelwerke waren an der Akademie entstanden und übrigens von Welskopf mit den Einnahmen ihrer berühmten Indianerbücher finanziert worden. Dagegen entstammen die „Produktionsverhältnisse im alten Orient und in der griechisch-römischen Antike“ dem universitären Kontext, denn sie waren seit Ende der 1940er Jahre als Habilitationsschrift angedacht.<sup>1009</sup> Die Anregung hierzu ging aus von Ernst Hoffmann, dem damaligen SED-Funktionär und späteren HU-Geschichtspräsidenten. Hoffmann, der wie Kamnitzer, Kurt Hager oder Meusel aus dem Exil in England nach Deutschland zurückgekehrt war, hatte dabei sicher die innerkommunistischen Diskussionen um die „asiatische Produktionsweise“ im Hinterkopf.<sup>1010</sup> Es handelte sich dabei um eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit gegenwartskritischer Stoßrichtung, denn das Konzept konnte der Zurückweisung des Führungsanspruches der KPdSU für die kommunistische Weltbewegung durch einen Rückgriff auf Marx selbst dienen.<sup>1011</sup> Dass

---

bestaunt.“ (Ebd., Bl. 6f.).

<sup>1005</sup> Vgl. zum Folgenden besonders den Sammelband Isolde Stark (Hg.), Elisabeth Charlotte Welskopf und die Alte Geschichte in der DDR, Stuttgart 2005. Eine gute Zusammenfassung bringt Nippel, Alte Geschichte nach 1945, der allerdings neue Informationen nur aus zweiter Hand bietet. Nippel verweist auf ein unveröffentlichtes Manuskript von Isolde Stark über die Altertumswissenschaft an der Berliner Universität nach 1945, das mir nicht vorlag. Vgl. auch den Abschnitt über Welskopf bei Willing, Althistorische Forschung, 140–142.

<sup>1006</sup> Heinz Kreißig war vor Aufnahme seines Studiums in Konflikt mit der SED gekommen, Peter Musiolek war erst 1955 aus dem GULAG wieder nach Deutschland zurückgekehrt, in das er als Jugendlicher aus Deutschland verschleppt worden war. Musiolek wie Johannes Mathwich nutzten als Dozenten ihre althistorischen Lehrveranstaltungen, um eine kritische Distanz zur Gegenwart in der DDR aufzubauen. Vgl. Bernd Florath, Zur Diskussion um die asiatische Produktionsweise, in: Isolde Stark (Hg.), Elisabeth Charlotte Welskopf und die Alte Geschichte in der DDR, Stuttgart 2005, 184–200, 186 sowie den Diskussionsbeitrag von Guntolf Herzberg, ebd., 289–291 über die „*subversive Kraft der Alten Geschichte an der Berliner Humboldt-Universität*“ (289, Hervorh. i. O.).

<sup>1007</sup> Nippel, Alte Geschichte nach 1945.

<sup>1008</sup> Wilfried Nippel, Wiedergelesen: Welskopfs „Produktionsverhältnisse im alten Orient und in der griechisch-römischen Antike“, in: Isolde Stark (Hg.), Elisabeth Charlotte Welskopf und die Alte Geschichte in der DDR, Stuttgart 2005, 170–183.

<sup>1009</sup> Vgl. zur Habilitation schon Stark, Die Alte Geschichte, 229–235.

<sup>1010</sup> Vgl. Florath, Zur Diskussion.

<sup>1011</sup> „In der asiatischen Produktionsweise wurde ein ökonomisches System beschrieben, dessen Provokation darin bestand, Produktionsweise zu sein ohne privates Eigentum an den Produktionsmitteln, aber mit

Hoffmann auf eine Stalin-Kritik durch die angehende Althistorikern hoffte, mag man angesichts seiner wissenschaftspolitischen Positionen noch in den 1970er Jahren kaum glauben.<sup>1012</sup> Wahrscheinlicher ist, dass er eine Zurückweisung der Argumente der Dissidenten wünschte.

Jedenfalls suchte Welskopf noch weitere prominente und mächtige Rückendeckung, v. a. im Kreise der Westremigranten. Sie gehörte zur Gruppe der Nachwuchshistoriker, die Alfred Meusel um sich sammelte, und wurde bei ihrem Habilitationsprojekt durch eine planmäßige und später außerplanmäßige Aspirantur unterstützt.<sup>1013</sup> Welskopf sprach daneben bei Kurt Hager vor, den sie als Betreuer ihres Habilitationsvorhabens gewann,<sup>1014</sup> sie schrieb an Joseph Winternitz und Robert Naumann für die Übernahme weiterer Gutachten und wurde zwischenzeitlich durch Heinz Kamnitzer betreut.<sup>1015</sup> Sie nahm 1951 an einer Konferenz beim ZK der SED teil, die der Anleitung von Geisteswissenschaftlern im Sinne einer stalinistischen Wissenschaftspolitik diente und bewarb sich erfolgreich zur Teilnahme an einer Abenduniversität für Marxismus-Leninismus, an der sie später selbst unterrichtete.<sup>1016</sup> Von bürgerlichen Althistorikern, Altertumswissenschaftlern oder Klassischen Philologen erfuhr sie weit weniger Entgegenkommen. Ihre Auswertung der ‚Klassiker‘ Marx, Engels, Lenin, Stalin für die Althistorie blieb ein Projekt der marxistischen Wissenschaftspolitik und fand keine Bündnispartner bei den Bürgerlichen.

Die neue sozialistische Historie verfügte jedoch über keinerlei althistorische Kompetenz. Auch Alfred Meusel mochte sie sich nicht anmaßen, fand auch einen Vortrag Welskopfs unzureichend und lehnte die Betreuung ab. Meusel hatte an der HU für die Etablierung bürgerlicher Fachleute in den Altertumswissenschaften bzw. der Althistorie gesorgt. Auf seine Veranlassung waren Werner Hartke und Ernst Hohl aus dem Norden der Republik geholt worden. Neben der fehlenden Kompetenz trug zu der anhaltend starken Position bürgerlicher Fachvertreter auch die ‚Gnade der fehlenden politischen Relevanz‘ bei, die die ‚irreguläre‘ Etablierung von SED-Professoren auf diesem Gebiet überflüssig zu machen schien.

So musste sich Welskopf mit ihrem Projekt einer Grundlegung für eine marxistische Althistorie auch bürgerlichen Gutachtern stellen. Am 10. Dezember 1953 reichte sie ihre Ausarbeitung über „Die Produktionsverhältnisse der Sklavenhaltergesellschaft – ein

---

systematischer Ausbeutung und Herrschaft einer Staatsklasse. Ein Schelm, der dabei nicht an die Realität des Kommunismus denken mußte.“ (Ebd., 198).

<sup>1012</sup> So aber Bernd Florath, der als Beleg auf Hoffmanns positives Interesse an Gorbatschows Perestroika der 1980er Jahre verweist (ebd., 189).

<sup>1013</sup> Vgl. etwa BArch, DR-2, 1447, 300–302, Verzeichnis der Historiker (wissenschaftlicher Nachwuchs), 27. September 1949.

<sup>1014</sup> Vgl. Welskopf an Walter Mohrmann, 12.11.1953, in: ABBAW, NL Welskopf, 97.

<sup>1015</sup> Vgl. weitere Briefe ebd.

<sup>1016</sup> Vgl. NL Welskopf, 97 sowie Elisabeth Ch. Welskopf, Diskussionbeitrag [!] zu der „Bedeutung der Arbeiten des Genossen Stalin über den Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft für die Entwicklung der Wissenschaften.“, abgedruckt im Protokoll der theoretischen Konferenz beim ZK der SED vom 23. u. 24. Juni 1951.



Vergleich ihrer Analyse durch Aristoteles und durch Marx, Engels, Lenin und Stalin“ ein.<sup>1017</sup> Schon die apodiktische Periodisierungsformel „Skavenhaltergesellschaft“ zeigt an, dass Welskopf in diesem Entwurf noch weit entfernt war von einer Kritik des starren historischen Ablaufmodells, das Stalin im „Kurzen Lehrgang“ festgeschrieben hatte. Zudem wird Stalin hier zu den Klassikern des marxistischen Denkens gezählt und von Welskopf ganz offenkundig für einen diskussionswürdigen wissenschaftlichen Autor gehalten.<sup>1018</sup>

Als Gutachter waren nun an erster Stelle der „Doppelstaatsbürger“ bürgerlicher Herkunft Werner Hartke und daneben Heinz Kamnitzer vorgesehen.<sup>1019</sup> Kamnitzer wurde aufgrund seines Ausscheidens durch den Philosophen Klaus Schrickel ersetzt. Warum Kurt Hager als Betreuer nicht mehr auftaucht und auf welche Weise Hartke, damals noch an der Universität Rostock, auf die Position des Erstgutachters gerückt war, bleibt unklar.<sup>1020</sup> Ernst Hohl hatte jedenfalls nach Welskopfs Angaben die Betreuung der Arbeit abgelehnt, da seit ihrer Promotion schon zu viel Zeit verstrichen sei<sup>1021</sup> – offenkundig wollte er für eine von der SED protegierte Quereinsteigerin nicht die traditionellen Gepflogenheiten der Universität außer Kraft setzen.

Nach längerer Zeit sandte Hartke sein Gutachten nebst eines vernichtenden Begleitschreibens ins Dekanat: Die Verspätung des Gutachtens erklärte der Philologe mit der „Eigentümlichkeit der Verfasserin, sich einfach alle fachwissenschaftlichen Belegzitate zu schenken“.<sup>1022</sup> „Vom Standpunkt des Althistorikers“ bezeichnete er die Arbeit als „nicht tragbar“. Lediglich den Ausarbeitungen über die marxistischen Klassiker billigte er „einiges Verdienst“ zu, verwies sie aber in den Fachbereich Politökonomie (der unlängst in der DDR von SED-Funktionären aufgebaut worden war). Daran schloss der Gutachter eine ins Grundsätzliche zielende Kritik an der SED-Nachwuchsförderung und Welskopfs Betreuern an: „Nicht ganz verständlich ist mir, wie eine solche Arbeit mit ziemlich an der Oberfläche liegenden prinzipiellen Fehlern in einer planmäßigen Aspirantur zustande kommen konnte, wenn dieses Institut überhaupt einen Sinn haben sollte.“

Eingangs betonte Hartke – wohl mit Blick auf die persönlichen Verdienste der Kandidatin als aktive Widerstandskämpferin gegen den Nationalsozialismus und die politische Dimension ihrer Arbeit: „Ziel der Arbeit ist die Habilitation für Alte Geschichte. Meine Aufgabe war es vor allem zu überprüfen, ob dieses Ziel erreicht ist.“<sup>1023</sup>

---

<sup>1017</sup> Vgl. zum Folgenden die 71 Seiten starke Habilitationsakte: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Habilitation Dr. Liselotte Welskopf, 11. 11. 1959.

<sup>1018</sup> Vgl. auch Elisabeth Ch. Welskopf, Diskussionbeitrag [!] zu der „Bedeutung der Arbeiten des Genossen Stalin über den Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft für die Entwicklung der Wissenschaften“, abgedruckt im Protokoll der theoretischen Konferenz beim ZK der SED vom 23. u. 24. Juni 1951.

<sup>1019</sup> Vgl. HUUA Philosophische Fakultät, 3, Bl. 14.

<sup>1020</sup> Hartke ist am ehesten wohl als „Doppelstaatsbürger“ zu bezeichnen.

<sup>1021</sup> Vgl. ABBAW, NL Welskopf, 1: MS „Wissenschaftlicher Werdegang“, o. D., S. 2.

<sup>1022</sup> Vgl. HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Habilitation Dr. Liselotte Welskopf, 11. 11. 1959, Bl. 13.

<sup>1023</sup> Ebd., Bl. 14.

Im Einzelnen meinte er dann, schon die völlig ungenügende Heranziehung von altertumswissenschaftlicher Sekundärliteratur, „peinlich“ unzureichende Kenntnisse der griechischen Sprache sowie des textkritischen Handwerkszeuges hätten berechtigt, das „Gutachten“ nach wenigen Worten „negativ abzuschließen“. Doch Hartke schreibt mehr als drei eng beschriebene Schreibmaschinenseiten, denn er anerkannte durchaus den „imponierende[n] Fleiß und die gestalterische Kraft“ der Verfasserin.

Die Vorwürfe betreffen die Nichtbeachtung von Standardwerken, den Vorrang der Abstraktion (politischer Theorie) statt der Beachtung von bekannten „althistorischen Tatsachen“. Welskopf habe Aristoteles mit Marx verglichen, statt sich mit der sehr viel „differenzierteren“ althistorischen Realität auseinanderzusetzen. Sie habe die für ihr Thema so wichtigen neueren Erkenntnisse unterschlagen, wie die tatsächlich sehr viel geringeren relativen Zahlen von Sklaven sowie existierende Belege für Lohnrechnungen von Sklaven. Welskopf habe die Möglichkeit vertan, auf Basis moderner althistorischer Forschungsarbeiten seit dem 19. Jahrhundert „das Material neu auszubreiten und den Denkprozess der marxistischen Klassiker“ zu überprüfen.<sup>1024</sup> Hartke formuliert also, wie eine fachwissenschaftlich angemessene marxistische Althistorie beginnen könnte.

Auch vom Standpunkt des Philologen hatte der Gutachter gewichtige Einwände: Aristoteles sei nicht vollständig ausgewertet, seine Begriffe z. T. missverstanden, die „philologische[n] Probleme der Politik des Aristoteles, mit dem sich die Kritik seit Jahrhunderten beschäftigt hat, [würden einfach] nicht zur Kenntnis“ genommen.<sup>1025</sup> Paradoxerweise sei selbst Marx nicht vollständig ausgewertet worden. Mit schwierigeren philosophischen Fragen des Marxismus sei die Kandidatin nicht zurande gekommen. „Der Vergleich zwischen Aristoteles und den Klassikern des Marxismus ist missglückt. Die Darstellung der Analysen, welche die Klassiker von den antiken Produktionsverhältnissen gegeben haben, ist m. E. gut“, „aber der Beweisgang unter Besprechung des gesamten heute vorliegenden historischen Material ist überall ausgelassen“<sup>1026</sup> – die empirische Basis fehle also. Abschließend nimmt Hartke die Betreuer in Verantwortung: Hier sei ein Talent „im Stich gelassen“ worden, denn schon beim ersten Gespräch mit einem „erfahrenen Altphilologen oder Althistoriker“ wären die Schwierigkeiten deutlich geworden.<sup>1027</sup>

Nach dem Scheitern entschied sich Welskopf nach Rücksprache mit Hartke dafür, den ersten Teil der Arbeit, der Aristoteles behandelte, für einen neuen Habilitationsversuch – wiederum für das Fachgebiet „Alte Geschichte“! – umzuarbeiten. Das Projekt bekam den Arbeitstitel „Über die Geschichte und zum Wesen der Musse[!] im Alten [!] Griechenland“.<sup>1028</sup>

Dass die mittlerweile 54-jährige Bewerberin und erfolgreiche Schriftstellerin den Versuch nicht ganz aufgab, hatte wohl auch einen universitätsspezifischen Grund. Denn trotz des

---

<sup>1024</sup> Ebd., Bl. 15.

<sup>1025</sup> Ebd.

<sup>1026</sup> Ebd., Bl. 16f.

<sup>1027</sup> Ebd., Bl. 17.

<sup>1028</sup> Ebd., Bl. 22.

Fehlens jeglicher einschlägiger Qualifikationsarbeiten war Welskopf an der Universität längst als Dozentin für den Bereich der Alten Geschichte etabliert. Allerdings wird auch die individuelle und bislang unerfüllt gebliebene Leidenschaft für die Alte Geschichte dabei eine erhebliche Rolle gespielt haben. Jedenfalls hatte Hartkes Einspruch dazu geführt, dass Welskopf, statt lediglich dogmatische Klassikeraussagen zusammenzutragen, sich intensiver der althistorischen bzw. altphilologischen Forschung zu Aristoteles zuwenden musste. Neben Hartke war nun der marxistische *shooting star* der Altphilologie Johannes Irmscher für den marxistischen Philosophen Klaus Schrickel als Gutachter in das Verfahren eingetreten.<sup>1029</sup>

Trotz des erfolglosen Habilitationsversuchs konnte Welskopf sich an der HU als Dozentin weiter etablieren. Nachdem sie schon Lehraufträge innehatte und als Wahrnehmungsdozentin beim Institut für Philosophie angesiedelt gewesen war, wurde sie 1958 kommissarische Leiterin der neu eingerichteten Abteilung für allgemeine Geschichte des Altertums beim Institut für Allgemeine Geschichte. Dessen Chef war noch immer Gerhard Schilfert, der auch die Fachrichtung Geschichte insgesamt leitete, der Welskopf nun angehörte.

Offenbar hatte Welskopf großen Erfolg als Hochschullehrerin bei den Studenten und verfügte ja zudem mit ihrem antifaschistischen Hintergrund, den Verbindungen zu SED-Wissenschaftspolitikern und der bereits 1957 publizierten Sammlung von Zitaten marxistisch-leninistischer ‚Klassiker‘ über das notwendige politische Kapital.

Doch Schilferts Antrag auf Gründung der althistorischen Abteilung hatte, bevor er beim Staatssekretariat beantragt werden konnte, zunächst den Fakultätsrat passieren müssen. Hier kam es 1958 zu einer längeren Diskussion.<sup>1030</sup> Werner Hartke, der zu diesem Zeitpunkt ungeachtet seiner vormaligen NSDAP-Mitgliedschaft als Rektor amtierte, stellte zunächst klar, dass diese Gründung nicht gegen die generell angestrebte „Erhaltung der alten traditionellen Verbindung zwischen der Geschichte des Altertums und der Altertumskunde überhaupt“ gerichtet sei. Althistorie und Altertumskunde sollten also weiterhin ihren Schwerpunkt am Institut für Altertumskunde haben.

Danach wandte sich der Klassische Archäologe Ludger Alscher gegen die Stellenbesetzung. Er verwies dabei auf „frühere negative Erfahrungen“ mit der „wissenschaftliche[n] Qualifikation von Frau Dr. Welskopf.“ Doch alle übrigen Diskussionsredner, die anders als Alscher Mitglied der SED waren,<sup>1031</sup> hielten dagegen, dass sich „Frau Dr. Welskopf in ihrer wissenschaftlichen Arbeit erheblich verbessert habe“. Damit erlosch der Widerstand des

---

<sup>1029</sup> Von Schrickel scheint es nach Hartkes Verriss gar kein Gutachten gegeben zu haben; vermutlich schied er aus dem Verfahren aus, nachdem Welskopf von den Philosophen zu den Historikern gewechselt war. Vgl. ebd., Bl. 27 sowie HUUA Philosophische Fakultät, 4, Bl. 49 und 55. Vgl. zu Irmscher Isolde Stark, Die inoffizielle Tätigkeit von Johannes Irmscher für die Staatssicherheit der DDR, Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte/ H. 5 1998, 46–71. Der Altphilologe wurde nie Mitglied der SED, aber gelangte doch als politischer Dogmatiker in wissenschaftspolitische Schlüsselpositionen.

<sup>1030</sup> Alles folgende: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 6, Bl. 12.

<sup>1031</sup> Die Romanistin Rita Schober, Irmscher, Paterna, Schilfert.

neben Hartke fachwissenschaftlich noch am ehesten kompetenten Archäologen. Wenig später genehmigte das Staatssekretariat das Vorhaben.<sup>1032</sup>

Da sich die Abfassung der neuen Qualifikationsschrift der Aufsteigerin wiederum über Jahre hinzog, wurde die Meldung zur Habilitation 1957 für ungültig erklärt.<sup>1033</sup> Dieser Beschluss wurde allerdings im Jahr darauf wieder rückgängig gemacht, da nunmehr eine Habilitationsschrift der Kandidatin vorlag. Doch hatte Welskopf, statt sich auf das allein schon sehr umfangliche Spezialthema einer Aristoteles-Interpretation zu beschränken, ihre Fragestellung nun ausgeweitet. Der Titel lautete: „Die Musse als Problem im Leben und Denken der Hellenen von Homer bis Aristoteles.“<sup>1034</sup> Mittlerweile konnte Welskopf auf die Publikation des zweiten Teils ihrer ursprünglichen Habilitationsschrift verweisen. Als dritter Gutachter war nun Willi Göber vorgesehen. Welskopf selbst hatte den Klassischen Philologen und Leiter der Universitätsbibliothek durch ihr „dringendes Bitten“ ins Boot geholt, obgleich dieser starke Bedenken wegen seiner „Arbeitsüberlastung“ vorbrachte.<sup>1035</sup> Welche Strategie die Kandidatin damit verfolgte, ist nicht ersichtlich.

Hartkes Gutachten erreichte das Dekanat erst über ein Jahr später, im Juni 1959. Dieser Umstand sowie der erstaunliche Argumentationsgang machen es wahrscheinlich, dass hinter den Kulissen dieses Habilitationsverfahrens verhandelt worden war.

Hartke konzentriert nun seine Kritik auf die offenbar unzureichenden Altgriechisch-Kenntnisse der Kandidatin, in denen er den „entscheidenden Mangel“ der Arbeit erblickt.<sup>1036</sup> Er wirft Welskopf vor, dieses Problem auch nicht in den fünf Jahren behoben zu haben, die seit dem ersten Habilitationsversuch vergangen waren.<sup>1037</sup> Der Einzelnachweis fehlerhafter Übersetzungen und Interpretationen macht den Hauptteil des Gutachtens aus.

Schon eingangs hatte Hartke dagegen die stark verbesserte Literaturkenntnis der Verfasserin gelobt.<sup>1038</sup> Auch abschließend urteilt er noch einmal recht pauschal mit Bezug auf den zweiten Teil der Arbeit, dass Welskopf hier „ein gutes Urteil“ zeige, über „gute Kenntnisse über sozial-ökonomische Tatbestände und auch philosophische Fähigkeiten“ verfüge.<sup>1039</sup> Auf Grundlage dieser Einlassungen urteilt Hartke abschließend: „Ein Althistoriker braucht absolut solide griechische und lateinische Sprachkenntnisse“, die aber bei der Bewerberin nicht vorlägen. Damit hatte der Erstgutachter den Habilitationsversuch in „Alter Geschichte“ scheitern lassen. Im letzten Satz eröffnet der „Doppelstaatsbürger“ Hartke jedoch seinem marxistischen Kollegen Gerhard Schilfert, dem Leiter der Fachrichtung Geschichte sowie dessen Institut für Allgemeine Geschichte, die Möglichkeit, dennoch das

---

<sup>1032</sup> Ebd., Bl. 45.

<sup>1033</sup> Vgl. HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Habilitation Dr. Liselotte Welskopf, 11. 11. 1959, Bl. 27.

<sup>1034</sup> Vgl. die Meldung der Verfasserin: Vgl. HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Habilitation Dr. Liselotte Welskopf, 11. 11. 1959, Bl. 28.

<sup>1035</sup> Vgl. ebd., Bl. 33.

<sup>1036</sup> Ebd., Bl. 45.

<sup>1037</sup> Ebd., Bl. 46.

<sup>1038</sup> Ebd., Bl. 44.

<sup>1039</sup> Ebd., Bl. 46.

Habilitationsverfahren erfolgreich abzuschließen: „Es bleibt daher zu erwägen, ob der Verfasserin die Habilitation für ‚Allgemeine Geschichte (vorzüglich des Altertums)‘ gegeben werden kann, worüber die Kollegen der allgemeinen Geschichte mitentscheiden müßten.“<sup>1040</sup>

Der Bereich der Allgemeinen Geschichte war unter Schilferts Leitung fest in der Hand der neuen sozialistischen Historiker.

Die beiden weiteren Gutachter teilten zumindest die Kritik Hartkes. Johannes Irmischer hätte sich wesentlich mehr Genauigkeit und hierfür eine engere Begrenzung des Themas gewünscht.<sup>1041</sup> Er sprach sich gegen einen Druck dieser Arbeit aus. Ohne Bezug auf Hartkes Kompromissvorschlag schloss Irmischer dann selbst mit der überraschenden Wendung, die Verfasserin „[t]rotzdem [...] zu den weiteren Habilitationsleistungen zuzulassen.“<sup>1042</sup> Dies begründete das loyale SED-Mitglied keineswegs mit etwaigen Stärken der Habilitationsschrift, sondern u. a. mit den persönlichen Tugenden der Kandidatin: „in Würdigung ihrer Persönlichkeit, ihrer bisherigen Veröffentlichungen und ihres offenkundigen Lehrerfolges sowie unter Berücksichtigung ihrer unbestrittenen Leistungen auf literarischem Gebiete und ihrer politischen Verdienste“.<sup>1043</sup>

Willi Göber nun machte eingangs deutlich, dass er nicht die Maßstäbe strenger Philologie geltend machen wollte, da die Stärken der Autorin eher auf dem Gebiet der politischen Ökonomie liegen.<sup>1044</sup> Daher müsse „zunächst auch als gegeben hingenommen werden“, dass die Autorin sich offenbar im Wesentlichen auf fremde Übersetzungen verlassen hatte. Tatsächlich hat Göber daraufhin auch wenig zu kritisieren und schreibt ein sehr oberflächliches Gutachten. Gegen Ende des Gutachtens konstatiert er, die Abhandlung erreiche mit Aristoteles „ihren Höhepunkt“, ohne näher darauf einzugehen.<sup>1045</sup> Die Fragestellung des letzten Teils über die Wiederkehr des antiken Themas der Muße bei Marx und Engels bezeichnet der Philologe als „fruchtbar“. In seiner Abschlussentenz nimmt Göber dann wörtlich Bezug auf die Formulierung des Erstgutachters: „Stellt man an einen Althistoriker die Forderung, sprachlich sicher geschult zu sein und mit den Original-Quellen, nicht mit Übersetzungen zu arbeiten, so erheben sich große Bedenken, die Arbeit als Grundlage für eine Habilitation ‚Alte Geschichte‘ anzuerkennen.“<sup>1046</sup> Göber, der Gutachter, der zuletzt auf dringendes Bitten Welskopfs in das Verfahren eingetreten war, empfahl trotz dieser Bedenken die „Annahme der Arbeit“. Als Begründung verweist er auf die Kenntnisse der Verfasserin in Ökonomie, ihre „im allgemeinen besonnene Art“, diese Kenntnisse auf die Alte Geschichte anzuwenden, sowie auf mangelnde Sprachkenntnisse des ehemaligen Ordinarius für Alte Geschichte Wilhelm Weber sowie bei Fritz Träger.

---

<sup>1040</sup> Ebd.

<sup>1041</sup> Ebd., Bl. 52.

<sup>1042</sup> Ebd., Bl. 53

<sup>1043</sup> Ebd.

<sup>1044</sup> Ebd., Bl. 55.

<sup>1045</sup> Ebd., Bl. 56.

<sup>1046</sup> Ebd., Bl. 57.

Während Hartke für die Habilitation eine Änderung der *venia legendi* forderte, Irmscher diese Frage vermied und auf die persönlichen Verdienste Welskopfs abhob, plädierte Göber als Drittgutachter nun trotz heftiger fachlicher Bedenken für eine Habilitation in „Alter Geschichte“. Das Erstgutachten scheint ihm bekannt gewesen zu sein, doch auf den Vorschlag der Änderung der *venia* ging Göber nicht ein. Mit seinem *placet* hatte er den Fachvertretern der Allgemeinen Geschichte nun zumindest Argumente geliefert, mit denen sie auch im Rat der Philosophischen Fakultät für den Kompromiss einer Habilitation in „Allgemeiner Geschichte“ – „besonders des Altertums“ fechten konnten.

Welches Ziel Göber mit seinem letzten Vorschlag verfolgte, ist indes nicht zu bestimmen: Er schlug vor, die Sprachkenntnisse der Kandidatin gleichsam „als Preis für die Annahme der Arbeit“ beim öffentlichen Habilitationsvortrag zu prüfen, indem diese einen „noch nicht übersetzte[n] Text“ – Göber dachte an Inschriften – „historisch-kritisch“ behandeln sollte. Angesichts der festgestellten mangelnden Kenntnisse hätte dieses Vorgehen nur neue Peinlichkeiten und wohl das Scheitern des Verfahrens bedeuten müssen. Doch wenn Göber dies im Sinn hatte, weshalb hatte er dann doch für die Annahme der Arbeit plädiert? Vielleicht wollte er lediglich seine fachwissenschaftlichen Pflichten formal erfüllt haben und vertraute darauf, dass der Vorschlag eines Drittgutachters leicht zu übergehen wäre.

So kam es auch. Am 22. 9. 1959 hat laut einer Aktennotiz Gerhard Schilfert Einsicht in die drei Gutachten genommen.<sup>1047</sup> Einen Tag später beschloss der Fakultätsrat „mit Stimmenmehrheit“, also nicht einstimmig, Welskopf im Fach „Allgemeine Geschichte unter besonderer Berücksichtigung des Altertums“ zur Habilitation zuzulassen.<sup>1048</sup> Der Vorschlag für diese *venia legendi* wurde dem Rat von Schilfert gemacht.<sup>1049</sup> Das Vorgehen war offenbar mit Hartke abgesprochen. Als Erstgutachter hatte dieser zunächst zum Habilitationsantrag Stellung zu nehmen, leitete dann aber die Anfrage weiter an Schilfert, der die Arbeit seiner Mitarbeiterin beurteilen sollte und insbesondere deren Lehrerfolge hervorhob – Welskopf wurde im Vorlesungsverzeichnis seit dem Studienjahr 1955/56 als Wahrnehmungsdozentin für Alte Geschichte und Mitarbeiterin an Schilferts Institut für Allgemeine Geschichte geführt (vermutlich spätestens seit 1955 vorgesehen als Gründungsdirektorin einer eigenen Abteilung für Alte Geschichte in der Fachrichtung Geschichte). Ohne dass Hartke hierzu noch einmal öffentlich Stellung genommen hätte, beurteilte nun Schilfert auch die Habilitationsschrift ausschließlich positiv, in ihr seien „schöpferische Gedanken entwickelt“<sup>1050</sup> und die Voraussetzungen für eine Habilitation daher gegeben! Gerhard Schilfert, Neuzeitler im Bereich Allgemeine Geschichte, bewirkte zuletzt Welskopfs Habilitation, während Werner Hartkes Kompromissbereitschaft und Schweigen die notwendige Bedingung hierfür boten.

---

<sup>1047</sup> Ebd., Bl. 59.

<sup>1048</sup> Ebd., Bl. 60.

<sup>1049</sup> HUUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, 6, Bl. 119, Protokoll der Fakultätsratssitzung vom 23. September 1959.

<sup>1050</sup> Ebd.

Der nun anstehende Vortrag der Kandidatin sollte auf Antrag Schilferts einen Aspekt des Peloponnesischen Krieges behandeln, Göbers Vorschlag einer historisch-kritischen Übersetzungsaufgabe konnte unter den Tisch fallen, weil er ja als Voraussetzung für die ursprünglich angestrebte *venia* für „Alte Geschichte“ vorgesehen war.

Dennoch verlief der Vortrag vor dem Fakultätsrat nicht ohne Komplikationen. An den Vortrag schlossen sich rege Diskussionen der Fakultätsratsmitglieder an, wobei sich von den Historikern Schilfert und Erich Paterna wohl zugunsten Welskopfs beteiligten.<sup>1051</sup> Von wem Welskopf heftig kritisiert wurde, lässt sich nicht feststellen.<sup>1052</sup> Vielleicht war es Hartke, der wiederum die fachwissenschaftlichen Schwächen der Kandidatin aufs Korn nahm, die „viele[n] Unzulänglichkeiten des Vortrags und ungenaue[.] Formulierung[e]n in der Diskussion“ beanstandete.<sup>1053</sup> Jedenfalls beschloss die Fakultät anschließend doch nur mit einer einzigen Stimmenthaltung die Habilitation, wobei ausdrücklich die „besonderen Verdienste“ der Kandidatin berücksichtigt wurden.

Nach den Bestimmungen der Habilitationsordnung hätte Welskopf danach noch ihre Habilitationsschrift öffentlich verteidigen müssen. Um nochmalige Diskussionen zu vermeiden, reichte Welskopf beim Dekan einen gedruckten Vortrag ein, den sie kurz zuvor in Polen gehalten hatte.<sup>1054</sup> Nach Rücksprache mit den Gutachtern und der SED-Parteigruppe der Fakultät wurde ihr auf dieser Grundlage die Verteidigung der Arbeit, bei der es womöglich doch noch zu einer Überprüfung ihrer sprachlichen Kenntnisse gekommen wäre, erlassen.

Welskopf konnte sich nun endlich an der HU als Leiterin der Abteilung Alte Geschichte in der Fachrichtung Geschichte etablieren. Die traditionellen historistischen Kriterien für wissenschaftliche Qualifikationen waren in ihrem Habilitationsverfahren seitens des bürgerlichen Gutachters klar zu Geltung gebracht, aber dennoch in einem Kompromiss ausgehebelt worden. In der Folgezeit sollte aber gerade Welskopf – die ihr althistorisches Studium in der Vorkriegszeit bei Ulrich Wilcken begonnen hatte – in ihrer Arbeit als Gutachterin und Betreuerin eben jene Normen der historistischen Historie einfordern. Paradoxerweise beharrte Welskopf bei ihren dankbaren Schülern auf die Einhaltung traditioneller Standards<sup>1055</sup> anstatt dogmatischer Theorien über die „Skavenhaltergesellschaft“ (vgl. Kap. B.II.3) – „Fachliche Qualität war für sie entscheidend, obwohl oder weil sie selbst zu diesem Zeitpunkt solchen Anforderungen nicht gerecht wurde.“<sup>1056</sup>

---

<sup>1051</sup> Ebd., Protokoll der Fakultätsratssitzung vom 11. November 1959, Bl. 127.

<sup>1052</sup> Dem Protokoll zufolge waren Schober, Hartke, Bielfeldt, Scheler, Seidel außer den Genannten beteiligt.

<sup>1053</sup> Ebd., Bl. 128.

<sup>1054</sup> Vgl. HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Habilitation Dr. Liselotte Welskopf, 11. 11. 1959, Bl. 63. Für Absprachen mit den Gutachtern und Parteigruppe siehe handschriftliche Notiz ebd.

<sup>1055</sup> Vgl. ihren Aufsatz „Über die Aufgabe des Althistorikers“, der richtungweisend für ihre Arbeit an der Akademie war. So Christ, Zur Entwicklung der, 67. Elisabeth Charlotte Welskopf, Die wissenschaftliche Aufgabe des Althistorikers, Berlin 1965.

<sup>1056</sup> Stark, Die Alte Geschichte, 235.

Welskopf baute eine eigene Schule<sup>1057</sup> verdienstvoller Althistoriker wie Heinz Kreißig<sup>1058</sup> oder Klaus-Peter Johne auf. Sie setzte sich kritisch mit der stalinschen Formationstheorie auseinander,<sup>1059</sup> und sie stritt intensiv für das marxistische Konzept der ‚asiatischen Produktionsweise‘ – ein Zeichen auch selbstkritischer Entstalinisierung!<sup>1060</sup> An der HU entstand so für die Dauer einiger Jahre ein Forum für einen liberalen Marxismus, der auch die Auseinandersetzung mit Robert Havemann nicht scheute, sondern sogar als fruchtbar empfand,<sup>1061</sup> in dem Peter Musiolek seine abweichende politische Haltung beibehalten konnte und das als Gegengewicht gegen die sehr viel dogmatischeren Althistoriker an der Leipziger Universität fungieren konnte.<sup>1062</sup> Mit der III. Hochschulreform endete diese kurze Phase, die Althistorie an der Berliner Universität wurde personell stark geschwächt, Welskopf war aus Altersgründen entlassen und arbeitete an der Akademie weiter, Musiolek verließ die Universität und der vielversprechende junge Dozent Johannes Mathwich verließ die DDR.

## ***C.II Vertiefung: Parallelbiografie zweier einflussreicher HU-Historiker***

### **C.II.1 Joachim Streisand und die Staatssicherheit an der HU**

Joachim Streisand hat zwischen 1956 und 1980 als Kontaktperson (KP), als Geheimer Informator (GI) sowie als Informeller Mitarbeiter Sicherheit (IMS) „Montag“ dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) detaillierte Berichte über sein akademisches und universitäres Umfeld geliefert. Dieser Umstand ist in der Forschungsliteratur bislang nur ein einziges Mal erwähnt, aber nicht eingehend behandelt worden.<sup>1063</sup>

Die historischen Umstände und die biografische Entwicklung werden im Folgenden besonders eingehend beschrieben. Man sollte diese Umstände im Hinterkopf behalten, denn was nach der endgültigen Verpflichtung des Historikers folgte, ist angesichts des Ausmaßes an Denunziation und Vorteilsnahme wahrhaft erschreckend genug. Es gelingt kaum, sich eines moralischen Urteils zu enthalten, allerdings geht es nicht in erster Linie darum, sondern um die Funktionsweise der Geschichtswissenschaft der DDR in ihren historischen Bedingungen. Dafür ist es an dieser Stelle auch unerlässlich, von Vorkommnissen zu erzählen, die nicht unmittelbar mit der HU zu tun hatten. Streisand war hier zwischen 1948

<sup>1057</sup> Welskops Bedeutung für die DDR-Althistorie hebt etwa Karl Christ hervor: Christ, Entwicklung, 66.

<sup>1058</sup> Wolfgang Schuller betont die Bedeutung der Empirie statt des ideologischen Schematismus bei Kreißig: Schuller, Alte Geschichte, 47.

<sup>1059</sup> Elisabeth Ch. Welskopf, Antwort eines Historikers, DZfPh 12 (1964), 721–737.

<sup>1060</sup> Zur intensiven Diskussion über die ‚asiatische Produktionsweise‘ die ab 1967 ihre Vorbemerkungen: Elisabeth Ch. Welskopf, Vorbemerkungen (JbWG, 1967/IV, 165–180.) Vgl. Wiling, Althistorische Forschung, 142.

<sup>1061</sup> Elisabeth Ch. Welskopf, „Einige historische Aspekte philosophischer Probleme“, Wissenschaftliche Zeitschrift der HU, gesellschaftswissenschaftlich-sprachwissenschaftliche Reihe, 13, 1964.

<sup>1062</sup> Strobel, Geisteswissenschaften, 189.

<sup>1063</sup> Ohne Quellenbeleg und weitere Auswertung erwähnt lediglich Guntolf Herzberg die MfS-Tätigkeit Streisands: Herzberg, Anpassung, 286.



und 1952 angestellt und hat bei seiner Berufung 1963 seine Beziehungen zum MfS hierher mitgebracht. Der „Fall“ Streisand ist in den Akten der BStU besonders gut dokumentiert, da gerade die Umstände seiner Anwerbung als Informeller Mitarbeiter genau rekonstruiert werden können. Dies ist bei anderen IM der Fachrichtung Geschichte nicht der Fall. Die Geschichte von Streisands Stasi-Mitarbeit ist daher ein geeignetes Fallbeispiel. Zugleich treten durch die Auswertung der Streisand-Akten weitere Fälle geheimdienstlicher Überwachung bei der HU-Geschichtswissenschaft zutage, die ebenfalls in diesem Abschnitt kurz dargestellt werden.

### Biografie und Karriere

Als 1989 das biografische Bändchen über die „Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft“ erschien, fanden die Leser gleich auf den ersten Seiten einen Würdigungsartikel für Joachim Streisand, der seit 1963 bis zu seinem vorzeitigen Tod 1980 auch an der HU gelehrt hatte. Streisand galt als einer der „hervorragenden Repräsentanten“ der ostdeutschen Historie.<sup>1064</sup>

Tatsächlich hatte der Neubeginn in der DDR für Streisand selbst vielversprechend ausgesehen, und sein neuer akademischer Lehrer Alfred Meusel durfte ihn zu seinen begabtesten Schülern rechnen.<sup>1065</sup> Durch seine bürgerliche Herkunft und geistesgeschichtlichen Interessen, erste Studiererfahrungen nach 1938 u. a. bei seinen „offizielle[n] Lehrern Ebbinghaus, Spranger und Nicolai Hartmann“<sup>1066</sup> sowie die Ausbildung durch den „Doppelstaatsbürger“ Meusel erscheint Streisand im Nachhinein prädestiniert für die Tradierung wissenschaftlicher Standards in die neu entstehende marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft.

Streisand war als Sohn eines sozialdemokratisch orientierten Buchhändlers 1920 in Berlin geboren worden. Die Buchhandlung des Vaters hatte sich bald zu einem „wissenschaftlichen Antiquariat“ gemausert, das auf „Nationalökonomie, Politik, Sozialismus und Arbeiterfragen“ spezialisiert war.<sup>1067</sup> Streisand begann 1938 ein breit angelegtes Studium der Philosophie, Geschichte und Kunstgeschichte in Rostock und setzte es an der Berliner FWU fort. Doch 1942 geriet er ins Visier der nationalsozialistischen Rassenpolitik, er wurde wegen seiner jüdischen Herkunft von der Universität geworfen und musste als Labortechniker arbeiten. 1944 wurde er auch hier auf Befehl der Gestapo entlassen und wurde in ein Jenenser Arbeitslager interniert, wo er Zwangsdienst als Tiefbauarbeiter verrichtete. Anfang

---

<sup>1064</sup> Hans Schleier, Joachim Streisand. 1920–1980, in: Heinz Heitzer und Karl-Heinz Noack (Hg.), Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft. Biographien, Berlin 1989, 341–357.

<sup>1065</sup> Vgl. die Beurteilung aus dem Jahr 1955: HUUA, Philosophische Fakultät, Str 162 (Personalakte Streisand), Bl. 87f. Vgl. auch Streisand, Alfred Meusels Weg.

<sup>1066</sup> ABBAW, NL Meusel, Mappe 837: Joachim Streisand an Alfred Meusel, 16. 9. 1946.

<sup>1067</sup> Schleier, Joachim Streisand, 341. Ein handschriftlicher Lebenslauf auch in HUUA, St 162 (Personalakte Streisand, Joachim), Bl. 16.

1945 gelang ihm die Flucht, und er lebte eine Zeitlang illegal in Berlin. Alle seine Verwandten väterlicherseits waren emigriert oder ermordet worden.<sup>1068</sup>

Nach Kriegsende führte ihn sein Weg zunächst in den heimatlichen Westteil von Berlin, wo er am Schulamt Charlottenburg sowie in der Leitung der Volkshochschule angestellt wurde. Offenbar fand er die antifaschistische Orientierung der frühen SED überzeugend, sodass er sich der Partei 1948 anschloss. Dass der 28-jährige Streisand daraufhin ein zweites Mal aus politischen Gründen an seiner Entwicklung gehindert wurde – ohne die beiden Fälle damit gleichsetzen zu wollen –, muss er als Bestärkung seiner Zugehörigkeit zur damals sich „antifaschistisch-demokratisch“ darstellenden SED empfunden haben. Er war aufgrund seines Parteieintritts an der Charlottenburger Volkshochschule entlassen worden. Kurz darauf meldete er sich mit einem Dissertationsprojekt bei Alfred Meusel.<sup>1069</sup>

Streisand gehörte seit 1948 zu den ersten Studenten, die von der systematischen Nachwuchsförderung der SED profitierten.<sup>1070</sup> Neben verschiedenen Lehraufträgen erhielt er als wissenschaftlicher Aspirant ein Stipendium und gehörte zum Arbeitskreis Meusels. Zudem arbeitete er bald als dessen Assistent an der HU und später als Abteilungsleiter am neu gegründeten Museum für deutsche Geschichte. Der junge Wissenschaftler stieg rasch als Multifunktionär in wichtigen Institutionen der neuen ostdeutschen Historie auf. Zwischen 1953 und 1957 arbeitete er als Redaktionssekretär der ZfG, seit 1956 auch als wissenschaftlicher Referent an der DAW, seit 1961 war er Leiter des Autorenkollektivs für das „Lehrbuch zur deutschen Geschichte“. Wahrscheinlich lag es am Machtwechsel von Meusel zu Ernst Engelberg im dortigen Institut für Geschichte, dass Streisand seine Karriere nicht an der Akademie fortsetzte. Nach seiner Habilitation an der Universität Halle bei Leo Stern übernahm Streisand 1963 eine Professur mit vollem Lehrauftrag (seit 1969 mit Lehrstuhl) an der HU, wo er zwischen 1969 und 1974 als Direktor die Sektion Geschichte leitete.<sup>1071</sup> Seit 1968 war er Präsident der Historiker-Gesellschaft der DDR. Zu den Ämtern kamen Ehrungen: 1969 der Nationalpreis (III. Klasse), 1975 wurde Streisand ordentliches Mitglied der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften, 1978 wurde er als „Verdienter Hochschullehrer der DDR“ ausgezeichnet.

### Forschungsprofil: Geschichtswissenschaft für die SED

Streisands wissenschaftliches Spezialgebiet war die deutsche Geistes- und Wissenschaftsgeschichte seit dem 18. Jahrhundert. Er hatte sich schon in seiner unveröffentlichten Dissertation „Kritisches zur deutschen Soziologie“<sup>1072</sup> u. a. mit der

---

<sup>1068</sup> BStU, Zentralarchiv, MfS AIM 1756/72 I, Bd. 1, Bl. 55.

<sup>1069</sup> ABBAW, NL Meusel, Mappe 837: Joachim Streisand an Alfred Meusel, 16. 9. 1946.

<sup>1070</sup> Vgl. die Angaben in Mertens, Lexikon, 588f. sowie Müller-Engbers, Wielgoths u. a. (Hg.), Wer war wer, 833.

<sup>1071</sup> Vgl. auch die Beiträge in: Die Geschichtswissenschaft an der Humboldt-Universität – Traditionen, Leistungen, Wege. Joachim Streisand zum Gedenken (Beiträge zur Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin, Nr. 6, Teil I) Berlin 1982.

<sup>1072</sup> Siehe ABBAW, NL Meusel, Mappe 546.

Wissenssoziologie Karl Mannheims beschäftigt und zu Beginn selbst bekundet, der Soziologie seine ersten wichtigen intellektuellen Anstöße zu verdanken.<sup>1073</sup> Seine Habilitationsschrift bietet einen sehr schmalen Überblick über die „Entwicklung des geschichtlichen Denkens von der deutschen Frühaufklärung bis zur Klassik“.<sup>1074</sup> Als Initiator und Herausgeber besorgte er die historiografiegeschichtliche Aufsatzsammlung „Studien über die deutsche Geschichtswissenschaft“ und steuerte selbst Artikel über Hegel, Fichte und Max Weber bei.<sup>1075</sup>

Dieses Forschungsprofil könnte als Versuch verstanden werden, gegenüber dem emphatischen Erneuerungs- und Politisierungswillen der SED einen anderen Akzent zu setzen, der die vielfältige Geschichte der deutschen Historie auch für Anregungen und Korrekturen des parteiamtlich verordneten Geschichtsbildes verstehen möchte. Schon Streisands Lehrer Alfred Meusel hatte davor gewarnt, mit dem personellen und historiografischen Umbruch an den Universitäten auch pauschal das gesamte Wissen und die Standards der bürgerlichen Geschichtsschreibung über Bord zu werfen. Doch während die historiografiegeschichtlichen Beiträge einiger Autoren des Doppelbandes der „Studien über die deutsche Geschichtswissenschaft“ durchaus in diese Richtung argumentieren,<sup>1076</sup> zeigt Streisand kein Interesse daran, die Schriften Max Webers in diese Richtung zu befragen. Stattdessen versteigt der Autor sich in eine erkenntnisblinde Polemik, deren Gedankenführung sich darin erschöpft, Webers wissenschaftliche Texte aufgrund der imperialistischen und klassengebundenen politischen Positionen ihres Verfassers zu denunzieren.<sup>1077</sup> Dabei war ein erstes Konzept des Sammelbandes durchaus konzilient in der von Meusel gezeichneten Linie angelegt: Unter der Leitung Streisands sollten „[d]ie positiven Traditionen der deutschen Geschichtsschreibung“ herausgearbeitet, die „bedeutende Leistung“ Rankes und seiner Schule dargestellt werden, als deren „konsequente Wahrerin“ die marxistische Historiografie seit Franz Mehring galt.<sup>1078</sup>

Streisand war auf politisch weniger bedeutsamem Terrain durchaus zu milderem Urteilen fähig, wie sein schmales Überblickswerk über das „Geschichtliche Denken von der deutschen Frühaufklärung bis zur Klassik“ zeigt. Jedoch zu dem groß angelegten und für das fachliche Selbstverständnis durchaus wichtigen Thema hat der Autor dann erstaunlich wenig zu sagen. Er präsentiert eine – gemessen an den Erneuerungsansprüchen der materialistischen Historie – altbacken wirkende Abfolge ‚großer Gelehrter‘, deren Beitrag zum Geschichtsdenken er jeweils an ihrer Parteinahme für das aufstrebende Bürgertum misst.

---

<sup>1073</sup> ABBAW, NL Meusel, Mappe 837: Joachim Streisand an Alfred Meusel, 16. 9. 1946: Dort heißt es: „die entscheidenden Eindrücke aber erhielt ich einmal aus der Existenzphilosophie [...] und von der Soziologie“.

<sup>1074</sup> Joachim Streisand, *Geschichtliches Denken von der deutschen Frühaufklärung bis zur Klassik*, Berlin 1964.

<sup>1075</sup> Joachim Streisand (Hg.), *Studien über die deutsche Geschichtswissenschaft*, 2 Bde., Berlin 1963/1965.

<sup>1076</sup> Etwa Günter Vogler über Max Lehmann, in: Joachim Streisand (Hg.), *Studien über die deutsche Geschichtswissenschaft*, Berlin 1963/1965 Bd. 2, 57–98 oder Gerhard Schilfert in seinem Aufsatz über Leopold von Ranke, in: ebd., 241–270, 270.

<sup>1077</sup> Vgl. Hardtwig/Thomas, *Forschung und Parteilichkeit*, 350–353.

<sup>1078</sup> BArch-SAPMO, DY 30/IV A 2/9.04/140, Bl. 21–31. „Die positiven Traditionen der deutschen Geschichtsschreibung (Als erste Diskussionsgrundlage von einer Arbeitsgruppe unter Leitung des Genossen Dr. Streisand ausgearbeitet), Zitate Bl. 26 und 29.

Für die Entstehung der Disziplin Geschichtswissenschaft zeigt Streisand hier kein Interesse, er würdigt abschließend pauschal und platt die Epoche als Vorläufer des sozialistischen Humanismus, der in der DDR verwirklicht sei.

In Wahrheit hatte sich Streisand spätestens nach 1956 zu einem Exekutor der Parteibeschlüsse der SED entwickelt.<sup>1079</sup> Schon der erste ZfG-Aufsatz von 1956 über geschichtsphilosophische Thesen Walter Hofers, Robin G. Collingwoods und Ernst Blochs nimmt mit den Problemkreisen Parteilichkeit und Objektivität, Gesetze in der Geschichte sowie des Individuums als Akteur die vom „Geschichtsbeschluss“ des SED-Politbüros aufgeführten Desiderata auf.<sup>1080</sup> Die Aufsatzbände zur deutschen Geschichtswissenschaft stimmen thematisch auffällig überein mit den Beschlüssen des VI. Parteitags der SED.<sup>1081</sup> Ebenso steht es mit den Studien zum sozialistischen Geschichtsbewusstsein,<sup>1082</sup> die noch in der unvollendet gebliebenen Sammlung zur „Kulturgeschichte der DDR“ ihren Widerhall gefunden haben.<sup>1083</sup> Sie führen das Programm des VII. Parteitages aus, das 1967 Anstrengungen zur sozialistischen Bewusstseinsbildung forderte.

Auch die 1968 erschienene „Deutsche Geschichte in einem Band“ nimmt ein 22-zeiliges Zitat einer Parteitagsrede des Staatschefs Walter Ulbricht ausdrücklich als endlichen Fluchtpunkt ihrer Erzählung.<sup>1084</sup> Auffällig ist an Streisands wissenschaftlichem Profil, dass er es bei diesen Überblicksdarstellungen<sup>1085</sup> und wegweisenden konzeptionellen Artikeln beließ. Er wählte, anders als zahlreiche Fachgenossen, nicht den Weg zu empiriegesättigten Einzelstudien. Damit schlägt er auch das intellektuelle Angebot aus, das Jürgen Kuczynski den Historikern zum Problem der Parteilichkeit und Objektivität gemacht hatte: die Parteilichkeit nicht durch das rein äußerliche Herantragen der Maßstäbe des Historischen Materialismus an die Geschichte, sondern in der historischen Sache selbst zu finden.<sup>1086</sup>

---

<sup>1079</sup> Diese Perspektive hat mir zuerst Anne Christin Jacobsen deutlich gemacht (Geschichtswissenschaft im Namen der Partei. Joachim Streisands geschichtstheoretische Aufsätze im Spiegel der Wissenschaftspolitik der SED in den Jahren 1952–1978, Bachelor-Arbeit HU-Berlin, 2008).

<sup>1080</sup> Vgl. Joachim Streisand, Kategorien und Perspektiven der Geschichte. Anlässlich einiger Neuerscheinungen der Geschichtsphilosophie, ZfG 4 (1956), 889–898.

<sup>1081</sup> Die SED hatte die Beschäftigung mit der deutschen Historiografiegeschichte gefordert. Vgl. Marion Einhorn und Heinz Habedank, Das Programm des Sozialismus und die Aufgaben der Historiker, ZfG 11 (1963), 237–260, 258; dazu Jacobsen, Geschichtswissenschaft, 19ff.

<sup>1082</sup> Vgl. Joachim Streisand, Geschichtsbild, Geschichtsbewußtsein. Ihre Wechselbeziehungen und ihre Bedeutung für die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins, ZfG 15 (1967), 822–834; ders., Geschichtsforschung und Geschichtsschreibung auf dem Weg zur sozialistischen Menschengemeinschaft, ZfG 17 (1969), 1521–1532; ders., Die Geschichte im geistig-kulturellen Leben der DDR, ZfG 26 (1978), 198–208.

<sup>1083</sup> Joachim Streisand, Kulturgeschichte der DDR. Studien zu ihren historischen Grundlagen und ihren Entwicklungsetappen, Köln 1981.

<sup>1084</sup> Joachim Streisand, Deutsche Geschichte in einem Band. Ein Überblick, Berlin 1968, 331. Streisand schreibt: „Die Deutsche Demokratische Republik entwickelt sich, so erweist die deutsche Geschichte, im Einklang mit den historischen Gesetzmäßigkeiten unserer Epoche. Aktuelle Lehren, die der Vorsitzende ihres Staatsrates [...] 1967 zog, sollen deshalb als Zusammenfassung auch den Schluß dieses Überblicks bilden“. Es folgt das Ulbricht-Zitat.

<sup>1085</sup> Vgl. auch den Lehrbuchbeitrag Streisands: Deutschland von 1789 bis 1815. Von der Französischen Revolution bis zu den Befreiungskriegen und dem Wiener Kongress (Lehrbuch der deutschen Geschichte; Bd. 5, Berlin 1959).

<sup>1086</sup> Jürgen Kuczynski, Parteilichkeit und Objektivität in Geschichte und Geschichtsschreibung, ZfG 5 (1956), 873ff.

Nach Meinung Streisands dürfe es einen distanzierten „Betrachterstandpunkt zur Politik unserer Partei und zur politischen Erziehung“ beim Historiker nicht geben.<sup>1087</sup>

Gemessen an den intellektuellen Möglichkeiten und Interessen Streisands verwundert, dass die Spannung zwischen Politik und traditioneller Wissenschaft, auch zwischen dem hoffnungsfrohen Marxismus eines Ernst Bloch und der marxistisch-leninistisch bzw. stalinistischen Version nach 1956 immer wieder peinlich und platt zugunsten der Partei aufgelöst wird.

### Politische Schwierigkeiten und Anwerbung durch das MfS 1956–1958

Der deutlich dokumentierte Konformitätswillen rührte wohl aus der inneren Überzeugung Streisands, hatte aber eine eigene biografische Geschichte. Denn 1957 war Streisand nach 1942 und 1948 zum dritten Mal in politische Schwierigkeiten geraten. Diese Vorgänge sind mittlerweile bekannt.<sup>1088</sup> Im Zuge der Kampagnen gegen Ernst Bloch und Wolfgang Harich, deren politischer Hintergrund die Krise des SED-Regimes unter Walter Ulbricht nach dem XX. Parteitag der KPdSU bildete, gerieten auch einige Historiker in das Kreuzfeuer der Kritik. Unter der Intelligenz der DDR herrschte eine beträchtliche Unruhe, die aber selten über interne Veranstaltungen hinaus öffentlich gemacht wurde. Während u. a. Wissenschaftler und Literaten der SED-Führung Dogmatismus und stalinistischen Personenkult vorwarfen, gewannen zuletzt doch die Funktionäre um Ulbricht die Oberhand mit ihrer Kampagne gegen den sogenannten Revisionismus. Zahlreiche Parteistrafen, aber vor allem Verhaftungen und scharfe Urteile sorgten für ein angsterfülltes Klima. Allein an der HU wurden wenigstens 53 Menschen verhaftet, an der Universität Leipzig 21.<sup>1089</sup> Die Krise endete mit der endgültigen Vertreibung von Gelehrten mit bürgerlicher Sozialisation wie Ernst Bloch oder Hans Mayer; an den Universitäten wurde seit 1958 der endgültige Wandel zur „sozialistischen Universität“ eingeleitet: „Die neue Zielstellung war klar formuliert: Sozialistische Hochschullehrer erziehen an sozialistischen Universitäten und Hochschulen sozialistische Studenten.“<sup>1090</sup> Wolfgang Girnus stellte einen „neuen Menschentypus“ in Aussicht, der sich durch die „Einheit von Berufsethos und sozialistischem Staatsethos“ auszeichne.<sup>1091</sup>

Auf einer Tagung, die von führenden SED-Funktionären mit 45 SED-Historikern im Februar 1957 durchgeführt wurde, übte der ZK-Mitarbeiter Rolf Dłubek öffentliche Kritik nicht nur

---

<sup>1087</sup> Das Zitat aus der „Persönlichen Stellungnahme zu staatsfeindlichen Haltungen und Tätigkeit einer Gruppe Studenten der Sektion Geschichte“, in: Eckert, Küpper u. a., „Klassengegner...“, 225.

<sup>1088</sup> Vgl. zum Folgenden Fritz Klein, Drinnen und Draußen. Ein Historiker in der DDR. Erinnerungen, Frankfurt a. M. 2000, 186–195; Kuczynski, Frost; Sabrow, Diktat, 78 et passim. Neuhäuser-Wespy, Die SED und die Historie, 32–56. Zur Intelligenz allgemein Herzberg, Anpassung. Zur Tätigkeit der Staatssicherheit: Ilko-Sascha Kowalczyk, Frost nach dem kurzen Tauwetter: Opposition, Repressalien und Verfolgungen 1956/57 in der DDR. Eine Dokumentation des Ministeriums für Staatssicherheit, in: JHK 1997, 167–215.

<sup>1089</sup> Herzberg, Anpassung, 378.

<sup>1090</sup> Herzberg, Anpassung, 576.

<sup>1091</sup> Wolfgang Girnus, Zur Idee der sozialistischen Hochschule. Rede auf der Rektorenkonferenz zu Berlin am 14. Juni 1957, Berlin 1957 (hier zitiert nach Herzberg, Anpassung, 33).

an Ernst Bloch selbst, sondern auch an Streisands oben erwähntem ZfG-Artikel über den Philosophen.<sup>1092</sup> Streisand hatte Blochs „Prinzip Hoffnung“ als wegweisende theoretische Anregung auch für die historische Forschung in der DDR gewürdigt und sich davon eine Abkehr von starren Schematismus der stalinschen Periodisierungen erhofft. Dłubek warf nun dem Rezensenten vor, zu wenig prinzipielle Kritik geübt zu haben: „Genosse Streisand nimmt das Buch ausdrücklich gegen den Vorwurf des Idealismus in Schutz“. Letzten Endes schnurrte der Vorwurf auf einen zentralen Satz zusammen: Der Artikel Streisands „lässt die notwendige Parteilichkeit der marxistischen Weltanschauung gegenüber allen idealistischen, auch den kleinbürgerlichen, Ideologien vermissen.“<sup>1093</sup> Die ebenfalls anwesenden Ernst Hoffmann, Erich Paterna, Gerhard Schilfert, Alfred Meusel und Karl Obermann nahmen diese Kritik eines Parteifunktionärs ohne öffentliche Einwände zur Kenntnis. Ernst Hoffmann, der 1962 an die HU kommen sollte, setzte sich gar an die Spitze jener Geschichtspropagandisten, die die Geschichtswissenschaft insgesamt auf Parteilinie bringen sollten.<sup>1094</sup> Der unmittelbar angesprochene Streisand reagierte sofort: „Die Bemerkung des Genossen Dłubek [!] in Bezug auf das Kapitel Bloch halte ich für richtig.“<sup>1095</sup>

Dass der Angegriffene zwar die Bemerkungen über das „Prinzip Hoffnung“ bedauerte, aber den grundsätzlicheren Vorwurf der mangelnden Parteilichkeit nicht auf sich sitzen lassen wollte, sollte er wenig später unter Beweis stellen.

Im Zuge der sich nun entwickelnden Kampagne wurde Fritz Klein als Chefredakteur der ZfG entlassen. Bald darauf wurde auch Streisand selbst offiziell aus der Redaktion abgelöst. Das gleiche Schicksal ereilte übrigens nun auch Eckhard Müller-Mertens, der schon in diesen Jahren an der HU lehrte und der ebenfalls öffentlich auf einer Tagung angegriffen worden war.<sup>1096</sup> (Vgl. Kap. C.II.2) Zu den neuen Redaktionsmitgliedern zählten Walter Bartel, Erich Paterna, Dieter Fricke sowie die Funktionäre Rolf Dłubek und Rolf Rudolph, von denen man sich mehr Parteitreuere erwartete.

Laut Tagungsprotokoll soll Streisand die Absetzung Fritz Kleins persönlich am meisten betroffen gemacht haben.<sup>1097</sup> Beide waren seit ihrer gemeinsamen Studienzeit bei Alfred Meusel befreundet gewesen. Zusätzlich war Klein nun auch wegen seiner Verbindungen zu Walter Janka und Wolfgang Harich ins Visier der SED und sogar der Staatssicherheit geraten.

---

<sup>1092</sup> Streisand, Kategorien.

<sup>1093</sup> BArch-SAPMO, DY 30/IV 2/9.04/134: Bd. 1, Bl. 57.

<sup>1094</sup> Vgl. ebd., Bl. 79f.: Ernst Hoffmann beschwor die Anwesenden, die Gefahr des Revisionismus unter den Historikern sei nicht vorbei; der Revisionismus arbeite nun „unter dem Motto des Kampfes gegen den Stalinismus und unter der Flagge des nationalen Kommunismus und Dogmatismus“. Vgl. die richtungweisenden Aufsätze: Ernst Hoffmann, Über Tendenzen, die den weiteren Fortschritt unserer Geschichtswissenschaft hemmen, in: *Einheit/ H.* 9 (1957), 1146ff.; Ernst Hoffmann, Zur Entwicklung und Rolle der westdeutschen Geschichtsschreibung. Diskussionsgrundlage, *ZfG* 8 (1960), 1811–1831; Ernst Hoffmann, Zur Bedeutung der Beschlüsse der SED über die neueste deutsche Geschichte für die Geschichtswissenschaft, in: *BzG* 3 (1965), 440–445.

<sup>1095</sup> BArch-SAPMO, DY 30/IV 2/9.04/134: Bd. 1, Bl. 76.

<sup>1096</sup> Vgl. BArch-SAPMO, DY 30/IV 2/9.04/135, Bd. 2: Januar 1958, enthält: Beratung über „Die Weiterführung der ideologischen Diskussion in der Geschichtswissenschaft der DDR“, Bl. 18ff.

<sup>1097</sup> Klein, *Dokumente*, 53f.. Vgl. die gemeinsam herausgegebene Meusel-Festschrift Fritz Klein und Joachim Streisand, *Beiträge zum neuen Geschichtsbild. Zum 60. Geburtstag von Alfred Meusel*, Berlin 1956.

Aufgrund ihrer engen freundschaftlichen Verbindungen musste wahrscheinlich auch Streisand nun Schlimmeres für sich befürchten. Außerdem war er mit Wolfgang Harich vor 1945 während des Studiums in Berührung gekommen und hatte ihn auch später bei einer gemeinsamen Bekannten in Westberlin getroffen.<sup>1098</sup> Der mächtige akademische Lehrer konnte seinen bedrängten Schülern kaum Schutz geben, denn Meusel geriet nun ebenfalls unter Druck. Er war schon mit dem Projekt gescheitert, das Museum für deutsche Geschichte zur Zentralinstitution der neuen Geschichtswissenschaft aufzubauen. Zunehmend wurde er auch in den Machtkämpfen an der Akademie und um das Lehrbuch zerrieben und starb 1960.<sup>1099</sup> Tatsächlich geriet Streisand zunächst selbst ins Visier des MfS wegen seiner herzlichen Kontakte zu Ernst Bloch und des Buchladens seines Vaters in Westberlin.<sup>1100</sup>

Zu den bedrohlichen politischen Schwierigkeiten kamen persönliche. Streisands Vater war 1955 verstorben. Zudem war der Historiker mittlerweile lebensgefährlich an TBC erkrankt und musste einige Monate im Krankenhaus behandelt werden.<sup>1101</sup> Nun trat er offiziell den Rückzug an: Im Januar 1958 wurde von einem ZK-Funktionär offiziell verkündet, Streisand habe seinen Fehler eingesehen und „selbst den Vorschlag“ gemacht, nach seiner Krankheit einen entsprechenden ZfG-Artikel zu schreiben.<sup>1102</sup>

In dieser Situation, nachdem er den nationalsozialistischen Terror durchgestanden,<sup>1103</sup> das Scheitern des Neubeginns in Westberlin verkraftet hatte, als er nun im weiteren Bekanntenkreis wieder Verhaftung und Verfolgung beobachten musste, selbst angegriffen wurde und krank war, zudem auch das akademisch-freundschaftliche Netzwerk aus der Aspirantenzeit weitgehend ausgeschaltet schien, wandte sich das Ministerium für Staatssicherheit an Streisand.

Streisand wurde während des Harich-Prozesses zunächst als „Kontaktperson“ angesprochen, weil er als wissenschaftlicher Referent an der DAW Kontakte zu zahlreichen Wissenschaftlern hatte.<sup>1104</sup> Er hatte sich zuvor sofort nach der Verhaftung Harichs 1957 an Ernst Diehl von der ZK-Abteilung Wissenschaft und Propaganda gewandt, da er mit Reaktionen anderer Kollegen rechnete. Wahrscheinlich wollte er sich damit auch persönlich

---

<sup>1098</sup> BStU, Zentralarchiv, MfS AIM 1756/72 I, Bd. 1, Bl. 39.

<sup>1099</sup> Vgl. Keßler, Exilerfahrung, 79–90.

<sup>1100</sup> Ebd., 10 sowie HUUA, Str 162 (Personalakte Streisand), Bl. 41. Laut einer Einschätzung vom Dozentenlehrgang in Kleinmachnow 1949–1950 soll der Vater in Westberlin „im Auftrag Jugoslawiens faschistische Literatur“ aufkaufen.

<sup>1101</sup> BStU, Zentralarchiv, MfS AIM 1756/72 I, Bd. 1, Bl. 12.

<sup>1102</sup> BArch-SAPMO, DY 30/IV 2/9.04/135, Bd. 2: Januar 1958, enthält: Beratung über „Die Weiterführung der ideologischen Diskussion in der Geschichtswissenschaft der DDR“, Bl. 31. Vgl. Joachim Streisand, Brief an die Redaktion der ZfG, ZfG 6 (1958), 619–621.

<sup>1103</sup> Vgl. Mario Keßler, Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967, Berlin 1995. 1952 verließen nach dem antisemitischen Prager Slansky-Prozess sowie der in der DDR angestregten Kampagne gegen Paul Merker über 550 Juden die DDR, das war mehr als ein Drittel der jüdischen Bevölkerung (Keßler, Die SED, 52ff.).

<sup>1104</sup> BStU, Zentralarchiv, MfS AIM 1756/72 I, Bd. 1, Bl. 25–29, 14. 12. 1956, Bericht über die Aufnahme der Verbindung mit Gen. Streisand, Joachim. Später kam noch das Interesse an einer Freundin Streisands in Westberlin hinzu, die die Nichte eines Diplomaten war (ebd., 39). Es handelte sich um die nachmalige Philosophie-Professorin an der Freien Universität Margherita von Brentano.

vor einer möglichen Verfolgung absichern.<sup>1105</sup> Er stellte sich als verlässlicher Bündnispartner der SED dar. Nach der Schilderung eines anderen Beobachters redete er etwa dem Romanisten Werner Krauß in einem mehrstündigen Gespräch dessen Idee einer gemeinsamen Resolution für Harich aus. Freilich hat Streisand hiermit dem ZK-Genossen Diehl einen weiteren Verdächtigen genannt.

Allerdings verurteilt Streisand hier noch das Vorgehen der SED. Er sieht auch später dem MfS gegenüber weder bei Harich, noch bei Klein oder Bloch Anzeichen für republikfeindliche Betätigungen und kritisiert die Verhaftung von Steinberger im Rahmen der Noel-Field-Affäre.<sup>1106</sup> Die Entstellungen bei der öffentlichen Darstellung der Geschichte der KPD vor 1933 in Zusammenhang mit der sogenannten „Volksfrontpolitik“ (die KPD hatte de facto gegen die SPD gearbeitet) zieht er auch dem MfS gegenüber in Zweifel.<sup>1107</sup>

Nach Einschätzung eines anonym bleibenden Berichterstatters war Streisand der Partei ergeben und meinte seine Selbstkritik nach der Kritik an dem Bloch-Artikel durchaus ernst. Das MfS bemerkte auch die zwischen den Kritisierten Klein und Kuczynski auf der einen, Streisand auf der anderen Seite eingetretene Entfremdung; Klein hatte Streisand demnach „Karrismus“ vorgeworfen.<sup>1108</sup> Die persönliche Krise des Historikers, dessen bedrohlicher Gesundheitszustand und mentale Verfassung ließen ihn in den Augen des MfS zur idealen Kontaktperson werden: „Str., der – besonders geistig – äußerst labil ist, meint es wohl aber mit seiner an sich wirklich erstaunlichen ‚Schwenkung‘ (um 180°) im wesentlich wohl ehrlich. Er ist wohl auch ein Mensch von fast charakterlosem Anpassungsvermögen.“<sup>1109</sup> Die privaten Verhältnisse machten den Sicherheitsleuten einen guten Eindruck, sie hatten sich über Streisand in dessen Wohngebiet erkundigt.<sup>1110</sup>

Schon als Kontaktperson liefert Streisand dem MfS zahlreiche Berichte über Kollegen.<sup>1111</sup> Im Februar 1958, nach seinem Krankenhausaufenthalt, stimmt er erneut zu, dem MfS Informationen über seinen „Arbeitsbereich und Bekanntenkreis“ zu liefern.<sup>1112</sup> Am selben Tag verfasst der zuständige Offizier den Vorschlag, Streisand als „Geheimen Informator“ (GI) anzuwerben. In der „Charakteristik des Kandidaten“ heißt es, er gehöre zum „Typ des kleinbürgerlichen Intellektuellen [und] ist bemüht, ständig die Linie der Partei durchzusetzen“. Nach den Revisionismus-Vorwürfen habe er seine Fehler eingesehen und

---

<sup>1105</sup> BStU, Zentralarchiv, MfS AIM 1756/72 I, Bd. 1, Bl. 8.

<sup>1106</sup> Ebd., Bl. 8 und 12 sowie 26, 31 und 33.

<sup>1107</sup> Ebd., Bl. 26.

<sup>1108</sup> Ebd., Bl. 12f.

<sup>1109</sup> Ebd.

<sup>1110</sup> Ebd., Bl. 15f.

<sup>1111</sup> So erklärte Streisand sich bereit, während seiner Reise ins aufständische Ungarn für das Ministerium Beobachtungen über Kontakte zwischen ungarischen und ostdeutschen Wissenschaftlern zu sammeln. Der Genosse vom MfS notiert, dass sich der Historiker „sofort darüber im Klaren“ gewesen sei, „was wir vor allem wissen wollen.“ (Ebd., Bl. 32). Dennoch berichtet dieser anschließend nichts (ebd., Bl. 36) und entlastet auch seine Kollegen durch die Auskunft, dass die ostdeutschen Wissenschaftler mit dem Harich-Prozess einverstanden seien. Jedoch habe sein Arzt in Karlshorst den Prozess als „Schweinerei“ bezeichnet. (Ebd., Bl. 33). Auch die Kontakte zur mit ihm befreundeten Nichte eines westdeutschen Diplomaten in Westberlin wird Streisand auf Geheiß des MfS wieder aufnehmen (Ebd., 39).

<sup>1112</sup> 25. 2. 1958 Bericht über eine Aussprache mit der KP Streisand, ebd., Bl. 42.



danach dem MfS „erschöpfend über seine Verbindungen Auskunft [gegeben] und war bemüht, uns gut zu unterstützen. In letzter Zeit hatte er mit seinem ehemaligen Freundeskreis bereits mehrere scharfe Aussprachen, weil diese mit seiner parteimäßigen Haltung und der von ihm geübten Selbstkritik nicht einverstanden waren.“<sup>1113</sup>

Am 19. März 1958 verpflichtete sich Streisand in einer konspirativen Wohnung selbst zur Mitarbeit sowie zur Geheimhaltung. Er wählte den Decknamen „Montag“ und unterzeichnete damit alle nun folgenden Berichte.<sup>1114</sup> Zu den Umständen, die das Klima der Treffen prägten, gehörte die Aura des Geheimen: Streisand wurde per Telefon vom MfS angerufen und musste die codierten Sätze ebenso beantworten. Sie waren auf seinen eigenen Freundeskreis zugeschnitten: „Können Sie mir sagen, ob zur Zeit, als Prof. Meusel Direktor des Museums für Deutsche Geschichte war, ein Dr. Gross dort tätig war?“ – Die Antwort lautete: „nein, nur ein Dr. Klein“.<sup>1115</sup> Bei brieflichen Einladungen, die sich als Zuschriften eines Studienfreundes ausgaben, musste der GI Zeit und Ort des Treffens nach einem umständlichen Code aus der Datumszeile und der Anzahl der Wörter des ersten Satzes errechnen.<sup>1116</sup> Schwierig zu fassen ist es, welche Rückwirkungen diese Konspiration für die Wahrnehmung des Lebens in der DDR insgesamt für Streisand selbst und die an ähnlichen Aktionen Beteiligten haben musste – ein vertrauensvoller Umgang jedenfalls folgte daraus nicht.<sup>1117</sup>

Eine unmittelbare Folge dieses Vorgangs war, dass Streisand nun selbst intensiver überwacht wurde. Es berichteten mehrere andere „Geheime Informatoren“ zum Teil in sehr diffamierendem Ton über ihn.<sup>1118</sup> Besonders interessiert zeigte man sich am offenbar turbulenten Privatleben, dass das MfS als unmoralisch einstufte, darin aber einen auszunutzenden schwachen Punkt erkannte.<sup>1119</sup> Der Buchladen in Westberlin, mittlerweile von der Mutter des Historikers geführt, wurde ausspioniert. Der Spitzel stellte fest: „Man sieht große Regale voller Bücher.“<sup>1120</sup>

### Als Geheimer Informator an der Akademie der Wissenschaften 1958–1962

Das Verhältnis zu Kollegen schien in den Augen des MfS gebrochen, weshalb Streisand geschnitten würde und nichts Brisantes mehr von ihnen erföhre.<sup>1121</sup> Zwischenzeitlich stellte das MfS fest, dass Streisand nur sehr vorsichtig über Kollegen berichte. Streisand hatte bis zu seiner Berufung an die HU ausgiebig vor allem über Interna aus der Akademie erzählt,

---

<sup>1113</sup> Ebd., Bl. 47. Hervorh. i. O.

<sup>1114</sup> Ebd., Bl., 49–51, 19. 3. 1958, Bericht über die Verpflichtung des GI Montag. Die handschriftliche Erklärung Streisands ebd. Bl. 53.

<sup>1115</sup> Ebd., Bl. 95

<sup>1116</sup> Ebd., Bl. 96.

<sup>1117</sup> Vgl. Charles S. Maier, Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus, Frankfurt a. M. 1999, 78–107, der das fehlende zwischenmenschliche Vertrauen in der DDR für einen wichtigen Grund ihres Untergangs hält.

<sup>1118</sup> Vgl. BStU, Zentralarchiv, MfS AIM 1756/72 I, Bd. 1, Bl. 69ff. u. ö.

<sup>1119</sup> Ebd., Bl. 110.

<sup>1120</sup> Ebd., Bl. 85.

<sup>1121</sup> Vgl. ebd., Bl. 94.

bürgerliche Wissenschaftler dabei denunziert, aber bei SED-Wissenschaftlern deren Schwächen oft auch auf wissenschaftspraktische Gründe zurückgeführt.<sup>1122</sup> Die Pläne des Germanisten Hans Mayer zur Republikflucht teilte er andererseits bereitwillig mit.<sup>1123</sup> Das MfS zeigte sich 1962 unzufrieden. Zwar habe man nicht festgestellt, dass Streisand „unehrlich“ berichte. „Sein Verhalten jedoch bei den Treffs läßt den begründeten Verdacht zu, daß er nicht in allen Fragen offen u. ehrlich berichtet.“ Er überlege bei „Antworten, die andere Personen evtl. belasten könnten sehr lange und berichtet dann so, daß man eigentlich nie richtig weiß, was er eigentlich will“. Der GI erfülle „alle gestellten Aufträge, lehnt jedoch ab[,] Aufträge in Lokalen durchzuführen.“<sup>1124</sup> Wiederum wurden andere GIs auf Streisand angesetzt, um die Glaubwürdigkeit seiner Berichte zu überprüfen. Sie machten ihm gegenüber republikfeindliche Bemerkungen, „die ‚Montag‘ zwingen müßten“ dem MfS zu berichten.<sup>1125</sup> In der Privatwohnung der Streisands wurde Überwachungstechnik installiert.<sup>1126</sup> „Montag“ bestand auch diesen Test. Der Auftrag wurde erneuert: Man traf sich alle drei bis vier Wochen und der GI sollte über „alle Gespräche mit führenden Wissenschaftlern schriftlich [.] berichten“, besonders darüber, wie ihre „Haltung zu aktuellpolitischen Problemen“ ist. In den Gesprächen war durchaus die Eigeninitiative des GI gefragt, denn er hatte sich „besonders auf solche Personen zu orientieren, von denen bekannt ist, daß sie Vorbehalte zur Politik von Partei und Regierung haben.“<sup>1127</sup>

Das MfS interessierte sich Anfang der 1960er Jahre u. a. für Fritz Klein. Daher wurde der GI „Montag“ beauftragt, seine ehemals freundschaftlichen Kontakte zu diesem wieder aufzunehmen.<sup>1128</sup> Streisand berichtete 1962 handschriftlich auf drei Seiten über ihr Verhältnis: „Rückblickend muss ich feststellen, dass wir, die wir beide aus bürgerlichen Familien stammen, uns gegenseitig mehr behindert als gefördert haben, eine wirkliche Verbindung zur Arbeiterklasse und eine absolute Ergebenheit gegenüber unserer Partei zu gewinnen.“<sup>1129</sup> Er beschwert sich, dass sein Freund ihn nach 1957 für sein Einschwenken auf die Parteilinie kritisiert habe. Derzeit wisse er von Klein lediglich, dass dieser in privaten Schwierigkeiten stecke. Dennoch nutzte der GI die Gelegenheit, einen Verdacht zu äußern. Seine jetzige „politische Haltung ist mir nicht ganz klar“.<sup>1130</sup> „Mir ist jedenfalls keine Gelegenheit bekannt, wo er in der letzten Zeit kämpferisch in ideologischen Auseinandersetzungen unter Genossen gegen falsche Auffassungen aufgetreten wäre“. Abschließend heißt es: „Wenn [Klein] trotz seiner Begabung und seiner Kenntnisse die Rolle, die man früher erwarten konnte, in unserer

---

<sup>1122</sup> Vgl. etwa Bl., 25 und 43 sowie BStU, Zentralarchiv, MfS AIM 1756/72 II,1.

<sup>1123</sup> BStU, Zentralarchiv, MfS AIM 1756/72 II,1, Bl. 162.

<sup>1124</sup> BStU, Zentralarchiv, MfS AIM 1756/72 I, Bd. 1, Bl. 108.

<sup>1125</sup> Ebd., Bl. 110.

<sup>1126</sup> Ebd., Bl. 111.

<sup>1127</sup> Ebd., Bl. 112.

<sup>1128</sup> Ebd., Bl. 109.

<sup>1129</sup> BStU, Zentralarchiv, MfS AIM 1756/72 II, 2, Bl. 45.

<sup>1130</sup> Ebd., Bl. 47.

Geschichtswissenschaft nicht spielt, so liegt dies wohl vor allem daran, dass er mit der eingangs erwähnten [„revisionistischen“, AT] Haltung doch nicht völlig gebrochen hat.“<sup>1131</sup>

### Persönliche Vorteile durch die Zusammenarbeit mit dem MfS

Im Umkehrschluss wird deutlich, dass Streisand in seiner eigenen völligen Anpassung an die Parteilinie und in seiner Arbeit für das MfS einen notwendigen Grund für seine erfolgreiche Karriere erblickte. Tatsächlich suchte er auch die geheimdienstlichen Kontakte zu seinem eigenen Vorteil auszunutzen. Das ausgeprägte Bedürfnis des Historikers und Funktionärs, sich in schwierigen Situationen abzusichern, fiel auch den Sicherheitsorganen auf.<sup>1132</sup>

Diese Art der Absicherung gehört in den Bereich der Vorteile, die Streisand für sich persönlich aus seiner Rolle als GI ziehen konnte.<sup>1133</sup> Als Streisand 1963 an die HU kam, berichtete er über die bevorstehende Übernahme des Direktorats des Instituts für deutsche Geschichte dem MfS. Sein Auftrag wurde entsprechend angepasst, er sollte sich nun „auf den Lehrkörper und die Diplomanden seines Instituts orientieren“.<sup>1134</sup> Den Antrag des 1958 an der HU verhafteten Erwin Gülzow auf Wiederaufnahme in die SED unterstützte Streisand erst, nachdem er sich beim MfS nach dessen Auffassung erkundigt hatte.<sup>1135</sup>

Gemeinsam mit Parteisekretär Gerhard Engel, zugleich Assistent am Fachbereich Geschichte und als IM „Stern“ ebenfalls für das MfS tätig, stand Streisand nach seiner Darstellung auf gefährlich verlassenem Posten. Die anderen Mitglieder der UPL trauten sich die Rehabilitation des entlassenen Häftlings nicht zu. Nach dem Scheitern des Antrags berichtete „Montag“, er habe für den Kandidaten gebürgt und befürchte nun, selbst in Kritik zu geraten.<sup>1136</sup> Auf seine Frage, wie er sich verhalten solle, gab ihm der Führungsoffizier den Wortlaut für die Verteidigungsrede vor und versicherte den GI, „dass die ganze Angelegenheit keinen Einfluß auf seine berufliche Tätigkeit hat.“<sup>1137</sup> Die Angelegenheit nutzte „Montag“, der hier über „Streisand“ in der dritten Person berichtete, um sich zusätzlich in ein gutes Licht zu rücken: „Nach der Sitzung [...] hörte [Gerhard Engel einen anderen Genossen sagen], der Genosse Streisand stelle wohl die Wissenschaft über die Partei. Engel griff in das Gespräch ein und wandte sich gegen solche Behauptungen.“<sup>1138</sup>

Zur Absicherungsstrategie Streisands gehörte daneben die Abstimmung von Grundlinien der historiografischen Interpretation. So berichtete er 1966 über die Stimmung unter den

---

<sup>1131</sup> Ebd., Bl. 48. Vgl. einen weiteren Bericht über Klein ebd., Bl. 116f.

<sup>1132</sup> BStU, Zentralarchiv, MfS AIM 1756/72 I, Bd. 1, Bl. 95: Das MfS schätzte ein, dass Streisand „jedes Risiko vermeiden“ will, „sich deshalb rückversichern“.

<sup>1133</sup> Vgl. auch die Ausführungen Peter Rubens: „Es trieb nicht wenige in die Nähe der Macht, wo [...] obendrein auch Sicherheit gegen gewöhnliche Konkurrenz zu finden war. Wer die Protektion eines Politbürokraten gewonnen hatte, konnte die Imagination pflegen, jener Idee Platons ein wenig zur Realität zu verhelfen, und war andererseits sicher, nicht rücksichtslos zum Ziel ungehobelter Rezensionen, frecher Kritiken und sonstiger Auswüchse des sogenannten wissenschaftlichen Meinungsstreits zu werden.“ (Die DDR und ihre Philosophen, DZfPh, H.1/1991, 52).

<sup>1134</sup> Ebd., Bl. 109.

<sup>1135</sup> BStU, Zentralarchiv, MfS AIM 1756/72 II, 2, Bl. 157.

<sup>1136</sup> Ebd., Bl. 171.

<sup>1137</sup> Ebd., Bl. 178f.

<sup>1138</sup> Ebd., Bl. 175.

Akademie-Historikern, die – anders als der Berichtende – die KPD-Geschichte in der Weimarer Republik für eine Geschichte von Fehlern hielten und dem „Skeptizismus“ verfallen seien. Zwei Kollegen hätten gar die westdeutsche Max-Weber-Rezeption ins Spiel gebracht. „Meine Gegenthese – [es handle sich um eine] Spielart der imperialistischen Ideologie“ wurde nur von wenigen unterstützt.<sup>1139</sup> Damit hatte Streisand hinsichtlich der Bewertung der KPD gegenüber dem MfS seine eigene Position korrigiert, den eigenen Weber-Aufsatz legitimiert und einen Beitrag geleistet, die Geschichtswissenschaft der DDR um eine dringend notwendige theoretische Anregung zu bringen.

Eine andere Spielart der Ausnutzung von MfS-Kontakten ist die Besprechung beruflicher Angelegenheiten. Streisand brachte sich so z. B. gegenüber dem MfS als Nachfolger für Ernst Engelberg als Leiter des Akademie-Instituts für Geschichte ins Spiel.<sup>1140</sup> Im November 1964 berichtete er erbost über die Ablösung seiner Ehefrau als Abteilungsleiterin an der Akademie.<sup>1141</sup> Er klagte 1966 über bürokratische Schwierigkeiten, die das SHF bei der Berufung eines Professors an die HU machte, weil dieser noch nicht habilitiert war.<sup>1142</sup> Zwei Jahre später versuchte er, die Bearbeitung seines Antrags für eine Auslandsreise nach Frankreich zu beschleunigen.<sup>1143</sup>

Auch seinen Ärger bei der von ihm positiv begutachteten Habilitation Günter Rosenfelds, bei der nun „revisionistische Züge“ festgestellt worden waren, teilte GI „Montag“ wenige Tage nach Weihnachten 1968 sicherheitshalber dem MfS mit. Streisand selbst war von einem Parteigremium noch einmal zu einer Stellungnahme aufgefordert worden.<sup>1144</sup>

Über die zurückweisende Haltung, mit der mittlerweile einige Kollegen Streisand behandelten, berichtete er ebenfalls. Jürgen Kuczynski etwa habe ihm 1969 „demonstrativ“ nicht zur Verleihung des Nationalpreises gratuliert und bereits vor einiger Zeit gesagt: „Wann schreibst du mal ein richtiges Buch, außer was von der Partei bestellt ist?“<sup>1145</sup>

### Als Geheimer Informator und Informeller Mitarbeiter an der HU 1963–1980

Überhaupt berichtete GI „Montag“ sehr bereitwillig über Kollegen, auch aus dem unmittelbaren Arbeitsumfeld an der HU.<sup>1146</sup> 1965 berichtet Streisand über seinen Vorgesetzten Müller-Mertens. Er erwähnt dessen wissenschaftliche Qualitäten, stellt dann allerdings dessen SED-kritische politische Äußerungen heraus. So habe er 1963 gemeint,

---

<sup>1139</sup> Ebd., Bl. 184.

<sup>1140</sup> Ebd., Bl. 185.

<sup>1141</sup> BStU, Zentralarchiv, MfS AIM 1756/72 II, 2, Bl. 141.

<sup>1142</sup> BStU, Zentralarchiv, MfS AIM 1756/72 I, Bd. 1, Bl. 122.

<sup>1143</sup> Ebd., Bl. 139.

<sup>1144</sup> Ebd., Bl. 141.

<sup>1145</sup> BStU, Zentralarchiv, MfS AIM 1756/72 II, 2, Bl., 284. Das MfS begegnete dem Historiker dagegen durchaus aufmerksamer und sandte 1968 zum Geburtstag Blumen im Wert von 55,40 Mark. (BStU, Zentralarchiv, MfS AIM 1756/72 I, Bd. 1, 138).

<sup>1146</sup> Aus Rücksichtnahme auf Persönlichkeitsrechte werden keine Namen lebender Personen genannt.

„unsere Geschichtsschreibung war bisher grossenteils Apologetik“.<sup>1147</sup> Das belebende kritische Potential einer solchen Haltung war ungenutzt geblieben, Müller-Mertens musste sich von dieser Äußerung distanzieren. Aber auch das Handeln als Fachrichtungsleiter zog Streisand dem MfS gegenüber in Zweifel, denn Müller-Mertens habe eigenmächtig die von ihm als unsinnig betrachtete Trennung von allgemeiner und deutscher Geschichte zugunsten einer Epochengliederung aufheben wollen. Eine Rezension zu einem westdeutschen Buch erschien GI „Montag“ zu wenig kämpferisch.<sup>1148</sup>

1968 führte eine weitere Denunziation Streisands dazu, dass das MfS eine geheimdienstliche Sicherheitsüberprüfung der Person Müller-Mertens anordnete.<sup>1149</sup> Als Fachrichtungsleiter hatte der Mediävist sich nach Meinung der SED-Funktionäre schützend vor seinen eigenen parteilosen Assistenten gestellt, als dieser gegen den Einmarsch der Truppen des „Warschauer Vertrags“ in Prag auftrat. Müller-Mertens wurde in diesen Monaten auch nicht, wie vorgesehen,<sup>1150</sup> selbst Direktor der neu gegründeten „Sektion Geschichte“. Diesen Posten übernahm Streisand 1971 vom Gründungsdirektor Günter Vogler.

Für die Kollegen, über die Streisand berichtete, konnte es durchaus gefährlicher werden. Vom Bibliothekswissenschaftler Othmar Feyl erzählte der GI, dass dieser aus der Partei austreten wolle, weil er ebenfalls die Politik des Ostblocks gegenüber der CSSR 1968 nicht billigen könne.<sup>1151</sup> Feyl wurde später aus der SED ausgeschlossen und konnte seine universitäre Lehre nicht fortsetzen. Wolfgang Heise, mit dem Streisand auch persönlich bekannt war, wurde von ihm schon 1963 wegen seiner „etwas verschwommene[n] Haltung“ im Zusammenhang mit den Havemann-Vorlesungen an das MfS gemeldet.<sup>1152</sup> Andererseits hätten die Kollegen und Studenten der Fachrichtung Geschichte diese Vorlesungen einhellig verurteilt. Heise, bei dem u. a. Wolf Biermann und Rudolf Bahro studiert hatten und der zu den anregenden Geisteswissenschaftlern der späten DDR gehörte, wurde im Laufe der folgenden Jahre in zahlreichen Parteisitzungen regelrecht fertiggemacht und starb 1987.<sup>1153</sup>

Über Rudolf Schottlaender konnte Streisand der Staatssicherheit wahrscheinlich nichts berichten, was diese nicht schon anderweitig in Erfahrung gebracht hätte. Allerdings distanzierte er sich deutlich, bekam einen Spezialauftrag zur Überwachung des jüdischen Philologen und gab eine umfassende Persönlichkeitseinschätzung: Er sei ein „liberaler Bürger“ und stehe dem Kommunismus fremd gegenüber. Unverständlich sei, dass er

---

<sup>1147</sup> BStU, Zentralarchiv, MfS AIM 1756/72 II, 2, Bl., 152.

<sup>1148</sup> Ebd., Bl. 153.

<sup>1149</sup> Ebd., Bl. 256f.

<sup>1150</sup> Müller-Mertens, Existenz, 206.

<sup>1151</sup> BStU, Zentralarchiv, MfS AIM 1756/72 II, 2, Bl., 265.

<sup>1152</sup> Ebd., Bl. 123.

<sup>1153</sup> Vgl. die Rede Wolf Biermanns: „Wolfgang Heise: Mein DDR-Voltaire“, [http://www.wolf-biermann.de/von\\_biermann](http://www.wolf-biermann.de/von_biermann) 28. 05. 2015.

öffentlich an einer Universität lehre und nicht in ein abgeschirmtes Forschungsinstitut versetzt worden sei.<sup>1154</sup>

Aber nicht nur politische Abweichungen hinterbrachte Streisand aus dem Arbeitsumfeld an der HU. Er stellte, wie schon hinsichtlich der Max-Weber-Rezeption, Wissenschaftskonzepte unter Verdacht, die nicht auf die strikte Amalgamierung von Parteilichkeit und Wissenschaft hinausliefen. Wissenschaftliche Gespräche mit westlichen Historikern wurden grundsätzlich beargwöhnt: So sei ein bekannter Spezialist für deutsche Historiografiegeschichte aus den USA bei ihm, Obermann und Engelberg gewesen und „recht zweideutig“ aufgetreten, denn seine Frage sei gewesen: „Wie gebrauchen sie [!] den Begriff des Imperialismus?“<sup>1155</sup> Helmuth Stoecker wurde vom IM im Auftrag der Stasi beim Mittagessen in der Professorenmensa auf seine Verbindungen mit einem führenden westdeutschen Sozialhistoriker befragt. Dieser stand nämlich im Verdacht, unlängst versucht zu haben, die leninsche Imperialismustheorie zu widerlegen.<sup>1156</sup> Stoecker wiederum komme „mit den politischen Problemen der Gegenwart nicht zurecht“ und habe als Parteisekretär versagt. Während Stoeckers Verbindungen nach Westen aber offenbar abgebrochen waren, beobachtete Streisand zufällig einen Ethnologen aus der Sektion Geschichte, wie er in Berlin-Adlershof am Straßenrand stand. Der Kollege behauptete zwar, er spiele hier den „Lotsen“ beim Besuch seiner Verwandten aus dem Westen, aber „Montag“ konnte nach der Verabschiedung beobachten, wie er sich stattdessen vom Adlergestell entfernte.<sup>1157</sup> Eckhard Müller-Mertens wurde von „Montag“ auftragsgemäß über seine Verbindungen zur westdeutschen Hanse-Forschung befragt.<sup>1158</sup>

Andererseits war Streisand bereit, dem MfS bei der beruflichen Qualifikation eigener Kandidaten an der Universität behilflich zu sein. So unterstützte er im Auftrag des Ministeriums die Aufnahme eines GI „Komin“ in die Aspirantur und übernahm die Betreuung der Doktorarbeit. Wie bei anderen Gelegenheiten auch registriert „Montag“ genauestens, wer seiner Kollegen gegen diese politisch gewünschte Maßnahme auftritt und nennt dem MfS die betreffenden Namen.<sup>1159</sup>

Die Überwachung der wissenschaftlichen Arbeit der HU-Historiker gelang dem MfS mit Hilfe ihrer IM. Streisand wurde durch das MfS 1966 etwa zu den Historikern befragt, die sich an der HU mit dem II. Weltkrieg beschäftigen. Er konnte eine ganze Reihe nennen, warnte aber vor einem jüngeren Historiker: „der GI hält ihn für nicht besonders

---

<sup>1154</sup> BStU, Zentralarchiv, MfS AIM 1756/72 II, 2, Bl. 227.

<sup>1155</sup> Ebd., Bl. 218. Streisand wurde nach Buffalo/USA eingeladen; auch dies meldete er dem MfS (Bl. 222). In den Westen reiste Streisand nie ohne Beobachtungsauftrag seines Führungsoffiziers, der sich sowohl auf die ostdeutschen wie die westlichen Kollegen bezog.

<sup>1156</sup> Ebd., Bl. 307.

<sup>1157</sup> BStU, Zentralarchiv, MfS AIM 1756/72 II,3, Bl. 33.

<sup>1158</sup> Ebd., Bl. 30.

<sup>1159</sup> BStU, Zentralarchiv, MfS AIM 1756/72 II, 2, Bl. 133 und 142. Als an anderer Stelle ein Wissenschaftler bei einer offiziellen Rede den Namen Robert Havemanns in einem positiven Zusammenhang nennt, achtet „Montag“ besonders auf die Reaktionen der anwesenden Genossen und hinterbringt diese dem MfS (ebd., Bl. 144).

zuverlässig“.<sup>1160</sup> Unter dem Eindruck der III. Hochschulreform nach 1968 hatten wie Stoecker offenkundig einige Sektionsmitarbeiter Schwierigkeiten, den noch einmal forcierten und auch von Streisand offiziell propagierten Auftrag zur Erziehung zum sozialistischen Geschichtsbewusstsein anzunehmen. Zwei namentlich genannte Kollegen wollten dagegen nur Fachleute bleiben, sie kämen nun mit den neuen Anforderungen schwer zurecht.<sup>1161</sup> Wenig später wird GI „Montag“ einen der beiden wiederum bei seinem Führungsoffizier anschwärzen.

### Politische Verfolgung von Studierenden infolge des „Prager Frühlings“ 1968

Den Anlass dafür gaben einige Vorkommnisse mit Studierenden zwischen 1968 und 1972, die schon bald nach dem Umbruch von 1989 durch drei der Betroffenen dokumentiert wurden<sup>1162</sup> und die eine wichtige Rolle bei der Umgestaltung des Instituts für Geschichtswissenschaften an der HU spielten. Der Parteisekretär der SED-Grundorganisation Geschichte sprach später vom „ernstesten Vorfall in der Geschichtswissenschaft der Republik überhaupt“.<sup>1163</sup> Da waren schon mindestens vier Studierende zeitweise, aber auch dauerhaft von der Universität relegiert worden; die Geschichtsstudentin Mechthild Günther saß wie andere auch in Haft.

Die einzelnen Stationen der Auseinandersetzung müssen hier nicht noch einmal erzählt werden. Beteiligt waren unterschiedliche Gremien: die FDJ-Gruppe der betreffenden Seminargruppe, die SED-Grundorganisation der im September 1968 gegründeten Sektion Geschichte, die UPL, das MfS im Hintergrund. Zwischenzeitlich existierte eine aus Hochschullehrern zusammengesetzte Disziplinarkommission zur Maßregelung der Studenten. Zunächst bahnten sich Konflikte in einer Seminargruppe von Geschichtsstudenten im Diplomstudiengang an, die durch die Hochschullehrer Waltraud Bleiber (IM „Anna“) und dann Kurt Pätzold betreut wurde. Hier standen fünf SED-Studenten zahlreiche Kommilitonen gegenüber, die nicht in der Partei waren. Unter ihnen befanden sich politisch interessierte Studierende, die auf das Recht der freien Meinungsäußerung Wert legten und sich ein Geschichtsstudium wünschten, das nicht einseitig von den politischen Vorgaben der SED geleitet war.<sup>1164</sup> Vielleicht unter dem Eindruck der durchaus gegenwartskritischen althistorischen Seminare Peter Musioleks hatten 75 % der Studierenden der Seminargruppe als Berufswunsch die Alte Geschichte gewählt und gelegentlich die Abschaffung des marxistisch-leninistischen Grundstudiums gefordert.<sup>1165</sup>

---

<sup>1160</sup> BStU, Zentralarchiv, MfS AIM 1756/72 II, 2, Bl., 176.

<sup>1161</sup> BStU, Zentralarchiv, MfS AIM 1756/72 II, 2, Bl. 286.

<sup>1162</sup> Eckert u. a., „Klassengegner ...“. Vgl. zur Auseinandersetzung nach 1989 Eckert, Kowalczyk, u. a. (Hg.), Hure oder Muse.

<sup>1163</sup> Zit. nach Eckert u. a., „Klassengegner...“, 205.

<sup>1164</sup> Ein Wandzeitungsartikel der Seminargruppe hatte 1967 laut IM „Anna“ einen „unpolitischen Geschichtsunterricht“ gefordert. BStU, Zentralarchiv, MfS AIM 2920/69, Bd. 2, Bl. 139.

<sup>1165</sup> BStU, Zentralarchiv, MfS AIM 2920/69, Bd. 2, Bl. 151. Zu Musioleks Lehrveranstaltungen vgl. Florath, Zur Diskussion, 186.

Das MfS registrierte die Vorgänge mithilfe seiner Informellen Mitarbeiter unter den Hochschullehrern. Mit dem GI „Montag“ war „ein längeres Gespräch zur Situation in der CSSR und den Vorfällen in Warschau geführt“ worden. Er erhielt aus diesem Anlass einen besonderen Beobachtungsauftrag.<sup>1166</sup> Nun erfuhr das MfS, dass zwei der Studenten ihre Unterschrift unter eine Resolution verweigert hatten, in der die neue Verfassung der DDR begrüßt werden sollte.<sup>1167</sup>

IM „Anna“ nannte dem MfS Studenten, die als Inoffizielle Mitarbeiter geworben werden könnten, und die Stasi konstatierte, ins Seminar müsse „eingedrungen werden“.<sup>1168</sup> In einer Operativen Information des MfS, der offenbar ein Bericht der gleichen IM über schon geführte politische Aussprachen von Universitätsmitarbeitern mit der Gruppe zugrunde lag, wurde ein schriftliches Programm eines Studenten hervorgehoben, das als „revisionistisch mit konterrevolutionären Zügen“ eingeschätzt wurde.<sup>1169</sup> Für den Vertreter der UPL handelte es sich dabei um „de[n] stärkste[n] Einbruch des Gegners an der HU“. Nachdem „Anna“ mehrfach vom MfS aufgrund ihrer mangelnden Informationsbereitschaft gerügt worden war, berichtete sie aus einer Parteiversammlung der Historiker vom 13. 11. 1968.<sup>1170</sup> Zwei Historiker hatten hier dargestellt, wie die Seminargruppe gegen die Stimmen der fünf SED-Studenten den Rechenschaftsbericht zur FDJ-Wahlversammlung gekippt hatten. „Anna“ berichtete dem MfS von zwei Studenten, die wiederum reformsozialistische Ideen des „Prager Frühlings“ geäußert hätten.

Der Student Reinhard Kusch wurde Gegenstand einer MfS-Einzelinformation, weil er auf einer FDJ-Versammlung am 28. 5. 1968 Sympathien für den „Prager Frühling“ geäußert hatte.<sup>1171</sup> Die Annahme einer Protestresolution einiger Studierender gegen den Abriss der Potsdamer Garnisonskirche hatte der Seminargruppenbetreuer demnach verhindert. In der Einschätzung des 1. Sekretärs der SED-Kreisleitung wurde aus diesen Vorfällen eine parteifeindliche „Plattform“, für deren Auftreten die Schuld bei den Hochschullehrern und „Erscheinungen der Entideologisierung“ im Rahmen der III. Hochschulreform zu suchen sei.<sup>1172</sup> Daraufhin „lieferte die Sektionsleitung und die Parteileitung der Sektion Geschichte vier Studenten ans Messer“, die im Dezember 1968 nach Disziplinarverfahren von der Universität entfernt wurden.<sup>1173</sup>

Ob das Ergebnis des Disziplinarverfahrens auf Anweisung des MfS zustande gekommen ist, konnte nicht geklärt werden. Offenbar waren auch die beteiligten Hochschullehrer froh, die

---

<sup>1166</sup> BStU, Zentralarchiv, MfS AIM 1756/72 II, 2, 237: „Ständig auf die Situation an der Universität achten. Bei negativen Erscheinungen uns sofort informieren.“

<sup>1167</sup> „Sie begründeten ihre Ablehnung damit, daß sie behaupteten, daß man sich nicht schon vorher festlegen könne, weil das eine demokratische Entscheidung beeinträchtigt“ (BStU, Zentralarchiv, MfS AIM 1756/72 II, 2, Bl. 239).

<sup>1168</sup> BStU, Zentralarchiv, MfS AIM 2920/69, Bd. 2, Bl. 163.

<sup>1169</sup> BStU, Zentralarchiv, MfS AIM 2920/69, Bd. 1, Bl. 40–43.

<sup>1170</sup> BStU, Zentralarchiv, MfS AIM 2920/69, Bd. 2, Bl. 162.

<sup>1171</sup> Dokument 5 in Eckert u. a., „Klassengegner...“, 214f.

<sup>1172</sup> Dokument 7, ebd., 216 bzw. 215.

<sup>1173</sup> Eckert u. a., „Klassengegner...“, 202.



„Störenfriede“ los zu sein.<sup>1174</sup> In einem weiteren Fall allerdings agierten in der Disziplinarkommission mit Streisand und Hoffmann mindestens zwei IM, sodass deren Beschlüsse den Empfehlungen des MfS folgten.<sup>1175</sup> Die Staatssicherheit hatte mehrere Operative Vorgänge gegen Geschichtsstudenten der HU ins Werk gesetzt, nachdem Flugblätter mit reformsozialistischen Inhalten an der HU aufgetaucht waren.<sup>1176</sup> Nach einem Bericht des 1. Sekretärs der Parteileitung der Universität vom April 1972 waren Ermittlungen gegen 15 Studierende eingeleitet worden, fünf befanden sich bereits in Haft.<sup>1177</sup> Die Verantwortung wurde „nach unten“ weitergereicht. Peter Pankau, Parteisekretär der Sektion Geschichte, machte in einer scharfen Hetzrede schließlich die Sektionsleitung und die Hochschullehrer verantwortlich. Das Grundgebrehen sah er demnach in der zunehmenden Trennung von Wissenschaft und SED-Politik an der Sektion.<sup>1178</sup>

Im Zentrum der Kritik musste 1972 der Sektionsdirektor stehen. Es handelte sich mittlerweile um Joachim Streisand, der sich in einer „Persönlichen Stellungnahme“ zu verteidigen suchte, aber dann dennoch offiziell zurücktreten musste.<sup>1179</sup> Sein Nachfolger wurde Kurt Pätzold.

Nach 1989 konstatierten die betroffenen Studenten noch immer irritiert, dass sie von ihren Hochschullehrern damals nicht unterstützt wurden, nicht einmal von Streisand.<sup>1180</sup> Freilich war ihnen nicht bekannt, dass dieser längst zu den Verbindungsleuten des MfS gehörte.<sup>1181</sup> Er hatte schon in den 1960er Jahren auch über Studenten berichtet, die er in Gesprächen regelrecht auf ihre politische Haltung hin testete. Eine Studentin hatte sich Streisand

---

<sup>1174</sup> Kurt Pätzold verweist in seinen Erinnerungen auf die von Beginn an schwierige Zusammenarbeit mit einigen Vertretern der Seminargruppe und zugleich auf systemische Zwänge: Da alle Geschichtsabsolventen in den Staatsdienst sollten, trugen die Dozenten die Verantwortung dafür, dass die Studierenden die dafür erforderliche ideologische Haltung annahmen (Pätzold, *Die Geschichte kennt kein Pardon*, 178–189). Der ehemalige Hochschullehrer bedauert im Rückblick, dass er und seine Kollegen die Rückwirkungen der disziplinarischen Maßnahmen sowohl auf den Einzelnen, wie auf das Arbeitsklima insgesamt nicht bedacht hätten. (Interview des Verf. mit Kurt Pätzold in: Alexander Schug, Alexander Thomas u. a. (Hg.), *Verlorene Zeiten? DDR-Lebensgeschichten im Rückblick – eine Interviewsammlung*, Berlin 2010, 34–47.) Pätzold ist nach 1989 vorgeworfen worden, er hätte die inkriminierten Äußerungen der Studierenden in öffentlichen Sitzungen provoziert, um diese dann maßregeln zu lassen. (Vgl. Eckert u. a., „Klassengegner...“, 198).

<sup>1175</sup> Vgl. Eckert u. a., „Klassengegner...“, 206.

<sup>1176</sup> Vgl. Rainer Eckert, *Die Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit an den Hochschulen der DDR an den Beispielen der Humboldt-Universität zu Berlin und der Universität Rostock*, in: *Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der Deutschen Einheit“* 1999, 1013–1070, 1047. Mit dem Fall waren u. a. 31 hauptamtliche Offiziere des MfS beschäftigt. Vgl. auch Rainer Schottlaender, *Das teuerste Flugblatt der Welt. Dokumentation einer Großfahndung des Staatssicherheitsdienstes an der Berliner Humboldt-Universität*, Berlin 1993.

<sup>1177</sup> Dok. 10, ebd., 218f.

<sup>1178</sup> Dok. 11, ebd., 219f.

<sup>1179</sup> Dok. 14, 224f. Vgl. zur Kritik an Streisand das Protokoll eines Kadergesprächs: HUUU, Str 162 (Personalakte Streisand), 150f.

<sup>1180</sup> Eckert u. a., „Klassengegner...“, 206. Dass Kurt Pätzold in seiner Stellungnahme diesmal „studienverschärfende Sonderregelungen“ forderte, da die Studierenden offenbar vor allem fachlich unterfordert seien, könnte als Unterstützungsversuch gedeutet werden. Jedenfalls fällt auf, dass die Stellungnahme nicht von feindlichen Elementen und vom Klassenkampf redet, noch die Entfernung einiger Studenten von der Universität fordert.

<sup>1181</sup> Allerdings sollte Streisand nicht zur „offensiven Bearbeitung“ mutmaßlicher Dissidenten eingesetzt werden, da er mit der Übernahme des Direktorats der Sektion 1971 Konflikte mit seiner Position als staatlicher Leiter befürchtete. Er solle sich nur bei wichtigen Fragen melden. (BstU, Zentralarchiv, MfS AIM 1756/72 II, 2, Bl. 147 sowie 149).

anvertraut, weil sie nicht wie vorgesehen Geschichtslehrerin werden wollte. Sie befürchtete, dass sich die offiziell in der Schule zu vertretenden Ansichten zur Geschichte des Christentums nicht mit ihrem katholischen Glauben vertrage.<sup>1182</sup> „Montag“ berichtet: „Ich fragte sie dann, an welchen Punkten sie noch ähnliche Konflikte befürchten würde“. Als er keine Antwort bekam, hakte er noch einmal nach, „ob sie z. B. mit [unserer] Auffassung einverstanden sei, dass die KPD die führende Kraft im antifaschistischen Widerstandskampf gewesen sei“. Seine Einschätzung für das MfS lautete, die Studentin „wirkt ungewöhnlich sicher und recht intelligent“. „Dass sie erst jetzt merken sollte, dass ihre Religion mit dem historischen Materialismus in Widerspruch steht, kann ich nicht glauben. Auch wirkt es [...] merkwürdig, dass sie nur am Punkt ‚Entstehung des Christentums‘ in Konflikte gerät.“<sup>1183</sup> In anderen, ähnlich gelagerten Fällen lieferte Streisand ebenfalls Informationen über ideologische Abweichung bei immer namentlich genannten Studenten, so auch 1968.<sup>1184</sup>

Für die Hochschullehrer an der HU scheint der „Prager Frühling“ eine Art Lackmuestest gewesen zu sein, bei dem sich auch generationelle Unterschiede bemerkbar machten. Wie die Studierenden sympathisierten einige (wenige!) jüngere Historiker offen mit den Ereignissen in der CSSR. Friedrich Katz verließ aufgrund des Einmarsches des „Warschauer Vertrags“ die DDR, zwei Assistenten verweigerten ihre Unterschrift unter die Unterstützungs-Resolution für diese Maßnahme, der parteilose Assistent Wolfgang Eggert wurde aufgrund seines öffentlich geäußerten Protests entlassen.<sup>1185</sup> Den letzteren Fall hatten sowohl IM „Anna“ als auch „Montag“ dem MfS gemeldet.<sup>1186</sup> Daraufhin scheiterte die Ernennung seines Vorgesetzten Eckhard Müller-Mertens zum Sektionsdirektor, das MfS leitete Ermittlungen ein.

Im Rahmen der geschilderten Verfolgungskampagne gegen die Studierenden brachte Streisand einen England-Historiker beim MfS in Verruf, gegen den das Ministerium schon einige Jahre zuvor ermittelt hatte. Der Informant machte sich dabei den Verdacht der Staatssicherheit zu eigen, dass es sich um Ermittlungen in einem Staatsverbrechen handelte. Er erstattete einen Bericht, denn dieser Kollege hatte in seiner Stellungnahme zur „Aufdeckung einer staatsfeindlichen Gruppe“ nur das wiedergegeben, was zuvor „Montag“ selbst als Sektionsdirektor schon in seiner offiziellen Stellungnahme ausgeführt hatte.<sup>1187</sup> Das MfS beschloss erneut zu „ermitteln, welche polit. Rolle der B. spielt“.

Der betreffende Historiker war für das MfS keineswegs ein Unbekannter. Mit Unterstützung zahlreicher anderer geheimer Informatoren war u. a. gegen ihn eine umfangreiche operative Überprüfung schon Ende der 1950er Jahre angelaufen, die unter dem Decknamen „Doppelzüngler“ republikfeindliche Bestrebungen bei SED-Mitgliedern am Fachbereich

---

<sup>1182</sup> Ebd., Bl. 121.

<sup>1183</sup> Ebd., Bl. 122.

<sup>1184</sup> Vgl. ebd., Bl. 150f., 235 und 263.

<sup>1185</sup> Vgl. Eckert u. a., „Klassengegner...“, 201.

<sup>1186</sup> BStU, Zentralarchiv, MfS AIM 1756/72 II, 2, Bl. 256f. bzw. MfS AIM 2920/69, Bd. 2, Bl. 150.

<sup>1187</sup> BStU, Zentralarchiv, MfS AIM 1756/72 II, 3, Bl. 21.

Geschichte vermutete.<sup>1188</sup> Auch Eckhard Müller-Mertens gehörte zu den Verdächtigen, die mit den Reformbestrebungen in Ungarn 1956 sympathisiert hatten, denn er hatte damals den Rücktritt Walter Ulbrichts gefordert.<sup>1189</sup> Kurt Gossweiler berichtete als GI „Arno“, dass Müller-Mertens auch trotzkistische Ansichten zur SED-Landwirtschaftspolitik vertreten habe, und zog dessen anschließende Selbstkritik mit der Diffamierung in Zweifel, dass der Mediävist „frech lügen“ könne.<sup>1190</sup> Ein anderer Angehöriger des Instituts für Allgemeine Geschichte der Neuzeit hatte demnach die Beschränkungen der Öffentlichkeit in der DDR zu durchbrechen versucht, indem er eine Resolution an das ZK der SED verfasst hatte.<sup>1191</sup> Die Verdächtigen wurden bei ihren Treffs in Lokalen beobachtet, ihre Post wurde vom MfS geöffnet, ein GI sollte gar ein Liebesverhältnis zu einer der Frauen eingehen. Die Ermittlungen wurden freilich ergebnislos eingestellt. Allerdings erhielt der England-Historiker, gegen den Streisand später im Zusammenhang mit der Studiengruppe aussagte, an der HU nie einen Lehrstuhl.

#### Die anonymen Briefe eines Mitarbeiters der Sektion Geschichte

Auch bei einem weiteren Großeinsatz des MfS an der Sektion Geschichte geriet Müller-Mertens in Verdacht und seine private Post wurde geöffnet.<sup>1192</sup> Der Vorgang wird hier kurz dargestellt, weil er ein Indiz für das Arbeitsklima am Bereich Geschichte der HU gibt, das durch Konspiration, politischen Druck der SED und die z. T. politisch motivierte Beförderungspraxis seit den 1950er Jahren entstanden war. 1970 und 1978 tauchten an der Sektion anonyme Briefe auf, die an Ernst Hoffmann adressiert waren. Im Rahmen des Operativen Vorgangs „Dozent“ überprüfte das MfS 140 verdächtige Personen an der HU. Joachim Streisand half mit einer akribischen Textanalyse dem MfS, dessen Verdacht sich bald nicht mehr auf Müller-Mertens, sondern auf einen Ethnologen richtete, dessen Dissertation von Ernst Hoffmann abgelehnt worden war. Der Ethnologe hatte demnach schon offizielle Beschwerden über Hoffmann, aber auch über Streisand selbst beim Staatsrat der DDR, bei Walter Ulbricht sowie bei der ZPKK eingereicht.<sup>1193</sup> Gegen ihn wurden nun Ermittlungen im Wohngebiet und in seiner Privatwohnung eingeleitet.<sup>1194</sup> Streisand erhielt den Auftrag, den Kollegen, von dessen revisionistischen Ansichten er berichtete, erneut mit Problemen zu konfrontieren, die ihn zu ideologischen Aussagen zwingen müssten.<sup>1195</sup> Der Betreffende wurde wenig später wegen seiner politisch-ideologischen Schwächen von der Sektion Geschichte entfernt.<sup>1196</sup> Zuvor hatte „Montag“ den Verdacht auch auf dessen

---

<sup>1188</sup> Vgl. BStU, Zentralarchiv, MfS AOP 368/60, Bd. 1 und 2.

<sup>1189</sup> Ebd., Bl. 17 und 121.

<sup>1190</sup> Ebd., Bl. 185f.

<sup>1191</sup> Ebd., Bl. 52.

<sup>1192</sup> BStU, Zentralarchiv, MfS AKK 8998/80.

<sup>1193</sup> BStU, Zentralarchiv, MfS AIM 1756/72 II, 2, Bl. 311–313.

<sup>1194</sup> Ebd., Bl. 322.

<sup>1195</sup> BStU, Zentralarchiv, MfS AIM 1756/72 II, 2, Bl. 321 sowie MfS AIM 1756/72 II, 3, Bl. 16.

<sup>1196</sup> BStU, Zentralarchiv, MfS AIM 1756/72 II, 3, Bl. 85.

unmittelbaren Vorgesetzten gelenkt, den er einmal in Adlershof getroffen hatte. Er sollte ihn ebenfalls „hinsichtlich Anzeichen auf oppositionelle oder revisionistische Haltung [...] unter Kontrolle halten“. <sup>1197</sup> Auftragsgemäß wurde der offenbar schon verängstigte Genosse nun auch von anderen SED-Mitgliedern sowie vom amtierenden Sektionsdirektor Streisand unter Druck gesetzt, den verdächtigen Kollegen nicht weiter zu decken. <sup>1198</sup>

Wiederum spielte im Fall des OV „Dozent“ die Ausschaltung eines nonkonformen wissenschaftlichen Konzepts eine Rolle, denn Streisand zufolge soll der Ethnologe in seiner Promotionsschrift für die Vereinbarkeit von Lenins historischen Theorien mit dem umstrittenen marxischen Konzept der „asiatischen Produktionsweise“ argumentiert haben. Er habe diese Auffassung in einem Wandzeitungsartikel an der Sektion Geschichte publik gemacht. <sup>1199</sup> Hoffmann dagegen habe nachgewiesen, dass nicht einmal Marx und Engels dieses durchgehend vertreten hätten. <sup>1200</sup> Für den politischen Hintergrund der Angelegenheit ist es wichtig, dass das Konzept ein Lieblingsthema reformkommunistischen Denkens war, u. a. von Rudolf Bahro vertreten wurde und der impliziten Kritik am Geschichtsschematismus Stalins wie dem sowjetischen Kommunismus dienen konnte.

Aber jene anonymen Briefe offenbaren noch andere Schwierigkeiten mit dem DDR-Sozialismus an der HU. Sie kritisieren die ausschließlich politisch motivierte Berufung Hoffmanns, dessen „Nichtigkeit im wissenschaftlichen Leben“, während sie das Engagement anderer Professoren der antifaschistischen Generation (Paterna, Bartel) durchaus würdigen, denn sie hätten wenigstens akademische Qualifikationsschriften verfasst. <sup>1201</sup> Dagegen sehen sie in der Berufung Hoffmanns ein Beispiel für die Herrschaft der SED über die Wissenschaft. Die Briefe sprechen im Namen einer jüngeren, reformmarxistischen Generation in der DDR. <sup>1202</sup> Schon im Jahr 1970 sieht der Anonymus an der Sektion Geschichte eine zwiegespaltene Hochschullehrerschaft: Den Karrieristen und Dogmatikern gegenüber hätten die anderen ehrlichen Wissenschaftler längst resigniert.

Über Hoffmanns Position an der Universität wusste das MfS längst Bescheid. Er war selbst schon seit seiner Ernennung zum Professor an der HU als IM „Ernst“ ein verlässlicher Gesprächspartner. <sup>1203</sup> Das MfS wusste auch, dass Hoffmanns Ernennung selbst von parteitreuen Wissenschaftlern damals als Überwachungsmaßnahme gegen die Fachrichtung Geschichte aufgefasst worden war, da Hoffmann aus dem Parteiapparat stammte und wissenschaftlich ganz ohne Anklang geblieben war. <sup>1204</sup> Dementsprechend fühlte sich IM

---

<sup>1197</sup> BStU, Zentralarchiv, MfS AIM 1756/72 II, 3, Bl. 17.

<sup>1198</sup> Ebd., Bl. 35–38. In seinem Bericht lenkte der IM „Montag“ zusätzlich die Aufmerksamkeit des MfS auf die Vergangenheit der beiden Ethnologen, denn diese kannten sich schon aus der faschistischen Wehrmacht.

<sup>1199</sup> BStU, Zentralarchiv, MfS AIM 1756/72 II, 2, Bl. 329.

<sup>1200</sup> Vgl. Streisands längeren Bericht über Hoffmann in: BStU, Zentralarchiv, MfS AIM 1756/72 II, 3, Bl. 82–86. Gegen den Vorwurf in den anonymen Briefen, Hoffmann sei wissenschaftlich nicht produktiv, verweist „Montag“ auf dessen Artikel über die Dorfgemeinde in EAZ 1972, H.1., 71ff.

<sup>1201</sup> BStU, Zentralarchiv, MfS AP 9088/80, Bd. 1, Bl. 38.

<sup>1202</sup> Vgl. ebd., Bl. 8–10 sowie Bl. 59–62.

<sup>1203</sup> Ebd., Bl. 16.

<sup>1204</sup> BStU, Zentralarchiv, MfS AP 9088/80, Bd. 2, Bl. 5.

„Ernst“ dort selbst nicht recht wohl, sah sich von Karrieristen und Intriganten umgeben. Er misstraute sogar seinem einzigen Assistenten, denn der „arbeitet mit allen Mitteln der Intrige gegen ihn“. <sup>1205</sup> Im Rahmen der Ermittlungen im OV „Dozent“ übergab er dem MfS einen Zigarettenstummel des Assistenten, von dem eine Speichelprobe gemacht werden sollte. <sup>1206</sup>

### Ausmaß der Überwachung des Fachbereichs Geschichte durch das MfS

Neben den Genannten arbeiteten nach den bisherigen, keineswegs vollständigen Erkenntnissen zahlreiche andere Informelle Mitarbeiter im Fachbereich Geschichte der HU. Nicht alle Fälle sind von den Umständen der Anwerbung an so gut dokumentiert; sie können daher nicht umstandslos mit der umfassenden Auskunftsbereitschaft, aber auch nicht mit der persönlichen Notsituation Streisands um 1956 gleichgesetzt werden. <sup>1207</sup> Allein in den hier untersuchten Akten tauchten die IM „Alexander“, „Wolf“, „Heinz“, „Rembrandt“, „Maddaleine“, „Bernhard“, der GM „Arno Falk“ und die GI „Karl“ und „Jupp“ auf. Als GI „Montag“ hatte Streisand dem MfS die Namen weiterer Mitarbeiter aus dem Kollegenkreis genannt, die für die „Unterstützung des MfS geeignet [schienen], aber in der wissenschaftl. Arbeit keine Perspektive haben“. <sup>1208</sup> Heinrich Scheel hatte seinen Arbeitsschwerpunkt als GMS „Heiner“ offenbar an der Akademie. <sup>1209</sup> Bekannt sind weiterhin Horst Schützler (IM „Walter“), Gerhard Engel (IM „Stern“) <sup>1210</sup> und Walter Bartel (GMS).

Waltraud Bleiber (IM „Anna“), langjährige Assistentin im Bereich mittelalterliche Geschichte, berichtete des Öfteren über Frithjof Sielaff, der ihre Promotionsarbeit betreute. <sup>1211</sup> Sielaff wurde auch von anderen IM überwacht, auch seine häusliche Umgebung wurde durch das MfS untersucht, seine studentischen Anhänger gerieten in Verdacht. <sup>1212</sup> Aber auch über andere Kollegen wie ihren Vorgesetzten Müller-Mertens berichtete „Anna“. <sup>1213</sup> Doch hatte das MfS offenbar Grund zu der Annahme, dass „Anna“ nicht wachsam und aufrichtig genug für das MfS arbeitete. Martin Zöllner (IM „Martin“) vom Institut für Geschichte der UdSSR interessierte das MfS besonders wegen seiner Verbindungen nach Westberlin und Jugoslawien. Er hatte offenbar sogar die Übernahme einer eigenen Arbeitsgruppe und schließlich seinen Aufstieg zum Professor an der HU der

---

<sup>1205</sup> Ebd., Bl. 7.

<sup>1206</sup> Ebd., Bl. 61.

<sup>1207</sup> Heinz Kamnitzer, später als IM „Georg“ im Schriftstellerverband der DDR tätig, wurde während seiner HU-Zeit selbst durch das MfS beobachtet und mit antisemitischen Untertönen als Trotzkist verdächtigt. BStU, Zentralarchiv, MfS AP 2752/55, Bl. 3. Vgl. Bl. 14: „Typisch für K. ist, dass bei allen Verhandlungen mit ihm [!] das Geld eine grosse Rolle spielt.“ Für die spätere Erfassung als IM vgl. Art. Kamnitzer, Heinz, in: Müller-Engbers u. a. (Hg.), Wer war wer, 408.

<sup>1208</sup> BStU, Zentralarchiv, MfS AIM 1756/72 II, 2, Bl. 295.

<sup>1209</sup> BStU, Zentralarchiv, MfS AP, Nr. 47.381/92. Vgl. dazu Johannes Tuchel, Das Ministerium für Staatssicherheit und die Widerstandsgruppe „Rote Kapelle“ in den 1960er Jahren, in: ders. (Hg.), Der vergessene Widerstand. Zur Realgeschichte und Wahrnehmung des Kampfes gegen die NS-Diktatur, Göttingen 2005, 232–270.

<sup>1210</sup> Vgl. die entsprechenden Artikel in Mertens, Lexikon. Einige weitere Klarnamen fanden sich in den hier untersuchten Akten, ohne dass schon ein eindeutiges Urteil gefällt werden könnte.

<sup>1211</sup> Vgl. BStU, Zentralarchiv, MfS AIM 2920/69.

<sup>1212</sup> Vgl. BStU, Zentralarchiv, MfS AKK 9005/80.

<sup>1213</sup> BStU, Zentralarchiv, MfS AIM 2920/69, Bl. 19 u. ö.

Mitwirkung des MfS zu verdanken.<sup>1214</sup> Er hatte sich gelegentlich auch als Nachfolger für seinen Chef Eduard Winter ins Spiel gebracht, den er in der Leitung eines Bereichs an der Akademie für überfordert hielt.<sup>1215</sup> Allerdings war er durchaus bereit, bedrohte Studenten in Schutz zu nehmen. Auf die gezielte Frage nach einer republikfeindlichen Gruppierung an der HU antwortete er: „Eine solche Gruppe kann es nicht geben!“<sup>1216</sup>

Fazit: Geheimdienstliche Überwachung als Entwicklungshemmnis für die DDR-Geschichtswissenschaft und als Erklärungsansatz für das ‚Paradox von Stabilität und Revolution‘

Die Geschichtswissenschaft an der HU war spätestens seit dem Krisenjahr 1956 Objekt intensiver Überwachung durch die Staatssicherheit der DDR.<sup>1217</sup> Schwer nachzuvollziehen bleibt, inwiefern das MfS auch die Personalpolitik und die wissenschaftliche Arbeit zu steuern imstande war. Immerhin scheint es mit Martin Zöller eine Historiker-Karriere gegeben zu haben, die sich der engen Zusammenarbeit mit dem MfS verdankte. Dem stehen allerdings eine Mehrzahl anderer Beispiele der Personalpolitik gegenüber, in denen die Historiker selbst Berufungen oder Ernennungen in die Wege leiteten, oder in denen die Anstöße aus dem ZK der SED kamen. Besonders die politischen Auseinandersetzungen mit den Geschichtsstudenten nach 1968 zeigen, dass das MfS zumeist im Hintergrund agierte, mit Streisand, Ernst Hoffmann oder auch Gerhard Engel allerdings über Informelle Mitarbeiter in wichtigen Gremien verfügte und wahrscheinlich ganz ähnlich auch die Vorstöße der offen agierenden Universitätsparteileitung deckte und steuerte. Das MfS war ein wichtiger politischer Akteur neben den SED-Institutionen an der Universität sowie den SED-Mitgliedern unter den Historikern.

Als Wegscheide für die Beziehungen zwischen Historikern und MfS hat sich das Jahr 1956 herausgestellt. Unter dem Druck der „Entstalinisierungskrise“ des Ulbricht-Regimes verstärkte das MfS die Überwachung der Intelligenz.<sup>1218</sup> Gleichzeitig versuchte nun die Geheimpolizei, eine größere Anzahl von Wissenschaftlern zur Zusammenarbeit zu gewinnen,<sup>1219</sup> nachdem schon im Herbst 1955 eine interne „Direktive“ die Beteiligung von ausgewiesenen Fachleuten an der „operativen Arbeit“ an wissenschaftlichen Institutionen befohlen hatte.<sup>1220</sup> Einige Historiker wie Jürgen Kuczynski, Alfred Meusel und wahrscheinlich auch Fritz Klein blieben trotz einiger Anwerbeversuche zwischen 1956 und

---

<sup>1214</sup> MfS AIM 15392/89, Bd. 1, Bl. 160 sowie Bd. 4, Bl. 74.

<sup>1215</sup> Ebd., Bd. 1, Bl. 162.

<sup>1216</sup> Ebd., Bd. 4, Bl. 73.

<sup>1217</sup> Vgl. auch Rainer Eckert, Wissenschaft mit den Augen der Staatssicherheit. Die Hauptabteilung XVIII/5 des Ministeriums für Staatssicherheit in den Jahren vor der Herbstrevolution von 1989, in: Gustavo Corni (Hg.), Die Mauern der Geschichte. Historiographie in Europa zwischen Diktatur und Demokratie, Leipzig 1996, 138–158.

<sup>1218</sup> Vgl. auch die Analyse der Feindtätigkeit innerhalb der wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz, o. Verf., o. D. (1958), Bl. 1–88; BStU, MfS, BdL/Dok. 005154.

<sup>1219</sup> Herzberg, Anpassung, 335.

<sup>1220</sup> Eckert, Die Rolle, 1018.

1958 dauerhaft auf Abstand zur Geheimpolizei.<sup>1221</sup> Sie entschieden sich für den Weg der von Axel Fair-Schulz sogenannten *loyal subversion* im Doppelsinn, indem sie sich dem allgemeinen politischen Kurs unterordneten und diesen wohl auch innerlich bejahten, aber sich dabei Spielräume eigenständigen Arbeitens erhielten.

Ganz ähnlich agierte im engeren Bereich der HU Eckhard Müller-Mertens. Der Mediävist entzog sich, begünstigt durch sein relativ politikfernes Arbeitsfeld, in seiner wissenschaftlichen Forschungsarbeit mehr und mehr den Anforderungen der offiziellen SED-Politik. Dabei blieb er allerdings in verschiedenen Funktionen, u. a. als Fachrichtungsleiter sowie als Leiter der Studienplankommission an anderen Stellen in die SED-Geschichtspolitik eingebunden und verhielt sich durchaus loyal.<sup>1222</sup> Für eine Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit gibt es keine Anzeichen.

Anders Joachim Streisand, den die SED-Kampagne 1956/57 in einer schwierigen biografischen Situation traf. Anzeichen für eine *loyal subversion* im Doppelsinn gibt es bei diesem marxistischen Bildungsbürger überhaupt nicht. Stattdessen lässt sich eine weitreichende Unterwerfung unter die Parteilinie feststellen, die ihn selbst bei Kollegen in Misskredit brachte. Die Bereitschaft zur Unterwerfung führte bei diesem Historiker bis zur umfangreichen, langjährigen Zusammenarbeit mit dem MfS, sodass er auch in diesem Bereich die immer prekäre Unabhängigkeit der Wissenschaft von der Politik aktiv bekämpfte. Besonders augenfällig wird diese Rolle bei der Berichterstattung über Vorstellungen von Studierenden und Kollegen, die nach Meinung Streisands nicht der offiziellen SED-Politik entsprachen. Zweifel am Geschichtsbild der SED, die christliche Glaubensgrundsätze oder den Kurs der KPD in der Vorkriegszeit betrafen, wurden von ihm nicht nur offiziell bekämpft, sondern auch intern bei der Geheimpolizei denunziert. Vorsichtige Anregungen im theoretischen Bereich, etwa durch Max Weber, durch die westdeutsche Sozialwissenschaft oder durch die Diskussion des Imperialismus-Begriffs, stellte Streisand gleichfalls unter politischen Verdacht,<sup>1223</sup> während er selbst offiziell als Sachverständiger in Theoriefragen auftrat. Auch die Intervention Ernst Hoffmanns gegen das reformmarxistische Konzept der „asiatischen Produktionsweise“ unterstützte Streisand und informierte das MfS über dessen politische Implikationen.

Mit Ernst Hoffmann war zudem an der HU ein weiterer IM als Professor für Theoriefragen zuständig, der in dieser Funktion die dogmatische Auslegung des Historischen Materialismus überwachte. Ein Mitarbeiter, der sich diesem Diktat nicht beugen wollte, wurde in den

---

<sup>1221</sup> Vgl. zu den gescheiterten Anwerbeversuchen bei Meusel und Kuczynski: Keßler, *Exilerfahrung*, 84 und 139.

<sup>1222</sup> Vgl. die Autobiografie Müller-Mertens, *Existenz*, 199: „Ich bin meinen eigenen Weg gegangen. Ich habe nach meinem Gewissen gehandelt, habe das aber so eingekleidet, daß es nicht zum Konflikt mit der Partei kam. Das verlief in Wellen, bis in Konfrontationen und Konflikte, und es gab Unterwerfungsgesten“.

<sup>1223</sup> Er unterstützte damit die offizielle Abschottungspolitik der SED, vgl. auch Karlheinz Blaschke, *Die Rezeption der westlichen Geistes- und Sozialwissenschaften in der DDR und die Wahrnehmung der westdeutschen und ausländischen DDR-Forschung*, in: *Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“*, hg. vom Deutschen Bundestag, Bd. IV/2: *Bildung, Wissenschaft, Kultur*, Frankfurt a. M. 1999, 959–1012.

1970er Jahren von der Sektion entfernt. Auch die Studierenden, die sich mit reformmarxistischen Gedanken beschäftigten, wurden unter Mithilfe der IM gemäßregelt.

Diese Konflikte um das Jahr 1968 herum zeigen eine zweite Kulminationsphase bei der Bekämpfung politischen Widerspruchs an. Während 1956–1958 die erst unlängst im Machtzentrum der DDR-Geschichtswissenschaft etablierten Historiker vorsichtige Korrekturen angemahnt hatten, traten nun jüngere Assistenten und Studierende mit abweichenden Ideen auf. Diese Vorgänge tragen Züge eines Generationenkonflikts,<sup>1224</sup> bei dem sich die älteren Wissenschaftler nach den zurückliegenden Erfahrungen entweder betont zurückhielten, oder sich selbst an der Fesselung des Widerspruchs beteiligten.

Nach diesen Auseinandersetzungen scheint es in der HU-Geschichtswissenschaft bis 1989 politisch ruhig geblieben zu sein. Die Maßregelung eines Studenten während der „Biermann-Affäre“ scheint keine vergleichbar weiten Kreise gezogen zu haben. Ganz generell ist es an den Universitäten und Hochschulen der DDR insgesamt bis zum Fall der Mauer kaum noch zu politischen Konflikten gekommen.<sup>1225</sup> Doch die beiden anonymen Briefe und Flugblätter, in denen sich allein noch Widerspruch artikulieren konnte, geben ein Indiz für das vergiftete Klima, das nach der politischen Kampagne 1968–1972 entstanden war.<sup>1226</sup> Wenn es politischen Widerspruch noch gab, konnte er nicht offen ausgetragen werden. Auch Theoriedebatten mit ihren politischen Obertönen wurden nicht geführt. Eine „Kulturgeschichte der Arbeiterklasse“ als Gegenentwurf zur offiziellen Geschichte der Arbeiterbewegung entstand bei den Kulturwissenschaftlern der HU.<sup>1227</sup> Als gegen Ende der 1980er Jahre an der HU einige Mitarbeiter der Sektion Marxismus-Leninismus wenigstens Ansätze für einen von der SED selbst geführten reformsozialistischen Wandel erarbeiteten und damit wahrscheinlich einen Beitrag zum Machtverzicht der Parteispitze 1989 leisteten, beteiligten sich Historiker nicht an dieser Diskussion.<sup>1228</sup> Auch die reformorientierten Überlegungen etwa Wolfgang Heises oder an der Sektion Germanistik, die in engem Zusammenhang mit der kulturellen Szene Berlins standen, scheinen keine Spuren bei der Sektion Geschichte hinterlassen zu haben.<sup>1229</sup>

Die Ausführungen legen zwei Thesen nahe: Die Arbeit der IM und des MfS behinderte durch die politische Durchherrschung der HU-Geschichtswissenschaft eine eigenständige wissenschaftliche Entwicklung. Eklatant trat dieser Mangel am Ende der DDR als Theoriedefizit in Erscheinung, wäre doch eine neuartige, marxistische Geschichtswissenschaft nach 1945 in besonderem Maße ‚theoriebedürftig‘ gewesen. Die

---

<sup>1224</sup> 1968 als Generationenkonflikt – siehe Stefan Wolle, *Der Traum von der Revolte. Die DDR 1968*, Berlin 2008.

<sup>1225</sup> So Eckert, *Die Rolle*, 1029, und im Zusammenhang mit der steigenden Zahl inoffizieller Mitarbeiter: 1046.

<sup>1226</sup> Ähnlich auch Pätzold, *Die Geschichte*, 178–189, der an anderer Stelle aber auch eine kreative Arbeitsatmosphäre bei den Historikern betont.

<sup>1227</sup> Vgl. Adelheid von Saldern, *Eine soziale Klasse isst, trinkt und schläft nicht. Die Arbeitsgruppe „Kulturgeschichte der deutschen Arbeiterklasse“*, in: Georg G. Iggers u. a. (Hg.), *Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem* (HZ, Beihefte N. F., Bd. 27), München 1998, 241–260.

<sup>1228</sup> Vgl. dazu ausführlich Dieter Segert, *Das 41. Jahr. Eine andere Geschichte der DDR*, Wien 2008.

<sup>1229</sup> Vgl. Art. Heise, Wolfgang, in: Müller-Engbers u. a. (Hg.), *Wer war wer*, 329f.



Unterdrückung politischer Opposition führte darüber hinaus an der HU-Geschichtswissenschaft zu einer Abkoppelung von jenen gesellschaftlichen Strömungen, in denen im Vorfeld von 1989 reformmarxistische, humanistische und christliche Ideen zur Kritik an der DDR und ihrer Version des Sozialismus zusammenfanden. Die SED-treue Historikerschaft konnte aufgrund dieser Abschottung – trotz ihrer Nähe zur studentischen Jugend – keinen Beitrag zur Bewältigung der die DDR bedrängenden Probleme leisten. Die finale Krise des SED-Regimes konnte sich daher unbemerkt von einer der zentralen Institutionen der DDR-Geschichtswissenschaft, d. h. hinter dem Rücken der HU-Historiker vorbereiten. Die Tätigkeit des Geheimdienstes, seiner Zuträger unter den Historikern wie auch die politische Verfolgung von abweichendem Denken durch die Instanzen der SED an der HU trugen damit bei zur lange währenden Stabilität der DDR, wie auch zu ihrem jähen Zusammenbruch.

## **C.II.2 Eckhard Müller-Mertens: Rückkehr zum „Historismus“**

Der Lebenslauf und die wissenschaftliche Karriere des Mediävisten Eckhard Müller-Mertens verliefen ähnlich und doch anders als die des drei Jahre älteren Streisand. Beide Biografien zeigen in ihrem Kontrast Bedingungen und Möglichkeiten der Arbeit als Historiker in der DDR.

### Biografie

Müller-Mertens wurde im August 1923 in Berlin geboren.<sup>1230</sup> Sein Vater arbeitete zunächst als kaufmännischer Angestellter, wurde dann Funktionär der KPD und emigrierte 1933 nach Schweden, blieb dort auch nach Kriegsende und wurde Gärtner. Die Mutter Elisabeth, geb. Mertens, war in Deutschland geblieben und hatte nach Auskunft des Sohnes „Entbehrungen und Verfolgungen“ ertragen müssen.<sup>1231</sup> Sie starb als anerkanntes ‚Opfer des Faschismus‘ schon 1949 infolge der Strapazen. Müller-Mertens besuchte die Volks- und später die Mittelschule; er legte nach einer kaufmännischen Lehre während der Militärzeit ein Notabitur ab. Seit November 1941 diente der damals 18-jährige bei der Kriegsmarine und wurde 1945 aus englischer Kriegsgefangenschaft entlassen. Nach einer Tätigkeit als Hilfsarbeiter in einem Holzwerk in Niedersachsen kehrte er im Sommer 1946 nach Berlin zurück und arbeitete zunächst bei der Bahnpolizei. Doch schon zum kommenden Semester – dem Wintersemester 1946/47 – immatrikulierte sich Müller-Mertens an der Berliner Universität, studierte Geschichte und Soziologie und später Philosophie. In seinem

---

<sup>1230</sup> Vgl. die beiden Lebensläufe: HUUA, Philosophische Fakultät, Habilitation Dr. Eckhard Müller-Mertens, 21. 3. 1956, Bl. 3; ebd., Philosophische Fakultät, Promotion, Eckhard Müller-Mertens, 14. 11. 1951, o. B.; Ilko-Sascha Kowalczyk, Art. Müller-Mertens, Eckhard, in: Müller-Engbers u. a. (Hg.), Wer war wer, 605 sowie die Auskünfte in: Eckhard Müller-Mertens, Bürgerlichkeit – Marxismus – Autonome Konzeption. Wege in eine eigene Theorie von Geschichte, Berichte und Abhandlungen 7 (1999), 221–236.

<sup>1231</sup> So die Auskunft im Lebenslauf HUUA, Philosophische Fakultät, Promotion, Eckhard Müller-Mertens, 14. 11. 1951, o. B.

Lebenslauf zur Promotion nennt Müller-Mertens als Dozenten von ihm besuchter Vorlesungen und Übungen: die Geschichtswissenschaftler Hartung, Kamnitzer, Meusel, Meyer, Rörig; die Philosophen Walter Hollitscher und Liselotte Richter, den alten Soziologen Alfred Vierkandt. Müller-Mertens schloss sein Studium 1951 mit einer Promotion über die Herrschaftsverhältnisse in brandenburgischen Dörfern nach 1375 ab (*magna cum laude*) und übernahm eine Lehrtätigkeit an der HU, zeitweilig auch an der PH Potsdam. Die Habilitation gelang 1956 mit einer Arbeit über die brandenburgischen Städte im Mittelalter; Müller-Mertens wurde 1960 Professor mit Lehrauftrag, 1964 mit vollem Lehrauftrag, und ab 1968 Professor mit Lehrstuhl. Zwischen 1963 und 1968 leitete der nunmehr anerkannte Mediävist die Fachrichtung Geschichte der Humboldt-Universität, bis zu seiner Pensionierung 1988 dann weiterhin den Bereich der mittelalterlichen Geschichte. Parallel zu seiner Hochschulkarriere leitete Müller-Mertens an der Akademie der Wissenschaften einen Bereich der MGH, er war von 1966 bis 1990 Vorsitzender der Hansischen Arbeitsgemeinschaft.<sup>1232</sup>

Die wissenschaftliche Laufbahn war verknüpft mit politischer Einbindung und zeitweilig aktivem Engagement für die SED. Müller-Mertens war zwischen 1949 und Dezember 1989 Mitglied der SED (übernahm zeitweilig auch Leitungsfunktionen, s. u.), auch der FDJ (hier u. a. fachlicher Leiter einer Studiengruppe), des FDGB und der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft. Sein Promotionsvorhaben wurde seit dem 1. 4. 1950 mit einem Sonderstipendium des Ministeriums für Volksbildung gefördert; zur Vorbereitung der Habilitation wurde Müller-Mertens im Dezember 1951 in eine wissenschaftliche Aspirantur aufgenommen, die der bürgerliche Mediävist Heinrich Sproemberg in Leipzig betreute.

Seine soziale Herkunft aus dem ‚Kleinbürgertum‘ ist Müller-Mertens bei politischen Konflikten immer wieder vorgehalten und mit einer angeblichen Neigung zum Intellektualismus etc. verknüpft worden. Dennoch scheint Müller-Mertens auch aus einem kommunistischen Elternhaus zu stammen. Auffällig ist der – trotz des kommunistischen und antifaschistischen Hintergrunds – relativ späte Eintritt in die SED, drei Jahre nach dem Beginn des Studiums (und drei Monate vor dem Beginn eines Stipendiums des MfVB). Eine ganze Anzahl älterer bürgerlicher Professoren werden als akademische Lehrer genannt; die jugendliche Prägung durch die Existenzphilosophie hat Müller-Mertens selbst herausgestellt.<sup>1233</sup> In Müller-Mertens’ Spezialgebiet, der mittelalterlichen deutschen Geschichte, waren marxistische Historiker schlichtweg nicht vorhanden. Als seinen eigentlichen akademischen Lehrer hat Müller-Mertens im Gespräch emphatisch Fritz Rörig genannt,<sup>1234</sup> den Einfluss von Sproemberg in Leipzig geringer veranschlagt.<sup>1235</sup> Den

---

<sup>1232</sup> Zum Karriereweg vgl. die Bemerkungen am Beginn von: Eckhard Müller-Mertens, Politische Wende und deutsche Einheit. Fixierung und Reflexion der Ereignisse in der DDR 1989/1990, Berlin 1997; sowie ders., Nationale Frage, deutscher Staat, Ermittlungsmethoden. Bemerkungen zu Forschungen an der Humboldt-Universität über das mittelalterliche Reich, in: Michael Borgolte (Hg.), Mittelalterforschung nach der Wende 1989, München 1995, 27–42.

<sup>1233</sup> Vgl. dazu Eckhard Müller-Mertens, Existenz.

<sup>1234</sup> „Die Studien über die Agrarstruktur und die Städte der Mark führten über die Vorstellungen Fritz Rörigs

Marxismus könnte Müller-Mertens an der Universität neben den obligatorischen Kursen doch vielleicht durch die Brille von Walter Hollitscher kennengelernt haben. Kuczynski spielte für die historische Ausbildung keine Rolle, zu Alfred Meusels Gruppe gehörte Müller-Mertens nicht, da fehlte wohl nicht zuletzt das Parteibuch.

Im Rückblick werden die bürgerlichen Prägungen stärker, die marxistischen erscheinen kontingent; das ist natürlich auch das Ergebnis der späteren Selbstdeutungen Müller-Mertens'; die Übernahme der Parteifunktionen in der Grundorganisation Historiker, die eingehende Beschäftigung mit Grundschriften von Marx, Engels, Lenin, Stalin lassen doch auch den Marxismus als echte, anfängliche Überzeugung erscheinen, die nicht nur instrumentell – etwa zu Erlangung eines Stipendiums – erlangt wurde. Die Spannung zwischen Bürgerlichkeit und Marxismus wird an den Schriften in ihrer Entwicklung nachzuvollziehen sein.

### Qualifikationsschriften und erste Synthese: Die Ottonen

Müller-Mertens' Qualifikationsschriften führen Anregungen aus, die sein Lehrer Fritz Rörig in einer historischen Umbruchsituation gegeben hatte. Ein Blick auf Rörigs Artikelserie „Geschichte und Gegenwart“ genügt hier: Stadt und mittelalterliches Königreich als Gegengewichte gegen eine einseitig negative Wertung der deutschen Geschichte, die darum eine „Tragödie“ sei, weil sich diese positiven Ansätze nicht gegen die Macht des Partikularismus hätten durchsetzen können.<sup>1236</sup> Auch in seinen ersten Vorlesungen über „Grundprobleme der Geschichte des Abendlandes, insbesondere des Mittelalters“ beabsichtigte Rörig, ein Gegenbild zu den nationalsozialistischen Interpretationen etwa des Reiches und der Ostkolonisation zu entwickeln, das die deutsche Geschichte gleichwohl nicht als positives Bezugsmoment für die Gegenwartsorientierung verleugnen wollte.<sup>1237</sup> Geschichte war hier nicht einfach kritische Aufklärung, sondern noch immer als Sinnstiftung gedacht. „In dem Akademievortrag ‚Geblütsrecht und freie Wahl in ihrer Auswirkung auf die deutsche Geschichte‘ lag Rörig besonders daran, einen gedanklichen Bogen zwischen der Geschichte des Mittelalters und den politischen Erfordernissen der Gegenwart zu spannen. Die Einheit Deutschlands war für Rörig das Grunderfordernis der Nachkriegsentwicklung.“<sup>1238</sup>

---

hinaus. Weder seine von der Forschung heute aufgegebenen Gründungs-Unternehmertheorie noch die Ortsbestimmung des bürgerlichen Lehnbesitzes, soweit die Beziehung zwischen Grundbesitz und Rentnerdasein gesehen wurde, ließen sich bestätigen. Doch diese Weiterführung gründet sich auf seine Anregung, zehrt von seinem wissenschaftlichen Erbe, steht in seinem Andenken. Und sie bestätigt Rörig in seinem Anliegen, der schöpferischen geschichtlichen Leistung des mittelalterlichen Bürgertums gerecht zu werden.“ Eckhard Müller-Mertens: Fritz Rörig, das Landbuch Karls IV. und das märkische Lehnbürgertum, in: Evamaria Engel und Benedykt Zientara, Feudalstruktur, Lehnbürgertum und Fernhandel im spätmittelalterlichen Brandenburg, Abh. zur Handels- und Sozialgeschichte Bd. VII (1967), S. 28.

<sup>1235</sup> Müller-Mertens fuhr mit Bernhard Töpfer nach dem Tod Rörigs sonnabendlich zum Kolloquium nach Leipzig zu Sproemberg. Vgl. dazu Didczuneit, Geschichtswissenschaft in Leipzig.

<sup>1236</sup> Rörig, Geschichte und Gegenwart.

<sup>1237</sup> Vgl. Peter Neumeister, Fritz Rörig. 1882 bis 1952, in: Heinz Heitzer und Karl-Heinz Noack (Hg.), Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft. Biographien, Berlin 1989, 216–230, 223.

<sup>1238</sup> Neumeister, Fritz Rörig, 224.

Die Promotionsschrift des letzten Rörig-Schülers Müller-Mertens behandelte eine Fragestellung, die die Sozialgeschichte des Spätmittelalters mit der politischen Geschichte der damaligen Herrschaftsverhältnisse verknüpfte.<sup>1239</sup> Als Quellengrundlage diente mit dem Landbuch Karls IV. ein Urbar, das erstmals für Brandenburg ein Verzeichnis der Dörfer, der in ihr lebenden Menschen und ihrer wirtschaftlichen und rechtlichen Stellung bot. Es war bislang angesichts der Vorliebe der Mediävistik für erzählende Quellen bzw. Urkunden noch nicht im Zusammenhang erschlossen worden. Das Dissertationsthema war von Fritz Rörig angeregt worden und lag ganz auf der Linie der von diesem verfolgten sozialgeschichtlichen Fragestellungen. Zugleich konnte Müller-Mertens hier den für das marxistische Geschichtsbild so wichtigen Prozess des Umbruchs vom mittelalterlichen Lehwesen zur Gutsherrschaft verfolgen, sowie in Ansätzen auch die Entwicklung des Bürgertums mit Kaufmannskapital und Warenproduktion. Ursprünglich war diese letzte Frage vom Verfasser sogar als das zentrale Thema der Arbeit gedacht gewesen.<sup>1240</sup> Den Übergang zur Gutsherrschaft schilderte Müller-Mertens mit deutlicher Parteinahme für die bäuerliche Bevölkerung.<sup>1241</sup> Dennoch lassen die Gutachten von Rörig und Meusel keinen Konflikt zwischen marxistischer und bürgerlicher Geschichtswissenschaft erkennen. Beide vereinte das „Bemühen, das Thema aus dem Bann einer idealistischen, rechtshistorischen Untersuchungsweise herauszulösen und politisch-ökonomisch zu fundieren.“<sup>1242</sup>

Zu bedeutenderen Schwierigkeiten kam es bei der Habilitation, die fünf Jahre später erfolgen sollte. Inzwischen war Fritz Rörig verstorben und Müller-Mertens für die mediävistische Ausbildung zu Heinrich Sproemberg nach Leipzig gewechselt. Müller-Mertens reichte zunächst schon 1954, drei Jahre nach der Promotion, seine „Untersuchungen zur Geschichte der brandenburgischen Städte im Mittelalter“ als Habilitationsschrift ein. Sproemberg, Albrecht Timm und Fritz Hartung wurden um Gutachten gebeten. Mit Gerhard Schilfert kam noch ein junger marxistischer Historiker hinzu, der mittlerweile die Fachrichtung Geschichte leitete.<sup>1243</sup>

Offenkundig hatte Müller-Mertens nun sein schon mit der Promotion verknüpftes Interesse an der Entwicklung des mittelalterlichen Bürgertums weiter verfolgen wollen. Sproemberg lehnte die Arbeit jedoch als Habilitation ab und empfahl ihre Überarbeitung auf Grundlage der Gutachten. Seine Einwände resultierten aus dem Umfang der Schrift, die zahlreiche Themen anriss, ohne sie eingehend zu untersuchen.<sup>1244</sup> Die jeweilige Forschungsliteratur sei

---

<sup>1239</sup> „Hufenbauern und Herrschaftsverhältnisse in brandenburgischen Dörfern nach dem Landbuch Karls IV. von 1375“, Phil. Diss. Humboldt-Universität zu Berlin, 14. 11. 1951. Gutachter waren Fritz Rörig und Alfred Meusel.

<sup>1240</sup> Vgl. das Gutachten des akademischen Lehrers Fritz Rörig in: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Promotion Eckhard Müller-Mertens, 14.11. 1951.

<sup>1241</sup> Vgl. Müller-Mertens, Hufenbauern, 99.

<sup>1242</sup> Vgl. das Gutachten des Zweitgutachters der Promotion, Alfred Meusel: HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Promotion Eckhard Müller-Mertens, 14.11. 1951., S. 2 .

<sup>1243</sup> Schilfert schrieb sein Gutachten zuletzt, warum vier statt drei Gutachter eingeladen waren, wird nicht ersichtlich.

<sup>1244</sup> Dieses und die folgenden Gutachten finden sich in der Habilitationsakte in HUUA, Philosophische Fakultät, Habilitation Dr. Eckhard Müller-Mertens, 21. 3. 1956. Die zitierten Monita Sproembergs darin Bl. 9–17.

nicht herangezogen, ein notwendiger Vergleich mit der städtischen Entwicklung in anderen Territorien werde nicht durchgeführt, und daher sei die Entwicklung der Städte als zu selbständig beurteilt. Die Arbeit wäre zu kürzen und zu konzentrieren, sie sollte mehr in die Tiefe gehen als in die Breite. Albrecht Timm kam zu dem gleichen Ergebnis.<sup>1245</sup> Stärker als die beiden Mediävisten stellte der Neuzeithistoriker Hartung die Anlehnung Müller-Mertens' an den Marxismus heraus. Er schließt sich den Monita Sproemberg an, führt sie aber auf den zentralen Aspekt zurück, „dass der Verfasser von sehr allgemeinen Formulierungen ausgeht, die Marx und Engels für die Entwicklung der mittelalterlichen Städte aufgestellt haben.“<sup>1246</sup> Abgesehen davon, dass diese Wiedergabe von Bekanntem überflüssig sei, sei es der „richtige Weg für eine solche Monographie“, „dass auf Grund der Quellen dargestellt wird, was wir über die Entwicklung der brandenburgischen Städte wissen.“ Wo Müller-Mertens diesen Grundsatz befolgte, sei er tatsächlich zu neuen Ergebnissen gekommen, allerdings sei das „Grundgeborenen des mittelalterlichen Territoriums, dass der Landesherr vom Kapital lebt“, „nicht erkannt.“ Unter Berufung auf die Tradition der Fakultät befürwortet auch Hartung eine Neuverlage der überarbeiteten Schrift, da er trotz der Einwände in Müller-Mertens einen „aussichtsreiche[n] Anwärter auf die akademische Laufbahn“ zu erkennen glaubt.

Zuletzt gutachtete Gerhard Schilfert. Da sein Name auch auf dem Formular zur Anmeldung zur Habilitation zuletzt und außerhalb der dafür vorgesehenen Zeile erscheint und zudem drei Gutachter in einem normalen Habilitationsverfahren ausgereicht hätten, wird er nachträglich hinzugezogen worden sein. Schilfert lobt nun ausdrücklich den materialistischen Ansatz der Arbeit, die „unter ‚Stadt‘ primär ein sozialökonomisches Gebilde versteht“<sup>1247</sup>, wertet die erzielten Forschungsergebnisse gegenüber den Mängeln der Arbeit deutlich auf und empfiehlt die Schrift zur Annahme als Habilitationsleistung. Zwei Monate nach Abfassung dieses letzten Gutachtens entschied der Fakultätsrat am 6. 4. 1955 „mit 15 Stimmen gegen 10 bei 2 Enthaltungen“, <sup>1248</sup> die Arbeit zur Überarbeitung zurückzugeben. Vermutlich war Schilferts Intervention mit Blick auf diese prekären Stimmenverhältnisse im Fakultätsrat erfolgt, in dem bürgerliche Wissenschaftler aus anderen Fächern die marxistischen Historiker dominierten. Nach Lage der Gutachten hat wohl nicht so sehr die materialistische Konzeption, sondern haben jene Mängel (Stringenz, Forschungsliteratur), die aus der schnellen Erarbeitung der Schrift resultierten, den Zweifel an dem Kandidaten genährt. Müller-Mertens war zu diesem Zeitpunkt Mitglied der SED, zeitweise auch Vorsitzender der SED-Grundorganisation Historiker der HU, sodass der Eindruck entstehen konnte, dass hier durch die Reduzierung der Standards des traditionellen Karrierewegs die Etablierung eines marxistisch gesinnten Nachwuchskaders ins Auge gefasst

---

<sup>1245</sup> Ebd. Bl. 22–24.

<sup>1246</sup> Ebd., Bl. 21f.

<sup>1247</sup> Ebd., Bl. 25.

<sup>1248</sup> Ebd., Bl. 31.

war. (Hinzu kam vielleicht, dass bei Rütten & Loening schon ein weiteres Werk des noch jungen Mediävisten zum Druck vorlag,<sup>1249</sup> das zum Ärger des Hauptgutachters auf der Grundlage von dessen, den Sproembergischen Vorlesungsmanuskripten erstellt war<sup>1250</sup> und diese unvermittelt mit einem Grundkonzept der mittelalterlichen Feudalgeschichte verband, das auf Grundlage der Schriften von Marx, Engels, Lenin und Stalin erarbeitet war. „Das Zeitalter der Ottonen“ erschien ebenfalls 1955.)

Müller-Mertens reichte seine Überarbeitung schon im September des Jahres erneut beim Dekan ein. Im Anschreiben an den Dekan verwies er zur Beschleunigung des Vorgangs auf den Umstand, dass ihm tatsächlich schon – in Vorwegnahme des Resultats – für „das kommende Semester“ eine Lehrverpflichtung „zugesagt“ sei.<sup>1251</sup>

Hartung verzichtete darauf, ein weiteres Gutachten zu verfassen, da es nun außer ihm schon drei Gutachter gebe und er für mittelalterliche Geschichte unzuständig sei.<sup>1252</sup> Doch er wurde nicht einfach durch den ohnehin schon beteiligten Marxisten Schilfert ersetzt. Vielmehr war nach dem Abgang des Spezialisten Albrecht Timm nun mit Alfred Meusel höchstpersönlich ein weiteres SED-Mitglied in das Verfahren eingetreten, der ebenso wenig wie Schilfert und noch sehr viel weniger als Hartung durch eine mediävistische Spezialisierung dafür prädestiniert gewesen wäre. Sproemberg verblieb als einziger Mediävist in der Kommission, Schilfert war der einzige Vertreter, der an der HU lehrte. In dem Verfahren, auf dessen positiven Ausgang offenbar auch das Staatssekretariat Wert legte, waren zwei von drei bürgerlichen Geschichtsforschern durch marxistische Neuzeithistoriker ersetzt worden.

Dennoch verwies Müller-Mertens darauf, auch den Anmerkungen der ausgeschiedenen Gutachter Rechnung getragen zu haben.<sup>1253</sup> Er präsentierte eine stark umgearbeitete, gestraffte Version, hatte neue Forschungsliteratur eingearbeitet und war z. T. zu noch einmal neuen Ergebnissen gelangt. Meusel sah die These, „daß die märkischen Städte eine durchaus nicht zu unterschätzende selbständige und kräftige Politik trieben“, nun als erwiesen an.<sup>1254</sup> Er bemängelte allenfalls den fehlenden Zusammenhang der Einzelkapitel untereinander. Sproemberg sah seinen Einwänden nunmehr „weitgehend Rechnung getragen“. Er vermied ebenso wie die beiden anderen Gutachter die Thematisierung des marxistischen Grundanliegens der Arbeit, und alle Referenten empfahlen die Annahme der Arbeit.

### „Die Ottonen“: Nationalismus, Stalinismus und bürgerliche Geschichtspraxis

Inzwischen erschien das kleine Buch über die Ottonen. Es führt zwei Thesen aus, die Müller-Mertens 1954 im Streit um die Periodisierung des Feudalismus ins Feld geführt hatte: dass die Aufmerksamkeit der Historiker auf die Entstehung des deutschen Staates im Mittelalter

---

<sup>1249</sup> Dies vermerkt das Schriftenverzeichnis des Habilitanden: ebd., Bl. 5.

<sup>1250</sup> Vgl. Eckhard Müller-Mertens, *Das Zeitalter der Ottonen. Kurzer Abriss der politischen Geschichte Deutschlands im zehnten Jahrhundert*, Berlin 1955, 165.

<sup>1251</sup> HUUU, Philosophische Fakultät, Habilitation Dr. Eckhard Müller-Mertens, 21. 3. 1956, Bl. 36.

<sup>1252</sup> Ebd., Bl. 40.

<sup>1253</sup> Ebd., Bl. 35f.

<sup>1254</sup> Ebd., Bl. 44.

und auf die in seiner Sicht entscheidende Rolle der ottonischen Zentralgewalt bei der Durchsetzung des Feudalismus gelenkt werden solle.<sup>1255</sup> Hier hatte sich Müller-Mertens auch zum ersten Mal öffentlich zu seinem nationalhistorischen Grundimpuls als Historiograf bekannt und damit vor allem den Widerspruch seiner marxistischen Kollegen herausgefordert: Statt allein eine „Geschichte der deutschen Misere“ zu schreiben, sollte auch der „Prozeß der Nationwerdung[!]“ ins Auge gefasst werden;<sup>1256</sup> die Gründe für die Zersplitterung des deutschen Staates vermutete er vor allem in der nachottonischen Zeit.

Im Buch über die Ottonen versuchte Müller-Mertens nun – als Vorarbeit für das geschichtspolitische Zentralprojekt des zentralen „Lehrbuchs der deutschen Geschichte“ – das schematische, von Stalin und Lenin übernommene Periodisierungsschema mit der herkömmlichen bürgerlichen Geschichtserzählung in Einklang zu bringen. Im Zentrum der Feudalismus-These steht die „Überführung der freien Bauern in feudale Produktionsverhältnisse“, die deutsche Geschichtswissenschaft hatte sich dagegen vor allem auf die „Entstehung des deutschen Staates“ konzentriert.<sup>1257</sup> Während dieser Aspekt mit Hilfe der einschlägigen deutschen Literatur nachvollzogen wird, stehen zu jenem die Aussagen der ‚Klassiker‘ des MLS ohne weitere Quellen- oder Forschungsbelege in den zusammenfassenden Passagen.<sup>1258</sup> Zwischen dem Feudalisierungsprozess und der Staatswerdung wird ein wechselseitiges Kausalverhältnis behauptet: „Der Feudalstaat diene den Feudalherren als Instrument zur Herstellung feudaler Produktionsverhältnisse“. „Den freien Bauern wurde endgültig das Rückgrat gebrochen, [...] Die so veränderte Klassenstruktur des Reiches führte zu Veränderungen in der Struktur des Staates. Das Schwergewicht des Staates begann sich [am Ende des behandelten Zeitraums] von der Zentralgewalt auf die lokalen Feudalgewalten zu verschieben.“<sup>1259</sup> Beachtung findet die Konstitution der Deutschen als Volk mit Hilfe von begriffsgeschichtlichen Befunden, die Fritz Vigener 1901 publiziert hatte.<sup>1260</sup>

Das Buch war ein Jugendstreich und Müller-Mertens distanziert sich heute davon.<sup>1261</sup> Dennoch sind hier und in dem erwähnten ZfG-Aufsatz von 1954 die wesentlichen Probleme angesprochen, die der erste marxistische Mediävist der DDR-Geschichtswissenschaft in den folgenden Jahrzehnten ausarbeiten wird; die hier noch angestrebte Verknüpfung von marxistisch-leninistisch-stalinistischer Feudalismus-Theorie mit bürgerlicher Mediävistik

---

<sup>1255</sup> Eckhard Müller-Mertens, Zur Periodisierung und zu einigen Fragen der deutschen Geschichte im Feudalismus, ZfG 2 (1954), 239–256, 248.

<sup>1256</sup> Ebd., 255.

<sup>1257</sup> Vgl. Müller-Mertens, Das Zeitalter, 8.

<sup>1258</sup> Das Literaturverzeichnis (ebd., 177–199) trennt zwischen den Klassikern, theoretischen Arbeiten zum Feudalismus v. a. sowjetischer Provenienz und der herkömmlichen Forschungsliteratur, wobei letztere 19 der 22 Seiten umfasst. Es nennt übrigens auch Karl Lamprechts *Deutsche Geschichte*.

<sup>1259</sup> Ebd., 163.

<sup>1260</sup> „Dies zeigt, daß die Einheit der deutschen Stämme [zur Kaiserkrönung Ottos I.] zur Realität geworden war und das Bewußtsein der Menschen geprägt hatte.“ (Ebd., 122; Müller-Mertens bezieht sich auf: Fritz Vigener, *Bezeichnungen für Volk und Land der Deutschen vom 10. bis zum 13. Jahrhundert*, Heidelberg 1901).

<sup>1261</sup> Persönliches Gespräch mit dem Autor.

erhält allerdings durch ein bedeutendes politisches Zwischenspiel an der HU und der dortigen Grundorganisation der SED einen entscheidenden Richtungswechsel: von der Geltungsmacht des Feudalismus-Interpretaments zum Vetorecht der Quellen. Zugleich wird die nationale Frage in zwei Hauptwerken in den Vordergrund treten und den Quellenbezug erneut, aber aus einer unerwarteten Richtung gefährden.

### Politische Schwierigkeiten: Ein ‚Kleinbürger‘ auf Abwegen

Am 15. 12. 1955 wurde Müller-Mertens zum Leiter der SED-Grundorganisation der Historiker gewählt. Im Wahlvorschlag sowie der selbstkritischen Rede Müller-Mertens' finden sich Hinweise darauf, dass es schon vorher politische Schwierigkeiten gegeben hat. Man verwies auf Müller-Mertens' Herkunft aus dem Kleinbürgertum, er selbst stellte fest, dass an ihm frühe individualistische Neigungen festgestellt worden seien, um deren Überwindung er sich aber bemüht habe. „Die bisherige Arbeit bewies, daß er sich zu einem guten Genossen entwickelt hat.“<sup>1262</sup>

Die darauf folgende Verwicklung von Müller-Mertens in die sogenannte Entstalinisierungskrise und die Kampagnen der Ulbricht-Fraktion gegen den Revisionismus hat Müller-Mertens in einer autobiografischen Dokumentation geschildert.<sup>1263</sup>

Nachdem die SED 1955 mit dem Politbürobeschluss zur Geschichtswissenschaft die umfassende Instrumentalisierung der Historie für die SED-Politik dekretiert hatte, war nach der Geheimrede Chruschtschows 1956, dem von der Intelligenz viel beachteten Aufstand in Ungarn und der auch in der DDR aufkeimenden Ulbricht-kritischen Debatte um Entstalinisierung und Personenkult eine für die SED-Führung schwierige politische Situation entstanden. Auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft manifestierte sich der Beharrungswillen der SED-Führung um Ulbricht in den Veränderungen in der Redaktion der ZfG, die auch Müller-Mertens betrafen,<sup>1264</sup> sowie im Streit um Jürgen Kuczynskis Aufsätze zur Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte. Doch mit der Kampagne gegen die Schirdewan-Wollweber-Gruppe und den Verhaftungen von Harich (29. 11. 1956), Janka (6. 12. 1956) u. a. gerieten dann auch die Parteiorgane an der HU selbst unter Druck. Die Verhaftungen der Altkommunisten Herbert Crüger und Heinrich Saar, die an der HU als Dozent bzw. als Direktor des Instituts für Gesellschaftswissenschaften gearbeitet hatten und die nun für viele Jahre im Zuchthaus verschwanden, bildeten den Resonanzraum für das politische Agieren des SED-Parteisekretärs Müller-Mertens. Sie lassen sich leider nur auf Grundlage der autobiografischen Aufzeichnungen von Müller-Mertens rekonstruieren, der darin seinen inneren Gegensatz zum DDR-System insgesamt begründet. Womöglich wurden die Erinnerungen, die der Mediävist offenbar nach 1989 aus seinen zeitgenössischen

---

<sup>1262</sup> So Genosse Buchta, Landesarchiv Berlin, Protokoll der Sitzung der Grundorganisation Historiker 15. 12. 1955, C Rep. 903-01-12, Kreisleitung der SED – HUB, 75, unpaginiert.

<sup>1263</sup> Müller-Mertens, Existenz. Zur Quellengattung vgl. Christiane Lahusen, Zukunft am Ende. Autobiographische Sinnstiftungen von DDR-Geisteswissenschaftlern nach 1989, Bielefeld 2013.

<sup>1264</sup> Vgl. Klein, Dokumente, 54.



schriftlichen Aufzeichnungen kompilierte, anhand anderer Akten überprüft. Anhaltspunkte für eine nicht faktengetreue Wiedergabe des Geschehens haben sich nicht gefunden.

In den Jahren 1957 und 1958 wurde Müller-Mertens mehrere Male zum Gegenstand parteiinterner Kritik. Die Universitätsparteileitung in Gestalt ihres ersten Sekretärs Hans Singer nahm im Frühjahr 1957 in einem Rechenschaftsbericht kritisch Stellung gegen Müller-Mertens und aus seiner Sicht kritikwürdige Vorgänge in der Grundorganisation Historiker vom Februar und März des Jahres: Müller-Mertens zitiert eine mündliche Information von Horst Haun sinngemäß: *„Singer stellte vier Punkte besonders heraus: 1. die Auffassung von Müller-Mertens, die SED habe insgesamt an Vertrauen verloren, der XX. Parteitag hätte Gelegenheit gegeben, Vertrauen herzustellen, die Partei habe das nicht genutzt; der 2. Punkt behandelt die Kritik am Stil der Auseinandersetzung und an der Informationspolitik der Partei; 3. insbesondere setzte sich Singer mit den von Müller-Mertens aufgeworfenen Fragen des Verhältnisses von Partei – Klasse – Masse und der „Linie der Massen“ auseinander; er warf 4. Müller-Mertens die Forderung nach Veränderungen im Partei- und Staatsapparat vor.“*<sup>1265</sup>

Auch auf den Beratungen des ZK der SED vom 5. Juli 1957 (zur Lage nach dem 30. ZK-Plenum) und vom 24. Januar 1958 wurde Müller-Mertens' Rolle negativ herausgestellt. 1957 stellte der ZK-Mitarbeiter Raimund Wagner ein politisches Fehlverhalten fest, das er *„besonders mit der Fehlerdiskussion [in der Grundorganisation der Historiker] nach den Ereignissen in Ungarn“* verknüpfte. *„Eingehend stellte Wagner Müller-Mertens als Schlüsselperson und die Schlüsselrolle von Müller-Mertens heraus.“* Der Parteileitung warf er vor, sie *„habe sich gegenüber Müller-Mertens versöhnlerisch verhalten.“*<sup>1266</sup>

1958 wurde die Vorwürfe noch einmal verschärft. Während die Parteileitung vor allem wegen mangelnder Aktivität kritisiert wurde, wurden Müller-Mertens seine *„opportunistischen und ungesunden Auffassungen“* vorgeworfen.<sup>1267</sup> Offenbar war Müller-Mertens nicht einfach Gegenstand eines allgemeinen Verdachtsmoments gegen die Historiker der HU, das sich auf deren Verhalten während des Aufstands vom 17. Juni 1953 beziehen konnte,<sup>1268</sup> sondern er war als Individuum mit ihm eindeutig zurechenbarem Fehlverhalten in das Visier der Parteifunktionäre geraten.

Obgleich Müller-Mertens bis 1956 der Partei treu ergeben war, bis spätestens zur Information über die stalinschen Verbrechen auch diesem Verehrung entgegengebracht hatte<sup>1269</sup> und sich deutlich um eine marxistische Neuorientierung der Mediävistik bemühte, war er von Zweifeln an seiner Haltung nicht verschont geblieben. So hatte er schon 1952 in der Grundorganisation der Historiker zu seinem angeblich bürgerlichen Elternhaus und dem

---

<sup>1265</sup> Zit. nach Müller-Mertens, Existenz, 122. Hervorhebungen hier und im Folgenden im Original. Vgl. BArch, ZPA IV 2/904/487, Bl. 161/162.

<sup>1266</sup> Ebd. Vgl. BArch, ZPA IV 2/904/134.

<sup>1267</sup> Ebd. 123. Vgl. BArch ZPA IV 2/904/135.

<sup>1268</sup> Vgl. dazu Kowalczyk, Legitimation.

<sup>1269</sup> Mdl. Gespräch des Verf. mit Müller-Mertens, 2009.

Einfluss u. a. von Nietzsche und Spengler auf sein Denken Stellung nehmen müssen.<sup>1270</sup> Doch neben der Protegierung durch das Staatssekretariat bezüglich eines Lehrauftrags wurde er seit Herbst 1954 zur Mitarbeit an der Leitung der GO herangezogen, am 15. April 1955 zum Leitungsmitglied gewählt und seit dem 15. Dezember des Jahres stand fest, dass er nach seiner Habilitation zum Sekretär der GO aufsteigen sollte.<sup>1271</sup> Die Wahl erfolgte am 29. März 1956, akademische Qualifikation, der Eintritt in den universitären Lehrbetrieb und die Parteikarriere gingen Hand in Hand und unterstützten sich gegenseitig. Das Zusammenspiel eines weltpolitischen Umbruchs im Ostblock mit dem Zeitpunkt des persönlichen Aufstiegs und dem intellektuellen Selbstbewusstsein sowie dem Anspruch auf politische Partizipation zerstörte recht bald die Harmonie.

Als frisch gewählter Parteisekretär nahm Müller-Mertens an einer der republikweit durchgeführten Veranstaltungen teil, auf der in diesem Fall die Universitätsparteileitung (UPL) der HU am 9. 4. 1956 über die Geheimrede Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU informierte. Zuvor hatten schon auf der 3. Parteikonferenz der SED (24.–30. 3. 1956) Wissenschaftler Kritik am Stalinismus geübt. Nachdem vorher die GO informiert worden war, kam es im Anschluss an eine Mitgliederversammlung am 23. Mai 1956 zum ersten Mal zu heftigen Auseinandersetzungen der anwesenden Historiker mit ihrem Kollegen Dieter Fricke, der nicht nur die Abteilung Fernstudium Geschichte leitete, sondern auch Mitglied der UPL war. Die offizielle Parteilinie unterstützte auf der Versammlung auch Günter Uebel, ein Mitarbeiter aus dem ZK-Apparat. Dieses Muster der Lenkung und Überwachung der GO durch Funktionäre des Parteiapparats hielt sich auch in den nun folgenden zwei Jahren durch und ist eine Grundbedingung für die letztendlich erfolgreiche Erzwingung eines Konsenses, die wenigstens bei Müller-Mertens in seiner wissenschaftlichen Orientierung und seiner politischen Haltung eine nachhaltige Wirkung haben sollte.

Auf der letztgenannten Veranstaltung habe Müller-Mertens zu den Diskussionen ebenso geschwiegen wie die meisten anderen Leitungsmitglieder, obwohl er als Parteisekretär in Verantwortung stand. In seiner Autobiografie erinnert er sich wie folgt: „Ich sah mich nicht in der Lage, den offiziellen Parteistandpunkt zu vertreten“.<sup>1272</sup> Dieser Ausweg war von außen verstellt, denn offenbar ging von der UPL nun Druck auf die Leitungsmitglieder aus, ihre Positionen klarzustellen. Die außerordentliche Leitungssitzung nutzte Müller-Mertens zu einer ersten Stellungnahme, die auch die Grundrichtung seiner weiteren intonierte: Bei den Genossen, die treu zur Partei stünden, bestünden politische Unklarheiten. Müller-Mertens kritisierte Personenkult und Dogmatismus in der DDR („*Der repräsentativste Vertreter des Stalinkults war Walter Ulbricht*“) sowie den propagandistischen und beschönigenden Umgang der Führung um Ulbricht mit den aufgetretenen Fragen. Auch auf generelle

---

<sup>1270</sup> Müller-Mertens, Existenz, 158.

<sup>1271</sup> Ebd., 126.

<sup>1272</sup> Ebd., 128.

Probleme, die den Staat DDR und nicht nur die SED betrafen, spielte Müller-Mertens an: „Auch in der DDR sind neben leichteren Rechtsverletzungen schlimme Dinger [!] vorgekommen.“ Sein dennoch umfassendes Bekenntnis zur Partei verband der Historiker mit dem Anspruch, nun Kritik und Diskussion beharrlich fortzuführen. Die Stellungnahme versuchte scheinbar, den einmal begonnen Diskussionsprozess nicht nur offen zu halten, sondern ihn zu intensivieren und darüber hinaus durch die Öffnung in der UdSSR den Anstoß für eine die Kritik am Ulbrichtschen Regierungsstil zu nutzen, die nach dem 17. Juli 1953 schnell erstickt werden konnte.

In einer Reihe von Leitungssitzungen intensivierte sich der Streit zwischen Historikern aus der Leitung der GO auf der einen, und linientreuen Mitgliedern der UPL bzw. hinzugezogenen hauptamtlichen Funktionären aus dem Parteiapparat, u. a. Rolf Dłubek, auf der anderen Seite. Am 12. Juni 1956 kam es zu einem – allerdings nur formalen – Kompromiss: Die Mitglieder der GO erkannten in einem Beschluss die offizielle Parteilinie an, ohne dass dabei die strittigen Fragen angesprochen worden wären. Walter Ulbricht selbst trat am 13. Juni 1956 mit einer beschwichtigenden Rede vor dem Parteiaktiv der UPL auf,<sup>1273</sup> die Müller-Mertens mitschrieb. Auch das 28. Plenum des ZK (27.–29. Juli) übte sich in oberflächlichen Beschwichtigungen. Von zahlreichen Parteimitgliedern wurde diese Reaktion als unzureichend empfunden, sodass auch an der HU mit dem Beginn des neuen Studienjahres im September 1956 die Diskussionen wieder aufflammten und es am 18. Oktober erneut zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen der Leitung der GO und der UPL kam, an denen sich Müller-Mertens mit – nach eigenen Angaben – zugespitzten Beiträgen beteiligte. Am 19. Oktober habe Müller-Mertens auf der monatlichen Mitgliederversammlung offen und kontrovers mit Ernst Diehl diskutiert, der als Mitarbeiter der ZK-Abteilung Wissenschaft dem eigentlich internen Parteigremium der Fachrichtung Geschichte beiwohnte.

Nun kamen auch neue Anstöße von außen hinzu. Am 19. Oktober wurde der Reformler Gomulka zum Vorsitzenden der polnischen kommunistischen Partei gewählt. Am 23. Oktober kam es zu jenen Studentendemonstrationen in Budapest, mit denen der ungarische Aufstand beginnen sollte. Die SED-Führung verschärfte ihren repressiven Kurs; vor der schon längere Zeit rumorenden Veterinärmedizinischen Fakultät der HU marschierten Einheiten der Kampfgruppen auf.<sup>1274</sup> Währenddessen hatte Dieter Fricke in einem konfrontativen Zweiergespräch Müller-Mertens aufgefordert, die Entwicklungen in Polen bei den folgenden Parteisitzungen nicht zur Sprache zu bringen. Der Parteiführung und den mit ihr verbundenen Funktionären ging es offenbar um Machterhalt, sie fürchteten den Sog des Personalaustauschs, der die kommunistischen Parteien in der SU, in Polen und dann in Ungarn nach Stalins Tod erfasst hatte.

---

<sup>1273</sup> Ebd., 137.

<sup>1274</sup> Vgl. dazu Ilko-Sascha Kowalczyk, Die Niederschlagung der Opposition an der Veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin in der Krise 1956/57. Dokumentation einer Pressekonferenz des Ministeriums für Staatssicherheit im Mai 1957, Berlin, 3., unveränd. Aufl. 2006.

Die außerordentliche Leitungssitzung vom 24. Oktober 1956 habe Müller-Mertens dann jedoch mit einer grundsätzlichen Erklärung eröffnet, der die Verlesung eines eigens verfassten Textes folgen sollte; seine Notizen zur Rede: „*Nicht nur klar machen, daß die Lage ernst ist, sondern Dinge beseitigen, die uns hindern, die Geschlossenheit und Aktivität im Wege stehen. – [Die] Parteiführung will ihre Fehler nicht abstellen, [sie] hält am Personenkult fest.*“<sup>1275</sup> Daraufhin wurde Müller-Mertens nach eigenen Angaben durch Helmuth Stoecker unterbrochen, der unter Hinweis auf die Studentendemonstration in Budapest vom Vortag – und sicher mit der Veterinärmedizinischen Fakultät im Hinterkopf – stattdessen die Diskussion der Lage in Ungarn zum Thema machen wollte. Auf Beschluss der Parteileitung wurde dem autobiografischen Dokument zufolge Müller-Mertens das Verlesen seiner Stellungnahme versagt; unklar bleibt, ob sie und Kollege Stoecker ihren ebenso konfliktfreudigen wie temperamentvollen Mediävisten zu seinem eigenen und dem Schutz des internen Gremiums zügelten, das schon um den 17. Juni 1953 als Institution unter hartem politischen Druck gestanden hatte.

Unabhängig davon, ob sich alles tatsächlich genau so abgespielt hatte und ob Müller-Mertens tatsächlich in eine so zentrale Position als Kritiker der SED an der HU geraten war, bleibt das Manuskript Müller-Mertens' für die Stellungnahme vor der Parteiversammlung sicher eine glaubwürdige und aufschlussreiche Quelle für die ideologische Positionierung des Historikers in dieser Konfliktzeit.<sup>1276</sup> In ihr finden sich deutlich bekenntnishafte Aussagen zum Sozialismus, dessen Eintritt in die Geschichte noch immer mit der Oktoberrevolution von 1917 verknüpft werden, mit Forderungen nach Demokratie und Freiheit, Kritik an der kommunistischen und z. T. gewalttätigen Agrarpolitik im gesamten Ostblock (die Agrarfrage der Gegenwart sollte für den Mediävisten und Feudalismusforscher noch wichtig werden) und wiederum an Personenkult und Dogmatismus. Die Parteiführung wird mit Hinweis auf die Verhältnisse in Polen und die Erfahrung des 17. Juni auf „den Ernst der Lage“ verwiesen, ihr wird abschließend gar die „Vertrauensfrage“ gestellt. Durch die Verknüpfung mit den Ereignissen in Polen und 1953 in der DDR war damit gleichzeitig die Machtfrage gestellt; dass sie in der Versammlung nicht artikuliert werden sollte, scheint verständlich – vorausgesetzt, Müller-Mertens hatte die Kollegen der Parteileitung der GO über seine Ansichten nicht in Zweifel gelassen. Hätte er diese Erklärung in der Versammlung abgegeben, dann wären die Zuhörer unweigerlich verpflichtet gewesen, sich dazu zu positionieren – und ihre eigenen Zweifel entweder hintan zu stellen oder mit einer politisch gefährlichen Position offen zu sympathisieren.

Müller-Mertens fand einen anderen Weg, der politischen Führung seine Meinung kundzutun. Am 25. Oktober 1956 erhielt die UPL erneut hohen Besuch: Alfred Neumann, Kandidat des Politbüros und Sekretär der Bezirksleitung hielt eine Rede. Müller-Mertens stellt seine Reaktion rückblickend so dar: „*Ich stellte ihn wegen der Polen-Frage zur Rede und forderte*

---

<sup>1275</sup> Müller-Mertens, Existenz, 137.

<sup>1276</sup> Es wird zitiert in: Müller-Mertens, Existenz, 138–140.

*im Verlauf eines heftigen Auftritts den Rücktritt von Walter Ulbricht. Zeuge war Ernst Hönisch, der Neumann begleitende 2. Sekretär der Berliner [SED-]Bezirksleitung. Die hocherregte Debatte setzte sich nach dem Abgang Neumanns fort. Ich warf Hönisch unter anderen vor: die Parteiführung will ihre Fehler nicht abstellen, sie hält am Personenkult fest, und ich wiederholte die Forderung nach dem Rücktritt Ulbrichts.*<sup>1277</sup>

Müller-Mertens stellt diese Phase als entscheidende Umbruchszeit auch für sein eigenes Denken als politischer Mensch und als Historiker dar. Eine andere Frage ist, inwiefern sich hier sein politisches Engagement qualitativ verändert hatte. Er nimmt für sein Handeln selbst das Wort „Opposition“ in Anspruch; nun argumentierte er nicht mehr nur für einen Wandel der Parteilinie, sondern forderte personelle und politische Konsequenzen. Doch da sich diese Forderung nicht mit der Infragestellung der führenden Rolle der SED und damit des politischen Systems als Ganzem verband, würde ich noch immer den Begriff der Dissidenz bevorzugen. Das Verhalten des Historikers und SED-Mitglieds blieb zumindest bei der innerparteilichen Opposition und ging nicht zur Systemopposition über. Von den Überlegungen etwa Wolfgang Harichs, der am 29. November des Jahres verhaftet wurde, trennte Müller-Mertens, dass er seine Auffassungen nicht mit deutschlandpolitischen Forderungen verknüpfte. Im Gegenteil, den Abstand zum kapitalistischen System, ja zu den Feinden des Sozialismus hatte Müller-Mertens immer betont. Das Freund-Feind-Denken und der Rückschluss auf die Notwendigkeit innerer Geschlossenheit der Partei sollten ihm auch in der – eine Zeitlang von ihm verweigerten – abschließenden umfassenden ‚Selbstkritik‘ einen Ausweg bieten, den er auch intellektuell vertreten konnte.

Am 12. November wurde Müller-Mertens als Parteisekretär durch Gerhard Engel ersetzt,<sup>1278</sup> der daraufhin selbst eine Karriere im Partei- und Staatsapparat beginnen konnte.<sup>1279</sup> Die Verhaftungen von Harich, Janka u. a., der Einmarsch der sowjetischen Truppen in Ungarn am 4. November 1956 und das 30. Plenum des ZK vom 30. 1. bis 1. 2. 1957 konsolidierten auch Ulbrichts Position. Die weiteren Vorgänge an der HU stellt Müller-Mertens folgendermaßen dar: Am 20. Februar 1957 beschäftigte sich eine Tagung im Zentralkomitee offiziell mit der *„Lage in der Geschichtswissenschaft in der DDR nach dem 30. Plenum“*, deren Ergebnisse Rolf Dłubek als ZK-Mitarbeiter der Parteileitung der GO am 25. Februar mitteilte. Bis Anfang März kam es zu weiteren Diskussionen der Leitung der GO mit der UPL, in denen jene aber ihre Meinung nach Auffassung von Müller-Mertens nur noch verdeckt zur Sprache brachten. Müller-Mertens selbst wurde vom neuen Sekretär der UPL, Hans Singer, offiziell in seinem Rechenschaftsbericht kritisiert. Er war zu einer schriftlichen Stellungnahme aufgefordert, die er nach nochmaliger Ermahnung am 6. März einreichte. Hier sprach Müller-Mertens unter dem Druck der UPL und angesichts der gewandelten politischen Lage nun auch von Fehlern auf der Seite der Parteimitglieder, anerkannte die

<sup>1277</sup> Müller-Mertens, Existenz, 127.

<sup>1278</sup> Müller-Mertens, Existenz, 123.

<sup>1279</sup> Engel, ab 1973 Professor für Deutsche Geschichte an der HU, war zuletzt Stellvertreter des Ministers für Hoch- und Fachschulwesen.

Berechtigung der Kampagne gegen den Revisionismus, hielt aber seine Kritik an der Parteiführung aufrecht und wies den Revisionismus-Vorwurf gegen seine eigenen Ansichten zurück.<sup>1280</sup> Auch in nochmaligen persönlichen Gesprächen mit Fricke und Singer beharrte Müller-Mertens auf seinen Forderungen, richtete sie allerdings nicht mehr gegen Ulbricht, sondern nutzte nun dessen selbstkritische Äußerungen für die Stützung seiner Ansichten.

Wenige Tage nach dem Prozess gegen die sogenannte Harich-Gruppe fand die Wahlversammlung der GO Historiker statt, die noch einmal belegt, dass Müller-Mertens mit seiner kritischen Haltung unter den Universitätskollegen keineswegs allein stand. Jedoch verlief die Trennlinie zwischen kritischen und linientreuen Parteimitgliedern nicht so strikt zwischen den Historikern auf der einen und den Mitgliedern der UPL auf der anderen Seite, wie es der Erinnerungsbericht von Müller-Mertens suggeriert. Unter den Historikern machte sich etwa der Stalin-Anhänger und Faschismusforscher Kurt Gossweiler für den Kampf gegen den Revisionismus stark und bestritt die Gefahr des Dogmatismus.<sup>1281</sup> Gerhard Schilfert, der Fachrichtungsleiter, warnte vor der „Welle des Antisowjetismus“, man diskutierte kontrovers über einen Wandzeitungsartikel, der drei Wochen an der Wandzeitung hängen können und in dem der Student Harland sich gegen den Stalinismus ausgesprochen hatte. Wiederum spielten auch die Vorgänge in Ungarn eine Rolle. Nach Darstellung von Müller-Mertens geriet die gesamte Parteileitung der GO in die Kritik, die allerdings vor allem von Fricke, Singer und Hönisch vorgetragen wurde, die anderswo höhere Parteifunktionen ausübten. Nach Erinnerung von Müller-Mertens habe sich dann die Kritik vor allem um seine Person gedreht; die drei Funktionäre versuchten ihn durch geschickte Abstufung ihrer Kritik an der GO, an ihrer Leitung und dann an ihm persönlich zu isolieren. Wiederum wurde ihm das bürgerliche Elternhaus, der Einfluss der Lebensphilosophie vorgeworfen. Schwerer wogen allerdings die politischen Angriffe:<sup>1282</sup> Man unterstellte Müller-Mertens Unehrlichkeit und „Vertuschung“ seiner eigentlich staats- und sozialismusfeindlichen Ansichten. Müller-Mertens hatte in seiner Stellungnahme teilweise seine schriftliche Erklärung vom 6. März wiederholt, zudem die Bereitschaft signalisiert, sich auf der Suche nach „Klärung“ auch von den Genossen belehren zu lassen, hatte allerdings auf der prinzipiellen Ergebnisoffenheit einer Diskussion beharrt und auch die Wunde des „Personenkult[es]“ und des Mangels an Selbstkritik bei der Parteiführung offen gehalten. Nach Darstellung von Müller-Mertens hatte sich die Versammlung in einem Beschluss von ihm zu distanzieren und tat dies auch mehrheitlich, aber immerhin mit einigen mutigen Gegenstimmen. Zu seinen Verteidigern hatte der Altkommunist, ehemalige Spanienkämpfer und damalige Dozent im gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudium Herbert Crüger gehört, mit dem Hans Singer aus dem gemeinsamen Schweizer Exil bekannt

---

<sup>1280</sup> Alles nach der Autobiografie des Historikers, Müller-Mertens, Existenz, 143–146, die auch die schriftliche Stellungnahme zitiert (148–153).

<sup>1281</sup> Landesarchiv Berlin, Protokoll der Wahlversammlung vom 19. 3. 1957, C Rep. 903-01-12, Kreisleitung der SED – HUB, 75, unpaginiert.

<sup>1282</sup> Müller-Mertens, Existenz, 145f.

war und den kurz darauf selbst der Verfolgungswahn des von ihm mit aufgebauten und bejahten Systems arg beschädigen sollte.

Ende März musste Müller-Mertens zu einem Gespräch mit Ernst Hönisch in die SED-Bezirksleitung, wo ihm noch einmal der entscheidende Grund für das Insistieren der Parteifunktionäre klar gemacht wurde: Es war die mittlerweile als Ungeheuerlichkeit empfundene Forderung nach der Ablösung Ulbrichts. Im Mai 1957 wurde Müller-Mertens durch einen Beschluss aus dem ZK (nebst anderen) aus dem Redaktionskollegium der ZfG entfernt,<sup>1283</sup> im Juli war er Gegenstand einer offiziellen Kritik von Raimund Wagner im ZK. Mit anderen Mitgliedern der Parteileitung der GO hatte er zwischen Herbst 1957 und Januar 1958 in einigen Berliner Betrieben zu arbeiten, um ihren Kontakt zur Arbeiterklasse wieder herzustellen. Müller-Mertens berichtet auch von seiner erzwungenen Teilnahme an einem paramilitärischen Lehrgang der GST.

Nachdem er noch im März auf der Wahlversammlung und in seiner schriftlichen Erklärung an die UPL auf der Berechtigung seiner Anliegen bestanden hatte, räumte Müller-Mertens in seiner Selbstkritik vom 3. November 1957 vor der Parteigruppe „falsche Auffassungen“ ein, v. a. mit Bezug auf die angebliche Kluft zwischen Parteiführung und Bevölkerung. Das Schwergewicht der Parteipolitik habe auf dem Kampf gegen den Feind zu liegen, weshalb es vor allem auf die Geschlossenheit der Partei ankomme.<sup>1284</sup> Damit argumentierte Müller-Mertens nun mit einer Lieblingswendung der Parteifunktionäre, die ihm immer wieder entgegengehalten worden war: „Die Partei ist kein Diskutierklub, sondern eine Kampforganisation“<sup>1285</sup>. Dass er dennoch an seiner Kritik am Dogmatismus und der unbefriedigenden Reaktion der Parteiführung auf die Stalin-Information festhielt, spricht für seinen persönlichen Mut.

Die Kritik an Müller-Mertens im ZK wurde von Wagner daraufhin im Januar 1958 noch einmal erneuert, Müller-Mertens solle sich auch vor der Mitgliederversammlung der GO einer umfassenden Selbstkritik unterziehen. Nach seiner Darstellung war Müller-Mertens zu einer erneuten Selbstkritik in Anwesenheit von Kollegen, Mitarbeitern der Verwaltung und von Studierenden nicht bereit. Auf der Mitgliederversammlung vom Februar 1958 verknüpfte er stattdessen einige einleitende selbstkritische Bemerkungen mit der Auswertung des 35. ZK-Plenums (30. 1.–2. 2. 1958), auf dem Ulbricht die Maßregelung der sogenannten Schirdewan-Fraktion angekündigt und damit seine innerparteilichen Widersacher endgültig in die Defensive gebracht hatte. Auf der hohen Ebene verloren Kritiker Ämter und Posten. Aber schon im Vorjahr waren 87 Personen festgenommen worden, die zumeist aus dem Milieu der Intelligenz stammten. Die Wendung gegen die Fraktion im Februar brachte neue Repressionen für den unteren Parteiapparat, denen unter anderem Erich Loest zum Opfer fiel. Am 12. 3. 1958 zwischen fünf und sechs Uhr morgens wurde Herbert Crüger von der

---

<sup>1283</sup> Vorlage der Abteilung Wissenschaften an das Sekretariat des Zentralkomitees vom 9. Mai 1957, ZPA IV 2/914/114, gedruckt in: Klein, Dokumente, 54.

<sup>1284</sup> Müller-Mertens, Existenz, 163.

<sup>1285</sup> Ebd., S. 159.

Staatssicherheit abgeholt und kehrte erst nach einer mehrjährigen Haftstrafe wieder zurück.<sup>1286</sup> Ein Mitarbeiter des Universitätsrektors legte Müller-Mertens nun eine erneute umfassende Selbstkritik sowie eine eindeutige Vertrauenserklärung an Ulbricht nahe. Sie erfolgte am 31. März.<sup>1287</sup> In seiner Rede auf der 36. Tagung des ZK vom 13. Juni 1958 „Zu einigen Fragen an den Hochschulen“ scheint dann auch Ulbricht ein Ende der Verfolgungen an den Hochschulen signalisiert zu haben. Die Gefahr war vorüber.

Welche Ergebnisse hatten diese Vorkommnisse für Müller-Mertens als Parteimitglied und als Wissenschaftler? Müller-Mertens selbst hat sich in seiner Autobiografie dazu eingehend geäußert. Lässt sich diese Darstellung für die wissenschaftliche Arbeit nachvollziehen? Welches Resultat ergibt sich für die Leitfrage nach dem Zusammenwirken von Bürgerlichkeit und Marxismus?

Die Auseinandersetzung mit der Partei nach der Stalin-Information führte Müller-Mertens als Marxist und als Mitglied und Funktionär der SED. Wesentliche Bestandteile des DDR-Systems wurden von ihm nicht in Frage gestellt. Die führende Rolle der Partei im Staat, die Richtigkeit der kommunistischen Ideologie, die Epochenwahrnehmung eines einschneidenden geschichtlichen Umbruchs mit der Oktoberrevolution von 1917 wurden weiterhin bejaht. Die öffentlichen Selbstkritiken waren eine deutliche Unterwerfungsgeste, besaßen aber nicht den Charakter einer Verleugnung der eigenen Ansichten. Auch rückblickend lässt Müller-Mertens erkennen, dass er selbst damals Zweifel an der Richtigkeit der vorher von ihm vertretenen Auffassungen hegte. Er stellte sich unter das Diktat der Parteidisziplin, weil er sich nun die Auffassung von der Notwendigkeit parteilicher Geschlossenheit angesichts der Bedrohung durch den äußeren Feind zu eigen machte. Sein Konflikt mit der Partei besaß den Charakter innerparteilicher Auseinandersetzungen auf der Grundlage einer gemeinsam geteilten Überzeugung von der prinzipiellen Richtigkeit des eingeschlagenen Weges zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft, wobei von ihm selbst die sozialistische Ideologie in Richtung einer freiheitlicheren und demokratischeren Auffassung akzentuiert wurde. Damit war nun vor allem der Charakter der Partei selbst gemeint, deren Mitglieder Müller-Mertens als mündige, partizipierende Genossen sehen wollte. In seinen Stellungnahmen war offen geblieben, inwiefern Freiheit und Demokratie auch die Grundordnung des Staates prägen sollten, inwiefern auch für die nicht in der SED organisierte Bevölkerung eine grundsätzliche Mitbestimmung der politischen Verhältnisse ermöglicht werden sollte. Müller-Mertens' recht dramatischer Konflikt mit den Funktionären der UPL gehört daher in den Kontext innerparteilicher Kritik an der Führung der SED durch parteitreue und -gläubige Genossen, wie sie einerseits im Politbüro – etwa durch Schirdewan –, andererseits durch Intellektuelle im Umfeld des Kulturbundes formuliert worden war.

Doch während sich die meisten Genossen nach der Konsolidierung von Ulbrichts Machtposition und der ideologischen Offensive der SED-Führung von 1958 mit den

---

<sup>1286</sup> Herzberg, Anpassung, 391–391, passim.

<sup>1287</sup> Ein Konzept präsentiert Müller-Mertens in seiner Autobiografie: Müller-Mertens, Existenz, 168f.



Verhältnissen arrangierten, sieht sich Müller-Mertens im Ausgang des Konfliktes in einer anderen Entwicklungsrichtung. Der Konsens mit der SED sei im Herbst 1956 gebrochen, eine „prinzipielle Neupositionierung“ hätte bis 1959 einen prinzipiellen Dissens herbeigeführt, der von ihm zumindest mündlich artikuliert worden sei.<sup>1288</sup> Als Gründe hierfür gibt Müller-Mertens in seinen Erinnerungen den weiter wirkenden Dogmatismus der Parteiführung, d. h. die Ausschaltung innerparteilicher Kritik, die nach 1958 forcierte Zwangskollektivierung der Landwirtschaft und die dramatische Zunahme von Republikfluchten an.<sup>1289</sup> Nun sei für ihn durchaus fraglich geworden, ob die DDR und die Sowjetunion tatsächlich „den Sozialismus repräsentieren. *Der sozialistische Charakter der in der Sowjetunion und DDR gegebenen Produktions- und Eigentumsverhältnisse wurde zum gravierenden Problem und Thema der Reflexion.*“<sup>1290</sup> Noch vor dem Mauerbau 1961 sei damit eine grundsätzliche Haltungsänderung eingetreten, wobei der naheliegende Austritt aus der SED auf Anraten Angehöriger unterblieben sei. Der Grunddissens mit der Partei habe sich in Forschung und universitärer Lehre als neue Leitmotivation etabliert.<sup>1291</sup>

### Nach den Auseinandersetzungen

Dieser Einschnitt wird in einer weiteren Quelle aus dem Privatarchiv Müller-Mertens' zunächst 1963 fassbar. Problematisch ist hier die Überlieferung. Seinen damals verfassten regimekritischen Text hat Müller-Mertens nicht veröffentlicht, sondern nach eigenen Angaben in seinen Unterlagen als Exzerpte getarnt versteckt gehalten. Er ist mir als pdf-Dokument durch seinen Verfasser freundlicherweise zur Verfügung gestellt worden.<sup>1292</sup> Für die Glaubwürdigkeit des Dokuments spricht der zeitliche und gedankliche Zusammenhang mit einer deutlichen Wendung innerhalb der wissenschaftlichen Arbeit von Müller-Mertens, der nun die Klassiker des Marxismus-Leninismus zu historisieren versucht, der mit dem Feudalismusbegriff eine Leitkategorie des Historischen Materialismus in Frage stellt (nachdem er ihn Anfang bis Mitte der 1950er Jahre selbst schematisch vertreten hatte), der nun die deutsche Zweistaatlichkeit als erkenntnisleitendes Interesse seiner Arbeit öffentlich deutlich artikuliert und der in seiner Monografie zum Aufkommen des deutschen Reichsbegriffs diesen nationalen Impuls fast gänzlich ohne Kategorien des marxistischen Geschichtsdenkens mit Hilfe einer neu entwickelten begriffsgeschichtlichen Methode sowie mit Hilfe der traditionellen philologisch-kritischen Methode der älteren bürgerlichen Geschichtswissenschaft zur Geltung bringt.

---

<sup>1288</sup> Ebd., 170.

<sup>1289</sup> Ebd., 172.

<sup>1290</sup> Ebd., 173.

<sup>1291</sup> Ebd., 174.

<sup>1292</sup> Eckhard Müller-Mertens, Bestandsaufnahme zu den Gesellschaftssystemen der Gegenwart. Zur Entwicklung seit der industriellen Revolution. Zur Situation in den westlichen Ländern. Zum Gesellschaftssystem in den sozialistischen Ländern, 1963, in: Positionspapiere. Auswahl unveröffentlichter Schriften, zusammengestellt im November 2009, Privatarchiv Eckhard Müller-Mertens.

Nach den turbulenten Nach-Stalin-Jahren, nach den Ungarn-Ereignissen, der Verhaftung von Harich und Janka, Crüger, Saar und Gülzow und nach dem Bau der Mauer begann sich die SED-Herrschaft in der DDR wieder zu konsolidieren. Im Land kehrte Ruhe ein, die Menschen gingen an ihre Arbeit: Die SED beschloss auf ihrem VI. Parteitag 1963 den umfassenden Aufbau des Sozialismus, den sie nun als selbständige welthistorische Epoche verstanden wissen wollte.

Müller-Mertens löste Gerhard Schilfert als Fachrichtungsleiter ab; als solcher nahm er 1964 an einer Auseinandersetzung zwischen Kurt Hager und Robert Havemann in der SED-Kreisleitung teil.<sup>1293</sup> Letzterer hatte selbst bis vor kurzem für die Stasi und den KGB gearbeitet, hatte 1959 den Nationalpreis der DDR bekommen und war 1963 Mitglied der Volkskammer gewesen. 1963/64 hatte Havemann eine seiner gut besuchten Vorlesungen über „Naturwissenschaftliche Aspekte philosophischer Probleme“ gehalten.<sup>1294</sup> Am 12. März 1964 wurde er aus der Partei ausgeschlossen, weil er getarnt als Kampf gegen den Dogmatismus den ML in Frage gestellt habe. 1965 folgte ein Berufsverbot, 1966 der Akademie-Ausschluss. Müller-Mertens hatte nach eigenen Angaben Havemann bislang nicht als Oppositionellen wahrgenommen. Er grenzt damit den eigenen Weg in die Dissidenz ab vom dem jenes berühmten Widersachers der SED-Diktatur und folgt damit dem Erzählschema seiner Autobiografie, die die innere Entwicklung des „Ich“ fast gänzlich ohne Anstöße von anderen Zeitgenossen vor sich gehen lässt. Zweifel sind daher angebracht.

Andererseits hatte Müller-Mertens in diesen Jahren erstaunlich viel zu tun. 1963 erschien seine schmale, aber akribisch gearbeitete und im Westen gelobte Studie über die „Freien“ in den karolingischen Kapitularien.<sup>1295</sup> Müller-Mertens hatte neben seinen Leitungsaufgaben die Arbeit an neuen Studienplänen übernommen, die 1963/64 eingeführt wurden, ein weiterer, „Berliner Studienplan“ entstand vor der III. Hochschulreform 1968, konnte sich aber nicht durchsetzen. Er widmete sich neben den wissenschaftlichen und hochschulpolitischen Aufgaben auch der politischen Reflexion; Müller-Mertens fühlte sich damals so überlastet, dass er sich 1963 monatsweise in psychiatrische Behandlung begab.<sup>1296</sup> Im Sommer 1963 zog er eine Bilanz aus den politischen Erfahrungen der Jahre seit 1956, die in einer bemerkenswerten Spannung zu seinem zeitgleichen Aufstieg zum Fachrichtungsleiter steht.

---

<sup>1293</sup> Müller-Mertens, Existenz, 208.

<sup>1294</sup> Im Westen erschienen als „Dialektik ohne Dogma?“, Hamburg 1964.

<sup>1295</sup> Eckhard Müller-Mertens, Karl der Große, Ludwig der Fromme und die Freien. Wer waren die liberi homines der karolingischen Kapitularien (742/743–832); ein Beitrag zur Sozialgeschichte und Sozialpolitik des Frankenreiches, Berlin 1963.

<sup>1296</sup> Müller-Mertens, Existenz, 197.

## Positionspapier 1963

Im Sommer 1963 schrieb Müller-Mertens unter dem Eindruck des VI. Parteitages der SED (15.–21. Januar) und dem im Vorfeld von Staatschef Ulbricht verkündeten Übergang zu einer neuen „Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus“<sup>1297</sup> ein kurzes Manuskript nieder. Der Text blieb zunächst ohne Titel und wurde von seinem Autor als Exzerpt getarnt in einem Zettelkasten verborgen gehalten.<sup>1298</sup> Abzüglich der erst später beigefügten Vorworte umfasst das Dokument in der mir vorliegenden pdf-Datei acht Seiten.

Der Text beginnt mit einer deutlich pro-marxistischen Interpretation der Entwicklung des Kapitalismus seit der Industriellen Revolution und der gleichzeitigen Herausbildung der Arbeiterbewegung und des wissenschaftlichen Sozialismus, wie sie etwa bei Friedrich Engels nachzulesen ist.<sup>1299</sup> Während der Kapitalismus sich in zyklischen Krisen erschöpfe und eine wachsende Verelendung zur Folge habe,<sup>1300</sup> entwickle der wissenschaftliche Sozialismus seit Marx und Engels mit der Einsicht in die Bewegung des historischen Prozesses auch die Grundlagen für den Aufbau einer neuen Gesellschaft. Nun erhob das „Proletariat [...] den Marxismus zur weltgeschichtlichen Ideologie.“<sup>1301</sup> Deutlich negativ wird die Rolle der Sozialdemokratie in Deutschland vor und nach dem I. Weltkrieg eingeschätzt, deren „revisionistische Überlegungen“ 1918 zum Verzicht auf die Revolution geführt hätten; die Sozialdemokratie wird zu einem „konservierenden, entschieden antikommunistischen und antimarxistischen Bestandteil[.] der modernen kapitalistischen Gesellschaft.“<sup>1302</sup> Übereinstimmend mit Lenin<sup>1303</sup> wird die weitere Entwicklung des Kapitalismus als Übergang zur Herrschaft des Finanzkapitals und der Monopole, zum Imperialismus gedeutet. Die Perspektive der kapitalistischen Welt sind Strukturveränderungen, die durch die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus und der internationalen Arbeiterbewegung – nun auch in den Entwicklungsländern erfolgreich – bedingt sind.

Nach diesem marxistischen Abriss der weltgeschichtlichen Entwicklung, der keinen SED-Funktionär erschrecken hätte, folgt eine Wendung, die die Prognosefähigkeit der marxistischen Literatur des 19. Jahrhunderts in Frage stellt: „Entgegen allen Voraussagen kam es in den auf kapitalistischer Basis produzierenden Industriestaaten zu keiner andauernden Stagnation der

---

<sup>1297</sup> Neues Deutschland, 15. 12. 1962, zit. nach Staritz, 211. Vgl. zu den bildungspolitischen Aspekten: Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands [Referat Walter Ulbrichts auf dem VI. Parteitag der SED vom 15. bis 21. Januar 1963, Auszug], in: Baske/Engelbert, Dokumente, Bd. 2, Dokument 68, 294–301.

<sup>1298</sup> Müller-Mertens stellte den Text während der DDR-Zeit nur wenigen Vertrauten zur Verfügung. Im Januar 1989 sowie im Juli 1999 versah er ihn mit jeweils einem knappen, erläuternden Vorwort; der Titel – eigentlich eine Inhaltsangabe – des Dokuments lautete seit 1989 nun: „Bestandsaufnahme zu den Gesellschaftssystemen der Gegenwart. Zur Entwicklung seit der industriellen Revolution. Zur Situation in den westlichen Ländern. Zum Gesellschaftssystem in den sozialistischen Ländern.“

<sup>1299</sup> Vgl. Friedrich Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: Karl Marx/Friedrich Engels, Werke. (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 19, 4. Auflage 1973, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1962, Berlin/DDR. S. 177–228.

<sup>1300</sup> Müller-Mertens, Bestandsaufnahme, 10.

<sup>1301</sup> Ebd., 12, auch das folgende Zitat.

<sup>1302</sup> Ebd., 13, auch das folgende Zitat.

<sup>1303</sup> Vgl. Wladimir I. Lenin, Staat und Revolution (1917), zuletzt Hamburg 2012.

ökonomischen Entwicklung.“<sup>1304</sup> Der „Reichtum der Gesellschaft“ wuchs in „geradezu gigantischer Weise“. „Der Monopolkapitalismus und der staatsmonopolistische Kapitalismus [...] erwiesen sich nicht als Verfall und Endkrise des Kapitalismus.“ Auf der Grundlage der Korrektur der marxischen These kommt Müller-Mertens zu einer neuen Einschätzung der Entwicklungsmöglichkeiten des Kapitalismus, die sich – aus heutiger Sicht – wiederum als illusionär erwiesen hat: Durch die „Vereinigung von Monopolen und Staat“, die „Planung und Lenkung der Wirtschaft“ erhalte der „staatsmonopolistische Kapitalismus“ nunmehr geradezu „sozialistische Grundzüge“. Die erste These von Müller-Mertens von 1963 ist: Die kapitalistische Gesellschaftsordnung wird zum Sozialismus übergehen, allerdings nicht so, wie Marx es prophezeit hat. Stattdessen befindet sich der Kapitalismus in einer anderen Art von innerer und äußerer Krise. Von außen haben die „sozialistischen Staaten“ nun auch in den ehemaligen Kolonien „die Vorherrschaft der monopolkapitalistischen und staatsmonopolistisch-kapitalistischen Staaten Nordeuropas und Europas gebrochen“; diese Krise könne nur bewältigt werden „durch den Sturz der Monopolbourgeoisie und Finanzoligarchie [...], das bedeutet Nationalisierung bzw. Sozialisierung der Monopole.“ Diese politische Krise wird begleitet von einer kulturellen Krise im Innern. Denn dem Stand der technischen Entwicklung entsprächen nicht die menschlichen Lebensverhältnisse. Die kapitalistische Ordnung „realisiert nicht die durch den Stand der Produktivkräfte und den gesellschaftlichen Reichtum gegebenen Möglichkeiten zur bildungsmäßigen, zur körperlichen, kulturellen, geistigen, seelischen, zur sittlichen Vervollkommnung des Menschen, zu seiner Vermenschlichung.“ Da sie lediglich auf „Befriedigung materieller Ansprüche und primitiver Unterhaltungsbedürfnisse“ ziele, „orientiert sie nicht auf Humanität“ und führe in „die Massenneurose“.<sup>1305</sup> Müller-Mertens sieht daher „eine neue Revolution der Produktivkräfte“ beginnen, „man nenne sie technische Revolution oder wie immer.“ Die aus der technischen Revolution freigesetzten Energien würden „den Menschen von knechtender Arbeit freimachen“, und „von den Produktivkräften her die reale Perspektive des Sozialismus“ eröffnen. Während also die marxistischen Voraussagen hinsichtlich der Art der Krise des Kapitalismus und des Übergangs zum Sozialismus korrigiert werden, bleibt das marxistische Entwicklungsziel unangetastet. Zudem gehört die Verknüpfung von technischer Revolution mit der Utopie einer sozialistischen Gemeinschaft zur offiziellen Legitimationsstrategie der SED-Führung in der Zeit nach dem VI. Parteitag der SED.<sup>1306</sup>

Im Anschluss nimmt Müller-Mertens eine zweite Korrektur der – nun marxistisch-leninistischen – Standardtheorie vor: eine Neubewertung der Oktoberrevolution von 1917, die unausgesprochen an die Auffassungen von Wolfgang Leonhard und Wolfgang Harich erinnert. Da sich diese Revolution in einem rückständigen Agrarland mit einem niedrigen

---

<sup>1304</sup> Müller-Mertens, Bestandsaufnahme, 14; auch die folgenden Zitate.

<sup>1305</sup> Ebd., 15; auch die folgenden Zitate.

<sup>1306</sup> Meuschel, Legitimation, 211.

Entwicklungsniveau der Produktivkräfte vollzogen habe,<sup>1307</sup> habe der Übergang zum Kommunismus notwendig „Not und die Schrecknisse der frühen industriekapitalistischen Entwicklung“ noch verschärft, angesichts der dauerhaften Bedrohung von außen sei jeder Widerspruch gewaltsam unterdrückt worden, die führende Partei habe sich entsprechend der Ideologie zu einer „Partei neuen Typs“ entwickeln müssen. Anstatt den Übergang in den Sozialismus herbeizuführen, habe „die Diktatur des Proletariats den proletarisch-demokratischen Charakter verloren“, weil die regierenden Parteikader nun selbst zu Eigentümern an den Produktionsmitteln geworden seien, anstatt die Produktionsmittel zu sozialisieren.<sup>1308</sup> In der Landwirtschaft, die für den Feudalismus-Experten ein besonderer Gradmesser für den Zustand der Gesellschaft war, habe die „neue Ordnung mit der Vernichtung der freien Bauernwirtschaft und der gewaltsamen Kollektivierung, die einen grundsätzlich anderen Charakter als der zweckmäßige [!] und freiwillige Zusammenschluß“ den Weg in die „genossenschaftlich-demokratische[.]“ Landbearbeitung verstellt.<sup>1309</sup> „Die Diktatur des Proletariats wurde zur Diktatur der die nationalisierten Produktionsmittel beherrschenden, politisch-militärisch-ideologisch herrschenden Parteikader, die ihrerseits die „Merkmale einer Klasse“ entsprechend der leninschen Klassendefinition gewonnen hätten. Sie gaben den „materialistischen, dialektisch-historischen Gehalt des Marxismus auf“, mit der Folge des politischen Dogmatismus und des Personenkults um Stalin.<sup>1310</sup>

In der Konfrontation mit den Grundlagen des Marxismus, wie sie von Marx und Engels ausgearbeitet waren, erscheint die Oktoberrevolution als Fehlentwicklung. Müller-Mertens kritisiert hier die Abkehr vom Dialektischen und Historischen Materialismus aus der Perspektive eines überzeugten Marxisten; er erklärt Dogmatismus und Personenkult wie auch den stalinistischen Terror in der Sowjetunion als Ergebnis historisch besonderer Umstände, nicht als grundsätzliche Fehler des kommunistischen Gesellschaftssystems. Er vermeidet es, anders als andere Kritiker um 1956, nun Lenin gegen Stalin aufzuwerten, und rechnet auch die leninistische Theorie von der Partei neuen Typs, der die SED gefolgt war, zu dieser unmarxistischen Fehlentwicklung.

Dennoch bleiben die Augen des Mediävisten auch für die zukünftige Entwicklung nach Osten gerichtet. Denn dort wurde die „tiefe Krise“ „durch die Reformen nach Stalins Tod“ überwunden.<sup>1311</sup> In wenigen Sätzen werden aus dem sowjetischen Exempel Lehren gezogen, ohne dass dabei die Situation in der DDR selbst ausdrücklich angesprochen würde. Die politische Fehlentwicklung macht zunächst „grundsätzliche Änderungen des ökonomischen Systems notwendig, die ihrerseits unabdingbare Demokratisierungen erheischen.“ Ziel ist die Freisetzung der „schöpferische[n] Initiative der Menschen“, die

---

<sup>1307</sup> Müller-Mertens, Bestandsaufnahme, 15.

<sup>1308</sup> Ebd., 16.

<sup>1309</sup> Ebd., 17.

<sup>1310</sup> Ebd., 17.

<sup>1311</sup> Ebd., 18; auch die folgenden Zitate.

„allseitige Entfaltung der wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und geistigen Kräfte“. Parallel zur Entwicklung des kapitalistischen Systems richtet sich also hier die Hoffnung des marxistischen Reformers auf die Entwicklung der Produktivkräfte, bei der die politische Demokratisierung lediglich ein abgeleitetes Ziel darstellt. Auch dem sozialistischen Lager stehen Revolutionen ins Haus: denn der „Fortgang der unvollendet gebliebenen und verratenen sozialistischen Revolution“ wird selbst ein „revolutionärer Akt, einen neue Revolution sein“.

Auffällig ist die Nähe dieser Überlegungen zum Parteiprogramm Ulbrichts. Auch im Kreise der SED-Führung wurden die wirtschaftspolitischen Reformanstrengungen in der KPdSU, etwa der Libermanns, positiv rezipiert (auch dann noch, als sie in der UdSSR politisch gescheitert waren).<sup>1312</sup> Ulbricht verlegte seine Hoffnungen im Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus auf die Entwicklung der Produktivkräfte in einer wissenschaftlich-technischen-Revolution und maß der Freisetzung von Eigeninitiative der Individuen deutlich mehr Bedeutung zu als noch vor dem Mauerbau. Freilich, mit seiner Einschätzung der Oktoberrevolution als revisionistischer Abweichung vom Marxismus lag Müller-Mertens ganz auf der Linie des verurteilten Parteifeindes Harich. Die letzten knappen Forderungen gehen dann deutlich über das Maß einer wissenschaftlich-technischen-Revolution hinaus und überführen diese in einen Katalog politischer Grundsatzforderungen, der nun in seinem politischen Vokabular statt an die Oktoberrevolution an die westliche Tradition des bürgerlichen Liberalismus seit der Französischen Revolution, explizit aber an die deutsche Revolution von 1918 anschloss. Der neuen Revolution diene, „was die Produktivität der Arbeit und zugleich den Lebensstandard steigert, was die Ausbildung proletarisch-demokratisch-republikanischer Rechte und Freiheiten sowie eine Rechtsstaatlichkeit fördert, was die wissenschaftlich-kritisch, von der Realität ausgehende und ihr Primat anerkennende, das heißt materialistische Denkweise ausbildet, was zu humanistisch-sozialistischen, das heißt zu allgemeinmenschlich sittlich-gutem Verhalten erzieht. [...] Notwendig ist die Einsetzung des Volkes in die Menschen- und Bürgerrechte, in die Rechte, welche die Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes von 1918 verkündete“.<sup>1313</sup> Die Zukunftsentwicklung der DDR ist damit an die in Deutschland entstandene kommunistische Tradition zurückgebunden und von der Belastung durch den sowjetischen Umweg der Entwicklung des Kommunismus befreit. Dieser Kommunismus basiert auf dem geschichtlichen Fortschritt der Französischen Revolution und möchte Menschenrechte und Demokratie mit Sozialismus versöhnen. Dadurch werden die hier geforderten Freiheiten sofort wieder eingeschränkt, denn das politische Konzept des Sozialismus und der marxistischen Ideologie bilden die nicht weiter hinterfragbaren Grundforderungen. Auch dieses zwiespältige Konzept teilte Müller-Mertens mit Harich. Von der Theorie der Abfolge der Gesellschaftsformationen wird Müller-Mertens sich erst zu Beginn der 1980er Jahre

---

<sup>1312</sup> Vgl. hierzu Staritz, Geschichte der DDR, 208f.

<sup>1313</sup> Müller-Mertens, Bestandsaufnahme, 18.

endgültig lösen, nachdem er 1973 in einem „Essai über die Natur des Menschen“<sup>1314</sup> eine theoretische Neubegründung der Geschichtswissenschaft auf lebenswissenschaftlicher anstatt auf ideologischer, gesellschaftstheoretischer Grundlage versucht hat.

Kann Müller-Mertens' politische Reflexion als *intellektuelles* Handeln eines Vertreters der sozialistischen Intelligenz gewertet werden?<sup>1315</sup> Mit den Überlegungen zur europäischen Geschichte des 19. Jahrhunderts und insbesondere zur russischen Revolution von 1917 verlässt der Mediävist wohl noch nicht das Feld seiner Kompetenz als Historiker. Allerdings geht er über diese hinaus, wenn er eine Gegenwartsdeutung und Zukunftsprognose der westlichen und östlichen Gesellschaftssysteme wagt und daraus politische Forderungen auch für die DDR ableitet. Zwar gehören auch solche Überlegungen eigentlich in das spezifische Berufsprofil der dem Historischen Materialismus verpflichteten DDR-Historiker. Aber Müller-Mertens übt Kritik anstatt sich mit der geforderten Rolle der Legitimation des politischen Systems zu begnügen. Mit Hinblick auf seinen Forschungsschwerpunkt zum deutschen Mittelalter bewegt sich Müller-Mertens damit auf der Grenze zur Inkompetenz im Sinne der Definition von Lepsius. Zudem übt der Mediävist Kritik mit Blick auf die sozialistische Utopie, also einen höchsten Wert, über den ein weitreichender, politisch durchgesetzter Konsens besteht – mit anderen Worten: Es handelt sich um legitime Kritik. Ganz wie im Lepsius-Konzept vorgesehen, unterstreicht Müller-Mertens die Legitimität dieser Kritik und bezichtigt die herrschende Klasse der Parteikader in der UdSSR Stalins der illegitimen Abweichung vom der gemeinsamen Hoffnung der Kommunisten; Müller-Mertens spricht von der „verratenen sozialistischen Revolution“. Allerdings fehlt ein ganz entscheidendes Merkmal intellektuellen Handelns: die Öffentlichkeit. Müller-Mertens begibt sich mit seinem geheimgehaltenen Exposé nicht auf ein fachfremdes, öffentliches Feld, auf dem er seine Autonomie bzw. Distanz zur politischen Sphäre im Sinne Bourdieus als Bürge für die Wahrhaftigkeit oder Authentizität seiner Äußerungen hätte ausspielen können. Er nutzte stattdessen die Impulse seiner potentiell intellektuellen Stellungnahme für eine Neuausrichtung seiner mediävistischen Studien. Sie hatte eine beachtliche Wirkung, aber lediglich innerhalb des ureigensten Kompetenzfeldes ihres Autors. Kurz nach der Niederschrift des Positionspapiers begann an der Humboldt-Universität Robert Havemann seine berühmten Vorlesungen über „Philosophische Probleme der Naturwissenschaft“, die im Westen unter dem Titel „Dialektik ohne Dogma“ erschienen. Schon mit Hilfe der Vorlesungen – der klassischen Tätigkeit eines Universitätsprofessors – hat Havemann jene

---

<sup>1314</sup> Eine Hauptfrage der Reflexionen Mitte der sechziger Jahre war das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft. Es kam zu einem Neuansatz, der 1973, bereits weiterentwickelt, zur Ausarbeitung der Schrift „Des Menschen Art und das Wesen des Lebens. Essai zur Verständigung über den Menschen“ führte. Der Neuansatz kann als anthropologisch-biologischer Ansatz definiert werden. Entscheidend wurde, den Menschen in erster Linie von der anthropologisch-biologischen Substanz, von der Lebensseite oder Lebeweseneseite und nicht in erster Linie von von der sozialen Seite, von der Gesellschaftsseite, zu verstehen, das Verhältnis zwischen gesellschaftlichem Sein und Bewusstsein, von Materie und Bewusstsein unter dem Aspekt der Identität und der Interdependenz zu begreifen.

<sup>1315</sup> Hier orientiere ich mich begrifflich an Rainer M. Lepsius, Kritik als Beruf: Zur Soziologie der Intellektuellen, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 16 (1964), 75–91. Siehe auch Gangolf Hübinger, Gelehrte, Politik und Öffentlichkeit. Eine Intellektuellengeschichte, Göttingen 2006.

Art der Öffentlichkeit hergestellt, die intellektuelles Handeln auszeichnet. Müller-Mertens hat Havemanns Vorlesungen nach eigener Auskunft nicht verfolgt; kaum entgangen sein wird ihm dessen Streitgespräch mit Kurt Hager an der HU,<sup>1316</sup> schon gar nicht die berufliche Isolierung und strafrechtliche Verfolgung Havemanns in den folgenden Jahren. Intellektuelles Engagement war für die DDR-Intelligenz nur unter hohem persönlichem Risiko möglich. Es ist demzufolge kaum praktiziert worden. Müller-Mertens verweist deutlich auf die Angst als Begleitumstand seines politischen Aufbegehrens. Er hat verschiedentlich auch die Sicherheitsbestimmungen der DDR, etwa hinsichtlich der Einführung von Büchern und Zeitungen aus Westberlin, umgangen. Das geschah aus intellektueller Neugier und interessierter Zeitgenossenschaft. Die Impulse aus seiner geistigen Entwicklung hat er dann aber *innerhalb* seines eigenen Fachgebietes fruchtbar werden lassen.

Müller-Mertens hat selbst in seinen beiden Vorworten sowie in seiner Autobiografie dem Positionspapier den Charakter einer „partei- und staatsfeindliche[n] Plattform“<sup>1317</sup> verliehen. Diese Selbsteinschätzung bezieht sich ausdrücklich auf eine mögliche Bewertung des Papiers durch die SED-Parteifunktionäre bzw. den Sicherheitsapparat. Eine andere Frage aber ist es, ob das Papier – so wie es Müller-Mertens schon für seine Interventionen 1956/57 in Anspruch genommen hat – aus historischer Distanz als *oppositionelles* Handeln gewertet werden kann.<sup>1318</sup> Das Papier zeigt starke Parallelen zu gleichzeitigen Gedanken innerhalb der SED-Führung. Der Ausstieg aus der Staatsideologie des Marxismus wird nicht einmal als Möglichkeit in Betracht gezogen, im Gegenteil, die neuen Revolutionäre werden auf die ‚materialistische Denkweise‘ eingeschworen. An den führenden Parteikadern wird zwar über den historischen Umweg der Einschätzung der Bolschewiki harsche Kritik geübt; diese betrifft allerdings den ‚demokratischen Zentralismus‘ als Wesenselement der Partei neuen Typs, nicht jedoch die verfassungsmäßig festgeschriebene führende Rolle der SED im Staat. Zur ihr äußert sich Müller-Mertens nicht, doch wie hätte der grundsätzlich sozialistische Charakter des Staates der neuen Revolution gegen Angriffe antisozialistischer Gegner gesichert werden sollen?

### Feudalismus-Diskussion: Entstalinisierung durch Historisierung

Zugleich stieß Müller-Mertens öffentlich eine Diskussion an, die über den Rahmen einer rein fachwissenschaftlichen Spezialdiskussion hinausging, weil sie explizit die neue

---

<sup>1316</sup> Charlotte Welskopf, „Einige historische Aspekte philosophischer Probleme“, MS, o.D. [1964], NL Welskopf, 11; offenbar erschienen: Wissenschaftliche Zeitschrift der HU, gesellschaftswissenschaftlich-sprachwissenschaftliche Reihe, 13, 1964. Welskopf begrüßte die Anregungen von Havemann zur interdisziplinären Zusammenarbeit zwischen Natur- und Geisteswissenschaften. Das Diskussionsklima an der HU verdeutlicht die Dokumentation eines Streitgesprächs zwischen der FDJ-Leitung, Hochschullehrern und z. T. sehr kritischen Studenten, innerhalb dessen auch Havemann eine Rolle spielte und ein Student von seinen eigenen negativen Erfahrungen mit dem Repressionsapparat der Sicherheitsorgane berichtete: Ulrike Bresch und Gert Noack, „Freiheit im Sozialismus“. Ein Streitgespräch an der Humboldt-Universität zu Berlin 1963, ZfG 41 (1993), 605–621.

<sup>1317</sup> Müller-Mertens, Bestandsaufnahme, 7.

<sup>1318</sup> Zum Begriff und der Anwendung auf Teile der DDR-Intelligenz siehe Herzberg, Anpassung, 669ff.



„welthistorische“<sup>1319</sup> Lage der Gegenwart zum Anlass einer Revision des zentralen marxistischen Grundbegriffs der Mediävistik nahm. Müller-Mertens hatte schon in der ersten Feudalismus-Diskussion, die sich um Periodisierungsfragen drehte, durchaus eigene, gegenwartsorientierte Akzente gesetzt. Wie damals setzte er nun an der Nationalstaatsfrage an, wie damals wurde der Übergang von der Spätantike zum Feudalismus in der Germania zu einem wichtigen Argumentationspunkt.<sup>1320</sup>

Periodisierungsfragen waren in der DDR-Geschichtswissenschaft aus zwei Gründen ein zentraler Bestandteil der wissenschaftlichen Diskussion. Zum einen galten die von Historikern erarbeiteten zeitlichen Gliederungen des geschichtlichen Prozesses nicht als gedankliche Konstrukte, sondern besaßen Objektivitätsanspruch: Periodisierung war „Wirklichkeitserkenntnis“.<sup>1321</sup> Das hing zusammen mit einem zweiten Grund. Der Historische Materialismus synthetisierte Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in ein kohärentes Entwicklungsschema mit Gesetzescharakter. In der Gegenwart der DDR sollte sich demnach der historische Prozess als notwendiger und gesetzmäßiger Übergang von der Krisenphase des gesteigerten Imperialismus während des Dritten Reiches zum Aufbau des Kommunismus vollziehen. Auf ihrem VI. Parteitag hatte die SED gerade beschlossen, dass der Aufbau des Sozialismus dabei als Vorstufe und zugleich als eine selbständige Epoche zu werten sei. Mit der Frage nach dem Wie und Wann der Übergänge zu neuen Gesellschaftsformationen in der Vergangenheit stand somit zugleich auch die Plausibilität der Herrschaftsideologie der SED für die Gegenwart auf dem Prüfstand.

Nach der dogmatischen Festlegung Stalins bzw. des „Kurzen Lehrgangs“ hatten die DDR-Historiker der 1950er Jahre zunächst von fünf „Grundtypen von Produktionsverhältnissen“ auszugehen: Urgesellschaft, Sklaverei, Feudalismus, Kapitalismus, Sozialismus.<sup>1322</sup> Der Hallenser Parteihistoriker Leo Stern hatte in seiner Disposition für das Hochschullehrbuch 1953 die Entstehung des westeuropäischen Feudalismus aus der Verschmelzung von germanischer Urgesellschaft mit spätantiker Sklavenhaltergesellschaft erklärt.<sup>1323</sup> In einer Folge von Aufsätzen und Vorträgen überraschte und provozierte Müller-

---

<sup>1319</sup> Hans-J. Bartmuß zitierte ein mündliches Statement Müller-Mertens': Hans-Joachim Bartmuß, Die Genesis der Feudalgesellschaft in Deutschland. Bemerkungen zu einigen Hypothesen von E. Müller-Mertens, in: ders. (Hg.), Feudalismus. Entstehung und Wesen, Berlin 1985, 115–128, hier: 115 (zuerst ZfG 13 (1965), 1001–1010).

<sup>1320</sup> Schon 1954 hatte Müller-Mertens eine vorfeudale Periode unterschieden. Diskussion folgt ihm nicht. Eckhard Müller-Mertens, Feudalismusdiskussionen in der DDR. Einführung und Ausblick, in: ders. (Hg.), Feudalismus. Entstehung und Wesen, Berlin 1985, 9–46, 14. Horst Haun hebt in seinem Beitrag die aktuellpolitische Relevanz der Diskussion hervor: „die Frage, inwieweit revolutionären Übergängen das Gewicht selbständiger weltgeschichtlicher Epochen zukommt.“ (Die erste Periodisierungsdiskussion in der Geschichtswissenschaft der DDR, ZfG 27 (1979), 867.

<sup>1321</sup> Vgl. Michael Borgolte, Eine Generation marxistische Mittelalterforschung in Deutschland. Erbe und Tradition aus der Sicht eines Neuhumboldtianers, in: ders. (Hg.), Mittelalterforschung nach der Wende 1989, München 1995, 3–26, hier: 7.

<sup>1322</sup> Zentralkomitee der KPdSU (Hg.), Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) – Kurzer Lehrgang, Berlin 1951. Zustimmend vertreten wurde diese Auffassung von Müller-Mertens 1954: Eckhard Müller-Mertens, Zur Periodisierung und zu einigen Fragen der deutschen Geschichte im Feudalismus, ZfG 2 (1954), 239–256, 239.

<sup>1323</sup> Leo Stern, Disposition des Hochschullehrbuchs der Geschichte des deutschen Volkes, Bd. 1 (bis 1400), in: Eckhard Müller-Mertens, (Hg.), Feudalismus. Entstehung und Wesen, Berlin 1985, 49–51, 49: „Es

Mertens seine DDR-Kollegen mit einem neuerlichen Versuch,<sup>1324</sup> diese Vorstellung vom Übergang der Germanen zum Feudalismus zu differenzieren.<sup>1325</sup> Er sah die Entstehung des Feudalismus wesentlich begründet durch die spätantike Villikationsverfassung und reduzierte damit den Beitrag der Germanen.<sup>1326</sup> Der Feudalismus im Okzident sei nicht „der germanischen Entwicklung sondern der Antike entsprungen.“<sup>1327</sup> Für die Germanen nahm er stattdessen „Produktionsverhältnisse sui generis“<sup>1328</sup> an und bezweifelte, dass diese eigenartige germanische Gesellschaft überhaupt von sich aus den Weg in den Feudalismus eingeschlagen hätte.<sup>1329</sup> Dieser Versuch, die Verbindlichkeit des stalinschen Periodisierungsschematismus in Frage zu stellen begleitete und begründete Müller-Mertens in Auseinandersetzung mit klassischer marxistischer Literatur. Durch einen knapp ausgeführten Vergleich der frühen mit den späten Beiträgen von Marx und Engels zur Feudalismusproblematik erkennt Müller-Mertens bei den Klassikern „Modifikationen gemäß der fortschreitenden Forschungsentwicklung“<sup>1330</sup> und wirft einer ganzen Reihe von „historisch-materialistischen Lehrbücher[n]“ sowie einer sowjetischen Weltgeschichte ihre begriffliche Inkohärenz vor. Zudem hätten die „Lehrbücher [...] die Arbeiten von Marx, Engels und Lenin nicht erschöpfend ausgewertet und auch nicht den Anschluß an den gegenwärtigen Forschungsstand vollzogen“.<sup>1331</sup>

Müller-Mertens' Interventionen riefen zahlreiche Gegenreaktionen vor allem in der ZfG hervor, die den Charakter einer Kampagne trugen.<sup>1332</sup> Während die Berliner Bernhard Töpfer<sup>1333</sup> und Helmut Assing Müller-Mertens' Anregungen zu eigenen Neukonzeptionen

---

verschmelzen Elemente der sich auflösenden Gentilordnung der Germanen einerseits und der verfallenden römischen Sklavenhalterordnung andererseits.“

<sup>1324</sup> Müller-Mertens, Zur Periodisierung; Eckhard Müller-Mertens, Vom Regnum teutonicum zum Heiligen Römischen Reich deutscher Nation, in: ZfG 11 (1963), S. 319ff.; ders., Die Genesis der Feudalgesellschaft im Lichte schriftlicher Quellen. Fragen des Historikers an den Archäologen, in: ZfG 12 (1964), S. 1384–1402; ders., Zur Feudalentwicklung im Okzident und zur Definition des Feudalverhältnisses, in: ZfG 14 (1966), S. 52–73.

<sup>1325</sup> Die Fachdiskussion fasste er später so zusammen: „Müller-Mertens entwickelte damit eine neue Konzeption von der Herausbildung der okzidentalen Feudalgesellschaft, gegründet erstens auf eine neue gesellschafts-formative Qualifizierung der sozialökonomischen Prozesse der Spätantike und bei den germanischen Stämmen, zweitens auf eine Definition des feudalen Produktionsverhältnisses allein durch die rein ökonomische Form des privaten feudalherrlichen Grundeigentums und bäuerlichen Produktionsmittelbesitzes, drittens auf eine historisierende Neuverständigung über die diesbezüglichen Aussagen von Marx und Engels und viertens auf die Vorstellung von der Grundherrschaft als der feudalen Institution, welche die feudalen Produktionsverhältnisse zu einem System integrierte, das als Ganzes produktiver war als die Summe der zugehörigen Bauernwirtschaften, sich zuerst in der Spätantike ausbildete und der fränkisch-deutschen Feudalgesellschaft die höhere Arbeitsproduktivität gegenüber der germanischen Stammesgesellschaft verlieh.“ (Müller-Mertens, Feudalismusdiskussionen, 21f.).

<sup>1326</sup> Müller-Mertens, Die Genesis der Feudalgesellschaft im Lichte schriftlicher Quellen., 1397.

<sup>1327</sup> Müller-Mertens, Vom Regnum teutonicum, 324.

<sup>1328</sup> Müller-Mertens, Die Genesis, 1402.

<sup>1329</sup> Ebd., 1393.

<sup>1330</sup> Müller-Mertens, Zur Feudalentwicklung, 151.

<sup>1331</sup> Ebd. 154.

<sup>1332</sup> Abgedruckt in Müller-Mertens, Feudalismus. Müller-Mertens spricht selbst von einer gesteuerten Kampagne gegen ihn (ebd.).

<sup>1333</sup> Töpfer nahm eine vermittelnde Position ein. Für ihn blieb der Übergang der Germanen zum Feudalismus gesetzmäßig und notwendig, aber er schlug vor, die stalinsche Typenlehre um eine weitere Gesellschaftsformation zu bereichern. Diese stellte er ausdrücklich auch in den Zusammenhang mit der Theorie von der „asiatischen Produktionsweise“, die in der Stalin-Ära bekämpft worden war und die zuvor 1957 von Charlotte Welskopf wieder ins Spiel gebracht worden war. Bernhard Töpfer, Zu einigen

des Übergangs zum Frühmittelalter nutzten, kam heftiger Gegenwind aus dem Süden der Republik. Horst Gericke, später Autor der kanonischen dreibändigen „Deutschen Geschichte“,<sup>1334</sup> wandte sich gegen die Historisierung der marxistischen Klassiker,<sup>1335</sup> Hans-Joachim Bartmuß verwies zu Recht auf den hypothetischen Charakter der Einlassungen Müller-Mertens’ zu den vorfeudalen Produktionsverhältnissen,<sup>1336</sup> und er hielt fest: „Grundsätzlich lief die Entwicklung der germanischen Großstämme zum Feudalismus.“<sup>1337</sup> Bartmuß ließ die gegenwartsbezogene Brisanz der Überlegungen von Müller-Mertens ebenso anklingen wie später Jochim Herrmann.<sup>1338</sup> Dieser lehnte Müller-Mertens’ Auffassungen ab, u. a. weil sie „unbeabsichtigt die Vorstellung von einem besonderen ‚germanischen Entwicklungsweg‘ vermittelt“ und damit den „weltgeschichtliche[n] Zusammenhang“ verdecke.<sup>1339</sup> Die erste Formulierung verknüpfte die Auffassungen Müller-Mertens’ deutlich mit den Thesen von Anton Ackermann zu einem „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ von 1946; sie konnten auch gemünzt sein auf die Bemühungen des späten Ulbricht um einen DDR-spezifischen Sozialismus.

Der gegenwartspolitische Aspekt dieser Feudalismusdiskussion war den Autoren deutlich bewusst. Müller-Mertens betrieb eine innerfachliche Entstalinisierung durch die kritische Historisierung der Klassikeraussagen, begleitet durch eigene Quellenforschungen. Die Überlegungen zu einer historischen Sonderrolle der Germanen führten ihn zum Abschied vom stalinschen Typenschema, das er selbst ein Jahrzehnt zuvor noch vertreten hatte. Nach 1956 war Müller-Mertens durch seine Parteiarbeit nicht nur in der Grundorganisation der Historiker an der HU überzeugt worden, dass eine Entstalinisierung notwendig ist. „Schlagt die Stalinisten wo ihr sie trefft“, hatte er nach eigenem Bekunden damals immer wieder geäußert.<sup>1340</sup> Zu den institutionengebundenen Querelen an der HU kam nun, nach dem Bau der Berliner Mauer, aber auch mit Ulbrichts eigensinnigem DDR-Sozialismus, die nationale Frage als Grundantrieb ins Spiel. Bartmuß hatte auf die Begründung von Müller-Mertens’ Neukonzeption durch die „neue welthistorische Situation“ hingewiesen.<sup>1341</sup> 1963 und 1964 machte Müller-Mertens in zwei Aufsätzen deutlich, dass es ihm dabei nicht einfach um das

---

Grundfragen des Feudalismus, in: Eckhard Müller-Mertens (Hg.), Feudalismus. Entstehung und Wesen, Berlin 1985, 88–114 (zuerst ZfG 13 (1965)).

<sup>1334</sup> Horst Gericke, Deutschland von der Mitte des 11. bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts, in: Deutsche Geschichte, Bd.1, Berlin 1967, 227–265.

<sup>1335</sup> Zur Dialektik von Produktivkraft und Produktionsverhältnis im Feudalismus, in: Müller-Mertens, Feudalismus, 172–191 (zuerst ZfG 14 (1966)), 914–932: „selbst wenn sich unsere gegenwärtig gültigen Vorstellungen vom Wesen des Feudalismus in einigen Punkten ändern sollte, bleiben davon die Grunderkenntnisse der Klassiker über den historischen Platz des Feudalismus zwischen Sklavenhalterordnung und Kapitalismus ebenso unberührt wie ihre Ansichten über die wichtigsten Funktionen dieser Formation in der allgemeinen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft.“

<sup>1336</sup> Bartmuß, Genesis, 116.

<sup>1337</sup> Ebd. 127.

<sup>1338</sup> Bei Bartmuß heißt es: „Fragen, deren erneutes Durchdenken Müller-Mertens zufolge die neue welthistorische Situation (!) und die Resultate jahrzehntelanger Forschung erfordern.“, ebd. 115.

<sup>1339</sup> Joachim Herrmann, Zu den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes. Einige Ergebnisse und Probleme der Arbeiten am ersten Band der „Deutschen Geschichte“, in: Eckhard Müller-Mertens (Hg.), Feudalismus. Entstehung und Wesen, Berlin 1985, 283–297 (zuerst ZfG 28 (1980), 823–834), 289.

<sup>1340</sup> Müller-Mertens, Existenz, 167.

<sup>1341</sup> So Müller-Mertens mündlich auf einer Tagung 1963, vgl. Bartmuß, Genesis, 115.

neue Parteiprogramm der SED von Anfang 1963 und die darin aufgeworfene Frage „inwieweit revolutionären Übergängen das Gewicht selbständiger weltgeschichtlicher Epochen zukommt“<sup>1342</sup>, gegangen war. Vielmehr ging es ihm bei seinen Überlegungen zum Feudalismusbegriff um die Erforschung der Ursachen des deutschen „Partikularismus“ als Reaktion auf den Bau der Berliner Mauer: „Angesichts der gegenwärtigen nationalen Frage in Deutschland bewegt dieses Grundproblem die Gedanken der Mediävisten.“<sup>1343</sup>

Müller-Mertens' Kontrahenten Gericke, Bartmuß und Herrmann blieben dem gängigen Feudalismus-Schema verpflichtet und legten dies in ihren Arbeiten für offizielle Synthesewerke zu Grunde.<sup>1344</sup> Müller-Mertens selbst zog sich aus der Arbeit am „Grundriss der deutschen Geschichte“ zu Beginn der 1970er Jahre zurück, da er sich mit seinen Entwürfen zum Frühmittelalter nicht hatte durchsetzen können.<sup>1345</sup> Er hatte sich in seinen Vorarbeiten vom parteiamtlichen Mittelalterbild noch weiter entfernt: „Doch wäre [...] der Begriff Feudalismus nicht mehr am Platze, da er zu eng, nicht ablösbar von den besonderen gesellschaftlichen Beziehungen ist“<sup>1346</sup>, stellte auch die Formationstheorie insgesamt in Frage und näherte sich stattdessen den Forschungsdiskussionen des 19. Jahrhunderts.<sup>1347</sup> Müller-Mertens bezog den Standpunkt des Historismus,<sup>1348</sup> indem er nach dem Eigenrecht der frühmittelalterlichen Epoche der Germania fragte, indem er den Forschungsbezug von Synthesen einklagte und selbst die „experimentelle[...] Haltung“ des Forschers einnahm.<sup>1349</sup> Im „Banne der Formationstheorie“ stand Müller-Mertens nach der gelungenen

---

<sup>1342</sup> Damit verdeckte der damals noch parteitreue Horst Haun vielleicht nicht unabsichtlich das Grundanliegen von Müller-Mertens., vgl. Horst Haun, Die erste Periodisierungsdiskussion in der Geschichtswissenschaft der DDR, ZfG 27 (1979), 867.

<sup>1343</sup> Müller-Mertens, Vom Regnum teutonicum, 319. Ähnlich der Beginn von Müller-Mertens, Genesis, 1384. Vgl. daneben weitere konzeptionelle Aufsätze: ders., Die Deutschen. Zur Rolle der politischen Formung bei ihrer Volkwerung, in: Germanen – Slawen – Deutsche. Forschungen zu ihrer Ethnogenese, Berlin 1968, 31–41; ders., Kaiser Karl IV. 1346–1378. Herausforderung zur Wertung seiner geschichtlichen Persönlichkeit, ZfG 27 (1979), 340–356.

<sup>1344</sup> Vgl. die ersten drei Bände der Deutschen Geschichte in zwölf Bänden, hg. vom Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 1985.

<sup>1345</sup> Vgl. Müller-Mertens, Nationale Frage, 37f. Es handelt sich um das Werk: Klassenkampf, Tradition, Sozialismus. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik, Grundriß, hg. vom Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 1974. Die folgenden Auflagen (3. Aufl. 1981) erschienen unter dem Titel: „Grundriß der deutschen Geschichte“.

<sup>1346</sup> Eckhard Müller-Mertens, Skizze zur weiteren Verständigung über das feudale Produktionsverhältnis, Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift EAZ 13 (1972), 543–578, 555: „ob das feudale Produktionsverhältnis, wie es die okzidentale Feudalgesellschaft beherrschte, ein formationsbestimmendes Produktionsverhältnis in der weltgeschichtlichen Abfolge der vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen war oder nur die okzidental-feudalgesellschaftliche Spielart eines umfassenderen Produktionsverhältnisses... Jedoch müßte der entsprechende Grundtyp dann neu bestimmt werden und umfassender ... Doch wäre in diesem Fall der Begriff Feudalismus nicht mehr am Platze, da er zu eng, nicht ablösbar von den besonderen gesellschaftlichen Beziehungen ist, die sich tatsächlich in der feudalen Form der Ausbeutung verkörperten.“

<sup>1347</sup> Der erste wegweisende Aufsatz nimmt ausdrücklichen Bezug auf das 100jährige Jubiläum der Sybel-Ficker-Kontroverse (Müller-Mertens, Vom Regnum teutonicum, 319). Schon dem Bruch über die „Freien“ war ein Forschungsüberblick seit dem 19. Jahrhundert vorangestellt.

<sup>1348</sup> So Borgolte, Generation, 25. Vgl. etwa die Selbstaussage: Müller-Mertens möchte die Resultate seiner Forschung „nicht von der Vorstellung eines unmittelbaren Übergangs von der Urgesellschaft in die Feudalordnung [...] sondern in stringent historisierender Weise [...] deuten, einer Weise, die auch mit ganz eigenartigen Produktionsverhältnissen [...] kalkuliert.“ (Müller-Mertens, Genesis, 1391).

<sup>1349</sup> Borgolte, a. a. O., 25. Müller-Mertens wollte 1964 zunächst „nicht gültige Lösungen, sondern Fragestellungen“ formulieren (Müller-Mertens, Genesis, 1402).

Entstalinisierung nicht zuletzt seines eigenen Denkens nicht mehr.<sup>1350</sup> Stattdessen intensivierte er in der Folge den nationalen Grundimpuls seines Fragens sowie die Rezeption der Leistungen der deutschen Geschichtswissenschaft seit dem 19. Jahrhundert. Damit initiierte er einen bis zum heutigen Tag dauernden Forschungsprozess, der die vom Historischen Materialismus gezogenen Grenzen transzendierte,<sup>1351</sup> ohne diese Überschreitung noch einmal durch eine ähnliche Auseinandersetzung wie um den Feudalismus-Begriff offenkundig zu machen.<sup>1352</sup> Rückblickend charakterisiert Müller-Mertens seine politische und geschichtstheoretische Orientierung nach 1963 als „freie[n] Marxismus“. Eine 1970 von ihm veröffentlichte Monografie geht über diese Haltung noch hinaus.

### Innovation durch Tradition: Das „Regnum Teutonicum“ und die Wiederbelebung der historisch-kritischen Methode

Trotz der von ihm ausgelösten Kontroversen konnte Müller-Mertens 1966 eine für die ostdeutsche Mediävistik wichtige Funktion übernehmen. Er wurde als Nachfolger von Fritz Rörig und Fritz Hartung Leiter der Ostberliner Außenstelle der MGH.<sup>1353</sup> Für den Forscher Müller-Mertens bedeutete diese Funktion eine institutionelle Absicherung des Zugriffs auf die schriftlichen Quellen des deutschen Mittelalters. 1970 erschien ein über 400 Seiten starkes Buch, das in der gesamtdeutschen Mediävistik eine Epoche bedeutete, weil es zu einer alten Frage und auf Grundlage einer bis dahin schon weitgehend durchleuchteten schriftlichen Überlieferung ganz neue Einsichten gewann.<sup>1354</sup> Die mit Hilfe der ehrwürdigen „philologisch-kritischen Methode“<sup>1355</sup> erarbeitete Hauptthese von „Regnum Teutonicum. Aufkommen und Verbreitung der deutschen Reichs- und Königsauffassung im frühen Mittelalter“ (RT) ist mittlerweile Handbuchwissen.<sup>1356</sup>

---

<sup>1350</sup> Vgl. aber die irreführende Kapitelüberschrift „Kap. II.1: Feudalismus. Die ostdeutsche Mittelalterforschung im Banne der Formationstheorie“ in: Michael Borgolte, Sozialgeschichte des Mittelalters. Eine Forschungsbilanz nach der deutschen Einheit, München 1996., 93–118. Borgolte geht hier vor allem auf die großen Synthesen zum Mittelalter bzw. zum Feudalismus ein.

<sup>1351</sup> Dagegen Borgolte, a. a. O., 23: „Forschung ist [in der Mediävistik der DDR] wirklich als Prozeß abgelaufen, ohne allerdings bestimmte Grenzen zu transzendieren.“

<sup>1352</sup> Eine andere Frage ist, inwieweit sich Müller-Mertens etwa in der Bürgertums- oder Hanseforschung aus dem Feudalismus-Schema gelöst hat. Vgl. Eckhard Müller-Mertens, Bürgerlich-städtische Autonomie in der Feudalgesellschaft. Begriff und geschichtliche Bedeutung, ZfG 29 (1981), 205–225: Bürgertum als Bestandteil der feudalen Produktionsverhältnisse (215) und progressiver Beitrag der städtischen Autonomie bei der Vorbereitung der ersten bürgerlichen Revolutionen (225).

<sup>1353</sup> Vgl. hierzu Müller-Mertens, Bürgerlichkeit.

<sup>1354</sup> Vgl. Olaf B. Rader (Hg.), Turbata per aequora mundi. Dankesgabe an Eckhard Müller-Mertens, Hannover 2001.

<sup>1355</sup> RT 87. Diese Methode hatte Müller-Mertens schon im Buch über die „Freien“ ausdrücklich auch als Erbe des 19. Jahrhunderts geradezu gefeiert.

<sup>1356</sup> Berlin 1970. Im Folgenden zitiert als „RT“ Vgl. zum Stellenwert das Handbuch Hermann Jakobs, Kirchenreform und Hochmittelalter 1046–1215 (=Oldenbourg Grundriss der Geschichte; 7), München<sup>3</sup> 1994. Zum Wormser Konkordat heißt es hier: „Die Sonderregelungen [d. h. der kaiserliche Einfluss auf die Bischofswahlen im engeren deutschen Reichgebiet] gewinnen ‚nationalgeschichtliches‘ Gewicht“ (36); „Canossa ist auch ein symbolisches Datum für die Festigung unseres Volks- und Staatsnamens geworden. Gregor VII. hat Heinrich IV. als den *rex Teutonicorum* absolviert“ (166, Hervorh. i. O.); „An der Kurie ist die ‚deutsche Reichskonzeption‘ entstanden [...] Das Buch von Müller-Mertens, das diese Gedanken zuerst erarbeitet hat [...], wurde [...] ‚den anregendsten Arbeiten über die mittelalterliche Geschichte, die nach

Die meisten Belegstellen für die Verwendung der Begriffe „regnum Teutonicorum, regnum Teutonicum sowie rex Teutonicorum, rex Teutonicus“ (RT 8) waren der Mediävistik seit Fritz Vigeners Sammlung aus dem Jahr 1901 bekannt.<sup>1357</sup> Allerdings stand ihre „eindringliche, kritische und systematische Analyse [...], die Erschließung ihres ideengeschichtlichen und politischen Gehalts, ihre Aufbereitung für eine Geschichte der Reichsauffassungen und der Reichsideen, der politischen Vorstellungswelt und der politischen Ideologie noch aus.“ (RT 7) Unter den Vorzeichen der „Abendland-Europa-Ideologie“ habe sich die nunmehr vornehmlich geistesgeschichtlich orientierte westdeutsche Mediävistik nach der politischen Verstrickung in die Legitimierung des „Dritten Reiches“ der „nationalgeschichtliche[n] Betrachtung“ (RT 12) entschlagen. Müller-Mertens verknüpfte nun Vigeners Begriffsgeschichte mit der politischen Geschichte des frühen Mittelalters vornehmlich in der Phase des Investiturstreits zwischen Papst Gregor VII. und Kaiser Heinrich IV. Die Leitfragen der Untersuchung lauten, „wann und in welchen Zusammenhängen dieser deutsche Reichs- und Königsbegriff aufkam, wie sich die deutsche Vorstellung des Reiches einbürgerte, wer ihre Träger, und was deren Beweggründe waren, ihre Auffassung des Reiches am deutschen Volk zu bilden bzw. das Reich auf das deutsche Volk zu beziehen“ (RT 8). Im Hintergrund steht die Frage nach der „Genesis des deutschen Reiches“ (RT 8), deren Relevanz Müller-Mertens 1963, anders als später im Buch, mit dem Zustand der deutschen Nation nach 1945 begründet hatte.<sup>1358</sup>

### Gliederung, Vorgehensweise, Ergebnisse

Im ersten Abschnitt seiner Untersuchung konzentriert sich Müller-Mertens auf die Verwendung des deutschen Reichsbegriffs vor dem Investiturstreit (RT 44–144), wobei sich jedes der Unterkapitel einer bestimmten Quelle zuwendet: von dem *Chronicon Venetum* bis zu den „Salzburger Annalen“. Der „deutsche Volksname“ sei hier in Form des Begriffs „teutonicus“ im Laufe des 11. Jahrhunderts „in das Gefühl und Bewußtsein ein[getreten]“, sodass „die Franken, Bayern, Schwaben, Sachsen, Thüringer und Friesen eine sprachlich-volkliche, eine geschichtliche Einheit bildeten, ein Volk darstellten.“ (RT 121) Ein auf das deutsche Volk bezogenes „Wir-Gefühl“ stellt Müller-Mertens bei „Adalbold von Lüttich, Brun von Querfurt, Wipo, Hermann von Reichenau, Adam von Bremen und vielen ihrer Zeitgenossen“ als nun „erwiesen“ dar (RT 143). Der Begriff „deutsch“ als Bezeichnung für das Volk sei also schon vor der Übertragung auf das Gebilde des Reiches entstanden (RT 25). Damit war theoretisch auch die Möglichkeit gegeben, den Begriff „teutonicum“ auf das Reich zu beziehen. Doch das „imperiale und hegemoniale Interesse“ der ottonisch-salischen

---

1945 erschienen sind‘, zugerechnet. Das Urteil hat Bestand“. (166) In der Rezeption wurde allerdings der begriffsgeschichtliche Befund anerkannt, die Thesen zu dem hinter dem Begriff nach Meinung Müller-Mertens’ sich entwickelnden deutschen Nationalbewusstseins und -gefühls sind so weit ich sehe übergangen worden.

<sup>1357</sup> Vigeners, Bezeichnungen.

<sup>1358</sup> Eckhard Müller-Mertens, Vom Regnum teutonicum zum Heiligen Römischen Reich deutscher Nation, ZfG 11 (1963), 319.

Geschichtsschreiber und ihrer Herrscher, die mit der Reichsherrschaft u. a. Ansprüche auf Gebiete in Italien verbanden, habe die Verwendung des „deutschen Reichs- und Königsbegriffs“ verhindert (RT 144). Dieser habe paradoxerweise dann „zuerst in Italien politische Relevanz“ gewonnen (RT 144) und sich seit der Jahrtausendwende ausgebreitet. Für die Mitte der 1070er Jahre stellt Müller-Mertens dann anhand der „Jahrbücher von Niederaltaich“ zum ersten Mal auch die Verwendung des Begriffs „Teutonicum regnum“ auf dem Gebiet des späteren Deutschlands fest (RT 99).<sup>1359</sup>

Es sind dann zunächst die pro-päpstlichen Geschichtsschreiber – so das erste Ergebnis des folgenden Abschnitts (RT 145–327) – die diese Verwendung des Begriffs stabilisierten. Sie übernahmen damit den politischen Kampfbegriff der gregorianischen Kanzlei, die ihrerseits den universalen Ansprüchen des Kaisertums im Investiturstreit die Legitimation entziehen möchte (RT 148, 177). Müller-Mertens widmet hier u. a. dem „Antiheinricianer im Reichsmönchstum“ (RT 225), Lampert von Hersfeld, der gegen Ende des 11. Jahrhunderts seine Annalen geschrieben hat, eine 30-seitige Untersuchung. Die nationalistisch-kleindeutsch gesinnte Mediävistik des 19. Jahrhunderts sei Leopold Ranke in dessen Urteil über die „völlige Unglaubwürdigkeit“ (RT 227) des papsttreuen Annalisten gefolgt; sie habe ihn wegen seiner politischen Parteinahme geschmäht. In einer akribischen Untersuchung der politischen Begriffe Lamperts (etwa von „imperium“, „regnum“, Verbindungen mit „teutonicus“) kommt Müller-Mertens hingegen zu dem Schluss, dass sich in der „politischen Haltung“ des Geschichtsschreibers „Reichsbewußtsein und Feindschaft gegen den König“ (RT 246) verbänden, und dass Reichsbewußtsein zudem mit „Nationalgefühl und politische[m] Deutschbewußtsein“ gepaart sei. Gerade indem sich Lampert politisch gegen den imperial denkenden König Heinrich positionierte, sei jener also zum Patrioten geworden. Dafür „abstrahierte“ Lampert „das in der Regel deutsch begriffene regnum vom König, er objektivierte es, sah das deutsche Reich als Institution, als Staat und politische Wertgröße, die über dem König und den Fürsten stand.“ (RT 254)

Damit habe ausgerechnet der „böswillige[.] Tendenzschreiber“ (RT 226) Lampert von Hersfeld den deutschen Reichsbegriff „national-deutscher Fassung“ (RT 255) in seiner institutionellen Bedeutung in die politische Sprache eingeführt.<sup>1360</sup> Im Anschluss (RT 274–327) zeigt Müller-Mertens, dass die Parteigänger Heinrichs IV. dieser begrifflichen Innovation nicht folgten (RT 284). Sie gebrauchten weder die Verbindung von „deutsch“ und „Reich“, noch gelangten sie aufgrund ihres „theokratische[n] Amtsgedanken[s]“ zu einer „Vorstellung des regnum als säkularer, vom Herrscher trennbarer Institution.“ (RT 288) Ihre „Ideen des imperial-supragentilen Königtums und Reiches, politisch ideologische

---

<sup>1359</sup> „Es muß an eine Strömung gedacht werden, welche die deutsche Reichsauffassung des Altaicher Annalisten hervorbrachte und sie trug.“ (RT 99).

<sup>1360</sup> Hinter Lampert erkennt der Autor nämlich eine ganze „Strömung“ (RT 255). Die begriffsgeschichtliche Perspektive hat es Müller-Mertens erlaubt, die Frage nach der Glaubwürdigkeit des Annalisten zu umgehen; mit der Aufwertung des Quellenbestands aus Hersfeld schließt Müller-Mertens an die Mediävistik des 19. Jahrhunderts an, etwa an Stenzel, Giesebrecht und Waitz; vgl. RT 226.

Intentionen und Interessen“ haben die Verwendung des deutschen Reichsbegriffs durch die deutschen Geschichtsschreiber lange Zeit verhindert (RT 326).

Der dritte und letzte Teil von „Regnum Teutonicum“ behandelt die Verwendungen des Begriffs in der Endphase des Investiturstreits (RT 328–383). Den Schlusspunkt setzt eine Neuinterpretation des Wormser Konkordats (1122), mit dem die umstrittene Bischofsinvestitur abschließend geregelt wurde. Doch nicht dem Verhältnis zwischen päpstlichen und kaiserlichen Rechten gilt hier Müller-Mertens’ Aufmerksamkeit. Denn aus der Perspektive der von ihm erarbeiteten Begriffsgeschichte rückt vielmehr ins Zentrum des Interesses, dass das Konkordat „auf die Unterscheidung zwischen dem Teutonicum regnum und den anderen Teilen des Imperiums gegründet“ wurde (RT 328). Infolge dieser verfassungsrechtlichen Fixierung sei der „deutsche Reichsbegriff [...] dann zu einer für den Kaiser und den Papst gemeinsamen Bedeutung gelangt, er ist zur allgemeinen Geltung gekommen, sein Eintritt in das geschichtliche und tagespolitische, das staats- und kirchenrechtliche Denken ist abgeschlossen.“ (RT 328) Aus einem politischen Kampfbegriff war demnach ein „Allgemeinbegriff“ geworden (RT 350) und der „Begriff deutsches Reich [...] für die Präformation eines künftigen deutschen Nationalstaates zur Verfügung gestellt.“ (RT 383) Selbst wenn die Hypothese von der Etablierung der Reichsidee erst im 12. Jahrhundert auch schon Müller-Mertens’ Lehrer Heinrich Sproemberg und andere Autoren vertreten haben mochten, ohne dass sie in „Regnum Teutonicum“ Erwähnung finden,<sup>1361</sup> so wurde sie doch in diesem Buch systematisch belegt und differenziert etabliert.

So wichtig und aufschlussreich diese Ausführungen für die mediävistische Spezialdiskussion auch sind, muss hier noch einmal hervorgehoben werden, dass es sich bei diesem Buch über die Entstehung eines nationalen Bewusstseins bei einigen gelehrten Schreibern im sich formierenden deutschen Reich des Hoch- und Spätmittelalters um eines der bedeutenderen Bücher jener DDR-Geschichtswissenschaft handelt. Nichts ist hier zu spüren von der angeblich sozialistischen, auf konsensueller Praxis beruhenden ‚beherrschten Normalwissenschaft‘, obgleich es von einem durchaus etablierten Fachvertreter, jedenfalls keinem ‚Nischenbewohner‘ der Diktatur geschrieben wurde. Das Buch ist der strengen historisch-kritischen Methode verbunden, es vermeidet platte Aktualisierungen, es rührt aus einem ganz individuellen Erkenntnisinteresse des Autors, es vibriert vor politischer Spannung angesichts der 1961 mit dem Mauerbau scheinbar endgültig gewordenen deutschen Teilung und deren Korrespondenz mit der Anfangszeit des zersplitterten Reiches, es ist individuell wohl sogar bis hin zur nicht explizit gemachten Spiegelung des Geschichtsschreibers Müller-Mertens in jenen gelehrten Autoren des Mittelalters, die in politisch zerfahrenen Situation die Einheit des deutschen Reiches durch Wort und Schrift zu stiften versuchen.

---

<sup>1361</sup> So Michael Borgolte, Staatsideologie und Forschergeist. Die Produktivität der Mittelalterhistorie unter marxistischer Dominanz. Mit einem Ausblick auf die Zeit nach der „Wende“, in: Konrad H. Jarausch u. a. (Hg.), Sozialistisches Experiment und Erneuerung der Demokratie – Die Humboldt-Universität zu Berlin 1945–2010, Berlin 2012, 375–388.



## „Materialistischer Historismus“

Die Bildung des deutschen Nationalstaates im 19. Jahrhundert ist der gedankliche Fluchtpunkt dieser Studie zum frühen Mittelalter. Demgegenüber rückt die herkömmliche Perspektive des Historischen Materialismus, d. h. die Herausbildung der Grundlagen des Übergangs zum Kapitalismus durch die feudale Gesellschaftsformation in den Hintergrund. Erst auf den beiden abschließenden Seiten wird die Untersuchung mit einer gleichzeitig stattfindenden Entwicklung der materiellen Verhältnisse kausal verknüpft. Der politische Wandel erfolgte demnach „auf Grund der durch die ökonomische und gesellschaftliche Fortentwicklung bewirkten Änderung des Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen und innerhalb der herrschenden Klasse.“ (RT 392) Diese Kausalbeziehung wird nur noch behauptet, nicht mehr belegt.<sup>1362</sup> Seinen „Standpunkt“ kennzeichnet Müller-Mertens eingangs beiläufig als „materialistischen Historismus“,<sup>1363</sup> um sich mit dieser erstaunlichen begrifflichen Neuschöpfung vorerst von „der verfassungsgeschichtlichen mitsamt der nötigen unterbauenden wirtschafts- und gesellschaftsgeschichtlichen Forschung“ (RT 19) zu suspendieren.<sup>1364</sup> Im Verzeichnis der mehrfach zitierten Literatur (RT 395–404) wird ein einziger marxistischer Autor genannt, dessen Auffassungen schon in der Einleitung widerlegt werden (RT 34). Die sonst üblichen gesonderten Nennungen von Marx, Engels und Lenin unterbleiben, sie werden nirgends zitiert.

Die einfache begriffliche Umkehrung des Historischen Materialismus verdeckt jedoch, dass Müller-Mertens mit der materialistischen Grundannahme, dass die Geschichte wesentlich durch die Entwicklung der Beziehung zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen bestimmt sei,<sup>1365</sup> nicht mehr operiert. Die wesentlichen Triebkräfte seiner Geschichte sind auf der einen Seite die Machtinteressen des Papstes, der Kaiser und Fürsten, auf der anderen Seite das Nationalgefühl und -bewusstsein der Geschichtsschreiber als Sprecher einer weit verbreiteten „Strömung“ (RT 99).

---

<sup>1362</sup> „Der Investiturstreit und die Fürsteninsurrektion wurden von einer wirtschaftlich-gesellschaftlichen Umwälzung getragen. Ein wachsendes Sozialprodukt, höhere Produktivität der Arbeit, gesteigerte Ware-Geld-Beziehungen, kleine Warenproduktion und arbeitsteilige Verkehrswirtschaft, Stadtentwicklung und Landesausbau [!] brachen die Gesellschaft in allen ihren Verhältnissen um, brachten neue soziale Kräfte hervor und setzten den sich umgruppierenden und fortentwickelnden mittelalterlich-feudalen Klassen und Ständen neue ökonomisch-soziale Perspektiven. Inmitten dieser sich tiefgreifend wandelnden wirtschaftlich-gesellschaftlichen Wirklichkeit wurde die Frage nach dem Verhältnis von Kirche und Staat, von ideologisch-religiöser und staatlich-politischer Funktion, zugleich mit der Frage nach dem Verhältnis von Zentralgewalt und regional-partikularer Gewalt bei der Ausübung der politisch-staatlichen Macht grundsätzlich neu gestellt. [...] ging die alte [...] ottonisch-salische Königsherrschaft zugrunde, eine wesentlich veränderte Ordnung und Verfassung, eine neue Form des Feudalstaates und der Kirche kamen zu Ausbildung.“

<sup>1363</sup> Thomas Sandkühler ist kürzlich in Protokollen, die Gespräche von Historikern an der AdW verzeichnen, ebenfalls dem Begriff ‚materialistischer Historismus‘ begegnet. Möglicherweise übernahm Müller-Mertens diesen Begriff aus diesem Kontext.

<sup>1364</sup> Die Formulierung kehrt wieder in der Autobiografie, Müller-Mertens, Existenz, 214. Sie stellt hier die Quintessenz aus der Feudalismusdiskussion dar.

<sup>1365</sup> Vgl. Ernst Engelberg, Über Gegenstand und Ziel der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft, ZfG 16 (1968), 1128.

Eigentlich ist dieser Historismus nicht einmal ein „materialistischer“, auch wenn Müller-Mertens damals nach eigenen Angaben an der Überlegenheit der materialistischen Weltanschauung noch keine Zweifel gehegt hat.<sup>1366</sup>

Es handelt sich um einen Forschungsbeitrag, der die Kriterien der wissenschaftsgeschichtlichen Konzeption des „Historismus“ als epochemachenden Schubs zur Verwissenschaftlichung der Historie in erstaunlichem Maße erfüllt. Natürlich sind Geschichtsreligion und die Vorstellung von Geschichte als Entwicklung ideeller Mächte nicht mehr greifbar; aber die Konzeption von Geschichte als Forschung mit eigener Methode, ihre Funktion bei der politischen Orientierung der Gegenwart, die genetisch-erzählende Herleitung von wichtigen politischen Entitäten – alle diese Kriterien erfüllt das Buch vom „Regnum Teutonicum“. Die Merkmale der materialistischen Geschichtsbetrachtung sind dagegen getilgt. Sogar den Objektivismus eines Ranke scheint der Müller-Mertens der 1960er und 1970er Jahre wenigstens als allgemeine Orientierung geteilt zu haben, und zwar gerade das damit verknüpfte, für einen Marxisten völlig unannehmbare Individualitätsaxiom. Demnach wäre es nicht Aufgabe der Geschichtswissenschaft, über vergangene Epochen zu richten, denn jede sei eben für sich ‚unmittelbar zu Gott‘. Müller-Mertens behauptet, er habe diese Gedanken auch zur Grundlage der Arbeit des Universitätsinstituts gemacht.<sup>1367</sup> Dementsprechende ‚objektive‘ Geltung haben die Erkenntnisse des Mediävisten: Sie seien keine individuelle Perspektive auf das historische Phänomen, sondern „ein Spiegelbild[,] welches bei allen Verzerrungen die Grundbefindlichkeit des Tatsächlichen erkennen läßt“ (RT 324).

---

<sup>1366</sup> Vgl. Müller-Mertens, *Existenz*, 260: „Für den Standpunkt, den ich in den sechziger Jahren mit dem freien Marxismus in der Kritik am Dogmatismus, am dogmatisch-systematischen Denken, und im methodischen Bemühen, zu erfahren, was tatsächlich der Fall war, konkret gewann, war der historisierende und historische Zugriff maßgeblich und kennzeichnend. Die historische Akzentuierung, die historische Kritik führte mich selbst zu dem Begriff des Historismus. Ich nahm ihn als Distanzbegriff gegenüber dem Dogmatismus und der dogmatisch-systematischen Methode auf. Ich ging dabei weiterhin von einer gegebenen objektiven Realität aus und stellte in den sechziger Jahren auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft die materialistische Erkenntnistheorie noch nicht in Frage. Unter diesem Gesichtspunkt gewann ich in dieser Zeit die Vorstellung eines materialistischen Historismus. Ich halte sie für zutreffend und möchte heute bei dieser Bezeichnung bleiben. Sie spielte im Fachgespräch wie im Lehrbetrieb dieser Zeit eine Rolle, und sie findet sich gelegentlich nicht nur damals, sondern auch später in Publikationen.“

<sup>1367</sup> „Sehr wohl aber habe ich in den sechziger Jahren eine Nähe meines Historismus zu Ranke gesehen und auch herausgestellt. Das betrifft die Anführung von Rankes klassischer Formulierung des Historismus: ‚Ich aber behaupte: jede Epoche ist unmittelbar zu Gott, und ihr Wert beruht gar nicht auf dem, was aus ihr hervorgeht, sondern in ihrer Existenz selbst.‘ Ich identifizierte mich mit dieser Formel als Prinzip und führte sie im Forschungs- und Lehrbetrieb der Abteilung Mittelalter des Instituts für deutsche Geschichte, dann des Bereiches Mittelalterliche Geschichte der Sektion Geschichte ins Feld. In einem wahrscheinlich noch stärkeren Maße und mit einem allgemeinen Zuschnitt wurden Rankes Objektivität, der Rankesche Objektivismus auf dieser Ebene zur Geltung gebracht. Der Historismus und Objektivismus Rankes, mehr noch und vor allem der Schüler Rankes in der Mediävistik spielten eine orientierende Rolle. Rankes Forderungen ‚vor Gott erscheinen alle Generationen der Menschheit als gleichberechtigt, und so muß auch der Historiker die Sache ansehen‘, der Historiker habe zu zeigen, ‚wie es eigentlich gewesen ist‘, er muß aus der Sache zurücktreten, seine Person gewissermaßen auslöschen, wurden als Leitbilder angenommen.“ (Müller-Mertens, *Existenz*, 260f.).

## Das Interesse an der Nationalgeschichte: Erkenntnisstimulus und -gefährdung

Die eben zitierte Behauptung, Lamperts begriffliche Innovation sei Ausdruck einer breiten „Strömung“ gewesen, gibt ein erstes Indiz für die Doppelrolle des nationalpolitischen Interesses in den Arbeiten von Müller-Mertens. Es hat sich in Zusammenhang mit den Zweifeln am Feudalismusbegriff zunächst als Erkenntnisstimulus erwiesen. Ursprünglich wollte Müller-Mertens mit dem „Regnum Teutonicum“ Ursprünge des deutschen Staates schon im frühen Mittelalter erweisen.<sup>1368</sup> Die spätere Datierung um den hochmittelalterlichen Investiturstreit herum war für ihn eine Überraschung. Das Erkenntnisinteresse hat durch die Offenheit, mit der die begriffsgeschichtliche Vorgehensweise angewendet wurde, ganz neue Forschungsergebnisse produziert. Im gleichen Zug gefährdet das nationalpolitische Bedürfnis die Dignität der Forschungsergebnisse. So ist die Annahme einer breiten „Strömung“ nationalen Bewusstseins, die die Grundlage einiger mittelalterlicher Geschichtsschreiber darstellen soll, eine spekulative Möglichkeitsannahme. Sie ist, anders als der Begriffsgebrauch selbst, nicht philologisch zu verifizieren, da es schlicht an Quellenmaterial fehlt.

Noch in einer zweiten Hinsicht hat der nationalpolitische Impuls den strengen Quellenbezug gefährdet. Dies sei kurz am Beispiel der beiden Hauptbelegstellen für die erstmalig emphatische Verwendung des Begriffes „regnum Teutonicum“ bei dem Mönch von Niederaltaich sowie wiederum bei Lampert von Hersfeld demonstriert.

In einem ersten Untersuchungsschritt konzentriert sich Müller-Mertens auf das Auftreten des deutschen Reichsbegriffs sowie auf dessen Verwendungsweise: Welches Gebiet meint der jeweilige mittelalterliche Autor, wenn er vom deutschen Reich schreibt? Für die *Annales Althaenses* stellt er fest, dass darin zum ersten Mal der Begriff des deutschen Reichs durch einen deutschen Geschichtsschreiber gebraucht würde (RT 87). Für die Verlässlichkeit dieser Quelle bezieht sich Müller-Mertens positiv auf deren Rekonstruktion durch Wilhelm Giesebrecht.<sup>1369</sup> Die Annalen sind zwar nur in einer Abschrift von 1517 überliefert, aber Giesebrechts Annahme, dass es sich dabei um den Wortlaut aus der Originalschrift aus dem letzten Viertel des 11. Jahrhunderts handelt, sei nachträglich noch einmal durch einen weiteren Quellenfund bestätigt worden – „ein glänzender Beweis für das Vermögen der philologisch-kritischen Methode“ (RT 88).

Nachdem Müller-Mertens den semantischen Referenzbereich des deutschen Reichsbegriffs in den Jahrbüchern von Niederaltaich dargestellt hat, schließt er aus der Verwendungsweise des Begriffs darüber hinaus auch auf dessen motivationale Grundlage. In Form einer exemplarischen Beweisführung gibt Müller-Mertens zwei Belege für den „Nationalstolz“ bzw. das „Nationalgefühl“ des Mönches an, die sich aber auch „an anderen Stellen kundg[eben]“ (RT 92). Zunächst heißt es: „Auf dem Fürstentag von Köln 1042 [...]

---

<sup>1368</sup> Gespräch mit Müller-Mertens 23. 11. 2009.

<sup>1369</sup> Müller-Mertens bezieht sich auf Wilhelm Giesebrecht, *Annales Althenses*. Eine Quellschrift zur Geschichte des elften Jahrhunderts aus Fragmenten und Exzerpten hergestellt, Berlin 1841.

fordern die versammelten Reichsfürsten eine Heerfahrt wider diese [Ungarn] mit dem Hinweis: ‚Man müsse die Gnade Gottes versuchen, welcher keinem ein gerechtes Urteil verweigern will gegen die, welche ohne Vorhandensein eines Grundes mit solcher Verwüstung im deutschen Reich gewütet hatten.‘“ (RT 92) Dann heißt es, dass die „Teutonici reges“ dem Annalisten zufolge „durch keines Menschen Drohungen eingeschüchtert“ werden könnten (RT 92). Damit lastet die gesamte Beweisführung für die innere Parteinahme des Annalisten auf wenigen Worten. Aus der emotional geprägten Sprache des Annalisten („Verwüstung“, „gewütet“) in Bezug auf das deutsche Reich und dann die deutschen Könige möchte Müller-Mertens auf die dahinter stehende „Gefühlswelt des Annalisten“ (RT 92) schließen.

Hinzu kommen zwei Stellen, an denen von der „Weisheit der Unseren im Rate“ und „ihre[r] Kühnheit im Kampfe“ die Rede ist (RT 93), die nach Müller-Mertens auf Angehörige der deutschen Stämme bezogen sind. Zwar können demnach die „Unseren verschiedene Personen umfassen“, Bayern, ein Heer, Pilger, die „Deutschen insgesamt.“ (RT 96) Aber trotz dieser unterschiedlichen „Wir-Gruppen“ unterstellt Müller-Mertens, dass die verschiedenen Wendungen „Ausdruck eines alle umfassenden Solidaritätsgefühls“ seien: „Ein bayerisch-deutsches Volksgefühl bewegt den Annalisten“ (RT 97), denn er „identifiziert“ sich mit denen, „die dem Reiche und dem König dienen.“ (RT 97)

Diese Beweisführung stützt Müller-Mertens durch eine „verblüffende Parallele“ (RT 99): Ungefähr zeitgleich schreibt auch Lampert von Hersfeld „aus echter Emotion, [...] er gibt echtes Nationalgefühl und deutsches Reichsbewußtsein kund.“ (RT 230) Die Belegstrategie ist die gleiche. Lampert schreibt von der „Schmach“ (ingomnia) des „deutschen Reiches“, vom „unbefleckten Glanz des deutschen Reiches“ (RT 233), woraus Müller-Mertens auf die innere Gefühlslage des Geschichtsschreibers schließt. „[D]as regnum Teutonicum als Institution [...] hat für Lampert einen hohen politisch-moralischen Wertgehalt. Schande und Glanz des Reiches, auf sie Bezug zu nehmen, hätte an sich genügt. Es bedurfte nicht notwendig des Beiwortes deutsch. Die deutsche Definition des Reiches muß darum besonderen Wert für Lampert gehabt haben.“ (RT 233f.) Nicht einfach als politischer Kampfbegriff von mittelalterlichen Klerikalen mit eigenen politischen Interessen, sondern auf der „Grundlage deutschen Volksgefühls und deutschen Reichsbewußtseins“ tritt damit die „national-deutsche Fassung“ des Reichsbegriffs in die Geschichte der Nationsbildung ein. Das gewichtige Forschungsergebnis der Entstehung eines neuen politischen Begriffs, für deren erstes Erscheinen die beiden eben behandelten Autoren die wichtigsten Gewährsmänner sind, wird im Horizont des Schicksals eines Volkes dramatisiert und damit überinterpretiert. Neben einzelnen begriffsgeschichtlichen Befunden kann der eigentlich methodenbewusste Mediävist von Entitäten wie dem deutschen „Wir- und Einheitsgefühl[.]“ als einem spezifisch „deutschen Kontrastbewußtsein[.] gegenüber den romanischen und slawischen Völkern“ (RT 274f.) sprechen – angesichts der realhistorischen Gegenwart der geteilten Nation und der an die Sowjetunion gebundenen DDR ein

erstaunliches Forschungsergebnis; an anderer Stelle ist gar durchaus wohlwollend vom „deutschen Volksgefühl“ als Gegenstück zum „deutschen Reichsbewußtsein“ die Rede (RT 94), wobei die Verbundenheit des Volkes in diesem Gefühl durchaus unabhängig vom Begriffsgebrauch der politischen Sprache und von der aktuellen Verfassung des deutschen Reiches gedacht wird!

Die Orientierung auf Methodizität, mit deren Hilfe Müller-Mertens die Entstalinisierung seines Mittelalterbildes gelungen war, erbrachte mit den „Freien“ und mit „Regnum Teutonicum“ bedeutende Forschungsergebnisse.<sup>1370</sup> Sie war begleitet von einer starken objektivistischen Grundüberzeugung. Müller-Mertens war und ist überzeugt, mit Hilfe geregelter Methoden die historische Realität abbilden zu können.<sup>1371</sup> Die nationale Frage war dafür der entscheidende Stimulus gewesen. Bei der Unterstellung von Nationalgefühl bei den alten Geschichtsschreibern, einer hinter ihnen stehenden Strömung im deutschen Volk sowie bei der Konstitution eines deutschen Volkes als Entsprechung zum Begriffsgebrauch der alten Geschichtsschreiber führen das nationalpolitische Interesse und der Objektivitätsglaube zur Überinterpretation des Quellenbefundes und werden zur Gefahr für die Validität der Forschungsergebnisse.

Mit seinen Forschungen zur Entstehung eines deutschen Staates im Mittelalter begründete Müller-Mertens einen Forschungsschwerpunkt an der HU. Er konnte diesen in den seit 1962 erstellten Zentralen Forschungsplan integrieren. Die dafür verantwortliche Arbeitsgruppe, die bei der Abteilung Wissenschaften der SED angesiedelt war, leitete Müller-Mertens nach krankheitsbedingtem Ausfall von Johannes Schildhauer selbst.<sup>1372</sup> An der HU entstanden daraufhin eine ganze Reihe von Arbeiten zur Entstehungsgeschichte des deutschen Reiches.<sup>1373</sup> Müller-Mertens spricht von einer „Berliner Schule“.<sup>1374</sup>

---

<sup>1370</sup> Zur Rezeptionsgeschichte der beiden Bücher vgl. Müller-Mertens, Existenz, 250–254.

<sup>1371</sup> Vgl. Müller-Mertens, Existenz 259: „Mein Anliegen in der Forschung war, sichere, feststehende, eindeutige Ermittlungsergebnisse und Kenntnisse zu erzielen. Ich wollte wissen, wie es wirklich war und ist, wollte Erkenntnis und Wahrheit. Ich begann mich der historisierenden und historischen Kritik zu befleißigen, mich induktiver Verfahrensweisen zu bedienen. Das war der Weg in einen praktischen Historismus und Positivismus. [...] Das je Einzelne war in seinem Zeit-Raum-Verhältnis, in der bestehenden Beziehung, in seiner Individualität und als Individuelles zu fassen. [...] Die [auf diese Weise, AT] sichtbar werdenden Beziehungskomplexe waren in gleicher Weise zu fassen, wiederum als ein Einzelnes [...]“

<sup>1372</sup> Müller-Mertens, Existenz, 243. 1963 wurde Müller-Mertens auch in den „Wissenschaftlichen Beirat für Geschichte“ beim SHF berufen; 1964 in die Sektion Geschichte der DAW/AdW. Nach seinen Angaben arbeiteten diese beiden Gremien jedoch in der betreffenden Zeit nicht mehr als Leitinstitutionen der Geschichtswissenschaft, diese Verantwortung war an die Abteilung der Wissenschaften beim ZK der SED übergegangen, die staatlichen und wissenschaftlichen Institutionen wurden gemäß der Verfassungsordnung der DDR zurückgedrängt.

<sup>1373</sup> Vgl. Fußnote 24, RT 14: „Die Bearbeitung dieses Forschungskomplexes wurde von den Mitarbeitern der Abteilung Mittelalter des früheren Instituts für deutsche Geschichte der Humboldt-Universität Berlin in Angriff genommen.“ Müller-Mertens nennt die Diplomarbeit von Siegfried Pietschmann, Reichs- und Herrscherbeziehungen in frühmittelalterlichen Privaturkunden bis 1122, phil. Dipl. HU Berlin 1965; Barbara Reichelt, Reichs- und Herrscherbezeichnungen in frühmittelalterlichen Privaturkunden des bayrischen [!] Gebietes, phil. Dipl. HU Berlin 1965; Wolfgang Eggert, Das ostfränkische Reich in der Auffassung seiner Zeitgenossen, phil. Diss. HU Berlin 1969 (erschienen 1973). Die beiden letztgenannten SchülerInnen haben diese Spuren weiter verfolgt: Barbara Pätzold, Die Auffassung des ostfränkisch-deutschen Reiches als „regnum Saxonum“ in Quellen des 10. Jahrhunderts, phil. Diss. HU Berlin 1981; Wolfgang Eggert/Barbara Pätzold, Wir-Gefühl und regnum Saxonum bei frühmittelalterlichen Geschichtsschreibern, Weimar sowie Wien/Köln/Graz 1984. Zu nennen sind weiterhin die späteren Qualifikationsarbeiten von Gerald Beyreuther, Dirk Alvermann, Stefan Schach und Stefan Kaas (vgl. Müller-Mertens, Nationale Frage, 28).

An anderen Stellen musste Müller-Mertens persönliche Zurücksetzungen hinnehmen. In den 1969 gegründeten „Rat für Geschichtswissenschaft“ wurde er nicht berufen. Bei der Gründung der Sektion Geschichte an der HU war zunächst im Sommer 1968 Müller-Mertens als Direktor ins Auge gefasst worden; das Amt übernahm dann jedoch Günter Vogler.<sup>1375</sup> Dieser leitete auch die u. a. für das späte Mittelalter verantwortliche Arbeitsgruppe für die „Geschichte des deutschen Volkes“; das frühe Mittelalter übernahm dabei Joachim Herrmann als Ur- und Frühgeschichtlicher und profilierter Parteihistoriker. Den daraus entstandenen eigenständigen Band zur mittelalterlichen Geschichte verfassten Evamaria Engel und Bernhard Töpfer.<sup>1376</sup>

Müller-Mertens hatte seine Kritik am dogmatischen Marxismus in der SED und der DDR zwar nicht als Intellektueller öffentlich vertreten. Er hat jedoch sein politisches Interesse in ein eigenständiges Forschungsprofil eingearbeitet. „Der Mauerbau, die Abriegelung der DDR, die militärische Befestigung der Systemgrenze [...] durch Deutschland hindurch [...] vertieften meinen Unmut und Widerwillen, den eigenen nationalen Protest gegen die Teilung und Absperrung, die Mißhandlung des deutschen Volkes als Einheit und Deutschlands als Ganzes.“<sup>1377</sup> Für sein nationales und nationalgeschichtliches Interesse fand er auf dieser professionellen Basis als Universitätslehrer eine eigene Art von Öffentlichkeit – die Vorlesungen und Seminare.<sup>1378</sup> Als Universitätslehrer wie als Forscher betrieb Müller-Mertens auch Nationalpädagogik und erneuerte damit neben dem Forschungsimperativ auch die sinnstiftende Funktionalisierung der Historie, die seit dem 19. Jahrhundert in der deutschen Geschichtswissenschaft betrieben worden war. Mit dem Umbruch von 1989<sup>1379</sup> verband Müller-Mertens dann ganz unverstellt Hoffnungen auf eine Wiederbelebung des Nationalen in Deutschland und Europa und beschwor in einer Broschüre eine „Neue Kraft“.<sup>1380</sup>

---

<sup>1374</sup> Müller-Mertens, Nationale Frage, 42.

<sup>1375</sup> Müller-Mertens, Existenz, 271.

<sup>1376</sup> Müller-Mertens, Existenz, 273. Müller-Mertens beschreibt hier Diskussionen darüber in der SED-Grundorganisation Historiker an der Humboldt-Universität.

<sup>1377</sup> Müller-Mertens, Existenz, 246.

<sup>1378</sup> „Die Frage nach dem eigenen Nationalgefühl, nach der Stellung zur deutschen Nation [...] wurde seit den sechziger Jahren von mir fortdauernd an Studenten, an Fachkollegen und andere Zeitgenossen gerichtet. [...] Das Nationalgefühl gab den Antrieb [...], die nationale Frage [...] zum zentralen Problem und Thema zunächst der Forschung, dann auch der Lehre zu machen.“ „Die entsprechende Vorlesung wurde in den siebziger und achtziger Jahren wider die sich von der nationalen Frage abwendenden Zeitströmung [...] gehalten.“ „In der DDR erfolgte seit Ende der sechziger Jahre die offizielle Absage an die Nation, die 1974 schließlich aus der Verfassung eliminiert wurde. [...] Die Theorie von zwei Nationen [...] erhob sich zur Partei- und Staatsdoktrin.“ (Müller-Mertens, Nationale Frage, 29).

<sup>1379</sup> Siegfried Epperlein, Zur Mittelalterforschung in der DDR – eine Reminiszenz, in: Michael Borgolte (Hg.), Mittelalterforschung nach der Wende 1989, München 1995, 43–74. Zu den Repressalien vor der Wende: „Ich erinnere mich noch gut – es war beim Warten auf den Bus vor der Berliner Uni, als mir ziemlich unvermittelt Müller-Mertens, nach kurzem ‚deutschen Blick‘ ringsum zuraunte; ‚Erst der Faschismus von rechts, dann der Faschismus von links – das ist die Krönung der deutschen Geschichte.“ 70.

<sup>1380</sup> So auf der letzten Seiten von Eckhard Müller-Mertens, Politische Wende und deutsche Einheit. Fixierung und Reflexion der Ereignisse in der DDR 1989/1990, Berlin 1997.

## Resümee: Müller-Mertens und der materialistische Historismus

Anhand der Entwicklung von Müller-Mertens als Forscher und Lehrer auf dem Gebiet der mittelalterlichen Geschichte lassen sich einige Grundansichten historiografiegeschichtlicher Forschungsliteratur zur Geschichtswissenschaft in der DDR differenzieren.

Erstens widerspricht der Befund Martin Sabrows These von der allmählichen Konsensualisierung der DDR-Geschichtswissenschaft. In der Feudalismusdiskussion hat sich Müller-Mertens vom verordneten Konsens verabschiedet. Der Begriff „Feudalismus“ blieb zwar bis in die 1980er Jahre auch für den Mediävisten ein Epochenbegriff. Doch hat er seine Frage nach dem Ursprung des deutschen (Feudal-)Staats<sup>1381</sup> nicht mehr auf das Wechselverhältnis von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen bezogen. An die Stelle einer (noch zu erarbeitenden) historisch-materialistischen Methode trat ein neuartiges begriffsgeschichtliches Verfahren, das auf der Grundlage der philologisch-kritischen Methode der bürgerlichen Geschichtswissenschaft des 19. Jahrhunderts gebildet war. An die Stelle verbindlicher Annahmen zum allgemeinen, gesetzmäßigen Geschichtsprozess trat das Interesse an Individualitäten, deren Verhältnis zum Allgemeinen auf dem Wege der Quellenforschung erkundet werden musste. Zuletzt ist der nationale Grundimpuls von Müller-Mertens' Forschungen als Ausstieg aus der von der SED betriebenen politischen Lenkung der Geisteswissenschaften zu bewerten, denn sie forcierte zwar seit den 1970er Jahren die Hinwendung zu nationaler Tradition und Erbe, aber verkündete gleichzeitig die Spaltung der Deutschen in zwei unterschiedliche Nationen. Diesen Schritt legitimierte die historiografische Praxis von Müller-Mertens nicht mehr; „Geschichtswissenschaft als Legitimationswissenschaft“ wurde von ihm nicht betrieben.

Allerdings forcierte Müller-Mertens in der Öffentlichkeit die Spannung zwischen den konsensuellen Vorgaben und seiner eigenen Geschichtsauffassung nicht.<sup>1382</sup> Er musste zwar hinsichtlich seiner Einbindung in offizielle Leitungsinstitutionen Abstriche machen, blieb aber als Leiter der Abteilung für deutsche Geschichte des Mittelalters im Amt, übernahm die Leitung der Berliner Stelle der MGH, wurde Mitglied der Akademie der Wissenschaften und blieb auch Mitglied der SED. Müller-Mertens verblieb in der Position eines „etablierten Häretikers“ und Außenseiters innerhalb der Geschichtswissenschaft der DDR, weil er die Spielregeln des Konsensmodells nicht mehr grundsätzlich öffentlich in Frage stellte. Das Konsensmodell von Sabrow ist daher nicht grundsätzlich in Frage gestellt, sondern um eine Ausnahme differenziert, die die allgemein gültige Regel zu bestätigen scheint.

Zweitens widerspricht die ausgeprägte Forschungsarbeit an der HU zu den Ursprüngen des deutschen Staates, die „Berliner Schule“, dem Eindruck, die intensive Forschung habe sich

---

<sup>1381</sup> Vgl. das spätere Buch: Eckhard Müller-Mertens, Die Reichsstruktur im Spiegel der Herrschaftspraxis Ottos des Großen. Mit historiographischen Prolegomena zur Frage Feudalstaat auf deutschem Boden, seit wann deutscher Feudalstaat?, Berlin 1980.

<sup>1382</sup> In einer Retrospektive zur Feudalismusdiskussion konnte er seine eigenen Feudalismus-Auffassungen aus den 1960er Jahren in Kongruenz zur SED-Politik darstellen: vgl. Eckhard Müller-Mertens, Feudalismusdiskussion, in: ders. (Hg.), Feudalismus. Entstehung und Wesen, Berlin 1985, 16f.

in der DDR tendenziell an die Akademien verlagert. Ein Hochschullehrer konnte sich gerade auf der Grundlage der an der Universität gegebenen Qualifikationsmöglichkeiten für wissenschaftlichen Nachwuchs einen regelrechten Forschungsschwerpunkt aufbauen. Trotz der starken stellenmäßigen Konkurrenz von der Akademie lag die Verbindung von Forschung und Lehre zeitweilig durchaus auch im Interesse der Parteiführung.<sup>1383</sup> Zudem dementiert die nationalpolitische Ausrichtung dieses Forschungsschwerpunktes an der HU den immer wieder behaupteten Sachverhalt, es habe nur an der Akademie jene „Nischen“ gegeben, in denen sich Wissenschaftler abseits des jeweiligen parteipolitischen Kurses ihren Interessen widmen konnten. Richtig ist, dass der Universität als Lehranstalt eine besondere Aufmerksamkeit seitens der Parteiführung, vor allem der Abteilung Wissenschaften, zuteil wurde. Die Vorgänge nach 1956 belegen dies. Dennoch blieben eigene Akzentsetzungen in kleineren Fächern wie der mittelalterlichen Geschichte möglich. An der HU wurde das Fach sogar von zwei Dozenten vertreten, die nicht Mitglied der SED waren (Bernhard Töpfer und Frithjof Sielaff); Sielaff lehnte den Historischen Materialismus sogar rundheraus ab.

Drittens spricht der materialistische Historismus Müller-Mertens' für die These, dass sich in der ostdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945 neben der forcierten Entwicklung eines marxistischen Paradigmas starke Elemente der Kontinuität zur älteren, bürgerlichen Geschichtswissenschaft finden lassen. Bei Müller-Mertens standen beide Elemente zu Beginn seiner Karriere in einem Widerspruch, der sich im misslungenen Buch über die Ottonen manifestierte. Diesen Widerspruch aufzulösen, ohne eine der beiden Bestandteile aufzugeben, war Müller-Mertens in seinen beiden Qualifikationsarbeiten bestrebt. Dieses Vorhaben charakterisiert auch das Buch über die Ottonen, in dem Müller-Mertens trotz seiner Parteinarbeit für das stalinistische Periodisierungsschema die Grunderkenntnisse der älteren deutschen Geschichtswissenschaft nicht fallen lassen möchte. Einen Sonderfall stellt der Ausweg von Müller-Mertens aus diesem Konflikt dar, denn den Abschied vom Historischen Materialismus zugunsten einer Fortentwicklung überlieferter historiografischer Praxis hat in diesem Maße an der HU kein anderer Historiker vollzogen. Müller-Mertens erneuerte die philologisch-kritische Methode, er konzentrierte seine Forschung auf Individualitäten, ohne sie auf ein gesetzmäßiges Allgemeines zu reduzieren, und er maß der Geschichtswissenschaft eine nationalpädagogische Funktion zu.

Zuletzt zeigt der forcierte nationalpolitische Impuls ein Aufbegehren gegen die Parteipolitik aus einer politischen Richtung, die für die Geschichte dissidenten Denkens aus der DDR in der bisherigen DDR-Forschung unterbelichtet ist. Die Regimekritiker – Harich, Havemann, Bahro – und oppositionellen Gruppen der späten DDR gewannen ihre oppositionellen Anschauungen aus einer marxistischen, später auch linksalternativen Kritik am DDR-System. Auf diese Weise war auch Müller-Mertens mit seinem Positionspapier von 1963 zu

---

<sup>1383</sup> Vgl. Walter Ulbricht in Baske, Dokumente (1962).



regimekritischen Anschauungen gekommen. Jedoch konzentrierte sich sein nonkonformes Forschungsprogramm auf eine nationalpolitische Haltung, auf die Wiedergewinnung eines deutschen Nationalstaats. Mit dem „Essai zur Verständigung über den Menschen“ definierte Müller-Mertens den Menschen als vornehmlich biologisch und nicht sozial bestimmtes Wesen. Der reformsozialistische Aspekt war – anders als bei dem auch national gesinnten Harich – damit als konzeptionelle Überzeugung fallen gelassen.

### ***C.III Exkurs: Kurt Pätzolds Faschismus-Forschungen***

Kurt Pätzold<sup>1384</sup> hat sich das Verdienst erworben, als erster Historiker der DDR den Mord an den europäischen Juden eingehender erforscht und teilweise dokumentiert zu haben.<sup>1385</sup> Die wenigen vorherigen Versuche, sich von marxistischer Seite des Themas anzunehmen, waren am Widerspruch der SED-Geschichtspolitik gescheitert, die Korrekturen an der starren Faschismus-Definition durch Dimitroff 1935 nicht dulden wollte.<sup>1386</sup> Dennoch hatte sich das geschichtspolitische Klima seit 1960 gewandelt: Mit der Inhaftierung von Adolf Eichmann in Jerusalem wuchs das Interesse am – in der DDR nie so genannten – Holocaust.<sup>1387</sup>

Pätzold wurde 1930 in Breslau geboren und wuchs in einem linken Arbeiterhaushalt auf. Sein Vater war u. a. Mitglied der SAP, die in Breslau besonders stark war. Den Erinnerungen des Historikers zufolge bedeuteten Kindheit und Jugend in seinem Elternhaus während der Zeit des NS vor allem die Prägung durch ein Sonderbewusstsein, in dem sich der politische und geistige Abstand zu den nationalsozialistischen oder zumindest nationalistischen Mitbürgern artikuliert. Eine Episode der Autobiografie schildert die regelmäßigen gemeinsamen Anstrengungen von Vater und Sohn zum Empfang des britischen Rundfunks während des II. Weltkrieges. Der junge Pätzold musste zwar in die HJ, ist aber – nach eigenem Bekunden – für die NS-Ideologie nicht empfänglich gewesen.

Zum Kriegsende war Pätzold 15 Jahre alt – er hatte nicht mehr in die Reihen der Wehrmacht eintreten noch sich zum Volkssturm melden müssen. Dies unterscheidet diese Lebensgeschichte (ähnlich: Günter Vogler, Klaus Vetter) bedeutsam von den nur fünf Jahre älteren zukünftigen Historiker-Kollegen (Schilfert, Fricke, Müller-Mertens). Denn die prägende Erfahrung scheint für Pätzold die Jugend nach dem Krieg in Mitteldeutschland gewesen zu sein.

Die Flucht aus Breslau an der Seite der Mutter, die Sorge um den Vater, der erst Monate später in Thüringen wieder zur Familie stieß, spielen in der Autobiografie Pätzolds keine zentrale Rolle. Der jugendliche Kurt wird nicht vom Gedanken eines Verlusts, von Schuld oder unverschuldet erlittenem Leid bestimmt. Durch Vermittlung seines Vaters kommt Pätzold in Weimar in Kontakt mit der antifaschistischen, kommunistischen Jugend der Stadt, die von der KPD unterstützt wird. Zu den prägenden Bildungserlebnissen der Zeit zählt Pätzold nicht Bücher, sondern Personen: die Buchenwald-Überlebenden Stefan

---

<sup>1384</sup> Vgl. zu den biografischen Angaben: Ilko S. Kowalczyk in: Müller-Engbers u. a. (Hg.) *Wer War Wer*, Art. Pätzold, Kurt (\*1930); Pätzold, *Die Geschichte kennt kein Pardon*. Vgl. auch Thomas, „Mir kamen stets...“.

<sup>1385</sup> Vgl. Kurt Pätzold, *Die frühe Geschichtsschreibung in der DDR über den Zweiten Weltkrieg*, *Amsterdamer Beiträge zur neueren Germanistik* 50.2 (2001), 699–715.

<sup>1386</sup> Zur Vorgeschichte: Joachim Käppner, *Erstarrte Geschichte. Faschismus und Holocaust im Spiegel der Geschichtswissenschaft und Geschichtspropaganda der DDR*, Hamburg 1999 und Olaf Groehler, *Der Holocaust in der Geschichtsschreibung der DDR*, in: Ulrich Herbert und Olaf Groehler (Hg.), *Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten*, Hamburg 1992, 41–66.

<sup>1387</sup> Groehler, *Der Holocaust*, 51.

Heymann, Kurt Goldstein u. a. Durch diese Verbindung gelangt er bald in die Freie Schulgemeinde Wickersdorf, in der ähnlich wie „draußen“ eine starke Minderheit von kommunistischen Jugendlichen gegenüber einer bürgerlichen Mehrheit organisiert werden sollte.

Die Auseinandersetzungen mit Vertretern der „alten Ordnung“ setzten sich an der Institution Universität fort, die mit einer Unterbrechung Pätzolds berufliches Wirkungsfeld werden sollte. Er begann in 1948 Jena ein Studium der Geschichte, der Politischen Ökonomie und der Philosophie, arbeitete zwischenzeitlich als Dozent an der dortigen ABF. Besonders in Anspruch genommen hat den zukünftigen Historiker allerdings zunächst die Partei. Pätzold war kurzzeitig in die SPD, dann aber schon 1946, mit 16 Jahren, in die KPD eingetreten. Für die SED war die Jenaer Universität Ende der 1940er Jahre eine bürgerliche Bastion. Nicht nur die Hochschullehrer, auch die Mehrzahl der Studierenden standen den neuen Machthabern ideologisch fern. Pätzold wurde mit 19 und noch einmal mit 23 Jahren Sekretär der Universitätsparteileitung. Im Nachhinein beschreibt er das damalige Anliegen der Genossen nicht als Vernichtung eines Gegners, sondern als robuste Strategie zu dessen Überzeugung. Ob dies tatsächlich so wahrgenommen werden konnte, sei vorerst dahingestellt. Jedenfalls kulminierten die politischen Auseinandersetzungen in öffentlich geführten Kampagnen gegen bürgerliche Hochschullehrer. Unter den Historikern traf dies Karl Griewank; die Kampagne gegen ihn schloss sich an die Vertreibung des Philosophen Hans Leisegang (1948 entlassen) an.

Pätzold war ein Wortführer der SED an der Universität. Dennoch scheinen er und seine Mitstreiter einem Gelehrten wie Griewank den fachlichen Respekt nicht versagt zu haben. Auch nach den schweren Anschuldigungen fungierte Griewank als Betreuer von Pätzolds Abschlussarbeit, die er fair begutachtete, und er nahm diesem die Abschlussprüfung im Fach Geschichte ab. Pätzold hat im Lebenslauf zu seiner eigenen Promotion B mehr als zwanzig Jahre nach diesen Vorkommnissen den bürgerlichen Historiker Griewank an erster Stelle als seinen akademischen Lehrer benannt.

Es ist reizvoll, nach der Einbindung Pätzolds in einen Generationenzusammenhang zu fragen.<sup>1388</sup> Für die westdeutsche intellektuelle Kultur ist die Bedeutung der sogenannten „Flakhelfer-Generation“ verschiedentlich dargelegt worden. Im Historikerstreit trafen die Protagonisten der Jahrgänge zwischen 1926 und 1930 aufeinander.<sup>1389</sup> Habermas, Dahrendorf, Winkler, Wehler, die Brüder Mommsen – sie zeichnen sich durch einen hohen Anspruch auf Sinndeutung für Staat und Nation ebenso aus wie durch ein intensives Verhältnis zum Nationalsozialismus als dem geistigen Bezugspunkt. Kurt Pätzold hat selbst

---

<sup>1388</sup> Ahbe/Gries, Geschichte der Generationen.

<sup>1389</sup> Ulrich Herbert, Der Historikerstreit. Politische, wissenschaftliche, biographische Aspekte, in: Martin Sabrow u. a. (Hg.), Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945, München, Orig.-Ausg. 2003, 94–113.

auch in den „Blättern für deutsche und internationale Politik“ zum Historikerstreit Stellung genommen.<sup>1390</sup>

Pätzold war kein Flakhelfer. Er war zwar in der HJ, jedoch – jedenfalls nach eigenem Zeugnis – auch kein Verführer der Nazi-Ideologie. Die entscheidenden lebensgeschichtlichen Erfahrungen machte Pätzold wohl zusammen mit anderen linken, kommunistischen Jugendlichen als Agitator einer machtgestützten Utopie innerhalb einer zusammengebrochenen, aber noch immer konservativ-bürgerlich geprägten Mehrheitsgesellschaft. Pätzold gehört zur stark politisierten „Aufbau-Generation“, die sich in der FDJ zusammenfand, die den neuen Uniformen nicht skeptisch gegenüberstand, die oft durch Krieg und Vertreibung aus den familiären Zusammenhängen gerissen waren und nun in der kommunistischen Partei eine neue Heimat, in den kommunistischen Führern ihre Vaterfiguren fanden. Noch immer zählt Pätzold jenen Stefan Heymann, der ihn nach Wickersdorf schickte, aber auch die ehemaligen Buchenwald-Häftlinge Kurt Goldstein und Rudolf Hirsch zu seinen prägenden Begegnungen. Diese Generation hatte auch mit der Frage nach der Verantwortung für den NS weniger Probleme als die ältere, denn sie war nicht belastet.<sup>1391</sup>

Eine ähnliche Biografie weist etwa auch Hans Modrow auf: Herkunft aus den nunmehr polnischen Westgebieten, Bruch mit der familiären Herkunft, Bereitschaft zum Engagement. Für die Loyalität zum Staat entscheidend waren die Aufstiegsmöglichkeiten dieser jüngeren Generation der DDR-Gründer. Pätzold selbst kommt aus einem familiären Kontext, in dem schon allein die Möglichkeit zu höherer Schulbildung und zum Studium den neuen politischen Verhältnissen gutgeschrieben werden muss. Völlig unvorstellbar wäre das Ausmaß an Partizipation an politischer Macht innerhalb der Familie gewesen, die sich bis dahin sozial und politisch am Rand der Gesellschaft befunden hat. Der Aufstieg des Sohnes einer Putzfrau zum Geschichtsprofessor, zum international bekannten Forscher, zum „Erziehungsdiktator“ der herrschenden Staatspartei gehört zu den sinnbildenden Erfahrungen Pätzolds, der im biografischen Fortschritt einen Abglanz jenes historischen Fortschritts entdeckt haben mochte, zu dessen Propagandisten er sich gemacht hat.

### Bürgerliche Universität Jena

Pätzold hatte u. a. bei Karl Griewank in Jena studiert.<sup>1392</sup> Zugleich war er mit 19 und noch einmal mit 23 Jahren Sekretär der Universitätsparteileitung der Salana geworden. Er beteiligte sich an der bürgerlich geprägten Universität an zahlreichen politischen

---

<sup>1390</sup> Kurt Pätzold, Von Verlorenem, Gewonnenem und Erstrebtem oder: Wohin der „neue Revisionismus“ steuert, Blätter für deutsche und internationale Politik 31/ H. 12 (1986), 1452–1463; Kurt Pätzold, Wo der Weg nach Auschwitz begann, Blätter für deutsche und internationale Politik/ H. 2 (1987), 160ff.

<sup>1391</sup> Diesen Zusammenhang stellt Pätzold selbst her: Pätzold, Die Geschichte kennt kein Pardon, 209f.

<sup>1392</sup> Uwe Hossfeld, Tobias Kaiser, u. a. (Hg.), Hochschule im Sozialismus. Studien zur Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena (1945–1990), 2 Bände, Köln 2007.

Auseinandersetzungen,<sup>1393</sup> die sich u. a. gegen seinen Lehrer Griewank richteten. Nach seiner heutigen Darstellung sei es nicht um die „Vernichtung“ eines bürgerlichen Gelehrten gegangen, sondern um die Überzeugung der Menge der indifferenten Studierenden. Fachlich hätten die marxistischen Studierenden den höchsten Respekt vor Griewank bewahrt.<sup>1394</sup> Tatsächlich hat dieser später Pätzolds Abschlussarbeit betreut und ihn geprüft.<sup>1395</sup> Danach entschied sich Pätzold für die wissenschaftliche Laufbahn und gegen eine Karriere als Parteifunktionär. Er wurde von Dieter Fricke mit einer Arbeit über den „Zeiss-Konzern in der Weltwirtschaftskrise“ (1923–1933) promoviert,<sup>1396</sup> konnte aber danach in Jena nicht Fuß fassen. Die Promotion ist auf Basis der in Jena vorhandenen archivalischen Quellen geschrieben; die Archivarbeit bildet fortan einen Grundzug in Pätzolds Arbeitsstil. Pätzold ging an das neu gegründete Akademie-Institut für Geschichte, das von Ernst Engelberg geleitet wurde. Hier arbeitete auch Günter Paulus, der Anfang der 1960er Jahre durch eine Publikation über die Judenverfolgung in politische Schwierigkeiten geraten war.<sup>1397</sup> Pätzold schätzte seinen Kollegen und lernte vielleicht an dessen Schicksal die Spielregeln des „Herrschaftsdiskurses“ der DDR-Geschichtswissenschaft. Wegen eines politischen Konfliktes, bei dem es um ein Treffen mit westdeutschen Historikern ging, musste Pätzold die Akademie verlassen und kam 1967 an die Humboldt-Universität. Diese Art der Strafversetzung war keinesfalls unüblich, die Universität diente als Auffangbecken für anderswo Gestrauchelte, da sie auch räumlich sehr nah an anderen wissenschaftlichen Institutionen lag. Bei den Historikern gehörten ja hierzu schon Paterna, Hoffmann, Streisand und Walter Bartel. Das musste wissenschaftlich gesehen keinen Abstieg bedeuten: „Ich fühlte mich bald in der Humboldt-Universität zu Hause. [...] Auch als das Institut für deutsche Geschichte verkleinert und Mediävisten und Spezialisten der DDR-Zeit sich organisatorisch absonderten, schufen Streisand und die Fachleute für die Neuzeit Günther Vogler und Klaus Vetter mit anderen Kollegen eine anregende Atmosphäre, in deren Zentrum bei allem unvermeidlichen Tribut an die Hochschulbürokratie der Austausch von Gedanken stand. Wer wollte, konnte sich von diesem Klima anstecken lassen.“<sup>1398</sup>

<sup>1393</sup> Jana Woywodt, Die DDR – das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Zur Geschichte der Arbeiter- und Bauern-Fakultät Jena (1949 bis 1963), in: Uwe Hossfeld u. a. (Hg.), Hochschule im Sozialismus. Studien zur Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena (1945–1990), 2 Bände, Köln 2007, 172–190; Jana Woywodt, Die Jenaer Arbeiter- und Bauern-Fakultät 1949 bis 1963, Erfurt 2008; Jana Woywodt, Die Arbeiter- und Bauern-Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1949–1963. Eine Geschichte der ABF aus Sicht ihrer Dozenten und Studenten, Hamburg 2009.

<sup>1394</sup> Vgl. Thomas, „Mir kamen stets...“, S. 40.

<sup>1395</sup> Vgl. Kaiser, Karl Griewank (1900–1953).

<sup>1396</sup> Kurt Pätzold, Der Zeiss-Konzern in der Weltwirtschaftskrise. (1929–1933), Jena 1962.

<sup>1397</sup> Sabrow, Geschichte als Herrschaftsdiskurs.

<sup>1398</sup> Pätzold, Die Geschichte kennt kein Pardon, 177. Der Vorwurf der starken Politisierung der Universitäten der DDR und dem daraus folgenden niedrigen wissenschaftlichen Standard führte nach der Wende zur Abwertung dieser Institutionen gegenüber der Akademie der Wissenschaften. In einem Gespräch mit dem Verfasser kommentierte Pätzold diesen Vorgang so, dass den westdeutschen Gutachtern zunächst andersherum: die Akademie als politisch kompromittiert galt. Die Kommission besuchte zunächst die Akademie und wurde von den dortigen Mitarbeitern vom Gegenteil überzeugt. Bis heute legt etwa Wolfgang Küttler Wert darauf, dass an der Akademie unbelastete Forschung stattfinden konnte, an der Universität dagegen nur in geringem Maße (Küttler in einem Gespräch mit dem Verf.).

Pätzold arbeitete hier an seiner Habilitationsschrift zur faschistischen Diktatur in den Anfangsjahren 1933–1935.<sup>1399</sup> Er selbst bezeichnet die Studie als sein wichtigstes Buch. Gutachter der „Promotion B“ waren Manfred Weißbecker (Jena), Wolfgang Schumann (wohl Akademie) und Joachim Streisand (als Erstgutachter, HU), der als betroffener Zeitzeuge ein besonderes Verhältnis zur Arbeit gewann.

#### Der Weg zum Faschismus-Forscher<sup>1400</sup>

Zunächst aber war Pätzold beteiligt an dem ambitionierten Gemeinschaftsprojekt des Hochschullehrbuchs zur deutschen Geschichte. Er arbeitete im Kollektiv von Erich Paterna an dem Band über die Jahre 1933–39 und war verantwortlich für die Darstellung der „Frühgeschichte der Diktatur, der Phase ihrer Etablierung“.<sup>1401</sup> Aus dieser Beschäftigung erwuchs die Promotion B mit ihrem Interesse an Fragen zum Charakter des NS-Regimes insgesamt (Faschismus-Begriff, der „Faschismus an der Macht“) und zum Stellenwert des Antisemitismus in dieser Frühphase.<sup>1402</sup>

Wiederum hat Pätzold zahlreiche Archive in der DDR ausgewertet.<sup>1403</sup> In den acht Kapiteln der Arbeit versucht der Autor, die antisemitische Ideologie und Politik der Nationalsozialisten in das marxistische Gesamtbild der faschistischen Diktatur zu integrieren. Die Schwierigkeit und intellektuelle Herausforderung bestand in dem offenkundigen Widerspruch zwischen dem imperialistischen Weltmachtstreben und der angeblich kapitalistisch-ökonomischen Essenz der Diktatur auf der einen, auf der anderen Seite aber der Irrationalität und Ineffizienz der aufwendigen Vernichtung von Menschenleben. Die Frage, was die Nationalsozialisten nach der Machtergreifung zu ihrer antisemitischen Politik getrieben habe, ist mithin nur vor dem Hintergrund der marxistischen Faschismus-Definition vollkommen verständlich. Zum Reiz des Themas zählt Pätzold im Rückblick, dass der „Massenmord an den europäischen Juden zum Beweis für die Untauglichkeit historisch-materialistischer Geschichtsauffassung schlechthin“ werden konnte.<sup>1404</sup> Wenn eine marxistische Deutung des „Rassenwahns“ gelang, war das gesamte historiografische Paradigma der DDR gestärkt.

Gerade hierin hatten aber Pätzolds ostdeutsche Vorgänger versagt.<sup>1405</sup>

---

<sup>1399</sup> Kurt Pätzold, *Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung. Eine Studie zur politischen Strategie und Taktik des faschistischen deutschen Imperialismus (1933–1935)*, Berlin 1975.

<sup>1400</sup> Kritisches zum marxistischen Faschismus-Begriff: Pätzold, *Die Geschichte kennt kein Pardon*, 173f.

<sup>1401</sup> Paterna u. a., *Deutschland 1933–1939*. Vgl. dazu Pätzold, *Die Geschichte kennt kein Pardon*, 168–177 (Zitat 170). Die Leitung der Überarbeitung für die 2. Auflage hat Pätzold dann abgelehnt, nach eigenen Angaben wegen der fehlenden Offenheit bezüglich des Geheimen Zusatzprotokolls zum Hitler-Stalin-Pakt 1939 und der Komintern-Politik vor und nach dem VII. Weltkongress von 1935 (Pätzold, *Die Geschichte kennt kein Pardon*, 175).

<sup>1402</sup> Pätzold, *Die Geschichte kennt kein Pardon*, 177.

<sup>1403</sup> Vgl. die wichtige Dokumentensammlung: Kurt Pätzold, *Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 bis 1942*, Leipzig, 1. Aufl. 1983.

<sup>1404</sup> Pätzold, *Die Geschichte kennt kein Pardon*, 192.

<sup>1405</sup> Vgl. etwa Rudi Goguel, *Antifaschistischer Widerstand und Klassenkampf. Die faschistische Diktatur 1933 bis 1945 und ihre Gegner. Bibliographie deutschsprachiger Literatur aus den Jahren 1945 bis 1973*, Berlin, 1. Aufl., 1.-1.5. Tausend. 1976.

Erstaunlich ist es, dass Pätzold offenbar recht frei an seinen Themen arbeiten konnte, denn andere – Goguel, Paulus, Eschwege – hatten mehr Schwierigkeiten. Er selbst rechnet dies im Nachhinein zu den Vorzügen seines Themengebietes: „Ich hatte keine aus politischen Motiven zu gewärtigende Einrede zu bedenken, die auf anderen Gebieten der Zeitgeschichte nicht zu vermeiden war. [...] Es hat mir in der DDR-Zeit in Manuskripte zur Geschichte der Judenverfolgung niemand je hineingeredet, wofür doch immer auch Argumente hermußten und seien es die dümmsten. Die Materie war kompliziert und eignete sich zu politischen Wegweisungen schlecht.“<sup>1406</sup>

Dennoch besaß die Materie politische Brisanz. Pätzold schrieb keine nüchternen Studien, er nutzte die Gelegenheit zur Auseinandersetzung mit den westdeutschen Historikern. Diese Passagen gehören zu den schwächsten Teilen seiner Texte. In „Faschismus, Rassenwahn...“ werden kaum einzelne Autoren und ihre Positionen benannt. Der Autor beschränkt sich auf einen Verweis auf die Generalabrechnung von Gerhard Lozek: „Unbewältigte Vergangenheit“.<sup>1407</sup> Den „bürgerlichen“ Kollegen wird pauschal eine einhellige Grundauffassung attestiert, auf Unterschiede zwischen ihnen wird kaum eingegangen. Noch im Jahr 2008 beharrt Pätzold auf seinem abschätzigen Urteil über die westdeutsche NS-Forschung. Zu deren Ansichten zum Übergang von der Vertreibung zur Vernichtung der Juden heißt es: „[W]enn in Veröffentlichungen bürgerlicher Forscher inzwischen auch ausgeführt wurde, daß sich mit der Judenpolitik reale Interessen und Ziele, nicht zuletzt wirtschaftliche, verbanden, so war doch die Auffassung vorherrschend, daß von einem gewissen Punkt an, eben dem Beginn des Mordens, alle anderen Berechnungen und Rücksichten sich erledigten und einzig der ideologisch verursachte Vernichtungsplan die Befehle, Weisungen und Handlungen geleitet hatte. Die Ideologie des Rassenwahns hätte von da, vom Jahre 1941 an, über alle anderen Interessen obsiegt und das Ziel, die Juden ausnahmslos zu vernichten, alle anderen Ziele in den Hintergrund gedrängt [...]. Ein mörderischer Irrationalismus ist die bis heute bestimmende Erklärung geblieben“.<sup>1408</sup> Weiter heißt es: Die Spezialisierung der NS-Forscher auf einzelne Themenbereiche habe eine „weitere Perspektive“ unmöglich gemacht. „Und dann und zudem wurde ihre Mehrheit, das gilt für die zweite und dritte Generation der Forschenden, auf ideen- und personengeschichtliche Ansätze der Analyse orientiert. Mit diesen Voraussetzungen fällt es leicht, den Antisemitismus als das Zentrum der Naziideologie und den Judenmord als Drehachse und Ziel der Nazipolitik anzusehen.“<sup>1409</sup> Im mündlichen Gespräch darauf angesprochen, dass die Deutungen von Pätzold und der heutigen bundesdeutschen Historie doch gar nicht so weit auseinander lägen, stimmte Pätzold dann zu. Als den entscheidenden, bleibenden Unterschied benannte er den Stellenwert des Judenmords in der NS-Politik:

---

<sup>1406</sup> Pätzold, Die Geschichte kennt kein Pardon, 196.

<sup>1407</sup> Gerhard Lozek, Unbewältigte Vergangenheit. Handbuch zur Auseinandersetzung mit der westdeutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung, Berlin 1970.

<sup>1408</sup> Pätzold, Die Geschichte kennt kein Pardon, 198f.

<sup>1409</sup> Ebd., 199.

Während die meisten Historiker die „Endlösung“ als Kulminationspunkt der nationalsozialistischen Diktatur sähen, will Pätzold – so seine Zuspitzung in einem mündlichen Gespräch – dieses Ereignis in eine langfristige – imperialistische – Expansionspolitik eingeordnet wissen, die 1945 nur ein unbeabsichtigtes Ende gefunden habe.<sup>1410</sup> In seiner Autobiografie heißt es: „Der Judenmord wurde in Gang gesetzt mit dem Blick voraus ins ‚neugeordnete Europa‘, zugerichtet nach den Bedürfnissen deutscher Imperialisten“, er blieb „der Eroberungspolitik nachgeordnet“.<sup>1411</sup> Zu beweisen bleibt vor dem Hintergrund der kommunistischen Faschismus-Definition nicht nur diese Nachordnung der Judenpolitik hinter die Expansionsinteressen, sondern auch der Zusammenhang zwischen kapitalistischer bzw. imperialistischer Wirtschaftspolitik und dem nationalsozialistischen ‚Kampf um Lebensraum‘.

Pätzold unterscheidet zwischen kurzfristiger Taktik und langfristiger Strategie der faschistischen Politik. Die „Hauptstoßrichtung“ nach 1933 habe nicht den Juden, sondern den Kommunisten gegolten, da diese die eigentlichen politischen Gegner darstellten.<sup>1412</sup> Der Rassismus und Antisemitismus, der darauf in antijüdischen Maßnahmen sich kristallisierte, habe dagegen eine dienende Funktion gehabt: Er unterstützte die „Konsolidierung der faschistischen Diktatur“<sup>1413</sup> und bereitete die Deutschen auf Kampf und Krieg vor. Neben objektiven hätten auch „subjektive“ Faktoren eine Rolle gespielt, d. h. die Intentionen und Überzeugungen der einzelnen Akteure.

Eine langfristige Planung zur Vernichtung der Juden habe nicht bestanden.<sup>1414</sup> Die Machthaber hätten sukzessive ihre antisemitische Politik radikalisiert. Pätzold unterscheidet eine erste Etappe bis 1935. In dieser Vertreibungs-Phase war die antisemitische Politik ein Mittel im Kampf gegen die Kommunisten. Den Auftakt zur zweiten Etappe bildeten demnach die Nürnberger Gesetze.<sup>1415</sup> Erst im Kontext des Kriegsausbruchs nach 1939 habe sich dann der Weg in die „Endlösung“ ergeben. Zunächst seien die Juden aus ökonomischen Zwecken ghettoisiert worden; mit den Eroberungen im Osten seien sie dann aber überflüssig geworden, und zugleich habe der Krieg die antisemitische Ideologie gesteigert. Der „Holocaust“ ist für Pätzold auch nicht das Endziel des Faschismus, sondern lediglich eine Stufe auf dem Weg zum eigentlichen Ziel – der Weltherrschaft.

---

<sup>1410</sup> Gespräche: März, April, 7. Mai 2009.

<sup>1411</sup> Pätzold, *Die Geschichte kennt kein Pardon*, 200 und 201.

<sup>1412</sup> Vgl. diese nicht beweisbare Vorannahme noch 2008: „Bewiesen war, daß ihre Hauptstoßrichtung den Arbeiterparteien und Gewerkschaften gegolten hatte.“ Pätzold, *Die Geschichte kennt kein Pardon*, 190.

<sup>1413</sup> So die Überschrift von Kap. III von Pätzolds schon zitierter Monografie „Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung“.

<sup>1414</sup> „Die Ziele und Zwecke der Nationalsozialisten waren nicht ein für allemal festgelegt, sondern entwickelten und erweiterten sich im gleichen Maße, wie ihre Macht sich erweiterte.“ Kurt Pätzold, *Von der Vertreibung zum Genozid. Zu den Ursachen, Triebkräften und Bedingungen der antijüdischen Politik des faschistischen deutschen Imperialismus*, in: Dietrich Eichholtz, Kurt Gossweiler (Hg.): *Faschismusforschung. Positionen, Probleme, Polemik*, Berlin 1980, 181.

<sup>1415</sup> Vgl. Kap. VIII in Pätzold, *Faschismus*.



Damit war die Judenverfolgung und -vernichtung in das Interpretament eines exzessiv gesteigerten Imperialismus eingebettet. Käppner rückt Pätzolds Deutung nah an die der westdeutschen „Funktionalisten“.<sup>1416</sup>

Im Gegensatz zu seinen gescheiterten Vorgängern in der DDR konnte Pätzold seine Ansichten durchsetzen und in zahlreichen Reisen nach Westdeutschland auch international verbreiten. Das hatte seinen Grund darin, dass er selbst Kritik an den Deutungen von Paulus und Goguel übte, die die Vernichtung der Juden allein aus der faschistischen Ideologie heraus erklären wollten. Zudem trat Pätzold – anders als die Vorgänger – nicht als Kritiker der Dimitroff-Formel auf. Er verlieh der gängigen Faschismus-Definition mehr Flexibilität, indem er ihre Erkenntnischancen ausnutzte. Dadurch gewann die Doktrin neue Überzeugungskraft.

In seiner Habilitations-Schrift hatte Pätzold lediglich die Jahre 1933 bis 1935 behandelt. Das erfolgreiche Reclam-Bändchen „Verfolgung – Vertreibung – Vernichtung“<sup>1417</sup> bot ihm dann die Möglichkeit, in gedrängter Form auch die weiteren Stufen der antisemitischen Politik bis zur „Endlösung“ aus marxistischer Perspektive zu deuten.

Von der westlichen NS-Forschung werden einige Aspekte von Pätzolds Arbeiten geschätzt. Mit der Reduktion der Rolle Hitlers und seiner Helfer sowie der Betonung der langsamen Steigerung von der Vertreibung zur Vernichtung der Juden stand Pätzold in der Nähe der zeitgleich vorgetragenen Ansichten der westlichen „Strukturalisten“.<sup>1418</sup> Anders als diese verliert Pätzold aber nicht die „Zielstrebigkeit“ dieses Prozesses aus den Augen. Kershaw weist dem ostdeutschen Historiker weiterhin „das Verdienst zu, die Vernichtung der Juden als ein Element im Gesamtkontext des [...] Expansionsdrangs des NS-Staats festzumachen.“<sup>1419</sup>

Die Schwäche der Argumentationen Pätzolds – neben der „rituellen Überbetonung“ (Kershaw) der ökonomistischen Grundüberzeugung – besteht vor allem darin, dass er selbst lediglich zur Frühphase des Holocaust geforscht hat, für die die marxistische Interpretation eine größere Überzeugungskraft hat.<sup>1420</sup> Beachtung gefunden hat immerhin die Dokumentensammlung mit Erstveröffentlichungen aus DDR-Archiven;<sup>1421</sup> daneben erschien eine Geschichte der NSDAP<sup>1422</sup> und eine Studie zur Pogromnacht 1938. Pätzold schaltete sich auch in die Diskussionen des Historikerstreits ein.<sup>1423</sup>

---

<sup>1416</sup> Käppner, *Erstarrte Geschichte*. Vgl. Kurt Pätzold, Martin Broszat und die Geschichtswissenschaft in der DDR, *ZfG* 39 (1991), 663–676.

<sup>1417</sup> Pätzold, *Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung*; vgl. Pätzold, *Von der Vertreibung zum Genozid* und Kurt Pätzold, *Rassismus und Antisemitismus in der Kriegsideologie des Faschistischen Deutschen Reiches, 1939–1941*, *La propagande pendant la Deuxième Guerre Mondiale* 1980, 281–308.

<sup>1418</sup> Ian Kershaw, *Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick*, Reinbek bei Hamburg, erw. und bearb. Neuausg. 1999, 158f.

<sup>1419</sup> Ebd., 159.

<sup>1420</sup> So Käppner, *Erstarrte Geschichte*, 224.

<sup>1421</sup> Pätzold, *Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung*.

<sup>1422</sup> Kurt Pätzold, *Geschichte der NSDAP 1920–1945*. Mit 52 Abbildungen und 1 Karte, Köln 1981; ders., *Hakenkreuz und Totenkopf. Die Partei des Verbrechens*, Berlin 1981. Vgl. auch Kurt Pätzold, *Der historische Platz des antijüdischen Pogroms von 1938*. Zu einer Kontroverse, *Jahrbuch für Geschichte* 26

Nach der Revolution von 1989 blieb Pätzold zwar ein gefragter Redner und veröffentlichte u. a. eine Hitler-Biografie. Er geriet aber hinsichtlich seiner Rolle als Hochschullehrer und Direktor der Sektion Geschichte in die Kritik. Es war übrigens Götz Aly, der diese Zusammenhänge zuerst in einem Artikel für die „tageszeitung“ öffentlich machte.<sup>1424</sup>

### Politische Konflikte mit Studierenden

Pätzold war in den Jahren 1968, 1971/72 und 1976 an der Relegation von Studierenden beteiligt.<sup>1425</sup> Er hat dazu in seiner Autobiografie und auch in einem Interview mit mir noch einmal Stellung bezogen. Nur 1968 war er ein Hauptakteur. Er hatte bei seiner Ankunft an der HU eine als schwierig geltende Seminargruppe übernommen. Im Zusammenhang mit Äußerungen zum „Prager Frühling“ wurden vier Studenten gemäßregelt,<sup>1426</sup> und zwar nach Pätzolds Angaben auf Druck der Universitätsparteileitung. Die Anträge stellte Streisand als Sektionsdirektor, Pätzold argumentierte für sie in einem eigens eingerichteten Ausschuss. Inwiefern Pätzold vorher selbst zur Eskalation beigetragen hatte, kann ich momentan nicht beurteilen.

1976 ging es dann um Bernd Florath und dessen Sympathie für Wolf Biermann. Hier war Pätzold als Sektionsdirektor der verantwortliche Hochschullehrer, doch wurde die Entscheidung gegen den Studenten ohne ihn getroffen. Pätzold soll sie selbst auf dem Krankenbett erfahren haben. Florath wurde für ein Jahr in die „Produktion“ geschickt und blieb über Professor Ernst Hoffmann in Kontakt mit der Sektion.

Aus heutiger Sicht bedauert Pätzold die übertriebenen Agitationen und Maßnahmen, übrigens ebenso wie in der Griewank-Affäre. Er nimmt für sich eine erzieherische Absicht in Anspruch, die er auch bewusst diktatorisch durchsetzen wollte. Nach meiner Ansicht hält er damit noch immer an der Richtigkeit seines Grundgedankens fest: Zukünftige Geschichtslehrer und Historiker der DDR hätten treu zum Regime stehen müssen.<sup>1427</sup> Geschichte als Studienfach verlange Parteinahme, daher sei die politische

---

(1982), 194–216.

<sup>1423</sup> Pätzold, Von Verlorenem.

<sup>1424</sup> Götz Aly: Deutschstunde. Opfer soweit das Auge reicht. Historiker der Humboldt-Universität rücken die eigene Geschichte zurecht / Disziplinierte Ex-Studenten wurden geschnitten, abgedruckt in: Rainer Eckert u. a. (Hg.), Hure oder Muse? Klio in der DDR. Dokumente des Unabhängigen Historiker-Verbandes, Berlin 1994, 325–327.

<sup>1425</sup> Vgl. dazu Eckert/Küpper u. a., „Klassengegner...“; Pätzold, Die Geschichte kennt kein Pardon, 178–189.

<sup>1426</sup> Der Sohn von Fritz Klein, Wolfgang K., wurde mit einem zweiten Studenten in die „Produktion“ geschickt. Für seinen Parteieintritt wählte er später Kurt Pätzold als Bürgen. Der Katholik Johannes Eigenwill arbeitete später an der Landesbibliothek Dresden. . Aufgrund einer gesundheitlichen Einschränkung wurde der Student Mützel nicht in die Produktion geschickt. Er kam in einem der Staatsverlage der DDR unter. Dass den jungen Menschen noch einmal die Chance zur Rückkehr in die Wissenschaft bzw. zur Arbeit im wissenschaftsnahen Bereich gegeben werden würde, ist ihnen zum Zeitpunkt der Relegation nicht gesagt worden. Sie mussten befürchten, davon endgültig ausgeschlossen zu bleiben.

<sup>1427</sup> „Lehrende wie Studierende der Geschichte waren eine besondere Gruppe in einer insgesamt hochpolitisierten Gesellschaft. [...] Nicht nur dramatische Entwicklungen lösten mitunter leidenschaftliche Debatten aus. [...] In einer Gesellschaft, die sich auf einen unbekannteren revolutionären Weg macht, wird mehr gefragt, als in einer anderen, deren Veränderungen den Charakter geradliniger Fortsetzungen oder von Reparaturarbeiten besitzen.“ (Pätzold, Die Geschichte kennt kein Pardon, 183).

Auseinandersetzung mit den Studierenden geboten gewesen.<sup>1428</sup> Daneben übersieht er – besonders bei Griewank – dass er als politischer Agitator nicht in einem fairen Schlagabtausch mit Andersdenkenden handelte, sondern die Kontrahenten hinter seinen Ansichten immer schon die Zwangsmittel der Diktatur befürchten mussten.

### Verschiedenes

„Mein Bild vom künftigen Gang der Weltgeschichte, namentlich vom Tempo sozialer Veränderungen, hatte sich gegenüber den Glaubensvorstellungen der Schulzeit einschneidend verändert. Damals lebten wir jungen Sozialisten in der ebenso schönen wie naiven Vorstellung, bis zum Ende dieses Jahrhunderts werde der Kapitalismus der Geschichte angehören. Die war verabschiedet, aber daß die Entwicklung nur eine Tendenz besitzt, die über den Kapitalismus hinausführe, war mir nicht zweifelhaft geworden.“<sup>1429</sup> Dieses sich bei der ‚Ankunft im Alltag‘ abschwächende, aber dadurch lebensfähig bleibende sozialistische Fortschrittsbewusstsein ist der DDR-Intelligenz gemeinsam und enorm wichtig für die Erklärung ihrer Bereitschaft, Kompromisse einzugehen, Widersprüche auszuhalten, sich für kleine und große Dinge zu engagieren und oft auch, vermeintliche und wirkliche politische Gegner zu bekämpfen.

---

<sup>1428</sup> Ebd., 187.

<sup>1429</sup> Ebd., 225.

## **D. Fazit: Innere Widersprüchlichkeit und angeeignete Kontinuität des Historismus der HU-Geschichtswissenschaft – Stabilität und Zerfall der DDR.**

Die anfängliche Zielstellung meines Projekts war die Auseinandersetzung mit zwei dominierenden Interpretationen der Geschichte der „DDR-Geschichtswissenschaft“. Zum einen handelt es sich um die These von Ilko-Sascha Kowalczyk, der die DDR-Historie als „Legitimationswissenschaft“ der SED-Diktatur beschrieben hatte.<sup>1430</sup> Zugunsten ihrer zentralen Aufgabe, der Rechtfertigung der kommunistischen Diktatur durch ein ausgearbeitetes kommunistisches Geschichtsbild, haben die Historiker der DDR demnach den Wissenschaftscharakter ihrer Disziplin preisgegeben. An die Stelle der vorurteilsfreien Wahrheitssuche trat die selektive und z. T. sogar verfälschende Darstellung historischer Zusammenhänge.

Während Kowalczyk die von der DDR-Geschichtswissenschaft selbst bejahte „Parteilichkeit“ gegen deren Anspruch auf Wissenschaftlichkeit wendet, möchte Martin Sabrow dieser einfachen Dichotomie mit Hilfe des Paradigma-Modells entgehen. Die politische Instrumentalisierung der DDR-Geschichtswissenschaft deutet er als Impuls, den die Historiker in das Paradigma einer „beherrschten Normalwissenschaft“ eingearbeitet hätten. Die am Ideal des Konsenses orientierte Disziplin habe demnach ein neues, marxistisch-leninistisches Paradigma ausgebildet, dessen spezifische Fachlichkeit und diskursive Logik sie dem westlichen Gegenmodell zunehmend entfernt habe.<sup>1431</sup>

Die Arbeiten von Kowalczyk und Sabrow beruhen auf Forschungen zu einigen begrenzten Ausschnitten der Geschichtswissenschaft der DDR und formulieren dennoch weiterreichende Thesen zur DDR-Geschichtswissenschaft insgesamt. Daher sollten sie am bisher kaum beachteten Fallbeispiel der historischen Institutionen der HU überprüft werden.<sup>1432</sup> Die Geschichtswissenschaft der Berliner (Humboldt-)Universität (HU) war nach 1945 eine der zentralen Institutionen für die Entwicklung und Propagierung eines neuen nationalen und kommunistischen Geschichtsbildes der DDR. Die Universität diente als Hauptausbildungsstätte für zukünftige Fachhistoriker und Geschichtslehrer. Als Institution historischer Forschung und Entstehungsort zahlreicher Geschichtsdarstellungen erarbeitete sich die „Fachrichtung Geschichte“ bis in die 1960er Jahre ein eigenständiges Profil.<sup>1433</sup> Die Historiker der HU verfassten selbständige Beiträge zum zentralen Hochschullehrbuch<sup>1434</sup>

---

<sup>1430</sup> Kowalczyk, *Legitimation*, bes. 342–348. Ähnlich argumentiert auch Mertens, *Priester der Klio*.

<sup>1431</sup> Vgl. Sabrow, *Diktatur*, 432 sowie 394–398; ders., „Beherrschte Normalwissenschaft“, 412–445.

<sup>1432</sup> Zur Geschichte der HU vgl. Jordan, *Kaderschmiede*; zur HU-Geschichtswissenschaft lediglich: Eckert u. a., „Klassengegner...“.

<sup>1433</sup> Vgl. Hardtwig/Thomas, *Forschung und Parteilichkeit*.

<sup>1434</sup> Paterna u. a., *Deutschland 1933–1939*; Obermann, *Deutschland 1815–1849*; Gerhard Schilfert, *Deutschland von 1648 bis 1789. Vom Westfälischen Frieden bis zum Ausbruch der Franz. Revolution*, Berlin 1959.

sowie weitere einflussreiche Überblickswerke,<sup>1435</sup> und sie profilierten sich seit den 1950er Jahren mit Monografien, denen zum großen Teil die universitären Qualifikationsschriften der Verfasser zugrunde lagen.<sup>1436</sup>

*Die Forschungsarbeit am Projekt hat zunächst einmal eine Reihe von Indizien erbracht, die die Thesen von Sabrow, aber auch die von Kowalczyk bestätigen. Die Historiker der HU waren seit den 1950er Jahren mit wenigen Ausnahmen Mitglieder der SED. Sie haben sich als überzeugte Parteimitglieder die Aufgabe der historischen Legitimierung der DDR und der ideologischen Bekämpfung des bundesrepublikanischen Geschichtsbildes – oder was sie dafür hielten – zu eigen gemacht.* Selbst Joachim Streisand, ein Historiker mit bildungsbürgerlichem Hintergrund und ausgeprägtem Interesse an der deutschen Geistesgeschichte seit dem 18. Jahrhundert, setzte mit seinen Publikationen jeweils Parteibeschlüsse um.<sup>1437</sup> Er stellte die DDR der Ulbricht-Ära als Erfüllung aller positiven Traditionen der deutschen Geschichte dar: „Die Deutsche Demokratische Republik entwickelt sich, so erweist die deutsche Geschichte, im Einklang mit den historischen Gesetzmäßigkeiten unserer Epoche.“<sup>1438</sup> Die Umsetzung dieses legitimatorischen Motivs in eine wissenschaftsförmige Forschungsperspektive belegt das Beispiel des Theorems der „Frühbürgerlichen Revolution“.<sup>1439</sup> Es wurde zunächst vom HU-Historiker Alfred Meusel im Anschluss an Friedrich Engels skizziert und später u. a. an der HU von Günter Vogler ausgearbeitet.<sup>1440</sup> Die Periodisierung der Weltgeschichte als Abfolge von Revolutionen, die zuletzt die kommunistische Gesellschaft hervorbringen, war der Angelpunkt des kommunistischen Geschichtsbildes. Innerhalb der DDR-Geschichtswissenschaft führte sie zu einer intensiven Erforschung der Beziehungen zwischen den frühneuzeitlichen Bauernaufständen und der Reformation. Diese Perspektive ermöglichte vor allem durch die Erhebung neuer Quellen wissenschaftliche Innovationen.<sup>1441</sup> Doch wurde die Tauglichkeit des politisch vorgegebenen Theorierahmens selbst aufgrund des Konsensideals der DDR-Geschichtswissenschaft nicht in Frage gestellt.

---

<sup>1435</sup> Joachim Streisand, *Deutsche Geschichte in einem Band. Ein Überblick*, Berlin 1968; Günter Vogler/Klaus Vetter, *Preußen. Von den Anfängen bis zur Reichsgründung*, Berlin 1970; Bernhard Töpfer/Evamaría Engel, *Vom staufischen Imperium zum Hausmachtkönigtum. Deutsche Geschichte vom Wormser Konkordat 1122 bis zur Doppelwahl von 1314*, Weimar 1976.

<sup>1436</sup> Vgl. etwa Helmuth Stoecker, *Die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und China 1861–1885*, o. O. 1956; Günter Rosenfeld, *Sowjetrußland und Deutschland 1917–1922*, Berlin 1960; Klaus Vetter, *Die Mediatstädte des ehemaligen kurmärkischen Kreises Lebus im 17. und 18. Jahrhundert. Untersuchungen zur Verfassung, Wirtschaft und Sozialstruktur*, Berlin 1967.

<sup>1437</sup> Jacobsen, *Geschichtswissenschaft im Namen der Partei*. Vgl. etwa Joachim Streisand, „Zur Auswertung des 8. Parteitages der SED“, in: *Humboldt-Universität zu Berlin, Universitätsarchiv, Sektion Geschichte*, 2744.

<sup>1438</sup> Streisand, *Deutsche Geschichte*, 331.

<sup>1439</sup> Vgl. dazu Müller, *Diktatur und Revolution*.

<sup>1440</sup> Vgl. Meusel, Thomas Müntzer; sowie später Günter Vogler, *Marx, Engels und die Konzeption einer frühbürgerlichen Revolution in Deutschland*, in: Rainer Wohlfeil (Hg.), *Reformation oder frühbürgerliche Revolution?* München 1972, 187–204.

<sup>1441</sup> Vgl. Günter Vogler, *Nürnberg. 1524/25. Studien zur Geschichte der reformatorischen und sozialen Bewegung in der Reichsstadt*, Berlin 1982 sowie die Rezension von Gottfried Seebass, *Zur Geschichte der reformatorischen und sozialen Bewegungen in der Reichsstadt Nürnberg im Jahre 1524/25*, in: *Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Nürnberg* 71 (1984), 269–276.

Diese letztlich innovationshemmende Rolle des „Monotheismus‘ der Theorie“ ist ein Forschungsertrag dieses Projektes.<sup>1442</sup> Hinsichtlich der generellen Orientierung am übergreifenden, politisch verordneten Konsens der DDR-Geschichtswissenschaft bildet auch die Institution der HU keine Ausnahme. Allerdings gab es im Einzelnen beachtenswerte Sonderentwicklungen, die das von Sabrow entwickelte Modell ein Stück weit differenzieren können: Hier sind die Bereiche der Mittelalterhistorie sowie die Alte Geschichte zu nennen. Der Exkurs zu Kurt Pätzold zeigte zudem, inwiefern im Einzelfall auch theoretische Anregungen aus der Perspektive des Historischen Materialismus als Forschungshypothese fruchtbar gemacht werden konnten, wenn sie mit dem Handwerkszeug der traditionellen historistischen Geschichtswissenschaft verbunden wurden.

Im Bereich der allgemeinen Geschichte des Mittelalters profilierte sich mit Bernhard Töpfer ein parteiloser Historiker, ein Schüler des bürgerlichen Mediävisten Heinrich Sproemberg und zeitweiliger Assistent von Albrecht Timm.<sup>1443</sup> Töpfer übernahm ab 1963 die Leitung der Abteilung Allgemeine Geschichte des Mittelalters, wurde 1969 Professor mit Lehrstuhl und arbeitete zur mittelalterlichen Geistesgeschichte.<sup>1444</sup> Ebenfalls parteilos und darüber hinaus erklärter Gegner der marxistischen Geschichtswissenschaft war der Dozent Frithjof Sielaff.<sup>1445</sup> In seinen Seminaren lernten die Studierenden das Handwerk der philologischen Quellenkritik.

Einen weiteren Ausnahmefall stellt Eckhard Müller-Mertens dar, der seit 1949 der SED angehörte und bis 1956 in seinen Arbeiten ein Verfechter des stalinistischen Feudalismus-Begriffs war.<sup>1446</sup> Müller-Mertens war der *shooting-star* der HU-Geschichtswissenschaft der 1950er Jahre, gelangte 1960 auf eine Professur (mit Lehrauftrag), übernahm 1963 die Leitung des gesamten Fachbereichs Geschichte und wurde vom Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen für die Ausarbeitung von Studienplänen herangezogen.<sup>1447</sup> Nachdem Müller-Mertens 1956, nach Abschluss seiner Habilitation, auch Sekretär der SED-Grundorganisation der HU-Historiker geworden war, geriet er zunehmend in Konflikt mit Vertretern des Ulbricht-Kurses während der Entstalinisierungskrise 1956–1958.<sup>1448</sup> Sein 1963 geschriebenes „Positionspapier“ stellt eine – wie bei Elisabeth Welskopf auch selbstkritische – reformsozialistische Abrechnung mit der offiziellen Vergötzung der russischen Oktoberrevolution und dem Stalinismus insgesamt dar.<sup>1449</sup> Sabrows These vom „Diktat des Konsens“ innerhalb der Geschichtswissenschaft der DDR muss angesichts der

---

<sup>1442</sup> Vgl. Hardtwig/Thomas, *Forschung und Parteilichkeit*, 26.

<sup>1443</sup> Vgl. Lothar Mertens, Art. Töpfer, Bernhard, in: Mertens, *Lexikon*, 601f.

<sup>1444</sup> Bernhard Töpfer, *Volk und Kirche zur Zeit der beginnenden Gottesfriedensbewegung in Frankreich*, Berlin 1957; ders., *Das kommende Reich des Friedens. Zur Entwicklung chiliastischer Zukunftshoffnungen im Hochmittelalter*, Berlin 1964.

<sup>1445</sup> Berndt, Frithjof Sielaff (1918–1996).

<sup>1446</sup> Vgl. die Festschrift Rader u. a., *Turbata per aequora mundi*.

<sup>1447</sup> Vgl. den 27-seitigen Lehrplanentwurf für den Geschichtsunterricht der 6. Klasse in: HUUA, *Philosophische Fakultät I*, 71.

<sup>1448</sup> Vgl. Müller-Mertens, *Existenz*, 121–182.

<sup>1449</sup> Eckhard Müller-Mertens, *Bestandsaufnahme zu den Gesellschaftssystemen der Gegenwart*, unveröff. MS, Berlin 1963 (Privatarchiv Eckhard Müller-Mertens).

intellektuellen Entwicklung Müller-Mertens' insofern erheblich differenziert werden, als dieser seit den 1960er Jahren eine grundlegende Kritik am Feudalismus-Begriff öffentlich machen konnte.<sup>1450</sup> Sein Buch über das „Regnum Teutonicum“ wies der Mediävistik insgesamt neue Wege.<sup>1451</sup> Darin ist die Verbindung zu marxistischen Fragestellungen im Rahmen der Feudalismus-Diskussion gekappt. Vor dem Hintergrund der deutschen Zweistaatlichkeit seit 1949 fragt Müller-Mertens stattdessen nach den Ursachen des deutschen Partikularismus und bedient sich hierfür der Methode traditioneller philologisch-historischer Quellenkritik. Dennoch konnte Müller-Mertens an der HU einen Forschungsschwerpunkt zur Entstehung des deutschen Staates im Mittelalter etablieren!

Ähnlich wie Müller-Mertens versuchte auch die Althistorikerin Elisabeth Ch. Welskopf den Periodisierungsschematismus der DDR-Geschichtswissenschaft zu durchbrechen. Sie argumentierte hierfür allerdings weiterhin mit Hilfe marxistischer Theorieelemente, indem sie den von Karl Marx geprägten, jedoch von Stalin verfemten Begriff der „asiatischen Produktionsweise“ 1957 erneut ins Spiel brachte.<sup>1452</sup> Welskopf wurde darin etwa von Müller-Mertens oder Töpfer unterstützt. Wie die beiden Mediävisten wurde auch die Althistorikerin trotz ihres kritischen Engagements nicht aus der insgesamt parteitreuen Zunft ausgeschlossen; sie war seit 1960 als Professorin mit Lehrauftrag zugleich Leiterin der kleinen Abteilung Alte Geschichte an der HU und arbeitete an der Akademie an den von ihr initiierten althistorischen Großunternehmen. Allerdings konnten sich die begrifflichen Innovationsversuche der genannten HU-Historiker in der DDR nicht durchsetzen, weshalb diese gewichtigen Ausnahmen eines verweigerten Konsenses durch ‚etablierte Außenseiter‘ – auch Eduard Winter muss hier noch einmal genannt werden – den Eindruck einer gegen grundsätzlichen Widerspruch tendenziell abgeschlossenen DDR-Geschichtswissenschaft sicher nicht vollständig widerlegen. *Allerdings: Statt einer insgesamt konsensorientierten, ‚beherrschten Normalwissenschaft‘ mit einheitlichen fachlichen Regeln erscheint die Geschichtswissenschaft an der Humboldt-Universität nun eher als Institution mit einer Vielzahl von ungemein widersprüchlichen Forscherpersönlichkeiten, die durch je unterschiedliche individuelle, biografische und intellektuell-wissenschaftliche Entwicklungswege höchst individuelle Lösungen für das Spannungsverhältnis zwischen politischen Ansprüchen und moderner wissenschaftlicher Fachlichkeit fanden.* Die Spannweite des Möglichen reicht von Joachim Streisands angesichts seines Lebensweges tragischer und beklagenswerter intellektueller Unterwerfung und seiner Selbstmobilisierung zum Schergen des MfS, über Günter Rosenfelds Lernprozess bis zur eigensinnigen Verwandlung des Eckhard Müller-Mertens in einen Mediävisten nach dem Bilde der

---

<sup>1450</sup> Vgl. etwa Eckhard Müller-Mertens, Die Genesis der Feudalgesellschaft im Lichte schriftlicher Quellen. Fragen des Historikers an den Archäologen, ZfG 12 (1964), 1384–1402 sowie zur Diskussion ders. (Hg.), Feudalismus. Entstehung und Wesen, Berlin 1985.

<sup>1451</sup> Müller-Mertens, Regnum Teutonicum.

<sup>1452</sup> Welskopf, Die Produktionsverhältnisse. Vgl. dazu Nippel, Wiedergelesen; sowie Florath, Zur Diskussion.

national-stolzen, wissenschaftsorganisatorisch orientierten Fachdisziplin des 19. Jahrhunderts.

War diese Widersprüchlichkeit „konstitutiv“ für die gesamte DDR – wie es Detlef Pollack einst formulierte?<sup>1453</sup> Was könnte „konstitutiv“ hier bedeuten? Zumindest prägte sie die Fachrichtung Geschichte von Beginn an, blieb erhalten in den 50er Jahren, verstärkte sich in den 60er Jahren und wurde von den Protagonisten noch in den 70er und 80er Jahren ausgehalten oder sogar geschätzt. Die Tatsache, dass diese Widersprüchlichkeit trotz zahlreicher Konflikte nicht zum Auseinanderfallen der Institution führte, ist nur durch das Zusammenwirken von politischem Willen zum Konsens, zur Deckelung, ja zu Geheimhaltung von Defiziten zu erklären, der mit der politisch gewollten Beharrungskraft des Hochschulumilieus der DDR zusammenwirkte. Dadurch konnten Widersprüche fortexistieren, ohne virulent zu werden, zu wachsen, als Reformimpuls auf andere Bereiche hinauszuwirken. Die Geschichtswissenschaft der DDR war um ihre Innovationsfähigkeit als Disziplin insgesamt gebracht (man denke an Rosenfelds Grundsatz-Kritik und die dazu in krassem Gegensatz stehende, absurd-kindliche Lüge vom ‚Weltniveau‘ der DDR-Geschichtswissenschaft!), konnte aber langfristig recht geräuschlos arbeiten. Aufs Ganze der Geschichte gewendet: *Die lange Stabilität der DDR erklärt sich aus konstitutiven Widersprüchen, die offiziell eingehegt und deshalb dauerhaft toleriert werden konnten. Man kann ihr langfristiges Bestehen daher auch im Rückblick leicht übersehen, zumal dann, wenn man den diktatorischen Anspruch des Regimes mit seiner Verwirklichung verwechselt. An jenen Widersprüchen hatten sich – im Streisand-Kapitel wurde dies deutlich – immer wieder kritische junge Studenten und Forscher gerieben, wollten sie auf die Spitze treiben und stellten damit die lebenswichtigen Funktionsregeln des Regimes in Frage. Als auch an der Staatsspitze und auf den Straßen 1988/89 andere, ähnliche Widersprüche zutage traten, dauerte es daher nicht lange, bis sich eine Vielzahl von Menschen die oppositionellen Forderungen zu eigen machten. Es hatte zu viel Kraft gekostet, mit Widersprüchen zu leben, die nicht ausgelebt werden konnten.*

Die Wissenschaftspolitik der SED sorgte für die Etablierung einer regimetreuen Disziplin, die die angeblich klassengebundene „bürgerliche“ Geschichtswissenschaft ersetzen sollte. Kein Zweifel, die Historiker der HU waren fast ohne Ausnahme auch selbst überzeugt von der prinzipiellen Richtigkeit des Aufbaus eines sozialistischen Staates und einer entsprechenden Geschichtswissenschaft.<sup>1454</sup> Allerdings bedeutet dieser Umstand keineswegs die kritiklose Hinnahme aller politischen und wissenschaftspolitischen Vorgaben des SED-Regimes durch die Historiker, wie dies Kowalczuk unterstellt. So kam es im Zusammenhang mit den tiefgreifenden politischen Krisen der Jahre 1953 und 1956–58 häufig zu Auseinandersetzungen innerhalb der „SED-Grundorganisation Historiker“; die Wissenschaftler wurden daraufhin durch hinzugezogene Mitglieder der

---

<sup>1453</sup> Pollack, Die konstitutive Widersprüchlichkeit.

<sup>1454</sup> Vgl. Hardtwig/Thomas, Forschung und Parteilichkeit.



Universitätsparteileitung und des Politbüros gemäßregelt. Während 1953 u. a. Heinrich Scheel seine Leitungsfunktion innerhalb des Parteigremiums räumen musste,<sup>1455</sup> traf es 1957 den frisch gekürten Parteisekretär Eckhard Müller-Mertens, der gegenüber dem Politbüro-Funktionär Alfred Neumann vehement den Rücktritt des Staatschefs Walter Ulbricht gefordert hatte.<sup>1456</sup> Joachim Streisand, Ernst Hoffmann, Walter Bartel, Erich Paterna, Kurt Pätzold waren vor ihrer Anstellung an der Universität von politischer Disziplinierung an anderen Institutionen betroffen gewesen. Freilich blieben die Historiker von harten Strafmaßnahmen verschont. Tatsächlich agierten die „hesitant critics“ vor dem Hintergrund einer nie grundsätzlich in Frage gestellten Loyalität gegenüber Partei und Staat.<sup>1457</sup>

Aufgrund dieser Befunde hatte sich in einer zweiten Projektphase die Fragestellung verschoben. Diese neue Perspektive orientierte sich u. a. wiederum an einer Anregung von Martin Sabrow zu einer umfassenden Historisierung der DDR: Statt die SED-Diktatur im Modus der erinnerungspolitischen Aufarbeitung von Repression und Widerstand lediglich als Abweichung vom erfolgreichen „Weg nach Westen“ der Bundesrepublik nach 1945 zu behandeln, sollte nun auch die 40-jährige Existenz der DDR in den Gesamtverlauf der deutschen Geschichte eingebettet werden.<sup>1458</sup> Für das Fallbeispiel der HU-Geschichtswissenschaft habe ich eine Fragestellung entwickelt, die das Augenmerk auf jene Kontinuitätslinien richtet, die die marxistische Historiografie mit der Vorgeschichte der älteren, „bürgerlichen“ deutschen Geschichtswissenschaft verbinden.

Für die Perspektive auf Kontinuitäten richtet sich der Blick zunächst wiederum auf den Neubeginn von historischer Forschung und Lehre in der SBZ zwischen 1945 und 1948. Vom alten historischen Seminar aus den 1930er und beginnenden 40er Jahren waren nur wenige ältere Ordinarien verblieben. Von diesen gingen die Mediävisten Friedrich Baethgen und Eugen Meyer bis 1948 in den Westen. Mit Fritz Hartung und Fritz Rörig blieben allerdings zwei überaus profilierte Fachvertreter bis zu ihrer Emeritierung in Berlin; Fritz Hartung ausdrücklich mit dem Wunsch, eine neue Studentengeneration auszubilden.<sup>1459</sup> Hartung formulierte eigene Gestaltungsvorschläge für die Geschichtswissenschaft nach 1945,<sup>1460</sup> er thematisierte z. B. in einem Seminar die Entwicklung der Menschenrechte seit 1776/77 bis zur sowjetischen Verfassung von 1936.<sup>1461</sup> Allerdings ist dieser Neuanatz einer internationalen Verfassungsgeschichte mit deutlichem Gegenwartsbezug an der HU nach

---

<sup>1455</sup> Vgl. die Diskussionsprotokolle und Resolutionen aus dem *Institut für Geschichte des deutschen Volkes*, die sich als Kopien aus dem Universitätsarchiv der HU im Nachlass von Scheel finden (Archiv, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Nachlass Heinrich Scheel, 432. Vgl. dazu Scheel, *Vom Leiter*, 82–87.

<sup>1456</sup> Vgl. Müller-Mertens, *Existenz*, 121–182. Zu den Diskussionen innerhalb der *SED-Grundorganisation Historiker*: Landesarchiv Berlin, Grundorganisation der SED – Humboldt-Universität zu Berlin, Sektion Geschichte, C Rep. 904-229 (7.1.1).

<sup>1457</sup> Stoecker, *Socialism*, 53.

<sup>1458</sup> Vgl. zu dieser Perspektive: Lindenberger/Sabrow, *Zwischen Verinselung und Europäisierung*; Sabrow, *Historisierung*; ders., *Die DDR in der Geschichte*.

<sup>1459</sup> Staatsbibliothek zu Berlin, Nachlass Fritz Hartung, Kasten XXXVII, Mappe 1, 18.3.1948, Fritz Hartung an Ernst Friedländer, Bl. 4.

<sup>1460</sup> Huschner, *Deutsche Historiker*.

<sup>1461</sup> Hartung, *Die Entwicklung*.

Hartungs Ausscheiden nicht fortgeführt worden; der von ihm gesetzte Schwerpunkt brach ab, da die marxistischen Neuzeithistoriker als Nachfolger Hartungs ganz andere Themen verfolgten.

Anders stellt sich die Lage bei den Forschungsinteressen des Mediävisten Fritz Rörig dar. Seine nach 1945 noch einmal publizistisch für eine Neubesinnung ins Spiel gebrachten Themen der Geschichte der deutschen Städte und des Bürgertums, der Hanse sowie der mittelalterlichen Staatsbildung auf dem Weg zur Nation konnten an der HU fortgeführt werden.<sup>1462</sup> Der Grund hierfür lag u. a. in der Doppelrolle des letzten Rörig-Schülers Eckhard Müller-Mertens. Der zunächst streng marxistisch/stalinistisch gesonnene Mediävist wurde in seinen Qualifikationsarbeiten von Rörig angeregt und betreut<sup>1463</sup> – sicher auch, weil an der HU und in Deutschland insgesamt kein marxistischer Mittelalterspezialist zur Verfügung stand, der zugleich mit den hochspezialisierten Methoden und diffizilen Forschungsproblemen vertraut gewesen wäre. *Weil seine politische Parteilichkeit zunächst außer Frage stand, konnte Müller-Mertens auch den fachlichen Sachverstand der traditionellen deutschen Mediävistik ungehindert zur Geltung bringen. Die Themen seines akademischen Lehrers führte Müller-Mertens fort.*<sup>1464</sup> Seinen eigenen Ansatz nannte er seit den 1960er Jahren – in deutlichem Bezug zur bürgerlichen Geschichtswissenschaft seit dem 19. Jahrhundert – „materialistische[r] Historismus“.<sup>1465</sup> Allerdings fehlten seinen Arbeiten nunmehr alle Anzeichen einer marxistischen oder materialistischen Geschichtsauffassung, sodass man in diesem Fall von einem schlichtweg klugen, methodisch innovativen Historismus sprechen muss, der allerdings – wie noch bei Fritz Rörig – stark mit nationalem Denken aufgeladen war. *Dagegen war die innerfachliche Zäsur in der Neuzeithistorie der HU sehr viel stärker.* Nach dem Abgang von Hartung übernahm hier mit Alfred Meusel ein kommunistischer Remigrant das Zepter am eigens neu gegründeten Institut für Neue Geschichte.<sup>1466</sup> Er zog den neuerdings marxistisch orientierten Osteuropahistoriker Eduard Winter,<sup>1467</sup> aber vor allem weitere SED-Mitglieder wie Gerhard Schilfert, Joachim Streisand und Karl Obermann nach.<sup>1468</sup> Die Kollektivbiografie der HU-Professoren bis Ende der 1960er Jahre zeigt, dass in dieser zweiten Generation von HU-Historikern zahlreiche Hochschullehrer vertreten waren, die sich schon in der Weimarer Republik von der SPD zur kommunistischen Linken orientiert hatten: Ernst Niekisch, Heinrich Scheel, Erich

---

<sup>1462</sup> Rörig, *Geschichte und Gegenwart*.

<sup>1463</sup> Vgl. Müller-Mertens, Fritz Rörig.

<sup>1464</sup> Eckhard Müller-Mertens, *Untersuchungen zur Geschichte der brandenburgischen Städte im Mittelalter*, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin* 6/ H. 1 (1956), 1–58; ders., *Bürgerlichstädtische Autonomie in der Feudalgesellschaft. Begriff und geschichtliche Bedeutung*, *ZfG* 29 (1981), 205–225; ders./Heidelore Böcker, *Konzeptionelle Ansätze der Hanse-Historiographie*, Trier 2003.

<sup>1465</sup> Müller-Mertens, *Regnum Teutonicum*, 19 sowie dazu ders., *Existenz*, 233–278. Müller-Mertens hat wiederum selbst eine eigene Schule begründet.

<sup>1466</sup> Vgl. zu ihm Mario Keßler, *Soziologie und Geschichtswissenschaft. Alfred Meusel (1896–1960)*, in: ders., *Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte Historiker in der frühen DDR*, Köln u. a. 2001, 50–90.

<sup>1467</sup> Nemeč, Eduard Winter.

<sup>1468</sup> Vgl. Mario Keßler, *Der Historiker des „Völkerfrühlings“*. Karl Obermann (1905–1987), in: ders., *Exilerfahrung*, 19–221.

Paterna,<sup>1469</sup> Walter Bartel<sup>1470</sup> hatten ihren antifaschistischen Widerstand mit langjährigen Zuchthaus- oder KZ-Aufenthalten bezahlen müssen. Heinz Kamnitzer, Ernst Hoffmann, Helmuth Stoecker,<sup>1471</sup> Karl Obermann, Alfred Meusel und Percy Stulz waren in die Emigration gezwungen worden. Fünf Professoren besaßen einen jüdischen Hintergrund, Joachim Streisand hatte daher die Zeit des Nationalsozialismus zuletzt sogar als Zwangsarbeiter durchstehen müssen. Allerdings kam die Mehrzahl der marxistischen Hochschullehrer nicht aus dem Arbeitermilieu,<sup>1472</sup> sondern aus dem Kleinbürgertum, oft schon mit bildungsbürgerlicher Prägung.<sup>1473</sup> Sieben (von 25) waren vor 1945 der KPD beigetreten; zehn wurden 1946 SED-Mitglieder der ersten Stunde, lediglich Günter Vogler trat erst 1960 der herrschenden Partei bei, Bernhard Töpfer und Eduard Winter verweigerten sich diesem Schritt dauerhaft.<sup>1474</sup>

Die neuen Historiker an der HU besaßen einen an deutschen Hochschulen bisher nicht gekannten sozialen und politischen Hintergrund, auch wenn die kleinbürgerliche Prägung besonders bei politischen Konflikten den Argwohn der SED-Funktionäre erregen sollte. Die Professoren verdankten diese Positionen der Strategie der SED zur Aufbau einer neuen, „sozialistischen Intelligenz“. Fünf der Professoren konnten kein Hochschulstudium vorweisen,<sup>1475</sup> 14 hatten als Studenten nach 1945 von der sozialen Öffnung der Hochschulen profitiert, mindestens zehn konnten das hochschulpolitische Förderinstrument der Aspirantur in Anspruch nehmen, zwölf hatten als Assistenten bei marxistischen Professoren gearbeitet, selbst bei den Qualifikationsverfahren der beiden Mediävisten Töpfer und Müller-Mertens hatte wenigstens ein marxistischer Historiker als Gutachter eine wichtige Rolle gespielt.<sup>1476</sup> Zur Geschlossenheit des Milieus gehört auch, dass 15 der 19 in der DDR durch Promotion und Habilitation qualifizierten HU-Historiker auch schon an der HU ausgebildet worden waren.<sup>1477</sup>

*Die Zäsur in sozialer und politischer Hinsicht spricht für die Etablierung eines neuen, parteikonformen Geschichtsbildes nach 1945 an der HU. Allerdings agierten auch die neuen*

---

<sup>1469</sup> Pätzold, Erich Paterna.

<sup>1470</sup> Prokop/Schwarz (Hg.), Zeitgeschichtsforschung.

<sup>1471</sup> Stoecker, Socialism.

<sup>1472</sup> Legt man als Kriterium den Beruf des Vaters zugrunde, so waren dies: Walter Bartel, Heinrich Scheel, Karl Obermann, Kurt Pätzold. Der Vater von Martin Zöllner war Bauer.

<sup>1473</sup> Aus dem Kleinbürgertum stammten demnach: Ernst Hoffmann (SPD-Funktionär), Heinz Kamnitzer, Eckhard Müller-Mertens (KPD-Funktionär), Ernst Niekisch, Erich Paterna (Angestellter), Günter Vogler, bildungsbürgerlich geprägtes Kleinbürgertum: Alfred Meusel, Günter Rosenfeld, Helmuth Stoecker (KPD-Funktionär, Schriftsteller), Joachim Streisand, Percy Stulz, Liselotte Welskopf, Eduard Winter.

<sup>1474</sup> Der jüdische Remigrant Friedrich Katz war ebenfalls nicht SED-Mitglied, verließ allerdings bald die HU und die DDR. Die übrigen bürgerlichen Professoren ohne marxistische Überzeugung (Karl Griewank, Fritz Rörig, Eugen Meyer, Albrecht Timm, Willy Flach, Fritz Hartung, Paul Haake und Friedrich Baethgen) sind hier nicht eingerechnet.

<sup>1475</sup> Nur Ernst Hoffmann und Ernst Niekisch verzichteten dann auch auf Promotion und Habilitation. Walter Bartel, Karl Obermann und Erich Paterna legten Qualifikationsschriften vor, ohne aber zuvor ein Hochschulstudium abgeschlossen zu haben.

<sup>1476</sup> Vgl. HUUA, Philosophische Fakultät nach 1945, Habilitation Dr. Eckhard Müller-Mertens, 21. 3. 1956; nur Elisabeth Ch. Welskopf hatte sich ausschließlich mit bürgerlichen Gutachtern abzufinden.

<sup>1477</sup> Walter Bartel, Konrad Canis, Kurt Pätzold, Gerhard Schilfert kamen von außerhalb; Joachim Streisand hatte sich zwar bei Leo Stern in Halle habilitiert, Studium und Promotion aber in Berlin absolviert.

*Fachvertreter nicht einfach als ‚Parteisoldaten‘, sodass auf unpolitischen Ebenen durchaus Merkmale traditioneller Geschichtswissenschaft bewahrt wurden. Eine Schlüsselrolle spielte dabei zunächst wiederum Alfred Meusel, und zwar in doppelter Hinsicht. Als marxistischer Hochschullehrer der ersten Stunde war er an der Ausbildung von zehn zukünftigen HU-Professoren beteiligt. In seinen Seminaren verlangte er zwar, dass ‚einmal der Begriff Marxismus‘ fallen muss, übermittelte andererseits aber auch die fachlichen Qualitätsstandards der bürgerlichen Wissenschaft.<sup>1478</sup> Meusels – auch öffentlich gegen Parteidogmatiker vertretene –<sup>1479</sup> Idealvorstellung war eine Synthese aus bürgerlicher Professionalität und kommunistischer Parteilichkeit, die er etwa mit Elisabeth Welskopf und Eduard Winter teilte.<sup>1480</sup> Daher zeichnen sich zahlreiche Forschungsarbeiten der HU-Historiker durch intensiven Quellenbezug aus, während durchgreifende theoretische Innovationen ausblieben. Kurt Pätzold oder Günter Vogler könnten als Vertreter eines solchen „marxistisch gewendeten Historismus“ gewertet werden; für ein sicheres Urteil bedürfte es allerdings neuer Studien.*

In einer zweiten Hinsicht lässt sich an Meusel eine Kontinuität des Geschichtsdenkens über die Zäsur 1945 hinweg festmachen. Sein Thomas-Müntzer-Buch und zahlreiche andere Aufsätze hatte Meusel schon vor 1945 unter dem Eindruck einer intensiven Beschäftigung mit dem kommunistischen Geschichtsbild während der Emigrationszeit geschrieben.<sup>1481</sup> Auch Erich Paterna, Heinrich Scheel, Walter Bartel, Karl Obermann, Heinz Kamnitzer und Ernst Hoffmann brachten ein ähnlich vorgeprägtes Geschichtsbild mit. An der HU ging daraus ein Schwerpunkt bei der deutschen Arbeiter-, Ideen- und Parteiengeschichte hervor.<sup>1482</sup> Auch patriotische Züge fehlten hier nicht, wobei die Historiker sowohl an das KPD-Geschichtsbild der Zwischenkriegszeit anschließen als auch die traditionelle Rolle der deutschen Historiker als ‚Sprecher des Nationalen‘ mit neuem Akzent wiederbeleben konnten.<sup>1483</sup> Zudem beschäftigten sich HU-Historiker immer auch mit deutscher Historiografiegeschichte, wobei sie der fortschrittsfreudigen linksliberalen

<sup>1478</sup> „Ich will nicht darüber streiten, wann [...] der Name Marxismus angewendet werden soll. Aber über eines müssen wir uns klar sein: Er muß einmal angewendet werden. Einmal muß der Name kommen, da gibt es gar nichts. (Alfred Meusel, *Geschichtswissenschaft und Marxismus*. Referat auf der Tagung des SED-Hochschulausschusses am 14. September 1947, in: Andreas Malycha (Hg.), *Geplante Wissenschaft, Eine Quellenedition zur DDR-Wissenschaftsgeschichte 1945–1961*, Leipzig 2003, 190–198, 197.)

<sup>1479</sup> Meusel, *Die wissenschaftliche Auffassung*.

<sup>1480</sup> Winter, *Mein Leben*, Bd.1; ders., *Erinnerungen*. (1945–1976); Elisabeth Ch. Welskopf, *Die wissenschaftliche Aufgabe des Althistorikers*, *Sitzungsberichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Klasse für Philosophie, Geschichte, Staats-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften*, 2, Berlin 1965.

<sup>1481</sup> Meusel, *Thomas Müntzer*.

<sup>1482</sup> Vgl. etwa Siegfried Büniger, *Friedrich Engels und die britische sozialistische Bewegung. 1881–1895*, Berlin, 1962; Karl Obermann, *Die deutschen Arbeiter in der Revolution von 1848*, Berlin<sup>2</sup> 1953; Erich Paterna, *Da stunden die Bergkleute auff. Die Klassenkämpfe der mansfeldischen Bergarbeiter im 16. und 17. Jahrhundert und ihre ökonomischen und sozialen Ursachen*, 2 Bände, Berlin 1960; Heinrich Scheel, *Süddeutsche Jakobiner. Klassenkämpfe und republikanische Bestrebungen im deutschen Süden Ende des 18. Jh.*, Berlin 1962; Gerhard Schilfert, *Sieg und Niederlage des demokratischen Wahlrechts in der deutschen Revolution 1848/49*, Berlin 1952; ders., *Die Chartistenbewegung. Über die Anfänge der internationalen Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert in England*, Leipzig 1956; Joachim Streisand, *Geschichtliches Denken von der deutschen Frühaufklärung bis zur Klassik*, Berlin 1964.

<sup>1483</sup> Vgl. Bernd Faulenbach, *Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus*, München 1980.

*Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts und auch dem übernationalen Geschichtsdenken Leopold Rankes durchaus aufgeschlossen begegneten.*<sup>1484</sup>

So schnell wie nirgends sonst in Ostdeutschland entstand an der HU eine dezidiert marxistische Historie. Dennoch blieben Elemente der traditionellen Geschichtswissenschaft wirksam, weil nach dem Willen der Historiker der Historische Materialismus sich gerade im Rahmen der herkömmlichen, disziplinspezifischen Forschungspraxis bewähren sollte. Die öffentlich bekundete Selbstmobilisierung der Wissenschaftler im Sinne der SED-Politik hat diese Kontinuität im Neuanfang bislang verdeckt.

---

<sup>1484</sup> Vgl. die Aufsätze von Gerhard Schilfert über Leopold Ranke sowie Günter Vogler über Max Lehmann in: Streisand (Hg.), Studien über die deutsche Geschichtswissenschaft.

## **E Anhang**

### ***E.I Verzeichnis der Abkürzungen***

ABF	Arbeiter- und Bauern-Fakultät
AdW	Akademie der Wissenschaften
DAW	Deutsche Akademie der Wissenschaften
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DSF	Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft
DVV	Deutsche Verwaltung für Volksbildung
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FU	Freie Universität Berlin
FWU	Friedrich-Wilhelms-Universität
HU	Humboldt-Universität zu Berlin
IGV	Institut für die Geschichte des deutschen Volkes
KMU	Karl-Marx-Universität (Leipzig)
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
LA	Lehrauftrag
LDPD	Liberal-Demokratische Partei
LS	Lehrstuhl
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MfVB	Ministerium für Volksbildung
MGH	Monumenta Germaniae Historica
NSD	Nationalsozialistischer Dozentenbund
NSLB	Nationalsozialistischer Lehrerbund
Prof. m. LA	Professur mit Lehrauftrag
Prof. vo. LA	Professur mit vollem Lehrauftrag
SBZ	Sowjetisch besetzte Zone
SHF	Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen
SMAD	Sowjetische Militäradministration
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
UPL	Universitäts-Parteileitung
W-Prof	ugs. Wahrnehmungsprofessur; mit der Wahrnehmung einer Professur beauftragt
ZIG	Zentralinstitut für Geschichte
ZK	Zentralkomitee
ZPKK	Zentrale Parteikontrollkommission

## ***E.II Verzeichnis der Tabellen***

Tabelle 1: Historiker an der Auslandswissenschaftlichen Fakultät, WiSe 1944/45 .....	49
Tabelle 2: Historiker an der Philosophischen Fakultät, 1945 .....	50
Tabelle 3: Personalentwicklung Historiker 1946–1948.....	53
Tabelle 4: Institutionelle Struktur 1949 .....	107
Tabelle 5: Institutionelle Struktur 1959 .....	108
Tabelle 6: Personalausbau Professoren.....	110
Tabelle 7: Zahl der Assistenten nach Instituts- bzw. Abteilungsleitern (1952–1968).....	112
Tabelle 8: Mittelbau, Jahrgänge und durchschnittliches Eintrittsalter in den Lehrkörper .....	112
Tabelle 9: Geburtsjahrgänge der Aspiranten und Vertreter des Mittelbaus im Vergleich .....	125
Tabelle 10: Beginn der Aspirantur (nur zur Promotion) und Altersdurchschnitt .....	125
Tabelle 11: Personalbestand Gesamt .....	128
Tabelle 12: Zahl der Assistenten, Dozenten und wissenschaftlichen Mitarbeiter .....	128
Tabelle 13: Promotionen Mittelbau, Berufshistoriker .....	135
Tabelle 14: Habilitationen Mittelbau, Berufshistoriker .....	136
Tabelle 15: Behandelte Zeiträume in Qualifikationsschriften .....	136
Tabelle 16: Fachgebiete.....	137
Tabelle 17: Themenbereiche.....	137
Tabelle 18: Regionen.....	138
Tabelle 19: Promotionsgutachter (Dissertation A) der zukünftigen Berufshistoriker .....	154
Tabelle 20: Die neuen Professoren .....	168
Tabelle 21: Bürgerliche Historiker: Institute und Funktionen .....	169
Tabelle 22: „Doppelstaatsbürger“: Institute und Funktionen.....	176
Tabelle 23: „Antifaschistische Generation“: Institute und Funktionen .....	185
Tabelle 24: Tätigkeiten vor der Zeit an der HU .....	194
Tabelle 25: „Antifaschistische“ Professoren: Funktionen .....	205
Tabelle 26: „Aufbau“-Generation: Institute und Funktionen.....	211
Tabelle 27: Jahrgänge der Professoren .....	218
Tabelle 28: Alter bei Übernahme der Professur an der HU .....	219
Tabelle 29: Beruf des Vaters.....	220
Tabelle 30: Regionale Herkunft.....	221
Tabelle 31: Parteien und Organisationen.....	223
Tabelle 32: Schulbildung .....	225
Tabelle 33: Ausbildung, Beruf, Studium, universitäre Qualifikation .....	227
Tabelle 34: Schulbildung der Professoren .....	229
Tabelle 35: Bildungsweg der Professoren .....	229
Tabelle 36: Art der Professur.....	229
Tabelle 37: Jahre Professur HU .....	230
Tabelle 38: Jahr Ankunft an HU, Jahre HU insgesamt .....	231

## ***E.III Literatur und Quellen***

### **E.III.1 Archivalien**

Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften

- Nachlass Alfred Meusel
- Nachlass Elisabeth Charlotte Welskopf (-Henrich)
- Nachlass Eduard Winter
- Nachlass Heinrich Scheel

Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin

- Philosophische Fakultät nach 1945
- Personalakten
- Promotionen
- Habilitationen (Promotion B)
- Dekanat

Bundesarchiv Berlin

- DR2 (Ministerium für Volksbildung)
- DR3 (Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen)
- SAPMO, DY30 (Abteilung Wissenschaften beim ZK der SED, Büro Hager)

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)

- Zentralarchiv, MfS und diverse

Landesarchiv Berlin

- C-Bestände (Grundorganisation der SED, Humboldt-Universität, Sektion Geschichte bzw. Philosophische Fakultät)

Privatarchiv Eckhard Müller-Mertens

- Eckhard Müller-Mertens, Bestandsaufnahme zu den Gesellschaftssystemen der Gegenwart. Zur Entwicklung seit der industriellen Revolution. Zur Situation in den westlichen Ländern. Zum Gesellschaftssystem in den sozialistischen Ländern, 1963, in: Positionspapiere. Auswahl unveröffentlichter Schriften, zusammengestellt im November 2009.

Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz (Handschriftenabteilung)

- Nachlass Fritz Hartung

### **E.III.2 Gedruckte Quellen**

Alexander Abusch, *Der Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte*, Berlin 1946.

Götz Aly, *Deutschstunde. Opfer soweit das Auge reicht*. Historiker der Humboldt-Universität rücken die eigene Geschichte zurecht / Disziplinierte Ex-Studenten wurden geschnitten, abgedruckt in: Rainer Eckert u. a. (Hg.), *Hure oder Muse? Klio in der DDR. Dokumente des Unabhängigen Historiker-Verbandes*, Berlin 1994, 325–327.

Hans-Joachim Bartmuß, *Die Genesis der Feudalgesellschaft in Deutschland. Bemerkungen zu einigen Hypothesen von E. Müller-Mertens*, in: Eckhard Müller-Mertens (Hg.), *Feudalismus. Entstehung und Wesen*, Berlin 1985, 115–128 (zuerst *ZfG* 13 (1965), 1001–1010).



- Siegfried Büniger, Friedrich Engels und die britische sozialistische Bewegung. 1881–1895, Berlin, 1962.
- Siegfried Baske und Martha Engelbert, Dokumente zur Bildungspolitik in der Sowjetischen Besatzungszone, Bonn, Berlin 1966.
- Werner Berthold, Marxistisches Geschichtsbild – Volksfront und antifaschistisch-demokratische Revolution. Zur Vorgeschichte der Geschichtswissenschaft der DDR und zur Konzeption der Geschichte des deutschen Volkes, Berlin 1970.
- Deutsche Geschichte in zwölf Bänden, hg. vom Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 1985.
- Deutschland – gestern, heute, morgen. Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands. Beschluss des Nationalkongresses in Berlin vom 16./17. Juni 1962, o. O., o. J.
- Die Geschichtswissenschaft an der Humboldt-Universität – Traditionen, Leistungen, Wege. Joachim Streisand zum Gedenken (Beiträge zur Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin, Nr. 6, Teil I) Berlin 1982.
- Dokumentation über das Hochschulrecht in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands, hg. von der westdeutschen Rektorenkonferenz, Göttingen 1955.
- Wolfgang Eggert, Das ostfränkische Reich in der Auffassung seiner Zeitgenossen, phil. Diss. HU Berlin 1969.
- Wolfgang Eggert/Barbara Pätzold, Wir-Gefühl und regnum Saxonum bei frühmittelalterlichen Geschichtsschreibern, Weimar sowie Wien/Köln/Graz 1984.
- Marion Einhorn und Heinz Habedank, Das Programm des Sozialismus und die Aufgaben der Historiker, ZfG 11 (1963), 237–260.
- Ernst Engelberg, Über Gegenstand und Ziel der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft, ZfG 16 (1968), 1128.
- Friedrich Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: Karl Marx/Friedrich Engels, Werke. (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 19, 4. Auflage 1973, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1962, Berlin/DDR.
- Walther Frank (Hg.), Das Reich und Europa, 2. Aufl., Leipzig 1941.
- Günther Franz, Rez. zu Alfred Meusel, Thomas Müntzer und seine Zeit, HZ 177 1954, 543–546.
- Max Frenzel u. a., Gesprengte Fesseln. Ein Bericht über den antifaschistischen Widerstand und die Geschichte der illegalen Parteiorganisation der KPD im Zuchthaus Brandenburg-Görden von 1933 bis 1945, Berlin 1975.
- Dieter Fricke, Das Fernstudium für Diplomhistoriker an der Humboldt-Universität Berlin [Berichte und Bemerkungen], ZfG 3 (1955), 939.
- Horst Gericke, Zur Dialektik von Produktivkraft und Produktionsverhältnis im Feudalismus, in: Müller-Mertens, Feudalismus, 172–191 (zuerst ZfG 14 (1966)), 914–932.
- Horst Gericke, Deutschland von der Mitte des 11. bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts, in: Deutsche Geschichte, Bd.1, Berlin 1967, 227–265 .
- Wilhelm Giesebrecht, Annales Altahenses. Eine Quellenschrift zur Geschichte des elften Jahrhunderts aus Fragmenten und Exzerpten hergestellt, Berlin 1841.
- Wolfgang Girnus, Zur Idee der sozialistischen Hochschule. Rede auf der Rektorenkonferenz zu Berlin am 14. Juni 1957, Berlin 1957.
- Rudi Goguel, Antifaschistischer Widerstand und Klassenkampf. Die faschistische Diktatur 1933 bis 1945 und ihre Gegner. Bibliographie deutschsprachiger Literatur aus den Jahren 1945 bis 1973, Berlin, 1. Aufl., 1.-1.5. Tausend. 1976.
- Conrad Grau, Eduard Winter. 1896 bis 1982, in: Heinz Heitzer und Karl-Heinz Noack (Hg.), Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft. Biographien, Berlin 1989, 358–375.

- Conrad Grau, Eduard Winter als Osteuropahistoriker in Halle und Berlin von 1946 bis 1956, Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte H. 1 (1995), 43–76.
- Kurt Hager, Erinnerungen, Leipzig 1996.
- Fritz Hartung, Die Entwicklung der Menschen- und Bürgerrechte von 1776–1946, Berlin 1948.
- Fritz Hartung, Die europäische Bedeutung der Revolution von 1848, FuF 24 (1948), 25–27.
- Fritz Hartung, L' Etat c'est moi, Historische Zeitschrift 169/ H. 1 (1949), 1–30.
- Horst Haun, Die erste Periodisierungsdiskussion in der Geschichtswissenschaft der DDR, ZfG 27 (1979), 867.
- Horst Haun, Alfred Meusel. 1896–1960, in: Heinz Heitzer / Karl-Heinz Noack (Hg.), Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft. Biographien, Berlin 1989.
- Horst Haun, Der Geschichtsbeschuß der SED 1955. Programmdokument für die „volle Durchsetzung des Marxismus-Leninismus“ in der DDR-Geschichtswissenschaft, Dresden 1996.
- Robert Havemann, Dialektik ohne Dogma? Hamburg 1964.
- Hermann Heimpel, Rez. zu Alfred Meusel, Thomas Müntzer und seine Zeit, GWU 5 (1954), 624f.
- Joachim Herrmann, Zu den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes. Einige Ergebnisse und Probleme der Arbeiten am ersten Band der „Deutschen Geschichte“, in: Eckhard Müller-Mertens (Hg.), Feudalismus. Entstehung und Wesen, Berlin 1985, 283–297 (zuerst ZfG 28 (1980), 823–834).
- Otto Hoetzsch, Die Eingliederung der osteuropäischen Geschichte in die Gesamtgeschichte nach Konzeption, Forschung und Lehre, Pädagogik 1 (1946), 33–42.
- Ernst Hoffmann, Über Tendenzen, die den weiteren Fortschritt unserer Geschichtswissenschaft hemmen, in: Einheit/ H. 9 (1957), 1146ff.
- Ernst Hoffmann, Zur Entwicklung und Rolle der westdeutschen Geschichtsschreibung. Diskussionsgrundlage, ZfG 8 (1960), 1811–1831.
- Ernst Hoffmann, Zur Bedeutung der Beschlüsse der SED über die neueste deutsche Geschichte für die Geschichtswissenschaft, in: BzG 3 (1965), 440–445.
- Ernst Hohl, Das Ende Caracallas. Eine quellenhistorische Studie, Miscellanea Academica Berolinensia 2/ H. 1 (1950), 276–293.
- Ernst Hohl, Um Arminius. Biographie oder Legende?, Berlin 1951.
- Ernst Hohl, Die Siegesfeiern des Tiberius und das Datum der Schlacht im Teutoburger Wald, Berlin 1952.
- Ernst Hohl, Über die Glaubwürdigkeit der Historia Augusta, Berlin 1953.
- Ernst Hohl, Kaiser Commodus und Herodian, Berlin 1954.
- Ernst Hohl, Kleine Schriften. Berlin 1956.
- Anke Huschner, Deutsche Historiker 1946. Aus dem Protokoll der ersten Historiker-Tagung in der deutschen Nachkriegsgeschichte vom 21. bis 23. Mai 1946, ZfG 41 (1993), 884–918.
- Heinz Kamnitzer, Zweijahrplan und Geschichtswissenschaft, Forum 3 (1949), 4–10.
- Heinz Kamnitzer, Zum Vortrag von Theodor Schieder „Das Verhältnis von politischer und gesellschaftlicher Verfassung und die Krise des bürgerlichen Liberalismus“, ZfG 2 (1953), 912.
- Heinz Kamnitzer, Die wirtschaftliche Struktur Deutschlands zur Zeit der Revolution 1848, Berlin o. J.

- Klassenkampf, Tradition, Sozialismus. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik, Grundriß, hg. vom Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 1974.
- Fritz Klein und Joachim Streisand, Beiträge zum neuen Geschichtsbild. Zum 60. Geburtstag von Alfred Meusel, Berlin 1956.
- Fritz Klein, Dokumente aus den Anfangsjahren der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (1953–1957), ZfG 42 (1994), 54ff.
- Fritz Kopp, Die Wendung zur „nationalen“ Geschichtsbetrachtung in der SBZ, München 1955.
- Horst Köpstein, Die Aufgaben des Instituts für Geschichte des deutschen Volkes an der Humboldt-Universität Berlin [!], ZfG 1 (1953), 114–119.
- Jürgen Kuczynski, Parteilichkeit und Objektivität in Geschichte und Geschichtsschreibung, ZfG 5 (1956), 873ff.
- Jürgen Kuczynski, Die Erziehung des J. K. zum Kommunisten und Wissenschaftler, Berlin, 1973.
- Jürgen Kuczynski, Frost nach dem Tauwetter. Mein Historikerstreit, Berlin 1993.
- Jürgen Kuczynski, „Ein linientreuer Dissident“. Memoiren 1945–1989, Berlin 1994.
- Wladimir I. Lenin, Staat und Revolution (1917), zuletzt Hamburg 2012.
- Andreas Malycha (Hg.), Geplante Wissenschaft. Eine Quellenedition zur DDR-Wissenschaftsgeschichte 1945–1961, Leipzig 2003.
- Monika Maron, Stille Zeile Sechs, Frankfurt a. M. 1991.
- Henny Maskolat, Arbeiterbewegung und Berliner Universität in der Periode der Wiedereröffnung 1945/46, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin 15/ H. 4 (1966), 533–541.
- Henny Maskolat, Der Beginn der demokratischen Hochschulreform an der Berliner Universität in der Periode ihrer Wiedereröffnung 1945/46, Berlin 1967.
- Alfred Meusel, Untersuchungen über das Erkenntnisobjekt bei Marx, Kiel 1922.
- Alfred Meusel, Die Abtrünnigen, Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie 3 (1924), 152–169.
- Alfred Meusel, Der Radikalismus, Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie 4 (1925), 44–68.
- Alfred Meusel, Vom „Sinn“ der sozialen Bewegungen, Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie 5 (1926), 13–34.
- Alfred Meusel, List und Marx. Eine vergleichende Betrachtung, Jena 1928.
- Alfred Meusel, Zur Problematik der politischen und sozialen Demokratie, Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie 7 (1928), 143–156.
- Alfred Meusel, Das Bürgertum, in: Alfred Vierkandt (Hg.), Handwörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1931.
- Alfred Meusel, Karl Marx, in: Fritz Karl (Hg.), Gründer der Soziologie, Jena 1932.
- Alfred Meusel, Der klassische Sozialismus. In: Götz Briefs (Hg.), Die Wandlungen der Wirtschaft im kapitalistischen Zeitalter, Berlin 1932.
- Alfred Meusel, Intelligenz und Volk, Berlin 1947.
- Alfred Meusel, Die Sowjetunion, der Krieg und der Frieden, FuF 21 (1947), 228f.
- Alfred Meusel, Kampf um die nationale Einheit in Deutschland, Berlin 1947.
- Alfred Meusel, Geschichtswissenschaft und Marxismus. Referat auf der Tagung des SED-Hochschulausschusses am 14. September 1947, in: Andreas Malycha (Hg.), Geplante

- Wissenschaft, Eine Quellenedition zur DDR-Wissenschaftsgeschichte 1945–1961, Leipzig 2003, 190–198.
- Alfred Meusel, Die deutsche Revolution von 1848. Mit einem Nachwort von Felix Albin [d. i. Kurt Hager], Berlin 1948.
- Alfred Meusel, Thomas Müntzer und seine Zeit. Mit einer Auswahl der Dokumente des großen deutschen Bauernkrieges, herausgeben von Heinz Kamnitzer, Berlin 1952.
- Alfred Meusel, Die wissenschaftliche Auffassung der deutschen Geschichte, in: Wissenschaftliche Annalen zur Verbreitung neuer Forschungsergebnisse 1 (1952), 397–407.
- Walther Mohrmann, Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin von 1945 bis zur Gegenwart: ein Überblick, Berlin 1980.
- Eckhard Müller-Mertens, Zur Periodisierung und zu einigen Fragen der deutschen Geschichte im Feudalismus, ZfG 2 (1954) 1954, 239–256.
- Eckhard Müller-Mertens, Untersuchungen zur Geschichte der brandenburgischen Städte im Mittelalter, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin 6/ H. 1 (1956), 1–58.
- Eckhard Müller-Mertens, Bestandsaufnahme zu den Gesellschaftssystemen der Gegenwart, unveröff. MS, Berlin 1963.
- Eckhard Müller-Mertens, Vom Regnum teutonicum zum Heiligen Römischen Reich deutscher Nation, ZfG 11 (1963), 319.
- Eckhard Müller-Mertens, Karl der Große, Ludwig der Fromme und die Freien. Wer waren die liberi homines der karolingischen Kapitularien (742/743–832); ein Beitrag zur Sozialgeschichte und Sozialpolitik des Frankenreiches, Berlin 1963.
- Eckhard Müller-Mertens, Die Genesis der Feudalgesellschaft im Lichte schriftlicher Quellen. Fragen des Historikers an den Archäologen, ZfG 12 (1964), 1384–1402.
- Eckhard Müller-Mertens, Fritz Rörig, das Landbuch Karls IV. und das märkische Lehnshöflichkeit, in: Evamaria Engel und Benedykt Zientara, Feudalstrukturen und Fernhandel im spätmittelalterlichen Brandenburg, Weimar 1967, 1–28.
- Eckhard Müller-Mertens, Die Reichsstruktur im Spiegel der Herrschaftspraxis Ottos des Großen. Mit historiographischen Prolegomena zur Frage Feudalstaat auf deutschem Boden, seit wann deutscher Feudalstaat?, Berlin 1980.
- Eckhard Müller-Mertens, Bürgerlich-städtische Autonomie in der Feudalgesellschaft. Begriff und geschichtliche Bedeutung, ZfG 29 (1981), 205–225.
- Eckhard Müller-Mertens (Hg.), Feudalismus. Entstehung und Wesen, Berlin 1985.
- Eckhard Müller-Mertens, Feudalismusdiskussion, in: ders. (Hg.), Feudalismus. Entstehung und Wesen, Berlin 1985, 16f.
- Müller-Mertens, Zur Feudalentwicklung im Okzident und zur Definition des Feudalverhältnisses, in: ders., Feudalismus. Entstehung und Wesen. Berlin 1985, 148–171 (zuerst ZfG 14 (1966), 52–73).
- Eckhard Müller-Mertens, Politische Wende und deutsche Einheit. Fixierung und Reflexion der Ereignisse in der DDR 1989/1990, Berlin 1997.
- Eckhard Müller-Mertens, Bürgerlichkeit – Marxismus – Autonome Konzeption. Wege in eine eigene Theorie von Geschichte, Berichte und Abhandlungen 7 (1999), 221–236.
- Eckhard Müller-Mertens, Existenz zwischen den Fronten. Analytische Memoiren oder Report zur Weltanschauung und geistig-politischen Einstellung; unveröffentlichtes MS, Privatarchiv Müller-Mertens 1995–1997 (inzwischen publiziert: Leipzig 2011).
- Eckhard Müller-Mertens /Heidlore Böcker, Konzeptionelle Ansätze der Hanse-Historiographie, Trier 2003.

- Ernst Niekisch, *Deutsche Daseinsverfehlung*, Berlin 1946.
- Ernst Niekisch, *Der Weg zur Souveränität*, *Aufbau* 5/ H. 1 (1949), 3–8.
- Ernst Niekisch, *Ost-West-Gespräch*, Berlin 1950.
- Ernst Niekisch, *Europäische Bilanz*, Potsdam 1951.
- Ernst Niekisch, *Ost und West. Unsystematische Betrachtungen*, Hamburg 1963.
- Ernst Niekisch, *Die Legende von der Weimarer Republik*, Köln 1968.
- Ernst Niekisch, *Erinnerungen eines deutschen Revolutionärs*, Köln 1974.
- Ernst Niekisch, *Gegen den Strom. 1945–1967*, Köln 1974.
- Albert Norden, *Lehren deutscher Geschichte. Zur politischen Rolle des Finanzkapitals und der Junker*, Berlin 1947.
- Karl Obermann, *Die deutschen Arbeiter in der Revolution von 1848*, Berlin<sup>2</sup> 1953.
- Karl Obermann, *Deutschland 1815–1849. Von der Gründung des Deutschen Bundes bis zur bürgerlich-demokratischen Revolution*, Berlin 1961.
- Karl Obermann, *Exil Paris. Im Kampf gegen Kultur- und Bildungsabbau im faschistischen Deutschland 1933–1939*, Berlin 1983.
- Erich Paterna, *Da stunden die Bergkleute auff. Die Klassenkämpfe der mansfeldischen Bergarbeiter im 16. und 17. Jahrhundert und ihre ökonomischen und sozialen Ursachen*, 2 Bände, Berlin 1960.
- Erich Paterna u. a., *Deutschland 1933–1939. Von der Machtübertragung an den Faschismus bis zur Entfesselung des zweiten Weltkrieges*, Berlin 1969.
- Barbara Pätzold, *Die Auffassung des ostfränkisch-deutschen Reiches als „regnum Saxonum“ in Quellen des 10. Jahrhunderts*, phil. Diss. HU Berlin 1981.
- Kurt Pätzold, *Der Zeiss-Konzern in der Weltwirtschaftskrise. (1929–1933)*, Jena 1962.
- Kurt Pätzold, *Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung. Eine Studie zur politischen Strategie und Taktik des faschistischen deutschen Imperialismus (1933–1935)*, Berlin 1975.
- Kurt Pätzold, *Der Zeiss-Konzern in der Weltwirtschaftskrise. (1929–1933)*, Jena 1962. Kurt Pätzold, *Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung. Eine Studie zur politischen Strategie und Taktik des faschistischen deutschen Imperialismus (1933–1935)*, Berlin 1975.
- Kurt Pätzold, *Von der Vertreibung zum Genozid. Zu den Ursachen, Triebkräften und Bedingungen der antijüdischen Politik des faschistischen deutschen Imperialismus*, in: Dietrich Eichholtz, Kurt Gossweiler (Hg.): *Faschismusforschung. Positionen, Probleme, Polemik*, Berlin 1980.
- Kurt Pätzold, *Rassismus und Antisemitismus in der Kriegsideologie des Faschistischen Deutschen Reiches, 1939–1941*, *La propagande pendant la Deuxième Guerre Mondiale* 1980, 281–308.
- Kurt Pätzold, *Geschichte der NSDAP 1920–1945. Mit 52 Abbildungen und 1 Karte*, Köln 1981.
- Kurt Pätzold, *Hakenkreuz und Totenkopf. Die Partei des Verbrechens*, Berlin 1981.
- Kurt Pätzold, *Der historische Platz des antijüdischen Pogroms von 1938. Zu einer Kontroverse*, *Jahrbuch für Geschichte* 26 (1982), 194–216.
- Kurt Pätzold, *Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 bis 1942*, Leipzig, 1. Aufl. 1983.

- Kurt Pätzold, Von Verlorenem, Gewonnenem und Erstrebtem oder: Wohin der „neue Revisionismus“ steuert, *Blätter für deutsche und internationale Politik* 31/ H. 12 (1986), 1452–1463.
- Kurt Pätzold, Wo der Weg nach Auschwitz begann, *Blätter für deutsche und internationale Politik*/ H. 2 (1987), 160ff.
- Kurt Pätzold, Erich Paterna. 1897–1982, in: Heinz Heitzer und Karl-Heinz Noack (Hg.), *Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft. Biographien*, Berlin 1989, 182–202.
- Siegfried Pietschmann, Reichs- und Herrscherbeziehungen in frühmittelalterlichen Privaturkunden bis 1122, *phil. Dipl. HU Berlin* 1965.
- Siegfried Prokop, Karl Bittel als Publizist und Zeithistoriker in Berlin. 1949 bis Anfang der 60er Jahre, in: N. N. (Hg.), *Helsinki* 1975. Genutzte Möglichkeiten und verpaßte Chancen, Berlin 2000, 57–61.
- Siegfried Prokop und Siegfried Schwarz (Hg.), *Zeitgeschichtsforschung in der DDR. Walter Bartel (1904–1992); ein bedrohtes Leben. Beiträge zum 100. Geburtstag von Walter Bartel*, Schkeuditz 2005.
- Barbara Reichelt, Reichs- und Herrscherbezeichnungen in frühmittelalterlichen Privaturkunden des bayrischen [!] Gebietes, *phil. Dipl. HU Berlin* 1965.
- Richtlinien für den Unterricht in deutscher Geschichte. Ausgearbeitet von einer Gruppe demokratischer Lehrer im Auftrage der Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone, 3 Teile, Berlin/Leipzig 1946.
- Fritz Rörig, *Geschichte und Gegenwart. Eine Aufsatzfolge aus der „Täglichen Rundschau“*, Berlin 1946.
- Fritz Rörig, *Geblütsrecht und freie Wahl in ihrer Auswirkung auf die deutsche Geschichte. Untersuchungen zur Geschichte der deutschen Königserhebung (911–1198)*, Berlin 1948.
- Fritz Rörig, *Die Kaiserpolitik Ottos des Großen. Gedanken zu dem gleichnamigen Buche Martin Lintzels*, in: FS Edmund Stengel, Münster 1952, 203–222.
- Günter Rosenfeld, *Sowjetrußland und Deutschland 1917–1922*, Berlin 1960.
- Rolf Rudolph, *Siebenjahrplan und Geschichtswissenschaft*, *ZfG* 7 (1959), 1474ff.
- Heinrich Scheel, *Süddeutsche Jakobiner. Klassenkämpfe und republikanische Bestrebungen im deutschen Süden Ende des 18. Jh.*, Berlin 1962.
- Heinrich Scheel, *Vom Leiter der Berliner Schulfarm Scharfenberg zum Historiker des deutschen Jakobinismus. Autobiographische Aufzeichnungen*, Velten 1996.
- Gerhard Schilfert, *Sieg und Niederlage des demokratischen Wahlrechts in der deutschen Revolution 1848/49*, Berlin 1952.
- Gerhard Schilfert, *Die Chartistenbewegung. Über die Anfänge der internationalen Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert in England*, Leipzig 1956.
- Gerhard Schilfert, *Deutschland von 1648 bis 1789. Vom Westfälischen Frieden bis zum Ausbruch der Franz. Revolution*, Berlin 1959.
- Gerhard Schilfert, *Die Behandlung der Volksmassen und ihrer Führer durch Leopold von Ranke*, in: Joachim Streisand (Hg.), *Studien über die deutsche Geschichtswissenschaft*, Berlin 1963/1965 Bd. 2, 241–270.
- Walter Schmidt, *Die DDR-Geschichtswissenschaft in den fünfziger Jahren. Ihre Konstituierung als sozialistische deutsche Geschichtswissenschaft*, in: Alfred Anderle (Hg.), *Entwicklungsprobleme der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft in der UdSSR und in der DDR*, Halle (Saale) 1983, 32–72.
- Horst Schützler, *Entwicklung und Arbeit des Bereichs Geschichte der UdSSR und des sozialistischen Weltsystems*, in: *Die Geschichtswissenschaft an der Humboldt-*

- Universität – Traditionen, Leistungen, Wege. Joachim Streisand zum Gedenken (=Beiträge zur Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin, Nr. 6, Teil I) Berlin 1982, 46–55.
- Max Steinmetz, Rez. zu: Alfred Meuel, Thomas Müntzer und seine Zeit, ZfG 6 (1953), 968–978.
- Leo Stern, Gegenwartsaufgaben der Geschichtswissenschaft in der Deutschen Demokratischen Republik, ZfG 3 (1957), S 449ff.
- Leo Stern, Disposition des Hochschullehrbuchs der Geschichte des deutschen Volkes, Bd. 1 (bis 1400), in: Eckhard Müller-Mertens, (Hg.), Feudalismus. Entstehung und Wesen, Berlin 1985, 49–51.
- Helmuth Stoecker, Die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und China 1861–1885, o. O. 1956.
- Helmuth Stoecker, Socialism with Deficits. An Academic Life in the German Democratic Republic, Münster, Hamburg 2000.
- Joachim Streisand, Kategorien und Perspektiven der Geschichte. Anlässlich einiger Neuerscheinungen der Geschichtsphilosophie, ZfG 4 (1956), 889–898.
- Joachim Streisand, Brief an die Redaktion der ZfG, ZfG 6 (1958), 619–621.
- Joachim Streisand, Deutschland von 1789 bis 1815. Von der Französischen Revolution bis zu den Befreiungskriegen und dem Wiener Kongress (Lehrbuch der deutschen Geschichte; Bd. 5, Berlin 1959).
- Joachim Streisand, Geschichtliches Denken von der deutschen Frühaufklärung bis zur Klassik, Berlin 1964.
- Joachim Streisand (Hg.), Studien über die deutsche Geschichtswissenschaft, 2 Bde., Berlin 1963/1965.
- Joachim Streisand, Geschichtliches Denken von der deutschen Frühaufklärung bis zur Klassik, Berlin 1964.
- Joachim Streisand, Geschichtsbild, Geschichtsbewußtsein. Ihre Wechselbeziehungen und ihre Bedeutung für die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins, ZfG 15 (1967), 822–834.
- Joachim Streisand, Geschichtsforschung und Geschichtsschreibung auf dem Weg zur sozialistischen Menschengemeinschaft, ZfG 17 (1969), 1521–1532.
- Joachim Streisand, Alfred Meusels Weg vom bürgerlich-demokratischen Soziologen zum marxistisch-leninistischen Historiker, ZfG 9 (1975), 1021–1031.
- Joachim Streisand, Die Geschichte im geistig-kulturellen Leben der DDR, ZfG 26 (1978), 198–208.
- Joachim Streisand, Deutsche Geschichte in einem Band. Ein Überblick, Berlin 1968.
- Joachim Streisand, Kulturgeschichte der DDR. Studien zu ihren historischen Grundlagen und ihren Entwicklungsetappen, Köln 1981.
- Albrecht Timm, Das Fach Geschichte in Forschung und Lehre in der Sowjetischen Besatzungszone von 1945 bis 1955, Bonn 1957.
- Albrecht Timm, Zur Wissenschaftsgeschichte. Mein Weg und mein Wollen, Sankt Augustin 1975.
- Bernhard Töpfer, Volk und Kirche zur Zeit der beginnenden Gottesfriedensbewegung in Frankreich, Berlin 1957.
- Bernhard Töpfer, Das kommende Reich des Friedens. Zur Entwicklung chiliastischer Zukunftshoffnungen im Hochmittelalter, Berlin 1964.

- Bernhard Töpfer, Zu einigen Grundfragen des Feudalismus, in: Eckhard Müller-Mertens (Hg.), Feudalismus. Entstehung und Wesen, Berlin 1985, 88–114 (zuerst ZfG 13 (1965)).
- Bernhard Töpfer/Evamaria Engel, Vom staufischen Imperium zum Hausmachtkönigtum. Deutsche Geschichte vom Wormser Konkordat 1122 bis zur Doppelwahl von 1314, Weimar 1976.
- Walter Ulbricht, Die Legende vom „deutschen Sozialismus“. Ein Lehrbuch für das schaffende Volk über das Wesen des deutschen Faschismus, Berlin 1946.
- Klaus Vetter, Die Mediatstädte des ehemaligen kurmärkischen Kreises Lebus im 17. und 18. Jahrhundert. Untersuchungen zur Verfassung, Wirtschaft und Sozialstruktur, Berlin 1967.
- Fritz Vigener, Bezeichnungen für Volk und Land der Deutschen vom 10. bis zum 13. Jahrhundert, Heidelberg 1901.
- Günter Vogler, Max Lehmann, in: Joachim Streisand (Hg.), Studien über die deutsche Geschichtswissenschaft, Berlin 1963/1965 Bd. 2, 57–98.
- Günter Vogler/Klaus Vetter, Preußen. Von den Anfängen bis zur Reichsgründung, Berlin 1970.
- Günter Vogler, Marx, Engels und die Konzeption einer frühbürgerlichen Revolution in Deutschland, in: Rainer Wohlfeil (Hg.), Reformation oder frühbürgerliche Revolution? München 1972, 187–204.
- Günter Vogler, Nürnberg. 1524/25. Studien zur Geschichte der reformatorischen und sozialen Bewegung in der Reichsstadt, Berlin 1982.
- Elisabeth Charlotte Welskopf: Die Produktionsverhältnisse im Alten Orient und in der griechisch-römischen Antike, Berlin 1957.
- Elisabeth Ch. Welskopf, Die wissenschaftliche Aufgabe des Althistorikers, Sitzungsberichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Klasse für Philosophie, Geschichte, Staats-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, 2, Berlin 1965.
- Eduard Winter, Halle als Ausgangspunkt der Deutschen Russlandkunde im 18. Jahrdt., Berlin 1953.
- Eduard Winter, Die Pflege der west- und südslavischen Sprachen in Halle im 18. Jahrhundert. Beiträge zur Geschichte des bürgerlichen Nationwerdens der west- und südslavischen Völker, Berlin 1954.
- Eduard Winter, Die tschechische und slowakische Emigration in Deutschland im 17. und 18. Jahrhundert. Beiträge zur Geschichte der hussitischen Tradition, Berlin 1955.
- Eduard Winter, Die Geschichte der slavischen Völker, Berlin 1957.
- Eduard Winter, Russland und das Papsttum, Berlin 1960.
- Eduard Winter, Von der Christianisierung bis zu den Anfängen der Aufklärung, Berlin 1960.
- Eduard Winter, Von der Aufklärung bis zur großen sozialistischen Oktoberrevolution 1961.
- Eduard Winter, Frühhumanismus. Seine Entwicklung in Böhmen und deren europäische Bedeutung für die Kirchenreformbestrebungen im 14. Jahrhundert, Berlin 1964.
- Eduard Winter, Frühaufklärung. Der Kampf gegen den Konfessionalismus in Mittel- und Osteuropa und die deutsch-slawische Begegnung, Berlin 1966.
- Eduard Winter, Frühliberalismus in der Donaumonarchie. Religiöse, nationale und wissenschaftliche Strömungen von 1790–1868, Berlin 1968.
- Eduard Winter, Die Sowjetunion und der Vatikan, Berlin 1972.
- Eduard Winter, Mein Leben im Dienst des Völkerverständnisses. Nach Tagebuchaufzeichn., Briefen, Dokumenten u. Erinnerungen. Bd.1, Berlin 1981.



Eduard Winter, Erinnerungen (1945–1976), Unter Mitarbeit von Gerhard Oberkofler,  
Frankfurt am Main 1994.

### **E.III.3      Wissenschaftliche Literatur**

- Ursula Adam, Rückkehr nach Berlin. Aus dem britischen Exil zur Teilnahme am antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau (Dokumentation), in: Jahrbuch für Geschichte 35 (1987), 448f.
- Thomas Ahbe, Deutsche Generationen nach 1945, APuZ H. 3 (2007), 38–46.
- Thomas Ahbe und Rainer Gries, Die Generationen der DDR und Ostdeutschlands. Ein Überblick, Berliner Debatte Initial 17/ H. 4 (2006), 90–109.
- Thomas Ahbe und Rainer Gries, Geschichte der Generationen in der DDR und in Ostdeutschland. Ein Panorama, Erfurt 2007.
- Mitchell G. Ash, Verordnete Umbrüche, konstruierte Kontinuitäten. Zur Entnazifizierung von Wissenschaftlern und Wissenschaften nach 1945, ZfG 43 (1995), 903–923.
- Mitchell G. Ash, Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander, in: Rüdiger vom Bruch und Brigitte Kaderas (Hg.), Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2002, 32–51.
- Mitchell G. Ash, Wissenschaftswandlungen und politische Umbrüche im 20. Jahrhundert. Was hatten sie miteinander zu tun?, in: Rüdiger vom Bruch und Brigitte Kaderas (Hg.), Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der Wissenschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts (2006), 19–37.
- Jörg Baberowski, Der rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus, München 2003.
- Walter Bartel, Deutschland in der Zeit der faschistischen Diktatur 1933–1945, Berlin 1956.
- Arnd Bauerkämper, Die Sozialgeschichte der DDR, München 2005.
- Iris Berndt, Frithjof Sielaff (1918–1996), in: Iris Berndt und u. a. (Hg.), Das Frühe und Hohe Mittelalter. Quellenkritische Beobachtungen, Köln, Weimar 2001, 1–98.
- Wolf Biermann, „Wolfgang Heise: Mein DDR-Voltaire“, [http://www.wolf-biermann.de/von\\_biermann](http://www.wolf-biermann.de/von_biermann) 28. 05. 2015.
- Karlheinz Blaschke, Die Rezeption der westlichen Geistes- und Sozialwissenschaften in der DDR und die Wahrnehmung der westdeutschen und ausländischen DDR-Forschung, in: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, hg. vom Deutschen Bundestag, Bd. IV/2: Bildung, Wissenschaft, Kultur, Frankfurt a. M. 1999, 959–1012.
- Michael Borgolte, Staatsideologie und Forschergeist. Die Produktivität der Mittelalterhistorie unter marxistischer Dominanz. Mit einem Ausblick auf die Zeit nach der „Wende“, in: Konrad H. Jarausch u. a. (Hg.), Sozialistisches Experiment und Erneuerung der Demokratie – Die Humboldt-Universität zu Berlin 1945–2010, Berlin 2012, 375–388.
- Michael Borgolte (Hg.), Mittelalterforschung nach der Wende 1989, München 1995.
- Michael Borgolte, Eine Generation marxistische Mittelalterforschung in Deutschland. Erbe und Tradition aus der Sicht eines Neuhumboldtianers, in: ders. (Hg.), Mittelalterforschung nach der Wende 1989, München 1995, 3–26.
- Michael Borgolte, Sozialgeschichte des Mittelalters. Eine Forschungsbilanz nach der deutschen Einheit, München 1996.
- Ulrike Bresch und Gert Noack, „Freiheit im Sozialismus“. Ein Streitgespräch an der Humboldt-Universität zu Berlin 1963, ZfG 41 (1993), 605–621.
- Jan Herman Brinks, Die DDR-Geschichtswissenschaft auf dem Weg zur deutschen Einheit. Luther, Friedrich II. und Bismarck als Paradigmen politischen Wandels, Frankfurt a. M. und New York 1992.

- Rüdiger vom Bruch, Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin. Vom Modell „Humboldt“ zur Humboldt-Universität 1810–1949, in: *Stätten des Geistes*, Köln 1999, 257–278.
- Karl Christ, *Römische Geschichte und deutsche Geschichtswissenschaft*, München 1982.
- Karl Christ, Zur Entwicklung der Alten Geschichte in der DDR, in: Alexander Fischer und Günther Heydemann (Hg.), *Geschichtswissenschaft in der DDR*, 2 Bände, Berlin 1988/1990, 59–80.
- Christian Christ-Thilo, Die Etablierung der Wirtschaftsgeschichte als eine marxistisch-leninistische Gesellschaftswissenschaft an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Berliner Universität durch Jürgen Kuczynski (1946–1956), *Beiträge zur Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin* 10 (1984), 9–56.
- Jürgen Danyel, Antifaschismus als Geschichtswissenschaft. Programmatischer Anspruch, Wissenschaftsmentalität und selbstverschuldete Unmündigkeit der ostdeutschen Zeitgeschichtsschreibung zum Nationalsozialismus, in: Claudia Keller (Hg.), *Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag. Antifaschismus, Geschichte und Neubewertung*, Berlin 1996, 203–219.
- Jürgen Danyel, Die unbescholtene Macht. Zum antifaschistischen Selbstverständnis der ostdeutschen Eliten, in: Peter Hübner (Hg.), *Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR*, Köln, Weimar, Wien 1999, 67–85.
- Teresa Dapp, *Kommunistische Milieus in der Weimarer Republik. Ein Forschungsbericht*, MS, Berlin 2010.
- Marko Demantowsky, *Die Geschichtsmethodik in der SBZ und DDR. Ihre konzeptuelle, institutionelle und personelle Konstituierung als akademische Disziplin 1945–1970*, Idstein 2003.
- Veit Didczuneit, *Geschichtswissenschaft an der Universität Leipzig. Zur Entwicklung des Faches Geschichte von der Hochschulreform bis zur „sozialistischen Umgestaltung“ 1958*, Phil. Diss., Leipzig 1993.
- Veit Didczuneit u. a., *Geschichtswissenschaft in Leipzig*. Heinrich Sproemberg, Leipzig 1994.
- Gerd Dietrich, *Karrieren im Schnellverfahren: die HJ-Generation in der frühen DDR*, HSO 6/ H. 2 (1996), 25–34.
- Gerd Dietrich, Rez. zu: Martin Sabrow: *Das Diktat des Konsenses, Geschichtswissenschaft in der DDR 1949–1969*, München 2001, in: *H-Soz-u-Kult*, 10.03.2002, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/ZG-2002-037>.
- Andreas Dorpalen, *History in Marxist Perspective. The East German Approach*, London 1985.
- Joseph E. Drexel, *Der Fall Niekisch. Eine Dokumentation*, Köln 1964.
- Gabriela Ann Eakin-Thimme, *Geschichte im Exil. Deutschsprachige Historiker nach 1933*, München 2005.
- Stefan Ebenfeld, *Geschichte nach Plan? Die Instrumentalisierung der Geschichtswissenschaft in der DDR am Beispiel des Museums für Deutsche Geschichte in Berlin (1950 bis 1955)*, Marburg 2001.
- Rainer Eckert, *Die Berliner Humboldt-Universität und das Ministerium für Staatssicherheit*, DA 26 (1993), 770–785.
- Rainer Eckert, *Die Humboldt-Universität im Netz des MfS*, in: Dieter Voigt und Lothar Mertens (Hg.), *DDR-Wissenschaft im Zwiespalt zwischen Forschung und Staatssicherheit*, Berlin 1995, 169–189.
- Rainer Eckert, *Wissenschaft mit den Augen der Staatssicherheit. Die Hauptabteilung XVIII/5 des Ministeriums für Staatssicherheit in den Jahren vor der Herbstrevolution von 1989*, in: Gustavo Corni (Hg.), *Die Mauern der Geschichte. Historiographie in Europa zwischen Diktatur und Demokratie*, Leipzig 1996, 138–158.

- Rainer Eckert, Die Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit an den Hochschulen der DDR an den Beispielen der Humboldt-Universität zu Berlin und der Universität Rostock, in: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der Deutschen Einheit“ 1999, 1013–1070.
- Rainer Eckert u. a., „Klassengegner gelungen einzudringen...“. Fallstudie zur Anatomie politischer Verfolgungskampagnen am Beispiel der Sektion Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin in den Jahren 1968 bis 1972, Jahrbuch für historische Kommunismusforschung (1993), 197–225.
- Rainer Eckert u. a. (Hg.), Hure oder Muse? Klio in der DDR. Dokumente und Materialien des Unabhängigen Historiker-Verbandes, Berlin 1994.
- Wolfgang Engler, Die kleine Freiheit. Leben und Überleben in Ostdeutschland, Kursbuch/ H. 115 (1994), 22–40.
- Wolfgang Engler, Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land, Berlin 2000.
- Siegfried Epperlein, Zur Mittelalterforschung in der DDR – eine Reminiszenz, in: Michael Borgolte (Hg.), Mittelalterforschung nach der Wende 1989, München 1995, 43–74.
- Catherine Epstein, The Last Revolutionaries. German Communists and Their Century, Cambridge, Mass. 2003.
- Bernd Faulenbach, Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München 1980.
- Alexander Fischer und Günther Heydemann (Hg.), Geschichtswissenschaft in der DDR, 2 Bde., Berlin 1988/90.
- Alexander Fischer und Günther Heydemann, Weg und Wandel der Geschichtswissenschaft und des Geschichtsverständnisses in der SBZ/DDR seit 1945, in: dies (Hg.), Geschichtswissenschaft in der DDR. Bd.1, Berlin 1988.
- Sören Flachowsky, Neubeginn und Wiederaufbau. Der Wissenschaftsorganisator Johannes Stroux an der Berliner Universität 1945–1947, Jahrbuch für Universitätsgeschichte 7 (2004), 191–214.
- Bernd Florath, Zur Diskussion um die asiatische Produktionsweise, in: Isolde Stark (Hg.), Elisabeth Charlotte Welskopf und die Alte Geschichte in der DDR, Stuttgart 2005, 184–200.
- Konrad Fuchs, Art. Timm, Albrecht, in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Bd. XVIII (2001), Sp. 1388–1395, [http://www.bautz.de/bbkl/t/timm\\_a.shtml](http://www.bautz.de/bbkl/t/timm_a.shtml) (11. 08. 2010).
- Mary Fulbrook, Generationen und Kohorten in der DDR. Protagonisten und Widersacher des DDR-Systems aus der Perspektive biographischer Daten, in: Annegret Schüle u. a. (Hg.), Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive. Eine Inventur, Leipzig 2006, 113–130.
- Mary Fulbrook, Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR, aus dem Englischen von Karl Nicolai, Darmstadt 2008.
- Alexander Gallus, Biographik und Zeitgeschichte, APuZ 55/ H. 1/2 (2005), 40–46.
- Hans-Jürgen Goertz, Umgang mit Geschichte. Eine Einführung in die Geschichtstheorie, Reinbek bei Hamburg 1995.
- Olaf Groehler, Der Holocaust in der Geschichtsschreibung der DDR, in: Ulrich Herbert und Olaf Groehler (Hg.), Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten, Hamburg 1992, 41–66.
- Ingo Haar und Eduard Winter, „Sudetendeutsche“ Sprachinselforschung zwischen Volksgruppen-Bildung und Münchener Abkommen. Eduard Winter, Eugen Lemberg und die Nationalisierung und Radikalisierung des deutsch-katholischen Wissenschaftsmilieus in Prag (1918–1938), in: Hans Henning Hahn (Hg.), Hundert Jahre sudetendeutsche Geschichte (2007), 207–242.

- Saskia Handro, Geschichtsunterricht und historisch-politische Sozialisation in der SBZ und DDR. (1945–1961) Eine Studie zur Region Sachsen-Anhalt, Weinheim 2002.
- Reimer Hansen und Wolfgang Ribbe (Hg.), Geschichtswissenschaft in Berlin im 19. und 20. Jahrhundert: Persönlichkeiten und Institutionen, Berlin und New York 1992.
- Reimer Hansen, Von der Friedrich-Wilhelms- zur Humboldt-Universität zu Berlin, in: Konrad H. Jarausch u. a. (Hg.), Sozialistisches Experiment und Erneuerung der Demokratie – Die Humboldt-Universität zu Berlin 1945–2010, Berlin 2012, 17–123.
- Levke Harders und Veronika Lipphardt: Kollektivbiografie in der Wissenschaftsgeschichte als qualitative und problemorientierte Methode, in: *Traverse* 2 (2006), 81–91.
- Wolfgang Hardtwig, Konzeption und Begriff der Forschung in der deutschen Historie des 19. Jahrhunderts, in: Alwin Diemer (Hg.), *Konzeption und Begriff der Forschung in den Wissenschaften des 19. Jahrhunderts*, Meisenheim am Glan 1978, 11–26.
- Wolfgang Hardtwig, Geschichtsstudium, Geschichtswissenschaft und Geschichtstheorie in Deutschland von der Aufklärung bis zur Gegenwart, in: ders., *Geschichtskultur und Wissenschaft*, München 1990, 13–57.
- Wolfgang Hardtwig, Die Verwissenschaftlichung der Geschichtsschreibung zwischen Aufklärung und Historismus, in: ders., *Geschichtskultur und Wissenschaft*, München 1990, 58–91.
- Wolfgang Hardtwig, Von Preußens Aufgabe in Deutschland zu Deutschlands Aufgabe in der Welt. Liberalismus und borussianisches Geschichtsbild zwischen Revolution und Imperialismus, in: ders., *Geschichtskultur und Wissenschaft*, München 1990, 103–160.
- Wolfgang Hardtwig, Geschichtsreligion – Wissenschaft als Arbeit – Objektivität: Der Historismus in neuer Sicht, in: ders. (Hg.) *Hochkultur des bürgerlichen Zeitalters*, Göttingen 2005, 51–76.
- Wolfgang Hardtwig und Alexander Thomas, Forschung und Parteilichkeit. Die Neuzeithistorie an der Berliner Universität nach 1945, in: Heinz-Elmar Tenorth (Hg.), *Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010: Praxis ihrer Disziplinen*. Band 6: Selbstbehauptung einer Vision, Berlin 2010.
- Peter Hassel, Marxistische Formationstheorie und der Untergang Westroms, in: Alexander Fischer und Günther Heydemann (Hg.), *Geschichtswissenschaft in der DDR*, 2 Bände, Berlin 1988/1990, 81–98.
- Frank-Rutger Hausmann, „Deutsche Geisteswissenschaft“ im Zweiten Weltkrieg. Die „Aktion Ritterbusch“ (1940–1945), Dresden 1998.
- Helmut Heiber, *Walter Frank und sein Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands*, Stuttgart 1966.
- Ulrich Herbert, Der Historikerstreit. Politische, wissenschaftliche, biographische Aspekte, in: Martin Sabrow u. a. (Hg.), *Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945*, München, Orig.-Ausg. 2003, 94–113.
- Jeffrey Herf, *Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland*, Berlin 1998.
- Guntolf Herzberg, *Anpassung und Aufbegehren. Die Intelligenz der DDR in den Krisenjahren 1956/58*, Berlin 2006.
- Günther Heydemann, *Geschichtswissenschaft im geteilten Deutschland. Entwicklung, Organisationsstruktur, Funktionen, Theorie- und Methodenprobleme in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR*, Frankfurt a. M. 1980.
- Günther Heydemann, „Die andere deutsche Klio“. *Geschichtswissenschaft in der DDR und deutsche Geschichte*: in: Landeszentrale für politische Bildung [Düsseldorf] (Hg.), *Streitfall Deutsche Geschichte. Geschichts- und Gegenwartsbewußtsein in den 80er Jahren*, Essen 1988, 209–224.

- Gerhard Hirschfeld, Exil in Großbritannien. Zur Emigration aus dem nationalsozialistischen Deutschland, Stuttgart 1983.
- Walther Hofer, Geschichtsschreibung als Instrument totalitärer Politik, in: ders. (Hg.), Wissenschaft im totalen Staat, München 1964, 198–227.
- Peter Hoffmann, In der hinteren Reihe. Aus dem Leben eines Osteuropa-Historikers in der DDR, Berlin 2006.
- Uwe Hossfeld, Tobias Kaiser, u. a. (Hg.), Hochschule im Sozialismus. Studien zur Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena (1945–1990), 2 Bände, Köln 2007.
- Michael Hubenstorf/Peter Th. Walther, Politische Bedingungen und allgemeine Veränderungen des Berliner Wissenschaftsbetriebes 1925–1950, in: Wolfram Fischer u. a. (Hg.), Exodus von Wissenschaften aus Berlin. Fragestellungen, Ergebnisse, Desiderate, Entwicklungen vor und nach 1933, Berlin 1994, 5–100.
- Kurt A. Huber, Eduard Winter (1896–1982), Archiv für Kirchengeschichte von Böhmen – Mähren – Schlesien 6 (1982), 7ff.
- Gangolf Hübinger, Gelehrte, Politik und Öffentlichkeit. Eine Intellektuellengeschichte, Göttingen 2006.
- Peter Hübner, Antielitäre Eliten, in: Peter Hübner (Hg.), Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR, Köln, Weimar, Wien 1999, 9–35.
- Georg G. Iggers, Ein anderer Blick. Beispiele ostdeutscher Sozialgeschichte, Frankfurt a. M. 1991.
- Anne Christin Jacobsen, Geschichtswissenschaft im Namen der Partei. Joachim Streisands geschichtstheoretische Aufsätze im Spiegel der Wissenschaftspolitik der SED in den Jahren 1952–1978, Bachelor-Arbeit HU-Berlin, 2008.
- Hermann Jakobs, Kirchenreform und Hochmittelalter 1046–1215 (=Oldenbourg Grundriss der Geschichte; 7), München<sup>3</sup> 1994.
- Konrad H. Jarausch u. a., Störfall DDR-Geschichtswissenschaft. Problemfelder einer kritischen Historisierung, in: Georg G. Iggers, u. a. (Hg.), Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem (Historische Zeitschrift: Beihefte; N.F., Bd. 27), München 1998, 1–53.
- Konrad H. Jarausch, Gebrochene Traditionen: Wandlungen des Selbstverständnisses der Berliner Universität, Jahrbuch für Universitätsgeschichte 2 (1999), 121–235.
- Konrad H. Jarausch u. a. (Hg.), Geschichte der Universität Unter den Linden. Sozialistisches Experiment und Erneuerung in der Demokratie – die Humboldt-Universität zu Berlin 1945–2010, Leipzig 2013.
- Konrad H. Jarausch: Universität in Umbrüchen. Nachkrieg – Experiment sozialistische Hochschule – Erneuerung, in: ders. u. a. (Hg.), Geschichte der Universität Unter den Linden. Sozialistisches Experiment und Erneuerung in der Demokratie – die Humboldt-Universität zu Berlin 1945–2010, Leipzig 2013, 9–16.
- Ralph Jessen, Zur Sozialgeschichte der ostdeutschen Gelehrtenschaft (1945–1970), in: Martin Sabrow und Peter Th. Walther (Hg.), Historische Forschung und sozialistische Diktatur. Beiträge zur Geschichtswissenschaft der DDR, Leipzig 1995, 121–143.
- Ralph Jessen, Diktatorischer Elitewechsel und universitäre Milieus. Hochschullehrer in der SBZ/DDR (1945–1967), GG 24 (1998), 24–54.
- Ralph Jessen, Zwischen Bildungspathos und Spezialistentum. Werthaltungen und Identitätskonstruktionen der Hochschullehrerschaft in West- und Ostdeutschland nach 1945, in: Peter Hübner (Hg.), Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR, Köln, Weimar, Wien 1999, 361–380.
- Ralph Jessen, Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära, Göttingen 1999.

- Ralph Jessen, Zwischen diktatorischer Kontrolle und Kollaboration. Die Universitäten in der SBZ/DDR, in: John Connelly und Michael Grüttner (Hg.), Zwischen Autonomie und Anpassung. Universitäten in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts, Paderborn [u. a.] 2003, 229–264.
- Jürgen John, DDR-Geschichtswissenschaft als prominenter Forschungsgegenstand, UTOPIE kreativ 143 (September 2002), 837–844.
- Carlo Jordan, Kadenschmiede Humboldt-Universität zu Berlin. Aufbegehren, Säuberungen und Militarisierung 1945–1989, Berlin, 2001.
- Tobias Kaiser, Karl Griewank (1900–1953). Ein deutscher Historiker im „Zeitalter der Extreme“, Stuttgart 2007.
- Joachim Käppner, Erstarrte Geschichte. Faschismus und Holocaust im Spiegel der Geschichtswissenschaft und Geschichtspropaganda der DDR, Hamburg 1999.
- Ian Kershaw, Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Reinbek bei Hamburg, Erw. und bearb. Neuausg. 1999.
- Mario Keßler, Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967, Berlin 1995.
- Mario Keßler, Soziologie und Geschichtswissenschaft. Alfred Meusel (1896–1960), in: ders., Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte Historiker in der frühen DDR, Köln u. a. 2001, 50–90.
- Mario Keßler, Der Historiker des „Völkerfrühlings“. Karl Obermann (1905–1987), in: ders., Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte Historiker in der frühen DDR, Köln 2001, 91–221.
- Mario Keßler, Exil und Nach-Exil. Vertriebene Intellektuelle im 20. Jahrhundert, Hamburg 2002.
- Mario Keßler, Deutsche Historiker im Exil (1933–1945). Ausgewählte Studien, Berlin 2005.
- Mario Keßler, Geschichtswissenschaft nach 1945. Personelle Beharrung, Brüche und Neuanfang in beiden deutschen Staaten, in: Ulrich Pfeil (Hg.), Die Rückkehr der deutschen Geschichtswissenschaft in die „Ökumene der Historiker“. Ein wissenschaftsgeschichtlicher Ansatz, München 2008, 267–286.
- Fritz Klein, Drinnen und Draußen. Ein Historiker in der DDR. Erinnerungen, Frankfurt a. M. 2000.
- Jürgen Kocka, Eine durchherrschte Gesellschaft, in: ders. u. a. (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, Berlin 1994, 547–553.
- Gerd Koenen, Was war der Kommunismus?, Göttingen 2010.
- Pavel Kolár, Geschichtswissenschaft in Zentraleuropa. Die Universitäten Prag, Wien und Berlin um 1900, 2 Bände, Leipzig 2008.
- Ilko-Sascha Kowalczyk, Frost nach dem kurzen Tauwetter: Opposition, Repressalien und Verfolgungen 1956/57 in der DDR. Eine Dokumentation des Ministeriums für Staatssicherheit, in: JHK 1997, 167–215.
- Ilko-Sascha Kowalczyk, Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin, 1. Aufl. 2003.
- Ilko-Sascha Kowalczyk, Die Niederschlagung der Opposition an der Veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin in der Krise 1956/57. Dokumentation einer Pressekonferenz des Ministeriums für Staatssicherheit im Mai 1957, Berlin, 3., unveränd. Aufl. 2006.
- Ilko-Sascha Kowalczyk, Historiographie in der Diktatur. Zum Wandel der Geschichtswissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität Jena in: Uwe Hossfeld u. a.

- (Hg.), Hochschule im Sozialismus. Studien zur Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena (1945–1990), 2 Bände, Köln 2007, 1642–1685.
- Ilko-Sascha Kowalczyk, Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 1997.
- Marita Krauss, Heimkehr in ein fremdes Land. Geschichte der Remigration nach 1945, München, Orig.-Ausg. 2001.
- H. Alexander Krauß, Die Rolle Preußens in der DDR-Historiographie: zur Thematisierung und Interpretation der preußischen Geschichte durch die ostdeutsche Geschichtswissenschaft, Frankfurt a. M. u. a. 1993.
- Claus-Dieter Krohn, Deutsche Wissenschaftsemigration seit 1933 und ihre Remigrationsbarrieren nach 1945, in: Rüdiger vom Bruch und Brigitte Kaderas (Hg.), Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2002, 437–453.
- Wolfgang Küttler, Marxistische Geschichtswissenschaft – was bleibt. Das Beispiel DDR, in: Konrad H. Jarausch und Georg G. Iggers (Hg.), Geschichtswissenschaft vor 2000. Perspektiven der Historiographiegeschichte, Geschichtstheorie, Sozial- und Kulturgeschichte; Festschrift für Georg G. Iggers zum 65. Geburtstag, Hagen 1991, 82–99.
- Wolfgang Küttler, Bemerkungen zum Platz der Osteuropäischen Geschichte in der DDR-Historiographie im Rahmen des Ost-West-Konflikts, in: Dittmar Dahmann (Hg.), Hundert Jahre Osteuropäische Geschichte. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, Stuttgart 2005, 159–172.
- Hanna Labrenz-Weiß, Die Beziehungen zwischen Staatssicherheit, SED und den akademischen Leitungsgremien an der Humboldt-Universität zu Berlin, German Studies Review 17 (1994), 131–146.
- Christiane Lahusen, Zukunft am Ende. Autobiographische Sinnstiftungen von DDR-Geisteswissenschaftlern nach 1989, Bielefeld, 1., Aufl., neue Ausg. 2013.
- Annette Leo, Antifaschismus, in: Martin Sabrow (Hg.), Erinnerungsorte der DDR, München 2009.
- Wolfgang Leonhard, Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln, Neuauflage 1990.
- Rainer M. Lepsius, Kritik als Beruf: Zur Soziologie der Intellektuellen, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 16 (1964), 75–91.
- Thomas Lindenberger und Martin Sabrow, Zwischen Verinselung und Europäisierung: Die Zukunft der DDR-Geschichte, DA 37/1 (2004), 123–127.
- Bernd Lindner, „Bau auf, Freie Deutsche Jugend“ – und was dann? Kriterien für ein Modell der Jugendgenerationen der DDR, in: Jürgen Reulecke (Hg.), Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert, 187–216.
- Siegfried Lokatis, Der rote Faden. Kommunistische Parteigeschichte und Zensur unter Walter Ulbricht, Köln 2003.
- Siegward Lönnendonker, Freie Universität Berlin. Gründung einer politischen Universität, Berlin 1988.
- Erik Lorenz, Liselotte Welskopf-Henrich und die Indianer. Eine Biographie, Chemnitz 2. Auflage 2010.
- Volker Losemann, Nationalsozialismus und Antike. Studien zur Entwicklung des Faches Alte Geschichte 1933–1945, Hamburg 1977.
- Gerhard Lozek, Unbewältigte Vergangenheit. Handbuch zur Auseinandersetzung mit der westdeutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung, Berlin 1970.



- Alf Lüdtke (Hg.), Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozial-anthropologische Studien, Göttingen 1991.
- Ines Luft, Eduard Winter zwischen Gott, Kirche und Karriere. Vom charismatischen Führer des katholischen „Staffelstein“ zum schulbildenden Osteuropahistoriker der DDR, Leipzig 2008.
- Charles S. Maier, Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus, Frankfurt a. M 1999.
- Klaus-Michael Mallmann, Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996.
- Andreas Malycha, Einführung, in: ders. (Hg.), Geplante Wissenschaft. Eine Quellenedition zur DDR-Wissenschaftsgeschichte 1945–1961, Leipzig 2003, 7–86.
- Andreas Malycha und Peter Jochen Winters, Die SED. Geschichte einer deutschen Partei, München 2009.
- Heike C. Mätzing, Geschichte im Zeichen des historischen Materialismus. Untersuchungen zu Geschichtswissenschaft und Geschichtsunterricht in der DDR (Studien zur internationalen Schulbuchforschung 96), Hannover 1999.
- Eckart Mehls u. a., Seminar – Institut – Fachbereich. Die Geschichte Osteuropas an der Humboldt-Universität zu Berlin – Blick auf ein halbes Jahrhundert, Leipziger Jahrbücher 8 (2006), 99–131.
- Eckart Mehls u. a., Die Geschichte Osteuropas an der Humboldt-Universität zu Berlin von deren Wiedereröffnung 1946 bis zum Ende der DDR, in: Wolfgang Girnus und Klaus Meier (Hg.), Die Humboldt-Universität Unter den Linden 1945 bis 1990. Zeitzeugen – Einblicke – Analysen, Leipzig 2010, 577–597.
- Lothar Mertens, Lexikon der DDR-Historiker. Biographien und Bibliographien zu den Geschichtswissenschaftlern aus der Deutschen Demokratischen Republik, München 2006.
- Lothar Mertens, Priester der Klio oder Hofchronisten der Partei. Kollektivbiographische Analysen zur DDR-Historikerschaft, Göttingen, 2006.
- Sigrid Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989, Frankfurt a. M. 1992.
- Matthias Middell, Geschichtswissenschaft in der DDR – Strukturgefängnis oder individuelle Handlungsmöglichkeiten im Wandel von 45 Jahren, in: Georg G. Iggers u. a. (Hg.), Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem, (Historische Zeitschrift: Beihefte; N.F., Bd. 27) München 1998, 159–204.
- Matthias Middell, Weltgeschichtsschreibung im Zeitalter der Verfachlichung und Professionalisierung. Das Leipziger Institut für Kultur- und Universalgeschichte 1890–1990, Bd.3, Leipzig 2005.
- Werner Mittenzwei, Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland von 1945 bis 2000, Leipzig 2001.
- Uwe Möller und Bernd Preußner (Hg.), Die Parteihochschule der SED – ein kritischer Rückblick, Schkeuditz 2006.
- Egon E. Müller und Marianne Müller, „... stürmt die Festung Wissenschaft!“. Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten seit 1945, Berlin-Dahlem, Repr. 1994.
- Laurenz Müller, Diktatur und Revolution. Reformation und Bauernkrieg in der Geschichtsschreibung des ‚Dritten Reiches‘ und der DDR, Stuttgart 2004.
- Philipp Müller, Geschichte machen. Überlegungen zu lokal-spezifischen Praktiken in der Geschichtswissenschaft und ihrer epistemischen Bedeutung im 19. Jahrhundert, Historische Anthropologie 12 (2004), 415–433.

- Philipp Müller, Erkenntnis und Erzählung. Ästhetische Geschichtsdeutung in der Historiographie von Ranke, Burckhardt und Taine, Köln [u. a.] 2008.
- Helmut Müller-Engbers, Jan Wielgohs, u. a. (Hg.), Wer war wer in der DDR. Ein biographisches Lexikon, Bonn 2001.
- Herfried Münkler, Antifaschistischer Widerstand, frühbürgerliche Revolution und Befreiungskriege. Die Gründungsmythen der DDR, Die Deutschen und ihre Mythen, Bonn, Sonderauflage 2010 (orig. Berlin 2009), 421–454.
- Beat Näf, Von Perikles zu Hitler? Die athenische Demokratie und die deutsche Althistorie bis 1945, Bern 1986.
- Anne Christine Nagel, Im Schatten des Dritten Reichs. Mittelalterforschung in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1970, Göttingen 2005.
- Norman M. Naimark, Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949, Berlin 1999.
- Jiri Nemeč, Eduard Winter und sein Prager Kreis, in: Stefan Albrecht u. a. (Hg.), Die „sudetendeutsche Geschichtsschreibung“ 1918–1960. Zur Vorgeschichte und Gründung der Historischen Kommission der Sudetenländer; Vorträge der Tagung der Historischen Kommission für die Böhmisches Länder (vormals der Sudetenländer) in Brünn vom 1. bis 2. Oktober 2004 aus Anlass ihres fünfzigjährigen Bestehens, München 2008, 113–127.
- Jiri Nemeč, Eduard Winter (1896–1982), in: Karel J. von Hruza, (Hg.), Österreichische Historiker 1900–1945. Lebensläufe und Karrieren in Österreich, Deutschland und der Tschechoslowakei in wissenschaftsgeschichtlichen Porträts 2008, 619–676.
- Jiri Nemeč, Art. Eduard Winter, in: Ingo Haar u. a. (Hg.), Handbuch der völkischen Wissenschaften. Personen, Institutionen, Forschungsprogramme, Stiftungen, München 2008, 763–766.
- Ulrich Neuhäuser-Wespy, Die SED und die Historie. Die Etablierung der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR in den fünfziger und sechziger Jahren, Bonn 1996.
- Peter Neumeister, Fritz Rörig. 1882 bis 1952, in: Heinz Heitzer und Karl-Heinz Noack (Hg.), Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft. Biographien, Berlin 1989, 216–230.
- Lutz Niethammer, Karin Hartewig u. a. (Hg.), Der „gesäuberte“ Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald; Dokumente, Berlin 1994.
- Wilfried Nippel, Wiedergelesen: Welskopfs „Produktionsverhältnisse im alten Orient und in der griechisch-römischen Antike“, in: Isolde Stark (Hg.), Elisabeth Charlotte Welskopf und die Alte Geschichte in der DDR, Stuttgart 2005, 170–183.
- Wilfried Nippel, Alte Geschichte nach 1945, in: Heinz-Elmar Tenorth (Hg.), Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010. Selbstbehauptung einer Vision, Berlin 2010, 361–374.
- Gerhard Oestreich, Fritz Hartung als Verfassungshistoriker (1883–1967), Berlin 1968.
- Otto G. Oexle, Geschichtswissenschaft im Zeichen des Historismus. Studien zur Problemgeschichte der Moderne, Göttingen 1996.
- Kurt Pätzold, Martin Broszat und die Geschichtswissenschaft in der DDR, ZfG 39 (1991), 663–676.
- Kurt Pätzold, Die Geschichtsschreibung in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) in der Retrospektive – ein Diskussionsbeitrag, in: Gustavo Corni und Martin Sabrow (Hg.), Die Mauern der Geschichte. Historiographie in Europa zwischen Diktatur und Demokratie, Leipzig 1996, 187–203.
- Kurt Pätzold, Die frühe Geschichtsschreibung in der DDR über den Zweiten Weltkrieg, Amsterdamer Beiträge zur neueren Germanistik 50.2 (2001), 699–715.

- Kurt Pätzold, *Die Geschichte kennt kein Pardon. Erinnerungen eines deutschen Historikers*, Berlin 2008.
- Joachim Petzold, *Parteinahme wofür. DDR-Historiker im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft*, Unter Mitarbeit von Waltraud Petzold, Potsdam 2000.
- Michael Pittwald, Ernst Niekisch. *Völkischer Sozialismus, nationale Revolution, deutsches Endimperium*, Köln 2002.
- Detlef Pollack, *Die konstitutive Widersprüchlichkeit der DDR. Oder: War die DDR-Gesellschaft homogen?*, GG 24 (1998), 110–131.
- Ralf Possekel, *Kuriositätenkabinett oder Wissenschaftsgeschichte? Zur Historisierung der DDR-Geschichtswissenschaft*, GG 24 (1998), 446–462.
- Bernd Rabehl, *Militarisierung und Modernisierung der Humboldt-Universität zwischen 1956 und 1968*, *Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat* 2 (1996), 18–28.
- Bernd Rabehl und Mechthild Günther, *Wissenschaft und Universität als Ideologie: Zur Umwandlung und Funktionsweise der Humboldt-Universität als sozialistische Hochschule*, in: Klaus Schroeder (Hg.), *Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen*, Berlin 1994, 180–210.
- Olaf B. Rader u. a., *Turbata per aequora mundi. Dankesgabe an Eckhard Müller-Mertens*, Hannover 2001.
- Lutz Raphael, *Geschichtswissenschaft im Zeitalter der Extreme. Theorien, Methoden, Tendenzen von 1900 bis zur Gegenwart*, München 2003.
- Birgit Rättsch-Langejürgen, *Das Prinzip Widerstand. Leben und Wirken von Ernst Niekisch*, Bonn 1997.
- Peter Ruben, *Die DDR und ihre Philosophen*, *DZfPh*, 1 (1991), 50–58.
- Reinhard Rürup: *Nachruf auf Ernst Schraepler (1912–1998)*, *IWK*, Heft 3-4 (1998), 524.
- Jörn Rüsen und Friedrich Jäger, *Geschichte des Historismus. Eine Einführung*, München 1992.
- Jörn Rüsen, Art. „Historisches Erzählen“, in: Klaus Bergmann (Hg.), *Handbuch der Geschichtsdidaktik*, Seelze-Velber<sup>4</sup>1992, 46–49.
- Martin Sabrow, *Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Fall Günter Paulus, Berliner Debatte Initial* 4–5 (1995), 51–67.
- Martin Sabrow, *Parteiliches Wissenschaftsideal und historische Forschungspraxis. Überlegungen zum Akademie-Institut für Geschichte (1956–1989)*, in: Martin Sabrow und Peter Th. Walther (Hg.), *Historische Forschung und sozialistische Diktatur. Beiträge zur Geschichtswissenschaft der DDR*, Leipzig 1995, 195–225.
- Martin Sabrow, *Das Wahrheitsproblem in der DDR-Geschichtswissenschaft*, *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 25 (1996), 233–257.
- Martin Sabrow, *Der „ehrliche Meinungsstreit“ und die Grenzen der Kritik. Mechanismen der Diskurskontrolle in der Geschichtswissenschaft der DDR*, in: Gustavo Corni und Martin Sabrow (Hg.), *Die Mauern der Geschichte. Historiographie in Europa zwischen Diktatur und Demokratie*, Leipzig 1996, 79–117.
- Martin Sabrow, *Der staatssozialistische Geschichtsdiskurs im Spiegel seiner Gutachtenpraxis*, in: Martin Sabrow (Hg.), *Verwaltete Vergangenheit. Geschichtskultur und Herrschaftslegitimation in der DDR*, Leipzig 1997, 35–66.
- Martin Sabrow, *Die Geschichtswissenschaft der DDR und ihr „objektiver Gegner“*, in: Georg G. Iggers u. a. (Hg.), *Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem*, München 1998, 53–91.
- Martin Sabrow, *„Beherrschte Normalwissenschaft“. Überlegungen zum Charakter der DDR-Geschichtswissenschaft*, GG 24 (1998), 412–445.

- Martin Sabrow, Der künstliche Konsens. Überlegungen zum Legitimationscharakter sozialistischer Herrschaftssysteme, *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung* (1999), 191–224.
- Martin Sabrow, Planprojekt Meistererzählung. Die Entstehungsgeschichte des „Lehrbuchs der deutschen Geschichte“, in: Martin Sabrow (Hg.), *Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR*, Köln 2000, 227–286.
- Martin Sabrow, Das Diktat des Konsenses. *Geschichtswissenschaft in der DDR 1949–1969*, München 2001.
- Martin Sabrow, Die Ohnmacht der Objektivierung. Deutsche Historiker und ihre Umbruchserinnerungen nach 1945 und nach 1989, *APuZ B 28* (2001), 31–42.
- Martin Sabrow, Autobiographische Umbruchsreflexionen deutscher Fachgelehrter nach 1945 und 1989, in: Konrad H. Jarausch und Martin Sabrow (Hg.), *Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt*, Frankfurt am Main 2002, 125–152.
- Martin Sabrow, Die DDR-Geschichtswissenschaft und ihre Zeithistorie, in: Alexander Nützenadel und Wolfgang Schieder (Hg.), *Zeitgeschichte als Problem. Nationale Traditionen und Perspektiven der Forschung in Europa*, Göttingen 2004, 257–282.
- Martin Sabrow, Historisierung der Zweistaatlichkeit, *APuZ 3* (2007), 19–24.
- Martin Sabrow, Die DDR in der Geschichte des 20. Jahrhunderts, *DA 41/1* (2008), 121–130.
- Adelheid von Saldern, Eine soziale Klasse ißt, trinkt und schläft nicht. Die Arbeitsgruppe „Kulturgeschichte der deutschen Arbeiterklasse“, in: Georg G. Iggers u. a. (Hg.), *Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem* (HZ, Beihefte N. F., Bd. 27), München 1998, 241–260.
- Peter Schäfer: Meine Berliner Lehrjahre als Historiker an der Humboldt-Universität zwischen 1953 und 1963. In: Helmut Wagner (Hg.): *Europa und Deutschland – Deutschland und Europa*. LIT, Münster 2005.
- Hans Schleier, Joachim Streisand. 1920–1980, in: Heinz Heitzer und Karl-Heinz Noack (Hg.), *Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft. Biographien*, Berlin 1989, 341–357.
- Hans Schleier, Die Berliner Geschichtswissenschaft – Kontinuitäten und Diskontinuitäten 1918–1952, in: Wolfram Fischer u. a. (Hg.), *Exodus von Wissenschaften aus Berlin. Fragestellungen – Ergebnisse – Desiderate. Entwicklungen vor und nach 1933*, Berlin 1994, 198–220.
- Werner Schochow, Ein Historiker in der Zeit. Versuch über Fritz Hartung 1883–1967, *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 32* (1983), 219–250.
- Karen Schönwälder, *Historiker und Politik. Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M./New York 1992.
- Rainer Schottlaender, Das teuerste Flugblatt der Welt. Dokumentation einer Großfahndung des Staatssicherheitsdienstes an der Berliner Humboldt-Universität, Berlin 1993.
- Wilhelm H. Schröder, Kollektive Biographien in der historischen Sozialforschung: Eine Einführung, in: ders. (Hg.), *Lebenslauf und Gesellschaft. Zum Einsatz von kollektiven Biographien in der historischen Sozialforschung*, Stuttgart 1999, 7–17.
- Alexander Schug, Alexander Thomas u. a. (Hg.), *Verlorene Zeiten? DDR-Lebensgeschichten im Rückblick – eine Interviewsammlung*, Berlin 2010.
- Wolfgang Schuller, Alte Geschichte in der DDR. Vorläufige Skizze, in: Alexander Fischer und Günther Heydemann (Hg.), *Geschichtswissenschaft in der DDR*, 2 Bände, Berlin 1988/1990, 37–58.
- Wolfgang Schuller, Zur Alten Geschichte in der DDR, in: Georg G. Iggers und u. a. (Hg.), *Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem*, München 1998, 411–417.

- Tobias Schulz, „Sozialistische Wissenschaft“. Die Berliner Humboldt-Universität (1960–1975), Köln 2010.
- Winfried Schulze, Zur Entwicklung der Berliner Geschichtswissenschaft in den Nachkriegsjahren, in: Wolfram Fischer u. a. (Hg.), Exodus von Wissenschaften aus Berlin. Fragestellungen – Ergebnisse – Desiderate. Entwicklungen vor und nach 1933, Berlin 1994, 184–198.
- Klaus Schwabe, Alfred Meusel 1896–1960, in: Klaus Habetha (Hg.), Wissenschaft zwischen technischer und gesellschaftlicher Herausforderung. Die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen, RWTH 1970–1995, Aachen 1995, 231–237.
- Hannes Schweiger, Die soziale Konstituierung von Lebensgeschichten. Überlegungen zur Kollektivbiographik, in: Bernhard Fetz (Hg.), Die Biographie – Zur Grundlegung ihrer Theorie, Berlin/New York 2009, 317–352.
- Gottfried Seebass, Zur Geschichte der reformatorischen und sozialen Bewegungen in der Reichsstadt Nürnberg im Jahre 1524/25, in: Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Nürnberg 71 (1984), 269–276.
- Dieter Segert, Das 41. Jahr. Eine andere Geschichte der DDR, Wien 2008.
- Markus Sehlmeier und Uwe Walter, Unberührt von jedem Umbruch. Der Althistoriker Ernst Hohl zwischen Kaiserreich und früher DDR, Frankfurt a. M. 2005.
- Detlef Siegfried, Das radikale Milieu. Kieler Novemberrevolution, Sozialwissenschaft und Linksradikalismus 1917–1922, Wiesbaden, 2004.
- Robert Sigel, Die Lensch-Cunow-Haenisch-Gruppe. Eine Studie zum rechten Flügel der SPD im Ersten Weltkrieg, Berlin, 1. Aufl. 1976.
- Christian Simon, Staat und Geschichtswissenschaft in Deutschland und Frankreich 1871–1914. Situation und Werk von Geschichtswissenschaftlern an den Universitäten Berlin, München, Paris, Bern usw. 1988.
- Dietrich Staritz, Geschichte der DDR. Erweiterte Neuausgabe, Frankfurt a. M. 1996.
- Isolde Stark, Nachruf für Peter Musiolek, in: Bernd Florath u. a. (Hg.), Die Ohnmacht der Allmächtigen. Geheimdienste und politische Polizei in der modernen Gesellschaft, Berlin 1992, 13–18.
- Isolde Stark, Die inoffizielle Tätigkeit von Johannes Irmischer für die Staatssicherheit der DDR, Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte/ H. 5 1998, 46–71.
- Isolde Stark (Hg.), Elisabeth Charlotte Welskopf und die Alte Geschichte in der DDR, Stuttgart 2005.
- Isolde Stark, Die Alte Geschichte in Berlin, DDR: Zur Bedeutung von Elisabeth Charlotte Welskopf, in: dies. (Hg.) Elisabeth Charlotte Welskopf und die Alte Geschichte in der DDR, Stuttgart 2005, 229–251.
- Karl Strobel, Geisteswissenschaften und Ideologie. Fallbeispiel Altertumswissenschaft: SBZ und DDR, in: Karl Strobel (Hg.), Die deutsche Universität im 20. Jahrhundert, Vierow bei Greifswald 1994, 170–199.
- Sylvia Taschka, Das Rußlandbild von Ernst Niekisch, Erlangen 1999.
- Heinz-Elmar Tenorth und Rüdiger vom Bruch (Hg.), Genese der Disziplinen. Die Konstitution der Universität, Berlin 2010.
- Heinz-Elmar Tenorth (Hg.), Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010, Bd. 6: Selbstbehauptung einer Vision, Berlin 2010.
- James Tent, Freie Universität Berlin 1948–1988. Eine deutsche Hochschule im Zeitgeschehen, Berlin 1988.
- Alexander Thomas, „Mir kamen stets die Historiker lächerlich vor, die sich über Geschichte beschwerten!“. Interview mit Kurt Pätzold, in: Alexander Thomas u. a. (Hg.), Verlorene

- Zeiten. DDR-Lebensgeschichten im Rückblick – eine Interviewsammlung, Berlin 2010, 34–47.
- Alexander Thomas, Geschichtsschreibung und Autobiographie: Hans Delbrück in seiner „Weltgeschichte“, in: Wolfgang Hardtwig und Philipp Müller (Hg.), Die Vergangenheit der Weltgeschichte. Universalhistorisches Denken in Berlin 1800–1933, Göttingen 2010, 194–215.
- Ludmila Thomas, Die Ostberliner Forschungen zur Geschichte Rußlands nach 1945, in: Dittmar Dahlmann (Hg.), Hundert Jahre Osteuropäische Geschichte. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, Stuttgart 2005, 173–182.
- Johannes Tuchel, Das Ministerium für Staatssicherheit und die Widerstandsgruppe „Rote Kapelle“ in den 1960er Jahren, in: ders. (Hg.), Der vergessene Widerstand. Zur Realgeschichte und Wahrnehmung des Kampfes gegen die NS-Diktatur, Göttingen 2005, 232–270.
- Volker Wahl, Einleitung. Thüringer Archivar, Landeshistoriker und Goetheforscher. Willy Flach (1903–1958) – Ein Lebensbild, in: Willy Flach (1903–1958). Beiträge zum Archivwesen, zur thüringischen Landesgeschichte und zur Goetheforschung, hg. von Volker Wahl, Weimar 2003, 10–56.
- Peter Th. Walther, Zur Entwicklung der Geschichtswissenschaften in Berlin. Von der Weimarer Republik bis zur Vier-Sektoren-Stadt, in: Wolfram Fischer u. a. (Hg.), Exodus von Wissenschaften aus Berlin. Fragestellungen – Ergebnisse – Desiderate. Entwicklungen vor und nach 1933, Berlin 1994, 153–183.
- Peter Th. Walther, Fritz Hartung und die Umgestaltung der historischen Forschung an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, in: Martin Sabrow (Hg.), in: ders., Historische Forschung und sozialistische Diktatur. Beiträge zur Geschichtswissenschaft der DDR, Leipzig 1995, 59–73.
- Peter Th. Walther, Die Zerstörung eines Projektes. Hedwig Hintze, Otto Hintze und Friedrich Meinecke nach 1933, in: Gisela Bock und Daniel Schönplflug (Hg.), Friedrich Meinecke in seiner Zeit, Stuttgart 2006, 119–143.
- Peter Th. Walther, Zur Entwicklung der Geschichtswissenschaften in Berlin: Von der Weimarer Republik zur Vier-Sektoren-Stadt, in: Wolfram Fischer u. a. (Hg.), Exodus von Wissenschaften aus Berlin. Fragestellungen – Ergebnisse – Desiderate. Entwicklungen vor und nach 1933, Berlin 1994, 153–183.
- Hermann Weber, Ulbricht fälscht Geschichte, Köln 1964.
- Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bände, Frankfurt a. M. 1969.
- Hermann Weber, Damals, als ich Wunderlich hieß. Vom Parteihochschüler zum kritischen Sozialisten. Die Parteihochschule der DDR, Berlin, 2002.
- Wolfgang Weber, Biographisches Lexikon zur Geschichtswissenschaft in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Die Lehrstuhlinhaber für Geschichte von den Anfängen des Faches bis 1970, Frankfurt am Main, 2., durchges. und durch ein Vorwort erg. Aufl. 1987.
- Hans-Ulrich Wehler, Rez. zu: Martin Sabrow, Das Diktat des Konsenses, Süddeutsche Zeitung, 05. 12. 2001.
- Bernd Weisbrod, Dem wandelbaren Geist. Akademisches Ideal und wissenschaftliche Transformation in der Nachkriegszeit, in: Bernd Weisbrod (Hg.), Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit, Göttingen 2002, 11–38.
- Matthias Willing, Althistorische Forschung in der DDR. Eine wissenschaftsgeschichtliche Studie zur Entwicklung der Disziplin Alte Geschichte vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Gegenwart (1945–1989), Berlin 1991.

- Andreas Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39. Berlin und Paris im Vergleich, München 1999.
- Andreas Wirsching, „Hauptfeind Sozialdemokratie“ oder „Antifaschistische Aktion“? Die Politik von KPD und Komintern in der Endphase der Weimarer Republik, in: Heinrich A. Winkler (Hg.), Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland, München 2002, 105–130.
- Ursula Wolf, Litteris et patriae. Das Janusgesicht der Historie, Stuttgart 1996.
- Stefan Wolle, Der Traum von der Revolte. Die DDR 1968, Berlin 2008.
- Jana Woywodt, Die DDR – das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Zur Geschichte der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät Jena (1949 bis 1963), in: Uwe Hossfeld u. a. (Hg.), Hochschule im Sozialismus. Studien zur Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena (1945–1990), 2 Bände, Köln 2007, 172–190.
- Jana Woywodt, Die Jenaer Arbeiter- und Bauern-Fakultät 1949 bis 1963, Erfurt 2008.
- Jana Woywodt, Die Arbeiter- und Bauern-Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1949–1963. Eine Geschichte der ABF aus Sicht ihrer Dozenten und Studenten, Hamburg 2009.
- Marianne Zumschlinge, Geschichte der Historiographie der DDR. Das Einwirken von Partei und Staat auf die Universitäten 1945–1971, Pullach 1994.